



Francis R. Nicosia

Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich

Francis R. Nicosia
Zionismus und Antisemitismus
im Dritten Reich

Hamburger Beiträge
zur Geschichte der deutschen Juden
Für die Stiftung Institut für die Geschichte der deutschen Juden
herausgegeben von
Andreas Brämer und Miriam Rürup
Bd. XL



Francis R. Nicosia
Zionismus und Antisemitismus
im Dritten Reich

Aus dem Englischen
von Karin Hanta



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung
der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Hamburg

Bearbeiter: Björn Siegel

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Titel der englischen Originalausgabe:

Zionism and Anti-Semitism in Nazi Germany

This edition was first published by

Cambridge University Press

© Francis R. Nicosia 2008

Für die deutsche Ausgabe:

© Wallstein Verlag, Göttingen 2012

www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann

Umschlagbild unter Verwendung folgender Abbildungen:

(siehe Bildnachweis auf S. 395 (Abb. 10 und Abb. 3) sowie S. 191 und S. 279).

Druck: Hubert & Co, Göttingen

ISBN (print): 978-3-8353-1057-5

ISBN (eBook, pdf): 978-3-8353-2181-6

Inhalt

Einleitung	9
I. Das Zeitalter der Emanzipation im Deutschen Reich	25
Der Zionismus in der antisemitischen Vorstellungswelt	25
Antisemitismus im zionistischen Denken	48
II. Die Weimarer Republik	67
Deutscher Zionismus und der Erste Weltkrieg	67
Deutscher Zionismus und die NS-Gefahr	71
Erste nationalsozialistische Ansichten zum Zionismus	90
III. NS-Verwirrung, zionistische Illusion, 1933	105
Auf der Suche nach einer angemessenen Politik	105
Das Ha'avara-Abkommen	110
Zwischen Illusion und Realität	125
IV. Zionismus in der NS-Judenpolitik, 1934-1938	146
Staatsdienststellen und Zionismus	146
Polizei und Zionismus	153
Ein Judenstaat	172
Die SS und die zionistische Option des Jahres 1938	182
V. Deutscher Zionismus, 1934-1938:	
Konfrontation mit der Wirklichkeit	195
Optimismus und Expansion	195
Wirtschaftlicher Niedergang	207
Beziehungen in der jüdischen Gemeinschaft	217
Zerfall und Isolierung	232

INHALT

VI. Zionismus-Revisionismus in Deutschland, 1934-1938 . . .	240
Zerfall der Einheit	240
Die Staatszionistische Organisation	246
Staatszionisten, ZVfD und das NS-Regime.	251
VII. Die jüdische Umschulung und die NS-Judenpolitik . . .	274
Jüdische Umschulungsprogramme	274
Jüdische Umschulung in der NS-Judenpolitik	297
VIII. Von der Auflösung zur »Endlösung«, 1938-1941	320
Radikalisierung und Kontinuität im Jahre 1938	320
Fortsetzung der Auswanderung	332
Zionismus und Palästina	342
Umsiedlung, Auswanderung, Massenmord	358
Schlussbemerkungen	364
Anhang	378
Abkürzungen	378
Quellen- und Literaturverzeichnis	379
Bildnachweis	395
Danksagung	396
Personenregister	398

Wir haben beide uns unser Volk nicht auserlesen. Sind wir unser Volk?
Was heißt denn Volk? Sind Christ und Jude eher Christ und Jude, als
Mensch?

*Gotthold Ephraim Lessing, Nathan der Weise:
(Ausgabe: Stuttgart 1990, S. 50)*

Schmeißt hinaus die ganze Judenbande,
Schmeißt sie 'naus, schmeißt sie 'naus, aus unserm Vaterlande,
Schickt sie wieder nach Jerusalem,
Dann sind sie wieder unter sich bei ihrem Stamme Sem.
Schmeiß hinaus die ganze Judenblase,
Schmeißt sie 'naus mit ihrer krummen Nase,
Schickt sie wieder nach Jerusalem,
Dann sind sie wieder unter sich bei ihrem Stamme Sem.

*»Lied der Nationalsozialisten«, BArch:
R1501, 26053, Reichsinnenministerium, 1931.*

Die Antisemiten haben recht behalten. Gönnen wir es ihnen, denn auch
wir werden glücklich.

*Theodor Herzl, Theodor Herzls Tagebücher,
Bd. I, Berlin 1922, S. 209.*

Für Ellen, Tim und Alex

Einleitung

Obwohl dieses Buch wie viele andere das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden in der Neuzeit – von der Aufklärung bis zum Holocaust – beleuchtet, setzt es einen anderen Schwerpunkt als frühere Werke. Die meisten historischen Studien bezogen sich bisher auf die philosophische Kluft, die zwischen dem modernen, säkularen Ethnonationalismus und Antisemitismus der Deutschen und dem politischen Liberalismus der Mehrheit der deutschen Juden bestand. Gemäß der ethnonationalistischen und antisemitischen Weltanschauung basiert jeder Nationalstaat auf religiöser, ethnischer und rassistischer Ausschließlichkeit. Der politische Liberalismus lehnt dagegen eine solche Ansicht ab. Frühere Arbeiten untersuchten die Spannung zwischen einer rigiden völkischen¹ Ideologie, die eine einheitliche deutsche und christliche Volksgemeinschaft als Grundlage für den deutschen Staat anstrebte, und dem Drängen des rechtlich emanzipierten und sich rapide assimilierenden deutschen Judentums auf die Einbeziehung und Gleichstellung der Juden als Staatsbürger und »Deutsche jüdischen Glaubens« im öffentlichen Leben. Diese Studien konzentrierten sich daher auf die gegensätzlichen und unvereinbaren Weltanschauungen der meisten nichtjüdischen Deutschen und der Mehrheit der liberalen und »nach Assimilation strebenden«²

- 1 In dieser Arbeit wird der Begriff »völkisch« als ein organisches, ethnonationalistisches Konzept der Staatsangehörigkeit definiert, das in Mitteleuropa in der Neuzeit vorherrschte.
- 2 In diesem Buch verwende ich den Begriff »Assimilation«, um all jene nichtreligiösen, nichtzionistischen oder antizionistischen deutschen Juden zu bezeichnen, die sich aufgrund ihrer konfessionellen oder kulturellen Identität und Lebensweise als Juden betrachteten, aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit und Nationalkultur jedoch Deutsche waren. Sie waren in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben ihres deutschen Heimatlandes stark eingebunden. Wir sollten uns vor Augen halten, dass diese Juden und ihre Organisationen in den Augen von Zionisten und Nationalsozialisten »auf Assimilation drängten«. Der Großteil dieser Juden verleugnete die eigene Identität nicht und glaubte fest daran, dass man gleichzeitig jüdisch und deutsch sein könne. Ruth Gays Unterscheidung zwischen »Assimilation« (totale Eliminierung aller Unterscheidungen zwischen Juden und der nichtjüdischen Mehrheit) und dem relevanteren Begriff »Akkulturierung« (Annahme einer Sprache, Kultur und sozialer Konventionen unter Beibehaltung einer spezifischen religiösen historischen Identität) ist in dieser Hinsicht sehr hilfreich. Vgl. Ruth Gay, *The Jews of Germany: A Historical Portrait*, New Haven 1992, S. 202. Vgl. auch Saul Friedländer, *The Years of Extermination: Nazi Germany and the Jews, 1939-1945*, New York 2007, S. 5.

jüdischen Deutschen hinsichtlich der Stellung der Juden in der deutschen Gesellschaft. Diese unvereinbaren Ansichten fußten auf konträren Überzeugungen: Einerseits glaubten Nichtjuden, dass Juden aus religiösen, kulturellen, biologischen oder anderen Gründen nicht gleichzeitig Juden und Deutsche sein konnten. Viele Juden waren hingegen davon überzeugt, dies sei möglich.

Die vorliegende Arbeit untersucht eine etwas anders gelagerte Konfrontation, die vielleicht weniger direkt war und in einem geringeren Maße in der Öffentlichkeit ausgetragen wurde. Sie existierte aber und zeitigte schwerwiegende Folgen für die deutschen Juden im Dritten Reich. Dieses Buch beleuchtet das Verhältnis des völkischen deutschen Nationalismus und Antisemitismus und ihren politischen Bewegungen zum Zionismus, einer völkischen nationalistischen Ideologie und Bewegung, die mit dem deutschen Nationalismus durchaus einige Ansichten über Staatsangehörigkeit und Staatsleben sowie die Definition und Organisation von Völkern und Staaten in der modernen Welt teilte. Bisher wurde relativ selten untersucht, wie der deutsche Nationalismus und der Zionismus angesichts der »Judenfrage« in Deutschland vor dem Holocaust aufeinander reagierten. Theodor Herzl und andere auf ihn folgende zionistische Führungspersönlichkeiten in Deutschland und anderen Ländern nahmen offensichtlich an, dass der Zionismus das wirklich greifbare und immer stärker grassierende Problem des Antisemitismus letzten Endes neutralisieren würde. Auch Nichtjuden, Liberale wie Antisemiten und eine Zeitlang sogar das NS-Regime, teilten die Meinung, der Zionismus würde ein nützliches Instrument zur Lösung ihres »jüdischen Problems« darstellen.

Diese Arbeit untersucht die ideologischen Elemente des deutschen Antisemitismus und des modernen Zionismus, zu dessen Entstehung Ersterer beitrug. Sie beleuchtet deren Verhältnis in der modernen deutschen Geschichte vor dem Holocaust.³ Beide Ideologien stellten sich zu verschiedenen Zeitpunkten und in unterschiedlichem Ausmaß als die praktischste Lösung des »Problems« der anderen Seite dar, ja als an-

3 Gegenwärtige Diskussionen über die Beziehung zwischen Zionismus und Antisemitismus stehen in einem anderen Kontext als diese Arbeit. Sie sind in einen Zeitrahmen eingebunden, der nach dem Holocaust in einer postkolonialen Welt beginnt, und beziehen sich auf Ereignisse im Nahen Osten und Südasien, auf Themen wie Terrorismus, die amerikanische Außenpolitik und spezifische geopolitische Situationen, den Konflikt zwischen Arabern und Israelis, den politischen Islam, usw. Vgl. z.B. Jeffrey Herf (Hg.), *Convergence and Divergence: Anti-Semitism and Anti-Zionism in Historical Perspective*, in: *The Journal of Israeli History* 25 (2006).

gemessenes Mittel, um die Zwecke des anderen durchzusetzen. Beide Weltanschauungen stimmten zeitweilig in ihren Einschätzungen über die Konflikte in Deutschland und anderen Ländern nach der Emanzipation der Juden, über deren Rolle in der modernen Gesellschaft sowie über die Lösungsansätze für daraus entstehende Konflikte überein. Dabei führte zweifellos auch ihre Beziehung zu ideologischen Widersprüchen und beiderseitigem politischen Unbehagen. Gerade dieses Unbehagen verdeutlicht, dass sie, obwohl sie partiell übereinstimmten, letztlich unterschiedliche Positionen in einem unausgeglichene Machtgefälle einnahmen und zudem ideologisch unvereinbar waren.

Zu Beginn dieser Arbeit möchte ich einiges über die Ideen, Einzelpersonen und Organisationen klarstellen, die in diesem Buch behandelt werden. Dies ist besonders im Bezug auf die deutschen Zionisten und ihre Verbände Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts wichtig. Leser sollten auf keinen Fall den Eindruck bekommen, dass ich Zionismus mit Nationalsozialismus oder Zionisten mit den Nationalsozialisten gleichsetze oder ihr Verhältnis als eine willentlich eingegangene und auf Zusammenarbeit beruhende Beziehung moralisch und politisch gleichgestellter Parteien beschreibe. Meine wissenschaftlichen Untersuchungen, Analysen und Schlussfolgerungen lassen mich zu einem anderen Ergebnis kommen. Dass Zionisten und nationalistisch und antisemitisch eingestellte Deutsche gewisse Ansichten teilten, beruht nicht auf moralischer bzw. politischer Gleichstellung. Die hier dargestellten Auffassungen spiegeln vielmehr die kulturellen, intellektuellen und politischen Gegebenheiten einer bestimmten Epoche wider, die die Werte und Weltanschauungen der nichtjüdischen und der jüdischen Deutschen in gleichem Maße prägten. Man muss sich dies besonders vor Augen führen, wenn man das Programm und die Ziele der zionistischen Bewegung in Deutschland vor und nach 1900 betrachtet.

Die meisten deutschen Zionisten waren (wie der Großteil der deutschen Juden) kulturell und geistig der deutschen Nation verbunden. Viele von ihnen wuchsen in städtischen Zentren auf, waren nicht religiös erzogen, wiesen ein gutes Bildungsniveau auf und zeigten dieselben kulturellen Gepflogenheiten wie nichtjüdische Deutsche aus vergleichbarer gesellschaftlicher Schicht. Die meisten von ihnen hatten sich stark assimiliert und waren wie ihre nichtjüdischen Mitbürger ein Produkt ihrer Zeit und ihrer Umgebung. Im Unterschied zum Großteil des deutschen Judentums versuchten sie jedoch, eine eigene jüdische nationale Identität und einen ethnisch definierten jüdischen Staat wiederzubeleben. Die deutschen Zionisten wollten so zwei durch die Aufklärung verursachte Probleme lösen: Akzeptanz in der deutschen Gesellschaft mit folgender

Assimilation auf der einen Seite und die Ablehnung durch den modernen Antisemitismus auf der anderen. Dass der Zionismus eine Reaktion auf die Idee eines völkischen, von nichtjüdischen Mitbürgern geforderten deutschen Nationallebens darstellt, sollte daher weder überraschen noch Besorgnis auslösen. Wie die meisten Nichtjuden in dieser Epoche strebte die Mehrheit der Zionisten einen ethnonationalistischen Staat an. Dieses Konzept war im Mitteleuropa des 19. und 20. Jahrhunderts die gesellschaftliche Norm. Wenn Zionisten dieser Norm folgten, heißt das nicht, dass sie mit den Nationalsozialisten moralisch gleichzustellen sind. Darüber hinaus stempelt die Tatsache, dass Zionisten und andere jüdische Organisationen bereit waren, mit dem Dritten Reich zusammenzuarbeiten, sie nicht zu willigen Werkzeugen der Vernichtungswut der Nationalsozialisten. Die Annahme, irgendeine jüdische Organisation in NS-Deutschland vor der »Endlösung« hätte eine Zusammenarbeit ablehnen können, ist eine Chimäre.

Die drei diesem Buch vorangestellten Zitate weisen auf die Fragen hin, mit denen sich die Studie auseinandersetzt. Sie stehen für drei Wege des Umgangs mit der sogenannten Judenfrage in Deutschland vor dem Holocaust und spiegeln die tragischen Konflikte im jüdischen Leben von der Aufklärung bis zur »Endlösung« wider. Die im ersten Zitat aus Gotthold Ephraim Lessings Stück *Nathan der Weise* enthaltene Betrachtungsweise deutet auf den Optimismus und die Hoffnung der meisten Juden und einiger Nichtjuden während der Aufklärung hin, dass Juden gleichzeitig auch Deutsche sein könnten, da beide doch ihr gemeinsames Menschentum verbindet. Das zweite Zitat ist einem nationalsozialistischen Lied entnommen, das Lessings Ansicht total negiert. Es streicht die angeblichen »rassischen« Unterschiede heraus und fordert, Juden auszugrenzen und nach Palästina zu vertreiben. Das dritte Zitat spitzt eine zionistische Ansicht zu und ist ideologisch zwischen den beiden ersten Aussprüchen anzusiedeln. Theodor Herzl gibt darin zu verstehen, dass er die Logik einer deutsch-jüdischen Trennung und die nationale Eigenart beider Völker anerkenne, ohne dass er dabei ihr gemeinsames Menschentum wie die Vorstellung von der Gleichheit aller Menschen verleugne.

Historiografisch ist diese Studie in breit angelegte wissenschaftliche Diskurse über die deutsch-jüdische Geschichte, NS-Deutschland und den Holocaust eingebettet, die mehr als ein halbes Jahrhundert die Forschung beherrschten. Aus der vielfältigen Literatur über das Wesen und die Geschichte des Antisemitismus im Deutschland der Moderne ragt die frühe Veröffentlichung von Paul Massings *Rehearsal for Destruction: A Study of Political Anti-Semitism in Imperial Germany* im Jahr 1949 heraus. Anfangs konzentrierten sich die Arbeiten auf die Frage, ob der

von der nationalsozialistischen Führungsspitze und dem NS-Staat gehegte Antisemitismus Teil einer längeren Entwicklung in der deutschen Geschichte sei oder ob er nur eine relativ kurze, apokalyptische Verirrung ohne Fortsetzung darstelle.⁴ Im letzten Jahrzehnt, besonders seit der Veröffentlichung von Daniel Goldhagens *Hitler's Willing Executioners: Ordinary Germans and the Holocaust* im Jahr 1996, hat sich diese Debatte intensiviert. Sie konzentriert sich im Besonderen darauf, ob der deutsche Antisemitismus speziell unter »gewöhnlichen Deutschen« einzigartig in Europa war, sowohl was sein Wesen als auch was seine Anwendung betraf.⁵ Im Laufe der Jahre sind unzählige Studien erschienen, die das Wesen des deutschen Antisemitismus direkt oder indirekt untersuchen. Sie befassen sich u.a. mit der Frage, wie stark der Antisemitismus die Ansichten gewöhnlicher und nicht so gewöhnlicher Deutscher vom deutschen Kaiserreich bis zum Dritten Reich geprägt hat. Gab es eine kontinuierliche Verbindung zwischen dem Antisemitismus deutscher Provenienz und den politischen Maßnahmen, die das Wilhelminische Reich, die Weimarer Republik und das NS-Regime im Bezug auf die jüdische Gemeinschaft Deutschlands ergriffen? War der deutsche Antisemitismus so einzigartig, dass er die Ausrottung des europäischen Judentums während des Zweiten Weltkrieges wahrscheinlich und sogar unvermeidlich erscheinen ließ? Für die vorliegende Arbeit ist besonders interessant, wie deutsche Antisemiten von der Kaiserzeit bis zum Nationalsozialismus auf die konträre zionistische Perspektive und dem daraus erwachsenden Herangehen an die jüdische Frage in Europa reagierten. Was sagen diese

- 4 Vgl. zu den Fragen über Kontinuität und Diskontinuität in der Geschichte des Antisemitismus im modernen Deutschland z.B. Donald Niewyk, *Solving the Jewish Problem: Continuity and Change in German Antisemitism, 1871-1945*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 35 (1990), S. 335-370; Richard Levy, *The Downfall of the Anti-Semitic Political Parties in Imperial Germany*, New Haven 1975; Shulamit Volkov, *Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus 1878-1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 33 (1985), S. 221-243.
- 5 Vgl. Christopher Browning, *Ordinary Men: Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland*, New York 1992; Daniel Goldhagen, *Hitler's Willing Executioners: Ordinary Germans and the Holocaust*, New York 1996. Seit das zuletzt genannte Buch veröffentlicht wurde, hat sich eine lebhaftere Debatte über Goldhagens umstrittene Theorien über das Wesen des deutschen Antisemitismus ergeben. Siehe die verschiedenen Kritiken von Goldhagens Buch sowie Julius Schoeps (Hg.), *Ein Volk von Mördern: Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust*, Hamburg 1996; Robert Shandley (Hg.), *Unwilling Germans? The Goldhagen Controversy*, Minneapolis 1998. Vgl. auch Omer Bartov, *Germany's War and the Holocaust: Disputed Histories*, Ithaca 2003, besonders Kapitel 5 und 6.

Reaktionen über das Wesen des deutschen Antisemitismus vor dem Holocaust im Allgemeinen aus?

Die letzte Frage deutet auf eine weitere angeheizte, wenn auch bereits erschöpfte Debatte hin, die schon in frühen Werken über den Holocaust nach der ersten Veröffentlichung von Raul Hilbergs bahnbrechendem Werk *The Destruction of the European Jews* 1961 zutage trat: Bis in die achtziger Jahre wurde heftig diskutiert, wie der Entscheidungsfindungsprozess des NS-Regimes zur »Endlösung«, d.h. zur systematischen Ausrottung des sowjetischen und gesamteuropäischen Judentums im Jahr 1941 zustande kam. Intentionalisten und Funktionalisten, und unter Letzteren die Strukturalisten, sind zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen gekommen. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre verbreiteten Intentionalisten wie Karl Dietrich Bracher, Lucy Dawidowicz, Gerald Fleming, Andreas Hillgruber und Eberhard Jäckel die Ansicht, dass der Völkermord am europäischen Judentum von zentraler Stelle, d.h. von Adolf Hitler geleitet wurde und Teil eines Plans war, der lange vor der eigentlichen Ausführung gefasst wurde und von Beginn an auf die physische Ausrottung aller Juden abzielte.⁶ Funktionalisten wie anfangs Karl Schleunes, Uwe Dietrich Adam und Christopher Browning hielten dagegen, dass das chronisch bürokratische und »polykratische« Wesen des Hitler-Regimes genau dieses Szenarium unmöglich erscheinen lässt.⁷ Bis zum Ende der neunziger Jahre waren sich die meisten Funktionalisten darüber einig, dass Hitler tatsächlich die Richtung für die anti-jüdischen Maßnahmen vorgab, besonders was die »Endlösung« betraf.⁸ Sie vertraten jedoch auch die Auffassung, dass die Entscheidung

6 Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur: Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln 1969; Lucy Dawidowicz, *The War Against the Jews, 1933-1945*, New York 1975; Gerald Fleming, *Hitler and the Final Solution*, Berkeley 1984; Andreas Hillgruber, *Die »Endlösung« und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 20 (1972), S. 133-153; Eberhard Jäckel, *Hitler's Weltanschauung: A Blueprint for Power*, Middletown 1972.

7 Vgl. Karl Schleunes, *The Twisted Road to Auschwitz: Nazi Policy Toward German Jews, 1933-1939*, Urbana 1970; Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972; Martin Broszat, *Hitler und die Genesis der »Endlösung«*. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977), S. 739-775; Christopher Browning, *Fateful Months: Essays on the Emergence of the Final Solution*, New York 1985, S. 8-38; ders., *Nazi Policy, Jewish Workers, German Killers*, New York 2000, S. 142.

8 Vgl. z.B. Peter Longerich, *The Unwritten Order: Hitler's Role in the Final Solution*, Stroud/Gloucestershire 2003.

zur »Endlösung« im Herbst 1941 nur eine logische Weiterentwicklung der anti-jüdischen Strategien der Nationalsozialisten nach den dramatischen Ereignissen der ersten zwei Kriegsjahre darstellte. Die »Endlösung« hatte sich demnach seit 1933 aus im Grunde wahllos getroffenen politischen Maßnahmen ergeben. Diese wiederum hatten sich aus einer Vielzahl von miteinander konkurrierenden Interessen seitens der Parteiorganisationen und Regierungsstellen sowie aus verschiedenen Ereignissen entwickelt, wobei sich diese Entwicklung noch verstärkte, als die Nationalsozialisten zuerst in Deutschland und dann in anderen europäischen Ländern nach einer »Lösung« der sogenannten Judenfrage suchten.

Die Fragen über das Wesen des deutschen Antisemitismus und den Entscheidungsfindungsprozess, der zum Völkermord führte, sind natürlich eng miteinander verbunden. Das Wesen des pathologischen Hasses, der auf eine spezifische Gruppe von Menschen abzielt – insbesondere eine so verwundbare wie die Juden Europas vor dem Holocaust –, beeinflusst immer auch die Form, wie dieser Hass in politische Strategien und Maßnahmen umgesetzt wird. Umgekehrt können Ereignisse auf die Ideologie zurückwirken und dazu führen, dass konkrete Maßnahmen im Sinne der Weltanschauung ungereimt und widersprüchlich ausfallen. Bis zum heutigen Tag diskutieren Wissenschaftler, in welcher Beziehung die konkreten, identifizierbaren Praktiken und Maßnahmen zur komplexen und teilweise widersprüchlichen NS-Ideologie standen, besonders in Bezug auf den Antisemitismus, die anti-jüdischen Aktionen und politischen Maßnahmen des Regimes. Bis zu welchem Grad waren die Täter, von den »ganz gewöhnlichen Deutschen« bis zu ihrer politischen Führungsspitze, von der antisemitischen Ideologie oder von anderen Faktoren beeinflusst? Wenn sie hauptsächlich der Antisemitismus motivierte, wie sah dieser aus? Und war Völkermord die logische und unvermeidbare Folge dieser Einstellung?

In der Einleitung zu seiner Studie über NS-Deutschland und die Juden während der dreißiger Jahre stellt Saul Friedländer fest, dass trotz der zentralen Rolle der NS-Täter und ihrer Maßnahmen nach 1933 »zugleich die umgebende Welt sowie die Einstellungen, die Reaktionen und das Schicksal der Opfer einen untrennbaren Bestandteil dieser sich entfaltenden Geschichte bilden.«⁹ Deshalb geht die vorliegende Studie auch auf die Reaktionen der jüdischen Opfer des deutschen, speziell des Antisemitismus der Nationalsozialisten ein. Sie untersucht die in-

9 Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, München 2007, S. 12; ders., *Die Jahre der Vernichtung: Das Dritte Reich und die Juden 1939-1945*, München 2006, S. 13 f.

tellektuellen und politischen Ursprünge des modernen Zionismus am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die größtenteils mitteleuropäischen Wurzeln dieser nationalistischen Ideologie, ihre Entwicklung in Deutschland und ihre Beziehung zum deutschen Antisemitismus, insbesondere in dessen nationalsozialistischer Ausprägung vor der »Endlösung«. Da diese Wurzeln jenen ähneln, die zum völkischen Charakter des modernen deutschen Nationalismus während des 19. Jahrhunderts beitrugen, reagierten die Zionisten anders auf Antijudaismus und Antisemitismus als andere Juden. George Mosse schlug vor, dass wir uns »mit der deutsch-jüdischen Geschichte auseinander setzen müssen, da sie sowohl Teil der Geschichte der Deutschen wie der Juden ist, wie sehr wir auch solch eine Verbindung heutzutage leugnen wollen.«¹⁰ Im Grunde reagierte der Zionismus auf die unmittelbare Herausforderung durch den modernen Antisemitismus, der sich aus einem jahrhundertalten religiösen und kulturellen Judenhasse speiste. Der Zionismus fußte jedoch auch auf dem aufklärerischen Gedankengut, das die Gleichheit aller Menschen und die Anwendung dieser Theorien auf die Juden in einer nichtjüdischen Gesellschaft propagierte. Diese historischen Gegebenheiten in der modernen jüdischen Geschichte waren die kritischen Ausgangspunkte für den politischen sowie den kulturellen Zionismus. Was den politischen Zionismus betrifft, so führte die Ablehnung von Seiten der Nichtjuden, die im modernen säkularen und Rasseantisemitismus zum Ausdruck kam, zu einer separatistischen und nationalistischen Reaktion. Der kulturelle Zionismus hingegen reagierte auf nichtjüdische Akzeptanz, die zur jüdischen Emanzipation in Form von Bürgerrechten und Assimilation geführt hatte. Die kulturellen Zionisten glaubten, dass diese Freiheiten die religiöse und kulturelle Identität der Juden schwächten und dadurch eine, wenn auch nur kulturell und spirituell definierte, separatistische Reaktion notwendig machten. Beide Seiten definierten Staatsbürgerschaft und nationale Identität in der Folge als Grundlage für den Staat im Sinne der in Deutschland vorherrschenden Einstellung, wobei die ethnische, religiöse und kulturelle Einheit in unterschiedlichem Maße als notwendig erachtet wurde.

Obwohl die Behandlung des ideologischen und praktischen Verhältnisses zwischen dem Zionismus und dem Antisemitismus im Deutschland der Moderne ein heikles Thema ist, sollte man sich David Vitals wichtige Einsicht vor Augen halten: Er stellte heraus, dass Theodor Herzl mit der Veröffentlichung seines Werkes *Der Judenstaat: Versuch einer modernen*

10 George Mosse, *Germans and Jews: The Right, the Left, and the Search for a »Third Force« in Pre-Nazi Germany*, New York 1970, S. 78.

Lösung der Judenfrage (1896) ein zum Teil taktisches Ziel verfolgt hatte. Herzl wollte damit auch die Unterstützung nichtjüdischer Gruppen für seine Vorschläge erreichen, die unter Juden umstritten waren und in der damaligen Zeit kaum Anklang fanden. Da die jüdischen Reaktionen auf Herzls Buch größtenteils negativ waren, hoffte er auf positive Reaktionen von nichtjüdischer Seite. Und diese Rezipienten sprachen durchaus darauf an: Ihre Reaktionen reichten von Gleichgültigkeit bis zu Akzeptanz und sogar Enthusiasmus. Insgesamt beschrieb Herzl die Reaktion der Antisemiten folgendermaßen: »Die Antisemiten behandeln mich fair.«¹¹ Zur Zeit der Veröffentlichung des Buches *Der Judenstaat* scheint sich Herzl damit auseinandergesetzt zu haben, dass das Verhältnis zwischen Antisemiten und Zionisten für beide Seiten in den kommenden Jahren ein heikles Thema sein würde. Während nichtjüdische Kritik am Zionismus oder dem Staat Israel heutzutage oft als Ausdruck eines tiefer liegenden Antisemitismus gewertet werden, so hätte zu Herzls Zeit eine nichtjüdische Unterstützung der zionistischen Idee zu einer ähnlichen Wirkung führen können. Herzl schrieb z.B. in einer Tagebucheintragung vom 22. Juli 1896, dass der Erzherzog von Baden befürchtete, eine öffentliche Unterstützung von Herzls Plänen von Juden und Nichtjuden könne als Ausdruck von Antisemitismus gewertet werden.¹²

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Behandlung dieser heiklen und teilweise umstrittenen historischen Beziehung von Zionismus und Antisemitismus von verschiedenen Faktoren beeinflusst. In zeitlicher Nähe zum Holocaust war der Unwillen geprägt, den bedeutenden Einfluss von völkischen Ideen auf das deutsche Judentum im 19. und frühen 20. Jahrhundert wahrzunehmen, besonders ausgeprägt. Wiederrum war es George Mosse, der feststellte, dass Juden nicht nur Gegenstand einer völkischen Weltanschauung waren, sondern viele von ihnen dieser Weltanschauung selbst anhängen, ganz gleich, ob das in Form eines völkisch-deutschen oder völkisch-jüdischen Nationalismus war.¹³ Die Abneigung, diese Beziehung zu diskutieren, ergab sich auch aus der politischen Zielsetzung von Nichtjuden und Juden in der Zeit nach dem Holocaust, besonders in Verbindung mit der Gründung des Staates Israel 1948. Das historische und ideologische Verhältnis zwischen diesen beiden Bewegungen in Europa während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor dem Massenmord der Juden hatte eine grundlegende pragmatische Annäherung der Interessen notwendig gemacht. Beide Seiten hatten ver-

11 David Vital, *The Origins of Zionism*, Oxford 1980, S. 267.

12 Vgl. Theodor Herzl, *Theodor Herzls Tagebücher*, Bd. 1, Berlin 1922, S. 501.

13 Vgl. Mosse, *Germans and Jews*, Kapitel 4.

sucht, durch die Umsetzung ihrer politischen Ziele die nationalistischen Ideologien in konkrete Handlungen umzuwandeln. Nach dem Holocaust fanden es jedoch viele Menschen intellektuell und gefühlsmäßig unvorstellbar, dass sich jüdische Interessen jemals mit jenen der deutschen Nationalisten und Antisemiten gedeckt hatten oder Juden es für notwendig erachtet hatten, mit dem nationalsozialistischen Staat zusammenzuarbeiten. Schließlich hatte das Dritte Reich das jüdische Leben im Deutschland der dreißiger Jahre brutal eingeschränkt, bevor es zur Vernichtung von ungefähr zwei Drittel aller europäischen Juden während des Zweiten Weltkriegs überging.

Aufgrund dieser historischen Konvergenz wurden jedoch auch ahistorische Behauptungen seitens einiger nichtjüdischer und sogar jüdischer Kritiker laut, wie z.B., dass der Zionismus nur ein weiteres Beispiel für Rassismus sei und er sich im Grunde nicht vom deutschen Nationalsozialismus unterscheide.¹⁴ So brachten einige Autoren moralische Einwände gegen die Vertreibung eines beträchtlichen Teils der arabischen Bevölkerung Palästinas im arabisch-israelischen Krieg 1948 und gegen die israelische Besetzung und Siedlungspolitik im Westjordanland, Ostjerusalem und dem Gaza-Streifen nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 vor. Etliche Kritiker, der Großteil von ihnen jüdisch, warfen den Zionisten vor, mit dem NS-Regime in Deutschland zusammengearbeitet zu haben, um ihre eigenen, eng abgesteckten Interessen auf Kosten von nichtzionistischen

14 Vor Hitlers Machtergreifung im Jahre 1933 wurde der Zionismus am stärksten von Juden kritisiert. Die meisten von ihnen gründeten ihre Kritik nicht auf angebliche rassistische Affinitäten mit dem Nationalsozialismus. Stattdessen basierten sie ihre Argumente auf einer Ablehnung der zionistischen Forderungen, dass Juden ein eigenes Volk und fremd in den Ländern seien, in denen sie lebten. Vgl. z.B. Avraham Barkai, *Wehr Dich! Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1938*, München 2002, S. 52 ff., 205 ff. Vgl. zum amerikanischen-jüdischen Kontext Thomas Kolsky, *Jews Against Zionism: The American Council for Judaism, 1942-1948*, Philadelphia 1990. Einige von ihnen verurteilten den Zionismus jedoch als rassistische Ideologie. Einer der extremsten Vertreter dieser Ansicht war Victor Klemperer, der in einer Beschreibung den Zionismus mit dem Nationalsozialismus verglich. Siehe Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten: Tagebücher 1933-1941*, Bd. I, Berlin 1995, S. 111, 193, 220, 319, 458, 529, 695. Vgl. auch Lenni Brenner, *Zionism in the Age of the Dictators: A Reappraisal*, London 1983, Kapitel 5. Ein notwendiger Hintergrund für die Behauptung, dass Zionismus im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Israelis und Arabern seit 1948 Rassismus sei, vgl. Benny Morris, *Righteous Victims: A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881-2001*, New York 2001; Avi Schlainm, *The Iron Wall: Israel and the Arab World*, New York 2001.

Juden vor und während des Holocaust zu wahren.¹⁵ Auf der anderen Seite des politischen Spektrums finden sich Nichtjuden, hauptsächlich Holocaust-Leugner und Hitler-Apologeten, die behaupten, dass der Zionismus und der Staat Israel für viele Maßnahmen verantwortlich sind, die denen der Nationalsozialisten ähneln. Einige haben sogar angedeutet, dass Hitler kein schlechter Führer gewesen sei: Schließlich habe seine Judenpolitik den Juden zu einem unabhängigen Staat verholfen.¹⁶

Letzten Endes hilft eine Untersuchung der Beziehung zwischen Zionismus und dem deutschen Antisemitismus dabei, beide Bewegungen besser zu definieren und – was vielleicht noch wichtiger ist – herauszufinden, was beide Bewegungen vor Durchführung der »Endlösung« nicht waren. Die meisten Antisemiten akzeptierten den Zionismus und seine Institutionen als Partner in einer gemeinsamen Suche niemals, weil diese ihrer Ansicht nach Teil des »monolithischen Judentums« waren. Deshalb konnte der Zionismus in ihren Augen nie mehr als ein politisches Instrument sein, um das »Problem« zu lösen. Selbst jene Deutschen, die die jüdische Assimilation an die deutsche Gesellschaft vor 1933 unter der Bedingung akzeptierten, dass Juden nicht mehr Juden sein sollten, betrachteten den Zionismus oft als einen nützlichen Ausweg für jene, die diese Auflage nicht erfüllen wollten. Daher sahen viele nichtjüdische Deutsche – Politiker, Aktivisten, Akademiker, politische Philosophen, das ganze Spektrum der rassistischen Antisemiten bis zu liberalen Vertretern einer vollständigen jüdischen Assimilation – den Zionismus als eine attraktive und praktische Lösung der »jüdischen Frage« in Deutschland. Sie folgerten daraus, dass Zionisten Juden seien, die ihre eigene grund-

15 Vgl. Edwin Black, *The Transfer Agreement: The Dramatic Story of the Pact between the Third Reich and Jewish Palestine*, Cambridge 1999; Brenner, *Zionism in the Age of the Dictators*, S. 55 ff. Wichtige Argumente gegen einige dieser Ansichten haben stichhaltig bewiesen, dass nach den Umbrüchen in Deutschland im Jahr 1938 und im Besonderen nach frühen Berichten über den Massenmord in Osteuropa im Frühjahr 1942 das Palästina-Amt und die zionistische Bewegung im Allgemeinen den kritischen Zusammenhang zwischen ihrem eigenen Überleben und dem Wohlergehen aller Juden in der Diaspora festgestellt hatten. Selbst in praktischer Hinsicht lief die zionistische Meinung darauf hinaus, dass es eine jüdische Mehrheit und einen Staat in Palästina vielleicht nicht geben hätte, wenn die Nationalsozialisten den Großteil des europäischen Judentums nicht vernichtet hätten. Vgl. z.B. Dina Porat, *The Blue and Yellow Stars of David: The Zionist Leadership in Palestine and the Holocaust, 1939-1945*, Cambridge 1990.

16 Siehe für diese Ansicht Michael Wolffsohn, *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*, München 1988, S. 10-20. Vgl. auch »Ohne Hitler kein Israel?«, in: »Juden und Deutsche«, *Spiegel Spezial*, 2 (1992) S. 126-136.

legende Annahme akzeptiert hatten, nicht gleichzeitig Juden und Deutsche sein zu können. Im Allgemeinen waren sie sich einig, dass Juden ein eigenes Volk und eben nicht Deutsche mit einer anderen Religion seien. Sie glaubten, dass die deutsche Staatsbürgerschaft die Zionisten weder zu einem Teil der deutschen Volksgemeinschaft machen noch ihnen das Recht auf politische, wirtschaftliche und soziale Gleichstellung in Deutschland geben würde.

Die Zionisten boten sich den deutschen Antisemiten aus ideologischen wie auch aus praktischen Gründen wegen ihrer Sicht auf die »jüdische Frage« als ein nützliches Mittel an, mit dem sie ihre Antipathie gegen alles Jüdische und ihr Verlangen, der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland ein Ende zu bereiten, in spezifische Aktionen und politische Maßnahmen umsetzen konnten, und zwar so, dass es dem Judentum angeblich dienlich bzw. nicht schädlich sein würde. Dadurch stellten die Zionisten vor dem Holocaust ihre ideologischen Annahmen direkt in Frage. Dies betraf besonders ihre eigene Rolle in einer Zeit der jüdischen Emanzipation, die von einer organisierten, vom Staat geförderten antisemitischen Bewegung unterminiert und von der Öffentlichkeit unterstützt wurde. Die jüdische Emanzipation hatte Bedingungen im jüdischen Alltagsleben geschaffen, durch die eine wirksame zionistische Arbeit in der Diaspora möglich wurde. Sie hatte jedoch auch zur jüdischen Assimilation geführt, die die Zionisten letzten Endes ablehnten. Wie konnten die Zionisten außerdem die durch die Emanzipation entstandenen Bedingungen angesichts einer solchen Bedrohung verteidigen, die sie so lange als unausweichlich und unüberwindbar betrachteten, bis die Juden in der Diaspora den Zionismus befürworteten und nach Palästina emigrieren würden?

Die meisten Antisemiten in Deutschland, einschließlich der Nationalsozialisten vor 1941, waren zwar bereit, den Zionismus und die zionistische Bewegung für ihre Zwecke zu nutzen, doch akzeptierten sie nie die zionistische Philosophie, die die Wiedergeburt des Judentums als eigenes Volk in der modernen Welt beinhaltet. Als der Zionismus und die jüdische Emigration für die Eroberung des deutschen »Lebensraums« in Europa während der ersten zwei Jahre des Zweiten Weltkrieges nicht mehr nützlich bzw. politisch relevant waren, verloren sie aus Sicht der Antisemiten ihre Bedeutung. Die Politik des Massenmordes trat an deren Stelle. Darin besteht der fundamentale Unterschied zwischen den früheren zionistischen Bewertungen des Antisemitismus und seiner potentiellen Nützlichkeit bei der Umerziehung der Juden in der Diaspora, dem Kampf gegen die Assimilation, der Wiedergeburt der Juden als Nation und der Gründung eines jüdischen Staates. Es war ein Ansatz, der z.T.

von der Überzeugung vieler und zumindest von den Hoffnungen anderer genährt wurde, dass sich die nationalistischen Prioritäten und Ziele beider Bewegungen in einem gewissen Maße miteinander »vertragen« würden. Dies schien solange der Fall zu sein, bis die nationalsozialistische Gewaltherrschaft solche Hoffnungen im ersten Regierungsjahr zerstörte. Die Zionisten hatten ursprünglich geglaubt, dass sich die traditionellen und in der Moderne entwickelten rassistischen Antipathien gegen die Juden verringern bzw. sogar verschwinden würden, wenn die Juden auf Assimilation verzichteten und in ihren eigenen Staat auswandern würden, wo sie Seite an Seite mit einem »neuen« Deutschland in gegenseitiger Achtung und sogar Freundschaft leben könnten. Diese Einschätzung, der viele vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus nur schwer widerstehen konnten, war jedoch unvereinbar mit jener Form des Antisemitismus, die zur Grundlage der politischen Maßnahmen des NS-Regimes nach dessen »Machtergreifung« wurde, vor allem, als dessen gewaltsame Suche nach »Lebensraum« in Europa Wirklichkeit zu werden drohte.

Was sagen die antisemitische Ideologie, die politischen Maßnahmen gegen den Zionismus und die Entwicklung der zionistischen Bewegung vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Dritten Reich über das Wesen des deutschen Antisemitismus vor 1945 aus? Die vorliegende Arbeit kommt zum Ergebnis, dass es zumindest keine ungebrochene Kontinuität gab, und konstatiert eine Reihe von Widersprüchen bei der politischen Umsetzung der antisemitischen Ideologie. Dies mag nicht besonders neu oder aufschlussreich sein, ist jedoch von Bedeutung, wenn man unter diesem Aspekt die NS-Zeit betrachtet, d.h. eine Zeit in der modernen deutschen Geschichte, als sich der Staat explizit zum Hauptziel setzte, seinen propagierten Antisemitismus in konkrete politische Maßnahmen zu gießen. Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach deren Durchsetzung wiederum bedeutsam für die Analyse des Entscheidungsfindungsprozesses der Nationalsozialisten, der schließlich zum Genozid führte. Hitlers Umgang mit dem Zionismus und der zionistischen Bewegung in Deutschland vor dem Jahr 1941 macht die Annahme unwahrscheinlich, dass die »Endlösung« Teil eines bereits frühzeitig gefassten Plans war, Massenmord am europäischen Judentum zu begehen. Nichts im komplizierten Prozess der jüdischen Emigration aus Deutschland nach Palästina bereitete den Boden für den Genozid an den Juden im Rest Europas und über seine Grenzen hinaus. Die vorliegende Arbeit kommt daher zum Schluss, dass der deutsche Zionismus keine andere Chance hatte, als die Zusammenarbeit mit dem Regime zu suchen, wenn seine ideologischen Grundlagen, die vorübergehende Empfänglichkeit der Antisemiten ge-

genüber seiner Philosophie und vor allem die Krise, in die die deutschen Juden nach 1933 gerieten, angemessen berücksichtigt werden, obwohl das Regime nach der Ausrottung aller europäischen Juden trachtete. Doch die Tatsache, dass es pragmatische Gründe für die Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehr Gruppen gab, heißt nicht, dass diese Gruppen gleichwertig waren.

An dieser Stelle sollte auch etwas über das reichhaltige und vielfältige Quellenmaterial gesagt werden, das der Arbeit zu Grunde liegt. Für eine Studie über die anti-jüdische NS-Politik vor der »Endlösung« sind die wichtigsten Dokumente die Akten verschiedener Polizeidienststellen des Regimes, hauptsächlich der Gestapo und des Sicherheitsdiensts (SD) der SS in Berlin sowie der örtlichen Polizei- und Parteiämter in kleineren Städten und Ortschaften. Die Gestapo und der SD waren für die Durchsetzung der Judenpolitik und in zunehmendem Maße nach 1938 auch für ihre Ausformulierung verantwortlich. Vor 1939 oblag die Konzipierung antijüdischer Maßnahmen verschiedenen staatlichen Institutionen, wie z.B. dem Innen-, Wirtschafts-, Außen- und Landwirtschaftsministerium. Auch deren Akten enthalten unverzichtbare Quellen. Da sich dieses Buch ebenso den zionistischen Aktivitäten und Strategien in Deutschland und anderen Ländern widmet, waren die Aufzeichnungen deutsch-jüdischer Organisationen und etlicher jüdischer Institutionen außerhalb Deutschlands von unschätzbarem Wert. Dazu zählen sowohl die Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD) und die Staatszionistische Organisation wie auch die größte deutsch-jüdische Organisation, der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens/Centralverein der Juden in Deutschland (CV). Die Akten der internationalen zionistischen Bewegung außerhalb der deutschen Grenzen, insbesondere des Palästina-Amtes und der Zionistischen Weltorganisation waren von herausragender Bedeutung, besonders weil das Hauptarchiv der ZVfD von der Gestapo Ende des Jahres 1938 konfisziert und nach dem Krieg nicht wieder aufgefunden wurde. Sehr nützlich waren außerdem die Dokumente der zwei repräsentativen jüdischen Organisationen im Dritten Reich, die als Bindeglied zwischen der jüdischen Gemeinschaft und dem nationalsozialistischen Staat dienten: die Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland (RVt) zwischen 1933 und 1939 und ihre Nachfolgeorganisation, die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVe), deren überlieferte Akten aus der Zeit von 1939 bis 1941 herangezogen wurden. Sie trugen insbesondere statistische Informationen über das jüdische Leben in Deutschland bei.

Um die Akten des gesamten Polizeiapparats des NS-Staates und der staatlichen Stellen, wie z.B. des Innen- und Wirtschaftsministeriums

und ähnlicher Stellen einsehen zu können, habe ich das Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde und dessen Zweigstelle in Dahlwitz-Hoppegarten aufgesucht. Das Politische Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin enthält eine exzellent sortierte und äußerst wichtige Sammlung von Akten, die sich alle auf den Zionismus, Palästina und im Besonderen die außenpolitischen Auswirkungen der deutschen Judenpolitik beziehen. Außerdem bietet das Moskauer Osobyi Spezialarchiv eine substantielle Sammlung. Das Center for Advanced Holocaust Studies am Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C. beherbergt Mikrofilmkopien der Akten des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) aus Moskau. Diese Sammlung rundet die Aufzeichnungen verschiedener Polizeistellen des Bundesarchivs ab. Sie ist Teil einer umfassenden Sammlung von NS-Dokumenten, die 1945 von den sowjetischen Truppen konfisziert und nach Moskau gebracht wurden. Die Aufzeichnungen des CV im Moskauer Spezialarchiv und auf Mikrofilm im Holocaust-Museum in Washington, D.C. stellten eine unschätzbare Informationsquelle für diese Arbeit dar, besonders weil das ZVfD-Archiv verloren gegangen ist und die zionistischen Akten auf deutsche und israelische Archive verstreut sind. Für die Forschungsarbeit über den Zionismus waren zudem die Unterlagen der Abteilungen des Palästinaamts in ihren Büros in Jerusalem und London sowie der Zionistischen Weltorganisation in London von großem Wert. Letztere befinden sich in den Central Zionist Archives in Jerusalem, die eine reichhaltige Informationsquelle zu zionistischer Politik und Aktivitäten in Deutschland und dem jüdischen Leben in NS-Deutschland nach 1933 bereithalten. Das Jabotinsky Institut in Tel Aviv und das Central Archive for the History of the Jewish People an der Hebräischen Universität von Jerusalem besitzen wichtige Materialien über die Aktivitäten und die Rolle der revisionistischen zionistischen Bewegung und ihrer Führungspersonlichkeiten innerhalb und außerhalb Deutschlands. Das Hagana Archiv in Tel Aviv enthält Akten, die die Beziehungen dieser paramilitärischen Untergrundorganisation zum SD und zur Gestapo bei der illegalen Immigration von Juden aus Mitteleuropa nach Palästina Ende der dreißiger Jahre erhellen. Einige Staatsarchive in der Bundesrepublik Deutschland, besonders jene in Potsdam und Leipzig, aber auch in anderen Städten, bewahren aufschlussreiche Überwachungsberichte von Polizisten, die zwischen 1933 und 1938 Veranstaltungen von örtlichen zionistischen und nichtzionistischen jüdischen Organisationen besuchten. Diese Beamten zeichneten ohne jede Gefühlsregung Details und statistische Daten über zionistische Veranstaltungen und Aktivitäten auf. Sie führten allgemein darüber Bericht, wie die jüdische Politik des NS-Regimes durchgesetzt wurde, besonders was Maßnahmen betraf, die eine

zionistische Mission unter Juden verbreiten und die jüdische Emigration aus Deutschland nach Palästina ermöglichen sollten. An letzter Stelle seien die National Archives and Records Administration in Washington, D.C. und die National Archives in London genannt, die relevante Akten des amerikanischen und britischen Außenministeriums besitzen, welche wiederum einige in dieser Arbeit verwendeten grundlegenden Informationen aus deutschen und israelischen Archiven bestätigen.

I. Das Zeitalter der Emanzipation im Deutschen Reich

Der Zionismus in der antisemitischen Vorstellungswelt

Vor der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 waren hauptsächlich Juden in und außerhalb von Europa aktive Antizionisten. Dies steht im krassen Gegensatz zur heutigen Zeit, in der Antizionismus als eine Facette des Antisemitismus wahrgenommen wird.¹ Widerstand gegen die säkulare nationalistische Ideologie und die Bemühungen der modernen politischen Zionisten wurde besonders in Europa und den USA vonseiten orthodoxer Juden geleistet, da sie eine Rückkehr nach Erez Israel vor der Ankunft des Messias in Frage stellten. Zusätzlich kritisierten auch säkulare liberale »assimilierte« Juden, deren Selbstverständnis auf den Traditionen des Reformjudentums aufbaute, die zionistische Philosophie und die daraus resultierenden Aktivitäten. Dies war besonders in Deutschland vor der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten der Fall. Die Tatsache, dass das deutsche Judentum vom späten 18. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts rapide den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg von einer hauptsächlich als ausgegrenzte Unterschicht lebenden Gemeinschaft zu einer Schicht des mittleren und oberen Bürgertums vollzogen hatte, unterschied sich deutlich von den zionistischen Vorstellungen, die durch Absonderung und Emigration die jüdische Eigenart bewahren wollten.² In der Literatur finden sich unzählige Beispiele für den deutsch-jüdischen Widerstand gegen den Zionismus, wie z.B. die Weigerung der deutschen Rabbinerversammlung und des Vorstands der Münchner jüdischen Gemeinde, die Abhaltung des ersten internationalen zionistischen Kongresses 1897 in ihrer Stadt zu erlauben (er tagte in der Folge in Basel), bis hin zu den vielen Stellungnahmen gegen die zionistische Bewegung. So schrieb der Schriftsteller Victor Klemperer in einer Tagebucheintragung vom 22. April 1935 nach einer Zusammenkunft mit Kurt Blumenfeld, der der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) von 1924 bis 1933 als Präsident vorstand: »Blumenfelds waren am Freitag bei uns; ich stieß heftig mit ihm zusammen im Punkt Zionismus, den er verteidigt und rühmt, den ich Verrat und Hit-

1 Vgl. Yakov Rabkin, *A Threat from Within: A Century of Jewish Opposition to Zionism*, New York 2006.

2 Vgl. Simone Lässig, *Jüdische Wege ins Bürgertum: Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2004, S. 13 f.

lerei nenne.«³ Verschiedene Gruppen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft Deutschlands stellten sich frühen zionistischen Hoffnungen und Ambitionen also in den Weg.

Anfangs regte sich unter nichtjüdischen Intellektuellen, Akademikern und Politikern relativ geringer Widerstand gegen den Zionismus. Den meisten war er gleichgültig. Einige wenige unterstützten ihn dagegen auf unterschiedliche Weise. Die Bewegung wurde unter anderem auch deshalb befürwortet, da manche Christen und säkulare Nichtjuden philosemitisch eingestellt waren.⁴ Nützlich erwies sich der Zionismus auch für die imperialistischen Bestrebungen der europäischen Großmächte sowie für antisemitische, nationalistische und rassistische Ideologen und Politiker und selbst für jene politisch liberal geprägten Nichtjuden, die die vollkommene jüdische Assimilation akzeptierten.⁵ Besonders auf diese Bevölkerungsschichten baute Theodor Herzl (1860-1904) den Großteil seiner Hoffnungen bezüglich der Unterstützung und Förderung der neuen Bewegung. Er war davon überzeugt, dass die zionistischen Bemühungen in Europa und Palästina aus der historischen Antipathie der Nichtjuden und insbesondere aus dem zu seiner Zeit grassierenden Antisemitismus ihre Kraft ziehen könnten. Vor allem glaubte er, dass Antisemiten und ihre Regierungen sich als bessere Freunde der Zionisten erweisen und Christen im Allgemeinen den Erfolg dieser Bewegung begrüßen würden, wie immer sie auch gegen die Juden eingestellt waren. Aufgrund der Geopolitik und des Antisemitismus wandte er sich daher besonders an die Regierungen der europäischen Großmächte, auf deren freundliche Unterstützung er zählte.

Dass sich die Interessen des jüdischen Nationalismus und des europäischen Imperialismus in Bezug auf Palästina im 19. Jahrhundert schrittweise überlagerten, scheint eine erwiesene Tatsache zu sein. Bereits 1799

3 Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, Bd. 1, S. 193.

4 Vgl. Alan Levenson, *Between Philosemitism and Antisemitism: Defenses of Jews and Judaism in Germany, 1871-1932*, Lincoln 2004. Eine allgemeine Beschreibung früher nichtjüdischer Sympathien für den Zionismus liefert Nahum Sokolow, *A History of Zionism, 1600-1918*, 2 Bde., New York 1969; für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg vgl. z.B. Norman Rose, *The Gentile Zionists: A Study in Anglo-Zionist Diplomacy, 1929-1939*, London 1973.

5 Ich verwende den Begriff Antisemitismus hier im weitesten Sinne für jene Nichtjuden, die ihre Antipathie aktiv in unterschiedlicher Form gegen ihre jüdischen Mitbürger wendeten und für ein Ende des jüdischen Lebens in Deutschland eintraten. Dies sollte entweder durch vollkommene Assimilation, Emigration, Deportation oder Massenmord erfolgen und beruhte allgemein auf der Vorstellung von Nichtjuden, dass Juden nicht gleichzeitig Juden und Deutsche sein konnten.

hatte Napoleon die Juden Westasiens und Nordafrikas dazu aufgerufen, sich seiner Militärkampagne in Ägypten und Palästina anzuschließen und eine jüdische Gemeinde in Jerusalem, natürlich unter französischem »Protektorat«, wieder aufleben zu lassen. Mehrere Jahrzehnte später zogen der Sekretär seines Neffen Louis Napoleon III. und andere Strategen aus ähnlichen Gründen die Rückkehr der Juden nach Palästina in Erwägung. In Großbritannien drückten das britische Außenamt sowie einige Politiker, wie z.B. Lord Palmerston, Benjamin Disraeli und Lord Shaftesbury, ihre Unterstützung für eine Rückkehr der Juden nach Palästina aus. Diese Unterstützung Großbritanniens für die Zionisten begründete sich dabei sowohl auf dem Wunsch, die Widerstandskraft des Osmanischen Reiches gegen seine europäischen Konkurrenten zu stärken, als auch Einfluss auf Palästina bzw. die Region des »Fruchtbaren Halbmondes« zu nehmen.⁶ Auf einer Reise durch die Levante in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts beschrieb der junge Helmuth von Moltke Palästina als ein potentiell wichtiges Land für Preußen und in der Folge für Deutschland. Deutsche Interessen sollten mithilfe jüdischer Verbindungen zum Heiligen Land verfolgt werden. Später gab Philipp Graf zu Eulenburg Kaiser Wilhelm II. den Rat, die jüdische Emigration nach und die Besiedlung von Palästina zu forcieren, da Deutschland dadurch sowohl in der Levante Fuß fassen als auch die jüdische Migration nach Deutschland und dem Westen ferngehalten bzw. umgeleitet werden könnte.⁷ Obwohl Kaiser Wilhelm II. gegenüber Eulenburgs Vorschlägen und dem zionistischen Unterfangen in Palästina in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts wohlwollend eingestellt war, blieb seine diplomatische Unterstützung der Zionisten gering, da Deutschland eng mit dem Osmanischen Reich durch eine Allianz verbunden war.⁸ In der britischen Politik trat während des Ersten Weltkriegs schließlich eine Mischung aus imperialistischen Interessen und antisemitischer Stereotypisierung zutage. Dies spiegelte sich zum einen in der im November 1917 erlassenen Balfour-Deklaration wider, in der die britische Regierung die zionistischen Bestrebungen im Nahen Osten unterstützte. Zum anderen pflegte die britische Politik aber auch die Vorstellung bzw. den Mythos eines allmächtigen, monolithischen internationalen Judentums, die die britische Politik ebenfalls bestimmte.⁹

6 Adolf Böhm, *Die Zionistische Bewegung*, Bd. 1, Berlin 1935, S. 62-68.

7 Isaiah Friedman, *Germany, Turkey, and Zionism, 1897-1918*, Oxford 1977, S. 6, 65-68.

8 Ebd., S. 3-5.

9 Vgl. David Vital, *Zionism: The Crucial Phase*, Oxford 1987, S. 286-293, 297-302.

Eine große Anzahl von nationalistischen und antisemitischen Autoren, Politikern und Akademikern interessierte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für den Zionismus und unterstützte die Bemühungen seiner Verfechter.¹⁰ Herzl und seine Anhänger setzten darauf, dass Zionisten, Antisemiten und andere Nichtjuden gleiche Interessen hatten: die jüdische Assimilation zu revidieren und die Auswanderung nach Palästina zu forcieren. Die zionistische Vorstellung eines eigenständigen jüdischen Volkes, das in sein eigenes Heimatland in Palästina oder einer anderen Region gehört, sprach viele europäische Nationalisten und Antisemiten an. Sie teilten mit den Zionisten die Auffassung, dass Juden aus nationalistischen oder rassischen Gründen nur Juden und nicht Deutsche sein konnten und deshalb aus Europa auswandern sollten.

Viele Nichtjuden, die für eine Assimilation eintraten, folgten dem Gedankengut der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und beurteilten das Judentum, seine Kultur und Traditionen als widerwärtig und degeneriert. Sie wollten, dass die Assimilation vollständig vollzogen werde und Juden aufhören sollten, Juden zu sein, zumindest was ihr äußeres Erscheinungsbild und ihre Gepflogenheiten betraf.¹¹ Zum Beispiel begann der österreichische Journalist Engelbert Pernersdorfer, der auch Mitglied des Reichsrates war, nach 1883 Georg von Schönerers antisemitische Ansichten abzulehnen, obwohl er ihn zwei Jahre lang unterstützt hatte. Pernersdorfer bestand jedoch weiterhin darauf, dass Juden sich von ihrer Religion und Kultur abwenden und sich vollständig assimilieren sollten.¹² Carl Friedrich Heman, ein Gelehrter der Orientalistik an der Universität Basel, bestand in seiner Studie *Die historische Weltstellung der Juden und der modernen Judenfrage* (1882) ebenfalls auf vollkommener jüdischer Assimilation.¹³ Heman meinte, dass jüdische Nationalität und Religion untrennbar miteinander verbunden seien. Juden hätten

10 Ich stimme mit Derek Penslars Bewertung nicht überein, dass die meisten antisemitischen Ideologen im Deutschland des 19. Jahrhunderts dem Zionismus gegenüber gleichgültig eingestellt waren. Vgl. Derek Penslar, *Anti-Semites on Zionism: From Indifference to Obsession*, in: *Journal of Israeli History* 25 (2006), S. 13-31.

11 Eine genauere Beschreibung des in der liberalen Tradition Deutschlands seit der Französischen Revolution verankerten Judenhasses findet sich in Paul Lawrence Rose, *Revolutionary Antisemitism in Germany: From Kant to Wagner*, Princeton 1990. Vgl. auch Werner Jochmann, *Die Ausbreitung des Antisemitismus*, in: Werner E. Mosse (Hg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923*, Tübingen 1971, S. 409-510.

12 Robert Wistrich, *Socialism and the Jews: The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria Hungary*, East Brunswick 1982, S. 238f.

13 Levenson, *Between Philosemitism and Antisemitism*, S. 101f.

ihre Religion ganz aufzugeben, wenn sie in Deutschland bleiben wollten. Andererseits gestand Heman ein, dass der Zionismus eine passende Alternative darstellen würde, falls Juden nicht konvertieren wollten. Theodor Mommsen, ein Historiker an der Universität Berlin, verfocht die jüdische Assimilation in seiner Kritik an Heinrich von Treitschkes antisemitischen Essays während des sogenannten Antisemitismusstreits in Berlin Anfang des Jahres 1879. Nachdem der Historiker die deutschen Juden und ihre Stellung in der deutschen Gesellschaft verteidigt hatte, sprach er dennoch die letztendliche Unvereinbarkeit von Deutschtum und Judentum an: »Der Eintritt in eine große Nation kostet seinen Preis [...] es ist ihre Pflicht, so weit sie es können ohne gegen ihr Gewissen zu handeln, auch ihrerseits die Sonderart nach bestem Vermögen von sich zu thun und alle Schranken zwischen sich und den übrigen deutschen Mitbürgern mit entschlossener Hand niederzuwerfen.«¹⁴

Philippe Burrin merkte an, dass der moderne Antisemitismus nicht »als eine Einheit« behandelt werden sollte und dass man erkennen müsse, dass er in vielerlei Prägungen und Variationen auftrete.¹⁵ Im späten 19. Jahrhundert war er in sozialer, kultureller und psychologischer Hinsicht sicherlich ein komplexeres Phänomen als uns die totalitäre, massenmörderische NS-Ideologie nach 1933 vermuten lässt.¹⁶ Antisemitismus sprach unterschiedliche Gruppen an und kam über verschiedene Sprachrohre zum Ausdruck, wie z.B. etablierte politische Parteien, nichtparlamentarische politische, kulturelle und religiöse Institutionen und Bewegungen sowie Studentenorganisationen. Natürlich hatte sich ein tief sitzender Antisemitismus seit Jahrhunderten wie ein roter Faden durch die europäische Geschichte gezogen. Aus dieser Tradition heraus entwickelte sich der moderne Antisemitismus.¹⁷ In Deutschland formulierten

14 Theodor Mommsen, Auch ein Wort über unser Judentum (Berlin 1880), in: Karsten Krieger (Hg.), Der Berliner Antisemitismusstreit 1879-1881: Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation, Bd. 2, München 2003, S. 695-709.

15 Philippe Burrin, Nazi Anti-Semitism: From Prejudice to the Holocaust, New York 2005, S. 5 f..

16 Vgl. z.B. William I. Brustein, Roots of Hate: Anti-Semitism in Europe before the Holocaust, New York 2003. Brustein bestritt Daniel Goldhagens simplizistische Annahmen über die Einzigartigkeit der politischen Kultur und des Antisemitismus in Deutschland. Vgl. auch Roger Chickering, We Men Who Feel Most German: A Cultural Study of the Pan-German League, 1886-1914, London 1984, S. 232-234.

17 Dies ist natürlich eines von Raul Hilbergs Hauptargumenten, das in seiner bahnbrechenden Arbeit (1961) zur Sprache kam. Vgl. Raul Hilberg, The Destruction

ihn vor dem Ersten Weltkrieg hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, eine Reihe relativ kleiner politischer Parteien und Bewegungen in ihren Veröffentlichungen. Letzten Endes gelang es den Antisemiten jedoch nicht, einen glaubhaften parlamentarischen Mechanismus für soziale und politische Veränderungen zu schaffen.¹⁸ Obwohl diese Bewegungen in den Jahren vor 1914 immer mehr Anhänger fanden, stellte der politische Antisemitismus noch keine ernsthafte Bedrohung dar. Das deutsche Judentum emanzipierte und assimilierte sich weiterhin schrittweise in die Gesellschaft.

Das komplizierte und zum Teil widersprüchliche Wesen des modernen deutschen Antisemitismus kam besonders im praktischen Leben zum Vorschein, d.h. bei bestimmten Lösungsansätzen, die die Bewegung für die sogenannte Judenfrage formulierte.¹⁹ Das war vor dem Ersten Weltkrieg genauso offensichtlich wie während des Dritten Reichs. In Deutschland schwankten frühe Verfechter des Rassismus vor der Jahrhundertwende zwischen Vorstellungen, denen zufolge Juden von Geburt an minderwertig und böseartig seien, und Einschätzungen, aufgrund derer sie dem jüdischen Leben auch einen positiven oder wandlungsfähigen Aspekt abgewinnen konnten. Wenn dieser positive Wandel schon innerhalb Deutschlands oder Europas nicht möglich war, dann vielleicht in der Emigration nach Palästina oder anderswo. 1878 hielt Gyözö Istóczy, ein antisemitisches Mitglied des ungarischen Parlaments in Budapest, eine Rede mit dem Titel *Die Wiederherstellung des jüdischen Staats in Palästina*. Darin spielte er darauf an, dass es wünschenswert sei, wenn ein jüdischer Staat in Palästina entstünde: »Da [Ungarn und Juden] nun Seite an Seite leben, wird eine Gruppe unweigerlich ihr Verderben finden müssen, außer es findet sich eine Lösung ... Die Lösung ist keine

of the European Jews, 3 Bde., New Haven 2003. Vgl. auch Richard S. Levy, *The Downfall of the Anti-Semitic Political Parties in Imperial Germany*, New Haven 1975, S. 6.

18 Vgl. Levy, *The Downfall*, S. 259 f.

19 Der Begriff »Judenfrage« wurde von Nichtjuden und Juden im 19. und frühen 20. Jahrhundert benutzt. Er bezieht sich auf Versuche und Schwierigkeiten, mit denen beide Seiten konfrontiert waren, um die richtige Rolle bzw. den richtigen Status der Juden in den europäischen Gesellschaften nach der Aufklärung zu bestimmen. Sie fühlten sich dabei zwischen den Phänomenen der jüdischen Emanzipation und Assimilation, dem traditionellen religiösen und kulturellen Judenhass sowie dem neuen rassistischen Antisemitismus hin- und hergerissen, die die Aufklärung und verschiedene andere Faktoren im modernen Europa hergebracht hatten.

andere als die Wiedererrichtung des einstmaligen jüdischen Staates.«²⁰ Zur Jahrhundertwende wiesen die meisten antisemitischen und rassistischen Wegbereiter des Nationalsozialismus in Deutschland und anderen Ländern die Möglichkeit zurück, dass sich die Juden in der Diaspora oder einem jüdischen Staat eines Tages »rehabilitieren« könnten. Diese Überzeugung minderte jedoch nicht die Nützlichkeit des Zionismus bei der Lösung der sogenannten Judenfrage in Europa.

Namhafte antisemitische Theoretiker und Aktivisten im Deutschland des 19. Jahrhunderts stimmten größtenteils darin überein, worum es sich bei der »Judenfrage« handle. Sie führten sowohl biologische Minderwertigkeit wie auch nationale, kulturelle und soziale Antipathien, religiöse Mythen und stereotype Vorstellungen über die Juden, das Judentum und ihre Religion an.²¹ Die meisten von ihnen, darunter auch konservative Christen, betrachteten die Juden weiterhin als eigenes Volk, das im Laufe der Geschichte seinen Anpassungsunwillen sowie seine -unfähigkeit unter Beweis gestellt hatte, anstatt als religiöse Gemeinschaft. Für sie war

20 Vgl. Andrew Handler, *An Early Blueprint for Zionism: Gyöző Istóczy's Political Antisemitism*, Boulder 1989, S. 46; Vgl. auch Böhm, *Die Zionistische Bewegung*, Bd. 1, S. 71.

21 Vgl. Rose, *Revolutionary Antisemitism*. In seiner Analyse beschreibt Rose den deutschen Antisemitismus als Teil einer weiter greifenden Erscheinung der revolutionären Bewegungen des linken und rechten politischen Spektrums im Deutschland des 19. Jahrhunderts. In diesem Zusammenhang untersuchte Rose auch den allgemeinen Judenhass der liberalen Nichtjuden in Deutschland seit der Französischen Revolution. Vgl. auch George L. Mosse, *Germans and Jews*, S. 3-33; Alfred D. Low, *Jews in the Eyes of the Germans: From the Enlightenment to Imperial Germany*, Philadelphia 1979, S. 421. Außerdem glaubte Rose, dass der jüdische Nationalcharakter und nicht das Judentum die Grundlage für den Judenhass vor dem 19. Jahrhundert war. Dies verwischt natürlich die Differenzierung der meisten Wissenschaftler zwischen einem religiös motivierten Judenhass vor dem 19. Jahrhundert und einem nichtreligiösen, biologisch begründeten Antisemitismus, der sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte. Rose stellte fest, dass sich dieser Nationalcharakter nach 1860 zum modernen, rassistisch-biologischen Antisemitismus weiterentwickelte – weniger aufgrund der pseudowissenschaftlichen/biologischen Theorien von Wilhelm Marr, Eugen Dühring und anderen, sondern infolge eines neuen Verständnisses der Revolution und der Wiedererneuerung des deutschen Volkes im 19. Jahrhundert. Für weitere Informationen über den nichtreligiösen Judenhass und die Ursprünge des von der Rassenlehre geprägten Antisemitismus in Deutschland vor den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts vgl. Eleonore Sterling, *Judenhass: Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland 1815-1850*, Frankfurt a. M. 1969; Jacob Katz, *Out of the Ghetto*, Cambridge 1973.

das Judentum ein Staat im Staate. Nach ihrer Meinung verschworen sich die Juden, um die »arische« Welt zu unterminieren, zu dominieren und auszubeuten.²² Sie verurteilten den Verlauf der jüdischen Emanzipation und Assimilation im Deutschland des 19. Jahrhunderts und betrachteten Juden als Fremde und als Kraft des Bösen in einer arglosen Welt. In diesen verwirrenden Interpretationen kommen jedoch auch Unterschiede und Widersprüche unter Antisemiten zu möglichen Lösungen ihres angeblichen Judenproblems ans Licht.

Vor einigen Jahren teilte Donald Niewyk die Antisemiten im Wilhelminischen Deutschland gemäß der von ihnen bevorzugten Lösungen in drei Gruppen ein.²³ Die auf Integration bedachte Gruppe war jene, die vorschlug, dass Juden einfach aufhören sollten, Juden zu sein, indem sie sich in jeglicher Hinsicht vollständig der nichtjüdischen Mehrheit anpassten. Die auf Segregation bedachte Gruppe wollte den Prozess der jüdischen Emanzipation und Assimilation beschränken oder revidieren und die Juden in ihren Rechten beschneiden. Anstelle einer »Endlösung« schlug sie vor, den deutschen Juden vorübergehend einen gesonderten rechtlichen Status in Deutschland zu gewähren. Die auf Ausschluss bedachte Gruppe forderte die physische Entfernung aller Juden aus Deutschland durch Emigration oder Deportation. Die Grenzen zwischen den Gruppen verwischten sich, da viele namhafte Antisemiten geneigt waren, fast jede dieser Lösungen als bedeutende Verbesserung des Status quo anzusehen, die den Juden unter Wahrung ihrer sozialen, kulturellen und religiösen Traditionen und Institutionen ein Mindestmaß an rechtlicher Gleichstellung gewährte. Niewyk und andere wiesen richtigerweise auf die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den relativ ungefährlichen Lösungsansätzen der meisten Antisemiten vor 1914 und der vom NS-Staat betriebenen Verfolgung nach 1933 hin, die zum Völkermord führte. Aus Niewyks Analyse lässt sich auch schließen, dass keine der drei Gruppen

22 Schon vor 1933 benutzten die Nationalsozialisten und andere Deutsche den Begriff »arisch«, um sich von Juden abzugrenzen. Außer in der Vorstellungswelt der Nationalsozialisten wohnt dem Begriff keine Bedeutung inne, wenn man ihn auf Deutschland und seine Bewohner im 20. Jahrhundert anwendet. In Anbetracht des historischen Umfelds und Themas dieses Buches und der Bedeutung der rassistischen Ideologie der Nationalsozialisten in diesem Zusammenhang spiegeln die Begriffe »Nichtjuden«, »nichtjüdische Deutsche« und »Christen« nicht immer die Einstellungen, Absichten und Sprache der Akteure wider, deren Worte und Taten in den Quellen dokumentiert sind.

23 Donald Niewyk, *Solving the Jewish Problem: Continuity and Change in German Antisemitism, 1871-1945*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 35 (1990), S. 335-370.

Juden als Deutsche akzeptieren wollte und sie alle dazu entschlossen waren, auf verschiedene Art und Weise dasselbe Ziel zu erreichen, nämlich dem jüdischen Leben in Deutschland ein Ende zu bereiten.

Der im deutschen Kaiserreich grassierende Antisemitismus war dabei niemals eine starre Ideologie mit ein und derselben Bedeutung, die zu jeder Zeit für jedwede Gruppierung gültig war. Daniel Goldhagens Begriff des »auf Eliminierung drängenden Antisemitismus« als Beschreibung des letztendlichen Ziels, einen Genozid durchzuführen, ist in diesem Zusammenhang irreführend, da nach den Ideen einiger Ideologen die Eliminierung des jüdischen Lebens in Deutschland auch durch eine vollständige Assimilation hätte erreicht werden können. Andere wiederum betrachteten allein die Emigration oder Deportation als geeignetes Mittel. Nur für wenige stellte der Massenmord die beste Lösung dar. Dennoch muss festgestellt werden, dass sich z.T. zwar die Mittel der einzelnen Gruppen voneinander unterschieden, jedoch stets dasselbe Ziel, d.h. die Eliminierung des jüdischen Lebens in Deutschland, auf die ein oder andere Weise am Ende stand. Vor diesem Hintergrund bot sich der Zionismus den Juden als Mittel für eine kulturelle, nationale und spirituelle Erneuerung an. Diese sollte durch die Auswanderung nach und Besiedlung von Palästina, die Hinwendung zum Ackerbau und die Aufgabe der »auf Handel und Spekulation basierenden Mentalität« der Diaspora erreicht werden.²⁴ Gleichzeitig bot damit der Zionismus den Antisemiten eine positive und konstruktive Lösung ihres angeblichen »Judenproblems« an.

Richard Wagner (1813-1883), der seine Meinung zum Status der Juden mehrere Male veränderte, war ein Vordenker antisemitischer Ideen. Besonders dokumentiert sind seine vehementen rassistischen Attacken auf Juden, jüdische Musik sowie ihren angeblich schädlichen Einfluss auf die deutsche Musik, Kultur und Gesellschaft. Die Angriffe formulierte er in seinen Schriften, besonders in der Abhandlung *Das Judentum in der Musik*, die er 1850 zum ersten Mal unter einem Pseudonym in der *Neuen Zeitschrift für Musik* veröffentlichte. Zeitweise schlug er vor, dass »eine gewaltsame Auswerfung des zersetzenden fremden Elementes aufgehalten werden könne« oder dass die Assimilation dieses Elements »in der

24 Vgl. Joachim Doron, *Classic Zionism and Modern Anti-Semitism: Parallels and Influences (1883-1914)*, in: *Studies in Zionism* 3 (1983), S. 169-204. Zur Unvereinbarkeit des Zionismus mit den pseudowissenschaftlichen rassistischen Theorien des 19. Jahrhunderts vgl. ders., *Rassenbewusstsein und naturwissenschaftliches Denken im deutschen Zionismus während der wilhelminischen Ära*, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte* 7 (1980), S. 389-427.

Weise mit uns gemeinschaftlich einer höheren Ausbildung unserer edleren menschlichen Anlagen zureifen wird.«²⁵ Der Historiker Heinrich von Treitschke (1834-1896) betrachtete den in seiner Zeit auftretenden Antisemitismus als »eine natürliche Reaktion des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element.« Dennoch versuchte er sich von jenem »Schmutz und [jener] Rohheit« zu distanzieren, die seiner Meinung nach in den antisemitischen Bewegungen vorherrschten.²⁶ Besonders während des Antisemitismusstreits, der zwischen jüdischen und nichtjüdischen Intellektuellen in Berliner Medien von 1879 bis 1881 ausgetragen wurde, beschränkt er eine Gratwanderung zwischen Integration und Ausschluss. In einer öffentlichen Reaktion auf Theodor Mommsens Verteidigung der jüdischen Emanzipation und Assimilation im Jahre 1880 stimmte von Treitschke damit überein, dass »viele unserer jüdischen Mitbürger längst zu guten Deutschen geworden sind.«²⁷ Ein Jahr zuvor hatte von Treitschke in einem offenen Brief an den jüdischen Historiker Heinrich Graetz jedoch erklärt, dass die Juden einfach nicht assimilierbar seien und dass »[z]ur Erfüllung solcher Wünsche [...] es nur ein Mittel [gibt]: Auswanderung, Begründung eines jüdischen Staates irgendwo im Auslande, der dann zusehen mag, ob er sich die Anerkennung anderer Nationen erwirbt.«²⁸

Wilhelm Marr (1819-1904), der »Patriarch« des rassistisch motivierten Antisemitismus, schwankte ebenfalls zwischen dem Wunsch nach Eliminierung durch vollkommene Assimilation oder Auswanderung.²⁹ In ihren Beschreibungen des »Problems« schienen einige Autoren ihre eigenen Theorien über die angeborene und unveränderbare Bösartigkeit der Juden zu widerlegen. So schlugen sie Lösungen vor, die darauf hindeuteten, dass sich die Juden bis zu einem bestimmten Grad rehabilitieren könnten. Es scheint jedoch erwiesen, dass sie alle eine starke Antipathie

25 Jacob Katz, *The Darker Side of Genius: Richard Wagner's Anti-Semitism*, Hannover 1986, S. 69, 110.

26 Siehe für Heinrich von Treitschkes Rede: Ein Wort über unser Judentum (Berlin: G. Reimer, 1880), H. G. Adler, *Die Juden in Deutschland von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus*, München 1960, S. 101f.

27 Heinrich von Treitschke, Eine Erwiderung an Herrn Th. Mommsen, in: Karsten Krieger (Hg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit 1879-1881: Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation*, Bd. 2, München 2003, S. 746.

28 Heinrich von Treitschke, Herr Graetz und sein Judentum, in: Krieger (Hg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit*, Bd. 1, S. 114-126.

29 Moshe Zimmermann, *Wilhelm Marr: The Patriarch of Antisemitism*, New York 1986, S. 47-48.

gegen die Juden hegten und dass solch unterschiedliche Antisemiten wie Wagner, von Treitschke und Marr, die zeitweise eine komplette jüdische Assimilation als eine vernünftige und machbare Lösung in Betracht zogen, nach Niewyks Kategorisierung als »nach Ausschluss strebende« Denker definiert werden können.

Verfechter dieser drei Denkansätze – Integration, Absonderung und Ausschluss – wiesen allesamt die Vorstellung einer deutsch-jüdischen Symbiose zurück. Der Gedanke, dass jemand gleichzeitig Jude und Deutscher sein konnte, war ihnen ein Dorn im Auge. Sie alle strebten dasselbe Ziel an, nämlich die Eliminierung des jüdischen Lebens in Deutschland. Diese Absonderung sollte später die notwendige Vorstufe für den »Ausschluss« der Juden aus der deutschen Gesellschaft sein, der durch die antijüdischen Gesetze der NS-Regierung, die Vertreibung der Juden aus Deutschland vor 1941 bzw. die Errichtung von Ghettos und den Massenmord in den Vernichtungslagern in Polen ab 1941 umgesetzt wurde. Obwohl alle drei Gruppen unterschiedliche und oft widersprüchliche Vorstellungen hegten, schien dabei der Ausschluss durch Emigration der beste Lösungsansatz zu sein.

Der Zionismus eignete sich jedoch aus praktischen und nicht aus philosophischen Gründen für alle als Lösungsansatz. Die Tatsache, dass die Zionisten fest entschlossen waren, unter deutschen Juden ein jüdisches Nationalbewusstsein zu propagieren und sie durch Auswanderung aus der deutschen Volksgemeinschaft zu entfernen, stellte für die meisten Antisemiten ein nützliches Hilfsmittel dar, um Deutschland von seinem »Problem« zu befreien. Da die meisten Antisemiten sich weigerten zu glauben, dass Juden eines Tages positive menschliche Eigenschaften annehmen würden, konnten sie den Zionismus auch nicht als eine positive Entwicklung im jüdischen Leben betrachten. Das Gegenteil war sogar der Fall. Bis zur Jahrhundertwende betrachteten viele den Zionismus als einen Beweis für all jene Charakteristika, die am Judentum gefährlich und abscheulich waren. Dass Zionisten auf ihrem Judentum beharrten und dass sie ein jüdisches Bewusstsein, eine Identität und vielleicht auch einen Staat durchsetzen wollten, wurde zwar auf praktischer Ebene als Mechanismus zu Beschleunigung der Emigration begrüßt, schärfte jedoch in theoretischer Hinsicht auch den Blick auf den Gegenstand ihres Hasses.

Die Vorstellung, Juden zur Auswanderung aus Europa zu bewegen oder zu zwingen, war im 19. Jahrhundert nicht neu. Juden waren schon weit vor dem 19. Jahrhundert regelmäßig aus verschiedenen europäischen Staaten vertrieben worden, so z.B. aus Deutschland im 15. und 16. Jahrhundert. Antisemiten in Deutschland und dem restlichen Europa

hatten eine Auswanderung schon seit langer Zeit gefordert.³⁰ Spezifische Anspielungen auf Palästina als ein logisches Auswanderungs- oder Vertreibungsziel traten in Lösungsansätzen für die »Judenfrage« des Öfteren auf. Martin Luther z.B. schlug mehrere Wege vor, dem jüdischen Leben in Deutschland ein Ende zu setzen. Jüdische Häuser und Synagogen sollten verbrannt, Rabbis unter Androhung der Todesstrafe vertrieben und das freie Geleit für Juden untersagt werden. Die Wucherei sollte verboten und junge Juden dazu gezwungen werden, manuelle Arbeit zu verrichten. Jüdisches Vermögen sollte beschlagnahmt und Juden aus Deutschland nach Palästina vertrieben werden.³¹

Im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert hielten verschiedene Nationalisten, Liberale und selbst frühe Sozialisten die Existenz von Juden in Deutschland und dem Rest Europas für unerträglich. Johann Gottfried Herder (1744-1803) verfocht die völkischen Ideen des deutschen Nationalismus und Staates und brachte seine Ablehnung eines multinationalen Staates zum Ausdruck. Er schrieb: »Der natürlichste Staat ist also auch ein Volk, mit einem Nationalcharakter [...]. Nichts scheint also dem Zweck der Regierungen so offenbar entgegen, als die unnatürliche Vergrößerung der Staaten, die wilde Vermischung der Menschen-Gattungen und Nationen unter einem Scepter.«³² Herder war gegenüber dem Judentum und dem jüdischen Volk nicht negativ eingestellt, wies jedoch die Vorstellung zurück, dass zwei so verschiedene Völker wie Deutsche und Juden in einem Staat nebeneinander existieren könnten. Daraus zog er den Schluss, die Juden könnten niemals als Deutsche gelten, und beschrieb sie als ein »dickköpfiges, hartes, undankbares, anmaßendes Volk«, das von Gott dazu auserwählt worden sei, der Menschheit zu zeigen, dass selbst schlechte Menschen sich von Sünde rein waschen könnten. Nachdem er die Möglichkeit ablehnte, dass »dieses fremde Volk« konvertieren

30 Vgl. Heiko Oberman, *The Roots of Antisemitism in the Age of Renaissance and Reformation*, Philadelphia 1984, S. 43, 95.

31 Rose, *Revolutionary Antisemitism*, S. 7. Luther wehrte sich jedoch gegen die Vorstellung, dass die Juden aus eigenem Willen als Volk nach Jerusalem zurückkehren könnten, da er glaubte, dass ihre Vertreibung und anschließende Heimatlosigkeit Gottes Ablehnung unter Beweis stellte. Wie seine antisemitischen Nachfolger im 19. Jahrhundert blieb Luther in Bezug auf die Rückkehr der Juden ins Gelobte Land ambivalent: war ihm der Vorteil einer physischen Vertreibung bewusst, misstraute und verabscheute er gleichzeitig eine eigene jüdische Initiative. Vgl. Oberman, *The Roots of Anti-Semitism*, S. 49, 64 (Fn. 137), 118.

32 Johann Gottfried Herder, *Sämtliche Werke*, hg. v. Bernhard Suppahn, Bd. 13, Berlin 1887, S. 384. Vgl. auch Robert Ergang, *Herder and the Foundations of German Nationalism*, New York 1966, S. 243 f.

oder sich assimilieren könnte, zog auch er die Schlussfolgerung, dass Palästina eine angemessene Lösung darstellte. Allerdings verließ er auch seinem Zweifel Ausdruck, den Antisemiten ein Jahrhundert später mit ihm teilten, dass nämlich das jüdische Volk nicht in der Lage sei, einen modernen Staat zu gründen.³³ Im Gegensatz dazu trat Friedrich Schiller (1759-1805) dafür ein, den Juden in Deutschland dieselben Rechte wie den Deutschen zu verleihen. In seinem Stück *Die Räuber* schlug er die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina vor und schien damit wie Herder das jüdische Leben in Deutschland nicht zu akzeptieren. Im Unterschied zu Herder glaubte er jedoch, dass eine vollkommene jüdische Assimilation möglich und sogar wünschenswert sei. Sollte sie nicht erfolgen, stelle Auswanderung die einzige Lösung dar.³⁴ Als Immanuel Kant (1724-1804) das Judentum als eine unmoralische und veraltete Religion beschrieb und die Juden als fremdes Volk charakterisierte, schwang wohl auch die Idee der Auswanderung der Juden nach Palästina mit.

Auch konservative und liberale Protestanten waren dem Zionismus gegenüber im Allgemeinen positiv eingestellt.³⁵ Konservative Protestanten betrachteten ihren Staat als einen deutschen und christlichen und lehnten die Gleichberechtigung für nicht konvertierte Juden ab. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts begannen jedoch viele von ihnen auch den Rassentheorien Glauben zu schenken, in deren Logik ein Übertritt zum Christentum nicht ausreichte, um negative jüdische Zuschreibungen aufzulösen. Die christlich-konservative *Kreuzzeitung* kritisierte scharf die negative jüdische Einstellung eines Großteils des deutschen Judentums gegenüber dem Zionismus. Da für sie das Judentum untrennbar mit einer jüdischen Nationalität verbunden war und da Juden in der Folge nicht gleichzeitig Deutsche sein konnten, stellte der Zionismus eine geeignete Alternative dar. Viele liberale Protestanten bestätigten damit den christlichen Charakter der deutschen Gesellschaft und hoben gleichzeitig hervor, dass sie Juden nur akzeptieren könnten, wenn sie sich vollständig assimilierten und damit aufhörten, auf irgendeine Weise Juden zu sein. Die einflussreiche liberal-protestantische Zeitschrift *Christliche Welt* rief Juden dazu auf, ihre »Jüdischkeit« aufzugeben und in der vorherrschenden christlich-deutschen Kultur aufzugehen. Obwohl einige liberale Protestanten bestritten, dass Juden einen eigenen Volkscharakter besäßen, wie es Konservative behaupteten, vereinten andere ihre liberal-protes-

33 Rose, *Revolutionary Antisemitism*, S. 101-105.

34 Ebd., S. 102 (Fn. 19).

35 Vgl. Uriel Tal, *Christians and Jews in Germany: Religion, Politics, and Ideology in the Second Reich, 1870-1914*, Ithaca 1975, S. 156-158, 163, 220-221, 293.

tantische Einstellung mit dem Zionismus. Sie schlugen letzteren als Alternative für all jene Juden vor, die sich gegen die Assimilation wehrten. Der liberal-christliche Theologe Heinrich Eberhard Paulus (1761-1851) zog den Schluss, dass die Juden ein eigenes Volk seien und nach Palästina gehören würden, das Land, nach dem sie sich sehnten.³⁶

Johann Gottlieb Fichte (1762-1814) rief alle Deutschen dazu auf, ihren Nationalgeist zu pflegen und schätzen. Er warnte jedoch auch vor dem Übel der jüdischen Emanzipation und schlug vor, dass die Juden nach Palästina zurückkehren sollten.³⁷ Johannes Nordmann (1813-1890), der ein früher Verfechter des biologischen Antisemitismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war, veröffentlichte 1859 unter dem Pseudonym H. Naudh das Werk *Die Juden und der Deutsche Staat*, in dem er zu dem Schluss kam, dass Deutsche und Juden nicht miteinander leben könnten und Juden das Land zu verlassen hätten.³⁸ Wie viele Antisemiten nach ihm verbreitete Nordmann die widersprüchliche Ansicht, dass sich ein Teil der in Deutschland lebenden Juden eines Tages zum Positiven wandeln könnte, weil diese aufhörten, Juden zu sein und so akzeptiert werden könnten. Nordmann sprach zwar nicht direkt eine Auswanderung nach Palästina an, seine Vorstellungen von der Unvereinbarkeit der Völker und der jüdischen Emigration zielten jedoch in diese Richtung. Die meisten namhaften Antisemiten, die nach 1870 Ansichten über Rassenlehre und biologische Faktoren teilten, zogen die jüdische Emigration nach Palästina auf die eine oder andere Weise in ihren Überlegungen über die Lösung der »Judenfrage« in Deutschland in Betracht.

Wilhelm Marr, der erfolglose deutsche Journalist und wahrscheinliche Gründer der Antisemiten-Liga, nahm in seinen Schriften ebenfalls auf Palästina Bezug. Seine Ansichten über eine mögliche jüdische Rückkehr in das alte Heimatland spiegeln die offenkundige Verwirrung der Antisemiten des 19. und 20. Jahrhunderts bei der Bewertung der Rolle des Zionismus als Lösungsansatz für das sogenannte Judenproblem wider. Sein bekanntestes Werk *Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum* wurde 1879 veröffentlicht und von der *Allgemeinen Zeitung des Judenthums* als »antisemitisch« bezeichnet. Unter erstmaliger Verwendung des

36 Jacob Katz, *From Prejudice to Destruction: Anti-Semitism, 1700-1933*, Cambridge 1980, S. 156.

37 Friedman, *Germany, Turkey, and Zionism*, S. 6; Walter Laqueur, *A History of Zionism*, New York 1972, S. 20. Vgl. auch Heinrich Graetz, *Volkstümliche Geschichte der Juden*, Bd. 3, Berlin/Wien 1888, S. 535 f.

38 H. Naudh [Johannes Nordmann], *Die Juden und der Deutsche Staat*, Leipzig 1920, S. 67 f.

Begriffs »Antisemitismus« beschrieb Marr das Deutsche Reich als das »Neue Palästina« und das »neue gelobte Land«, das die Juden erfolgreich für sich errichtet hätten.³⁹ Er bezeichnete das »Neue Palästina« als ein Beispiel für die Eroberung und Unterwerfung Deutschlands durch Fremde und zog folgenden Schluss: »Wir sind so festgefahren in der Verjudung, dass uns nichts mehr retten kann.«⁴⁰ Marr bemerkte auch, dass Palästina den Juden aufgrund ihrer Vertreibung als Vaterland immer fremder geworden und die Erinnerung daran über die Jahrhunderte geschwunden sei. Außerdem stellte er fest, dass den Juden von Natur aus nicht die Fähigkeit gegeben sei, sich einem anderen Volk anzupassen.⁴¹

Als ob er seiner eigenen These, die Juden hätten den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland gewonnen, widersprechen wollte, meinte Marr, die jüdische Auswanderung nach Palästina würde zu einer Renaissance des Deutschtums führen und könne seinen letztendlichen Sieg über das Judentum sichern.⁴² Selbst mit diesem Argument warnte er jedoch davor, dass westeuropäische Juden ihre weitere Präsenz und Vormacht in Deutschland nur verdecken wollten, wenn sie osteuropäische Juden größtenteils philanthropisch bei ihren Anstrengungen unterstützten, sich in Palästina niederzulassen. Juden wären schließlich niemals dazu fähig, einen Modellstaat zu errichten, und es sei auch gar nicht ihre Absicht.⁴³ Marr konnte daher der zionistischen Philosophie nichts Gutes oder Positives abgewinnen, außer dass sie sich praktisch dazu eignete, die Juden aus Deutschland zu entfernen. Er verband zudem die Rückkehr der Juden nach Palästina mit einer jüdischen Weltverschwörung – ein zeitloser Mythos, den die NS-Ideologen einige Jahrzehnte später ebenfalls heraufbeschwören sollten.

Der Philosoph und Nationalökonom Eugen Dühring (1833-1921) von der Universität Berlin war wie Wilhelm Marr von der Idee besessen, der Rassenkampf zwischen Juden und »Ariern« zöge sich wie ein roter Faden durch die Geschichte. In seinem erstmals im Jahr 1881 veröffentlichten Buch *Die Judenfrage als Frage der Rassenschädlichkeit für Existenz, Sitte*

39 Wilhelm Marr, *Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum: Vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet*, Bern 1879, S. 5 f.

40 Ebd., S. 46.

41 Ebd., S. 14.

42 Marr glaubte jedoch nicht, dass alles verloren war. Im selben Jahr, 1879, veröffentlichte er eine antisemitische Flugschrift, siehe dazu Wilhelm Marr, *Wählet keinen Juden! Der Weg zum Siege des Germanenthums über das Judentum: Ein Mahnwort an die Wähler nichtjüdischen Stammes aller Confessionen. Mit einem Schlusswort »An die Juden in Preussen«*, Berlin 1879.

43 Vgl. Zimmermann, Wilhelm Marr, S. 87 f.

und *Kultur der Völker* behauptete er ebenfalls, dass die Juden zu keinem innovativen und positiven Gedanken fähig wären und dass sie parasitär lebten und nur auf »Ausbeutung und Weltherrschaft« versessen wären.⁴⁴ Obwohl er dafür eintrat, die Juden in einer Art Staat außerhalb von Europa, möglicherweise in Palästina, »zusammenzudrängen« und der Hoffnung Ausdruck verlieh, dass sie Europa freiwillig verlassen würden, warnte Dühring dennoch vor dem »irreführenden und gefährlichen Zionismus«, die Juden könnten einen Staat weder errichten, noch wollten sie dies.⁴⁵ Nachdem er anführte, dass »[a]us der Juden-Rasse [...] nie etwas werden [kann], was mit den besseren Völkern vereinbar ist«, zog er folgenden Schluss:

»Ich glaube nicht daran, daß die Juden, wenn sie sich wirklich auf einem Gebiet vereinigen liessen, an der Erneuerung des Nomadenthums zu hindern wären. Das Nomadenthum ist ihre weltgeschichtliche Lebensbedingung. Ohne dies, und allein bei sich selbst, würden sie einander zur Speise werden.«⁴⁶

Im Bezug auf eine angebliche jüdische Verschwörung argumentierte Dühring:

»Die sogenannten Zionisten von heute suchen jenen Wahn anderer Völker mitzubenutzen, um irgend eine exotische Zionsgründung auf Actien, die sie bankmässig angeblich vorbereiten, auch nichthebräischem Publicum annehmbar und als eine Art Lösung der Judenfrage erscheinen zu lassen. Wäre derartiges überhaupt ausführbar, so würde seine Durchführung nur eine Steigerung der Judenmacht bedeuten.«⁴⁷

Für Dühring stellte der Zionismus daher ebenfalls ein nützliches Hilfsmittel dar, um Juden aus Europa zu entfernen und die dringliche »Judenfrage« in Deutschland zu lösen. Gleichzeitig deutete jedoch der Zionismus seiner Ansicht nach nicht auf einen positiven Wesenszug oder auf die endgültige Lösung der »Judenfrage« in Deutschland hin.

Der Wiener Orientalist Adolf Wahrmund (1827-1913) propagierte die stereotype Darstellung der Juden als ewige Fremde bzw. als orientalische

44 Vgl. Eugen Dühring, *Die Judenfrage als Frage der Rassenschädlichkeit für Existenz, Sitte und Kultur der Völker*, Berlin 1882, S. 43 f., 57 f., 106 f. Vgl. auch Adler, *Die Juden in Deutschland*, S. 99; George Mosse, *Toward the Final Solution: A History of European Racism*, New York 1978, S. 164-166.

45 Dühring, *Die Judenfrage*, S. 140.

46 Ebd., S. 110.

47 Ebd., S. 127.

Nomaden, die sich niemals in eine nichtjüdische Bevölkerung integrieren würden.⁴⁸ In seinem 1887 veröffentlichten Buch *Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenherrschaft* schrieb Wahrmund die »Fähigkeit zur Staatenbildung« nur sesshaften »arischen« Bauernnationen wie den Deutschen zu. Die Juden beschrieb er hingegen als orientalische Nomaden ohne Wurzeln, die von Land zu Land zogen: »Der sesshafte, im Laufe der Jahrhunderte festgefügte Staat beruht auf dem Ackerbau; der Nomade kann wohl im eroberten Ackerbaustaate vorübergehend herrschen, aber er vermag nicht dauernde Staaten zu gründen [...]. Der eigentliche Staatengründer aber ist der Arier.«⁴⁹

Wahrmund stimmte mit Dühring und anderen überein, dass Juden nicht nur unfähig waren, einen ordentlichen Staat zu gründen, sondern dass alle dahin gehenden Versuche zur Schaffung einer unabhängigen Machtbasis zu einer internationalen jüdischen Verschwörung führen würden.⁵⁰ Dieses Argument war ein Kernelement der Politik, die auch die nationalsozialistische Regierung vor der »Endlösung« gegenüber dem Zionismus verfolgte. Nachdem er die oft wiederholten »Argumente« über die »untragbare jüdische Vorherrschaft« in der deutschen und österreichischen Gesellschaft angeführt hatte, empfahl Wahrmund, die Rechte der Juden strikt zu beschränken und sie nach Palästina zu deportieren. Wahrmund widersprach sich jedoch in der Folge: Eine Wiederansiedlung in Palästina würde dem Nomadentum der Juden ein Ende bereiten und einen humaneren und idealistischeren Menschenschlag hervorbringen: »Was verlangt man von ihnen, wenn man sie ein eigenes Vaterland begründen heißt? Was anderes, als daß sie sich das geben (oder geben lassen), was sämtliche andere Nationen der Erde neben der Freiheit als das höchste Gut betrachten.«⁵¹

Paul de Lagarde (1827-1891), Professor für Orientalistik an der Universität von Göttingen, leistete seinen Beitrag zum antisemitischen Denken des späten 19. Jahrhunderts durch sein Werk *Juden und Indogermanen*, das 1887 veröffentlicht wurde. Lagarde griff darin den politischen Liberalismus in Deutschland an und verurteilte die Revolutionen des Jahres 1848, die seiner Meinung nach von Juden angestiftet worden waren, um

48 Vgl. Mosse, *Toward the Final Solution*, S. 115 f.

49 Adolf Wahrmund, *Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenherrschaft*, München 1919, S. 3, 106.

50 Ebd., S. 236 f.

51 Ebd., S. 245 f., 248 f.

Deutschland und Österreich zu zerstören.⁵² Er forderte eine Beendigung des jüdischen Lebens in Deutschland und Österreich, was durch die totale Assimilation einiger weniger bzw. durch die Emigration vieler erreicht werden sollte. Lagarde schrieb in dieser Hinsicht Folgendes: »Mit jedem einzelnen Juden ist Freundschaft möglich, allerdings nur unter der Bedingung, daß er aufhöre Jude zu sein: die Judenheit als solche muß verschwinden.« Als Mitglied des Comites des deutschen Vereins zur Erforschung Palästinas betrachtete er den Zionismus als nützliches Instrumentarium, das Ziel der jüdischen Emigration zu erreichen:

»Möge Israel als eigenes Volk existieren und einen eigenen Staat gründen: Deutschland und Österreich werden mit diesem Volke und Staate in freundlichem Einvernehmen leben, und Angehörige dieses israelitischen Staates werden bei uns so wohlwollend und artig behandelt werden, wie die Angehörigen jedes anderen Staates es werden – als Ausländer.«⁵³

Lagarde hielt dabei die Mythen über die jüdische Minderwertigkeit und Trugsucht für wahr, glaubte jedoch gleichzeitig an die Möglichkeit, dass sich die Juden, einige vielleicht in Deutschland, die meisten jedoch in Palästina, zum Positiven wandeln könnten. Daraus folgend forderte er die Eliminierung des jüdischen Lebens in Deutschland und sah im Zionismus ein nützliches Mittel für das Erreichen seiner Ziele.

Theodor Fritsch (1852-1933) und Houston Stewart Chamberlain (1855-1927) stellten die intellektuelle Verbindung zwischen dem Antisemitismus des 19. Jahrhunderts und dem nach dem Ersten Weltkrieg aufkeimenden Nationalsozialismus her.⁵⁴ Ihre Ideen zum Zionismus und zur jüdischen Emigration nach Palästina bildeten die Grundlage der NS-Politik zwischen 1933 und 1941. Beide wiederholten das Argument, dass die »Judenfrage« auf rassischen und nicht religiösen Faktoren

52 Paul de Lagarde, *Juden und Indogermanen: Eine Studie nach dem Leben*, Göttingen 1887, S. 303, 349-350.

53 Ebd., S. 350.

54 Zu Chamberlains Einfluss auf Alfred Rosenberg, vgl. Alfred Rosenberg, *Houston Stewart Chamberlain als Verkünder und Begründer einer deutschen Zukunft*, München 1927; Robert Cecil, *The Myth of the Master Race: Alfred Rosenberg and Nazi Ideology*, London 1972. Vgl. zu Fritschs Einfluss auf Hitler, Kurt Luedicke, *I Knew Hitler*, New York 1937, S. 40 f.; Reginald Phelps, *Before Hitler Came: The Thule Society and Germanen Orden*, in: *Journal of Modern History* 35 (1963), S. 247; Moshe Zimmermann, *Two Generations of German Antisemitism: The Letters of Theodor Fritsch to Wilhelm Marr*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 23 (1978), S. 99.

beruhte. Wie Wilhelm Marr bestanden sie darauf, dass die Juden in der Lage seien, die Vorherrschaft in Deutschland und der Welt an sich zu reißen. Palästina war demnach nur ein Deckmantel für die Schaffung einer unabhängigen jüdischen Machtbasis, von der die Weltverschwörung gesteuert werden sollte. Zudem gingen sie davon aus, aufgrund des Nomadentums der Juden und ihrer Unfähigkeit, einen Staat zu gründen, könne es das einzige Ziel des Zionismus sein, die Weltherrschaft zu erreichen. Fritsch und Chamberlain billigten dennoch die jüdische Auswanderung nach Palästina und behaupteten sogar, Juden könnten sich in Palästina bessern. Als Vertreter eines strikt biologischen Antisemitismus konnten sie sich eine vollständige Assimilation, die das jüdische Leben in Deutschland beenden würde, nicht als Weg dazu vorstellen.

Fritschs *Antisemiten-Katechismus: Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zum Verständnis der Judenfrage* wurde erstmals im Jahr 1887 unter dem Pseudonym Thomas Frey veröffentlicht. Später brachte er es unter seinem eigenen Namen mit dem Titel *Handbuch der Judenfrage: Die wichtigsten Tatsachen zur Beurteilung des jüdischen Volkes* heraus. Fritsch definierte darin die Juden als ein eigenes Volk und die »Judenfrage« als eine politische anstatt einer religiösen Frage. Er charakterisierte die Juden außerdem als »Kulturbeduinen«, die sich nicht als Staatsgründer eignen würden und nur auf Diebstahl und Plündern aus seien. Er empfahl, die jüdischen Rechte und damit ihren Einfluss in Deutschland stark zu reduzieren und ihre Auswanderung voranzutreiben. »Mögen sie [die Juden] doch irgendwo ein Colonial-Land erwerben, dasselbe urbar machen und bebauen, selbst eine Kultur schaffen und dadurch in einen ehrlichen Wettkampf mit den übrigen Nationen eintreten. Das verlangen wir doch von jedem Volke, warum sollen wir es nicht auch von den Juden verlangen?«⁵⁵ Gleichzeitig beharrte Fritsch, der auch die positiven Aspekte eines unabhängig lebenden jüdischen Volkes außerhalb von Europa beschrieb, darauf, dass die Juden von Grund auf böse seien und ihren eigenen Staat dazu benutzen würden, um ihre angebliche internationale Verschwörung voranzutreiben. Er nannte den zwischen Zionisten und nach Assimilation strebenden Juden schwelenden Konflikt eine Finte, die das monolithische Wesen des »Weltjudentums« und sein Streben nach der Weltherrschaft zu verbergen suchte. Außerdem meinte er, dass Palästina unmöglich mehr als zehn Prozent der jüdischen Weltbevölkerung aufnehmen könne. Dieser Umstand zeige nur auf, dass die

55 Vgl. Thomas Frey [Theodor Fritsch], *Antisemiten-Katechismus: Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zum Verständnis der Judenfrage*, Leipzig 1893, S. 6, 19-20, 22-24.

Bestrebungen des Zionismus nach einem eigenen Staat eine Farce seien. In der Folge beschrieb er Zionisten als Verbündete der Bolschewisten und beide als Werkzeuge einer internationalen jüdischen Weltverschwörung.⁵⁶

Geoffrey Field hob hervor, dass die Hauptstränge des deutschen Rassismus im Werk von Houston Stewart Chamberlain zusammenliefen, besonders in seinem zweibändigen Buch *Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts*, das er im Jahr 1899 veröffentlichte.⁵⁷ In seinem geschichtssophistischen Konzept vereinte er Vorstellungen von »arischer« Überlegenheit und antisemitischer Ideologie mit sozialdarwinistischen Elementen. Chamberlain teilte die Menschheit in körperlich, geistig und moralisch überlegene und unterlegene Rassen ein. Der Kampf zwischen den Rassen sei die Hauptantriebskraft in der Geschichte der Menschheit. Auf Grundlage bereits bekannter antisemitischer Theorien beschrieb Chamberlain die Juden als eine minderwertige Rasse und definierte die »Judenfrage« nach rassistischen anstatt religiösen Gesichtspunkten. Seiner Meinung nach hätte es keine jüdische Religion ohne jüdische Nation gegeben.⁵⁸ Chamberlain berief sich auf Herder: »Das Volk der Juden ist und bleibt ein unserem Weltteil fremdes Volk.«⁵⁹ Chamberlain bestand darauf, dass eine Assimilation außer im Fall von einigen wenigen außerordentlichen Juden unmöglich und Toleranz unvernünftig wäre. Als logische Konsequenz sollte den Juden ein Sonderstatus als fremde Bewohner des Landes eingeräumt und finanzielle Anreize für ihre Auswanderung nach Palästina geschaffen werden.⁶⁰ Zwar nannte er den Zionismus oder Palästina nicht direkt als Hilfsmittel im Auswanderungsprozess, doch ist es unwahrscheinlich, dass er etwas daran auszusetzen gehabt hätte, die Juden auf diese Weise aus Deutschland zu entfernen. Andererseits scheint auch er die unter Antisemiten verbreitete Überzeugung vertreten zu haben, dass der Zionismus ein Werkzeug der historischen jüdischen Verschwörung war. Er zog den Schluss: »Dieser Nationalgedanke gipfelt

56 Vgl. auch Thomas Frey [Theodor Fritsch], *Die Zionistischen Protokolle: Das Programm der internationalen Geheimregierung*, Leipzig 1924, sowie eine spätere Ausgabe seines Buches *Antisemiten-Katechismus*, veröffentlicht unter seinem eigenen Namen als *Handbuch der Judenfrage: Die wichtigsten Tatsachen zur Beurteilung des jüdischen Volkes*, Leipzig 1944, S. 180f.

57 Geoffrey Field, *Evangelist of Race: The Germanic Vision of Houston Stewart Chamberlain*, New York 1981, S. 223.

58 Houston Stewart Chamberlain, *Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts*, Bd. 1, München 1941, S. 386f.

59 Ebd., S. 388.

60 Field, *Evangelist of Race*, S. 218-222.

in der unerschütterlichen Hoffnung auf die von Jahve verheissene Welt-herrschaft der Juden.«⁶¹

Andere antisemitische Autoren und Politiker gründeten ihre Überlegungen auf der Vorstellung, dass die Juden ein eigenes Volk seien, die jüdische Emanzipation widerrufen werden solle und ihre Gegenwart in Deutschland inakzeptabel sei. Sie betrachteten den Zionismus deshalb als geeignetes Hilfsmittel, um der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland ein Ende zu bereiten. Der Politiktheoretiker Constantin Frantz (1817-1891) behauptete, dass die Juden nicht in die deutsche Nation gehörten und dass sie als »Fremdlinge« unter Deutschen lebten. Er war der Ansicht, dass der Staat zu seinen christlichen Wurzeln zurückkehren sollte und Juden, die sie sich gegen eine Konversion aussprachen, nach Palästina auswandern sollten.⁶² Heinrich Class (1868-1953) schrieb unter dem Pseudonym Daniel Frymann das Buch *Wenn ich der Kaiser wär'... Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten* und trat damit früh für die Sicherung des deutschen »Lebensraums« in Osteuropa und für die Ideen der Pandeutschen Liga ein. Er erkannte daher die Zionisten als diejenigen Juden an, die die Gesetze, die eine Assimilation ausschlossen und die jüdische Auswanderung nach Palästina im Kontext der deutschen Politik des »Lebensraums« im Osten verstehen würden.⁶³ Der Lehrer, Schuldirektor und antisemitische Politiker Hermann Ahlwardt (1846-1914), der die Berliner Zeitschrift *Der Bundschuh* herausgab, forderte die Unterdrückung des jüdischen Lebens in ganz Deutschland und die sofortige Auswanderung nach Palästina. Dabei war er bereit, den Juden zu gestatten, den Großteil ihres Vermögens mitzunehmen. Ahlwardt lobte den Zionismus, zweifelte jedoch daran, dass ihn der Großteil der Juden unterstützen würde.⁶⁴ Der Autor, Propagandist und FKK-Aktivist Heinrich Pudor (1865-1943) sah den Zionismus trotz angeblicher jüdischer Minderwertigkeit und »Trugsucht« als »die einzige Lösung des Judenproblems« an.⁶⁵ Auch der Reichstagsabgeordnete Hans Leuss (1861-1920) wies die Judenverfolgung zurück, trat aber für eine Auswanderung ein. Er schlug die Gründung eines jüdischen Staates vor, der möglicherweise in Südafrika angesiedelt werden könnte. So würden nicht nur die Deut-

61 Chamberlain, *Die Grundlagen*, Bd. 1, S. 386f.

62 Friedman, *Germany, Turkey, and Zionism*, S. 6.

63 Daniel Frymann [Heinrich Class], *Wenn ich der Kaiser wär'...: Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten*, Leipzig 1913, S. 78. Vgl. auch Axel Kuhn, *Hitlers außenpolitisches Programm*, Stuttgart 1970, S. 17.

64 Niewyk, *Solving the »Jewish Problem«*, S. 361f.

65 Heinrich Pudor, *Wie kriegen wir sie hinaus? Deutsche Nutzenwendungen*, Leipzig 1913, S. 8, 17-18.

schen geschützt werden, sondern auch den Juden die Möglichkeit gegeben, sich durch die Aufgabe der »unerwünschten jüdischen Eigenschaften« zu verbessern.⁶⁶

Antisemitische Theoretiker wie Hans Blüher (1888-1955), der sich für die deutsche Jugendbewegung einsetzte, und der Psychologe Wilhelm Max Wundt (1832-1920) betrachteten die Zionisten als die einzigen Juden, mit denen ein völkisches Deutschland Gemeinsamkeiten finden könnte. Deshalb stelle der Zionismus die einzige praktische Alternative dar, mithilfe derer ein Konflikt zwischen Deutschen und Juden vermieden werden könne.⁶⁷ Der »politische Anthropologe« Ludwig Woltmann (1871-1907) teilte die Welt in überlegene und unterlegene Rassen ein und verbreitete Theorien über Rassenreinheit und deutsche Überlegenheit. Im Unterschied zu allen anderen Theoretikern kreisten seine Gedanken jedoch nicht um jüdische Vorherrschaft, Verschwörung und Bössartigkeit. Dennoch ließ er keinen Zweifel daran aufkommen, dass er die Juden für minderwertig und degeneriert hielt und dass in den Adern von jenen Juden, die in der Geschichte einen legendären Status erreicht hatten (allen voran Jesus Christus), nichtjüdisches Blut geflossen wäre. Er wies von Treitschkes Ansicht zurück, dass einige Juden unter gewissen Bedingungen Deutsche werden könnten und verurteilte Eheschließungen zwischen deutschen Nichtjuden und Juden. Er bevorzugte den Zionismus und die jüdische Auswanderung als Hilfsmittel, um Deutschland von den Juden zu befreien und schlug vor, dass die Juden sich dadurch bessern könnten:

«Der Zionismus zieht immer weitere Kreise und wird zu einem geistigen Faktor, der die nationalistischen Bestrebungen, die in allen Völkern gegenwärtig erwachen, wirksam unterstützt. Wie die künftige politische Entwicklung zu einer Entmischung der Rassen und zu einer Sammlung der Völker hindrängt, so wird auch Juda einst seine zerstreuten Kinder aus der Fremde zusammenrufen und einen neuen nationalen Staat erleben.»⁶⁸

66 Hans Leuss, Das richtige Wanzenmittel: ein jüdischer Staat. Ein Vorschlag zur Güte, Leipzig 1893, S. 4, 19.

67 Donald L. Niewyk, The Jews in Weimar Germany, New Brunswick 2001, S. 139-141.

68 Ludwig Woltmann, Politische Anthropologie. Eine Untersuchung über den Einfluss der Decendenztheorie auf die Lehre von der politischen Entwicklung der Völker, Eisenach 1903, S. 288f., 308f.

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurden die Meinungen des Wirtschaftswissenschaftlers und Historikers Werner Sombart (1863-1941) von liberalen, nichtzionistischen Juden als antisemitisch verurteilt. Unter seinen zahlreichen Veröffentlichungen stachen zwei besonders hervor: *Die Juden und das Wirtschaftsleben* (1911), die gleichzeitig auf Englisch unter dem Titel *The Jews and Modern Capitalism* erschien, sowie seine 1912 als Broschüre veröffentlichte Vortragsreihe *Die Zukunft der Juden*. Beide Publikationen gaben Anlass zu heftigen Kontroversen. Sombart bestand darauf, die jüdische Assimilation sei weder möglich noch wünschenswert, und unterstützte den Zionismus auch deswegen, weil das verheerende Elend der osteuropäischen Juden gelindert werden würde.⁶⁹ Über westliche, »assimilierte« Juden schrieb er, dass Assimilation unmöglich wäre, da sie zu antisemitischen Reaktionen führen würde. Die »Judaisierung« der deutschen Kultur war seiner Ansicht nach genauso verwerflich wie die »Germanisierung« der jüdischen Kultur. Er forderte, Juden sollten nicht nach Integration und Gleichheit streben, und postulierte gleichzeitig, dass allein der jüdische Nationalismus die »Judenfrage« lösen könne.⁷⁰ Während Nichtzionisten und Antizionisten Sombart des Antisemitismus beschuldigten, stimmten Zionisten mit den Schlussfolgerungen und Empfehlungen überein, die er in *Die Zukunft der Juden* zum Ausdruck gebracht hatte. Seinen in *Die Juden und das Wirtschaftsleben* geäußerten Ansichten über die Rolle der Juden im modernen Kapitalismus traten sie jedoch entschieden entgegen.

Bis zum Kriegsausbruch im Jahr 1914 zogen der Zionismus und die zionistische Bewegung ein gewaltiges Interesse auf sich. Sie wurden von deutschen Nationalisten und Antisemiten unterstützt, aber auch von all jenen, die eine vollständige Assimilation an Deutschland befürworteten. Was beide Seiten gemeinsam hatten, war eine allgemeine Abneigung gegen die Vorstellung einer deutsch-jüdischen Symbiose. Ebenso wenig teilten sie die Ansicht vieler Menschen, dass Juden sowohl Juden als auch Deutsche sein konnten. Viele nichtjüdische Liberale sowie Antisemiten glaubten, dass der jüdischen Identität und Gemeinschaft in Deutschland ein Ende gesetzt werden sollte, entweder durch totale Assimilation, Auswanderung oder eine Kombination von beiden Methoden. Hannah Arendt bemerkte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, dass es nur zwei Alternativen oder Lösungen für Nationalkonflikte im modernen Nationalstaat gebe: entweder die totale Assimilation und das gleichzeitige

69 Jehuda Reinharz, *Fatherland or Promised Land: The Dilemma of the German Jew, 1893-1914*, Ann Arbor 1975, S. 191f.

70 Vgl. Werner Sombart, *Die Zukunft der Juden*, Leipzig 1912, S. 31-36.

Verschwinden der nationalen Minderheiten oder die Emigration.⁷¹ In beiden Fällen stand die Auflösung der Minderheit am Ende.

Gegen diese Einstellung stellte sich der Großteil der deutsch-jüdischen Bevölkerung im 19. Jahrhundert. Zahlreiche Autoren beschrieben die Einstellung dieser Mehrheit als liberalen »Assimilationismus«, der z.B. besonders durch den 1893 gegründeten Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vertreten wurde. Dieser repräsentierte die Wünsche und Neigungen eines Großteils des deutschen Judentums und bestand darauf, dass Judentum und Deutschtum nicht unvereinbar seien und eine Assimilation nicht die Aufgabe einer spezifisch jüdischen religiösen bzw. kulturellen Identität bedeute. Die 1897 gegründete Zionistische Vereinigung für Deutschland wies hingegen die Vorstellung des CV zurück, dass eine deutsch-jüdische Symbiose möglich oder gar wünschenswert wäre. Wie nichtjüdische Nationalisten und Antisemiten glaubten viele Zionisten an die nationale Eigenart der beiden Völker und an ihre komplette Trennung, die durch eine Auswanderung nach Palästina erreicht werden sollte.

Antisemitismus im zionistischen Denken

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führten die jüdische Emanzipation und Assimilation sowie der sich verschärfende, säkulare und rassistisch motivierte Antisemitismus zu Konflikten in den jüdischen Gemeinden Europas, die die Entstehung des modernen Zionismus begünstigten. Während der Nationalismus und die aufklärerischen Ideale wie Freiheit und Gleichheit die meisten Juden dazu bewogen, sich bis zu einem gewissen Grad zu assimilieren, bewirkten dieselben Prinzipien im Zusammenspiel mit einem sich verstärkenden Antisemitismus eine kleine, vorwiegend junge jüdische Minderheit dazu, eine alternative Lebensweise im Zionismus zu suchen. Zwischen 1870 und 1940 erlebte der sowohl gesellschaftliche als auch staatlich geförderte Antisemitismus in Europa eine Hochphase, die schließlich im Holocaust gipfelte. Diese Zeitspanne markierte eine Umkehr der Entwicklungen des vorherigen Jahrhunderts, in dem die mittel- und westeuropäischen Juden eine zunehmende Akzeptanz und Zuerkennung bürgerlicher Rechte verzeichnen konnten – eine Entwicklung, die zur Beendigung der Pogrome, dem Ver-

71 Hannah Arendt, *Zionism Reconsidered* (1945), in: Michael Selzer (Hg.), *Zionism Reconsidered: The Rejection of Jewish Normalcy*, New York 1979, S. 224f.

schwinden der Ghettos und der zahlreichen beruflichen Hürden geführt und Juden den Zugang zur politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Mitte ihrer jeweiligen Gesellschaft ermöglicht hatte.⁷² Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich dagegen eine kleine, aber stetig wachsende zionistische Bewegung hauptsächlich in Mittel- und Osteuropa formiert. Diese Zionisten waren der Meinung, dass der zunehmende Hass und die Ablehnung der Juden in Europa hauptsächlich von der jüdischen Emanzipation vor 1870 ausgelöst worden waren. In Deutschland hatte die Gleichberechtigung ihren Höhepunkt in der Verankerung von Gesetzen in den Verfassungen von 1867 und 1871 gefunden.⁷³ Im Vorwort zu ihrer Abhandlung über Antisemitismus wiederholt Hannah Arendt Theodor Herzls Aussage, dass zwischen der jüdischen Emanzipation, dem modernen Antisemitismus und dem Zionismus kausale Verbindungen bestünden: »Die antisemitischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts hatten nur eine direkte, unmittelbare Folgeerscheinung, und das war nicht der Nazismus, sondern im Gegenteil der Zionismus, der zumindest in seiner westlichen, ideologischen Gestalt eine Art Gegenideologie war, eine ›Antwort‹ auf den Antisemitismus.«⁷⁴

Der moderne Zionismus basierte dabei u.a. auch auf unterschiedlichen philosophischen Einflüssen. Er erlebte viele politische Ausprägungen, die sowohl auf dem Liberalismus, dem Autoritarismus, dem Sozialismus sowie der religiösen Orthodoxie beruhten. In Europa entwickelte er sich im späten 19. Jahrhundert entlang zwei Strängen. Auf der einen Seite standen die im Allgemeinen, wenn auch nur für eine bestimmte Zeit vorherrschenden politischen Zionisten wie Leon Pinsker und Theodor Herzl. Sie reagierten auf die unmittelbare und ausgesprochene Bedrohung durch den modernen Antisemitismus und seine Ablehnung der jüdischen Emanzipation und Assimilation. Auf der anderen Seite standen kulturelle Zionisten wie Asher Ginsburg (Achad-Ha'am)

72 Brustein, *Roots of Hate*, S. 5f.

73 Vgl. z.B. Reinhard Rürup, *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975, S. 74f.

74 Vgl. Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Bd. 1: *Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 1975, S. 17. Arendt relativiert ihre Behauptung, indem sie auf das jüdische Selbstbewusstsein verweist, das in der jüdischen Geschichte angeblich seit der babylonischen Gefangenschaft existiere und nicht erst durch den Antisemitismus des 19. Jahrhunderts entstanden sei. Sie behauptet, dass »das einzige sichtbare Ergebnis war, daß der [moderne Antisemitismus] die zionistische Bewegung hervorbrachte, die einzige politische Antwort ist, die die Juden für den Antisemitismus fanden.« Vgl. Hannah Arendt, *Antisemitism: The Origins of Totalitarianism*, New York 1968, S. 120.

und Martin Buber. Diese glaubten, dass der durch säkulare Aufklärung und die Verleihung von Bürgerrechten verursachte Zusammenbruch der jüdisch-kulturellen und spirituellen Eigenart Hauptgrund für die sogenannte Judenfrage war. Für die politischen Zionisten bestanden die Hauptprobleme im öffentlichen Hass, der Diskriminierung und der Gefahr der Verfolgung. Für die kulturellen Zionisten hingegen lagen sie im Grad der nichtjüdischen Akzeptanz der Juden und dem Voranschreiten der jüdischen Assimilation. Letzten Endes waren alle Faktoren maßgebend. Durch den Zionismus kamen viele Denker zur Einsicht, dass der Antisemitismus eine unvermeidliche Bedingung im jüdischen Leben in der Diaspora darstellte und die jüdische Emanzipation und Assimilation letzten Endes fehlgeschlagen waren.⁷⁵

Zwei deutsche Juden, Moses Hess (1812-1875) und Rabbi Zvi Hirsch Kalischer (1795-1874), formulierten als erste eine säkulare, jüdisch-nationalistische Antwort auf den sich beschleunigenden Prozess der jüdischen Emanzipation und Assimilation, die damit verbundenen Veränderungen und Verlagerungen sowie den modernen, säkularen, rassistischen Antisemitismus. In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts riet Kalischer den Juden Europas, dem Beispiel der Ungarn, Polen und Italiener zu folgen und ihren Kampf um Selbstbestimmung aufzunehmen. Kalischer forderte deshalb eine jüdische Kolonisation in Palästina.⁷⁶ In seinen frühen Jahren als Anhänger und Mitarbeiter von Karl Marx hatte Hess an die Emanzipation der Juden und ihre vollständige Assimilation an die nichtjüdische Gesellschaft geglaubt. Als er sich bewusst wurde, dass Nichtjuden feindselige Gefühle gegen ihre jüdischen Nachbarn hegten und sich diese Einstellung nach den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts verstärkte, begann er sich seiner jüdischen Wurzeln zu besinnen. Dabei glaubte er, dass nicht die politischen Maßnahmen der verschiedenen deutschen Regierungen des Deutschen Bundes vor der Einigung für diese Ablehnung verantwortlich waren, da die Regierungen im Allgemeinen der jüdischen Emanzipation zugestimmt hatten. Vielmehr war er der Ansicht, dass das deutsche Volk »natürliche rassistische Vorurteile« hegte, die es niemals ablegen würde. 1862 verfasste er eine kurze, jedoch bedeutende und wegweisende Abhandlung mit dem Titel *Rom und Jerusalem: Die letzte Nationalitätenfrage*. Darin schrieb er:

»Der Jude soll erst seine Race [sic!], seinen Stamm, seine geschichtlichen Erinnerungen, seinen Typus, sein Temperament, seinen Cha-

75 Vgl. Shulamit Volkov, *Germans, Jews, and Antisemites: Trials in Emancipation*, New York 2006, S. 14f.

76 Michael Brenner, *Zionism: A Brief History*, Princeton 2003, S. 8.

rakter verleugnen, um sich – des Staates? nein, um sich eines Volkes würdig zu zeigen, das es nie zum modernen Staatsleben bringen wird, so lange es seine naturwüchsigen Racenvorurtheile [sic!] nicht überwunden haben wird.«⁷⁷

Hess wandte sich damit dem jüdischen Nationalismus zu, da er ihn für das beste Mittel hielt, mit dieser Realität umzugehen. Er stimmte dabei mit den grundlegenden Ansichten des politischen und kulturellen Zionismus überein und definierte ihn in den kommenden Jahren noch weiter.

Hess glaubte an die Vorrangstellung einer neu erweckten jüdischen Kultur und einer hebräischen Sprache, an die Gründung eines Zentrums jüdischer Kultur und eines Staates in Palästina. In *Rom und Jerusalem* analysierte er die »Judenfrage« im Europa des 19. Jahrhunderts von Grund auf und bezog sich dabei auf die zwei widersprüchlichen Strömungen: die Emanzipation und den Antisemitismus. Die Arbeit seiner Nachfolger, d.h. der politischen und kulturellen Zionisten, baute auf seinen Überlegungen auf.⁷⁸ Er vertrat die Auffassung, dass die Juden eine Nation bildeten, dass ihr Judentum ein Ausdruck dieser Nation sei und dass die »Judenfrage« durch eine Wiedererweckung der jüdischen Nation, durch eine politische und kulturelle Wiedergeburt und die Wiedererrichtung eines jüdischen Staates gelöst werden könne. Er nahm Leon Pinskers Ansicht zwanzig Jahre vorweg und bemerkte, dass nur die jüdische Nation und nicht die Emanzipation des einzelnen Juden als Staatsbürger zur nichtjüdischen Akzeptanz führen würde.⁷⁹ Als Reaktion auf den säkularen und rassischen Antisemitismus, der ab Mitte des 19. Jahrhunderts zu entstehen begann, vertrat Hess die Auffassung, dass Nichtjuden die Juden auf Grundlage ihrer angeblichen rassischen Eigenart und nicht aufgrund ihrer Religion zurückwiesen. Er schrieb daher: »Die Deutschen hassen weniger die Religion der Juden als ihre Race [sic!], weniger ihren eigenthümlichen Glauben, als ihre eigenthümliche

77 Moses Hess, *Rom und Jerusalem: Die letzte Nationalitätenfrage*, Leipzig 1899, S. 176. Vgl. auch Ken Koltun-Fromm, *Moses Hess and Modern Jewish Identity*, Bloomington 2001, S. 97.

78 Moses Hess: *Ausgewählte Schriften*, hg. v. Horst Lademacher, Köln 1962. Von Hess' Büchern sind mehrere englische Übersetzungen erschienen, darunter *Rome and Jerusalem: A Study in Jewish Nationalism*, übersetzt von Meyer Waxman, New York 1918; und: *Rome and Jerusalem*, übersetzt von Maurice J. Bloom, New York 1958.

79 Vgl. Böhm, *Die Zionistische Bewegung*, Bd. 1, S. 82.

Nasen.«⁸⁰ Seine Analyse fußte u.a. auf der grundlegenden, wenn auch widerwillig akzeptierten Annahme, dass der Judenhass normativ und die jüdische Assimilation ein sinnloses Unterfangen sei.

Eine Generation später führte der aus Odessa stammende Autor Leon Pinsker (1821-1891) eine genaue zionistische Analyse der »Judenfrage« in Europa durch. Im Besonderen konzentrierte er sich darauf, welche verheerende Auswirkung der Antisemitismus in seiner Heimat Russland hatte. Pinsker reagierte auf die Pogrome, die nach der Ermordung des Zaren Alexander II. 1881 ausbrachen, mit der theoretischen Abhandlung *Autoemanzipation: Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden*. Diese Schrift wurde 1882 zum ersten Mal in Berlin veröffentlicht und richtete sich an die Juden Osteuropas, aber genauso – oder viel mehr noch – an die Juden in West- und Mitteleuropa. Wie Hess vor ihm und Herzl ein Jahrzehnt später ging Pinsker von der Annahme aus, dass der Antisemitismus »unheilbar« wäre: »Die Judophobie ist eine Psychose. Als Psychose ist sie hereditär, und als eine seit zweitausend Jahren vererbte Krankheit ist sie unheilbar.«⁸¹ Deshalb sollten die Juden – so Pinsker – zu der Einsicht kommen, dass ein Kampf gegen den Antisemitismus sinnlos und ein Widerstand gegen vererbte Anlagen unmöglich sei. Kein Volk, so meinte er, würde Fremde akzeptieren. Diese Tatsache sei ethnologisch begründet und durchaus verständlich. Außerdem führte er an, Juden könnten sich nicht an die nichtjüdischen Gesellschaften, in denen sie lebten, anpassen, und es sei unrealistisch und utopisch, zu glauben, dass die aufklärerischen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit daran etwas ändern würden. Die einzige Lösung bestand für Pinsker darin, dass die Juden kulturell, spirituell und politisch wieder eine Nation würden und sie ihren eigenen Staat in Palästina oder in einer anderen Region gründeten.⁸² Er zog den folgenden Schluss: »Das rechte, das einzige Mittel wäre die Schaffung einer jüdischen Nationalität, eines Volkes auf eigenem Grund und Boden, die Autoemanzipation der Juden, ihre Gleichstellung als Nation unter Nationen durch Erwerbung einer eigenen Heimat.«⁸³

Überraschenderweise hatte Theodor Herzl weder *Rom und Jerusalem* noch *Autoemanzipation* vor der Veröffentlichung seines Buches *Der Ju-*

80 Hess, *Rom und Jerusalem*, S. 11. Vgl. auch Gideon Shimoni, *The Zionist Ideology*, Hanover 1995, S. 56-58; Koltun-Fromm, *Moses Hess*, S. 92-105.

81 Leon Pinsker, *Autoemanzipation: Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden*, Berlin 1932, S. 8 f.

82 Böhm, *Die Zionistische Bewegung*, Bd. 1, S. 101 f.

83 Pinsker, *Autoemanzipation*, S. 29.

denstaat im Jahr 1896 gelesen.⁸⁴ Herzls Werk stellte keinen vollkommenen neuen Beitrag zur zionistischen Theorie dar. Seine Hauptleistung und seine historische Rolle bei der frühen Entwicklung des Zionismus bestanden nicht so sehr darin, dass sein Buch neue Ideen lieferte, sondern dass es eine Entwicklung auslöste, die zur Etablierung einer internationalen zionistischen Bewegung führte und letztendlich in der Staatsgründung Israels 1948 mündete. Dabei hatten bereits andere vor ihm, wie z.B. Hess und Pinsker, festgestellt, in welchem kausalen Zusammenhang Emanzipation, Antisemitismus und der Grundgedanke des Zionismus standen.

Herzls Wandel vom assimilierten Juden zum Zionisten ergab sich eindeutig aus dem in Wien grassierenden Antisemitismus der späten achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Dieser intensivierte sich zudem, als Alfred Dreyfus 1894 in Frankreich wegen Hochverrats verurteilt wurde und Karl Luegers antisemitische Christlichsoziale Partei 1895 die Wahlen in Wien gewann. Auch der Ausschluss Herzls aus nicht-jüdischen Gesellschaftskreisen gab weitere Impulse für seinen Wandel des Selbstverständnisses.⁸⁵ Herzl konnte dabei den Bedarf nach einem souveränen jüdischen Staat nicht nur vor den jüdischen Gemeinden der ganzen Welt, sondern auch vor Nichtjuden besser als seine bisherigen Vorgänger formulieren.⁸⁶ Viel erfolgreicher vermittelte er wichtigen jüdischen und nichtjüdischen Führungspersonlichkeiten die kausalen Zusammenhänge, und dies zu einer Zeit, in der die Auswüchse und Gefahren des Antisemitismus unmittelbarer erschienen als in den vorherigen Jahrzehnten. In seiner Rede vor dem Ersten Internationalen Zionistischen Kongress in Basel (1897) ließ Herzl wenig Zweifel an dem kausalen Zusammenhang zwischen dem zu seiner Zeit grassierenden Antisemitismus und seiner radikalen Lösung: »Nur der Haß machte uns wieder zu Fremden in unserer eigenen Umgebung, und nur er macht uns wieder zu einer Nation.«⁸⁷

84 Vgl. Theodor Herzl, *Der Judenstaat*, Berlin 1934.

85 Brenner, *Zionism*, S. 29; Shimoni, *The Zionist Ideology*, S. 89f. Shimoni zeigt deutlich, dass Herzls Zionismus durch den sich verschärfenden Antisemitismus in Wien Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts befördert wurde und weniger durch die Dreyfus-Affäre, über die Herzl als Journalist in Paris ein paar Jahre später berichtete. Eine jüdisch-nationale Lösung für die »Judenfrage« war ihm schon vor der Dreyfus-Affäre ein Anliegen.

86 Levenson, *Between Philosemitism and Antisemitism*, S. 93f.

87 Shulamit Volkov, *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 96.

Wie Hess und Pinsker war Herzl nicht religiös erzogen und strebte in jungen Jahren nach Assimilation. Wie sie kam er zu dem Schluss, dass die Juden eindeutig und unmittelbar vom Antisemitismus bedroht waren, wobei dies für ihn das logische Ergebnis der historischen, durch Vertreibung entstandenen Lebensbedingungen und der Prozesse der jüdischen Emanzipation und Assimilation während des 19. Jahrhunderts war. Die Emanzipation hatte die Probleme, die durch die jüdische Präsenz in einer nichtjüdischen Welt entstanden waren, nicht gelöst, sondern sie noch verschärft. Dabei schien Herzl trotz der grausamen Pogrome in Russland eine weniger düstere Vorahnung als Pinsker von der antisemitischen Gefahr zu haben: »Ich glaube, den Antisemitismus, der eine vielfach komplizierte Bewegung ist, zu verstehen. Ich betrachte diese Bewegung als Jude, aber ohne Haß und Furcht.«⁸⁸ In seinem Tagebuch schrieb er, dass er dem französischen Antisemiten Édouard Drumont, Autor des antijüdischen Buches *La France juive* (1886) und Herausgeber der Zeitschrift *La Libre Parole*, sehr viel für seine »jetzige Freiheit meiner Auffassung«⁸⁹ schulde. Der Hauptgrund für seinen Optimismus war wahrscheinlich die Überzeugung, dass Nichtjuden wie Drumont seine Lösung für ihr allgemeines »Problem« bereitwillig akzeptieren würden, da sie gegen alle Juden und alles Jüdische eine Abneigung hegten. Insbesondere glaubte er daran, Antisemiten und ihre Regierungen würden aufgrund ihres rationalen Selbstinteresses die zionistische Sache unterstützen. »Die Juden scheiden als geachtete Freunde«, bemerkte er, und zwar auf geordnete und konstruktive Weise aufgrund des öffentlichen Enthusiasmus »unter freundlicher Mitwirkung der beteiligten Regierungen, die davon wesentliche Vorteile haben.«⁹⁰ Er beschrieb die Unterstützung, die er sich von antisemitischen Regierungen erwartete, in seinem Tagebuch am 13. Juni 1895 mit Zuversicht und Begeisterung: »Die Regierungen werden uns freundschaftlich unterstützen [...] Die Völker werden froh aufatmen.«⁹¹

Herzl schien damit die antisemitische Ideologie und die Ablehnung der Juden in der nichtjüdischen Gesellschaft zumindest teilweise zu akzeptieren und auf Antisemiten zu bauen. Carl Schorske geht sogar so

88 Herzl, *Judenstaat*, S. 13.

89 Theodor Herzl, *Theodor Herzls Tagebücher*, Bd. 1, Berlin 1922, S. 110. Vgl. Carl Schorske, *Fin-de-Siècle Vienna: Politics and Culture*, New York 1980, S. 157; Penslar, *Anti-Semites on Zionism*, S. 16 f.

90 Herzl, *Judenstaat*, S. 20.

91 Herzl, *Tagebücher*, Bd. 1, S. 209 f. Vgl. auch Friedman, *Germany, Turkey, and Zionism*, S. 55.

weit, dass er in Herzls Umkehr von Assimilation zu Zionismus »seine tiefe Verbundenheit mit [Georg von] Schönerer und [Karl] Lueger« vermutet, da er sich von einer Politik der rationalen Überzeugung abwandte.⁹² Wie der pandeutsche Nationalist und Antisemit von Schönerer, der gegen den deutschen Liberalismus arbeitete, und der christlich-soziale, antisemitische Lueger, der auch gegen liberale Katholiken wettete, kämpfte Herzl hauptsächlich gegen den im jüdischen politischen und sozialen Leben in Europa vorherrschenden Liberalismus. Außerdem lässt sich seine anscheinend naive Vorstellung vom Wesen einer antisemitischen Unterstützung des Zionismus am besten mit einem Zitat am Ende des Buches *Der Judenstaat* belegen, das Herzl mit gewohnter Sicherheit vorbringt: »Die Welt wird durch unsere Freiheit befreit, durch unseren Reichtum bereichert und vergrößert durch unsere Größe.«⁹³

Bis zu einem gewissen Grad stand Herzls Glaube an die deutsch-nationale und antisemitische Unterstützung in direktem Verhältnis zu seiner Erkenntnis, dass viele prominente Juden seine Ideen ablehnen würden. Der österreichisch-jüdische Kritiker Karl Kraus (1874-1936) verwarf Herzls Argumente und beschuldigte ihn, dass er die antisemitische Propaganda über mehrere jüdische Loyalitäten bestätige. Herzl war damit laut Kraus ein Sprachrohr für die antisemitische Forderung, Juden sollten ihr Geburtsland verlassen.⁹⁴ Der österreichische Schriftsteller Arthur Schnitzler (1862-1931) beschrieb Herzls Zionismus mit seiner zutiefst negativen Darstellung der zeitgenössischen Juden als antisemitisch.⁹⁵ Letzten Endes gewann Herzl die Unterstützung vieler Antisemiten, die über die Aussicht erfreut waren, dass die Juden Europa aus eigenem Willen verlassen würden.

Jacob Golomb wies außerdem in seiner Studie den Einfluss von Friedrich Nietzsche auf die Entwicklung der zionistischen Ideologie im Allgemeinen und die Formulierung von Theodor Herzls politischem Zionismus im Besonderen nach. Auf dem Höhepunkt von Herzls Bekanntheit, zwischen 1885 und 1902, schienen Nietzsches Ideen einigen Zionisten besonders sinnvoll. Besonders gefielen ihnen Nietzsches Theorien über Authentizität, seine Ablehnung des Selbsthasses und seine Suche nach Veränderung des Selbst. Diese Konzepte bestärkten die Zionis-

92 Schorske, *Fin-de-Siècle Vienna*, S. 160, 169-170.

93 Herzl, *Judenstaat*, S. 93.

94 Karl Kraus, *Eine Krone für Zion*, in: Ders., *Frühe Schriften*, hg. v. Johannes Braakenburg, München 1979, Bd. 2: 1897-1900, München 1979, S. 304.

95 Vgl. Jacques Kornberg, *Theodor Herzl: From Assimilation to Zionism*, Bloomington 1993, S. 154.

ten in ihrer Entschlossenheit, ein neues jüdisches Selbstbild zu schaffen, das Stolz und Selbstvertrauen ausstrahlte. Einige Zionisten teilten in der Folge Nietzsches Enttäuschung über die Aufklärung und die angeblich daraus hervorgegangene Dekadenz. Schließlich hatte ein »aufgeklärtes« Europa die Juden abgelehnt.⁹⁶ Obwohl Max Nordau Nietzsches Ablehnung der Aufklärung ursprünglich kritisiert hatte, stand er ihr im Laufe der Zeit weniger missbilligend gegenüber, da ihn die jüdische Emanzipation immer mehr enttäuschte. Herzls nietzscheanische Suche nach Authentizität, nach dem »authentischen Juden«, der frei, modern, nicht-religiös und der Nationalität nach jüdisch war und sich vom »assimilierten Juden« und dem »Ghettojuden« deutlich abhob, sollte das jüdische Volk regenerieren und dadurch zu einer besseren Welt beitragen. Herzls Theaterstück *Das neue Ghetto* aus dem Jahr 1894 stellt wohl die früheste öffentliche Verurteilung der Assimilation als falsch und illusorisch dar. Laut Herzl hätten sich die Juden durch Anpassung von ihrem authentischen Wesen entfremdet und ihre jüdische Identität aufgegeben, ohne jedoch Deutsche oder Österreicher geworden zu sein. Er schloss daraus, dass sich die Juden ein neues Selbstbild erschaffen sollten, welches auf der Vorstellung eines starken Juden basiere, der stolz auf seine jüdische Vergangenheit sei.⁹⁷

Bevor die Enttäuschung über den Verlauf und Fortschritt der jüdischen Assimilation zur Hinwendung zum Zionismus führte, glaubte der als Maximilian Südfeld geborene Max Nordau (1849-1923) fest daran, dass die Aufklärung und die jüdische Emanzipation letztendlich zur Rettung der Juden Europas führen würden. Nordau, ein deutsch-jüdischer Literat, der den Großteil seines Lebens in Paris verbrachte, kritisierte deutlich Friedrich Nietzsches Ablehnung der Aufklärung. Seit dem Sommer 1895 verband ihn mit Theodor Herzl eine Freundschaft und Zusammenarbeit, weil er wie Herzl zu dem Schluss gekommen war, dass die jüdische Emanzipation nicht funktionieren würde. Seine Beziehung zu Herzl war teilweise für diese Einsicht verantwortlich. So schrieb er: »Der Antisemitismus hat gleichfalls viele gebildete Juden die Rückkehr zu ihrem Volke finden gelehrt.«⁹⁸ Sein neues, von Herzl inspiriertes Herangehen an den Antisemitismus und die »Judenfrage« entwickelte er in seinem Aufsatz *Zionismus und Antisemitismus* weiter, den er 1899 erstmals

96 Vgl. Jacob Golomb, *Nietzsche and Zion*, Ithaca 2004, S. 25, 46-47, 58-59.

97 Ebd., S. 28f. Vgl. auch Theodor Herzl, *Das neue Ghetto: Schauspiel in Vier Acten*, Wien 1897.

98 Zionistisches Aktionskomitee, *Max Nordaus Zionistische Schriften*, Köln 1909, S. 24.

in der Zeitschrift *Le Siècle* veröffentlichte.⁹⁹ Er wiederholte darin die Ansicht, dass die Juden ein eigenes Volk seien und der Zionismus als einzige realistische Reaktion auf den Antisemitismus die Juden in »normale« Menschen umwandeln könne. Die Juden würden ihr Exilleben beenden und ihren eigenen Staat in Palästina gründen. Zum »Normalsein« gehörte es laut Nordau, die traditionell jüdische Abscheu gegen Kraftanstrengung aufzugeben, die durch ein »Muskeljudentum« ersetzt werden solle: »Der Zionismus erweckt das Judentum zu neuem Leben [...]. Er bewirkt dies sittlich durch Auffrischung der Volksideale, körperlich durch die physische Erziehung des Nachwuchses, der uns wieder das verloren gegangene Muskeljudentum schaffen soll.«¹⁰⁰ Nordau gestand damit zu, dass der Zionismus nicht die Sache eines jeden Juden sei, aber doch die meisten, wahrscheinlich zwei Drittel aller Juden auf der ganzen Welt, ansprechen würde, »für die das Geburtsland kein Vaterland, sondern ein Gefängnis oder ein Verbannungsort ist.«¹⁰¹

In seinen Schriften verband Nordau die Argumente von Herzls und Pinskers politischem Zionismus mit Aspekten eines von Achad Ha'am und später Martin Buber und Judah Magnes gepflegten kulturellen Zionismus. In einem Aufsatz aus dem Jahr 1902 setzte er die kausale Verbindung zwischen dem Zionismus und dem Antisemitismus so weit gedanklich fort, dass seiner Meinung nach ersterer nur aufgrund von letzterem entstanden war. Laut Nordau war es zwar richtig, dass der Antisemitismus einige gebildete Juden zur Rückkehr zum jüdischen Volk bewegt hatte, gleichzeitig hielt er es aber für möglich, dass sie erneut ihren »Kurs« ändern könnten, »wenn [ihre] christliche[n] Landsleute [sie] freundlich aufnehmen würden.«¹⁰² Er war deshalb der Meinung, dass etwas Tieferes im Spiel war, wenn sich viele Juden dazu entschieden, Emanzipation und Assimilation aufzugeben und im Zionismus nach Lösungen für die »Judenfrage« zu suchen. Er merkte daher an: »Aber bei den meisten Zionisten war der Antisemitismus nur eine Nötigung, über ihr Verhältnis zu den Völkern nachzudenken, und ihr Nachdenken hat sie zu Ergebnissen geführt, die ihr dauernder Geistes- und Gemütsbesitz

99 Ebd., S. 299-306.

100 Vgl. Nordaus Essay über das »Muskeljudentum«, in: Zionistisches Aktionskomitee, Max Nordaus Zionistische Schriften, S. 379-381. Siehe auch Shimoni, *Zionist Ideology*, S. 59.

101 Zionistisches Aktionskomitee, Max Nordaus Zionistische Schriften, S. 301.

102 Ebd., S. 24.

bleiben würden, auch wenn der Antisemitismus gänzlich aus der Welt verschwände.«¹⁰³

Wenn Ablehnung in Form von antisemitischem Hass und Bedrohung durch Verfolgung für Herzl das grundlegende Problem waren und die Akzeptanz in Form von jüdischer Emanzipation und Assimilation das Problem für die kulturellen Zionisten, dann waren letzten Endes beide Themen für beide Seiten problematisch. In seiner Rede vor dem Ersten Internationalen Zionistischen Kongress in Basel im Jahr 1897 vertrat Nordau die Auffassung, dass sich Juden in ihrer Suche nach Akzeptanz und Assimilation von ihren eigenen Wurzeln und ihrer eigenen Gemeinschaft entfernt hätten, aber gleichzeitig von der nichtjüdischen Gesellschaft weiterhin abgelehnt würden:

»Das ist die heutige Lage des emanzipierten Juden in Westeuropa. Seine jüdische Sonderart hat er aufgegeben, die Völker erklären ihm, daß er ihre Sonderart nicht gewonnen hat [...]. Die Heimat des Ghettos hat er verloren, das Geburtsland versagt sich ihm als Heimat. Er hat keinen Boden unter den Füßen und er hat keinen Anschluß an eine Gesamtheit, in die er sich als willkommenes vollberechtigtes Mitglied einfügen könnte.«¹⁰⁴

Für den kulturellen Zionisten Achad Ha'am (1856-1927) lag der Grund für einen jüdischen Nationalismus nicht allein in dem durch antisemitische Ablehnung hervorgerufenen Leid und den damit verbundenen Gefahren, wie Herzl und die politischen Zionisten behaupteten. Er stimmte zwar mit ihnen dahingehend überein, dass der Antisemitismus des späten 19. Jahrhunderts eine bleibende Erscheinung war und kein künstlich erzeugtes, vorübergehendes Phänomen. Dennoch machte er sich über die zionistischen und nichtzionistischen Reaktionen auf den Antisemitismus größere Sorgen und vertrat die Auffassung, dass die wirkliche Krise durch ein spirituelles und kulturelles Unbehagen ausgelöst wurde, da die kulturelle Eigenart der Juden in Folge der Aufklärung, der Verleihung von Bürgerrechten und der Assimilation verschwunden sei.¹⁰⁵ Er ging über die unmittelbare Notwendigkeit hinaus, ein Refugium vor der antisemitischen Verfolgung zu finden, und wollte eine neue, säkular jüdische Kultur schaffen, die in der hebräischen Sprache verankert war.

103 Zionistisches Aktionskomitee, Max Nordaus Zionistische Schriften, S. 24.

104 Ebd., S. 50f.

105 Vgl. Steven Zipperstein, *Elusive Prophet: Achad-Ha'am and the Origins of Zionism*, Berkeley 1993, S. 92f.

Achad Ha'am hatte anfangs Leon Pinsker bewundert und war einer seiner Anhänger gewesen. Er stimmte jedoch nicht vollständig mit Pinskers Ansichten über den politischen Zionismus überein. Seine Führungsrolle in der russischen Hovevi Tsyion-Bewegung und die frühe Ansiedlung von Juden in Palästina während der ersten Aliyah, bei der er die vielen Schwierigkeiten der Bewegung mit eigenen Augen sah, ließen in ihm Skepsis über die sofortige Schaffung eines souveränen jüdischen Staates aufkommen. Er pochte stattdessen auf das dringlichere Bedürfnis, die jüdische Nation in der Diaspora und Palästina sowie die hebräische Sprache und Kultur zu beleben und ein kulturelles Zentrum in Palästina zu schaffen. Er konstatierte, die Juden könnten nach der Emanzipation nicht als verstreutes Volk leben, da sie sich nicht gegen die fremden Kulturen verteidigen könnten, die ihre nationalen Eigenschaften und Traditionen auszulöschen versuchten. Er glaubte daran, dass die derzeitige Krise im spirituellen und kulturellen Verfall bestand. Für ihn nahm Palästina eine andere Rolle in der Bekämpfung der Krise ein, als es sich Herzl und die anderen politischen Zionisten vorgestellt hatten. So kam er zu dem Schluss, dass einzig eine schrittweise Gründung eines jüdischen nationalen und kulturellen Zentrums in Palästina die einzige Lösung sei, um diesen Verfallsprozess aufzuhalten.¹⁰⁶

Achad Ha'am leugnete nicht, dass der Antisemitismus der Grund für das jüdische Elend war. Er bettete das Problem der jüdischen Staatenlosigkeit in den größeren Kontext der jüdischen Identität und Kultur in der Zeit nach der Aufklärung ein. In seinen kurzen Bemerkungen mit dem Titel *Ein stolzer Jude*, die als Einleitung zu Pinskers *Autoemanzipation* erschienen waren, geht er über Pinskers politischen Zionismus hinaus und betont die Zentralität der jüdischen Kultur. Er interpretiert Pinskers Konzept der Autoemanzipation dahingehend, dass dieser nicht die Rettung der Juden vor äußerer Verfolgung, sondern die Wiedererlangung einer Nationallehre des jüdischen Volks und eine Wiedergeburt des Gefühls von Würde bei allen Juden verlangte.¹⁰⁷ Damit war er ebenfalls der Meinung, dass der Antisemitismus ein unausweichliches und äußerst destruktives Element in der jüdischen Lebenswelt darstellte. Gleichzeitig war er davon überzeugt, dass die durch Emanzipation und Assimilation verursachte Absonderung der Juden alle Bemühungen, diese Krise in den Griff zu bekommen, vereitelt hätte. In seinen einleitenden Bemerkungen erklärt er, es sei in der Tat sehr bedauerlich, dass Juden gehasst und verfolgt würden, noch bedauerlicher sei jedoch, »daß wir selbst als Volk

106 Shimoni, *The Zionist Ideology*, S. 105, 107.

107 Pinsker, *Autoemanzipation*, S. 3f.

auf das Verhalten der Umgebung zu uns auf unwürdige Art reagieren und durch unser Verhalten die Verachtung der Anderen gewissermaßen rechtfertigen.«¹⁰⁸ So hielt er Pinsker zugute, die jüdische Situation klar zu beleuchten: »Dort erhebt er sich oft bis zur Höhe prophetenhaften Zornes, in dem die Tragik des stolzen Sohnes eines Volkes widerhallt, das seinen Stolz verloren hat.«¹⁰⁹

So widersprach Achad Ha'am Herzl und Pinsker nicht, dass es notwendig sei, einen nichtreligiösen jüdischen Staat zu schaffen, stimmte aber nicht mit Herzl und den Zionisten des in Basel 1897 abgehaltenen Ersten Zionistischen Kongresses über das Wesen des neuzugründenden Staates überein. Herzls Vorstellung eines im Grunde säkularen europäischen Staates, getragen von emanzipierten und assimilierten europäischen Juden mit Deutsch als Hauptsprache, bzw. Nordaus Vorstellung vom Muskeljudentum als Hauptcharakteristikum dieses Volkes, waren weit von Ha'ams Vorstellung eines Staates entfernt, der auf die Wiederbelebung der hebräischen Sprache und Kultur begründet war. Achad Ha'am nannte Herzls Ansatz »Assimilation auf kollektiver Grundlage« und stellte die Frage: »Was ist das Jüdische an Herzls Judenstaat?«¹¹⁰ Er stand den Bemühungen der politischen Zionisten, einen Staat durch die diplomatische Unterstützung von einer oder mehreren europäischen Großmächten schnellstmöglich durchzusetzen, skeptisch gegenüber. Herzls Grundidee eines politischen Zionismus basierte dabei auf seiner Überzeugung, dass die meist antisemitisch eingestellten europäischen Mächte bereitwillig einen jüdischen Staat aus eigenem unmittelbaren nationalen Interesse fördern würden. Achad Ha'am hingegen war der Ansicht, dass ein jüdisches kulturelles Zentrum in Palästina als Vorstufe errichtet werden sollte, in dem sich eine kleine Anzahl von Juden aus aller Welt niederlassen sollte. Sein kultureller Zionismus diente einer neuen Generation von »praktischen Zionisten«, zu denen auch Chaim Weizmann (1874-1952) gehörte, als Inspirationsquelle. Sie setzten sich in späteren Jahren erfolgreich für die unmittelbare Besiedlung des Landes und die Wiederbelebung der hebräischen Kultur ein. Gleichzeitig unternahmen die politischen Zionisten diplomatische Anstrengungen, damit die Großmächte einen späteren jüdischen Staat in Palästina unterstützen würden.

Auch der deutsch-jüdische Philosoph Martin Buber (1878-1965) betonte die spirituellen und kulturellen Bedürfnisse der Juden und weniger die körperliche Gefahr, die aufgrund des Antisemitismus bestand.

108 Ebd., S. 3.

109 Ebd.

110 Vgl. Brenner, Zionism, S. 56 f.

Wie Achad Ha'am war ihm die Errichtung eines Zufluchtsortes in Form eines nach europäischen Vorgaben geschaffenen Nationalstaats mit all seiner physischen und politischen Macht weniger wichtig als der unmittelbare Bedarf nach einer spirituellen und kulturellen Erneuerung in der Diaspora. Diese Erneuerung sollte in dem Refugium Palästina erfolgen. Bubers Zionismus fußte dabei auf spirituellen Vorgaben und biblischen Geboten für das jüdische Volk sowie ihrer Verbindung zum Land Israel, so dass er weniger eine Reaktion auf den modernen Antisemitismus in Europa war. Buber konzentrierte sich auf die gottgegebene Mission des jüdischen Volkes, eine Mission, die die Wiedererrichtung einer national-kulturellen (aber nicht notwendigerweise politischen) Heimat in Palästina erforderlich machte.

Buber setzte sich nach dem Ersten Weltkrieg und nach der Balfour-Deklaration (1917), die die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina forderte, stärker für seine Ideen ein. Er konzentrierte sich hauptsächlich auf reale Probleme und Gegebenheiten in Palästina und befasste sich daher z.B. auch mit dem wachsenden Widerstand einer arabischen Mehrheit gegen die jüdische Einwanderung und die jüdische nationale Heimstätte. Außerdem widmete er sich den unterschiedlichen nationalen Bestrebungen von zwei Völkern, die in demselben Land leben sollten. In einer Rede, die er 1929 in Berlin vor dem Ortsverband des Brit Shaloms hielt – einer kleinen, hauptsächlich aus deutschen Mitgliedern bestehenden zionistischen Gruppe, die einen ethnonationalistischen jüdischen Staat ablehnte und für einen bi-nationalen Staat für Juden und Araber eintrat –, steckte Buber einen nationalistischen Rahmen ab. Demzufolge lehnte Buber einen ausschließlich auf ethnischer Zugehörigkeit basierenden Nationalismus ab, da dieser den Juden in Europa seit Jahrhunderten viel Leid bereitet hätte.¹¹¹ Damit stellte er einen der Grundgedanken des modernen Zionismus in Frage, nämlich das »historische Recht« des jüdischen Volkes auf einen Staat in Palästina:

»[...] denn zu jedem Stadium der Weltgeschichte, auf das man sich bei der Begründung seines Anspruchs beruft, gibt es ein Vorher, von dem sich vielleicht ein anderer Anspruch ableiten läßt. Zeitlich ist ein Vorrang nicht zu motivieren. Gesetzt, es würde heute irgendwo

111 Eine hervorragende Schilderung des Bi-Nationalismus in der zionistischen Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg und ihrer deutsch-zionistischen Verfechter, darunter Martin Buber, Hans Kohn, Arthur Ruppin, Shmuel Hugo Bergman, Ernst Simon, Robert Weltsch und Gershom Scholem, vgl. Steven Aschheim, *Beyond the Border: The German-Jewish Legacy Abroad*, Princeton 2007, S. 6-44.

der Rest eines Bestandteils der durch Israel aus Kanaan verdrängten ›Urbewölkerung‹ aufgefunden, könnte der uns jenes ›historische Recht‹ streitig machen?«¹¹²

Judah Magnes (1877-1948), ein amerikanischer Rabbi und erster Präsident der Hebräischen Universität von Jerusalem, hatte sich bereits 1922 in Palästina niedergelassen. Er war ein namhafter Verfechter des kulturellen Zionismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wie Ha'am, Buber und andere schloss sich Magnes Herzl und den politischen Zionisten in der Meinung an, dass eine wichtige Verbindung zwischen dem virulenten Antisemitismus seiner Zeit und dem Zionismus als angemessene und logische Reaktion bestand. Wie Herzl glaubte er, dass die zionistische Reaktion sowohl politisch als auch kulturell ausfallen sollte, um auch die Unterstützung von Nichtjuden auf der ganzen Welt zu erlangen. Nach dem Ersten Weltkrieg und der Balfour-Deklaration, die die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte gefordert hatte, und in einem Jahrzehnt, in dem die Gewalttaten zwischen Juden und Arabern in Palästina eskalierten, war Magnes von den Zwecken und Mitteln des politischen Zionismus desillusioniert. In einer 1929 in der *New York Times* veröffentlichten Kolumne bestritt er die Behauptung, die Balfour-Deklaration hätte Palästina ausschließlich oder hauptsächlich dem jüdischen Volk zugewiesen. Zwar lobte er die in der Erklärung verankerte Bestätigung, dass die Juden zu Recht in Palästina seien und man sie nicht nur duldet, doch schrieb er auch: »und meiner Meinung nach ist das nicht mehr als die Juden brauchen, damit sie sich in Palästina eine Heimat schaffen können, so wie es sich Achad Ha'am vorgestellt hatte. Diese Heimat wäre ein spirituelles und intellektuelles Zentrum des Judentums und des jüdischen Volks, das in Ackerbau, Industrie und verschiedenen Arten von manueller Arbeit verankert wäre.«¹¹³ Ein Jahr später beschäftigte er sich eingehend mit dem Wesen des Zionismus. In einem Brief an Rabbi Stephen Wise schrieb er:

112 Martin Buber, *Kampf um Israel: Reden und Schriften*, Berlin 1933, S. 434. Bubers Rede mit dem Titel »Jüdisches Nationalheim und nationale Politik in Palästina« wird in übersetzter Form in Paul Mendes-Flohr (Hg.), *A Land of Two Peoples: Martin Buber on Jews and Arabs*, New York 1983, S. 84, wiedergegeben. Aus demselben Grund hatte auch Achad Ha'am ein offenes Ohr für das Nationalgefühl der arabischen Mehrheit in Palästina. Er kritisierte die frühen Zionisten dafür, dass sie die arabischen Nationalinteressen so gut wie ignorierten.

113 Arthur Goren (Hg.), *Dissenter in Zion: From the Writings of Judah L. Magnes*, Cambridge 1982, S. 283.

»Für mich ist das nicht so sehr eine arabische Frage als eine jüdische Frage. Was macht das Wesen und den Kern des jüdischen Nationalismus aus? Ist er wie der Nationalismus aller anderen Nationen? Die Antwort erhalte ich aufgrund der Art und Weise, wie wir die Araber behandeln.«¹¹⁴

Vladimir Jabotinsky (1880-1940), der die revisionistische zionistische Bewegung in den zwanziger Jahren begründet hatte, vermischte in gewisser Hinsicht Ansätze des politischen und kulturellen Zionismus, wie mit dem durch den modernen Antisemitismus, die Emanzipation und Assimilation verursachten Konflikt umzugehen sei. Er war ein politischer Zionist, weil er mit Pinsker, Herzl und Nordau darin übereinstimmte, dass der Antisemitismus eine ernsthafte und unmittelbare Gefahr darstellte und die Schaffung eines ethnionationalistischen europäischen Staats für die Juden in Palästina das endgültige Ziel sein sollte. Zudem glaubte er, dass der Antisemitismus eine normale menschliche Bedingung darstellte, »ein unveränderliches und stets vorhandenes, subjektives Vorurteil und ein Hass des ›anderen‹«, der durch die Heimatlosigkeit und den jüdischen Status als Fremde in der Diaspora verursacht würde.¹¹⁵ Wie für Achad Ha'am und Martin Buber war für Jabotinsky die jüdische Heimatlosigkeit und nicht die antisemitische Ideologie, die die Juden einfach ablehnte, die Hauptursache für die historische »Judenfrage«. Damit kam er der spirituellen und kulturellen Entfremdung und Unverbundenheit in Europa nach der Aufklärung nahe, die Achad Ha'am, Martin Buber und andere als Hauptgrund für die jüdische Absonderung bezeichnet hatten.

Dennoch orientierte sich Jabotinsky letzten Endes am politischen und praktischen Zionismus. Der bedeutendste revisionistische Zionist Deutschlands, Richard Lichtheim (1885-1963), schrieb nach dem Zweiten Weltkrieg folgendes über Jabotinsky: »Wir waren beide ›politische Zionisten‹ in dem Sinne, daß wir einen jüdischen Staat in Palästina wollten und uns den Tendenzen im Zionismus widersetzen, die den Judenstaatszionismus abzuschwächen suchten.«¹¹⁶ Zu diesem späten Zeitpunkt bezog sich Lichtheim natürlich auf Jabotinskys Vorstellungen von einem ethnisch definierten jüdischen Staat auf beiden Seiten des Jordanflusses, ein Resultat, das von dem von Achad Ha'am und Martin Buber

114 Ebd., S. 286.

115 Shimoni, *The Zionist Ideology*, S. 257.

116 CZA: A56/12 (ohne Datum). Lichtheims Überlegungen waren anscheinend ein Entwurf für einen Artikel, den er über Jabotinsky für eine Zeitung oder eine Zeitschrift Ende der vierziger oder Anfang der fünfziger Jahre vorbereitete. Vgl. Richard Lichtheim, *Revision der zionistischen Politik*, Berlin 1939.

vorgeschlagenen bi-nationalen Staat für Juden und Araber in Palästina weit entfernt war.

Der deutsch-jüdische Kabbala-Gelehrte und Mystiker Gershom Scholem (1898-1982) verkörperte die spirituellen bzw. auch kulturellen und politischen zionistischen Traditionen im frühen 20. Jahrhundert. Er rebellierte gegen die vorherrschende, nach Assimilation strebende Kultur des deutschen Judentums der Jahrhundertwende. Er ging sogar so weit, dass er die Arbeit von Abraham Geiger, einem der frühen Begründer des Reformjudentums, als »diabolisch« bezeichnete.¹¹⁷ Er lehnte besonders das in seinen Augen hauptsächlich philanthropische Wesen des deutschen Zionismus ab, der zu jenem Zeitpunkt noch teilweise der Vorstellung nachhing, dass eine Symbiose der deutschen und jüdischen Kultur möglich sei. In jungen Jahren wies Scholem jegliche kulturelle oder spirituelle Verbindung zwischen den Juden und den Deutschen zurück und trat für eigenständige völkische Identitäten sowie getrennte Lebensbereiche für Deutsche und Juden ein. Er beschrieb ein Treffen mit Vertretern einer deutschen Jugendgruppe im Dezember 1915, bei dem beide Seiten für getrennte völkische Identitäten eintraten, in folgender Weise: »Sie Deutsche und ich ein Jude, und wenn ich das Wort Jude aussprach, so machte keiner ein peinliches Gesicht, sondern man ehrte des andern Volkstum ebenso wie ich das ihre.«¹¹⁸

Ursprünglich stimmte Scholem mit Bubers Forderung nach einer spirituellen Erneuerung des Judentums überein und war Herzls Staatsidee und Achad Ha'am's evolutionärer kultureller Gemeinschaft gegenüber kritisch eingestellt. Später schrieb er in seinen Jugenderinnerungen, dass ihm das Streben nach einem jüdischen Staat als unbedeutendster Aspekt des Zionismus vor Hitlers Genozid erschienen sei:

»Diese Seite der Sache hat für mich wie für viele andere [...] nur eine sekundäre, oder auch gar keine Rolle gespielt. Der rein politische und völkerrechtliche Aspekt der Bewegung war für so viele [...] nicht ausschlaggebend. Sehr einflußreich waren dagegen Tendenzen, die die Besinnung der Juden auf sich selbst, auf ihre Geschichte und eine mögliche Wiedergeburt geistiger und kultureller, vor allem aber auch gesellschaftlicher Natur gerichtet waren.«¹¹⁹

117 Vgl. Susannah Heschel, *Abraham Geiger and the Jewish Jesus*, Chicago 1998, S. 24.

118 Gershom Scholem, *Tagebücher nebst Aufsätzen und Entwürfen bis 1923*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1995, S. 211.

119 Gershom Scholem, *Von Berlin nach Jerusalem: Jugenderinnerungen*, Frankfurt a. M. 1977, S. 73.

Im Unterschied zu Herzl, Ha'am, Pinsker und anderen enthält Scholems Verachtung der Assimilation keine Analyse des modernen Antisemitismus. Erst nach der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland und dem Holocaust änderte sich dies, so dass sich die verschiedenen philosophischen Ansätze im Zionismus notgedrungen näherkamen.

Bis zum Jahr 1914 unterschieden sich die Führungspersönlichkeiten in der zionistischen Bewegung in ihren philosophischen und praktischen Ansätzen grundlegend. Alle stimmten jedoch darin überein, dass die jüdische Assimilation eine Illusion und die jüdische Ansiedlung in Palästina und die Wiedererrichtung eines jüdischen Nationallebens notwendig seien, wie immer diese auch aussehen mochten. Sie alle formulierten eine grundlegende Prämisse, die sowohl Antisemiten als auch nichtjüdische Liberale nicht bestritten bzw. sogar unterstützten. Diese legte fest, dass der Prozess der Emanzipation und Assimilation des einzelnen Juden in seinem Geburtsland seit der Aufklärung eine Ursache und nicht die Lösung für die »abnormalen« Lebensbedingungen des jüdischen Volkes sei. Deutsche Zionisten schienen die Feindschaft von antisemitischen Autoren, Journalen, politischen Parteien und Bewegungen als repräsentativ für die nichtjüdischen Nationen als Ganze und als die Norm darzustellen. Es lohnte sich daher nicht, dem Antisemitismus Widerstand zu leisten. Herzl fasste seine Vorgehensweise im Kontext des politischen Zionismus zusammen, als er die Nation als »eine Gruppe von Menschen, die durch einen gemeinsamen Feind verbunden ist«, definierte.¹²⁰

Natürlich rührte die allgemeine Ablehnung der jüdischen Assimilation durch Zionisten und Antisemiten von verschiedenen Ursachen her. Beide betrachteten es – wenn auch aus verschiedenen Perspektiven – als notwendig und wünschenswert, die jüdische Präsenz durch Auswanderung zu beseitigen und wollten dieses Ziel mit unterschiedlichen Mitteln und zu unterschiedlichen Zwecken erreichen, wie die weiteren Kapitel des Buches aufzeigen werden. Für alle Zionisten waren die jüdische Emanzipation und die angeblich damit verbundenen Freiheiten eine notwendige, wenn auch nur vorübergehende Bedingung für den Erfolg ihres Lösungsansatzes der »Judenfrage« in Deutschland. Indem sie das Versprechen der Aufklärung für Emanzipation des einzelnen Juden und seine Gleichstellung als Staatsbürger in einer nichtjüdischen Gesellschaft als nicht erstrebenswertes Ziel definierten, hatten sie dennoch keine andere Wahl, als diese Dinge als vorübergehende Mittel zur Durchsetzung ihres Ziels anzuerkennen. Weder Achad Ha'am noch Theodor

120 Arendt, *Zionism Reconsidered*, S. 231 f.

Herzl glaubten daran, dass der Zionismus für alle Juden das Richtige sei. Beide waren der Auffassung, dass nur eine Minderheit der Juden sich völlig an ihr Geburtsland assimilieren und in der Folge aufhören würde, Jude zu sein. Der Großteil würde jedoch emigrieren und sich entweder in einem jüdisch-nationalen kulturellen Zentrum oder in einem nach europäischen Vorgaben geführten ethnonationalistischen jüdischen Staat in Palästina ansiedeln. Herzl definierte dies im Jahr 1897 folgendermaßen: »Der Zionismus strebt die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte an für diejenigen Juden, die sich an ihren jetzigen Wohnorten nicht assimilieren können oder wollen.«¹²¹

Trotz der sich überlagernden Ansätze von Zionisten und Antisemiten bei der Lösung der sogenannten Judenfrage gab es während der Wilhelminischen Ära wenig bzw. fast gar keinen direkten Kontakt und keine politische Beziehung zwischen ihnen. Jede Gruppe war sich der Existenz der anderen mehr als bewusst, und beide hatten eine Ahnung von der spezifischen Rolle, die die andere beim Vorantreiben des eigenen Interesses spielen könnte. Dennoch kam es nur selten dazu, dass Antisemiten öffentlich zionistische Aktionen befürworteten. Die Unterstützungen von Protesten, wie z.B. bei der Entlassung des jungen zionistischen Lehrers Rabbi Emil Cohn durch die Jüdische Gemeinde in Berlin (1907), weil er vor seinen Schülern aktiv für den Zionismus eingetreten war, blieben Einzelfälle.¹²² Die Tatsache, dass anstelle eines Dialogs zwei Monologe nebeneinander geführt wurden, ist bezeichnend für die Beziehung beider Ideologien vor 1914. Dieser Zustand setzte sich bis in die Weimarer Jahre und die Zeit des Nationalsozialismus fort. Vertreter beider Ideologien nahmen sich daher nie wirklich als gleichberechtigte Partner wahr, um eine Lösung des vermeintlich gemeinsamen Problems zu erarbeiten. Schließlich waren Zionisten noch immer Juden, und der Zionismus blieb als jüdische Bewegung in den Augen vieler Antisemiten verdächtig, bzw. viele Antisemiten behaupteten fortwährend, Juden seien von Grund auf »trugsüchtig« und böseartig.

121 Theodor Herzl, *The Zionist Congress*, in: *Contemporary Review* 72 (Oktober 1897), S. 587-600. Zu Achad Ha'am's Ansichten zu diesem Thema Vgl. Shimoni, *The Zionist Ideology*, S. 6.

122 Zu Cohns eigener Erläuterung der Beziehung zwischen seinen zionistischen Ansichten und seiner Identität als deutscher Jude siehe sein Memorandum: An die Vorsteher und Vertreter der jüdischen Gemeinde zu Berlin, in ergebenster Hochachtung eingerichtet von Rabbiner Dr. Emil Cohn, Prediger der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Berlin 1907, S. 4, 9, 11-13. Vgl. auch Niewyk, *Solving the »Jewish Problem«*, S. 367. Cohn kehrte 1926 nach Berlin zurück und wurde Rabbi der Synagoge in Grunewald.

II. Die Weimarer Republik

Deutscher Zionismus und der Erste Weltkrieg

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914 erklärte die Zionistische Exekutive in Berlin ihre Neutralität und verlagerte den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten größtenteils nach Kopenhagen und in andere Städte.¹ Die Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD) bekundete wie alle anderen deutsch-jüdischen Organisationen dem deutschen Vaterland enthusiastisch ihre Treue. Der leidenschaftliche Patriotismus der deutschen Zionisten basierte dabei auf mehreren Gründen: Zum einen waren sie als deutsche Juden vaterlandstreu eingestellt, weshalb sie wie alle Deutschen ihre Regierung aus politischen Gründen in Kriegszeiten unterstützten. Zum anderen wurde der Krieg als Kampf gegen ein zaristisches und despotisches Russland aufgefasst, dem es gelungen war, Großbritanniens und Frankreichs Unterstützung zu gewinnen. Darüber hinaus hatten viele Juden schon lange kritisiert, dass der Zionismus alle Juden in der Diaspora der Gefahr ausliefere, von Antisemiten des falschen Patriotismus und der doppelten Loyalität bezichtigt zu werden. Um diese Zweifel zu zerstreuen und zu beweisen, dass sich Vaterlandstreue und zionistische Prinzipien nicht gegenseitig ausschlossen, veröffentlichte die *Jüdische Rundschau* am 7. August 1914 einen Aufruf an alle deutschen Juden:

»In dieser Stunde gilt es für uns aufs neue zu zeigen, daß wir stammesstolzen Juden zu den besten Söhnen des Vaterlandes gehören. Der Adel unserer vieltausendjährigen Geschichte verpflichtet. Wir erwarten, daß unsere Jugend freudigen Herzens freiwillig zu den Fahnen eilt. Deutsche Juden! Wir rufen euch auf, im Sinne des alten jüdischen Pflichtgebots mit ganzem Herzen, ganzer Seele und ganzem Vermögen Euch dem Dienste des Vaterlandes hinzugeben.«²

In derselben Ausgabe erschien ein Artikel von Heinrich Loewe, einem der Gründer der ZVfD. Er versuchte, darin ebenfalls seine Vaterlandstreue mit dem Zionismus zu vereinen, indem er den bis in alle Ewigkei-

- 1 Zu den politischen Komplikationen für die internationale zionistische Bewegung, die durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahr 1914 entstanden waren, vgl. Laqueur, *A History of Zionism*, S. 171 f.
- 2 Jehuda Reinharz (Hg.), *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882-1933*, Tübingen 1981, S. 145 f.

ten währenden Patriotismus aller Zionisten und ihren Einsatz für die deutschen Kriegsanstrengungen hervorhob: »Wir werden siegen. Wir haben das Vertrauen zu dem deutschen Kaiser, daß er uns richtig führt! Wir haben das Vertrauen zum deutschen Volke, daß es bis zum letzten Atemzuge kämpfen wird, und wir haben das unerschütterliche Vertrauen zu der göttlichen Gerechtigkeit, daß sie unseren ehrlichen Waffen den Sieg verleihen wird.«³ Gleichzeitig brachte er die deutsche Vaterlandsliebe mit den zionistischen Zielen, einen jüdischen Staat in Palästina zu errichten, in Einklang, indem er eine zukünftige Interessengemeinschaft Deutschlands und des Zionismus im Nahen Osten und in der Welt hervorhob: »Wer von uns am Leben bleibt, wird nach dem Kriege und nach dem Siege die Arbeit für unsere Ideale mit verdoppelter Kraft fortführen!«⁴

Großbritanniens Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 enthielt das Versprechen einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina als Teil des Friedensabkommens nach dem Sieg der Entente über die Mittelmächte. Diese Erklärung stellte für deutsche Juden und besonders für die Zionisten eine spezielle Herausforderung dar. Wenn sie nicht der Untreue gegenüber ihrem deutschen Vaterland und seinem osmanischen Verbündeten beschuldigt werden wollten, mussten sich die deutschen Zionisten von der Balfour-Deklaration während des letzten Kriegsjahres auf die eine oder andere Weise distanzieren, ohne jedoch öffentlich den in der Erklärung enthaltenen Anspruch auf fundamentale zionistische Hoffnungen und ihre Unterstützung des zionistischen Werks in Palästina aufzugeben.⁵ Damit beschwor die Deklaration das Gespenst der doppelten Loyalität herauf, das Nationalsozialisten und andere Gruppierungen unmittelbar nach dem Krieg zur Grundlage ihrer Kritik machten.

In einem Rundschreiben an ihre Ortsgruppen vom 22. November 1917 veröffentlichte die Zionistische Vereinigung für Deutschland fast drei Wochen nach der Verkündung der Balfour-Deklaration eine offizielle deutsch-zionistische Stellungnahme zur Erklärung.⁶ Mehrere Leitartikel in der *Jüdischen Rundschau* widmeten sich demselben Thema, und die ZVfD versuchte, die Absichten der Deklaration zu hinterfragen. So stellte sie die Aufrichtigkeit von Großbritanniens Versprechungen an die Juden in Frage sowie die Motive der europäischen Entente während des

3 Ebd., S. 146f.

4 Ebd., S. 147.

5 Vgl. Moshe Zimmermann, *Die deutschen Juden 1914-1945*, München 1997, S. 6f.

6 Vgl. Reinharz, *Dokumente*, S. 200-202.

Krieges und ihre imperialistischen Ambitionen im Nahen Osten nach Kriegsende. Die ZVfD wies jedoch darauf hin, dass es unklug wäre, sich dem Ziel der Deklaration zu widersetzen, eine jüdische nationale Heimstätte in Palästina zu errichten. Sie befürchtete, dass ein offiziell und öffentlich formulierter Widerspruch die Beteiligung der deutschen Zionisten an einem solchen Unternehmen nach dem Krieg vereiteln und Deutschlands wirtschaftlichen Interessen in der Region abträglich sein könnte. Die deutsch-zionistische Führungsspitze versuchte deshalb, die Deklaration als ein Indiz dafür darzustellen, dass eine jüdische nationale Heimstätte Teil eines von allen Seiten verhandelten Friedensabkommens sein werde, wie immer sich auch der militärische Ausgang des Krieges gestaltete. Sie folgerte, dass sich die deutschen Zionisten durch die Balfour-Deklaration aufgefordert fühlen sollten, ihre eigene Regierung sowie deren Verbündete zu überzeugen, eine ähnliche Geste gegenüber der jüdischen Welt zu machen.

Die *Jüdische Rundschau* reagierte etwas enthusiastischer auf die Deklaration. Sie schlug vor, dass die deutschen Zionisten ihre Regierung dazu bringen sollten, eine ähnliche Erklärung abzugeben. Die Wochenzeitung war der Ansicht, dass mit der Balfour-Deklaration eine der wichtigsten Großmächte die über Jahre verfolgten zionistischen Bemühungen bestätigte und dadurch auch die Kritik an einer von vielen nichtzionistischen Juden vorgebrachten »doppelten Loyalität« widerlegte: »Von nun an hat auch kein Jude – und sei er der schärfste Gegner der zionistischen Bewegung – die Möglichkeit, einen Gegensatz zwischen dem Bekenntnis zum Zionismus und der staatsbürgerlichen Verpflichtung der Juden zu konstruieren.«⁷ Die *Jüdische Rundschau* verwendete zudem die Formulierung der Deklaration, dass »nichts getan werden sollte, das die Rechte und den politischen Status der in anderen Ländern lebenden Juden beeinträchtigen könnte«,⁸ was das Argument bestätigte, dass die zionistischen Prinzipien nicht notwendigerweise die schwer errungene staatsbürgerliche Gleichstellung von Juden in der Diaspora in Frage stellten.

Die Balfour-Deklaration hatte auch eine schwerwiegende politische Auswirkung auf die Regierung des deutschen Kaiserreichs und seine Beziehung zu der deutschen und internationalen zionistischen Bewegung. Sie veranlasste die deutsche Regierung dazu, eine »Gegenerklärung« abzugeben; ein aussichtsloser Versuch Berlins, in letzter Minute der spürbaren Verschiebung der jüdischen Sympathien entgegenzuwirken: In

7 *Jüdische Rundschau*, 23. November 1917.

8 Doreen Ingrams (Hg.), *Palestine Papers, 1917-1922: Seeds of Conflict*, London 1972, S. 18.

Osteuropa wandten sich Juden infolge der Deklaration zunehmend von den Mittelmächten ab und unterstützten nun die Entente.⁹ Zu einer Zeit, in der sich die Niederlage der Mittelmächte im Nahen Osten bereits abzeichnete, überzeugte die deutsche Regierung das Osmanische Reich, seinen Widerstand gegen eine großflächige jüdische Ansiedlung in Palästina aufzugeben, eine Art jüdische nationale Heimstätte zu errichten und sich den zionistischen Prinzipien und Zielen positiv gesinnt zu zeigen. Am 5. Januar 1918, zwei Monate nach der Balfour-Deklaration, gab das deutsche Außenministerium eine offizielle Erklärung vor fünf deutsch-jüdischen Vertretern ab. Darin bestätigte es, dass das deutsche Kaiserreich die jüngsten Stellungnahmen des Osmanischen Reiches voll unterstütze:

»Hinsichtlich der von der Judenheit, insbesondere von den Zionisten, verfolgten Bestrebungen in Palästina begrüßen wir die Erklärungen, die der Großwesir Talaat Pascha kürzlich abgegeben hat, insbesondere die Absicht der kaiserlich osmanischen Regierung, gemäß ihrer den Juden stets bewiesenen freundlichen Haltung, die aufblühende jüdische Siedlung in Palästina durch Gewährung von freier Einwanderung und Niederlassung in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes, von örtlicher Selbstverwaltung, entsprechend den Landesgesetzen, und von freier Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern.«¹⁰

Im Mai desselben Jahres versuchte die deutsche Regierung erneut, den angeblich durch die Balfour-Deklaration erzielten Propagandavorteil Großbritanniens zu mindern. Gemeinsam mit einigen deutschen Juden errichtete sie das Deutsche Komitee zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung. Dieses Komitee umfasste namhafte jüdische, in der Hauptsache jedoch nichtjüdische Deutsche in und außerhalb der Regierung,

9 Francis R. Nicosia, *Jewish Affairs and German Foreign Policy during the Weimar Republic: Moritz Sobernheim and the Referat für Jüdische Angelegenheiten*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 33 (1988), S. 262 f. Dort werden die Kontakte zwischen der deutschen Regierung und der zionistischen Bewegung des Landes sowie die Ereignisse, die am 5. Januar 1918 zur deutschen Erklärung führten, näher erläutert.

10 Reinharz, *Dokumente*, S. 212 f. Die fünf jüdischen Vertreter, d.h. Otto Warburg, Arthur Hantke, Franz Oppenheimer, Adolf Friedemann und Moritz Sobernheim, waren alle Zionisten oder Sympathisanten der zionistischen Bewegung.

die glaubten, dass Deutschland die zionistische Sache in Palästina aus strategischen Interessen fördern sollte.¹¹

Während des letzten Kriegsjahres gaben beide Seiten offizielle Stellungnahmen ab, dass sie die zionistischen Bestrebungen nach einer Art jüdischer nationaler Heimstätte in Palästina als Teil einer Kriegsabmachung unterstützten. Da die Briten jedoch am 9. Dezember 1917 Jerusalem besetzten, hatten sie die Oberherrschaft über ein Gebiet, das schließlich die jüdische nationale Heimstätte werden sollte. Die während des Krieges offiziell neutrale und über verschiedene europäische Hauptstädte verstreute Führungsspitze der zionistischen Bewegung konnte daher ihre volle Unterstützung für die Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina abgeben, ohne parteiisch zu wirken. In ihrem Kopenhagener Manifest vom 25. Oktober 1918, nur zweieinhalb Wochen vor dem Waffenstillstand, der den Ersten Weltkrieg beendete, verlieh die Zionistische Weltorganisation ihrer Hoffnung Ausdruck, dass Palästina zur nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes erklärt und die Gleichstellung als Staatsbürger sowie die nationale und kulturelle Autonomie jener jüdischen Minderheiten, die sich in anderen Ländern ansiedelten, garantiert werden würde.¹² Die deutschen Zionisten fühlten sich nach dem Kriegsende trotz ihrer Hoffnungen, die seit der Verkündung der Balfour-Deklaration im Jahre 1917 gestiegen waren, stark verunsichert. Dies resultierte u.a. auch daraus, dass den deutschen Zionisten bewusst wurde, dass in ihrer Beziehung zur internationalen zionistischen Bewegung und zur neuen deutschen Regierung viel auf dem Spiel stand.¹³

Deutscher Zionismus und die NS-Gefahr

Nur zwei Wochen nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 gab die ZVfD ihre Unterstützung für die folgenden Prinzipien des jüdischen Lebens in einem Nachkriegsdeutschland und Europa öffentlich bekannt: Sie forderte die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina, Garantien für die Durchsetzung voller

11 Vgl. Joseph Walk, Das Deutsche Komitee Pro-Palästina, 1926-1933, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 15 (1976), S. 162-193.

12 Richard Lichtheim, Rückkehr: Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus, Stuttgart 1970, S. 380 f.

13 Vgl. Jürgen Matthäus, Deutschtum and Judentum under Fire: The Impact of the First World War on the Strategies of the Centralverein and the Zionistische Vereinigung, in: Leo Baeck Institute Yearbook 33 (1988), S. 129-147.

Bürgerrechte für Juden in allen Ländern, eine nationale Autonomie für jüdische Gemeinden in Ländern mit einem großen jüdischen Bevölkerungsanteil (ausgenommen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland), die Aufhebung aller Sondermaßnahmen gegen Juden – einschließlich der Gesetze, die die jüdische Immigration nach Deutschland und eine Umgestaltung des jüdischen Lebens in Deutschland nach demokratischen und national-jüdischen Prinzipien verhinderten.¹⁴ Da die zionistische Bewegung ihrem Traum von einem unabhängigen jüdischen Staat mit der sich abzeichnenden Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstätte in Palästina einen Schritt nähergekommen war, erkannten die deutschen Zionisten wie viele Gesinnungsgenossen in anderen Ländern, dass die jüdische Emanzipation zwar nicht die Lösung für die »Judenfrage« bedeutete, aber eine wichtige Rolle für die Umsetzung der zionistischen Ziele spielte. Ohne die Unterstützung von Regierungen und Bedingungen, die die staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte sowie die Gleichstellung der Juden in Deutschland und anderen Ländern garantierten, würde es schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein, die notwendigen Leistungen in den jüdischen Gemeinden in der Diaspora sowie in Palästina zu erbringen. Gleich vier Tage nach dem Waffenstillstand und nach dem Ausbruch der Revolution in Deutschland unterstützte die *Jüdische Rundschau* die zionistische Forderung nach Demokratie und jüdischer Gleichstellung mit den Worten: »Die Demokratie und die Gerechtigkeit, in deren Zeichen das deutsche Volk in die neue Zeit eintritt, sind uns starke, unüberwindliche Helfer. Wir begrüßen die Revolution!«¹⁵ Die Teilnehmer des 15. ZVfD-Kongresses in Berlin vom 25. bis zum 27. Dezember 1918 hoben die beiden zionistischen Ziele hervor, d.h. eine jüdische nationale Heimstätte in Palästina zu gründen und die vollkommene Gleichstellung der Juden in Deutschland und anderen Ländern zu unterstützen.¹⁶

Vor 1914 hatte die zionistische Bewegung in Deutschland nicht mehr als ca. 9.000 Mitglieder gezählt. Nach den verheerenden Kriegsereignissen in Deutschland und der Aussicht auf die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina zählte die Bewegung 1920 an die 20.000 Mitglieder.¹⁷ Während der Weimarer Republik blieb jedoch die

14 Reinharz, Dokumente, S. 236.

15 Werner T. Angress, Juden im politischen Leben der Revolutionszeit, in: Werner E. Mosse (Hg.), Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923, Tübingen 1971, S. 146.

16 Reinharz, Dokumente, S. 245-254.

17 Ruth Gay, *The Jews of Germany: A Historical Portrait*, New Haven 1992, S. 209.

zionistische Bewegung in Deutschland eine Minderheit.¹⁸ Trotzdem unterhielt sie enge Beziehungen zu jeder Regierung der Weimarer Republik, was auch die Befürchtungen einiger Juden zerstreute, der Zionismus würde die antisemitische Behauptung bestätigen, Juden seien Fremde in Deutschland.

Die Unterstützung der deutschen Regierung für den Zionismus gründete sich wohl auf der Tatsache, dass sie der Bewegung eine bedeutende Rolle bei der Verfolgung der hauptsächlich wirtschaftlichen Ziele des Landes im Nahen Osten nach dem Krieg zusprach. Diese Einschätzung änderte sich bis zum Zerfall der Weimarer Republik im Jahre 1933 nicht. Im Mai 1920 erklärte der deutsche Außenminister Adolf Köster, dass das neue Deutschland »den Aufbau und die Entwicklung des jüdischen Palästinas mit warmer Sympathie verfolgen [werde].«¹⁹ Moritz Sobernheim war ein deutsch-jüdischer Diplomat im deutschen Außenministerium, der der zionistischen Sache gegenüber positiv eingestellt war. Nach einer offiziellen Reise nach Palästina im Jahr 1925 berichtete er, dass die deutsche Regierung das Britische Mandat und die jüdische nationale Heimstätte unterstützen und im Besonderen die Bemühungen der zionistischen Siedler in ihrem neuen Land befürworten werde.²⁰ Diese Einstellung wurde in einer Nachricht des im Außenministerium tätigen Staatssekretärs Bernhard von Bülow an das Deutsche Pro-Palästina Komitee am 16. Januar 1931 zusammengefasst. Jene Organisation war 1926 als Nachfolgeinstitution des Deutschen Komitees zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung begründet worden. Von Bülow bemerkte Folgendes:

»Die deutsche Regierung und das Auswärtige Amt haben ihre Sympathie für die Ziele und Bestrebungen Ihres Komitees wiederholt ausgesprochen. Insbesondere hat auch mein Amtsvorgänger schriftlich und mündlich mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß wir mit Ihnen das Aufbauwerk in Palästina als ein hervorragendes Mittel für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Orients, für die Ausbreitung deutscher Wirtschaftsbeziehungen und für die Versöhnung der Völker betrachten.«²¹

18 Vgl. Barkai, Wehr Dich!, S. 257.

19 PA: Nachlass Sobernheim, Allgemeines, Bd. 1, Mai 1920.

20 PA: 234903, Botschaft beim Heiligen Stuhl: 51, Bd. 2, »Bericht über meine Reise nach Palästina im März und April 1925«, zu III o 1269, undatiert.

21 PA: R78328, Pol. Abt. III, Politik 2a-Palästina, Bd. 2, AA/Berlin an das Pro-Palästina Komitee, III o 161, 16. Januar 1931. Mit dem im Dezember 1926 von namhaften nichtjüdischen und jüdischen Deutschen in und außerhalb der Re-

Schließlich bemerkte Johann Graf von Bernstorff, der erste Präsident des Pro-Palästina Komitees, in einem Brief an Georg Mecklenburg vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) am 3. Oktober 1927: »Die Förderung der jüdischen Palästinasiedlung ist ein vom Standpunkt der deutschen Außenpolitik zu begrüßendes Unternehmen.«²²

Nachdem Deutschland im Ersten Weltkrieg eine Niederlage erlitten hatte, London Berlin als Hauptsitz der Zionistischen Weltorganisation abgelöst hatte und Großbritannien mit der Balfour-Deklaration für die Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstätte in Palästina eingetreten war, war der vormals beträchtliche Einfluss der deutschen Zionisten in der internationalen zionistischen Bewegung gesunken. Die ZVfD erstarb aber in der deutsch-jüdischen Gemeinschaft und fand in der Weimarer Republik besonders viele junge Anhänger. Die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina gab dem jüdischen Nationalismus Auftrieb. Da der Antisemitismus in Deutschland in der Weimarer Zeit immer stärker um sich griff und öffentlich geduldet wurde, erlangte die nationale Idee immer größere Popularität. So stieg die Mitgliederzahl der ZVfD an, und es entstanden zionistische Organisationen für Jugend und Sport.²³ Auch die Auflagen der zionistischen Zeitungen wie z.B. der *Jüdischen Rundschau* erhöhten sich. Im Zusammenspiel mit einem immer virulenteren Antisemitismus führte die steigende Beliebtheit des Zionismus zu einem Aufflammen der althergebrachten Rivalität zwischen den Zionisten und den nach Assimilation strebenden Verbänden. Ihre Meinungsverschiedenheiten verschärfen sich, als sich im Laufe der Zeit aufgrund der sich für Juden verschlechternden Situation die

gierung gegründeten Deutschen Pro-Palästina Komitee unterstützte die Regierung die zionistische Sache in Deutschland. Diesem Komitee stand Johann Graf von Bernstorff als Erster vor. Er war während des Krieges Botschafter in den Vereinigten Staaten und im Osmanischen Reich gewesen. Bernstorff bestätigte oft, dass das Pro-Palästina Komitee von der deutschen Regierung unterstützt werde und dass sich die deutsche Nahostpolitik auf einer Befürwortung des Britischen Mandats und der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina begründe. Vgl. auch Johann-Heinrich Graf von Bernstorff, *Memoirs of Count Bernstorff*, New York 1936, S. 331-333.

22 PA: R78327, Pol. Abt. III, Politik 2a-Palästina, Bd. 1, Bernstorff an Mecklenburg, 3. Oktober 1927.

23 Vgl. Jacob Borut, »Verjudung des Judentums«: Was There a Zionist Subculture in Weimar Germany?, in: Michael Brenner/Derek J. Penslar (Hg.), *In Search of Jewish Community: Jewish Identities in Germany and Austria, 1918-1933*, Bloomington 1998, S. 92-114.

zionistische Prognose zu bestätigen schien und Zweifel an den Argumenten des CV aufkamen.²⁴ Dennoch wanderten von den 40.000 Juden, die Deutschland von 1920 bis Ende 1932 verließen, nur 3.000 nach Palästina aus, und auch die Mitgliedsstärke der ZVfD blieb weit hinter der des CV zurück.²⁵

Die ZVfD wurde zu einem erklärten Angriffsziel der Nationalsozialisten und der radikalen Rechtskonservativen. Dies lag darin begründet, dass die ZVfD die zionistischen Interessen mit den innen- und außenpolitischen Strategien der Weimarer Regierungen gleichschaltete, das Britische Mandat in Palästina unterstützte, in der Öffentlichkeit auf der Gleichstellung aller deutscher Juden als Staatsbürger bestand und Widerstand gegen die in der jüngsten Vergangenheit erfolgte Vertreibung von Juden aus Osteuropa leistete. Die Nationalsozialisten richteten ihre Angriffe natürlich gegen alle Juden und machten zwischen Zionisten und Nichtzionisten keinen Unterschied. Da sich aber die Zionisten der Unterstützung der Regierung sicher waren und auf ein gut organisiertes und funktionierendes nationales Unterfangen in Palästina hinweisen konnten, blieb der Fokus ihrer politischen Ziele während der zwanziger Jahre größtenteils derselbe wie vor dem Krieg: die Politik innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und die Situation vor Ort in Palästina. Angesichts des sich verschärfenden Antisemitismus in Deutschland stießen die deutschen Zionisten mit der nach Assimilation strebenden Mehrheit zusammen. Außerdem mussten sie interne Konflikte über das ständig diskutierte Thema der jüdischen Abwehr gegen den Antisemitismus austragen.

Die deutschen Zionisten betrachteten eine aktive jüdische Abwehr gegen den Antisemitismus als Nebensache, da diese ein sinnloser Versuch der nach Assimilation strebenden Juden war, die das eigentliche Wesen des Antisemitismus und seine Beziehung zur »Judenfrage« nicht erkannt hatten.²⁶ Ein Jahrhundert nach der jüdischen Emanzipation hatte der

24 Barkai, *Wehr Dich!*, S. 257. Vgl. auch ders., *Between Deutschtum and Judentum: Ideological Controversies within the Centralverein*, in: Brenner/Penslar (Hg.), *Search*, S. 74 f., 84-86.

25 Zimmermann, *Die deutschen Juden*, S. 32-35. Vgl. auch Richard Lichtheim, *Geschichte des deutschen Zionismus*, Jerusalem 1954, S. 234 f.

26 Die beste Zusammenfassung der jüdischen Abwehrarbeit gegen den Antisemitismus während der Weimarer Republik findet sich in Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1969. Die jüdische Abwehrarbeit sollte nicht mit Widerstand verwechselt werden. Erstere fand nach Definition der Zionisten und Nichtzionisten in Deutschland vor dem Jahr 1933 in einer

Zionismus mehr auf die ideologische Grundlage des modernen Antisemitismus reagiert als auf seine politischen Auswüchse.²⁷ Die politische Situation in Deutschland unterschied sich natürlich dabei grundlegend von jener vor dem Krieg. Dadurch waren die deutschen Zionisten – wenn auch widerwillig – gezwungen, sich mit dem ideologisch problematischen Thema der jüdischen Abwehr gegen den Antisemitismus auseinanderzusetzen. Der erstarkende politische Antisemitismus, der von der Peripherie des politischen Geschehens vor 1914 nach 1918 in das Zentrum gerückt und von einer politischen Randerscheinung zu einem zentralen Thema geworden war, machte die traditionelle Konzentration des Zionismus auf die jüdische Kommunal- anstatt Nationalpolitik in Deutschland sowie auf Palästina sehr problematisch. Dadurch kam es zu unsicheren und oft widersprüchlichen Aussagen und Strategien, was die Beziehung des Zionismus mit einem sich verschärfenden, immer gewalttätigeren und in der Öffentlichkeit geduldeten Antisemitismus in der politisch turbulenten Weimarer Republik betraf.

Die zionistische Reaktion auf den Antisemitismus vor 1914 hatte darauf abgezielt, die Vorstellung von jüdischer Eigenheit zu bestärken anstatt zu verleugnen, die jüdische Assimilation als sinnlos und erniedrigend abzulehnen und darauf zu verweisen, dass die Antisemiten die zionistische Lösung für die »Judenfrage« eines Tages auch akzeptieren würden. All das bedeutete natürlich, dass die jüdische Abwehr gegen den Antisemitismus letzten Endes sinnlos war. Im letzten Kriegsjahr hatte sich die politische Landschaft jedoch grundlegend zu ändern begonnen. Nach dem vollkommenen Zusammenbruch der politischen Ordnung beschuldigten die Antisemiten die Juden, für Deutschlands Niederlage verantwortlich zu sein. Dadurch wurde eine praktische Selbstverteidigung gegen den immer wieder aufflackernden Antisemitismus notwendig.²⁸ Diese Art von Propaganda nahm gleich nach dem Krieg stark zu.

durch relative politische Freiheit gekennzeichneten Situation statt. Während des Kaiserreichs und der Weimarer Zeit erlaubte die deutsche Verfassung den Juden in Deutschland, sich gegen Angriffe auf ihre Bürgerrechte und wirtschaftliche Existenz zu wehren. Unter den Nationalsozialisten wurde dieses Recht abgeschafft. Obwohl mit dieser Abwehrarbeit vor 1933 konzeptuell verbunden, müssen alle jüdischen Aktivitäten unter der NS-Willkür als Widerstand bezeichnet werden.

27 Vgl. Ben Halpern, *Reactions to Antisemitism in Modern Jewish History*, in: Jehuda Reinharz (Hg.), *Living with Antisemitism: Modern Jewish Responses*, Hanover 1987, S. 3-18.

28 Jehuda Reinharz, *The Zionist Response to Antisemitism in Germany*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 30 (1985), S. 109.

Alfred Rosenberg und andere beschuldigten die Zionisten unter Bezug auf die *Protokolle der Weisen von Zion*, sich mit Deutschlands Kriegsfeinden verschworen zu haben, um die Balfour-Deklaration und eine jüdische nationale Heimstätte in Palästina durchzusetzen und Deutschland eine Niederlage zuzufügen. Aufgrund dieser Tatsache unterstützte die zionistische Bewegung in der Weimarer Republik zeitweise die jüdische Abwehrarbeit. Sie tat das sowohl unabhängig von als auch in Zusammenarbeit mit nichtzionistischen Organisationen, für die der Bedarf nach einer Abwehrarbeit immer vorhanden war. Die jüdische Abwehrarbeit blieb zwischen Zionisten und nichtzionistischen Organisationen während der gesamten Weimarer Zeit ein strittiges Thema. Dass einige Zionisten an Selbstverteidigungsaktionen gegen die Nationalsozialisten teilnahmen, deutet darauf hin, wie sehr sich die politische Situation nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland verändert hatte. Selbst innerhalb der zionistischen Bewegung teilten sich die Meinungen darüber.

Die Zionisten konnten die steigende Intensität der antisemitischen Propaganda und Gewalt in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg nicht ignorieren. Gewaltausbrüche gegen Juden, wie z.B. die Ermordung des Außenministers Walter Rathenau im Jahr 1922 oder die Plünderung und Zerstörung jüdischen Besitzes, erzeugten Furcht und Unsicherheit unter Zionisten und Nichtzionisten. Die *Jüdische Rundschau* veröffentlichte besonders nach Rathenaus Ermordung viele Artikel über die anschwellende antisemitische Aggression. Widersprüchliche Aussagen vermeldete die Wochenzeitung jedoch zur Emigration nach Palästina als einzigem Hilfsmittel gegen den Antisemitismus, zur Unterstützung jener politischen Parteien, die jüdisches Leben, Rechte und Eigentum in Deutschland verteidigen würden, sowie zur Ablehnung der jüdischen Abwehr in Zusammenarbeit mit dem CV.²⁹ Als sich die Situation immer weiter verschlechterte, ging die *Jüdische Rundschau* sogar einen Schritt weiter und rief 1923 alle Juden dazu auf, sich gegen körperliche Gewalt zu verteidigen, wobei dies als gemeinsame Anstrengung zionistischer und nichtzionistischer Organisationen durchgeführt werden sollte. Der Leitartikel *Die Schicksalsstunde des deutschen Judentums* vom 9. November 1923 verkündete, dass »[d]ie Einheitsfront aller Juden in Deutschland [...] das Gebot dieser Stunde [sei]«, und verwies gleichzeitig darauf, dass Emanzipation und Assimilation in den Bankrott geführt hätten und der

29 Vgl. z.B. *Jüdische Rundschau*, 10. Oktober 1922, 13. Oktober 1922 und 29. Mai 1923.

Zionismus das einzige Hilfsmittel gegen den Antisemitismus sei.³⁰ Dieses Thema wurde auch bei den Delegiertentagen der ZVfD aufgegriffen. Obwohl der 19. Delegiertentag in Dresden 1923 z.B. das Thema »Kampf gegen den Antisemitismus« diskutierte – zu einer Zeit, in der es zu einigen der gewalttätigsten antisemitischen Ausbrüchen gekommen war –, konnte sich die ZVfD trotz langer Beratungen auf keine einheitlichen politischen Maßnahmen einigen.

Die *Jüdische Rundschau* kritisierte allgemein eine aktive und aggressive Abwehrarbeit und betrachtete Selbstverteidigungspläne weiterhin als fehlgeleitete Versuche der jüdischen Bevölkerungsgruppe, die nach Assimilation strebte. Gleichzeitig gingen die Kongresse niemals so weit, dass sie eine Mobilisierung aller zionistischen Kräfte forderten. Dennoch versuchte die zionistische Führungsspitze in Berlin, wo ca. ein Drittel der gesamten jüdischen Bevölkerung lebte, die deutschen Juden weiterhin von der Assimilation abzubringen, sie für die zionistische Idee und die Auswanderung in eine jüdische nationale Heimstätte in Palästina zu gewinnen. Ein Großteil der Basis, besonders jene Juden, die außerhalb von Berlin wohnten und sich vielleicht daher isolierter und verwundbarer fühlten, zeigte sich über die Intensität und die öffentliche Duldung des Antisemitismus speziell nach 1929 sehr besorgt. Sie arbeiteten oft mit Mitgliedern von nichtzionistischen Organisationen bei einer Reihe von Abwehraktionen zusammen, besonders zu Wahlzeiten.³¹ So stellte sich die Jüdische Volkspartei (JVP), eine in Berlin ansässige Partei, die hauptsächlich aus Zionisten und orthodoxen Juden bestand, gegen die ultralinken und nach Assimilation strebenden Tendenzen der meisten deutschen Juden. Sie kritisierte überdies die zionistische Distanziertheit von der deutschen Politik und ihre Konzentration auf Palästina. Sie förderte den Zionismus, die jüdische Kultur und die offizielle politische Autonomie der Juden in Deutschland und unterstützte die vom CV und anderen jüdischen Organisationen betriebenen Abwehrbemühungen.³²

In der kurzen Periode von 1922 bis 1923 widmete sich die zionistische Bewegung, bedingt durch die in dieser Zeit stattfindenden antisemitischen Auswüchse, widerwillig dem Thema der Abwehrarbeit. So war diese Zeit auch geprägt von der ZVfD-Präsidentschaft von Alfred Landsberg, der im Gegensatz zu Felix Rosenblüth vor ihm (1920 bis 1923)

30 Reinharz, *Zionist Response*, S. 113. Vgl. auch *Jüdische Rundschau*, 23. Oktober 1923.

31 Vgl. Reinharz, *Zionist Response*, S. 110, 117-118, 122-123.

32 Zimmermann, *Die deutschen Juden*, S. 29 f.; Reinharz, *Zionist Response*, S. 118 f.

und Kurt Blumenfeld nach ihm (1924 bis 1933) ein gewisses Maß an jüdischer Abwehr organisierte. Dies sollte vor allem durch die aktive und öffentliche Unterstützung von Parteien, die sich bei Kommunal- und Nationalwahlen gegen die radikale Rechte stellten, erreicht werden. Er und andere betrachteten dies als Politik, die die zionistischen Prinzipien nicht kompromittierte. Im Gegensatz zu Landsberg versuchte Blumenfeld der vor dem Krieg angewendeten Taktik zu folgen, die jüdische Abwehrarbeit zu vermeiden. Er hatte dabei nicht immer Erfolg, hielt sich jedoch aus der deutschen Politik heraus und konzentrierte sich in der Hauptsache auf Palästina.

Allgemein betrachtet, gibt es keinen klar abgesteckten Zeitrahmen, in dem die jüdische Abwehrarbeit eindeutig als ein offizielles zionistisches Ziel definiert wurde. Stattdessen fassten die Zionisten die Abwehr von Zeit zu Zeit mit Widerwillen ins Auge, um auf Ereignisse zu reagieren, die nach und nach eine negative psychologische und manchmal auch körperliche Auswirkung auf alle Juden in der Weimarer Republik hatten. Wenn es offiziell für notwendig erachtet wurde, unterstützte die ZVfD im Allgemeinen politische Parteien, die sich der radikalen Rechten widersetzen oder gab Stellungnahmen in zionistischen Veröffentlichungen oder bei Delegiertentagen ab, die die Bürgerrechte der Juden in Deutschland und die Ehre und Würde der jüdischen Bürger verteidigten.

Jehuda Reinharz stellte fest, dass die deutschen Zionisten ihre kulturelle und nationale Eigenart als deutsche Juden behaupteten und sich auf Palästina anstatt auf nationale politische Angelegenheiten konzentrierten. Gleichzeitig lehnten sie einen im Kontext der Bürgerrechte definierten Status als nationale Minderheit ab.³³ Dieser Umstand zeigt damit auch jene Problematik auf, ein Jude in Deutschland zu einer Zeit zu sein, in der die ethnozentrische Definition von nationaler Identität sowohl für deutsche wie auch jüdisch-nationalistische Ideologien verwendet wurde. Die Zionisten versuchten, die Rechte der Juden als Staatsbürger auf temporärer Basis bis zum Abschluss des Emigrationsprozesses beizubehalten. Gleichzeitig wollten sie Juden aber auch durch Umerziehung und Emigration aus dem deutschen Volk ausgliedern. Dieser Ansatz war mit der auf der Rassenlehre beruhenden Ideologie der Nationalsozialisten und den in ihrem Parteiprogramm aus dem Jahr 1920 verankerten Prinzipien natürlich unvereinbar. Da die Zionisten deutsche Juden als nationale Minderheit betrachteten, die Notwendigkeit eines solchen rechtlichen Status jedoch ablehnten, blieben sie im Gegensatz zum CV und anderen nach Assimilation strebenden Organisationen zu einem angemessenen,

33 Vgl. Reinharz, *Zionist Response*, S. 114 f.

jedoch temporären politischen Status für Juden in Deutschland indifferent, da sie sich auf die Auswanderung nach Palästina vorbereiteten. Diese Widersprüche führten zu einem Widerwillen, sich an aktiver jüdischer Abwehr gegen den Antisemitismus und daher am politischen Leben in Deutschland zu beteiligen. Die Zionisten gaben sich damit zufrieden, von Zeit zu Zeit die Erhaltung der in der Weimarer Verfassung verankerten Bürgerrechte zu fordern. Sie fühlten sich jedoch gehemmt, eine konsequente, aktive Abwehrarbeit zu formulieren.

Die Frage der Abwehrarbeit war nach 1924 weniger aktuell, weil Kurt Blumenfeld nach 1924 die Präsidentschaft der ZVfD übernahm, aber auch weil durch Deutschlands wirtschaftlichen Aufschwung und die Wiederherstellung der politischen Stabilität antijüdische Ausbrüche und Gewalt nachließen. Diese Faktoren ließen sie weniger dringlich erscheinen. Dennoch kam es z.T. zu Forderungen nach Aktionen, die man als Abwehrarbeit bezeichnen könnte. Schließlich gab es in der Weimarer Republik relativ wenige Juden in höheren Regierungskreisen auf nationaler und kommunaler Ebene, die entscheidende Aktionen gegen den politischen Antisemitismus hätten ergreifen können. Am wenigsten konnten dies zionistische Beamte leisten, da ihnen die ZVfD untersagt hatte, sich um eine hohe politische Stellung zu bewerben.³⁴ Diese politischen Gegebenheiten machten weiterhin Aktionen notwendig, wie z.B. die öffentliche Verurteilung von Theodor Fritschs Epilog der *Protokolle der Weisen von Zion* (1924) durch die ZVfD. Darin lastete Fritsch die jüdische Weltverschwörung der gegenwärtigen zionistischen Bewegung an.³⁵ Als die ZVfD auf die Wahlen zum Preußischen Staatsverband der jüdischen Gemeinden zu sprechen kam, erklärte sie 1925, dass die Organisation besondere Aufgaben zu erfüllen habe, darunter die Bürgerrechte zu schützen und sich gegen die antisemitischen Angriffe zur Wehr zu setzen.³⁶

Nach 1929, als sich die wirtschaftliche und politische Situation in Deutschland verschlechterte und sich antisemitische Rhetorik und Aktivitäten verschärften, kam das Thema der jüdischen Abwehr gegen den Antisemitismus innerhalb der deutsch-zionistischen Organisation erneut zur Sprache. Die hauptsächlich in kleineren Städten und Ortschaften ansässige zionistische Basis drängte die Führungsspitze dazu, stärker an der jüdischen Abwehrarbeit teilzunehmen. Ein Beschluss des Landesvorstands der ZVfD vom 18. Mai 1930 forderte, die »Bekämpfung des Anti-

34 Vgl. H. G. Adler, *Die Juden in Deutschland*, S. 130; Kurt Blumenfeld, *Erlebte Judenfrage: Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus*, Stuttgart 1962, S. 173.

35 *Jüdische Rundschau*, 23. Mai 1923.

36 Reinharz, *Zionist Response*, S. 121.

semitismus und Wirtschaftsnot der Juden [weiter zu betreiben][...] und die in der vorigen Sitzung eingesetzte Studienkommission zu einer ständigen Kommission unter Hinzuwahl von Mitgliedern zu erweitern.«³⁷ Auf der Grundlage der traditionellen Argumente gegen die Abwehrarbeit, die Robert Weltsch, Chefredakteur der *Jüdischen Rundschau*, und andere vorgebracht hatten, enthielt der Beschluss Formulierungen, die die Forderung etwas einschränkten. So setzte er fest, dass die zionistische Abwehrarbeit nur angewendet werden dürfe, wenn zionistische Interessen angegriffen würden und eine durchgreifende jüdische Abwehrarbeit gegen den Antisemitismus nur von einer unparteiischen gesamtjüdischen Stelle vonnöten sei. Solch eine Organisation gab es zu jener Zeit jedoch nicht. Die Zionisten erkannten den CV nicht als rechtmäßigen Partner in der jüdischen Abwehrarbeit an, da er sich den zionistischen Grundsätzen widersetzte, und forderte stattdessen, dass der Leitgedanke für die jüdische Abwehrarbeit von Vertretern einer neutralen jüdischen Organisation entwickelt werden sollte, soweit dies möglich wäre. Eine Zusammenarbeit zwischen der ZVfD, dem CV und dem nichtzionistischen Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) kam ein paar Monate vor den deutschen Wahlen vom 14. September 1930 zustande. Das Bemühen war jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Die Nationalsozialisten zogen bei dieser Wahl als zweitstärkste Partei mit 107 Abgeordneten in den Reichstag ein.

Der Wahlerfolg der Nationalsozialisten im September 1930 rief Furcht und Verwirrung unter Nichtzionisten und Zionisten hervor. Erneut wurde Druck auf die zionistische Führungsspitze ausgeübt, dass sie etwas gegen die wachsende Gefahr vonseiten der radikalen Rechtskonservativen unternehmen sollte, um die Juden zu verteidigen. Wie in der Vergangenheit kam es zu einem Zusammenstoß aufgrund ideologischer Widersprüche, d.h. ob man jüdische Einzelpersonen in Deutschland verteidigen oder das zionistische Ideal der Abwehrarbeit eines jüdischen Gesamtvolkes basierend auf Nationalstolz und Identität und die Auswanderung nach Palästina verfechten sollte. Bei einer Zusammenkunft des ZVfD-Vorstandes am 12. Oktober 1930, zwei Wochen nach dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten, hielt Kurt Blumenfeld eine lange Rede, in der er die Wahlen als Beweis für das Unvermögen des CV bezeichnete, die jüdische Abwehrarbeit zu organisieren. Blumenfeld hob dabei hervor, der zionistische Ansatz, der Gefahr des Antisemitismus zu begegnen, sei richtig:

»Wir wissen bekanntlich, daß unsere Bekämpfung des Antisemitismus im wesentlichen darin liegt, daß wir die durch die judenfeindliche

37 *Jüdische Rundschau*, 20. Mai 1930, zitiert in ebd., S. 126.

Bewegung uns drohenden Gefahren durch jüdische Entwicklung, durch Organisierung und Gewinnung der Judenheit für jüdische Ziele überwinden. Uns war die innere Sicherheit wichtig, die den Juden in früheren Zeiten ihrer Geschichte die Kraft gab, sich als Juden zu behaupten.«³⁸

Er forderte zudem, dass die Zionisten niemals ihr Hauptaugenmerk von Palästina abwenden sollten, wenngleich Juden ihre Rechte verteidigen und sich dem wirtschaftlichen Antisemitismus widersetzen sollten. Er versprach, dass die Konzentration auf Palästina im zionistischen Werk nicht die Bedeutung der jüdischen Abwehrarbeit in einer gefährlichen Zeit mindern würde und mahnte, der Abwehrarbeit den richtigen Platz im Kontext der zionistischen Bestrebungen zuzuweisen: »Es darf nicht zugelassen werden, daß die Palästina-Arbeit zur Nebenaufgabe wird, während sie in Wahrheit die treibende Kraft für alles ist.«³⁹

Kurz vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten betrachteten Blumenfeld und die zionistische Führungsspitze die jüdische Abwehrarbeit gegen den Antisemitismus für die Zwecke des zionistischen Projekts als Nebenaufgabe. Niemals sollte sie zum Selbstzweck werden, wie es für den CV und andere nach Assimilation strebende Organisationen der Fall war. Das Chaos und die Gewalt in der Weimarer Republik zwangen die ZVfD aber dazu, sich einer neuen Realität zu stellen, mit der sie vor 1914 noch nicht konfrontiert gewesen war: Die Verwirklichung zionistischer Ziele setzte voraus, dass Juden Bürgerrechte besaßen. Nun wurden diese zunehmend ausgehöhlt. Wenn aber eine wirksame und erfolgreiche Abwehr gegen diesen Prozess der Entrechtung zum Selbstzweck würde, wäre dadurch die zentrale Bedeutung von Palästina und der jüdischen nationalen Identität – und somit auch der Zionismus – in Frage gestellt.

Blumenfelds Standpunkt zur jüdischen Abwehrarbeit floss auch in eine Stellungnahme ein, die der Vorstand der ZVfD am 12. Oktober 1930 abgab. Dabei ist nicht klar, ob die Stellungnahme als offizieller Beschluss hatte dienen sollen oder nur eine Richtlinie war. Sie schien eine Reaktion auf die Forderung der zionistischen Bewegung nach einer Abwehrarbeit im Zuge der jüngsten Reichstagswahlen gewesen zu sein und versuchte, einen ideologischen Rahmen für zukünftige Verteidigungsmaßnahmen zu geben. Angesichts des Kampfes gegen den Antisemitismus und der Auswirkungen der Wirtschaftskrise mahnte die Stellungnahme, die Zio-

38 Siehe Blumenfelds Rede, in: Reinharz, Dokumente, S. 498-505.

39 Ebd., S. 504.

nisten müssten sich mit diesen Umständen beschäftigen und empfahl die Schaffung einer ständigen Kommission für diese Themen innerhalb der ZVfD. Außerdem sollte die ZVfD sie in Sitzungen und in der Presse von einem ideologischen Standpunkt aus öffentlich präsentieren. Die ZVfD könne sich laut der Stellungnahme nur aktiv in die Abwehrarbeit oder in wirtschaftlichen Notfällen einschalten, wenn eine solche Teilnahme den jüdischen Standpunkt widerspiegle. Zwar erkannte die Verlautbarung die führende Rolle an, die der CV in Sachen jüdische Abwehrarbeit gegen den Antisemitismus gespielt hatte und noch weiter spielen würde, doch schloss sie zum gegebenen Zeitpunkt aus, dass die deutschen Zionisten mit dem CV wegen der offensichtlichen ideologischen Differenzen in der Bekämpfung des Antisemitismus zusammenarbeiten würden. Dennoch deutete die Stellungnahme auf die Möglichkeit hin, dass der CV unter bestimmten Bedingungen eine führende Rolle in vereinten Abwehrbemühungen übernehmen könnte: »[die] Technik [des CV], sein Apparat müssen zur Verfügung stehen, während der Geist, in dem die Abwehrarbeit zu leisten ist, möglichst weitgehend von einer neutralen gesamtjüdischen Stelle zu bestimmen ist.«⁴⁰

Die Vorstellung einer jüdischen Abwehr gegen den Antisemitismus war auf theoretischer Ebene zwischen Zionisten und Nichtzionisten vor 1914 umstritten und wurde in der Weimarer Republik auf praktischer Ebene sogar unter Zionisten ein heikles Thema. Offensichtlich akzeptierte die zionistische Führungsspitze in Deutschland die Vorstellung der Zusammenarbeit während der Weimarer Jahre niemals ganz und nur mit großem Unbehagen, denn sie konnte die Idee mit ihrer ideologischen Stellung bezüglich des Antisemitismus einfach nicht vereinbaren. Die ZVfD erkannte in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg allerdings die unmittelbare, physische Gefahr des Antisemitismus an, die vor 1914 noch keine bedeutende Gefahr dargestellt hatte. Die Organisation sah auch, dass ein unabhängiger jüdischer Staat in Palästina, obwohl die Idee einer nationalen Heimstätte für Juden anerkannt worden war, in naher Zukunft nicht entstehen würde und Juden weiterhin in Deutschland oder einem anderen Land leben müssten. Sie seien daher von der Beibehaltung der Emanzipation abhängig, die der Zionismus als Lösung für die »Judenfrage« ablehnte. Die zionistische Führungsspitze, allen voran Kurt Blumenfeld, konnte niemals ihre Furcht überwinden, dass eine aktive Beteiligung an der jüdischen Abwehrarbeit ihre zionistische Überzeugung schwächen und letzten Endes die Assimilation des deutschen Judentums vorantreiben könnte.

40 Ebd., S. 505f.

Was wie eine ambivalente zionistische Politik während der Weimarer Jahre erscheint, besonders was die jüdische Abwehrarbeit betrifft, war zum Teil die Folge der ideologischen Beziehung zwischen Zionismus und Antisemitismus. Zionisten glaubten daran, dem Antisemitismus am besten begegnen zu können, indem sie eine Herauslösung der Juden aus der deutschen Gesellschaft forderten und ihre Energien und Ressourcen für eine Umerziehung der deutschen Juden und die Vorbereitung auf die Emigration und Umsiedlung nach Palästina aufwendeten. Als Kurt Blumenfeld 1929 seine Gedanken über die am Delegiertentag in Jena gefassten wichtigen Entscheidungen der ZVfD über die jüdische Abwehrarbeit schriftlich festhielt, beschrieb er diesen Ansatz als einen Sieg der Palästina-zentrierten Politik über die der jüdischen Abwehrarbeit: »Jetzt war der Weg frei für eine Konzentration der materiellen und politischen Kräfte der ZVfD im Hinblick auf Hachschara und eine Propaganda, die entscheidend von dem palästinozentrischen Gesichtspunkt geleitet wurde. Wir erwarteten nichts mehr von der formalen Gleichberechtigung der Juden in Deutschland.«⁴¹ Wie sollte die jüdische Abwehrarbeit angesichts der virulenten antisemitischen Attacken gegen die »Gleichberechtigung« in einer Zeit aussehen, in der sich die Situation für alle Juden in Deutschland geändert hatte?

Obwohl die zionistische Basis 1930 und 1931 einen gewissen Grad an Abwehrarbeit befürwortet hatte, sah sich die Führungsspitze der ZVfD während der Krise des Jahres 1932 veranlasst, zu einem rein zionistischen Ansatz zurückzukehren. Dies geschah zu einer Zeit, als deutsche Juden wirtschaftlich sehr in Bedrängnis gerieten. Im Januar, ungefähr ein Jahr vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler und ca. sieben Monate vor den im Juli stattfindenden Wahlen, aus denen die NSDAP als stärkste Partei hervorging, gab Kurt Blumenfeld seine Einschätzung der politischen Situation in Deutschland gegenüber Chaim Weizmann, dem Präsidenten der Jewish Agency for Palestine in London, bekannt.⁴² Blumenfeld erklärte, dass eine »Machtergreifung« Hitlers sehr unwahrscheinlich sei. Wie viele Deutsche zu jener Zeit, sowohl Juden als auch Nichtjuden, ging er davon aus, Präsident von Hindenburg werde dies auf keinen Fall erlauben. Er gab jedoch auch zu, dass letzten Endes niemand wisse, was passieren werde und dass Hitler durch einen Putsch an die Macht gelangen könne. In seinem Brief konzentrierte er sich darum auf

41 Blumenfeld, *Erlebte Judenfrage*, S. 189 f.

42 CZA: A222/24, Kurt Blumenfeld, Berlin, an Chaim Weizmann, London, 5. Januar 1932. Dieser Brief wird in Kurt Blumenfeld, *Im Kampf um den Zionismus: Briefe aus fünf Jahrzehnten*, Stuttgart 1976, S. 114-118, wiedergegeben.

den Fortschritt der zionistischen Bewegung in Deutschland angesichts des ständigen Widerstands von größeren, nach Assimilation strebenden jüdischen Organisationen, Kommunisten und selbst seitens einiger Zionisten, deren Begeisterung für Palästina Blumenfeld zufolge zugunsten der Diaspora geschwunden war. Blumenfeld hoffte vielleicht, dass die jüdische Abwehr gegen den Antisemitismus nach der vom CV und der nach Assimilation strebenden Mehrheit formulierten Prinzipien nicht funktioniere und die zionistische Betonung der jüdischen Umerziehung und Vorbereitung auf Palästina die Lösung darstelle. In einem Brief vom 15. Juni 1932 an den in London lebenden Chaim Weizmann stellte er fest, dass die deutschen Juden innerhalb kürzester Zeit mit einer neuen Situation konfrontiert wären, ohne sich bewusst zu sein, welche grundlegenden Änderungen diese mit sich bringen würde. Dennoch war er optimistisch, dass die sich in Deutschland verschärfende Krise viele deutsche Juden zu einer Hinwendung zum Zionismus bewegen könnte.⁴³

Am 12. August 1932 veröffentlichte die *Jüdische Rundschau* während der wirtschaftlichen und politischen Krise einen Leitartikel mit dem Titel *Hitler Reichskanzler*.⁴⁴ Dieser Artikel vermischte illusorische Vorstellungen mit Fakten und begründete, dass eine Hitler-Regierung zwar möglich sei, dass solch ein Regime jedoch nicht notwendigerweise alle antijüdischen Grundsätze des nationalsozialistischen Parteiprogramms gesetzlich verankern würde. Der Autor warnte davor, dass das deutsche Judentum mit einer neuen, schwierigen Epoche konfrontiert sei, und wies darauf hin, dass Hitlers Ernennung zum Reichskanzler einen kompletten Zusammenbruch des »Assimilationsgedankens« des deutschen Judentums bedeuten würde und »sie sich auf eine neue Wirklichkeit umstellen [müssten].« Der Artikel schloss mit der Bemerkung, dass es in der dunklen Zeit nach den Reichstagswahlen im Jahre 1932 für Juden immer schwieriger werden würde, sich optimistisch über die jüdische Abwehrarbeit gegen den Nationalsozialismus zu zeigen und dass die zionistische Führungsspitze die Richtigkeit der zionistischen Vorgehensweise gegen den Antisemitismus herausstreichen müsse.

Hier und in anderen Verlautbarungen über die sich verschärfende Krise in Deutschland und ihre Auswirkungen auf die Juden im Jahre 1932 prangerte die deutsch-zionistische Bewegung keine spezifischen antijüdischen Aktionen der Nationalsozialisten oder einer von den Nationalsozialisten geführten Koalitionsregierung an. Auf organisatorischer Ebene beteiligte sie sich nicht an Abwehrmaßnahmen, um dem Sieg der

43 Ebd., S. 122.

44 Reinharz, Dokumente, S. 528-530.

Nationalsozialisten Einhalt zu bieten, der auch nach bedeutenden Abwehrbemühungen des CV und anderer jüdischer Organisationen nicht weniger bedrohlich schien. Die ZVfD betonte unter Blumenfeld weiterhin die Richtigkeit der zionistischen Grundaussage, das Unvermögen der meisten Juden, dem Ruf zu folgen und die einzigartige Bedeutung des Zionismus für die Juden bei einer bevorstehenden Umwälzung. Als Blumenfeld dreißig Jahre später auf diese bedeutende Zeit zurückblickte, schrieb er, dass die Zionisten als einzige die Sinnlosigkeit der Abwehrarbeit und die Zentralität der spirituellen und materiellen Vorbereitungen auf die Emigration aus Deutschland erkannt hätten. Blumenfeld notierte, als er über seine eigenen Gefühle und die Äußerungen anderer Mitglieder der ZVfD-Führungsspitze in der Weimarer Republik nachdachte: »Unbeweisbar fühlte ich im tiefsten Herzen, daß der Lüge im jüdischen Leben in Deutschland ein Ende gemacht werden musste.«⁴⁵

Als der 24. ZVfD-Kongress in Frankfurt vom 11. bis zum 12. September 1932, weniger als fünf Monate vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, zusammentrat, war die zionistische Führungsspitze zu dem Schluss gekommen, dass die Abwehrmaßnahmen des CV und anderer Organisationen wenig bis gar keinen Sinn ergäben. In einer Rede vor dem Delegiertentag mit dem Titel »Die zionistische Aufgabe im heutigen Deutschland«⁴⁶ erklärte Blumenfeld, dass der Zionismus einen wesentlichen Beitrag zur Stellung der Juden in Deutschland geleistet habe, da er mit vollkommener Offenheit und unbelastet von früheren Verflechtungen in politische Konstellationen an diese Frage herangetreten sei. Bei einer Beschreibung der zionistischen Interpretation der Grundlage des jüdischen Lebens im deutschen Staat strich Blumenfeld heraus, dass sich der zionistische Ansatz diametral von jenem des CV unterschied. Er hob dabei die philosophische Kluft zwischen den beiden Bewegungen in Bezug auf die jüdische Abwehrarbeit hervor: »Wir gehen davon aus, daß wir unsere Stellung im Staat nicht durch Verschleierung oder Verbergung unseres Judentums erkämpfen sollen, sondern gerade durch seine stolze Bejahung und offene Betätigung.«⁴⁷ Blumenfelds Ansicht nach war die einzige realistische und letzten Endes erfolgreiche Art der jüdischen Abwehrarbeit eine klare und offene Befürwortung der jüdischen Identität und Eigenheit sowie ihrer Institutionen in Deutschland als Vorstufe für eine Emigration.

45 Blumenfeld, *Erlebte Judenfrage*, S. 186.

46 Blumenfelds Rede wurde in der *Jüdischen Rundschau* am 16. September 1932 abgedruckt. Siehe dazu Reinharz, *Dokumente*, S. 536-542.

47 Ebd., S. 536.

In einer klaren und deutlichen Stellungnahme, die das viel weiter gefasste zionistische Konzept der jüdischen Abwehrarbeit widerspiegelt, bezeichnete Blumenfeld die politische Linke in Deutschland als eine unmittelbare Gefahr, besonders was die jüdische Jugend betraf: »Wir haben es als eine unserer Hauptaufgaben betrachtet, die jüdische Jugend zionistisch zu machen. Unser Gegner ist heute nicht mehr die alte Form der Assimilation, sondern eine neue Form, die vor allem im Kleid des Kommunismus uns entgegentreit.«⁴⁸ Blumenfeld stellte damit den Assimilationsprozess der vergangenen hundert Jahre in eine Reihe mit den verschiedenen Formen des Marxismus. Der stellte für junge deutsche Juden angesichts der brutalen Angriffe der NS-Bewegung eine besondere Gefahr dar. So verkündete die ZVfD in ihrem offiziellen Entschluss am Frankfurter Delegiertentag, dass sie sich für die Rechte aller Juden in Deutschland einsetze und dass die Juden als Volk respektiert werden sollten: »Ein Judentum, das sich frei und selbstbewußt zur jüdischen Art, zum jüdischen Schicksal, zu seinem geistigen Erbe und zu seiner nationalen Aufgabe – Palästina – bekennt, wird die Kraft zur Selbstbehauptung finden.«⁴⁹ Der Entschluss vereinte zudem zionistische und nichtzionistische Interpretationen der jüdischen Abwehrarbeit: »Vom Staate, dem wir durch Recht und Schicksal eingegliedert sind, fordern wir Wahrung der vollen Gleichberechtigung und Freiheit der Entfaltung unserer eigenen Art.«⁵⁰

Am 20. Januar 1933, zehn Tage vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, gab die ZVfD vor der jüdischen Presse eine Stellungnahme ab, in der sie ihr Verhalten in einer politisch unsicheren Zeit in Deutschland erläuterte.⁵¹ Erneut betonte sie die Richtigkeit der zionistischen Lösung für die »Judenfrage« in Deutschland und stellte fest, dass die Juden die neue deutsche Realität nicht verstehen könnten, weil sie törichterweise angenommen hätten, dieses Problem durch volle Akzeptanz seitens der deutschen Gesellschaft in den Griff zu bekommen. Die Stellungnahme schloss mit den folgenden Worten: »Es bleibt den Juden nichts anderes übrig, als Juden zu sein und der nichtjüdischen Welt deutlich distanziert gegenüberzutreten [...]. Mit verstecktem Judentum, mit Renegatentum, mit einer gewollten nichtjüdischen Form des Auftretens kann der

48 Ebd., S. 542.

49 Jüdische Rundschau, 16. September 1932, wiedergegeben in Reinharz, Dokumente, S. 543.

50 Ebd., S. 543.

51 Der volle Text dieser Stellungnahme findet sich in Blumenfeld, Erlebte Judenfrage, S. 203f.

Jude seinen Platz in dieser Welt nicht mehr finden.«⁵² Diese Sichtweise wurde immer wieder in Leitartikeln in der *Jüdischen Rundschau* wiederholt, besonders in den ersten Wochen nach der nationalsozialistischen »Machtergreifung«, als noch nicht feststand, wie Hitlers Regierung mit den deutschen Juden verfahren würde.⁵³ Die immer unsicherere Situation und die pessimistische Stimmung Anfang der dreißiger Jahre hatten die Zionisten in ihren Warnungen bestärkt, dass die Assimilation sinnlos und der Antisemitismus eine bleibende Erscheinung sei. Außerdem wiesen die Zionisten darauf hin, dass die drohende NS-Gefahr dem Zionismus ungeahnte Schubhilfe innerhalb der jüdischen Gemeinschaft leisten könnte, da sich aufgrund der Gefahr all jene angesprochen fühlen würden, die den Zionismus früher abgelehnt hatten. In den letzten Monaten der Weimarer Republik schätzten die deutschen Zionisten die Emanzipation jedoch noch mehr, da sie ein wichtiges Hilfsmittel zur Erfüllung zionistischer Zwecke darstellte.⁵⁴ Als die ZVfD ihre eigene Rolle in der herannahenden Katastrophe kritisch betrachtete, war sie gezwungen, sich der Realität zu stellen, dass eine nationalsozialistische Regierung tatsächlich eine Politik verfolgen könnte, die die jüdische Emanzipation untergraben und dadurch jenem Klima, das für das zionistische Werk in Deutschland am vorteilhaftesten war, ein Ende bereiten könnte.

Wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt, redeten die Zionisten und die Antisemiten aneinander vorbei, wenn sie ihre gegenseitigen Einschätzungen und Lösungen für die sogenannte Judenfrage bekannt gaben. Dieser Umstand lässt sich dadurch erklären, dass sie außer der praktischen Überzeugung, Deutsche und Juden sollten besser getrennte Wege gehen, wenig gemeinsam hatten. Diese oberflächliche Überschneidung von Interessen war keine Grundlage für eine substanzielle Zusammenarbeit von gleichgestellten Partnern. Für die Nationalsozialisten waren alle Juden gleich, Zionisten wie auch Nichtzionisten, und stellten einen monolithischen Feind dar. Da Nationalsozialisten die Menschheit von einem totalitären, rassistisch-biologischen, äußerst brutalen und notfalls den Völkermord einschließenden Standpunkt betrachteten, konnten sie für die Zionisten niemals ein echter Partner in einer Situation sein, in

52 Ebd., S. 203.

53 Vgl. *Jüdische Rundschau*, 31. Januar 1933, 29. März 1933.

54 Über die weiteren Auswirkungen des Endes der Emanzipation auf die deutschen Juden in den dreißiger Jahren vgl. Reinhard Rürup, *Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der »Machtergreifung« bis zum Zweiten Weltkrieg*, in: Arnold Paucker (Hg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland/The Jews in Nazi Germany 1933-1943*, Tübingen 1986, S. 97-114.

der die Juden als Geiseln der Nationalsozialisten fungierten. Da aber alle deutschen Juden besonders in den Monaten vor Hitlers »Machtergreifung« genau mit dieser Situation konfrontiert waren, überdachten einige Vertreter der ZVfD die mögliche Nützlichkeit solcher Kontakte.⁵⁵ In einem Brief an Chaim Weizmann vom 15. Juni 1932 hatte Kurt Blumenfeld seinen Befürchtungen Ausdruck verliehen, dass der religiöse Fanatismus einiger Mitglieder der nationalsozialistischen Partei mögliche Gespräche zwischen der zionistischen Bewegung und Vertretern eines zukünftigen nationalsozialistischen Staates vereiteln könnte.⁵⁶ Gleichzeitig ist es unwahrscheinlich, dass Blumenfeld 1932 bereit oder erpicht darauf war, mit den Nationalsozialisten Kontakt aufzunehmen. Obwohl die Zionisten den Antisemitismus als bleibende Erscheinung anerkannten und gegenüber der jüdischen Abwehr ambivalent eingestellt waren, schätzten Blumenfeld und andere die politische Situation in Deutschland Mitte 1932 so ein, dass der zionistischen Bewegung unter einer möglichen Hitler-Regierung einiges bevorstehen werde. Kontakte und Gespräche mit solch einer Regierung würden in der Zukunft unvermeidbar sein.

Es lässt sich nicht genau feststellen, wie sehr die ZVfD oder die Nationalsozialisten vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler an einer solchen Kontaktaufnahme interessiert waren. Es ist auch nicht sicher, ob solche Kontakte vor dem 30. Januar 1933 aufgenommen wurden. Im Februar 1936 führte Leo Plaut, ein zionistisches Mitglied des Vorstandes der Reichsvertretung der Juden in Deutschland (RVt), die nationalsozialistische Unterstützung für die Zionisten auf erste Kontakte im Jahre 1932 zurück, ohne genauer zu erklären, wie diese Begegnungen zustande gekommen waren und wer daran beteiligt war. Plaut hielt Folgendes fest: »Die Bereitschaft der neuen Männer, die Träger des Zionismus als Gesprächspartner, und in der Folge als Kontrahenten, anzuerkennen, ergab sich aus persönlichen Verbindungen und Gesprächen bereits im Jahre 1932.«⁵⁷ Die *Jüdische Rundschau* hatte jedoch im Januar 1932 Widerspruch gegen jegliche Art von Dialog eingelegt. Vielleicht war das ein Anzeichen dafür, dass einige Personen zu jener Zeit über eine solche Möglichkeit

55 Vgl. Robert Weltsch, Looking Back Over Sixty Years, in: Leo Baeck Institute Yearbook 27 (1982) S. 383 f. Robert Weltsch war zwischen 1919 und 1938 Chefredakteur der *Jüdischen Rundschau*, der offiziellen Wochenzeitung der ZVfD.

56 Blumenfeld, *Im Kampf*, S. 122.

57 CZA: A142-86/2, »Zwei Jahre Reichsvertretung in ihrem Verhältnis zur ZVfD«, Rechenschaftsbericht des politischen Referenten der Reichsvertretung an die ZVfD, Februar 1936.

nachdachten.⁵⁸ Es liegen auch Beweise dafür vor, dass der NSDAP-Vertreter Gregor Strasser im Herbst 1932 an die ZVfD herantrat, um eine Diskussion über die »Judenfrage« in Deutschland ohne Vorbedingungen und Verpflichtungen in Gang zu bringen. Georg Kareski, der ab 1934 der revisionistischen Staatszionistischen Organisation vorstand, wollte die Kontakte weiter verfolgen. Kurt Blumenfeld und die anderen Vorstandsmitglieder der ZVfD lehnten einen solchen Schritt ab.⁵⁹ Obwohl die ZVfD letzten Endes für einen Dialog mit dem nationalsozialistischen Staat bereit gewesen wäre, hat sie ein Zusammentreffen mit der NSDAP nicht vor Hitlers »Machtergreifung« verfolgt.

Erste nationalsozialistische Ansichten zum Zionismus

Im ersten Band seiner Hitler-Biographie stellt Ian Kershaw fest, dass nicht feststehe, wann und warum Hitler zum krankhaften Antisemiten wurde. Kershaw vermutet jedoch, dass sich Hitlers obsessiver Judenhass während seiner Wiener Zeit von 1908 bis 1913 ausgebildet habe.⁶⁰ Der Autor bestätigt allem Anschein nach Hitlers eigene Version der Geschichte, die er in *Mein Kampf* beschrieb. Kershaw bestätigt auch die Behauptung, dass Hitler in seinen frühen Ansichten stark von dem grassierenden Antisemitismus der Christlichsozialen Partei unter der Führung des passionierten Antisemiten Karl Lueger sowie dem pan-deutschen Nationalisten und Antisemiten Georg von Schönerer im Wien der Jahrhundertwende beeinflusst worden war.

Es erscheint auch plausibel, dass Hitler in diesen frühen Jahren zumindest eine vage Kenntnis von der Existenz des Zionismus besaß. Theodor Herzl war selbst Wiener und lebte bis zu seinem Tod im Jahre 1904 wie

58 Jüdische Rundschau, Nr. 2, Januar 1932. Chefredakteur Robert Weltsch und Gustav Krojanker, einer der führenden Zionisten, erwähnten jedoch den »Edelnazismus«, der alle positiven Eigenschaften einer nationalen Erneuerung und eines Wiedererwachens des deutschen Volkes darstellte. Mit dieser Art von Nazismus könnte der deutsche Zionismus einen *modus vivendi* finden. Vgl. Reinharz, *The Zionist Response*, S. 285 f.

59 Francis R. Nicosia, *Revisionist Zionism in Germany II: Georg Kareski and the Staatszionistische Organisation, 1933-1938*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 32 (1987), S. 247 f. Es ist interessant zu beobachten, dass der CV Kontakte zu Georg Strassers Bruder Otto aufgenommen hatte, der damals der nationalsozialistischen Partei schon abtrünnig war. Vgl. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 81 f., 119, 125, 169.

60 Vgl. Ian Kershaw, *Hitler, 1889-1936*, New York 1998, S. 51 f., 60-67.

viele seiner Kollegen in der österreichischen Hauptstadt. In der Anfangszeit genoss der Zionismus in der Stadt zumindest einen bescheidenen Bekanntheitsgrad. Hitler soll während seiner Wiener Zeit einem Freund gegenüber behauptet haben, dass das von Österreich nach Palästina fließende jüdische Vermögen konfisziert werden sollte, weil es Österreich und nicht den Juden gehöre.⁶¹ Außerdem erwähnte Hitler in *Mein Kampf*, dass er mit dem Zionismus während seiner Wiener Zeit vertraut war: »Eine große Bewegung unter ihnen, die in Wien nicht wenig umfangreich war, trat auf das schärfste für die Bestätigung des völkischen Charakters der Judenschaft ein: der Zionismus.«⁶² Die Empfehlung, das jüdische Vermögen vor der Emigration zu konfiszieren, war nach 1933 ein zentraler Bestandteil der NS-Politik. Aber sollten wir diesen Umstand als Beweis für eine früh gefasste, bewusste Formulierung einer späteren Politik erachten?

Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Hitler kurz nach seiner Entlassung aus der deutschen Armee am Ende des Ersten Weltkriegs einige Grundprinzipien und bestimmte antijüdische politische Maßnahmen verkündete, die nach 1933 zu wichtigen Bestandteilen der NS-Politik wurden. Kershaw bestätigt z.B., dass eine von Hitlers frühesten, nach dem Krieg verfassten Stellungnahmen zu den Juden ein Brief vom 16. September 1919 ist. Er schrieb diesen an Adolf Gemlich aus Ulm, einen Teilnehmer an einem der »Schulungskurse«, den die Armee nach Kriegsende für Soldaten veranstaltete. Bereits in diesem Brief skizzierte Hitler die Grundlinien der NS-Judenpolitik vor und nach der Entscheidung zur »Endlösung« im Jahr 1941.⁶³ Er schrieb, dass der »Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen« nur zu Pogromen führen würde, die keine Lösung für das »Problem« darstellten. Er schlug vor, es solle ein »Antisemitismus der Vernunft« walten, der zu einem politischen und rechtlichen Kampf gegen die Juden führen und sie ihrer Rechte entledigen würde. Erst später, nach 1933, sollte dieser Kampf dann einen ungewohnten Pragmatismus in der Judenpolitik erfordern.⁶⁴ Hitler kam in Bezug auf die Enteignungsmaßnahmen und Zwangsemigrationsbestimmungen, die sich auch in der NS-Politik der dreißiger Jahre und sogar im Genozid an den Juden während des Zweiten Weltkrieges wiederfinden

61 Brigitte Hamann, *Hitler's Vienna: A Dictator's Apprenticeship*, New York 1999, S. 166.

62 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1939, S. 65.

63 Ernst Deuerlein, *Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 7 (1959), Dok. Nr. 12, S. 203-205.

64 Vgl. Philippe Burrin, *Nazi Anti-Semitism*, S. 45-47.

lassen, zu folgendem Schluss: »Sein letztes Ziel aber muss unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein.«⁶⁵ In den folgenden Monaten thematisierte er dieses Thema erneut in einigen Reden. Dabei verwendete er eine Sprache, die sich in jeder einzelnen Phase der nationalsozialistischen Judenpolitik zwischen 1933 und 1945 wiederfindet. In einer Rede im Münchner Hofbräuhaus am 4. März 1920 forderte er:

»Wir wollen keine Gefühlsantisemiten sein, die Pogromstimmung erzeugen wollen, sondern es beseelt uns die unerbittliche Entschlossenheit, das Übel an der Wurzel zu packen und mit Stumpf und Stiel auszurotten. Um unser Ziel zu erreichen, muß uns jedes Mittel recht sein, selbst wenn wir uns mit dem Teufel verbinden müßten.«⁶⁶

Wenn Hitler in den zwanziger Jahren auf die sogenannte Judenfrage bei seinen Reden zu sprechen kam, schnitt er immer wieder das Thema der Beseitigung der Juden aus Deutschland an. So konstatierte er, dass es wichtig sei, alle Juden aus Deutschland zu entfernen, die reichen wie die armen, die deutsch-jüdische Mehrheit sowie die rund 100.000 im Reich lebenden »Ostjuden«. In einer Rede mit dem Titel *Politik und Judentum* im Hofbräuhaus am 27. April 1920 verwendete er Formulierungen, die für ihn damals typisch waren. Besonders konzentrierte er sich auf das Ziel, Deutschland »judenrein« zu machen: »Wir wollen den Kampf solange führen, bis der letzte Jude aus dem Deutschen Reich entfernt ist, und wenn es auch zu einem Putsch kommt und noch viel mehr nochmals zu einer Revolution.«⁶⁷ Gleichzeitig sprach er immer wieder über die positiven Eigenschaften des »arischen« Volkes, seinen Arbeitswillen und seine kulturelle Kreativität, die Kultivierung von rassischer Reinheit sowie die Fähigkeit zur Staatenbildung. Die letztgenannte Eigenschaft spielte dabei eine wichtige Rolle in seiner wahrscheinlich bedeutendsten Rede über die »Judenfrage« (1920). Sie trug den Titel *Warum wir gegen die Juden sind*. Er hielt sie am 13. August 1920 und sprach darin wahrscheinlich zum ersten Mal den Zionismus und seine mögliche Rolle bei einer zukünftigen Lösung der »Judenfrage« in der Öffentlichkeit an.⁶⁸ Dabei charakterisierte er die Zionisten wie andere Juden auch als minder-

65 Deuerlein, Hitlers Eintritt in die Politik, Dok. Nr. 12, S. 203-205.

66 Reginald Phelps, Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 11 (1963), S. 277 f.

67 Deuerlein, Hitlers Eintritt in die Politik, Dok. Nr. 19, S. 212. Vgl. auch den Text seiner Rede »Das deutsche Volk, die Judenfrage und unsere Zukunft« im Münchner Bürgerbräusaal vom 31. Mai 1920 in: Völkischer Beobachter, 5. Juni 1920.

68 Reginald Phelps, Hitlers grundlegende Rede über den Antisemitismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), S. 400-420.

wertig und böseartig. Ihnen fehle jegliche positive Eigenschaft ohne Aussicht auf Besserung. Diese Einschätzung war bereits vor dem Ersten Weltkrieg die antisemitische Grundaussage gewesen und bildete auch nach 1933 den Grundtenor in der nationalsozialistischen Betrachtung des Zionismus.

In jener Rede behauptete Hitler, dass die Juden von Natur aus Nomaden und Parasiten seien. Da sie eine Abscheu gegen Arbeit hegten, hätten sie niemals in der Menschheitsgeschichte einen eigenen Staat im modernen Sinn besessen. Zudem wären sie auch unfähig, einen solchen in der Zukunft zu gründen:

»Denn ein Volk, das sich der Arbeit nicht selber unterziehen will, der manchmal auch undankbaren Arbeit einen Staat zu bilden und zu erhalten, Arbeit zu tun im Bergwerk, in den Fabriken, am Bau usw., alle diese für einen Hebräer ja unangenehme Arbeit, solch ein Volk wird sich niemals einen Staat selber gründen, sondern es stets vorziehen, als dritter in einem anderen Staate zu leben, in dem diese Arbeiten durch Andere vollbracht werden und er nur der Vermittler der Geschäfte ist.«⁶⁹

Aufgrund dieser Gedankengänge sah sich Hitler gezwungen zu leugnen, dass das jüdische Volk bereits einen Staat besessen hatte. Er griff die zionistische Vorstellung an, die Juden könnten eines Tages als Nation in Palästina wiederauferstehen: »Es ist der große Irrtum auch heute bei uns verbreitet, daß Jerusalem die Hauptstadt eines jüdischen Staates jüdischer Nationalität gewesen wäre.«⁷⁰ Stattdessen bestand er darauf, dass Jerusalem den Juden im Altertum als Drehscheibe für ihre internationalen Aktivitäten gedient hätte, so wie Berlin, New York und Warschau in jüngster Vergangenheit. Wie stand es dann um die in dieser Zeit erfolgenden zionistischen Bemühungen in den jüdischen Gemeinden in Palästina und auf der ganzen Welt? Was motivierte diese Juden laut Hitler, sich Zionisten zu nennen, wenn nicht die Gründung eines rechtmäßigen Nationalstaats?

Hitler glaubte, in den Bemühungen der Zionisten eine List zu erkennen – eine Behauptung, die seit Jahrhunderten ein Teil der antijüdischen Rhetorik gewesen war und sowohl unter Sozialdarwinisten wie auch unter Antisemiten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder an Bedeutung gewonnen hatte. Es herrschte der Mythos einer weltweiten jüdischen Verschwörung vor. In jener Rede stellte Hitler Folgendes fest: »So können wir auch sofort begreifen, warum der ganze Zionistenstaat

69 Ebd., S. 405.

70 Ebd.

und die Gründung desselben nichts weiter ist als Komödie.«⁷¹ Die Unfähigkeit der Juden, einen funktionierenden Staat zu gründen, kehrt als Thema in *Mein Kampf* und dem zweiten Buch wieder.⁷² Hitler betrachtete Jerusalem als Zentrum der jüdischen Macht, von dem aus andere Staaten gesteuert werden sollten: »Der ganze Zionistenstaat soll nichts werden, als die letzte vollendete Hochschule ihrer internationalen Lumpereien und von dort aus soll alles dirigiert werden.«⁷³ Er beschwor einen Interessenkonflikt, den jüdische Kritiker des Zionismus schon zuvor vorgebracht hatten, die Gefahr, dass »jeder Jude [...] gewissermaßen noch eine Immunität bekommen [soll] als Staatsbürger des palästinensischen Staates und nebenbei behält er naturgemäß unsere Staatsbürgerrechte auch noch.«⁷⁴

Wie in fast allen anderen Reden in den Anfängen der nationalsozialistischen Bewegung waren Hitlers Behauptungen über die Juden und die »Judenfrage« in Deutschland keine neuen Gedanken. Sie gehörten zu einer Hasslitanei, die auf antisemitischen Meinungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts basierte und in Büchern, wie z.B. Houston Stewart Chamberlains Buch *Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts*, Theodor Fritschs *Handbuch der Judenfrage* und Adolf Wahrmunds *Das Gesetz des Nomadenthums und die heutige Judenherrschaft*, propagiert wurde. Den größten Einfluss auf Hitlers Ansichten zur »Judenfrage« nahm Alfred Rosenberg, ein deutsch-baltischer Exilant aus Russland, der die ideologische Verbindung zwischen jenen früheren Autoren und Hitler darstellte.⁷⁵

Als Flüchtling vor der bolschewistischen Revolution und dem Bürgerkrieg in Russland brachte Rosenberg zu einer Zeit, als die Revolution wie auch die Balfour-Deklaration und die jüdische nationale Heimstätte

71 Ebd.

72 Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, S. 416, 447-448. Vgl. auch Gerhard Weinberg, *Hitler's Second Book*, New York 2003, S. 229 f.

73 Vgl. Phelps, *Hitlers grundlegende Rede*, S. 406.

74 Ebd., S. 406.

75 Einige Quellen und Studien verweisen auf Rosenbergs Einfluss auf Hitler in jenen frühen Jahren, darunter Robert Cecil, *The Myth of the Master Race: Alfred Rosenberg and Nazi Ideology*, London 1972, S. 29-34, 45, 79-81; Norman Cohn, *Warrant for Genocide: The Myth of the Jewish World Conspiracy and the »Protocols of the Elders of Zion«*, New York 1966, S. 194 f.; Ernst Hanfstaengl, *Hitler: The Missing Years*, London 1957, S. 41; Kurt Luedecke, *I Knew Hitler*, New York 1937, S. 79, 84; Werner Maser, *Die Frühgeschichte der NSDAP: Hitlers Weg bis 1924*, Frankfurt a. M. 1965, S. 180-185; Ernst Nolte, *Eine frühe Quelle zu Hitlers Antisemitismus*, in: *Historische Zeitschrift* 192 (1961), S. 587 f.; Otto Strasser, *Hitler and I*, London 1940, S. 66.

in Palästina durchgesetzt worden waren, eine zeitgenössische Rationalisierung für die althergebrachte Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung in die antisemitischen Debatten ein. Rosenberg passte den Mythos einer jüdischen Weltverschwörung seiner Zeit an. Seiner Ansicht nach waren der Bolschewismus und der Zionismus die Hauptantriebsfedern hinter einem solchen Komplott. In seinen 1920 gehaltenen Reden, besonders in jener vom 27. April, bezeichnete auch Hitler den Bolschewismus zum ersten Mal als jüdische Erfindung.⁷⁶ Als Rosenberg den Bolschewismus in einem Artikel im *Völkischen Beobachter* vom 26. November 1921 als jüdisches Komplott gegen die nichtjüdische Welt bezeichnete (*Der jüdische Bolschewismus*), hätte er auch vom Zionismus reden können, nämlich »daß der Bolschewismus nur Mittel, nicht Ziel ist, weiß jeder, der die jüdische Politik durchschaut hat.«⁷⁷

Es ist möglich, dass Rosenberg zum ersten Mal eine Verbindung zwischen dem Zionismus und der Theorie einer jüdischen Verschwörung herstellte, als er 1917 die sogenannten *Protokolle der Weisen von Zion* als Student in Moskau las. Drei seiner früheren Bücher sowie einige Artikel im *Völkischen Beobachter* weisen darauf hin, wie sehr er von den *Protokollen* besessen war.⁷⁸ All diese Werke stellen eine Verbindung zwischen den *Protokollen* und den zionistischen Plänen her und lieferten die Kernaussage für Hitlers Stellungnahmen zum Zionismus in seinen frühen Jahren als Redner. Sein Ansatz spiegelte die genaue Argumentationslinie und ideologischen Widersprüche im Bezug auf den Zionismus sowie seine Rolle in der NS-Politik wider, die in der nationalsozialistischen Rhetorik und in den antijüdischen Maßnahmen in den dreißiger Jahren erneut auftraten. Rosenberg behauptete, dass die Juden den Ersten Weltkrieg geplant hätten, um einen Staat in Palästina durchzusetzen. So unterstellte er ihnen, dass sie Gewalt und Krieg unter Nichtjuden ausgelöst hätten,

76 Phelps, Hitler als Parteiredner im Jahr 1920, S. 299. Genauer beschrieben wird Rosenbergs Einfluss auf Hitlers aufkeimende außenpolitische Ansichten in Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963, S. 17 f., 30. Rosenberg und Hitler trafen zum ersten Mal in München im Jahre 1919 aufeinander, als sich beide ungefähr zur gleichen Zeit der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) anschlossen. Dietrich Eckart, der Chefredakteur des *Völkischen Beobachters*, soll sie einander vorgestellt haben. Rosenberg arbeitete unter Eckart für den *Völkischen Beobachter*, bis dieser 1923 verstarb.

77 *Völkischer Beobachter*, 26. November 1921.

78 Vgl. Alfred Rosenberg, *Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten*, München 1920; ders., *Der staatsfeindliche Zionismus*, Hamburg 1922; ders., *Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik*, München 1933. Vgl. auch ders., *Der Weltverschwörerkongress zu Basel*, München 1927.

um ihre eigenen, ausschließlich jüdischen Interessen durchzusetzen. Der Titel eines von Rosenbergs Büchern aus dem Jahre 1922, *Der staatsfeindliche Zionismus*, gibt seine Denkweise wieder. Hitler hatte solche Gedanken in seinen Reden seit 1920 bereits vorgebracht. Rosenberg schrieb, dass »[d]er Zionistische Verband in Deutschland [...] nichts anderes [ist] als eine Organisation, die eine legalisierte Unterhöhlung des deutschen Staates betreibt.«⁷⁹ Er beschuldigte die Zionisten des Weiteren, dass sie Deutschland während des Ersten Weltkrieges verraten hätten, weil sie Großbritannien und seine Balfour-Deklaration unterstützt hätten. Sie hätten auf Deutschlands Niederlage und die Durchsetzung dieser Erklärung hingearbeitet, die Versailler Kriegsabmachung befürwortet und die jüdische nationale Heimstätte im Britischen Mandat begrüßt. Rosenberg behauptete daher, dass sich die zionistischen Interessen zuallererst auf jene des »Weltjudentums« konzentrierten und dadurch im Dienste der jüdischen Weltverschwörung stünden. Letzteres sei ein monolithischer Block, der sowohl aus Zionisten wie auch nach Assimilation strebenden Juden bestünde und Deutschland zerrütten wolle.

Rosenberg lehnte damit deutlich den zionistischen Plan ab, einen modernen Staat in Palästina zu gründen, der auch jüdische Flüchtlinge aufnehmen würde. Mithilfe von herkömmlichen antisemitischen Vorurteilen über die jüdische Minderwertigkeit und »Trugsucht« begründeten Rosenberg wie auch Hitler ihre Feststellung, Juden seien weder fähig, einen Staat zu gründen, noch hegten sie die Absicht, dies zu tun. In seinem Buch *Der staatsfeindliche Zionismus* schrieb er:

»Wenn jüdische Politiker vom zukünftigen Musterstaat Palästina sprechen, so weiß jeder Kenner, daß dies nie eintreten wird. Denn auf keinem Gebiet des Wissens, der Kunst, des Lebens ist der Jude wirklich schöpferisch gewesen. Sein ›Staat‹ wird genau solange dauern, als die Millionen des den Völkern der Welt abgewucherten Geldes ihm künstlich Lebenskraft einpumpen [...]. Zionismus ist, bestenfalls, der ohnmächtige Versuch eines unfähigen Volkes zu produktiver Leistung, meistens ein Mittel für ehrgeizige Spekulanten, sich ein neues Aufmarschgebiet für Weltbewucherung zu schaffen.«⁸⁰

In seinem 1930 erschienenen Buch *Der Mythos des 20. Jahrhunderts* wiederholte er größtenteils die Argumente aus seinen früheren Büchern. Erneut bestand er darauf, es sei aufgrund des Wesens des jüdischen Volkes für die Zionisten unmöglich, einen rechtmäßigen jüdischen Staat

79 Rosenberg, *Der staatsfeindliche Zionismus*, S. 16.

80 Ebd., S. 62 f.

zu gründen. Über die antizionistischen orthodoxen Juden, die seines Erachtens den wahren jüdischen Geist verkörperten, schreibt er: »Ein Versuch, wirklich eine organische Gemeinschaft jüdischer Bauern, Arbeiter, Handwerker, Techniker, Philosophen, Krieger und Staatsmänner zu bilden, widerspricht allen Instinkten der Gegenraße und ist von vornherein zum Zusammenbruch verurteilt.«⁸¹ Rosenberg schloss daraus, dass das wahre Motiv des Zionismus nur die Errichtung eines unabhängigen Machtzentrums in Palästina sein könne, von dem aus er die angebliche jüdische Weltverschwörung durchführen könne.

Rosenbergs ablehnende Haltung gegenüber der zionistischen Ideologie war Teil eines breiter angelegten antisemitischen Angriffs auf alle Juden. Wie die meisten seiner antisemitischen Zeitgenossen unterschied er in der Theorie nicht zwischen Zionisten, nach Assimilation strebenden und orthodoxen Juden, weil »alle diese verschiedenen Vereinigungen im Grunde selbstverständlich einig sind mit den Zielen des politischen Kampftrupps des Judentums.«⁸² Dass er die Rechtmäßigkeit der zionistischen Ideologie nicht anerkannte, war nur eine logische Folge seiner antisemitischen Ansichten, die den Juden keinerlei positive Eigenschaften und Motivationen zuschrieben, die laut Antisemiten für einen nach einer nationalen Identität strebenden Staat vonnöten waren. Er bezeichnete zudem die deutschen Zionisten als Verräter des deutschen Staates, da seiner Meinung nach kein Jude fähig sei, in irgendeinem Staat als loyaler Bürger zu leben. Außerdem lehnte er die zionistische Forderung nach einem jüdischen Staat als bloßen Vorwand für ein hinterhältiges Komplott ab, um eine unabhängige Basis zu gründen, auf der die angebliche historische Verschwörung aller Juden – nicht nur der Zionisten – stattfinden würde. Von dort könnten sie die Welt ausbeuten und beherrschen. Die Juden seien nicht einmal an einem lebensfähigen und rechtmäßigen Staat für das jüdische Volk interessiert.⁸³ Kurz gesagt, unterschieden Rosenberg, Hitler und ihr Umkreis nicht zwischen »guten« und »schlechten Juden«, oder zwischen Zionisten und jenen, die nach Assimilation strebten. Wenn es den Juden von Grund auf unmöglich war, deutsche Patrioten zu sein, dann war der Unterschied zwischen nach Assimilation strebenden Juden und Zionisten theoretisch belanglos und alle Juden Teil des »Judenproblems«. Sie stellten einen einzi-

81 Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts: Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit*, München 1930, S. 464.

82 Rosenberg, *Der staatsfeindliche Zionismus*, S. 58.

83 Vgl. seinen Artikel »Zionistischer Bankerrott« im *Völkischen Beobachter*, 29. Mai 1921.

gen, monolithischen Feind dar, dessen angebliche Verdorbenheit und Bösartigkeit nicht durch den Zionismus geheilt werden konnte. Für die Nationalsozialisten gab es keine positiven, rein zionistischen Interessen, die außerhalb der allgemeinen niederträchtigen Interessen eines bedrohlichen, monolithischen Blocks lagen, den Rosenberg, Hitler und andere als »Weltjudentum« bezeichneten.

In den Jahren kurz nach dem Ersten Weltkrieg machte Rosenberg ein gemeinsames Interesse zwischen der zionistischen Bewegung und infolgedessen des »Weltjudentums« und dem britischen Imperium aus. Er behauptete, dass sich während des Krieges die Beziehungen der beiden zu Deutschlands Nachteil entwickelt hätten, wodurch die Zionisten angehalten waren, Deutschland zu verraten. In einem Artikel im *Völkischen Beobachter* vom 17. Februar 1921 mit dem Titel *Zionismus* behauptete Rosenberg, die Zionisten hätten seit Herzls Lebzeiten in Großbritannien einen Schutzpatron gesucht, jüdische und britische Interessen seien identisch und daher antideutsch.⁸⁴ Ein Jahr später beschrieb er das monolithische »Weltjudentum« im Detail und strich dabei die gemeinsamen Interessen mit Großbritannien heraus: »Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß die englische Politik heute vom Wohlwollen der Judenheit abhängig gemacht worden ist, daß britische Gesandte in allen Ländern deren Regierungen zu beeinflussen haben, für das ungehinderte Wirken der Juden [...], daß die ganze außenpolitische Haltung Großbritanniens davon abhängig gemacht wird.«⁸⁵ Er kam dennoch zu dem Schluss, die Juden würden sich letzten Endes gegen Großbritannien wenden, sobald die Macht des britischen Königreiches schwände, bzw. sie würden sich einen neuen Schutzpatron suchen, wahrscheinlich die Vereinigten Staaten von Amerika.

Rosenbergs ideologische Feindseligkeit gegen den Zionismus war nur eine Seite eines zweischneidigen Schwerts, das im aufkeimenden nationalsozialistischen Kampf um die Macht eines späteren NS-Staats gegen den Zionismus zutage trat. Bereits 1919 definierte er das grundsätzlichschte und gleichzeitig nützlichste Prinzip des modernen Zionismus: »Wichtig ist vor allen Dingen, daß im zionistischen Programm die Juden ausdrücklich als Volk bezeichnet werden.«⁸⁶ In einem anderen Werk verurteilte Rosenberg liberale jüdische Beteuerungen, Juden in Deutschland seien Deutsche, und insistierte: »Ebenso wie der Deutsche zur deutschen Na-

84 *Völkischer Beobachter*, 17. Februar 1921.

85 Rosenberg, *Der staatsfeindliche Zionismus*, S. 25f.; ders., *Die Spur des Juden*, S. 106f.

86 Rosenberg, *Die Spur des Juden*, S. 105.

tion gehört, ob er nun Protestant oder Katholik ist, genau so bleibt auch der Jude Nationaljude, ob er liberal, orthodox oder sonst einer Glaubensnuance angehört.«⁸⁷ Am 17. Februar 1921 beschrieb er im *Völkischen Beobachter* die deutsche zionistische Bewegung als einen »ganz offene[n] jüdische[n] Kampfverband gegen Deutschland« und als »legalisierte[n] Hochverrat«. Er empfahl daher, dass man nach Beschlagnahme ihres Vermögens »[d]ie Zionisten selbst [...] über die deutsche Grenze befördern [müsse], entweder ins ›mächtige freie England‹, oder nach dem so heißersehnten Zion.«⁸⁸ Am 7. August 1921 wiederholte er dort unter dem Titel *Antisemitismus* seine Forderung nach »Schließung des englisch-jüdische Politik treibenden Zionismus, Konfiskation seiner Gelder und Ausweisung seiner Mitglieder zu ihrem englischen Schutzpatron oder ins gelobte Land.«⁸⁹

Von Beginn an strich Rosenberg heraus, wie nützlich es sei, den Zionismus in Deutschland zu unterstützen, damit man die jüdische Assimilation revidieren und die jüdische Auswanderung aus Deutschland in die Wege leiten könne, und schuf damit die Basis der NS-Judenpolitik nach 1933. 1919 und 1920 empfahl er, zionistische Aktivitäten in Deutschland zu unterstützen, damit man den Zustrom von osteuropäischen Juden nach Deutschland beschränken und schließlich alle Juden aus dem Reich entfernen könne. In seinem Buch *Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten* schrieb er: »Der Zionismus muß tatkräftig unterstützt werden, um jährlich eine zu bestimmende Zahl deutscher Juden nach Palästina oder überhaupt über die Grenze zu befördern.«⁹⁰ Außerdem nahm er die Veröffentlichung seines Buches *Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik* (1933) zum Anlass für die Forderung, dass alle künftigen Veränderungen in Deutschland nicht nur von den Zionisten, sondern von allen Juden unterstützt werden sollten, wenn es das Judentum mit Palästina ernst meine.

Rosenberg glaubte, dass sich die Zionisten als Juden zumindest teilweise für die NS-Politik als nützlich erweisen könnten. Damit betrachtete er alle Juden als Zionisten und Zionisten als Stellvertreter des gesamten Judentums. Die zionistische Bewegung sollte dabei behilflich sein, die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Absonderung der Juden in Deutschland voranzutreiben und deren endgültige Entfernung aus dem Reich zu bewirken. Außerdem wertete er das zionistische Argu-

87 Rosenberg, *Der staatsfeindliche Zionismus*, S. 60.

88 *Völkischer Beobachter*, 17. Februar 1921.

89 *Völkischer Beobachter*, 7. August 1921.

90 Rosenberg, *Die Spur des Juden*, S. 153.

ment, die Juden seien ein eigenes Volk, als eine klare Bestätigung dafür, dass alle Juden in Deutschland Fremde seien und man sie deshalb ihrer Rechte als gleichgestellte Staatsbürger so lange berauben könne, wie sie sich in Deutschland aufhielten.⁹¹

Rosenbergs Bereitschaft, diesen Nutzwert der zionistischen Bewegung zwischen 1919 und 1922 anzuerkennen, war vielleicht Teil einer größer angelegten nationalsozialistischen Forderung nach jüdischer Emigration, die durch die Zuwanderung osteuropäischer Juden nach Deutschland am Ende des Ersten Weltkriegs neue Impulse erhielt. Ein wichtiges Thema in Reden und Artikeln von Hitler und Rosenberg zwischen 1920 und 1922 waren Forderungen an die Regierung, diese Zuwanderung zu unterbinden, alle Juden, die nach Deutschland nach August 1914 gekommen waren, zu deportieren und alle Juden zu zwingen, aus dem Reich auszuwandern. Ein Leitartikel im *Völkischen Beobachter* vom 11. Mai 1920 warnte vor schwerwiegenden wirtschaftlichen Nachteilen für Deutschland infolge der Armut der »Ostjuden« und ihres katastrophalen Einflusses auf die Wirtschaftskrise nach dem Krieg. In dem Artikel wurde gefordert, dass sich die deutschen Juden um »Ostjuden« kümmern müssten, sobald diese in Deutschland ankämen. Sie sollten auch die Verantwortung dafür übernehmen, die »Ostjuden« auf die Auswanderung vorzubereiten.⁹² In dem 25 Punkte umfassenden NSDAP-Parteiprogramm vom 24. Februar 1920 legte Punkt 8 fest: »Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nichtdeutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.«⁹³

Die nationalsozialistischen Ansichten über den Zionismus und Palästina gründeten sich während der ersten Nachkriegsjahre auf einen immer stärker werdenden Konsens. Der Zionismus könne ein nützliches Hilfsmittel darstellen, um die jüdische Emanzipation und Assimilation rückgängig zu machen und die jüdische Emigration aus Deutschland voranzutreiben. Gleichzeitig sollte den Zionisten niemals erlaubt werden, einen unabhängigen Staat in Palästina oder anderswo zu gründen. Der Artikel von Professor Benno Imendörfler vom 27. Juni 1920 im *Völkischen Beobachter* mit dem Titel *Das wahre Gesicht des Zionismus* schien die aufkeimende nationalsozialistische Begründung und Strategie für einen

91 Rosenberg, *Der staatsfeindliche Zionismus*, S. 63.

92 *Völkischer Beobachter*, 11. Mai 1920; vgl. auch *Völkischer Beobachter*, 21. Januar 1920; 13. Mai 1920.

93 Yitzhak Arad/Israel Gutman/Abraham Margalio (Hg.), *Documents on the Holocaust*, Lincoln 1999, S. 15-18.

Umgang mit dem Zionismus zu formulieren. In dem Artikel machte Imendörfler der zionistischen Bewegung Komplimente, aber verurteilte sie auch.⁹⁴ Nachdem er eingestanden hatte, dass der Zionismus eine wichtige Rolle bei der Revidierung der Assimilation durch die Betonung einer nationalen Identität und bei der Emigration im deutschen Judentum spiele, beschuldigte der Autor die Zionisten, dass sie die »Ostjuden« als Vorstadium für ihre letztendliche Reise nach Palästina dabei unterstützt hätten, aus ihrer Heimat im Osten nach Deutschland zu fliehen. Imendörfler erwartete wahrscheinlich eine nationalsozialistische Stellungnahme zur Unzulänglichkeit von Palästina als Lösung der europäischen »Judenfrage«. Er behauptete, Palästina sei viel zu klein, um alle jüdischen Emigranten aus dem Osten aufnehmen zu können, und konstatierte, viele müssten in Deutschland bleiben. Der Autor wiederholte die traditionelle Ansicht über die den Juden angeborne Niederträchtigkeit und über die unabhängige Machtbasis für die jüdische Weltverschwörung in Palästina. Er bewies dadurch, dass unter Nationalsozialisten ein Konsens über die Nützlichkeit des Zionismus und die Notwendigkeit, ihn aus ideologischen Gründen zurückzuweisen, bestand.⁹⁵

Widersprüchliche Haltungen belegen auch weitere Artikel, die im *Völkischen Beobachter* zu jener Zeit erschienen und Sympathiebekundungen für den arabischen Widerstand gegen den Zionismus, die jüdische Einreise nach Palästina und die Schaffung einer jüdisch-nationalen Heimstätte enthielten.⁹⁶ Die in diesen Stellungnahmen enthaltenen Widersprüche machten jede echte nationalsozialistische Sympathie für die arabische Sache in diesem frühen Stadium unmöglich und ließen keinen Zweifel daran aufkommen, dass ihrer Meinung nach eine jüdische Emigration nach Palästina richtig sei. So deuten die Artikel auf ein Unbehagen mit und einen Widerstand gegen jede Art von jüdischer Vorherrschaft in

94 *Völkischer Beobachter*, 27. Juni 1920.

95 Vgl. z.B. die folgenden Artikel im *Völkischen Beobachter* aus den Jahren 1920 und 1921: »Keren Hayesod, der Kopf des Zionismus«, 16. Dezember 1920; »Die Bedeutung Palästinas für das Judentum«, 17. April 1921 und »Zur Frage der Ausweisung der Juden«, 24. April 1921.

96 Vgl. z.B. folgende Artikel im *Völkischen Beobachter* aus dem Jahr 1921 und 1922: »Die gescheiterten Araber-Judenpogrome in Jaffa«, 26. Mai 1921; »Die antisemitischen Mohammedaner«, 23. Juni 1921; »Eine jüdische Handelsflotte in Palästina«, 31. Juli 1921 und »Der Judenterror in Palästina«, 5. April 1922. Unter diesen Artikeln findet sich auch einer von Alfred Rosenberg, in dem er die jüdische Unterdrückung der Araber ansprach sowie die »Verjudung« des Landes. Er lobte die Araber, dass sie sich dagegen zur Wehr setzten. Vgl. »Zionistischer Bankrott«, *Völkischer Beobachter*, 29. Mai 1921.

Palästina oder irgendeiner anderen Region hin, weil dies zur Gründung eines unabhängigen jüdischen Staats führen könnte. Diese Haltung widersprach natürlich der nationalsozialistischen Begeisterung für eine groß angelegte jüdische Auswanderung aus Deutschland nach Palästina.

Zu jener Zeit gab es nur wenige, die im Zionismus mehr als nur einen utilitaristischen Wert für Deutschlands innenpolitische Zwecke erkannten und das Argument vorbrachten, dass die jüdische Ansiedlung in Palästina eine positive Auswirkung auf alle Juden haben würde, was letzten Endes für Deutschland nützlich sein würde. In einem Artikel vom 31. März 1920 im *Völkischen Beobachter* mit dem Titel *Jüdische Welt-herrschaft* beschreibt ein anonymes Autor den Zionismus als nützliches Hilfsmittel zur Entfernung aller Juden aus Deutschland. Der Autor des Artikels begrüßte dies, weil die Juden dadurch eine andauernde nationale Existenz in Palästina begründen könnten: »Auch wir sind damit einverstanden, daß ein gesundes jüdisches Bauernvolk der Welt zeigen soll in dem ihm zugeschworenen heiligen Lande Palästina, daß der Jude nicht nur Händler und Mittler, sondern auch Produzent sein kann. Und zwar je eher desto besser.«⁹⁷

Seine Einstellung enthält Überreste einer Ansicht aus dem 19. Jahrhundert, der zufolge ein Teil der Antisemiten dem Zionismus positive Auswirkungen auf die Juden selbst abgewinnen konnte. Nach 1919 floss diese Haltung jedoch nicht in die entstehende nationalsozialistische Ideologie ein. Vor und nach 1933 beschränkte sich diese vielmehr auf innenpolitische Überlegungen und nicht darauf, ob der Zionismus, wie versprochen, einen Wandel im jüdischen Volk bewirken würde. NS-Ideologen beharrten in der Folge auf ihrer Ansicht, dass Juden von Geburt an böse seien und sich nicht ändern könnten. Dazu kam noch, dass man jüdische Ressourcen praktisch dazu nutzen wollte, die jüdische Präsenz in Deutschland zu eliminieren. In einer vor dem bayerischen Parlament gehaltenen Rede vom 20. April 1926 postulierte Julius Streicher: »Wir Nationalsozialisten fordern deshalb: versagt dem Juden das gleiche Recht! Schickt ihn wieder dorthin zurück, woher er gekommen ist.«⁹⁸ Wie Rosenberg und andere erkannte Hitler von Anfang an den dem Zionismus innewohnenden Nutzen für einen zukünftigen nationalsozialistischen Staat. In einer Rede in München vom 6. Juli 1920 forderte er die Beseitigung aller Juden aus Deutschland und reagierte auf Rufe aus dem Publikum, die die Wahrung der Menschenrechte gewährleistet

97 *Völkischer Beobachter*, 31. März 1920.

98 BArch: NS26-508, Rede Julius Streichers vor dem Bayerischen Landtag, München, 20. April 1926.

wissen wollten: »Menschenrechte soll er [der Jude] sich da suchen, wo er hingehört, in seinem eigenen Staat Palästina.«⁹⁹

Selbst angesichts der aufkeimenden nationalsozialistischen Bedrohung und des brutalen Antisemitismus, der von relativ weiten Bevölkerungskreisen geduldet wurde, blieben Spannungen zwischen deutschen Zionisten und den nach Assimilation strebenden deutsch-jüdischen Organisationen in der Weimarer Republik weiterhin bestehen. Dennoch ließen der durch den Antisemitismus verursachte Druck und die wachsende Isolierung aller Juden in Deutschland, wie Avraham Barkai angedeutet hat, Zionisten, nach Assimilation strebende Juden und Orthodoxe größere Anstrengungen unternehmen, zusammenzuarbeiten. Eine halbwegs enge, konfliktfreie und anhaltende Partnerschaft kam jedoch in den Jahren vor Hitlers »Machtergreifung« nicht zustande. Diese Art von Unstimmigkeit setzte sich bis in die NS-Zeit fort, bzw. bis alle jüdischen politischen Organisationen, einschließlich der zwei zionistischen, im Jahre 1938 offiziell aufgelöst wurden.

Letzten Endes blieb die zionistische Bewegung zur jüdischen Abwehrarbeit vor dem Hintergrund eines rapide eskalierenden Antisemitismus vor 1933 ambivalent eingestellt. Die Zionisten verstanden zwar, dass ihre durch Emanzipation erlangten Bürgerrechte, ihre wirtschaftliche Freiheit und gesellschaftliche Integration bedroht waren. Dennoch verharren sie auf dem traditionell zionistischen Bestreben, deutsche Juden auf die Auswanderung nach Palästina vorzubereiten und eine jüdische nationale Heimstätte zu errichten. Für sie war dies das einzig wirksame Mittel, mit dem Problem umzugehen. Sie verfolgten diese Strategie wie vor 1914 im Einklang mit den innen- und außenpolitischen Bedürfnissen des deutschen Staates, ganz egal, wer diesen Staat regierte. Die Umstände zwangen sie dabei, diesen *modus operandi* nach 1933 beizubehalten, da sie aus ideologischen Gründen und wegen der wachsenden Zahl antisemitischer Angriffe keine andere Wahl hatten.

Das zwiespältige Verhalten der NS-Politik gegenüber dem Zionismus in den dreißiger Jahren wurde von Rosenberg, Hitler und anderen schon vor 1922 vorgegeben. Es beinhaltete eine feindselige Ablehnung des zionistischen Ziels, einen jüdischen Staat in Palästina zu errichten, besonders weil die Nationalsozialisten glaubten, dass seine Durchsetzung für Juden weder möglich noch Absicht sei. Außerdem waren die Nationalsozialisten bereit, den Zionismus zur Enteignung aller deutschen Juden zu benutzen und sie zur Emigration zu zwingen. Der Antisemi-

99 Phelps, Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, S. 305.

tismus in Deutschland erzeugte ein Hassgefühl, das dem jüdischen Leben in Deutschland kaum etwas Positives abgewinnen konnte. Außerdem führte er zu Initiativen, denen zufolge jegliches jüdisches Leben in Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausgelöscht werden sollte. Den Zionismus als etwas grundsätzlich Gutes zu betrachten, das zu einem positiven Wandel führen könnte, und Zionisten als Vorzeigejuden zu bezeichnen, hätte mit der Kernaussage des Nationalsozialismus nicht übereingestimmt. Die Idee, dass der Zionismus dabei helfen könne, der verhassten jüdischen Präsenz ein Ende zu bereiten, hatte jedoch nur utilitaristischen Zweck.

Dieser Ansatz wurde von den Nationalsozialisten schon vor 1933 festgelegt. Trotz der zionistischen Bestimmtheit vor 1914 und den zionistischen Hoffnungen nach 1918 war der nationalsozialistische Antisemitismus letzten Endes niemals in der Lage, die zionistische Idee wirksam für eine allgemeine »Endlösung«, selbst für die relativ unbedeutende »Judenfrage« in Deutschland, einzusetzen. In keiner der Reden oder Schriften, in denen Hitler, Rosenberg und andere nationalsozialistische Führungspersonlichkeiten in der Weimarer Republik auf den Zionismus und andere Elemente einer späteren Judenpolitik eingingen, wurde versucht, diese im Entstehen begriffene Politik auf die größere Frage des jüdischen Lebens in ganz Europa anzuwenden.

III. NS-Verwirrung, zionistische Illusion, 1933

Auf der Suche nach einer angemessenen Politik

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 die Macht »ergriff«, war er nicht sofort in der Lage, eine spezifisch nationalsozialistische Judenpolitik in Deutschland durchzusetzen. Schließlich war die Weimarer Verfassung formal noch immer in Kraft und beinhaltete die Garantien zur rechtlichen Gleichstellung aller deutschen Staatsbürger. Außerdem war die nationalsozialistische Gleichschaltung, die Anpassung jedes Lebensaspekts in Deutschland auf die NS-Ideologie und Politik, noch nicht durchführbar, da sich eine Reihe von realen und potentiellen Gegnern einer NS-Diktatur in den Weg stellten. Auch konnte sich die totalitäre Regierung noch nicht auf einen Partei- und Staatsapparat verlassen, um eine umgreifende Judenpolitik zu formulieren und durchzusetzen.

Die antisemitischen Parteien und Organisationen hatten überdies vor 1930 relativ wenig Erfolg bei den deutschen Wahlen verzeichnet. Es gilt als erwiesen, dass der Antisemitismus nicht ausschlaggebend für den politischen Erfolg der Nationalsozialisten nach 1930 war. Es scheint auch ein allgemeiner Konsens darüber zu herrschen, dass die antisemitische Propaganda beim NS-Wahlsieg vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler eine sekundäre Rolle spielte. Obwohl es in der Weimarer Republik schätzungsweise 400 verschiedene völkische Organisationen und ca. 700 antisemitische Zeitungen sowie andere Publikationen gab, konnten sich antisemitische Parteien wie die NSDAP und andere bei den Reichstagswahlen zwischen 1924 und 1929 lediglich acht Prozent der Stimmanteile sichern.¹ Wie William Sheridan Allen in seiner klassischen Studie über eine deutsche Stadt in den letzten Jahren der Weimarer Republik und den ersten beiden Jahren des Dritten Reichs feststellte, hatten viele Deutsche ihren Glauben an die Weimarer Demokratie verloren und fühlten sich von der nationalsozialistischen Gesamtpolitik angesprochen, wobei der Antisemitismus nicht der entscheidende Faktor war.²

Die »Judenfrage« konnte und musste also nicht Hitlers höchste Priorität sein, als er das Kanzleramt am 30. Januar 1933 übernahm. Zu dieser Zeit gab es mehr als eine halbe Million Juden in Deutschland. Sie machten lediglich 0,7 Prozent der Bevölkerung aus. Ein Großteil von ihnen

1 Zimmermann, Die deutschen Juden, S. 40.

2 William Sheridan Allen, *The Nazi Seizure of Power: The Experience of a Single German Town, 1930-1933*, Chicago 1965, S. 77f.

war in mehr als 1.600 offiziellen jüdischen Gemeinden lose organisiert. Ungefähr ein Drittel der deutsch-jüdischen Bevölkerung lebte in Berlin und 55 Prozent in den zehn größten Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern.³ Der jüdische Bevölkerungsanteil in Deutschland war also relativ gering und konzentrierte sich hauptsächlich auf urbane Zentren. Deshalb konnten die Juden Hitlers Streben nach vollkommener politischer Kontrolle kaum im Wege stehen. Es dauerte nicht lange, bis seine Regierung einige der grundlegenden Ziele des modernen deutschen, vor 1933 geprägten Antisemitismus in politische Maßnahmen umsetzte. Dazu gehörten hauptsächlich die Revidierung der jüdischen Emanzipation und Assimilation sowie die Förderung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland.

Einige richtungweisende Studien in den frühen siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts, darunter jene von Karl Schleunes und Uwe-Dietrich Adam, stellten fest, dass es der NS-Judenpolitik während der dreißiger Jahre an einer klaren Richtlinie sowie an Planung und Koordination fehlte.⁴ Zumindest bis Ende 1938 kann man laut Schleunes nicht von einer einheitlichen, zentral geleiteten und koordinierten Judenpolitik sprechen. Was es gab, war eine gleichbleibende antijüdische Propaganda, die Joseph Goebbels vorgab.⁵ Mangels einheitlicher Direktiven führte eine große Anzahl von parteilichen und staatlichen Organisationen eine Reihe von politischen Maßnahmen zur Judenpolitik durch. Zeitweise taten sie dies unabhängig voneinander und ohne sich mit einer zentralen Regierungsstelle zu beraten. Adam definiert diese Vorgehensweise während der dreißiger Jahr als die »Polykratie des ›totalen‹ Staats.«⁶ Die-

3 Trude Maurer, *From Everyday Life to a State of Emergency: Jews in Weimar and Nazi Germany*, in: Marion Kaplan (Hg.), *Jewish Daily Life in Germany, 1618-1945*, New York 2005, S. 273 f.

4 Vgl. Schleunes, *The Twisted Road*; Adam, *Judenpolitik*.

5 Schleunes, *The Twisted Road*, S. 92.

6 Adam, *Judenpolitik*, S. 99-106, 108. Adam führt die wichtigsten Partei- und Regierungsstellen an, die sich mit der Judenfrage beschäftigten. Dazu gehörten Parteibüros wie das Rassenpolitische Amt der NSDAP, das Amt für Rechtspolitik, die Akademie für Deutsches Recht, das Amt des Beauftragten für außenpolitische Fragen-Dienststelle Ribbentrop, Alfred Rosenbergs Außenpolitisches Amt, die Auslandsorganisation der NSDAP, die Gestapo und der Sicherheitsdienst der SS. Zu den Regierungsstellen zählten das Reichsministerium des Innern, das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, die Reichskulturkammer, die dem Propagandaministerium unterstellt war, das Auswärtige Amt, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsjustizministerium und das Reichserziehungsministerium. Jede dieser Regierungsstellen unterhielt spezielle Judenreferate.

ser offensichtlich anarchistische Zustand war teilweise dadurch entstanden, dass sich das Regime im ersten Jahr nach seiner »Machtergreifung« dringlicheren Problemen zugewandt hatte. Man muss sich jedoch auch die Verwirrung und Inkonsequenz vor Augen halten, die jedem Versuch folgten, antisemitische Theorien in Realpolitik umzusetzen. Dieser Umstand hatte auf die Judenpolitik des Regimes während der dreißiger Jahre einen bedeutenden Einfluss.

Die rapide Gleichschaltung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Deutschland in den ersten eineinhalb Jahren nach Hitlers »Machtergreifung« führte zu Strategien, mithilfe derer gewisse allgemeine Ziele im Bezug auf die »Judenfrage« in Deutschland durchgesetzt werden sollten. Diese Strategien waren Ausdruck von nationalsozialistischen Ansichten, die bereits vor dem 30. Januar 1933 bestanden hatten, und enthielten kaum neue Inhalte. Sie gründeten sich auf bekannten nationalsozialistischen Forderungen, wie z.B., dass Juden von der »arischen« Mehrheit abgesondert und auf schnellstem Wege aus Deutschland entfernt werden sollten. Diese Maßnahmen wurden vor 1938 auf mehr oder weniger gesetzliche und geregelte Weise durchgeführt und von den meisten Deutschen stillschweigend akzeptiert.⁷ Außer diesen grundlegenden und unmittelbaren Zielen gab es anscheinend keine einheitlich formulierte Vision, wie man diese erreichen konnte. Außerdem bestand scheinbar nur eine schwache Verbindung zwischen Deutschlands sogenannter Judenfrage und Hitlers größerem Projekt, der Suche nach »Lebensraum« in Europa und dem Schicksal von Millionen von Juden, die in diesem Raum außerhalb von Deutschlands Grenzen lebten.

Angesichts von z.T. ungehinderten öffentlichen, von NS-Banden und Kommunalbeamten vorgenommenen Einschüchterungsmaßnahmen und Gewaltaktionen gegen Juden und aufgrund der Anwendung von Gesetzen, die Juden in den meisten Bereichen des deutschen Lebens von Nichtjuden absonderten, ließ sich im Jahre 1933 nur schwer eine umfassende und systematische nationalsozialistische Judenpolitik erkennen. Zudem kam es zu einer Rivalität zwischen den zahlreichen staatlichen und parteilichen Stellen, die sich einen Einfluss auf die Judenpolitik sichern wollten. Auch gab es von höchster Stelle im Staat oder der Partei anfangs keine einheitlichen Richtlinien.

Örtliche Parteibüros, die SA sowie Vertreter der Hitlerjugend unterstützten den Boykott der jüdischen Geschäftswelt am 1. April 1933

7 Christopher Browning, *The Origins of the Final Solution: The Evolution of Nazi Jewish Policy*, September 1939-March 1942, Lincoln 2004, S. 10.

und weitere antijüdische Maßnahmen während der dreißiger Jahre. Sie standen hinter den fortdauernden, hauptsächlich regional auftretenden Gewaltausbrüchen gegen Juden und ihren Besitz. Diese Tatsache schien jedoch nicht mit jener Vorgehensweise vereinbar zu sein, auf die Hitler in seinem Brief an Adolf Gemlich vom 16. September 1919 zu sprechen gekommen war. Hier forderte er einen »Antisemitismus der Vernunft« und eine nicht auf »rein gefühlsmäßigen Gründen« basierende Vorgehensweise im Bezug auf die »Judenfrage« in Deutschland. Ersteres würde natürlich eine geregelte, zentralisierte und vom Staat vorgegebene antijüdische Gesetzgebung erfordern. Außerdem sollte die Rolle der Juden in der deutschen Wirtschaft gemindert und ein willkürlicher, halb koordinierter Auswanderungsprozess in Gang gebracht werden. Nur so könnte Deutschland »judenrein« werden. Shlomo Aronson geht davon aus, dass ein Großteil der NS-Judenpolitik während der dreißiger Jahre auf Druck der Basis beschlossen wurde: »Die Behandlung der Juden durch das NS-Regime zwischen 1933 und 1939 wurde nach und nach immer radikaler [...] und dies] aufgrund von öffentlichen Gewaltakten, die radikale Elemente in der Partei anstifteten und schließlich in antijüdischen Gesetzen verankert wurden.«⁸ Besonders 1933 führte der nationalsozialistische Antisemitismus nicht immer zu genau definierten, von höchster Stelle vorgegebenen staatlichen Maßnahmen gegen die jüdische Gemeinschaft.⁹ Was die Judenpolitik bis zu diesem Zeitpunkt betrifft, so stellte der antisemitische Historiker Wilhelm Grau am 24. Januar 1934 in einer Ausgabe des *Völkischen Beobachters*, fast ein Jahr nach Hitlers »Macht-

8 Shlomo Aronson, *Hitler, the Allies, and the Jews*, New York 2004, S. 3f.

9 Zu den ungehinderten NS-Gewaltausbrüchen gegen die Juden im Jahre 1933 siehe Kershaw, *Hitler, 1889-1936*, S. 471f. Vgl. auch Michael Wildt, *Violence against Jews in Germany, 1933-1939*, in: David Bankier (Hg.), *Probing the Depths of Antisemitism: German Society and the Persecution of the Jews, 1933-1941*, Oxford 2000, S. 181-209. Wildt behauptet, dass Gewalt kontinuierlich vorkam und immer Teil der NS-Politik war, selbst vor der »Reichskristallnacht« am 9. und 10. November 1938. Er führt mehrere Beispiele für Vorkommnisse an, bei denen die örtliche SA, die Hitlerjugend und andere Organisationen in Städten in ganz Deutschland involviert waren, sowie persönliche Zeugenberichte von jüdischen Flüchtlingen und Überlebenden. Wildt entfernt sich daher weiter von traditionellen Interpretationen, denen zufolge die NS-Judenpolitik genau definiert und geradlinig war und von höchster Stelle verordnet wurde. Vgl. auch Adam, *Judenpolitik*; Schleunes, *The Twisted Road*; Wolfgang Benz (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945: Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1989; Saul Friedländer, *Nazi Germany and the Jews: The Years of Persecution, 1933-1939*, New York 1997.

ergreifung«, fest: »Die endgültige Form der nationalsozialistischen Lösung ist noch nicht bekannt.«¹⁰

Obwohl sich das NS-Regime zu Beginn des Jahres 1933 hauptsächlich auf die Eliminierung aller marxistischer Parteien und die allgemeine Gleichschaltung des deutschen Lebens konzentrierte, befasste es sich auch mit anderen Fragen, die es als wichtig erachtete, darunter die Wirtschafts- und Judenpolitik. Was die deutsche Wirtschaft betrifft, so beschloss die Regierung Maßnahmen, die Deutschland helfen sollten, die Krise zu bewältigen. Sie sah sich gehalten, öffentliche Ausgaben zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit durch eine Exportsteigerung zu verringern. Was die Juden betrifft, so erließ sie Gesetze, die die jüdische Emanzipation und Assimilation abschaffen und die Auswanderung beschleunigen sollten. Der wirtschaftliche Aufschwung und die Judenpolitik waren natürlich aus mehreren Gründen eng miteinander verbunden. Die großangelegte Entfernung der Juden aus Deutschland hätte erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen gehabt, weil der Versuch im wirtschaftlichen Klima der dreißiger Jahre, eine halbe Million Menschen aus Deutschland ohne ihre Vermögenswerte zu vertreiben, was sie in anderen Ländern als Immigranten noch inakzeptabler gemacht hätte, auch negative Rückwirkungen für Deutschland bedeutet hätte. Außerdem führte die Judenverfolgung in Deutschland, einschließlich des anti-jüdischen Boykotts vom 1. April 1933 und der Gewaltausbrüche, Einschüchterungsmaßnahmen und einer Reihe von antijüdischen Gesetzen, zu einem internationalen Boykott deutscher Waren. Dieser Boykott gefährdete laut den deutschen Behörden eine erfolgreiche Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft. In seiner Rede im Berliner Sportpalast vom 24. Oktober 1933 nahm Hitler auf die Spannung Bezug, die zwischen der deutschen Wirtschaftspolitik, die die Juden immer weiter in die Armut trieb, und der Auswanderungspolitik, die die Juden aus Deutschland vertreiben sollte, bestand. Er kritisierte Großbritannien dafür, ein Refugium für Juden in Palästina geschaffen und gleichzeitig Immigrationsquoten und -gebühren von bis zu 1.000 Pfund über diese Emigranten verhängt zu haben. Deutsche Juden konnten diese finanzielle Hürde angesichts der restriktiven Wirtschaftspolitik des Regimes nur schwer überwinden. Hitler behauptete: »Aber es würde noch schöner sein, wenn dann Großbritannien seine große Geste nicht abhängig machen würde von 1000 Pfund, sondern wenn es sagen würde: es kann jeder herein!«¹¹

10 Völkischer Beobachter, 24. Januar 1934.

11 PA: R78326, Pol. Abt. III, Politik 2, Palästina, Bd. 2. Auszugsweise Abschrift aus der Rede des Führers im Sportpalast am 24.10.1933.

Für die NS-Judenpolitik während der dreißiger Jahre und besonders im ersten Jahr des Dritten Reichs stellten sich folgende Fragen: Wie könnte der neue nationalsozialistische Staat seine antisemitische Einstellung nach Jahrzehnten der Propaganda in spezifische politische Maßnahmen umwandeln, die dem jüdischen Leben in Deutschland effektiv ein Ende bereiteten? Wer würde dafür verantwortlich sein, die notwendigen politischen Maßnahmen angesichts der bürokratischen Anarchie durchzusetzen, wie die Historiker Schleunes und Adam den Staatsapparat charakterisierten? Und welche langfristigen Ziele setzte sich das Regime in seiner Judenpolitik zusätzlich zum lang gehegten Wunsch, alle Juden aus Deutschland zu vertreiben? Das deutlichste Anzeichen für die gegenseitige Blockierung und daraus folgende Konfusion ist die Tatsache, dass die frühesten politischen Initiativen, die jüdische Auswanderung zu befördern, von jüdischen, vor allem zionistischen Stellen erdacht wurden und nicht von den Nationalsozialisten selbst. Dazu gehörte das Ha'avara-Abkommen vom August 1933.¹²

Das Ha'avara-Abkommen

Seit Beginn der nationalsozialistischen Bewegung war Hitlers ultimative Lösung für Deutschlands Wirtschaftsprobleme die Eroberung eines riesigen neuen »Lebensraums« in Osteuropa. Er glaubte, dass die wirtschaftlichen Probleme des Landes Folge von negativen politischen Strömungen seien und diese allein durch politische und militärische Aktionen überwunden werden könnten, die neuen »Lebensraum« in Europa sicherten.¹³ Angesichts der militärischen Machtlosigkeit Deutschlands und der Aufgabe, unmittelbar nach seiner Ernennung zum Reichskanzler seine Macht zu konsolidieren, verlor Hitler keine Zeit, um kurzfristige politische Maßnahmen zu ergreifen, die laut seinen wirtschaftlichen Beratern notwendige Vorbedingungen für die ultimative Lösung waren. Die deutsche Wirtschaft musste sich von der internationalen Krise erholen,

12 Der Prozess zur Durchsetzung des Ha'avara-Abkommens im August 1933 ist genauer beschrieben in Francis R. Nicosia, *The Third Reich and the Palestine Question*, New Brunswick 2000, Kapitel 3.

13 Vgl. z.B. Hitler, *Mein Kampf*, S. 225 f.; siehe für Hitlers Rede vor dem Düsseldorf-Industrieklub am 27. Januar 1932: Wolfram Fischer, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945*, Opladen 1968, S. 54; siehe für seine erste Rede vor den Reichswehrgenerälen am 3. Februar 1933: K. D. Bracher/W. Sauer/G. Schulz, *Die Nationalsozialistische Machtergreifung: Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftsystems in Deutschland 1933-1934*, Köln 1960, S. 478 f.

die ihre Ausfuhren lähmte und das Land von einem flauen Exportmarkt sowie teuren Nahrungsmittel- und Rohstoffimporten abhängig machte. Am 23. Februar 1933 übte der Deutsche Industrie- und Handelstag auf die Regierung Druck aus, Exporte anzukurbeln, die Arbeitslosigkeit zu verringern sowie die wirtschaftliche Sanierung der Nation voranzutreiben. Hitler ging wiederholt auf diese Probleme ein, wie z.B. im Jahre 1935, als er argumentierte: »Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Binnenkonjunktur ist nur möglich, wenn es gelingt, den Bedarf an lebensnotwendigen fremden Rohstoffen zu decken. Das ist nur gewährleistet, wenn die deutsche Ausfuhr auf einer entsprechenden Höhe gehalten wird.«¹⁴

Maßnahmen wurden ergriffen, um Einfuhren auf lebensnotwendige Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beschränken und deutsche Exporte zu steigern, um für diese Importe zu bezahlen und die Arbeitslosigkeit in der Folge zu reduzieren. Im April 1933 bemerkte der Außenminister Constantin von Neurath: »Unsere finanzielle Lage ist äußerst prekär [...]. Wir befinden uns in einer wirtschaftlichen Situation, in der alle Länder versuchen, ihre Handelsbilanzen im internationalen Warenaustausch mit anderen Ländern auszugleichen.«¹⁵ Drei Monate später befahl von Neurath allen deutschen Konsulaten, eine vollständige Analyse des deutschen Außenhandels in den verschiedenen Ländern durchzuführen und Vorschläge zu machen, wie man deutsche Importe in diese Länder steigern könne.¹⁶ Hjalmar Schacht, der Direktor der Reichsbank, setzte im September 1934 einen »neuen Plan« durch. Er verhängte strikte Importbeschränkungen und gab der Einfuhr von lebensnotwendigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die für die deutsche Rüstungsindustrie wichtig waren, Vorrang. Er reduzierte außerdem den Import von Fertigerzeugnissen. Gleichzeitig sollten Exporte deutlich angekurbelt werden. Deutschland sollte sich dabei weniger auf Westeuropa und Nordamerika konzentrieren, sondern vielmehr Anstrengungen in Richtung Nord-, Ost- und Südeuropa, den Nahen Osten sowie Südamerika unternehmen.¹⁷ Es wurde angenommen, dass in diesen Regionen weniger Konkurrenz herrschen und der Markt für deutsche Fertigerzeugnisse offenstehen würde.

14 Hans-Jürgen Schröder, *Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933-1939: Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des Deutsch-Amerikanischen Gegensatzes*, Wiesbaden 1970, S. 33.

15 BArch: R43, 1399, *Auswärtige Angelegenheiten, Ministerbesprechung vom 7. April 1933*.

16 ISA: 67/1272, AA/Berlin an sämtliche diplomatische Vertretungen, W.4462, 19. Juli 1933.

17 Fischer, *Deutsche Wirtschaftspolitik*, S. 72 f. Vgl. auch Hjalmar Schacht, *My First Seventy-Six Years*, London 1955, S. 327-334.

Außerdem könnte man von dort lebenswichtige Nahrungsmittel sowie Rohstoffe importieren und diese z.T. mit deutschen Exporten anstatt mit knapp vorhandenen Devisen bezahlen.

Außerdem konnte der nationalsozialistische Staat aus der jüdischen Auswanderung auch bedeutende wirtschaftliche Vorteile ziehen, wie z.B. durch die Enteignung des Besitzes der emigrierenden Juden und die Konfiszierung ihrer Vermögenswerte. Auch deutsche Ausfuhren würden dadurch angekurbelt. Während der dreißiger Jahre unterstützten die deutsche Regierung und die NSDAP fast einstimmig die Idee, die zionistische Sache als Teil einer Emigrationsinitiative unter deutschen Juden populär zu machen. In den ersten Monaten nach Hitlers »Machtergreifung« glaubten federführende Stellen im deutschen Außenministerium, besonders das Referat Deutschland, die NSDAP-Abteilung des Ministeriums sowie die Innen-, Wirtschafts- und Propagandaministerien, die Reichsbank und die SS, einige wichtige Vorteile aus den zionistischen Aktivitäten in Deutschland und der jüdischen Auswanderung nach Palästina ziehen zu können. Am wichtigsten war natürlich das erklärte Ziel des Regimes, alle Juden aus Deutschland zu verdrängen, etwas, das die zionistische Bewegung in Deutschland und anderen Ländern unterstützen konnte. Beamte des Außenministeriums hofften zudem, durch die Unterstützung der jüdischen Auswanderung nach Palästina dem negativen internationalen Echo zu begegnen, das aufgrund der nationalsozialistischen Verfolgung der Juden in Deutschland entstanden war. Das Justizministerium konnte die schrittweise Eliminierung der Bürgerrechte der Juden mit der althergebrachten antisemitischen Anschuldigung der »doppelten Loyalität« rechtfertigen, indem es auf den zionistischen Anspruch verwies, dass die Juden ein eigenes Volk mit einer eigenen nationalen Identität und letzten Endes einem Staat in Palästina seien. Der Zionismus lieferte dem Innenministerium und der SS, jenen zwei Stellen, die hauptsächlich für die jüdische Auswanderung verantwortlich waren, die Begründung und verfügte auch über die Infrastruktur und Institutionen, um die Entfernung der Juden aus Deutschland voranzutreiben. Das Wirtschaftsministerium und die Reichsbank waren außerdem der Ansicht, dass sie mit der Unterstützung der zionistischen Auswanderung nach Palästina eine Waffe gegen den internationalen Boykott deutscher Waren in der Hand hätten. Zusätzlich glaubten sie, dass sie die Möglichkeit hätten, deutsche Exporte nach Palästina und den Rest des Nahen Ostens über die jüdische nationale Heimstätte populär zu machen.¹⁸ Der

18 Hjalmar Schacht war von 1924 bis 1930 und von 1933 bis 1939 Präsident der Reichsbank. Unter Hitler amtierte er von 1934 bis 1937 als Wirtschaftsminister. In

allgemeine Konsens zu diesem Aspekt der NS-Judenpolitik wird als Thema in dieser Studie immer wieder aufgegriffen werden.

Zu Beginn wurde die zionistische Option innerhalb der deutschen Regierung am stärksten vom Außenministerium unterstützt, besonders vom Referat Deutschland, jener Abteilung, die für die außenpolitischen Auswirkungen der NS-Judenpolitik verantwortlich war. Vicco von Bülow-Schwante, der Vorstand des Referats Deutschland, war gegenüber einer prozionistischen Politik im Frühjahr und Sommer 1933 sehr positiv eingestellt. Er wurde schon früh von Heinrich Wolff (Abb. 1), dem deutschen Generalkonsul in Jerusalem von 1932 bis 1935 und langjährigen Befürworter der zionistischen



Abb. 1: Heinrich Wolff, deutscher Generalkonsul in Jerusalem, 1932-1935, undatiertes Passbild.

Ziele, in Diskussionen über den Zionismus eingebunden. Im Frühjahr und Sommer 1933 befürwortete Bülow-Schwante diese Bewegung sehr. Er beschrieb den Zionismus unter anderem als eine Lösung für wichtige Aspekte der »Judenfrage« in Deutschland, wie z.B. den Zustrom von »Ostjuden« ins Reich seit Ende des 19. Jahrhunderts.¹⁹ Anfang April genehmigte das Außenministerium zionistische Anträge auf Einreise- und Ausreisevisa für zionistische Vertreter aus Deutschland und dem Ausland, um die Arbeit der ZVfD für die Emigration deutscher Juden nach Palästina zu erleichtern.²⁰ Über das Referat Deutschland brachte das Außenministerium das Innenministerium außerdem dazu, den deutschen Zionisten eine Teilnahme am Zionistischen Weltkongress in Prag von August bis September 1933 zu gestatten. Dort sollten sie ihren Ein-

den dreißiger Jahren vertrat er allgemein gängige Ansichten zum Judentum. Obwohl er glaubte, dass jüdische Geschäftstätigkeiten nicht drastisch eingeschränkt werden sollten, betrachtete er Juden als Bürger zweiter Klasse. Ihre Rechte sollten deshalb beschnitten werden. Vgl. z.B. Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands »Judenfrage«: Der »Wirtschaftsdiktator« und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, Köln 1995. Vgl. auch Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966, S. 105-107.

19 BArch: R 43, 600 (Judentum), Runderlass des Ref. D (Bülow-Schwante) an alle dipl. und konsl. Auslandsvertretungen, Ref. D-913, 30. April 1933.

20 PA: R78325, Pol. Abt. III, Politik 2, Palästina, Bd. 1, ZVfD an AA, III O 119, 5. April 1933.

fluss dafür verwenden, die Bewegung von einem internationalen Wirtschaftsboykott gegen Deutschland abzuhalten. Dieser Strategie stimmte auch das Innenministerium zu.²¹ Die positive Einstellung des Außenministeriums zum Zionismus fußte auf der Vorstellung, dass diese Art von Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen inner- und außerhalb von Deutschland die »Judenfrage« auf eine Art und Weise lösen würde, die dem Reich weder wirtschaftlichen noch politischen Schaden zufügte. Gleichzeitig würde auch den Erfordernissen der NS-Rassenpolitik entsprochen werden.²² Selbst das von Joseph Goebbels geleitete Propagandaministerium erkannte den Werbeeffekt einer solchen Zusammenarbeit an. So wollte es die britischen Einwanderungsbeschränkungen nach Palästina als Vorwand nutzen, um die öffentliche Meinung im Ausland davon abzulenken, die Schärfe der antijüdischen Maßnahmen und im Besonderen die restriktiven deutschen Gesetze zu kritisieren.²³

Für das Regime bestand eine fast unmittelbare Interessengemeinschaft zwischen Außenhandel und Judenpolitik im Zusammenspiel mit Zionismus, jüdischer Emigration und der jüdischen nationalen Heimstätte. Der Nahe und Mittlere Osten begannen nach 1933 eine wichtigere Rolle im deutschen Außenhandel zu spielen. Wirtschaftsminister Schacht wollte deutsche Handelsströme von Westeuropa und Nordamerika wegverlagern.²⁴ Deshalb versuchte Deutschland, hauptsächlich nach Ägypten, in den Irak und Iran zu exportieren, da diese Länder eine höhere Bevölkerungsziffer aufwiesen und von Großbritannien und Frankreich relativ unabhängig waren. Für diese deutsche Exportinitiative im Mittleren Osten war Palästina sicherlich nicht aufgrund seiner Bevölkerungszahl von maßgeblichem Interesse, da diese doch eher gering war. Die Stellung als jüdische nationale Heimstätte, die relativ schnelle wirtschaftliche Entwicklung durch die zionistische Bewegung und der beträchtliche Zustrom von zentral- und osteuropäischen jüdischen Einwanderern und Kapital seit Ende des Ersten Weltkriegs machten es je-

21 PA: R98477, Referat-D, Po5 NE adh 6, Nr. 4, Bd. 1. RIM (Pfundtner) an AA, Nr. IA 2601/4.8, 9. August 1933; und RIM (Loehrs) an AA, Nr. Va. 927, 16. August 1933.

22 PA: R99346, Inland II A/B, 83-21, Bd. 1. Ref.-D an sämtliche Missionen u. Berufskonsulate, 83-21 28/2, 28. Februar 1934. Vgl. auch PA: R98477, Referat-D: Po5 NE adh6, Nr. 4, Bd. 1. Referat-D an RIM, Ref.-D 3160, 4. August 1933.

23 ISA: 67/1235, DGK/Jerusalem, 1926-1939, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda an Auswärtiges Amt, Gesch. Z.II 3224/5.9, 17. Oktober 1933.

24 Vgl. Rudolf Rahn, *Ruheloses Leben: Aufzeichnungen und Erinnerungen*, Düsseldorf 1949, S. 120.

doch zu einem attraktiven Markt für deutsche Güter. Darüber hinaus war Berlin bestrebt, antideutschen Boykott-Tendenzen entgegenzuwirken, die sich nach Palästina und in der Region ausgebreitet hatten.²⁵ Bereits in der Weimarer Zeit waren die zionistische Bewegung und die jüdische nationale Heimstätte in Palästina Hilfsmittel gewesen, um deutsche Exporte nach Palästina zu fördern. Hitlers Regime setzte diese Politik nach 1933 fort. Das Regime hoffte darauf, die Auswanderung der deutschen Juden voranzutreiben und deutsche Exporte nach Palästina und den Rest des Nahen Ostens zu steigern. Gleichzeitig sollte auch der internationale Boykott gegen deutsche Güter aufgehoben werden.

Das Ergebnis dieser Interessengemeinschaft war das Ha'avara-Abkommen. Die deutsche Regierung schloss dieses mit der zionistischen Bewegung in Deutschland und dem Ausland im August 1933 ab. Es kam hauptsächlich zustande, weil das Regime daraus politischen und wirtschaftlichen Nutzen ziehen wollte. Die Initiative für solch ein Abkommen war jedoch vom Yishuv, der jüdischen Gemeinde in Palästina, ausgegangen, die sich der Unterstützung der Zionistischen Weltorganisation, des deutschen Generalkonsuls in Jerusalem, Heinrich Wolff, und letzten Endes auch der deutschen Regierung sicher war. Das Abkommen war eine zionistische, also eine jüdische Initiative und nicht von den Nationalsozialisten erdacht. Die Zionisten beabsichtigten damit, einem Notstand abzuweichen: In ihren Augen lag es im beiderseitigen Interesse, wenn die jüdische Auswanderung aus Deutschland nach Palästina beschleunigt würde und Juden dadurch die Möglichkeit hätten, Deutschland zumindest mit einem Bruchteil ihres Vermögens zu verlassen. Die Situation spitzte sich bis 1933 zu. Den Juden wurden harte Bedingungen auferlegt, wenn sie aus Deutschland während der Weltwirtschaftskrise auswandern wollten. Außerdem galt es, die strengen Einreisebedingungen des britischen Mandats in Palästina zu erfüllen.

1931 erließ die deutsche Regierung infolge der Weltwirtschaftskrise ein Verbot auf den Abzug von Kapital aus Deutschland. Ein Jahr später, 1932, nahm Sam Cohen von Hanotaiah Ltd., einem Tel Aviver Unternehmen, das Zitrusfrüchte vertrieb, Verhandlungen mit der deutschen Regierung auf, um den deutsch-jüdischen Emigranten zu gestatten, einen kleinen Teil ihres beschlagnahmten Vermögens in Form von deutschen Maschinen und anderen für den Obstanbau wichtigen Produkten aus-

25 Vgl. Werner Feilchenfeld/Dolf Michaelis/Ludwig Pinner, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939, Tübingen 1972, S. 28f.

zuführen.²⁶ Cohens Initiative aus dem Jahre 1932 stellte keine Reaktion auf die Diskriminierung oder ein anderes dringliches Problem in der deutsch-jüdischen Gemeinschaft dar. Vielmehr standen Palästina und die Errichtung der nationalen Heimstätte für die Firma im Vordergrund. Außerdem wollte das Unternehmen neue Wege finden, um jüdische Kapital- und Einwandererströme in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten nach Palästina zu leiten. Diese Ziele änderten sich keineswegs aufgrund der Krise des jüdischen Lebens in Deutschland infolge des 30. Januar 1933. Von diesem Zeitpunkt an war es noch dringender, Juden und einen Teil ihres Kapitals so schnell wie möglich aus der »Gefahrenzone« zu bringen.

Ebenso wie die deutsche Regierung waren auch die Zionisten in Deutschland, Palästina und anderen Ländern über den internationalen Warenboykott gegen Deutschland im Jahre 1933 sehr besorgt. Die Nationalsozialisten fürchteten, ein solcher Boykott könne einen potentiellen wirtschaftlichen Aufschwung gefährden. Die Transferidee war daher ein wirksames Mittel, um einem solchen Boykott entgegenzuwirken. Die meisten Zionisten dagegen betrachteten den antideutschen Wirtschaftsboykott als eine Gefahr für alle Juden in Deutschland. Sie hielten ihn auch für ein Hindernis für eine Art von Transfer, wie sie ihn bereits vor 1933 verfolgt hatten, um die jüdische Emigration nach Palästina und den notwendigen Fluss von jüdischem Kapital in die nationale Heimstätte zu fördern.

Die NS-Beamten hatten 1933 bereits alle Probleme analysiert, die sich der deutschen Wirtschaftspolitik in den Weg stellten. Dazu gehörte der internationale Boykott gegen deutsche Waren, der hauptsächlich von britischen Gewerkschaften und einem jüdischen Ad-hoc-Komitee im Frühjahr 1933 organisiert wurde. In den Vereinigten Staaten griff diese Bewegung ein Jahr später als Reaktion gegen die NS-Verfolgung der Juden in Deutschland um sich. Die Reichskanzlei war über diesen sich immer weiter ausbreitenden Boykott äußerst besorgt und erkannte, dass die Aussicht auf eine Ausweitung deutscher Exporte aus diesem und anderen Gründen sehr düster war.²⁷ Bei mehreren Gelegenheiten drückte Außenminister von Neurath seine Besorgnis über den Boykott und die allgemein negativen Auswirkungen der NS-Judenpolitik auf die deut-

26 PA: R117390, Sonderreferat-W, Finanzwesen 16, Bd. 2, Aussage von Sam Cohen an das Jewish Telegraphic Agency Bulletin, 27. September 1933.

27 BArch: R43, 329, Vermerk über den Stand und die Aussichten der deutschen Warenausfuhr vom 24. Mai 1933.

schen Interessen im Ausland aus.²⁸ Bereits im März zitierte Hermann Göring deutsch-jüdische Führungspersönlichkeiten ins preußische Innenministerium und forderte von ihnen, dass sie ihren Einfluss in Großbritannien und den Vereinigten Staaten geltend machen sollten, um den Boykott zu beenden.²⁹ Der Boykott hatte ganz offensichtlich in Berlin Furcht aufkommen lassen, dass die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Diese Furcht wurde in NS-Kreisen noch durch den althergebrachten antisemitischen Mythos verstärkt, dass ein internationales jüdisches Komplott gegen Deutschland arbeiten würde und die Juden ihren Einfluss in Großbritannien und den Vereinigten Staaten einsetzen würden. Zwischen 1933 und 1935 verwendete die Gestapo sogar einen deutschen Juden als Vertrauensmann, dessen Hauptaufgabe es war, internationale jüdische Konferenzen zu besuchen und Teilnehmer zu bespitzeln. Neben dem Jüdischen Weltkongress in Genf und der revisionistisch-zionistischen Konferenz in Krakau besuchte dieser unter dem Decknamen »Stern« bekannte Mann Ende November 1934 auch die internationale Boykottkonferenz in London.³⁰

Wie eingangs erwähnt, unterstützte Heinrich Wolff, der deutsche Generalkonsul in Jerusalem, die Transferidee. Er war einer der frühesten und passioniertesten Verbündeten der Zionisten unter allen deutschen Beamten. Der Diplomat war mit einer Jüdin verheiratet und betrachtete den Zionismus und die jüdische Emigration aus Deutschland nach Palästina als den einzigen Weg, wie die Sicherheit und das Überleben der Juden angesichts Hitlers Entschlossenheit, dem jüdischen Leben in Deutschland ein Ende zu bereiten, gewährleistet werden könnten. Er scheute keine Mühen, um den Nutzen der zionistischen Bewegung bei der Bekämpfung des deutschen Boykotts, der Förderung von deutschen

28 Vgl. z.B. BArch: R43, 1399, Ministerbesprechung am 7. April 1933 über die außenpolitische Lage. Vgl. auch ISA: 67/1272, AA/Berlin an sämtliche diplomatische Vertretungen, W.4462, 19. Juli 1933; Genschel, *Die Verdrängung*, S. 76 f.

29 Vgl. z.B. Martin Rosenblüth, *Go Forth and Serve: Early Years and Public Life*, New York 1961, S. 250-254.

30 Vgl. USHMM: 11.001M.01, 17-16a. SS-Gruppenführer Heydrich, d.d.Hd. des Herrn Leiters der Abteilung II 1, im Hause, 4. März 1935. Stern warnte die Polizei davor, dass jüdische Organisationen in Deutschland sich der antideutschen Boykottbewegung allem Anschein nach widersetzen, sie jedoch in Wahrheit unterstützten. Es ist nicht eindeutig festzustellen, ob die Polizei Sterns Einschätzung Glauben schenkte. Die Gestapo verwendete Stern in dieser Funktion weiter, stellte aber einen anderen Mitarbeiter dazu ab, ihm bei seinen Arbeiten im Ausland nachzuspionieren. Vgl. auch Sterns Bericht vom 22. Februar 1935 in USHMM: 11.001M.01, 17-16a, 22. Feb. 1935.

Exporten und der jüdischen Emigration aus Deutschland hervorzuheben. Im Mai 1933 machte er das deutsche Außenministerium in Berlin darauf aufmerksam, dass die antideutsche Boykottbewegung sogar in Palästina immer weiter an Bedeutung gewinne. Das könne dem viel breiter angelegten Boykott in den Vereinigten Staaten und anderen Regionen Schubhilfe leisten und würde erst dann aufhören, wenn den deutschen Juden wieder alle Rechte zugesprochen würden.³¹ Wolff lobte die Bemühungen der kurz zuvor in Palästina angekommenen deutschen Zionisten bei der Verhinderung des Boykotts in Palästina. Er schlug vor, den Juden müsse klargemacht werden, dass solch ein Boykott ihrem eigenen Volk in Deutschland schaden würde. Dieses Argument hatte die ZVfD in Deutschland bereits öffentlich vorgebracht. Die beste Art und Weise, eine Anti-Boykott-Einstellung zu beweisen, wäre, die Juden zu überzeugen, ihr Kapital in Deutschland zu verwenden, um deutsche Waren anzukaufen, die in Palästina benutzt werden könnten. In Bezug auf Deutschland meinte Wolff, dass es Interesse daran hätte, seine Exporte anzukurbeln, um den jüdischen Palästina-Emigranten dabei zu helfen, in der Landwirtschaft tätig zu sein und sich eine neue Lebensgrundlage zu schaffen. Er schloss seine Bemerkungen damit, dass Deutschland dann in der Lage sein würde, dem internationalen antideutschen Boykott entgegenzuwirken.

Im April 1933 erließ die Exekutive der Jewish Agency for Palestine in London einen Appell *An die Juden aller Länder*. Darin forderte sie nicht nur alle Juden weltweit dazu auf, ihren deutschen Glaubens- und Kulturgenossen zu helfen, sondern bestätigte auch, dass die zionistische Bewegung außerhalb von Deutschland beabsichtige, »die wirtschaftlich und kulturell konstruktiven Kräfte des deutschen Judentums so weit wie möglich zu nutzen, unsere nationale Heimstätte in Palästina zu errichten.«³² Wahrscheinlich meinte die Londoner Exekutive mit »wirtschaftlichen« Kräfte zumindest teilweise die Bemühungen jüdischer Führungspersonlichkeiten in Palästina, die aufgrund der bereitwilligen Unterstützung von Heinrich Wolff die jüdische Emigration aus Deutschland nach Palästina durch den Einsatz von deutschen Exporten in die Wege leiten wollten.

31 PA: R78326, Pol. Abt. III, Politik 2, Palästina, Bd. 2. DGK/Jerusalem an AA/Berlin, »Jüdischer Boykott und seine Bekämpfung«, III O 178I, Nr. Polit. 40/33, 17. Mai 1933.

32 CZA: S25-9703, Jewish Agency for Palestine, London, »To the Jews in all Countries«, April 1933.

Am 25. April 1933 sandte Heinrich Wolff einen langen Bericht an Berlin, in dem er seine Diskussionen mit Hanotaiah Ltd. beschrieb, demselben Unternehmen, das ein Jahr zuvor versucht hatte, bei der jüdischen Emigration nach Palästina durch die Ausfuhr von deutschen Maschinen für die Zitruszucht zu helfen.³³ Nach einer genauen Beschreibung von Hanotaiahs Aktivitäten, seiner finanziellen Stellung und seinen laufenden Projekten listete Wolff Gerätschaften auf, wie z.B. Pumpen und Rohre für ein Bewässerungsprojekt, die das Unternehmen normalerweise aus der Tschechoslowakei importiert hätte, weil sie dort billiger als in Deutschland waren. So erörterte er ein Angebot von Hanotaiah, diese Geräte stattdessen aus Deutschland zu importieren und dafür mit jüdischem Kapital zu zahlen, das in Deutschland blockiert war. Wolff bemerkte: »Um deutschen Juden Übersiedlungsmöglichkeiten nach Palästina zu bieten, erwägt die Hanotaiah Ltd. jetzt, diese Bestellungen in Deutschland zu placieren in der Annahme, daß die Bezahlung nicht in Devisen, sondern aus den in Deutschland liegenden jüdischen Guthaben der Auswanderungskandidaten erfolgen kann.«³⁴ Wolff gab an, dass Hanotaiah ebenfalls daran interessiert sei, Düngemittel und Baumaterialien aus Deutschland auf dieselbe Art zu importieren, und für diese Exporte mit in Deutschland blockierten Reichsmark anstatt mit Devisen bezahlen wolle. Er schlug seinen Vorgesetzten im Auswärtigen Amt vor, dieses Ansuchen zu überdenken und Vertreter von Hanotaiah in Berlin für weitere Gespräche zu empfangen. Er machte auch darauf aufmerksam, dass italienische, jugoslawische und tschechische Unternehmen bereit seien, in solch einen Vertrag an Deutschlands Stelle einzusteigen, und dass Hanotaiah immer wieder betonte, dass es geschäftlichen Beziehungen mit Deutschland den Vorzug gab.

Sowohl Sam Cohen von Hanotaiah wie auch Heinrich Wolff drängten 1933 in Palästina auf ein umfassendes Transferabkommen. Cohen reiste im Mai nach Berlin, um mit dem Wirtschaftsministerium und in der Folge dem Außenministerium in Verhandlung zu treten. Am 19. Mai 1933 brachte das Wirtschaftsministerium in einer an Hanotaiah gerichteten Mitteilung, die über die deutsche zionistische Organisation lief, seine Unterstützung für ein Transferabkommen zum Ausdruck. Danach würden jüdische Emigranten bis zu 40.000 RM auf einem gesperrten Konto bei einer Berliner Bank hinterlegen. Diese Geldmittel würden dazu verwendet, deutsche Waren für den Export nach Palästina anzu-

33 PA: R117389, Sonderreferat-W, Finanzwesen 16, Bd. 1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr. Expf. 1/33, 25. April 1933.

34 Ebd.

kaufen, was es möglich machte, Emigranten aus Deutschland bei ihrer Ankunft in Palästina den entsprechenden Betrag in Form von Gütern zu übereignen. So könnten sie einen größeren Anteil ihrer Vermögenswerte ins Ausland fließen lassen, als es bei einem gewöhnlichen Transfer eigentlich erlaubt war.³⁵ Einen Monat später forderte Wolff das Außenministerium dazu auf, Cohen bei seinen Bemühungen in Berlin, eine Einigung mit dem Wirtschaftsministerium zu erzielen, zu unterstützen, und konstatierte: »Es hat sich in mir die Überzeugung immer mehr gefestigt, daß wir nur auf dem von Herrn Sam Cohen eingeschlagenen Wege aus der jüdischen anti-deutschen Boykottbewegung herauskommen können.«³⁶ Wolff berichtete auch, dass Cohen den Großteil der zionistischen Führungsspitze und der jüdischen Geschäftskreise in Palästina von der Richtigkeit seiner Vorgehensweise gegenüber Deutschland überzeugt hatte. Wolff war sicher, Cohen könne bei einer Besprechung mit Vertretern der internationalen Boykottbewegung in London etwas erreichen, wenn er einen erfolgreichen Abschluss mit dem Berliner Wirtschaftsministerium vorwies.

Die Frage des Boykotts und des Transfers war für das NS-Regime wie auch für die zionistische Bewegung während des Frühjahrs und Sommers 1933 untrennbar miteinander verbunden. Nach einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern des Wirtschafts-, Innen- und Propagandaministeriums, der Reichsbank und des Auswärtigen Amts wurde der Transfer am 10. Juli einstimmig unterstützt. Das Wirtschaftsministerium setzte Hanotaiah am 18. Juli davon in Kenntnis, dass es dazu bereit sei, »die Auswanderung der deutschen Juden nach Palästina zu unterstützen, um den weiteren Transfer ihres Vermögens in die Wege zu leiten.«³⁷

Im Juli kam es zu einem vorläufigen Abkommen zwischen dem Wirtschaftsministerium und Hanotaiah, das einen Warentransfer im Wert von 3 Millionen RM nach Palästina umfasste.³⁸ Diese Summe erwies sich für einen breit angelegten Transfer und eine beiderseits erwünschte Auswanderung bald als zu niedrig. Zionistische Beamte in Deutschland

35 PA: R117389, Sonderreferat-W, Finanzwesen 16, Bd. 1, RWM/Berlin an die Firma Hanotaiah Ltd. in Palästina, z. Hd. von Herrn Moses/Berlin, Dev. I 20111/33, 19. Mai 1933.

36 PA: R117389, Sonderreferat-W, Finanzwesen 16, Bd. 1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr. Empf. 19/33, 27. Juni 1933.

37 PA: R117389, Sonderreferat-W, Finanzwesen 16, Bd. 1, RWM/Berlin an Hanotaiah Ltd./Tel Aviv, Dev. I 30293, 18. Juli 1933. Vgl. auch Ernst Marcus, *The German Foreign Office and the Palestine Question in the Period 1938-1939*, in: *Yad Vashem Studies* 2 (1958), S. 182.

38 Vgl. ADAP: C, Bd. 1/2, Nr. 369.

und Palästina folgerten, Hanotaiah sei für den Transfer so großer Mengen deutscher Waren in Palästina nicht der geeignete Partner. Sie fürchteten, dass Einwanderer aus Deutschland ihre Ausgleichszahlung nicht unmittelbar nach ihrer Ankunft in Palästina erhalten würden. Deshalb stimmten alle Parteien überein, zwei Verrechnungsstellen zu errichten: eine in Deutschland, um die von jüdischen Emigranten zurückgelassenen Vermögenswerte in Reichsmark zu verwalten, und eine in Palästina, um die Zahlungen für in Palästina angekommene deutsche Waren durchzuführen und Rechnungen mit emigrierten Juden aus Deutschland zu begleichen.

Die zwischen Mitte Juli und Mitte August geführten Verhandlungen transformierten die begrenzte Vereinbarung zwischen Hanotaiah und dem Wirtschaftsministerium schließlich in das Ha'avara-Abkommen.³⁹ Siegfried Hoofien, der Direktor der Anglo-Palestine Bank of Tel Aviv, wurde gebeten, die Funktion der Hanotaiah zu übernehmen und deutsche Waren in Palästina zu verkaufen. Danach sollten die von Importeuren in Palästina bezahlten Geldmittel an die Emigranten aus Deutschland verteilt werden. Der gesamte Prozess sollte jedoch an eine zu errichtende Treuhandgesellschaft übergeben werden. In Deutschland verhandelte die ZVfD mit zwei deutsch-jüdischen Bankhäusern, M. M. Warburg aus Hamburg und A. E. Wassermann aus Berlin. Beide sagten zu, den Prozess auf deutscher Seite zu begleiten. Bei einer Zusammenkunft im Wirtschaftsministerium am 7. August kamen Zionisten aus Deutschland und Palästina sowie NS-Behörden überein, dass die im Juli-Abkommen beschriebene Funktion Hanotaiahs der Anglo-Palestine Bank überantwortet werden sollte. Diese sollte wiederum eine Treuhandgesellschaft in Palästina errichten, die den Verkauf von deutschen Waren auf dem palästinensischen Markt überwachen und die Rückerstattung von Vermögenswerten an deutsch-jüdische Emigranten bei ihrer Ankunft in Palästina übernehmen sollte. Sie stimmten auch überein, dass jede Person, die nach Palästina auswandern wollte, 1.000 £ Devisen mit sich führen könnte und bis zu 20.000 RM in Form von deutschen Waren, die in Palästina verkauft werden sollten, transferieren könnte.⁴⁰ Cohen und Hanotaiah stimmten zu, dass sie sich von dem Abkommen zurückziehen würden, da die Transferidee nunmehr viel breiter und umfassender angelegt sei.

Das Ha'avara-Abkommen wurde am 25. August unterzeichnet und drei Tage später in einem Rundschreiben des Reichswirtschaftsministe-

39 Vgl. Feilchenfeld u.a., Haavara-Transfer, S. 25-27.

40 Arthur Ruppın, Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Königstein/Ts. 1985, S. 446.

riums allen Stellen für Devisenbewirtschaftung in Deutschland bekannt gegeben. Laut Abkommen wurden die blockierten Gelder deutscher Juden, die nach Palästina ausreisen wollten, auf ein spezielles Konto der Reichsbank eingezahlt. Importeure in Palästina, die deutsche Waren erwerben wollten, überwiesen den dafür fälligen Betrag in palästinensischen Pfund an die Anglo-Palestine Bank. Ungefähr die Hälfte des Betrages wurde dann an die Reichsbank in Deutschland weitergeleitet. Die Waren wurden von den blockierten Geldern der nach Palästina emigrierenden Juden in Deutschland in Reichsmark bezahlt. Die Emigranten erhielten nach ihrer Ankunft in Palästina eine Kompensation für ihre blockierten Vermögenswerte. Diese speiste sich aus dem Restbetrag der Gelder, die Importeure aus Palästina ursprünglich auf der Anglo-Palestine Bank in Palästina eingezahlt hatten. Deutsch-jüdische Auswanderer nach Palästina konnten so den finanziellen Mindestanforderungen entsprechen, die die Britische Mandatsmacht verhängt hatte. In seinem Rundschreiben ging das Wirtschaftsministerium auch noch einmal auf die Motive der deutschen Regierung beim Abschluss des Abkommens mit den Zionisten in Deutschland und Palästina ein:

»Um die Abwanderung deutscher Juden nach Palästina weiterhin durch Zuteilung der erforderlichen Beträge ohne übermäßige Inanspruchnahme der Devisenbestände der Reichsbank zu fördern und gleichzeitig die deutsche Ausfuhr nach Palästina zu steigern, ist mit den beteiligten jüdischen Stellen ein Abkommen auf folgender Grundlage abgeschlossen worden.«⁴¹

Das im August abgeschlossene Abkommen sah die Gründung zweier Treuhandgesellschaften vor, eine in Deutschland und eine Palästina, die den Transferprozess vollständig durchführen konnten. In den folgenden Wochen gründeten die Warburg und die Wassermann Bank sowie die Anglo-Palestine Bank die Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden G.m.b.H. (Paltreu) in Berlin. Sie stand unter der Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, des Auswärtigen Amts und der Reichsbank. Ihre Aufgabe war es, jene deutschen Juden zu beraten, die nach Palästina auswandern und einen Teil ihres Vermögens mitbringen wollten. Auf palästinensischer Seite errichtete die Anglo-Palestine Bank das Trust and Transfer Office Haavara Ltd. in Tel Aviv, das die Aufgabe hatte, deutsche Exporte nach

41 PA: Sonderreferat-W, Finanzwesen 16, Bd. 2, Runderlass des Reichswirtschaftsministeriums, 54/33, 28. August 1933.

Palästina sowie die Rückvergütung von Geldern an jüdische Auswanderer aus Deutschland zu überwachen.

Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich, eine genaue Analyse des Ha'avara-Abkommens und seiner offiziellen Funktionsweise zwischen November 1933 und Dezember 1939 durchzuführen.⁴² Das Reichswirtschaftsministerium hob besonders die zentrale Rolle hervor, die das Ha'avara-Abkommen spielte, wenn es darum ging, dem internationalen Wirtschaftsboykott gegen Deutschland entgegenzuwirken.⁴³ Viel wichtiger war jedoch, dass viele der ca. 53.000 deutschen Juden, die nach 1933 aus dem Altreich nach Palästina auswanderten, das Ha'avara-System bis zu seiner Einstellung Ende 1939 nutzen konnten. Obwohl ein Großteil ihres Vermögens in Deutschland verloren war, konnten sie mehr als 110 Millionen RM in Form von deutschen Waren nach Palästina transferieren.⁴⁴ Mit Hilfe der Zionistischen Weltorganisation verurteilte die deutsche zionistische Bewegung den internationalen Wirtschaftsboykott gegen Deutschland und lobte das Ha'avara-Abkommen immer wieder. Natürlich blieb den Zionisten keine andere Wahl. Doch steht fest, dass sie bereits vor der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten ein solches Abkommen als eine günstige Methode betrachtet hatten, Juden sowie einen Teil ihres Kapitals sicher aus Deutschland zu transferieren und gleichzeitig die jüdische nationale Heimstätte aufzubauen. Da sie die positiven, philosophischen Gründe für das Ha'avara-Abkommen herausstreichen wollten, beschrieben sie diesen Prozess lieber als Export jüdischer Güter nach Palästina als als Ankauf deutscher Waren durch Juden.⁴⁵ Das Ha'avara-Abkommen ermöglichte deutschen Juden den

42 Eine vollständige Beschreibung des Ha'avara-Transfer-Abkommens findet sich in Feilchenfeld u.a., *Haavara-Transfer*. Vgl. auch Edwin Black, *The Transfer Agreement: The Dramatic Story of the Pact between the Third Reich and Jewish Palestine*, Cambridge 1999.

43 PA: R117389, Sonderreferat-W, Finanzwesen 16, Bd. 1, RWM an das AA, Nr. Dev. I 36005/33, 10. August 1933.

44 Feilchenfeld u.a., *Haavara-Transfer*, S. 75. Zu den nach Palästina via Ha'avara transferierten deutschen Waren zählten hauptsächlich deutsche Industrieprodukte wie Schwermaschinen und Bewässerungsgeräte, die für viele Bauprojekte der Jewish Agency in Palästina unerlässlich waren. Vgl. LBI: AR-C 6007, 26: Ten Years American Federation of Jews from Central Europe, Inc., 1941-1951.

45 Vgl. Jüdische Rundschau, 31. März 1933; PA: R117392, Sonderreferat-W, Finanzwesen 16, Bd. 4, Ernst Marcus/Paltreu-Berlin an die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, W6744, 24. Juli 1934; PA: R78326, Pol. Abt. III, Politik 2, Palästina, Bd. 2, Ernst Marcus/Paltreu-Berlin an AA/Berlin, III o 1308-34, 12. April 1934.

Beginn eines neuen Lebens mit einem kleinen Teil ihres Vermögens, das ansonsten verloren gewesen wäre. Viele von denen, die es in den dreißiger Jahren schafften, nach Palästina zu emigrieren, wären ohne das Ha'avara-Abkommen wahrscheinlich im Holocaust umgekommen.

Die Wirtschafts- und Judenpolitik der deutschen Regierung lief in einem Abkommen zusammen, das auf Initiative von Juden in Palästina und einem deutschen Diplomaten in Jerusalem entstanden war, der anti-nazistisch eingestellt war. Beide Seiten hofften darauf, dass die Ha'avara-Bestimmungen deutsche Juden zur Emigration bewegen, eine Kapitalflucht verhindern, die deutschen Exporte steigern und in bescheidenem Maße Arbeitsplätze in Deutschlands Exportindustrie sichern würden. Sie hofften ebenfalls darauf, dass das Abkommen einen Keil in die gefürchtete, doch letztlich größtenteils wirkungslose Bewegung für einen Wirtschaftsboykott gegen Deutschland treiben würde, da die meisten Zionisten in Palästina und auf der ganzen Welt wie viele nichtzionistische Juden das Ha'avara-Abkommen unterstützten. Deutsche Unternehmen, die von Zeit zu Zeit ihre Besorgnis über die möglicherweise negativen Auswirkungen antijüdischer Maßnahmen auf ihr Auslandsgeschäft zum Ausdruck brachten, schätzten die Aussichten auf deutsche Exporte in den Nahen Osten sowie die Tatsache, dass das Ha'avara-Abkommen dem antideutschen Boykott entgegenwirken würde.⁴⁶ Kurz nach dem Abschluss des Abkommens im August 1933 stellte das Auswärtige Amt in Berlin in einem Memorandum an das deutsche Generalkonsulat in Jerusalem zufrieden fest: »Es ist zu hoffen, daß die Durchführung des Abkommens zu einem Abflauen des Boykotts und damit zu einer Steigerung der deutschen Ausfuhr nach Palästina beitragen wird.«⁴⁷ Wie Yehuda Bauer jedoch bemerkte, war der unmittelbare Nutzen für das Regime derjenige, dass die jüdische Auswanderung aus Deutschland in die Wege geleitet wurde.⁴⁸

Bis zum Herbst 1933 kam in den Reden von nationalsozialistischen Führungspersonlichkeiten, in Ministerien und in der NS-Presse aufgrund der Ha'avara-Strategie in der NS-Politik eine allgemeine prozionistische

46 Vgl. PA: R98437, Referat-D, Po5NE adh 1, Nr. 1, Bd. 1 (verschiedene Briefe von deutschen Unternehmen an das deutsche Außenministerium). Vgl. auch PA: R92736, Pol. Abt. III-Wirtschaft, Palästina, Wirtschaft 21: Weltwirtschaftskonferenz, »Palästina und die Weltwirtschaftskonferenz«, Nr. 131, Bd. 1, 10. Juni 1934; Jüdische Rundschau, 25. Juli 1933.

47 PA: R117389, Sonderreferat-W, Finanzwesen 16, Bd. 1, AA/Berlin an DGK/Jerusalem, 31. August 1933.

48 Yehuda Bauer, *Jews for Sale? Nazi-Jewish Negotiations, 1933-1945*, New Haven 1994, S. 27 f.

Einstellung zum Vorschein. Zwar setzten einige Politiker, wie der NS-Landwirtschaftsminister Richard Walther Darré, ihren antisemitischen Kurs fort und behaupteten, dass Palästina die Machtbasis für eine jüdische Verschwörung sei,⁴⁹ doch brachten die meisten Regierungsvertreter im Herbst 1933 eine positive Meinung über den Zionismus und Palästina zum Ausdruck. So verkündete der bayerische Justizminister Hans Frank vor einer Gruppe von NS-Juristen beim Parteitag der NSDAP im Jahre 1933: »Ich finde, daß die Tragödie des jüdischen Volkes – wenn wir von einem solchen sprechen wollen – rechtlich dadurch zu lösen wäre, wenn man an die Frage der Errichtung des jüdischen Reiches in Palästina mit aller Macht heranginge.«⁵⁰ Die *Jüdische Rundschau* schrieb Ende Oktober, dass die NS-Zeitung *Der Angriff* eine jüdische Ansiedlung in Palästina befürwortete, wenngleich sie dagegen war, dass die arabische Mehrheit ihrer Rechte beraubt würde.⁵¹ Diese Meinung brachte *Der Angriff* im folgenden Jahr immer wieder zum Ausdruck. In einer dieser Ausgaben schrieb der Chefredakteur Schwarz van Berk: »Das Judentum ist in Deutschland nicht assimilierbar [...] der Jude ist für alle Zeiten aus der deutschen Schicksalsbahn ausgeschieden worden. Er möge sich beispielsweise in Palästina eine neue Heimstätte suchen. Wir haben das immer begrüßt. Unsere SA würde mit Freude Fahrkarten nach Tel Aviv zur Verfügung stellen. Juden unter sich – dagegen haben wir nie etwas einzuwenden gehabt.«⁵²

Bevor Deutschland im Herbst 1933 aus dem Völkerbund ausschied, deutete Friedrich von Keller, der Delegierte des Landes, darauf hin, dass die Regierung die Palästina-Option als Lösung für die »Judenfrage« befürwortete.⁵³

Zwischen Illusion und Realität

Wie alle Juden in Deutschland rangen die Zionisten um eine Einschätzung, wie sich die Krise während der turbulenten Monate vor dem Zerfall der Weimarer Republik entwickeln würde. Spekulationen über eine mögliche nationalsozialistische »Machtergreifung« gab es viele: Manche

49 R. Walther Darré, *Um Blut und Boden: Reden und Aufsätze*, München 1938, S. 71.

50 *Jüdische Rundschau*, 4. Oktober 1933.

51 *Jüdische Rundschau*, 31. Oktober 1933.

52 *Der Angriff*, 29. September 1934, 9. Oktober 1934.

53 *Jüdische Rundschau*, 4. Oktober 1933.

glaubten, dass Hitler es niemals in die Regierung schaffen werde. Andere waren der Ansicht, Juden würden bei einer Machtübernahme nicht unmittelbar in eine Katastrophe geraten. Diesen Meinungen schien ein Wunschdenken zugrunde zu liegen, das sich in verschiedenen – jüdischen wie nichtjüdischen – Bevölkerungsgruppen bemerkbar machte, die Anfang der dreißiger Jahre eine NS-Regierung fürchteten oder ihr gegenüber negativ eingestellt waren. In den Monaten vor dem 30. Januar 1933 äußerten sich die Vertreter der zionistischen Bewegung in ihren Stellungnahmen zur sich verschärfenden politischen und wirtschaftlichen Krise in Deutschland und ihrem möglichen Einfluss auf die jüdische Bevölkerung nicht dazu, welche Maßnahmen die Nationalsozialisten oder eine Koalitionsregierung unter der Führung der NSDAP gegen die Juden ergreifen könnten. Auch konnten sie ihre ambivalente Einstellung gegenüber der Frage nicht überwinden, welche Abwehrmaßnahmen im Falle eines Wahlsieges der Nationalsozialisten ergriffen werden sollten. Gleichzeitig versuchten die Zionisten, die Krise dazu zu verwenden, die zionistische Idee in der jüdischen Gemeinschaft zu verbreiten. In diesem Zusammenhang betonten Kurt Blumenfeld und die Führungsspitze der ZVfD die Richtigkeit der traditionellen zionistischen Philosophie und kritisierten auch die Tatsache, dass sich die meisten deutschen Juden diese Philosophie nicht zu eigen gemacht hatten. Außerdem wiesen sie darauf hin, dass der Zionismus bei einer möglichen Umwälzung, deren Art und Ausmaß noch nicht bekannt waren, eine einzigartige Rolle spielen würde.

Das vorherige Kapitel schilderte, wie die deutschen Zionisten in den letzten Monaten der Weimarer Republik erkannten, dass sie ihre Ziele nur erreichen konnten, wenn die Errungenschaften der jüdischen Emanzipation, d.h. die Bürgerrechte der Juden, erhalten blieben. Sie mussten einer Tatsache ins Auge sehen, die in der Geschichte der Bewegung noch nicht aufgetreten war, dass nämlich eine deutsche Regierung Gesetze erlassen könnte, die diesen Errungenschaften ein Ende setzen würden und eine wirksame zionistische Arbeit dadurch problematisch werden könnte. Die Resolution des Frankfurter Delegiertentags im September 1932 zur Stellung der Juden in Deutschland forderte die Zionisten auf, »den Kampf für die Durchsetzung unserer Forderungen – Wahrung der vollen Gleichberechtigung und Freiheit der Entfaltung unserer Eigenart – mit ganzer Kraft zu führen.«⁵⁴ Da die deutschen Zionisten nur sehr selten öffentliche Handlungen zur Verteidigung der Gleichberechtigung der Juden in Deutschland billigten, hatte dieser Entschluss auch seine Gegner. Diese hatten seit langer Zeit die Meinung vertreten, dass alle

54 Jüdische Rundschau, 21. Oktober 1932.

öffentlichen Maßnahmen in diese Richtung »unzionistisch« seien, da sie sich in deutsche Staatsangelegenheiten einmischten und von der jüdischen und zionistischen Bildung, der Auswanderung und der Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina ablenkten.⁵⁵

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte ein Teil der deutschen Zionisten, die selbst völlig assimiliert waren, das jüdische Leben in der Diaspora nicht abgelehnt. Die meisten von ihnen hatten ihre zionistischen Aktivitäten als eine Brücke zur Wiedervereinigung von Ost- und Westjuden betrachtet. Für andere wiederum war die Auswanderung nach Palästina die beste Option für die Massen armer, nichtassimilierter und verfolgter Juden aus Osteuropa.⁵⁶ Diese Einstellung hatte dazu geführt, dass sich die deutschen Zionisten nach dem Ersten Weltkrieg auf Palästina konzentrierten und danach strebten, dass letzten Endes alle deutschen Juden dorthin emigrieren sollten.⁵⁷ Die deutschen Zionisten wussten, dass die durch die Emanzipation geschaffenen jüdischen Lebensbedingungen weiterhin bestehen müssten, damit sie ihre Ziele vorantreiben könnten, solange es noch Juden in Deutschland gab.

Saul Friedländer schreibt, dass sowohl Zionisten wie auch Nichtzionisten im Rahmen ihrer eigenen Vorstellungen zur Lösung der »Judenfrage« glaubten, Juden in Deutschland könnten die Umwälzungen des Jahres 1933 überleben, wenn sie Geduld übten und an ihrer jüdischen Identität festhielten. Einige Zionisten gingen laut Friedländer sogar davon aus, dass der Triumph der Nationalsozialisten, wie Berl Katznelson festgestellt hat, »eine Gelegenheit zu Aufbau und blühendem Erfolg, wie wir sie noch nie gehabt haben oder je haben werden«, darstelle.⁵⁸ Robert Weltsch, der Chefredakteur der *Jüdischen Rundschau* während dieser Zeit, konstatierte später, dass viele Zionisten 1932 und auch danach die Hoffnung aufrechterhielten, eine veränderte, aber gegenseitig akzeptable Beziehung zwischen dem NS-Staat und den deutschen Juden sei möglich.⁵⁹ Diese Einstellung prägte das Denken sowie die Aktivitäten

55 Vgl. z.B. das Besprechungsprotokoll des Landesvorstands der ZVfD in Berlin vom 8. Januar, 1933. Siehe dazu Reinharz, *Dokumente*, Nr. 214, S. 545-552.

56 Vgl. Steven Aschheim, *Brothers and Strangers: The East European Jew in German and German Jewish Consciousness, 1800-1923*, Madison 1982, S. 80 f. Vgl. auch Jehuda Reinharz, *Fatherland or Promised Land*, S. 119 f.

57 Vgl. Reinharz, *The Zionist Response*, S. 138.

58 Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, München 2007, S. 78.

59 Robert Weltsch, *Entscheidungsjahr 1932*, in: Werner E. Mosse (Hg.), *Entscheidungsjahr 1932: Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1966, S. 557.

der Zionisten während des Jahres 1933. Die ZVfD versuchte mehrmals, die Behörden davon zu überzeugen, angemessene Bedingungen für das jüdische Leben in Deutschland aufrechtzuerhalten, einschließlich des Schutzes der Bürgerrechte für deutsche Juden und ihrer wirtschaftlichen und beruflichen Existenz, zumindest bis der Prozess der Auswanderung abgeschlossen war.

Am 21. Juni 1933 sandte die ZVfD ein offizielles Schreiben an Adolf Hitler. Darin brachte sie ihren Wunsch zum Ausdruck, sich für eine Lösung der »Judenfrage« in Deutschland im besten Interesse des deutschen wie auch des jüdischen Volkes einsetzen zu können. Die Stellungnahme mit dem Titel *Äußerung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland zur Stellung der Juden im neuen deutschen Staat*⁶⁰ stellte die Ansicht der Französischen Revolution in Frage, dass eine Nation aus Einzelpersonen bestünde anstatt aus einem Volk, das durch Blut, Geschichte und eine seelische Sonderart verbunden sei. Da die Juden aufgrund dieser Philosophie gezwungen seien, sich zu assimilieren, komme es laut dem Verfasser zu einer »Verfälschung des Deutschtums«, wie es die Nationalsozialisten bezeichnet hatten, und zu einer »Verjudung« des deutschen Lebens.

Die Erklärung hielt auch fest, der Zionismus habe erkannt, dass dieser Ansatz zur Lösung der »Judenfrage« falsch sei, und hob hervor, eine Lösung sei nur möglich, wenn die Emanzipation und Assimilation von jüdischen Einzelpersonen revidiert würde: »Der Zionismus glaubt, daß eine Wiedergeburt des Volkslebens, wie sie im deutschen Leben durch Bindung an die christlichen und nationalen Werte erfolgt, auch in der jüdischen Volksgruppe vor sich gehen müsse.«⁶¹ Die Stellungnahme befürwortete Deutschlands nationale Wiedergeburt durch den Nationalsozialismus und die Prinzipien der ethnischen und rassischen Abstammung, Religion, Schicksalsgemeinschaft und des Artbewusstseins. Darauf sei Deutschland begründet. Als Ausdruck der nationalen Wiedergeburt des jüdischen Volkes fußte der Zionismus ebenfalls auf diesen Prinzipien. Damit steckte die Äußerung zionistische Pläne für die jüdische Auswanderung aus Deutschland nach Palästina ab und verurteilte die internationale antideutsche Propaganda sowie die Boykottbemühungen. Sie deutete auch auf eine Möglichkeit hin, dass die jüdische Gemeinschaft Deutschlands während der Emigration den Status einer geschützten Minderheit annehmen sollte:

60 PA: R99346, Inland II A/B, 83-21, Bd. 1, »Äußerung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland zur Stellung der Juden im neuen deutschen Staat«, Berlin, 21. Juni 1933.

61 Ebd.

»Worum es uns geht, ist die Schaffung einer Lebensmöglichkeit für die Gesamtheit unter Wahrung unserer Ehre, die uns das höchste Gut ist. Wir wollen auf dem Boden des neuen Staates, der das Rassenprinzip aufgestellt hat, unsere Gemeinschaft in das Gesamtgefüge so einordnen, dass auch uns, in der uns zugewiesenen Sphäre, eine fruchtbare Betätigung für das Vaterland möglich ist.«⁶²

Schließlich forderte die Stellungnahme die deutsche Regierung dazu auf, in ihrer Judenpolitik die deutsch-zionistischen Bemühungen zu unterstützen, um damit eine Modellfunktion für andere europäische Länder zu erlangen.

Ein weiteres Beispiel für die zionistische Herangehensweise an die politische Situation im ersten Jahr nach Hitlers Machtübernahme lässt sich aus den Schriften von Rabbiner Joachim Prinz ablesen. Er emigrierte im Jahr 1937 in die Vereinigten Staaten. Den Großteil seines 1934 veröffentlichten Buches *Wir Juden* verfasste er 1933. Darin lehnt er die hauptsächlich nach Assimilation strebende Tradition im deutschen Judentum ab und fordert alle Juden auf, ihre jüdische Kultur und ihr Erbe zu pflegen.⁶³ Prinz stimmte mit Theodor Herzls Assimilationskritik überein und hielt die Juden dazu an, sich der zionistischen Sache anzuschließen. Über Menschen wie Alfred Dreyfuss' Ankläger und den christlich-sozialen antisemitischen Theologen Adolf Stöcker sagte er, dass »[ihnen] mehr Verdienste um die Erhaltung des Judentums und um die Erweckung aktiver jüdischer Impulse [zuzuschreiben sind], als [den] Juden selbst.«⁶⁴ Außerdem verkündete er: »Das Ende des liberalen Staates muß das Ende der liberalen Judenfrage zur Folge haben.«⁶⁵ Mit diesen Kommentaren bestätigte Prinz die Gründe dafür, wieso die Zionisten die jüdische Assimilation zu einer Zeit ablehnten, als die zionistische Rhetorik der Vergangenheit fast prophetisch erschien. Wie es auch in der ZVfD-Äußerung vom 21. Juni an Hitler zum Ausdruck gekommen war, sah Prinz fast keine andere Alternative, als die ethnonationalistische Basis des Zionismus mit einer Terminologie zu beschönigen, die den Nationalsozialisten vertraut erschien und sie vielleicht sogar ansprach:

»Wir wünschen an die Stelle der Assimilation das neue Gesetz: das Bekenntnis zur jüdischen Nation und zur jüdischen Rasse. Ein Staat, der aufgebaut ist auf dem Prinzip der Reinheit von Nation und Rasse,

62 Ebd.

63 Joachim Prinz, *Wir Juden*, Berlin 1934, S. 126, 129, 150-154.

64 Ebd., S. 129.

65 Ebd., S. 150.

kann nur vor dem Juden Achtung und Respekt haben, der sich zur eigenen Art bekennt.«⁶⁶

Wenn die Äußerung vom 21. Juni etwas vage die spezifischen Bedingungen, unter denen die Juden im neuen Deutschland weiterleben konnten, formulierte, so ging ein allgemeines, von ZVfD-Mitglied Martin Rosenblüth kurz vor seiner Emigration nach England geschriebenes Memorandum vom 13. September 1933 auf diese Frage etwas genauer ein.⁶⁷ Rosenblüth argumentierte, dass der deutsche Zionismus fast keine andere Wahl habe, als sich auf die Bedingungen zu konzentrieren, die eine geordnete Auswanderung aus Deutschland garantieren würden, und dass diese Bedingungen, besonders was das Vermögen der jüdischen Auswanderer betraf, nur zusammen mit den NS-Behörden geschaffen werden können. Laut Rosenblüth bestand kein Zweifel, dass sich die deutschen Juden nach 1933 in einer äußerst exponierten Situation befanden. Er erklärte: »Die deutschen Zionisten glauben, daß die Neuregelung des Status der deutschen Juden davon ausgehen muß, daß die deutsche Judenheit eine deutlich erkennbare festumrissene Gruppenminorität gegenüber einer numerisch mehr als 100x so starken Staatsnation darstellt.«⁶⁸ Er hoffte, das neue Deutschland würde Juden einen Status zugestehen, der ihnen gestattete auszuwandern und dabei einen Teil ihres Kapitals in geregelter, humaner und gegenseitig zufriedenstellender Weise abzuziehen. Er sah es angesichts der beabsichtigten engen Verknüpfung von Volk und Staat in Deutschland als unrealistisch an, dass althergebrachte Ideen und Prinzipien für das jüdische Leben in Deutschland ihre Gültigkeit behalten würden. Stattdessen müsse ein vollkommen neuer Ansatz gefunden werden, »um ein *modus vivendi* für eine solche Minoritätengruppe innerhalb des neuen Staates zu schaffen.«⁶⁹

Rosenblüth führte weiter aus, welche Bedingungen er sich für die Existenz der Juden als anerkannte nationale Minderheit im »neuen« Deutschland erhoffte. Er forderte die staatsbürgerliche und rechtliche Gleichstellung der Juden mit anderen Bürgern und die Aufhebung aller Beschränkungen ihrer wirtschaftlichen Existenz. Er bat auch um

66 Ebd., S. 154.

67 PA: R98478, Referat-D., Po5 NE adh 6, Nr. 4, Bd. 2, »Zusätzliche Bemerkungen zur deutschen Judenfrage«, 13. September 1933. Diese Bemerkungen waren der zweite Teil eines längeren Berichts über das Ergebnis des 18. Zionistischen Kongresses, der gerade in Prag zu Ende gegangen war. Es ist wahrscheinlich, dass der gesamte Bericht für das Auswärtige Amt vorbereitet wurde.

68 Ebd.

69 Ebd.

staatliche Unterstützung für die Berufsbildungs- und Umschulungsprogramme für deutsche Juden, damit sie sich eine Existenzgrundlage sichern konnten, während sie sich in Deutschland auf ein neues Leben in Palästina vorbereiteten. Er plädierte für den Schutz autonomer jüdischer religiöser Einrichtungen, Schulen, Sport- und Wohlfahrtsorganisationen sowie Auswanderungsbehörden und hob hervor, es sei notwendig, dass zumindest die Hälfte aller deutschen Juden mit ihrem Vermögen über die nächsten zehn Jahre ungehindert auswandern dürfe. Kurz gesagt hofften Rosenblüth und die ZVfD darauf, der NS-Staat würde Juden, um das gemeinsame Ziel der Auswanderung zu beschleunigen, Rechte zugestehen, die jenen vor 1933 nicht unähnlich waren. Der einzige Unterschied war, dass diese nur für einen gewissen Zeitraum und nicht für immer gelten sollten. Doch trotz der Einigkeit von ZVfD und NS-Regime darüber, dass die Juden eine eigene Volksgemeinschaft bildeten und die jüdische Auswanderung aus Deutschland wünschenswert war, stimmte das Regime aufgrund seiner antisemitischen Einstellung dem Großteil von Rosenblüths Programm nicht zu. Stattdessen erlegte es der deutschen zionistischen Bewegung Bürden auf, die es ihr erschwerten, eine geregelte und wirtschaftlich existenzsichernde Ausreise aus Deutschland durchzuführen.

Niemals zuvor hatten die Zionisten nationale Autonomie oder einen Minderheitenstatus für Juden in Deutschland gefordert, sondern auf der staatsbürgerlichen Gleichstellung bestanden, wie sie die deutsche Verfassung vor und nach dem Ersten Weltkrieg garantierte. Diese Gleichstellung sollte so lange währen, wie Juden in Deutschland lebten. Dennoch vergab die deutsche Regierung keinen Minderheitenstatus an die deutschen Juden, der Garantien auf den Schutz bestimmter Rechte beinhaltet hätte. Zwar antwortete Hitlers Reichskanzlei nie direkt auf die Äußerung der ZVfD vom 21. Juni, doch stellten sich andere Führungspersönlichkeiten im Regime einem Minderheitenstatus für Juden in Deutschland entgegen. Im September 1933 lehnte das Referat Deutschland im Auswärtigen Amt eine Reihe von Vorschlägen ab, darunter den offiziellen Minderheitenstatus für Juden, da der Völkerbund in diese Entscheidung einbezogen werden müsste.⁷⁰ Ideologisch zeigte die Frage des Minderheitenstatus für Juden auch, dass die Nationalsozialisten über die theoretische Beziehung zwischen Deutschen und Juden in gewissem Maße verwirrt waren. Am 30. Oktober 1933 wies Alfred Rosenberg in einer Rede im Berliner Sportpalast die Vorstellung kategorisch zurück,

70 PA: R98470, Referat-D., P05 NE adh 6, Bd. 3, zu Ref.-D 4202, AA (Bülow-Schwante) an den Reichsstatthalter in Baden/Karlsruhe, 18. September 1933.

dass Juden in Deutschland eine nationale Minderheit darstellten, da eine eigene Sprache und Kulturgeschichte Voraussetzungen für einen solchen Status seien. Beides könnten die meisten jüdischen Gemeinden in Deutschland nicht aufweisen.⁷¹

Spaltungen innerhalb der revisionistischen zionistischen Bewegung in Deutschland und dem Ausland führten dazu, dass zumindest bis 1934 keine systematischen politischen Maßnahmen ergriffen wurden. In jenem Jahr wurde die revisionistische Staatszionistische Organisation gegründet. Sie basierte auf ähnlichen illusorischen Vorstellungen über eine mögliche Interessengemeinschaft zwischen dem NS-Regime, dem deutschen Volk und der revisionistischen zionistischen Sache wie andere Initiativen. Ein undatiertes, wahrscheinlich 1935 verfasstes Grundsatzpapier der Organisation enthält dahingehende Argumente.⁷² Das Papier bestätigt das Ziel der totalen, zeitlich befristeten jüdischen Auswanderung aus Deutschland als Teil eines Plans, die Diaspora durch den Transfer des gesamten Judentums nach Palästina zu beenden. Mithilfe eines Arguments, das der Äußerung der ZVfD vom 21. Juni nicht unähnlich war, befürwortete das Dokument das Ziel der Nationalsozialisten, ein neues Deutschland aufzubauen, in dem Juden von der Teilnahme am Staatsleben aufgrund von völkischen Prinzipien ausgeschlossen waren:

»Die in Deutschland lebenden Juden anerkennen das Recht des deutschen Volkes auf eine seinem Willen entsprechende Lebensgestaltung unter Ausschluss jeder ungewünschten Einmischung. Als Gäste des deutschen Volkes verzichten sie auf jede Propaganda und jeden Widerstand gegen die zur Lösung der Judenfrage von der deutschen Regierung in Übereinstimmung mit den dazu berufenen jüdischen Organen beschlossenen Maßnahmen. Organisationen der Juden in Deutschland, die sich dem widersetzen, sind aufzulösen.«⁷³

Die Revisionisten betonten ihre Bereitschaft, mit dem Regime zusammenzuarbeiten, um ihre »gemeinsamen Ziele« in Bezug auf die »Judenfrage« durchzusetzen, besonders ihr gemeinsames Interesse daran, das Entstehen einer neuen »Judenfrage« zu verhindern und die jüdische Emigration nach Palästina zu leiten. Die Stellungnahme definierte des Weiteren die wirtschaftlichen Erfordernisse sowie andere politische Maßnahmen und Programme innerhalb Deutschlands, die notwendig

71 Jüdische Rundschau, 3. November 1933.

72 USHMM: 11.001M.01, 30217, »Totale Lösung der Judenfrage in Deutschland. Der Staatszionismus, der natürliche Vollstrecker dieser Aufgabe« (undatiert).

73 Ebd.

sein, um deutsche Juden schnell nach Palästina zu befördern. Deshalb forderten ihre Autoren, dass »dem Boykott deutscher Waren im Ausland [...] entgegengewirkt werden [müsse], [...] um eine beschleunigte Durchführung der jüdischen Auswanderung durch möglichste Steigerung des Bezuges deutscher Waren zu fördern.«⁷⁴ Schließlich schlugen die Staatszionisten die Errichtung eines zentralen jüdischen Emigrationsbüros vor, das die Erlaubnis hätte, alle jüdischen Organisationen dazu zu bringen, den Regierungsplänen und -vorschriften Folge zu leisten. Obwohl nicht explizit ausgesprochen, hieß das, dass Georg Kareski, der Präsident der Staatszionisten, dieses Büro leiten sollte. Die NS-Regierung reagierte auf diesen Vorschlag ebenfalls nicht.

Am Vorabend des 1. April 1933, an dem ein NS-Boykott jüdischer Betriebe in Deutschland bevorstand, sandte die offiziell am 17. September gegründete, aber seit dem Frühjahr aktive Reichsvertretung der deutschen Juden (RVt) einen Brief an Adolf Hitler. Darin verurteilte sie den geplanten Boykott jüdischer Betriebe sowie den internationalen antideutschen Boykott im Ausland. Im Brief stand ebenfalls, dass die deutschen Juden »auf den Herrn Reichspräsidenten und auf die Reichsregierung [vertrauen], daß sie uns Recht und Lebensmöglichkeit in unserer deutschen Vaterlande nicht nehmen lassen werden.«⁷⁵ Im Juli 1933 brachte die Reichsvertretung zum wiederholten Mal ihre Ablehnung des internationalen Boykotts gegen Deutschland in einem Telegramm an Lord Melchett zum Ausdruck, der dem englischen Komitee zur Boykottierung deutscher Waren (English Committee for the Boycott of German Goods) in London vorstand. Danach versicherte sie der deutschen Regierung in regelmäßigen Abständen, dass deutsche Juden niemals einen Boykott befürworten würden, da ein Rückgang der Exporte den jüdischen Einwohnern aufgrund ihrer besonderen Rolle im wirtschaftlichen Leben des Landes einen großen Schaden zufügen würde.⁷⁶ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF), beides nichtzionistische Organisationen, sandten im Juli ebenfalls Telegramme an Lord Melchett und baten ihn dringend, einen geplanten internationalen Kongress zum

74 Ebd.

75 Salomon Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939*, Tübingen 1974, S. 184.

76 BArch: R43, 600. Reichsvertretung der deutschen Juden an Lord Melchett/London, Juli 1933; PA: R99346, Inland II A/B, 83-21, Bd. 1. Reichsvertretung der deutschen Juden an AA/Berlin, 15. Mai 1934.



Abb. 2: Kurt Blumenfeld, Präsident der Zionistischen Vereinigung für Deutschland 1924-1933, im Jahr 1931.

Boykott deutscher Waren abzusagen.⁷⁷ Orthodox-jüdische Organisationen in Deutschland sprachen sich ebenfalls in ihren Publikationen sowie über ihre internationalen Kontakte gegen die Boykottbewegung aus.⁷⁸ Einige Juden außerhalb von Deutschland, darunter die revisionistischen Zionisten und mehrere nichtzionistische Gruppen, unterstützten dagegen den Boykott, um die deutsche Regierung dazu zu bewegen, ihren jüdischen Bürgern wieder die vollen Rechte zu gewähren.⁷⁹

Im März 1933 beschrieb Kurt Blumenfeld (Abb. 2) in einem Brief an den preußischen Innenminister alle Maßnahmen, die die ZVfD ergriffen hatte, um sich gegen die antideutsche Propaganda im Ausland zur Wehr zu setzen. Einer dieser Schritte

war eine scharf formulierte öffentliche Stellungnahme, die von der *Jewish Telegraph Agency* am 26. März veröffentlicht wurde. Darin verurteilte die ZVfD die deutschfeindliche Propaganda.⁸⁰ Am selben Tag sandte sie einen vertraulichen Bericht nach London, in dem beschrieben wurde, welchem schrecklichen Druck und Übergriffen alle Juden in Deutschland ausgesetzt waren. Die Autoren baten jedoch um Vorsicht und Zurückhaltung im Umgang mit den Protesten gegen die NS-Judenpolitik und

77 PA: R98442, Referat-D, Po5 NE adhr, Nr. 3, Centralverein an AA/Berlin, 20. Juli 1933, und RjF an Lord Melchett/London, 10. Juli 1933. Die Konferenz fand letzten Endes am 5. November 1933 in London unter der Teilnahme von 400 hauptsächlich britischen und amerikanischen Besuchern statt. Zu den Delegierten zählten Vertreter von Synagogen, zionistischen Organisationen (hauptsächlich Revisionisten) und jüdischen Gewerkschaften. Die Konferenz beschloss, den Boykott gegen Deutschland zu intensivieren.

78 Vgl. z.B. PA: R98442, Referat-D, Po5 NE adhr, Nr. 3, Landesorganisation der Agudas Jisroel in Deutschland an AA/Berlin, 10. Juli 1933.

79 Vgl. z.B. USHMM: 11.001M.01, Reel 2-135, The Executive Committee of the World Union of Zionist Revisionists, Head Office for Economic Defence, Programme of Work for 1934.

80 Klaus Herrmann, *Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933-1934*, Köln 1969, S. 63f.

verurteilten einen Boykott als kontraproduktiv.⁸¹ Die *Jüdische Rundschau* veröffentlichte Aufrufe, dass all jene, die im Ausland für einen Boykott eintraten, diese antideutsche Propaganda einstellen sollten.⁸² Außerdem begann die Exekutive der Jewish Agency for Palestine in London im März und April eine Kampagne, um mit der Vorstellung aufzuräumen, dass antideutsche Propaganda und Boykotte eine wirksame Methode seien, um Juden in Deutschland Hilfe zu leisten. Stattdessen rief sie dazu auf, den deutschen Juden wirtschaftliche und finanzielle Hilfe bereitzustellen. Außerdem sollten alle Völker »aufgrund der jüngsten Ereignisse [zusammenarbeiten], damit Palästina für die grundlegende und radikale Lösung der Judenfrage in den Vordergrund gerückt werde.«⁸³

Im August desselben Jahres, kurz nach seiner Emigration aus Deutschland nach Palästina, schrieb Kurt Blumenfeld an Chaim Weizmann (London) und bat ihn, jegliche antideutsche Rhetorik beim 18. Zionistischen Kongress in Prag zu vermeiden.⁸⁴ In dem Brief bewertete Blumenfeld die Ansichten seiner Kollegen in Deutschland sowie die gefährliche Situation, mit der alle Juden im NS-Staat konfrontiert waren. Er bestätigte, dass alle Juden, einschließlich der deutschen Zionisten, Geiseln in Hitler-Deutschland waren und dass all jene, die an ihrem Schicksal interessiert waren, die Nationalsozialisten nicht zu neuen antijüdischen Maßnahmen provozieren sollten. Nachdem er bemerkt hatte, dass die Zionistische Vereinigung für Deutschland trotz ihrer Verurteilung von NS-Handlungen dem Regime weder den Krieg erklären konnte noch sollte, führte er weiter aus:

»[D]a wir aber andererseits die Aktionen der Nationalsozialisten aufs schärfste verurteilen, bitte ich Sie, in den Mittelpunkt Ihres Referates ausschließlich die grundsätzliche Behandlung der Judenfrage zu stellen und die Entwicklung in Deutschland nur als das deutlichste Beispiel für die Unmöglichkeit der Assimilation zu behandeln [...]. Ich hielt es aber für meine Pflicht, Sie dringend darum zu bitten, eine anti-deutsche politische Rede zu vermeiden. Wir deutschen Juden und insbesondere auch die deutschen Zionisten sind Geiseln in der Hand

81 CZA: S25/9703, »Confidential Message from the Zionist Federation of Germany, brought to London on 26 March 1933«.

82 Vgl. z.B. *Jüdische Rundschau*, 31. März 1933.

83 CZA: S25/9703, Executive of the Jewish Agency for Palestine, London, »To the Jews in all Countries«, April 1933. Vgl. auch CZA: S25/9703, Telegramm des Zionistischen Weltkongresses in London an Stephen Wise, American Jewish Congress, 27. März 1933.

84 Blumenfeld, *Im Kampf*, S. 127.

der nationalsozialistischen Regierung, und wenn man ernsthaft an ihrem Schicksal interessiert ist, dann darf man dieser Regierung keine neuen Waffen in die Hand geben. Ich bin auch ein absoluter Gegner des Boykotts.«⁸⁵

Der 18. Zionistische Weltkongress in Prag, zwischen dem 21. August und 4. September 1933 abgehalten, befolgte Blumenfelds Warnungen: 370 Delegierte aus der ganzen Welt lehnten mehrheitlich Beschlüsse ab, einen internationalen antideutschen Boykott zu unterstützen. Der Großteil befürwortete das jüngst abgeschlossene Ha'avara-Abkommen.⁸⁶ Das NS-Regime war jedoch nicht davon überzeugt, dass keine Verbindung zwischen den Agitatoren des Boykotts und der zionistischen Bewegung außerhalb von Deutschland bestand. Dies kommt in einem Artikel im *Völkischen Beobachter* über den 18. Zionistischen Kongress in Prag zum Ausdruck.⁸⁷ Zwar kritisiert der Artikel die zionistische Arbeit nicht, dennoch zeigt er sich darüber besorgt, dass sich trotz der Ablehnung der Beschlüsse bezüglich eines Totalboykotts deutscher Waren eine deutliche Feindseligkeit gegen Deutschland bei der Konferenz feststellen ließ. Die Delegierten unterstützten letzten Endes laut Meinung der Wochenzeitung indirekt diesen Boykott. Dieser Verdacht wurde noch durch den althergebrachten antisemitischen Mythos einer monolithischen jüdischen Verschwörung verstärkt. Unterschwellig wurde damit behauptet, dass alle Juden letzten Endes den Boykott sowie andere Bemühungen, den Nationalsozialismus und das deutsche Volk zu untergraben, unterstützen würden.

Die deutschen Revisionisten taten sich mit dem antideutschen Boykott etwas schwerer. Die Stellung der ZVfD spiegelte die Tatsache wider, dass die Zionistische Weltorganisation in London und die Jewish Agency for Palestine in Jerusalem, jene größeren Organisationen, zu denen sie gehörte, dem Boykott gegenüber im Allgemeinen negativ eingestellt waren. Sie hatte auch das Ha'avara-Abkommen mit der nationalsozialistischen Regierung und den zionistischen Organisationen innerhalb und außerhalb von Deutschland unterzeichnet. Die Staatszionisten dagegen hatten keine andere Wahl, als komplett mit der revisionistischen New Zionist Organization (vormals World Union of Zionists-Revisionists) zu brechen. Dies geschah hauptsächlich aufgrund des internationalen

85 Ebd., S. 124, 127.

86 David Yisraeli, *The Third Reich and the Transfer Agreement*, in: *Journal of Contemporary History* 6 (1972), S. 132.

87 *Völkischer Beobachter*, 12. September 1933.

antideutschen Boykotts sowie des Ha'avara-Abkommens.⁸⁸ Die Revisionisten außerhalb von Deutschland unter der Führung von Wladimir Jabotinsky, dem Begründer des revisionistischen Zionismus, gehörten zu den vehementesten Unterstützern des Boykotts gegen Deutschland.⁸⁹ Jabotinsky selbst trat gegen das Ha'avara-Abkommen und gegen jede Vorstellung auf, dass NS-Deutschland mit einem jüdischen Palästina Handel treiben sollte.⁹⁰ Die Staatszionisten in Deutschland taten damit alles in ihrer Macht stehende, um die NS-Behörden davon zu überzeugen, dass sie nichts mit den internationalen Revisionisten zu tun hatten. Sie unterstützten ebenfalls die Auswanderung aller deutschen Juden in einer bestimmten Zeitspanne. Für sie war dies die einzige Lösung für die »Judenfrage«. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als die Ansicht der ZVfD, dass die Boykottbewegung kontraproduktiv sei und Juden auf der ganzen Welt die jüdische Emigration aus Deutschland beschleunigen könnten, indem sie den Export deutscher Waren ankurbeln halfen, zu unterstützen. Ein Boykott, so die Meinung, würde den deutschen Juden dagegen nur schaden.

Die zionistischen Hoffnungen, dass das NS-Regime den deutschen Juden ein Mindestmaß an Schutz zukommen lassen würde, bis der Auswanderungsprozess abgeschlossen war, hatten sich nicht bewahrheitet. Bis zum Ende des Sommers 1933 waren alle Versuche, mit dem Regime ein Arrangement zu finden, aufgrund der dramatischen Tatsachen des öffentlich zur Schau gestellten Antisemitismus und der NS-Judenpolitik fehlgeschlagen. Anscheinend gab sich nicht jeder der Illusion hin, dass mit Hitlers Regime irgendeine Art von Arrangement gefunden werden könnte. Bereits am 22. Februar 1933 schrieb Kurt Blumenfeld an einen Freund in Palästina, dass die Lage für Juden sehr ernst sei und die Aussichten ziemlich schlecht stünden.⁹¹ Er wies auf Warnungen von konservativen, nichtjüdischen Freunden hin, dass es keinen Grund zum Optimismus gebe. Diese und andere vertrauliche Berichte aus Deutsch-

88 Vgl. Herbert Levine, *A Jewish Collaborator in Nazi Germany: The Strange Career of Georg Kareski, 1933-1937*, in: *Central European History* 8 (1975), S. 260. Vgl. auch Abraham Margalio, *The Dispute over the Leadership of German Jewry (1933-1938)*, in: *Yad Vashem Studies* 10 (1974), S. 129-148.

89 Vgl. USHMM: 11.001M.01, 2-135, *The Executive Committee of the World Union of Zionist Revisionists, Head Office for Economic Defence, »Programme of Work for 1934«*.

90 USHMM: 11.001M.01, 17-16a, »Bericht über eine Unterredung mit Wladimir Jabotinsky«, II 1 B 2, 3. Dezember 1934.

91 CZA: A222/90. Kurt Blumenfeld, Berlin, an Werner Bloch, Ben Schemen, 22. Februar 1933. Vgl. auch Blumenfeld, *Im Kampf*, S. 123 f.

land lieferten immer mehr Beweise dafür, dass sich Gewalt- und Einschüchterungsaktionen gegen Juden häuften, schon bevor das Regime im April antijüdische Gesetze erließ. Die Gewaltausschreitungen waren im Frühjahr besonders heftig, sowohl vor als auch nach dem am 1. April 1933 erfolgten Boykott der jüdischen Betriebe. Diese Situation setzte sich im Sommer und Herbst fort.⁹² In London wendeten Chaim Weizmann und der Zionistische Weltkongress überdies während des ganzen Jahres viel Energie auf, um eine britisch-französische diplomatische Intervention bei der deutschen Regierung zu forcieren, damit alle offiziellen und inoffiziellen antijüdischen Akte eingestellt werden.⁹³ Die von örtlich ansässigen SA-Mitgliedern, der Hitlerjugend und anderen Parteigängern verübten Einschüchterungs- und Gewaltausschreitungen machten auch nicht vor den Zionisten halt, obwohl diese fortwährend versucht hatten, die Juden aus dem deutschen Leben auszugliedern und ihre Emigration aus Deutschland so schnell wie möglich einzuleiten.

Im März 1933 gaben zwei nicht identifizierte deutsche Zionisten vertrauliche Berichte an die politische Abteilung der Jewish Agency for Palestine in London ab. Der erste Bericht, am 24. März verfasst, zeichnete ein düsteres Bild der Situation, mit der die ZVfD zwei Monate nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten konfrontiert war.⁹⁴ Der Bericht schilderte, wie Menschen willkürlich verhaftet, geschlagen und entführt wurden und Sturmtruppen die ZVfD-Hauptzentrale einer Razzia unterzogen, bei der Telefonleitungen durchgeschnitten, Schränke aufgebrochen, Bargeld und Postmarken gestohlen und eine Liste osteuropäischer Juden sowie andere Dokumente beschlagnahmt wurden. Obwohl die Polizei vorgab, von solchen Razzien nichts zu wissen, warnte der Bericht davor, dass Vertreter der Organisation wie auch andere jüdische Führungspersonlichkeiten in »Sicherheitsverwahrung« genommen werden könnten oder dass ihnen sogar noch Schlimmeres bevorstand. Der Bericht beschrieb auch den rüden antizionistischen Ton, den Artikel des *Völkischen Beobachters* in jüngster Zeit angeschlagen hätten, darunter ein bösartiger Angriff auf Chaim Weizmann und die Zionistische Weltorganisation. Nachdem der Autor diese und andere unheilverkündende Entwicklungen beschrieben hatte, gab er seiner Befürchtung Ausdruck, dass »die Schließung der ZVfD eine Katastrophe wäre. Neben ande-

92 Vgl. Maurer, *From Everyday Life to a State of Emergency*, S. 346f.

93 Chaim Weizmann, *The Letters and Papers of Chaim Weizmann, Series A*, London 1968-1983, Bd. 15 (October 1930-June 1933), Nr. 351, 415 and 426.

94 CZA: S25/9703, »Confidential Report on the Zionist Situation in Germany«, London, 24. März 1933.

ren Nachteilen käme die Auswanderung nach Palästina zu einem Ende und es gäbe keine Organisation mehr, die offizielle Zertifikate ausstellen könnte. Sammel- und Propagandaaktionen würden ebenfalls beendet werden.«⁹⁵ Der am 26. März verfasste zweite Bericht führte auch antizionistische Artikel in der Presse an, darunter einen besonders aggressiven im *Lokal-Anzeiger* mit dem Titel *Zionistische Agitation gegen Deutschland*. Der Bericht machte darauf aufmerksam, dass »die Stellung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland arg gefährdet war.«⁹⁶ Zionisten würden dieselbe Behandlung wie Mitglieder nichtzionistischer Organisationen erfahren, und selbst im Frühjahr 1933 gebe es wenig Hoffnung auf eine Zusammenarbeit mit dem Regime, so der Bericht. Die öffentlichen Stellungnahmen und Maßnahmen der ZVfD und ihrer Führungsspitze aus dem Jahre 1933 mögen naiv oder illusorisch erscheinen. Man muss sich jedoch vor Augen halten, dass sie notgedrungen über die wirkliche Krise hinwegtäuschen wollten, in der alle Juden in Deutschland nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten steckten.

Aus zionistischer Perspektive war das vielleicht einzig positive Ergebnis aus all diesen Entwicklungen im Jahre 1933 ein wachsendes Interesse an der zionistischen Sache unter den deutschen Juden, besonders unter den jungen. Bereits im Februar verwies Kurt Blumenfeld stolz auf den bedeutenden Fortschritt, den der Zionismus bei der Rekrutierung deutscher Juden gemacht hatte, und zwar in Berlin, Köln, Breslau, Frankfurt, Dresden und Hamburg: »Die Arbeit in Berlin macht ausgezeichnete Fortschritte. In den Bezirksgruppen herrscht reges Leben, das Interesse steigt, und wir gewinnen relativ viele neue Menschen.«⁹⁷ Bis Ende des Jahres 1933 verzeichneten örtliche Polizeikommissariate sowie die Gestapo-Behörden im ganzen Land ein stark angestiegenes Interesse am Zionismus und der zionistischen Bewegung, besonders unter jungen Juden. In Württemberg meldeten im September Polizeibeamte dem Innenministerium in Berlin, dass die zionistische Bewegung rapide nach Assimilation strebende Organisationen wie den Centralverein an Mitgliedern überhole.⁹⁸ Aus Elbing in Westpreußen berichtete das lokale Gestapo-Büro im März 1934 Berlin, dass die zionistische Jugendorganisation Maccabi Hazair neue Gruppen in zwei Orten im Bezirk gegründet habe, dass mehr Juden als

95 Ebd.

96 CZA: S25/9703, »Confidential Report on the Zionist Situation in Germany«, London, 26. März 1933.

97 Blumenfeld, *Im Kampf*, S. 123 f.

98 CZA: F4-100, Württ. Politische Polizei an RIM Berlin, Nr. 3/1376/33a, 4. September 1933.

zuvor an Sprachkursen – vor allem Hebräisch – teilnahmen und immer mehr Jugendliche »in der Erfüllung des Zionismus ihre Lebensaufgabe« sähen und planen würden, nach Palästina zu emigrieren.⁹⁹ Gleichzeitig berichtete das Gestapo-Büro im oberschlesischen Oppeln, dass zionistische Ortsgruppen bei Vorträgen und anderen Veranstaltungen eine Rekordzahl an Besuchern verzeichneten und jüdische Jugendorganisationen, hauptsächlich zionistische, in ganz Oberschlesien aus dem Boden schössen.¹⁰⁰ Aus Stettin vermeldete die Gestapo, es bestehe eine heftige Rivalität zwischen der sich verbreitenden zionistischen Bewegung und dem nichtzionistischen Centralverein, und zionistische Jugendgruppen in Pommern hätten erfolgreich begonnen, eine eigene Zeitschrift zu veröffentlichen.¹⁰¹ Schließlich verkündete Robert Weltsch, der Chefredakteur der *Jüdischen Rundschau*, im Spätsommer 1933, die Abonnements für die Wochenzeitung seien seit Hitlers Machtübernahme im vorherigen Januar von 7.000 auf 30.000 angestiegen.¹⁰²

Es steht nicht einwandfrei fest, ob sich so viele Juden aus Überzeugung dem Zionismus zuwandten oder ob sie angesichts der sich verschlechternden Situation in Deutschland Palästina widerwillig, aber doch als ein mögliches Emigrationsziel ins Auge fassten.¹⁰³ Obwohl die Appelle der Zionisten an ein Entgegenkommen des Regimes fehlgeschlagen waren und antijüdische Gesetze, Wirtschaftsboykotts und öffentliche Gewaltausschreitungen verheerende Auswirkungen auf die Situation der Juden hatten, gaben die steigende Mitgliederzahl und die erfolgreiche Verhandlung des Ha'avara-Abkommens der Organisation Anlass zur Hoffnung. Blumenfeld forderte die Mitglieder der ZVfD am 20. April 1933 mit folgenden Worten auf, im ganzen Reich die Initiative zu ergreifen und Deutschlands Juden für den Zionismus zu gewinnen: »Dennoch besteht heute eine ganz besondere Chance, die deutschen Juden für die zionistische Idee zu gewinnen.«¹⁰⁴ In seinem an früherer Stelle erwähnten Brief

99 BArch: R1501, 26060, Staatspolizeistelle Elbing (Bezirk Westpreussen) an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin, 2. März 1934.

100 BArch: R1501, 26060, Bericht über die allgemeine politische Lage im Bezirk der Staatspolizeistelle für die Provinz Oberschlesien in Oppeln, Stand Anfang März 1934.

101 BArch: R1501, 26060, Staatspolizeistelle Stettin an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin, I 1420, 5. Februar 1934.

102 Ruppin, Tagebücher, S. 446.

103 Vgl. Kurt Jacob Ball-Kaduri, *Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933*, Frankfurt a. M. 1963, S. 92.

104 CZA: Z4-3567-VIII, »Auszug aus einem Rundschreiben der Zionistischen Vereinigung für Deutschland vom 20. April 1933«.

vom 20. August an Chaim Weizmann ging Blumenfeld erneut darauf ein, dass der deutsche Zionismus nunmehr dazu bereit sei, die Führung von Deutschlands Judentum zu übernehmen. So könnten die deutschen Juden das einzige realistische und konstruktive Ziel verfolgen: die Emigration und die Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstätte in Palästina. Ende Oktober verkündete die ZVfD ihren Zweigstellen in ganz Deutschland, dass die zionistische Bewegung offiziell Anspruch auf die Führung des deutschen Judentums erhob:

»Wir beanspruchen mit vollem Recht für die zionistische Bewegung die Führung im innerjüdischen Leben. Voraussetzung hierfür ist die Ausbreitung unserer Bewegung im deutschen Judentum, das heute in seinem überwiegenden Teil reif für den Zionismus ist und mit einem planmäßigen Einsatz unserer Kräfte für uns gewonnen werden kann.«¹⁰⁵

Ende 1933 war die Stimmung in der deutschen zionistischen Bewegung sowohl besorgt als auch hoffnungsvoll. In einem für die gesamte jüdische Gemeinschaft »körperlich, geistig und seelisch verheerenden« Jahr konnte die zionistische Bewegung dennoch auf einige positive Entwicklungen verweisen. Die gewalttätigen Ausschreitungen und Einschüchterungsmaßnahmen waren zurückgegangen. Die in den Monaten zuvor erlassenen antijüdischen Gesetze hatten das jüdische Leben noch nicht vollständig zum Erliegen gebracht.¹⁰⁶ Ein Vertreter der Jewish Agency aus Palästina, Eliezer Liebenstein, besuchte Deutschland im Herbst 1933. Er berichtete seinen Vorgesetzten in Jerusalem im November, das NS-Regime habe seinen Druck auf die Juden etwas verringert und weniger Menschen als im Vorjahr seien in eine »Auswanderungspanik« verfallen.¹⁰⁷ Liebensteins Bericht bezog sich auf das Dilemma, mit dem die Zionisten konfrontiert waren: Wenn der von den Nationalsozialisten initiierte Druck und die Gewaltausschreitungen nachließen, passten sich immer mehr Juden an die geänderten Verhältnisse an und begannen ihre Emigrationspläne zu überdenken. Liebenstein schloss seine Bemerkungen mit dem Satz: »[A]ber die Juden klammern sich an jede Hoffnung und man ist bereit sich dem status quo anzupassen.«¹⁰⁸ Liebenstein war

105 BArch: R1501, Reichsministerium des Innern, 25673/28, ZVfD, Berlin, an die Auskunftsstellen des Palästina-Amtes, Berlin, und die Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 27. Oktober 1933.

106 Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 85f.; Schleunes, *The Twisted Road*, S. 116f.

107 CZA: S9-93, E. Liebenstein an Georg Landauer in Jerusalem, 7. November 1933.

108 Ebd.

bezüglich des Zionismus in Deutschland dennoch optimistisch. Obwohl der Auswanderungsdruck Ende 1933 etwas nachgelassen hatte, nahmen das Interesse und die Begeisterung für die zionistische Sache unter den deutschen Juden zu, besonders unter jungen Menschen. Er schloss daraus, dass die Zeit reif sei, das Ausmaß und die Intensität der zionistischen Arbeit zu erhöhen, besonders dort, wo junge Leute umgeschult wurden und Hebräisch gelehrt werden konnte: »[W]er weiss, wie lange uns diese Zeit gewährt wird. Vielleicht sind das nur wenige Monate?«¹⁰⁹

Juden waren noch nicht völlig aus dem wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen, und das Regime hatte sich noch nicht offiziell entschlossen, eine Zusammenarbeit mit den Zionisten auszuschlagen. Zwei zionistische Initiativen waren 1933 zu einem wichtigen Teil der NS-Judenpolitik geworden, das Ha'avara-Abkommen vom August und die stillschweigende Genehmigung der zionistischen Hachschara- oder Umschulungslager, die junge Leute auf die Emigration nach Palästina vorbereiten sollten, was im Kapitel 7 dieses Buchs behandelt wird. Die Zahl der Mitglieder der zionistischen Bewegung stieg in Deutschland außerdem rapide an. So schien die Bewegung ihrem Ziel näherzukommen, in der traditionell liberalen, nichtzionistischen Gemeinde, besonders unter Jugendlichen, einen wichtigen Einfluss auszuüben. Der wachsende zionistische Einfluss kam deutlich zum Vorschein, als die Reichsvertretung im Spätsommer 1933 gegründet wurde. Zionistische Vertreter sowie das Thema Emigration spielten in dieser Organisation eine wichtige Rolle.¹¹⁰ Als sich herausstellte, dass Adolf Hitler und die NSDAP kein vorübergehendes Phänomen waren und das jüdische Leben in Deutschland bald zum Erliegen kommen würde, keimte die Hoffnung stärker auf, dass sich das historische zionistische Argument letzten Endes bei der Suche nach der Lösung der »Judenfrage« durchsetzen würde.

Dennoch gab es auch Anzeichen, welche Probleme entgegen der ursprünglichen Annahmen der ZVfD das zionistische Projekt trotz dieser relativ positiven Entwicklungen stark beeinträchtigen könnten. Die

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Siehe für eine exzellente Berichterstattung der Reichsvertretung, Otto Dov Kulka (Hg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933-1939*, Tübingen 1997. Siehe auch Max Gruenewald, *The Beginning of the 'Reichsvertretung'*, in: *Leo Baeck Institute Year Book 1* (1956), S. 57-67; Friedrich Brodnitz, *Die Reichsvertretung der deutschen Juden*, in: Hans Tramer (Hg.), *In zwei Welten: Siegfried Moses zum 75. Geburtstag*, Tel Aviv 1962, S. 106-113; Hugo Dahn, *Die Gründung der Reichsvertretung*, in: Tramer (Hg.), *In zwei Welten*, S. 97-105.

Tatsache, dass sich immer mehr vormalige nichtzionistische Juden der zionistischen Bewegung anschlossen und antijüdische Gesetze sowie andere Aktionen des Regimes die Grundlage der jüdischen Existenz in Deutschland untergruben, deutete schon darauf hin. Auf diese Frage gehen die nachfolgenden Kapitel dieses Buches noch ausführlicher ein. Bereits im Oktober 1933 beklagte die ZVfD den Verlust von erfahrenen und hochqualifizierten zionistischen Führungspersönlichkeiten, weil diese nach Palästina ausgewandert waren. Dazu gehörten Kurt Blumenfeld, Georg Landauer und andere. Der Bewegung in Deutschland fiel es in der Folge umso schwerer, mit der steigenden Mitgliederzahl und dem dadurch verursachten Arbeitsvolumen fertigzuwerden.¹¹¹ Als sich die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der NS-Judenpolitik Ende 1933 abzeichneten, mussten sich die ZVfD sowie andere jüdische Organisationen in Deutschland immer mehr auf ihre eigenen Ressourcen verlassen. Auch sahen sie sich gezwungen, bei jüdischen Hilfsorganisationen in Deutschland und dem Ausland um Beistand in einer immer schwieriger werdenden Situation nachzusuchen.¹¹² Von Zeit zu Zeit wurden natürlich von Zionisten und Nichtzionisten in und außerhalb von Deutschland Anstrengungen unternommen, die NS-Behörden davon zu überzeugen, die jüdische Emigration voranzutreiben, indem den Juden bis zu ihrer Auswanderung eine geringfügige Lebensgrundlage in Deutschland zugesichert werden sollte. Selbst im Jahr 1935 versuchte die in London beheimatete Zionistische Weltorganisation auf Betreiben der Reichsvertretung, die Verbesserung der Lebensbedingungen für Juden in Deutschland zum Gegenstand bei den Verhandlungen zwischen Großbritannien und Deutschland zu machen, die im Juni desselben Jahres zur Unterzeichnung des deutsch-britischen Flottenabkommens führten.¹¹³ Die deutschen Regierungsvertreter bei diesen Verhandlungen reagierten jedoch nicht auf die britischen Vorschläge, die wirtschaftliche Situation der deutschen Juden zu verbessern, und so wurde das Thema fallen gelassen. Zwei Jahre später hatten sich alle im Jahre 1933 gehegten Illusionen in Luft aufgelöst.

111 CZA: S9-93, ZVfD (Albert Kramer und Benno Cohn) an die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 24. Oktober 1933.

112 Vgl. Avraham Barkai, *From Boycott to Annihilation: The Economic Struggle of German Jews, 1933-1943*, Hanover 1989, S. 39; Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe*, S. 177 f.

113 Kulka, *Deutsches Judentum*, S. 214-217.

1933 reagierten Zionisten recht naiv auf die Katastrophe, mit der Juden nach Hitlers »Machtergreifung« konfrontiert waren. Für eine gewisse Zeit bemühten sie sich, die bürgerlichen Rechte zu bewahren. Die deutsche zionistische Bewegung ging richtigerweise davon aus, dass keine jüdische Organisation in Deutschland weiter bestehen könnte, ohne mit dem NS-Regime zu kooperieren. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen hält, mit welcher Entschlossenheit die zionistische Bewegung der antideutschen Meinung und dem Wirtschaftsboykott im Jahre 1933 entgegenzuwirken versuchte. Einige der von der ZVfD und der Staatszionistischen Organisation unternommenen Initiativen zeugen auch von der traditionellen zionistischen Auffassung, die zumindest auf Theodor Herzl zurückgeht: Antisemiten würden bei Zionisten angeblich Ausnahmen machen und mit der Bewegung konstruktiv zusammenarbeiten, da sich einige der Grundvorstellungen beider Bewegungen deckten. Bis zum Herbst 1933 hatte sich jedoch auch der letzte Rest an Hoffnung auf eine Unterstützung vonseiten des NS-Staates verflüchtigt. Nach 1933 vollbrachten die Zionisten unter den schwierigsten Bedingungen geradezu übermenschliche Leistungen. Darauf wird in den folgenden Kapiteln eingegangen. Diese Leistungen waren jedoch weit von der zionistischen Logik und früheren Hoffnungen entfernt, wie sich ihre Beziehung zu deutschen Antisemiten gestalten sollte.

Seit Hitler im Jahre 1933 die Macht »ergriffen« hatte, war der Rekurs auf den Zionismus ein zentraler Bestandteil der NS-Judenpolitik. Von Anfang an versuchte der NS-Staat, die jüdische Emanzipation und Assimilation in Deutschland zu revidieren, um dem jüdischen Leben im Reich durch die Förderung der jüdischen Emigration ein Ende zu bereiten. Die Nationalsozialisten wandten sich 1933 der zionistischen Bewegung zu, da sie glaubten, dass sie sich bei beiden Prozessen als hilfreich erweisen würde: Man konnte mit ihrer Unterstützung die Assimilation im Inland rückgängig machen und die Einwanderung nach Palästina in die Wege leiten. Das Ha'avara-Abkommen vom August 1933 sowie ein noch nicht genau festgelegtes Netzwerk von zionistischen Umschulungsprogrammen und -lagern wurden zu einem zentralen Bestandteil der NS-Judenpolitik. Diese Initiativen waren von der zionistischen Bewegung und nicht vom NS-Regime ersonnen worden. Während des restlichen Jahrzehnts stellte dieser Ansatz ein wichtiges Element der NS-Judenpolitik dar, bis die zionistische Option aufgrund des zunächst erfolgreichen Krieges um die Ausweitung des deutschen »Lebensraums« sowie des sich wandelnden Bildes der nationalsozialistischen »Judenfrage« in Folge der Eroberungsfeldzüge und der Unterwerfung von Millionen von europäischen Juden belanglos wurde.

Was die allgemeinen antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes vor 1941, im Besonderen seine weitgreifenden antijüdischen Gesetze, periodisch auftretenden Gewaltausbrüche, Boykotte und Einschüchterungsstrategien betrifft, wurden keine Anstrengungen unternommen, Zionisten anders als Nichtzionisten zu behandeln. Da die antisemitische Ideologie keine Unterschiede zuließ, war es undenkbar, dass die Zionisten von der Brutalität der NS-Politik vor der Endlösung ausgenommen werden würden. Diese Maßnahmen und Aktionen trieben alle deutschen Juden immer weiter in die Isolation und Verarmung. Dadurch wurden zionistische Bemühungen untergraben, jene Ziele zu erreichen, deren Durchsetzung das NS-Regime forderte. Wenn die Nationalsozialisten die Zionisten vielleicht nach 1933 auch nur zeitweise von der brutalen Ausgliederung aus der deutschen Gesellschaft ausgenommen hätten, dann wäre dies der nationalsozialistischen Weltanschauung zuwiderge-
laufen. Ihr zufolge gab es keine »guten Juden«. Allerdings hinderte diese Einstellung das NS-Regime nicht daran, einige Juden pragmatisch für die Durchsetzung der eigenen Zwecke zu benutzen.

IV. Zionismus in der NS-Judenpolitik, 1934-1938

Staatsdienststellen und Zionismus

Im Dezember 1935 veröffentlichte *Der Angriff*, eine 1927 von Joseph Goebbels gegründete Zeitung, ein langes Interview mit Georg Kareski, dem Präsidenten der revisionistischen Staatszionistischen Organisation in Deutschland.¹ Das Interview trug den Titel *Reinliche Scheidung sehr erwünscht: Die Nürnberger Gesetze erfüllen auch alte zionistische Forderungen*. Es verdeutlicht die unterschiedliche Einstellung, die das NS-Regime und die deutsche zionistische Bewegung nach dem 30. Januar 1933 zueinander hatten. Dabei waren beide Seiten im Umgang miteinander pragmatisch. Trotz ihrer unterschiedlichen politischen Ansichten, Beweggründe und Zielgruppen versuchten sowohl die Zionisten wie auch die Nationalsozialisten, ihr Verhältnis als ein auf Zusammenarbeit beruhendes darzustellen. Die Nationalsozialisten wollten die Juden mit allen Mitteln aus Deutschland vertreiben und die internationale Meinung dazu bringen, die Kritik an der Judenpolitik des Regimes einzustellen. In diesem Interview kommt zudem zum Vorschein, unter welchem großen Druck die Zionisten standen. Sie waren dem Regime ausgeliefert und mussten gleichzeitig versuchen, die Regierung davon zu überzeugen, dass ihre Ideologie und Organisationen der Schlüssel zur Lösung der »Judenfrage« sei.

Oskar Liskowsky führte das Interview und stellte in seiner Einleitung des Artikels fest, dass sich im »Weltjudentum« trotz gegenteiliger Presseberichte keine einheitliche Front gegen die seit 1933 erlassenen antijüdischen Gesetze in Deutschland und vor allem gegen die vor kurzem in Kraft getretenen Nürnberger Gesetze gebildet hätte. In diesem Artikel behauptete er des Weiteren, dass viele Juden, vor allem Zionisten, »die Existenz einer jüdischen Sonderrasse nicht leugnen« würden und sie dementsprechend behandelt werden wollten. Liskowsky gab die Absicht der Regierung bekannt, die Nürnberger Gesetze würden Hitlers Wunsch nach einer realistischen Basis für ein deutsch-jüdisches Verhältnis zum Ausdruck bringen, und erinnerte daran, dass die revisionistische zionistische Bewegung immer für eine strikte Trennung zwischen Juden und Deutschen eingetreten sei. Kareski antwortete darauf, dass diese Trennung natürlich eine Vorbedingung für eine friedliche Beziehung zwischen den beiden Völkern sei. Was die traditionellen Interessen der Nationalsozialis-

1 Der Angriff, 23. Dezember 1935.

ten und Zionisten betraf, so strich der Journalist auch angebliche Vorteile heraus, die diese Trennung im kulturellen Leben der Juden, im Schul- und Bildungswesen sowie bei der Frage der Mischehen gebracht hätte.

Liskowsky betonte, die Eheschließung habe gewichtige kulturelle und rassische Auswirkungen auf Deutsche und Juden, und bat Kareski, eine Stellungnahme zum Verbot von Mischehen abzugeben, das in den Nürnberger Gesetzen mit dem Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verankert war. Kareski war sich sicherlich seiner prekären Stellung bewusst, als er als Vertreter einer jüdischen Organisation einen öffentlichen Kommentar zu staatspolitischen Entscheidungen abgab. In seiner Antwort verwendete er Argumente, die auch von Vertretern der ZVfD hätten stammen können und bereits in der Vergangenheit unter Antisemiten Wiederhall gefunden hatten. Er bemerkte, dass die Juden trotz des Verlusts ihrer sprachlichen Einheit und Verstreutheit über den ganzen Erdball als Volk überlebt hätten, auch nachdem sie ihre nationale Unabhängigkeit vor 2000 Jahren verloren hatten. Zwei Gründe seien dafür maßgebend: ihre rassische Sonderstellung sowie die Tatsache, dass die Familie im jüdischen Leben vorrangig war. Da diese zwei Grundpfeiler des jüdischen Lebens in den letzten Jahrzehnten aufgrund der Assimilation und den darauf folgenden Mischehen immer mehr an Bedeutung verloren hätten, seien die Juden mit dem Problem der »Auflösung« konfrontiert. Da Kareski wahrscheinlich einige Auswirkungen der Nürnberger Gesetze, jedoch nicht ihren politischen Kontext akzeptierte und er auch keine andere Wahl hatte, gab er eine positive Stellungnahme ab: »Die Unterbrechung des Auflösungsprozesses in weiten jüdischen Kreisen, wie er durch die Mischehe gefördert wurde, ist daher vom jüdischen Standpunkt rückhaltlos zu begrüßen.«²

Dieses Gespräch hatte natürlich nicht zwischen ebenbürtigen Partnern stattgefunden. Kareski wusste wie jede andere jüdische Führungspersönlichkeit, welchen Gefahren er sich mit einer öffentlichen Kritik am Regime aussetzen würde. Seit der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten war sich die zionistische Führungsspitze der absoluten Notwendigkeit bewusst, mit dem Regime eine gemeinsame Basis zu finden, um die Auswanderung der Juden aus Deutschland nach Palästina relativ problemlos organisieren und durchführen zu können. 1935 zogen einige

2 Eine kleine orthodoxe Gemeinde in Deutschland begrüßte die Nürnberger Gesetze anscheinend ebenfalls. In der am 19. September 1935 veröffentlichten Ausgabe von *Der Israelit* befürwortete die Gemeinde das offizielle Ende von Mischehen. Den Verfassern des Artikels zufolge war die Mischehe eine der negativsten Folgen der Assimilation. Vgl. Friedländer, *Nazi Germany and the Jews*, S. 151.

hochrangige Vertreter des Regimes kurz in Betracht, ob die politisch konservativen und ultranationalistischen revisionistischen Zionisten aufgrund ihrer Kritik an der liberalen und sozialdemokratischen Mehrheit in der ZVfD nicht die besseren Partner seien, um die »Judenfrage« zu lösen. Dieses kurze Interview ist somit ein wichtiges Beispiel dafür, wie das Regime den Zionismus und die zionistischen Organisationen während der dreißiger Jahre aus pragmatischen Gründen auszunutzen versuchte. Außerdem kommt hier auch das althergebrachte zionistische Bedürfnis nach einer gemeinsamen Basis und nach Zusammenarbeit mit Diaspora-Staaten zum Vorschein, egal welche politischen Ziele letztere verfolgten.

Bernhard Lösener, ein Mitarbeiter des Innenministeriums, versuchte ebenfalls, der internationalen Kritik an der NS-Judenpolitik entgegenzuwirken. In einem Artikel über die Nürnberger Gesetze vom 23. November 1935 im *Reichsverwaltungsblatt* betonte er, dass die Zionisten und Nationalsozialisten gemeinsame Interessen verfolgen würden.³ Der Artikel trug den Titel *Die Hauptprobleme der Nürnberger Grundgesetze und ihrer ersten Anmeldeungsverordnungen*. Darin stellte Lösener Überlegungen an, dass die »Judenfrage« für Juden und Deutsche als gelöst gelten könne, wenn die Juden ihren eigenen Staat hätten, in dem die Mehrheit ihrer Volksgenossen leben würde. Es überrascht daher wenig, dass der Artikel darauf hinwies, dass die Nürnberger Gesetze vom jüdischen Volk am meisten begrüßt würden:

»Gerade von überzeugten Zionisten ist deshalb am wenigsten Widerspruch gegen die Grundgedanken der Nürnberger Gesetze erhoben worden, weil sie einmal wissen, daß diese Gesetze auch für das jüdische Volk die einzig richtige Lösung darstellen, und weil sie ferner wissen, daß sich das wieder zum Bewußtsein seiner selbst erwachte deutsche Volk damit nur eben die Gesetze gegeben hat, die sich das jüdische Volk schon vor Jahrtausenden gegeben hat, und die es stark gemacht haben zu dem völkischen Wunder, sein Blut unverfälscht und rein zu erhalten, obwohl alle seine Glieder unzählige Generationen hindurch inmitten fremden Volkstums gelebt haben. Gerade der reinblütige Jude hat von allen Völkern der Erde den geringsten Grund, über diese Rassegesetze des neuen Deutschlands empört zu sein.«⁴

Lösener und die Redakteure der Zeitung *Der Angriff* versuchten gemeinsam mit anderen Entscheidungsträgern des Regimes, die ausländische

3 Löseners Artikel wurde in der Jüdischen Rundschau am 3. Dezember 1935 nochmals abgedruckt. Vgl. auch Friedländer, *Nazi Germany and the Jews*, S. 151.

4 Vgl. Jüdische Rundschau, 3. Dezember 1935.

Kritik gegen die NS-Judenpolitik abzuwenden, indem sie betonten, sowohl Deutsche wie auch Juden glaubten an die Eigenheiten ihres Volkes, und die Vorstellung sei Konsens, dass diese beiden Völker vollständig voneinander getrennt leben sollten. Sie alle behaupteten, dass Deutsche wie Juden die Problematik der von der Aufklärung hervorgebrachten Gleichstellung und der Assimilation verstanden hätten und beide Völker die Mischehe logischerweise nicht befürworteten. Obwohl Kareski und andere Zionisten in ihrem Privatleben die spezifischen, nach 1933 verwendeten Absonderungsaktionen des Regimes nicht guthießen, besteht dennoch kein Zweifel daran, dass einige dieser politischen Maßnahmen zu einer Ausweitung der zionistischen Bewegung in Deutschland und zu einer verstärkten jüdischen Emigration nach Palästina führten, was nicht ungelegen kam, um die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte weiter voranzutreiben. So kritisierten sie das Verbot, Mischehen zu schließen, nicht. Nach 1933 mussten sich jedoch alle Zionisten der Realität stellen: Obwohl sie immer die Beendigung der jüdischen Assimilation und die Ausweitung der Auswanderung nach Palästina befürwortet hatten, konnten sie nicht verhindern, dass ihre Bemühungen von Gewaltakten begleitet wurden.

Vor diesem Hintergrund beleuchtete das dritte Kapitel das Ha'avara-Abkommen vom August 1933, mit dem die ambivalente Politik des NS-Staates ihren Ausgang genommen hatte. Zwischen 1933 und 1938 benutzte das Regime den Zionismus und Palästina, um die sogenannte Judenfrage in Deutschland zu lösen. Behörden wie das Auswärtige Amt sowie das Innen- und Wirtschaftsministerium trugen bis 1938 die Hauptverantwortung für die NS-Emigrationspolitik. Sie unterstützten das Ha'avara-Abkommen während des Sommers 1933 nachhaltig. Fast von Beginn an akzeptierten sie Palästina als wichtigstes Aufnahmeland, in das die jüdische Bevölkerung aus Deutschland vertrieben werden sollte. Sie glaubten, dass ein Abkommen mit den Zionisten nicht nur den deutschen Außenhandel mit dem Nahen Osten günstig beeinflussen könne, sondern auch dem internationalen Handelsboykott entgegenwirken würde. Als der deutsche Generalkonsul in Jerusalem, Heinrich Wolff, zu Beginn des Jahres 1935 den Einfluss des Ha'avara-Abkommens auf die kurz zuvor abgehaltene internationale antideutsche Boykottkonferenz in London beschrieb, behauptete er stolz, dass die Konferenz fehlgeschlagen sei, weil sie von Tel Aviv sabotiert worden war.⁵ Außerdem unterstützte Außenminister Constantin von Neurath nicht nur den

5 PA: R99332, Inland II A/B: 83-20, Bd. 3, DGK/Jerusalem an das AA/Berlin, Nr. Polit. 3/35, 14. Januar 1935.

Zionismus, sondern auch das Ha'avara-Abkommen und die Emigration von deutschen Juden nach Palästina bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1938.⁶ In den verschiedenen Abteilungen des Auswärtigen Amtes kam es zu geringfügigen Meinungsverschiedenheiten, wie das Abkommen interpretiert werden sollte und wohin Juden auswandern sollten. Im Allgemeinen waren sich die Beamten jedoch einig, dass die jüdische Emigration nach Palästina ausgerichtet sein sollte. Diese Einstellung behielten sie bei, bis die Auswanderungslösung vom Regime im Jahre 1941 offiziell fallen gelassen wurde. Als Walter Döhle, nach 1935 Amtsnachfolger von Heinrich Wolff als deutscher Generalkonsul in Jerusalem, die Rolle von Palästina in der deutschen Emigrationspolitik zwischen 1933 und 1937 analysierte, meinte er: »Bei allen unseren Maßnahmen war bisher der Gedanke der Förderung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland und der Seßhaftmachung der ausgewanderten Juden in Palästina vorherrschend.«⁷

Das deutsche Auswärtige Amt hatte seine Unterstützung für die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina noch vor Abschluss des Ha'avara-Abkommens bekannt gegeben. Von 1933 an gestattete es zionistischen Vertretern, Landwirtschaftsexperten, Hebräischlehrern und anderem Personal der zionistischen Organisationen, vor allem der Jewish Agency for Palestine, kontinuierlich für die Sache des Zionismus in Deutschland einzutreten. Anfang April 1933 forderte das Auswärtige Amt das Innenministerium auf, den Vertretern der ZVfD sowie ausländischen Zionisten Ausreise- und Einreisevisa auszustellen, damit die zionistische Arbeit in Deutschland und anderen Ländern leichter vonstattengehen könne.⁸ Im August 1934 hatte das Auswärtige Amt festgestellt, dass Kurt Blumenfeld, der ehemalige Präsident der ZVfD, bei internationalen zionistischen Tagungen sehr erfolgreich für eine Neutralisierung

6 Vgl. Nicosia, *The Third Reich*, S. 44 f.

7 PA: R28877, Büro des RAM-Palästina, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr. Polit. 16/37, 22. März 1937. Heinrich Wolff wurde im Jahr 1935 gezwungen, in Frühpensioen zu gehen. Da das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums am 7. April 1933 in Kraft trat, wurden Juden aus dem Beamtendienst entlassen. Nicht-jüdische Beamte mit jüdischen Ehepartnern, wie es Wolff war, wurden schließlich ebenfalls entlassen.

8 PA: R78325, Pol. Abt. III, Politik 2-Palästina, Bd. 1, AA/Berlin an das Preussische Ministerium des Innern, III O 119, 5. April 1933. Die relative Einreise- und Ausreisefreiheit währte jedoch nur bis 1935. Dann wurde ausländischen Zionisten die Einreise nach Deutschland zunehmend erschwert.

des antideutschen Wirtschaftsboykotts eingetreten war.⁹ Selbst als die NS-Behörden nach 1935 diese relative Einreise- und Ausreisefreiheit der deutschen und nichtdeutschen Zionisten zu beschränken begannen, erkannten sie, dass die deutschen Zionisten mit der zionistischen Bewegung im Ausland in Verbindung bleiben mussten, um eine problemlose Auswanderung der deutschen Juden zu gewährleisten. Das Auswärtige Amt gestattete den Zionisten aus London und Jerusalem die Einreise nach Deutschland, damit sie im Februar 1936 am letzten Delegiertentag der ZVfD teilnehmen konnten.¹⁰ Der im September 1936 ausgedrückten Meinung einiger Mitglieder der NSDAP-Reichsleitung zufolge war die Teilnahme deutscher Zionisten an internationalen Tagungen und Kongressen von Vorteil, weil dadurch antideutsche Entschlüsse und andere Angriffe gegen Deutschland entschärft werden konnten.¹¹ Wie an früherer Stelle erwähnt, folgte die deutsche Delegation beim Völkerbund der Politik der Weimarer Republik und zeigte sich dem Zionismus und der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina so lange freundlich gesinnt, bis Deutschland im Oktober 1933 aus der Organisation austrat. Julius Ruppel, der deutsche Vertreter bei der Mandatskommission des Völkerbundes, sandte im Frühjahr 1933 sehr positive Berichte über die zionistische Arbeit in Palästina an das Auswärtige Amt in Berlin. Darin bestätigte er die Absicht der deutschen Regierung, die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina zu erleichtern.¹²

Die Orient-Abteilung (bis 1936 Abteilung III und danach Abteilung VII) war im deutschen Außenministerium für den Nahen Osten zuständig. Sie befürwortete die Idee einer jüdischen Auswanderung nach Palästina zwischen 1933 und 1940.¹³ Sie befasste sich außerdem mit den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Palästina-Frage in der deutschen Außenpolitik. Dazu gehörten der antideutsche Boykott, der deutsche Außenhandel im Nahen Osten und die Frage, wie sich die Emigration deutscher Juden nach Palästina auf die deutschen Beziehungen

9 PA: R99346, Inland II A/B, 83-21, Bd. 1, AA/Berlin an das Landesfinanzamt-Devisenstelle Berlin, zu 83-21 27/7, 14. August 1934.

10 PA: R99458, Inland II A/B: 83-29, Bd. 1, Aufzeichnung (Hinrichs) 83-20 6/1, 14. Januar 1936.

11 PA: R99458, Inland II A/B, 83-29, Bd. 1, NSDAP-Reichsleitung an RMVP, 83-72 12/10, 28. September 1936.

12 Vgl. z.B. PA: R78338, Pol. Abt. III, Politik 5-Palästina, Bd. 5, »Das jüdische Nationalheim in Palästina«, von Dr. Julius Ruppel, III O 1952-33, Mai 1933. Vgl. auch Jüdische Rundschau, 4. Oktober 1933.

13 Vgl. Marcus, *The German Foreign Office*, S. 183, 186-187. Marcus, ein Mitglied der ZVfD, unterhielt Kontakte zu Beamten im Auswärtigen Amt.

zu England und der arabischen Welt auswirken würden. Als Leiter dieser Abteilung folgten drei Personen aufeinander: Hans Schmidt-Rolke (1933-1934), Hans Pilger (1934-1937) und Werner-Otto von Hentig (1937-1940). Sie alle unterstützten die allgemeine zionistische Arbeit in Deutschland sowie die zionistische Emigration nach Palästina, selbst wenn das hieß, die deutsche Beziehung zur arabischen Welt in Mitleidenschaft zu ziehen.¹⁴ Die Orient-Abteilung unternahm auch größte Anstrengungen, damit Deutschland von den arabisch-nationalistischen Bewegungen in Palästina und dem restlichen Nahen Osten vor September 1939 Abstand hielt. Diese Einstellung änderte sich jedoch bei Kriegsausbruch. Als die Abteilung mit den zwei deutschen Generalkonsulen Heinrich Wolff und Walter Döhle von 1932 bis 1935 bzw. von 1935 bis 1939 zusammenarbeitete, war eine ihrer Hauptaufgaben die Wahrung deutscher Interessen bei der Propagierung der zionistischen Emigration aus Deutschland nach Palästina. Deutschland sollte dabei zu Großbritannien eine stabile Beziehung aufrechterhalten, ohne sich in den schwelenden Konflikt zwischen Arabern, Juden und Briten im Mandatsgebiet verwickeln zu lassen.¹⁵

Das Referat Deutschland (Referat-D) war eine NSDAP-Abteilung im Auswärtigen Amt. Es war für jüdische Angelegenheiten zuständig und regelte das Verhältnis zwischen der innenpolitischen NS-Judenpolitik und der deutschen Außenpolitik. Das Referat analysierte hauptsächlich, in welchem Maße der Zionismus die jüdische Emigration propagierte und welche Rolle er bei der vom Regime anvisierten Lösung der »Judenfrage« in Deutschland spielte. Es brachte die Ideologie der NS-Judenpolitik, die auf die Vertreibung aller Juden aus Deutschland abzielte, mit den außenpolitischen Interessen der deutschen Regierung sowohl in Europa wie auch im Nahen Osten in Einklang. Aus diesem Grund definierte das Referat-D seine Stellung zur zentralen Rolle Palästinas bei der Auswanderungspolitik im Herbst 1933 wie folgt: »Das wichtigste und entscheidendste Einwanderungsland ist und bleibt Palästina.«¹⁶ Diese Einstellung trat in einem vom Referat-D an die deutschen Konsularmissionen gesandten Memorandum vom 28. Februar 1934 deutlich zutage. Darin wurde die Logik einer prozionistischen Einstellung erklärt. Nachdem das Referat-D die zionistische Bewegung für die Ablehnung der Assimilation und für die Vorantreibung der Emigration gelobt hatte, stellte Referats-

14 Marcus, German Foreign Office, S. 183.

15 Vgl. Nicosia, Third Reich, Kap. 5, 6, 9.

16 PA: R98479, Referat-D, Po5 NE adh7, Bd. 1, Bericht über die Lage der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland in den verschiedenen Ländern, September 1933.

vorstand Vicco von Bülow-Schwante fest: »Der Zionismus kommt den Zielen der praktischen deutschen Judenpolitik am nächsten.«¹⁷

Polizei und Zionismus

Jüdische Organisationen wurden in Deutschland vom Polizeiapparat, der Gestapo und ab Mitte des Jahres 1934 auch vom Sicherheitsdienst (SD) der SS überwacht. Die Polizei erfüllte bei der Konzeption der NS-Judenpolitik bis 1938 hauptsächlich eine beratende Funktion. Sie stand dem Innenministerium zur Seite, das im Prinzip weiterhin für sie zuständig war, und für andere Behörden. Zu einer der Hauptaufgaben der örtlichen Gestapo-Büros zählte die Überwachung der jüdischen Organisationen. So schickte die Gestapo Beobachter zu jüdischen Veranstaltungen, die genaue Berichte über deren Verlauf erstatteten. Jüdische Organisationen mussten zu ihren Aktivitäten ebenfalls ständig Informationen abgeben und Formulare ausfüllen. Diese Art von Information war ein wichtiges Kommunikationsmittel zwischen den jüdischen Organisationen und den NS-Behörden. Alle diesbezüglichen Dokumente stellen wertvolle Quellen für diese Arbeit dar. Auch für Heinrich Himmler, ab 1936 Chef der Deutschen Polizei im Innenministerium wie Reichsführer der SS, erwiesen sich die aus diesen Meldungen gewonnenen Informationen als unerlässlich. Nachdem er die Dokumente gelesen hatte, entschied er, welche Ratschläge er dem Innenminister in Bezug auf die »Judenfrage« gab.¹⁸

Kurz nach Hitlers »Machtergreifung« wurden sukzessive die traditionellen Arbeitsbereiche der Polizei verändert.¹⁹ Die Staatspolizei wurde weitgehend aus der inneren Verwaltung herausgelöst, in den meisten Ländern hieß sie nun Geheime Staatspolizei (GESTAPO), nur in Bayern und Braunschweig blieb es bei der Bezeichnung »politische Polizei«. Die Gestapo geriet bis zum Frühjahr 1934 immer stärker unter die Kontrolle von Heinrich Himmler und der SS, obwohl sie bis 1936 noch den einzelnen Ländern unterstand. Sie überwachte die Personen, die vom Regime als politische und »rassische« Feinde eingestuft worden waren. Heinrich

17 PA: R99346, Inland II A/B, 83-21, Bd. 1, Aufzeichnung des Ref.-D, »Die Entwicklung der Judenfrage in Deutschland und ihre Rückwirkung im Ausland«, an sämtliche Missionen und Berufskonsulate, 83-21 28/2, 28. Februar 1934.

18 USHMM: II.001M.04, 72-324, Geheimes Staatspolizeiamt Berlin an alle Staatspolizeistellen, II 1 B. 2 26627/516, 9. Juli 1934.

19 Vgl. z.B. George Browder, *Hitler's Enforcers: The Gestapo and the SS Security Service in the Nazi Revolution*, New York 1996, Kap. 2.

Himmler wurde 1933 zum Kommandanten der bayerischen politischen Polizei ernannt, 1934 übernahm er die Führung der preußischen Gestapo. Zwischen März 1933 und April 1934 verschärfte die SS ihre Kontrolle über alle Polizeiangelegenheiten im Reich. Im Juni 1936 wurden alle Gestapostellen zusammengefasst, zentralisiert und Himmler unterstellt, der nun den Titel »Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei« führte.

Kurz nach der Ernennung Himmlers wurden auch die anderen Bereiche der Polizei umstrukturiert: Die Ordnungspolizei (Orpo) mit ihren uniformierten Unterabteilungen Schutzpolizei (Schupo), Gemeindepolizei und Gendarmen kontrollierte nun »Sicherheit und Ordnung«. Die Sicherheitspolizei (Sipo) bestand aus der nichtuniformierten Kriminalpolizei (Kripo), die kriminelle Aktivitäten verfolgte, und der Gestapo (siehe oben). Nach dieser Zentralisierung der Polizei setzte eine weitere Verschmelzung mit der SS ein, die im September 1939 in die Gründung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) unter der Leitung Reinhard Heydrichs mündete. Orpo, Sipo und der SD der NSDAP wurden unter diesem Dach vereinigt, die SS blieb eigenständig. Der SD, der sich zunächst auf die NSDAP konzentrierte, hatte sich nach der »Machtergreifung« den »Feinden des Nationalsozialismus« im Inland zugewandt. Er übte in der NS-Judenpolitik nun einen weit größeren Einfluss als zuvor aus.²⁰ Unter Heydrich standen dem Apparat SS-Männer vor, die Maßnahmen wie Zwangsemigration und -arbeit, Ghettoisierung und letzten Endes Massenmorde ohne jede Skrupel durchsetzten.

Innerhalb der SS waren die SD-Abteilung II-112 und die Gestapo-Abteilung II-B-4 für jüdische Angelegenheiten zuständig. Abteilung II-112, das Judenreferat des SD, wurde 1935 gegründet und unterstand anfangs Leopold von Mildenstein, der Adolf Eichmann dazu anhielt, mehr über den Zionismus zu erfahren und seine mögliche Rolle bei der Lösung der »Judenfrage« in Deutschland auszuloten.²¹ Abteilung II-112-3

20 Vgl. Hans Safrian, *Die Eichmann-Männer*, Wien 1993, S. 25f.

21 Eichmann arbeitete mit Dieter Wisliceny und Theodor Dannecker in der neu gegründeten Abteilung für jüdische Angelegenheiten des SD nach 1935 zusammen. Vgl. Richard Evans, *The Third Reich in Power, 1933-1939*, New York 2005, S. 557; David Cesarani, *Becoming Eichmann: Rethinking the Life, Crimes, and Trial of a »Desk Murderer«*, Cambridge 2006, S. 7. Mehr Informationen über Mildenstein und seine frühen Beziehungen zum Zionismus finden sich in Friedländer, *Nazi Germany and the Jews*, S. 63f. Eichmanns zweiter Mentor in Sachen Zionismus war Otto Albrecht von Bolschwing, der kurze Zeit für den SD arbeitete und Mitte der dreißiger Jahre als Vertrauensmann in Palästina fungierte. Von dort wurde er von den britischen Behörden im Jahre 1936 vertrieben. Er arbeitete 1938 für Eichmann in Wien. Biographische Informationen zu von

wurde Eichmann unterstellt. Er war für den Zionismus und die zionistische Bewegung in Deutschland und dem Ausland zuständig.²² Während der dreißiger Jahre folgten diese beiden Abteilungen den Vorgaben der SS, denen zufolge der Zionismus und die Emigration von deutschen Juden als Schlüsselemente zur Lösung der »Judenfrage« in Deutschland betrachtet wurden. Bereits im November 1933 äußerte sich die Gestapo in Berlin positiv zur Philosophie und den Zielen der zionistischen Bewegung. In einem Memorandum vom 23. November an eines ihrer Büros in Frankfurt an der Oder bemerkte die Gestapo-Hauptleitung, dass am Zionismus aus politischer Sicht nichts auszusetzen sei.²³ Sie wies darauf hin, dass die Zionisten schon immer die jüdische Assimilation in Staaten, wo Juden lebten, abgelehnt hätten und stattdessen ein jüdisches Nationalleben in Palästina aufbauen wollten.

Ein frühes Anzeichen, dass der SD sich sehr bemühte, seinen Einfluss bei der Konzipierung und Ausführung der Judenpolitik zu erweitern, war ein internes SD-Memorandum vom 24. Mai 1934 an Reinhard Heydrich. Es trug den Titel *Zur Behandlung der Judenfrage*. Darin wurde von Anfang an festgelegt, dass »das Ziel der Judenpolitik [...] die restlose Auswanderung der Juden sein [müsse].«²⁴ Es beschrieb mögliche Hindernisse, die sich dieser Politik in den Weg stellen könnten, sowie Tatsachen, mit denen man sich befassen müsste, wenn eine systematische Vorgehensweise in der Zukunft entwickelt und durchgeführt würde. Dazu gehörte eine Analyse, wie man passende Auswanderungsziele definieren könnte, zu denen man die deutschen Juden leiten könnte. Des Weiteren ging das Memorandum auf die Gefahr ein, »daß bei Juden und Deutschen das Endziel der Judenauswanderung vergessen oder als undurchführbares

Bolschwing und seinem Einsatz im SD finden sich in BArch: R58-6381 (gesamter Aktenbestand). Vgl. auch Richard Breitman/Norman Goda/Timothy Naftali/Robert Wolfe, *U.S. Intelligence and the Nazis*, New York 2005, S. 344-349.

22 Eichmann fungierte als »Zionismusexperte.« Deshalb versuchte er 1937 auch Neuhebräisch zu lernen, konnte jedoch keinen »arischen« Lehrer finden. Der SD erlaubte ihm nicht, einen Juden anzustellen und schlug vor, dass er die Sprache autodidaktisch erlernte. Vgl. BArch: R58-563, Vermerk, II-112 an II-1 betr. Übersetzungen neu-hebräisch-deutsch, 18. Juni 1937; und II-1 an II-112 betr. Erlernung des Neu-Hebräischen, 21. Juni 1937. Es ist nicht klar festzustellen, ob Eichmann sich jemals dazu entschloss.

23 USHMM: 11.001M.01, 2-146, Geheimes Staatspolizeiamt, Berlin an die Staatspolizeistelle in Frankfurt/Oder, II F 259/198, 23. November 1933.

24 Michael Wildt (Hg.), *Die Judenpolitik des SD 1935-1938: Eine Dokumentation*, München 1995, S. 66-69.

Fernziel aus dem Auge gelassen würde.«²⁵ Es wies auch auf das mögliche Risiko hin, dass Juden offiziell ein Minderheitenstatus gewährt werden könnte, was Martin Rosenblüth von der ZVfD ein Jahr zuvor vorgeschlagen hatte. Das Dokument sprach folgende Warnung aus: »An Stelle des Auswanderungsproblems könnte ein Minderheitenproblem treten, der jetzige Übergangszustand könnte sich psychologisch und rechtlich zu einem Dauerzustand verfestigen.«²⁶ Um dies zu vermeiden, müssten Juden aller Rechte beraubt und auch wirtschaftlichen Schikanen ausgesetzt werden, so dass »Deutschland [...] ihnen ein Land ohne Zukunft sein [würde], in der wohl die alte Generation in ihren Restpositionen sterben, nicht aber die junge leben kann, so daß der Anreiz zur Auswanderung dauernd wach bleibt.«²⁷ Angesichts dieser Aussagen schloss das Memorandum damit ab, dass die zionistische Bewegung von den Behörden im Unterschied zu größeren, nach Assimilation strebenden Organisationen bevorzugt behandelt werden sollte, da sie die Revidierung der jüdischen Assimilation in Deutschland und die Auswanderung nach Palästina offen und kontinuierlich forderte.

Wie vordergründig diese »bevorzugte Behandlung« war, die kurz danach auch von der Polizei übernommen wurde, geht aus einem im November 1934 verfassten Gestapo-Bericht hervor:

»Das Bestreben der Staatspolizei ist dahin gerichtet, den Zionismus weitgehendst zu fördern und seine Auswanderungsbestrebungen zu unterstützen. Die Deutschen (Assimilanten) werden in ihrer Betätigung so viel wie möglich behindert, um sie zu veranlassen, in das Lager der Zionisten hinüberzuwechseln [...]. Insbesondere müssen alle Dienststellen ihr Bestreben darin setzen, die zionistischen Organisationen anzuerkennen und ihre Umschulungs- und Auswanderungsbestrebungen zu unterstützen und dabei gleichzeitig die Betätigung der deutsch-jüd. Gruppen zu behindern und diese so zu zwingen, den Gedanken des Seßhaftbleibens aufzugeben.«²⁸

Dies heißt, die Tätigkeiten der »Assimilanten« wurden stark eingeschränkt, die Zionisten aber nicht unbedingt von den harten wirtschaftlichen und sozialen Restriktionen ausgenommen, die die NS-Juden-

25 Ebd., S. 66.

26 Ebd.

27 Ebd., S. 67.

28 USHMM: 11.001M.01, 17-18, Gegenwärtiger Stand der Judenfrage, Gestapo II 1 B 2, November 1934.

politik während der dreißiger Jahre über alle Juden verhängte. Somit erfuhren die Zionisten in diesem Sinne keine bevorzugte Behandlung.

Ein zur gleichen Zeit verfasster interner Lagebericht empfahl unter anderem, die massenhafte Auswanderung von deutschen Juden voranzutreiben.²⁹ Vor allem schlug er vor, dass Partei- und Regierungsstellen zionistische Aktivitäten unterstützen sowie deutsche Juden in ihrem Nationalbewusstsein und ihrer Identität bestärken sollten, damit die jüdische Auswanderung nach Palästina fortgesetzt werden könne. Jüdische Schulen, Sportvereine und Institutionen, die Bemühungen in diese Richtung unternahmen und einem deutschen Nationalbewusstsein entgegenwirken wollten, sollten unterstützt werden. Der Bericht empfahl Hilfestellungen für Umschulungslager (Hachschara-Lager), die in ganz Deutschland von der Jugendbewegung Hechaluz und anderen zionistischen Gruppen gegründet wurden, um hauptsächlich junge Leute auf ein Leben in Palästina vorzubereiten.

An dieser von der Gestapo und dem SD angewendeten Vorgehensweise änderte sich im Laufe der dreißiger Jahre kaum etwas. Beide Organisationen waren von staatlicher bzw. politischer Seite dafür verantwortlich, die Judenpolitik in Deutschland mit Nachdruck durchzusetzen. Ihre Vorgehensweise basierte auf der Überzeugung, dass die jüdische Emigration aus Deutschland das wichtigste Ziel in der NS-Judenpolitik war und diese Auswanderung die einzige sinnvolle Lösung für die »Judenfrage« innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches darstellte. Die Gestapo und der SD beurteilten jede Initiative, jeden Bericht, jede Maßnahme und jede Handlung unter dem Gesichtspunkt, ob sie die physische Entfernung der Juden aus deutschem Gebiet erleichterten oder nicht. Als solche war diese Vorgehensweise perfekt auf die politischen Maßnahmen der Behörden, wie z.B. dem Innen- und Wirtschaftsministerium, der Reichsbank und dem Auswärtigen Amt, abgestimmt, die an früherer Stelle beschrieben wurden. Diese staatlichen Stellen befürworteten ebenfalls eine Judenpolitik, die vor allem auf die Forcierung der Auswanderung abzielte. Sie traten für antijüdische Gesetze ein, die die jüdische Emanzipation und Assimilation revidierten und dem sozialen und kulturellen Kontakt zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen ein Ende setzten, um Juden zur Auswanderung zu nötigen. Diese Behörden betrachteten andere Methoden als kontraproduktiv, wie etwa einen sporadischen Boykott auf kommunaler Ebene oder kontinuierliche Einschüchterungsmaßnahmen und Gewaltausschreitungen vonseiten der SA, der Hitlerjugend und dem Propagandaministerium im Allgemeinen.

29 NARA: T-175/408, Lagebericht Mai/Juni, 1934, »Die Judenfrage«, 2932496-503.

Bis Mitte 1935 stellte sich unter den Parteimitgliedern auf kommunaler Ebene eine gewisse Ungeduld mit dem Fortschritt der jüdischen Emigration ein, die die antijüdische Gesetzgebung in die Wege hätte leiten sollen.³⁰ Polizeiberichte erwähnen öffentliche Zornesbekundungen und Gewaltausschreitungen gegen Juden. Diesen Berichten zufolge sei es notwendig, klarere, härtere und umfassendere Maßnahmen gegen Juden zu ergreifen, um die hemmungslose Gewalt in den Griff zu bekommen.³¹ In einem Bericht vom 17. August 1935 brachte der SD ein starkes Argument für eine »ordnungsgemäße« Vorgehensweise vor. Er pries dabei die Auswanderung als die einzige Methode an, um die »Judenfrage« zu lösen. Der Bericht verurteilte die kontinuierlichen Gewaltausbrüche gegen die Juden auf kommunaler Ebene und forderte vom Staat verstärkte antijüdische Initiativen in Form von Gesetzen, die die Stellung der Juden in Deutschland ein für alle Mal klarstellen und jeglichen Bemühungen vonseiten von Ortsgruppen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, entgegenwirken würden. Aus heutiger Sicht erscheint es paradox, dass sich der SD für eine gewaltfreie Lösung der »Judenfrage« einsetzte. Der Bericht forderte stattdessen eine einheitliche politische Vorgehensweise vonseiten der federführenden Ministerien und die Erlassung von Gesetzen, die unter anderem genau definierten, wann jemand Staatsbürger werden könne, wem es erlaubt sei, Grundbesitz zu erwerben, wer Zugang zu öffentlichen Institutionen haben solle und wer einen wirtschaftlichen Betrieb besitzen dürfe. Diese Forderungen wurden ein paar Wochen später in den Nürnberger Gesetzen angesprochen und führten 1938 und 1939 zu antijüdischen Wirtschaftsgesetzen.³²

In einem an verschiedene Ministerien gerichteten Memorandum vom 9. September 1935 bestätigte der Verfasser, wahrscheinlich Reinhard Heydrich, dass die Gestapo gegen gewalttätige Ausschreitungen von Einzelpersonen war, die darauf abzielten, die »Judenfrage« zu lösen: »Meiner Ansicht nach kann die Judenfrage nicht durch Anwendung von Gewalt,

30 Vgl. Evans, *Third Reich in Power*, S. 536-541; Michael Wildt, *Before the ›Final Solution‹: The Judenpolitik of the SD, 1935-1938*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 43 (1998), S. 247. Vgl. auch Friedländer, *Nazi Germany and the Jews*, S. 125-128, S. 137-139.

31 Die Gestapo verließ sich größtenteils auf deutsche »Durchschnittsbürger«, um Auskünfte über »kriminelle Aktivitäten« einzuholen, sowohl über Juden wie auch über Nichtjuden. Siehe zur Rolle der »normalen« Deutschen bei der Durchsetzung der NS-Rassenpolitik Robert Gellately, *The Gestapo and German Society: Enforcing Racial Policy, 1933-1945*, New York 1990; Eric Johnson, *Nazi Terror: The Gestapo, Jews, and Ordinary Germans*, New York 1999.

32 Wildt, *Judenpolitik*, S. 69 f.

durch Mißhandlung Einzelner, Beschädigung persönlichen Eigentums oder andere Einzelaktionen gelöst werden.«³³ Er empfahl daher, dass sofortige Maßnahmen ergriffen werden müssten, um Juden generell aus dem deutschen Wirtschaftsleben auszugliedern und ihre Staatsbürgerschaft mit einem »Fremdenstatus« zu ersetzen. Außerdem sollten Mischehen und sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden verboten werden. Heydrich forderte, die Initiativen zur »Judenfrage« sollten zentral von hochrangigen Regierungs- und Parteibehörden statt von lokalen staatlichen Stellen koordiniert werden. Dieses Konzept war Teil der SS-Bemühungen, eine zentrale Rolle in der NS-Judenpolitik zu spielen. Dies gelang der Organisation schließlich im Jahre 1938.

Wenn man die NS-Ideologie und Praxis in einem größeren Zusammenhang betrachtet, so stellt sich heraus, dass Einschüchterungsmaßnahmen und Gewaltausbrüche, die sowohl von staatlichen Stellen wie auch von Ortsgruppen gegen verschiedene »Feinde des Nationalsozialismus« verübt wurden, für den Aufstieg der NSDAP und ihre Machtkonsolidierung vor und nach dem 30. Januar 1933 typisch waren.³⁴ Die kontinuierlich erfolgenden Gewaltausbrüche wurden kurz im vorherigen Kapitel angesprochen. Deshalb erscheint es paradox, dass sich der SD über hemmungslose, gegen Juden gerichtete Gewaltaktionen des Volkes besorgt zeigte. Dennoch führten diese Besorgnisse am 20. August 1935 zu einer Besprechung zwischen Vertretern des Wirtschafts-, Innen- und Justizministeriums und dem SD, um der in dem oben genannten Bericht angesprochenen Probleme Herr zu werden.³⁵ Alle bei dieser Zusammenkunft anwesenden Vertreter stimmten Vorgehensweisen zu, die auch die Polizei für das Beste hielt: Es sollten klare, strenge und wirksame antijüdische Gesetze beschlossen werden, die die Juden von »Ariern« absonderten. Außerdem sollte der Auswanderungsprozess ordnungsgemäß und schnell vonstattengehen. Pogrome sollten unter allen Umständen vermieden werden. Alle Gesetze, die die Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft brutal aus dem politischen, gesellschaftlichen, beruflichen

33 USHMM: II.001M.01, 5-379, Geheimes Staatspolizeiamt an den Herrn Reichswirtschaftsminister, den Herrn Reichs- und Preuss. Justizminister, den Herrn Reichs- und Preuss. Minister des Innern, den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, den Herrn Preuss. Ministerpräsidenten, den Stellvertreter des Führers, den Beauftragten des Führers für Wirtschaftssachen, den Herrn Reichs- und Preuss. Minister für Ernährung und Landwirtschaft, II 1 B 2 -08224/J.1057/35, 9. September 1935.

34 Vgl. Michael Burleigh, *The Third Reich: A New History*, New York 2000, Kap. 2.

35 Vgl. Wildt, *Before the »Final Solution«*, S. 250 f.

und kulturellen Leben Deutschlands ausgrenzten, beinhalteten jedoch eine Form von psychologischer Gewalt, die die Juden in Deutschland in Angst und Schrecken versetzte.

Hjalmar Schacht, Präsident der Reichsbank und Wirtschaftsminister, war gegen den Boykott der jüdischen Betriebe. Ihm missfielen generell jegliche Maßnahmen, die das deutsche Wirtschaftsleben stören könnten. Er beklagte sich über einen Mangel an klaren und umfassenden Gesetzen, die die Stellung der Juden in der deutschen Gesellschaft festlegten. Er war der Ansicht, dass ungesetzliche und unabhängig durchgeführte Aktionen gegen die Juden beendet werden müssten. Innenminister Wilhelm Frick stimmte Schacht zu. Sowohl das Wirtschafts- wie auch das Innenministerium waren für die jüdische Auswanderung zuständig. Gewaltaktionen und Boykotte waren diesem Prozess nicht zuträglich. Als Vertreter des SD schlug Heydrich spezifische Maßnahmen vor, die den jüdischen Einfluss auf systematische Weise eliminieren würden. Dazu gehörten ein Verbot von Mischehen, die gesetzliche Verfolgung von »Rassenschande« und eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Juden. Außerdem sollte die jüdische Migration in die Großstädte eingeschränkt werden. Diese war seit der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten eine gängige Praxis.

Bei der Besprechung am 20. August wurden Befehle von Adolf Hitler ausgegeben, die Einzelpersonen verboten, gegen Juden und jüdische Organisationen gewaltsam vorzugehen.³⁶ Zwei Monate später koordinierten das Wirtschafts- und Innenministerium gemeinsam mit Hitlers Reichskanzlei ihre Bemühungen, um unerlaubte Aktionen gegen Juden und jüdische Institutionen auf kommunaler Ebene zu unterbinden.³⁷ Beim Treffen vom 20. August wurde außerdem den Forderungen nach weiteren antijüdischen Gesetzen stattgegeben. Sie ebneten den Weg für die Nürnberger Gesetze, die offiziell beim jährlich stattfindenden Parteitag der NSDAP in Nürnberg am 15. September bekannt gegeben wurden.³⁸ Natürlich lag den Bemühungen, individuelle Gewaltakte ein-

36 BAArch: R43, 602, Reichsministerium des Innern an die Landesregierungen, IIIp 3710/59, 20. August 1935.

37 Vgl. z.B. USHMM: 14.001M, 10-1723, Der Reichs- und Preussische Minister des Innern an den Stellvertreter des Führers, 25. Oktober 1935; und Der Stellvertreter des Führers an den Herrn Reichs- und Preussischen Wirtschaftsminister, 31. Oktober 1935.

38 Mehr Informationen zu den Nürnberger Gesetzen enthält Bernhard Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9 (1961), S. 261-313. Vgl. auch Adam, Judenpolitik, S. 125; Rürup, Das Ende der Emanzipation, S. 97-114.

zuschränken, keine tiefere Besorgnis um die Sicherheit und das Wohlergehen deutscher Juden zugrunde. Stattdessen war es ein Versuch, eine einheitlichere, zentralisierte und von höchster Stelle koordinierte Vorgehensweise bei der Durchsetzung der Judenpolitik zu erlangen, nachdem bereits zwei Jahre lang ein relatives Chaos geherrscht hatte. Außerdem wollten sich polizeiliche Stellen bei der Konzipierung der Judenpolitik eine tragende Rolle sichern. Die nationalsozialistische Propaganda und Deutschlands Ansehen in der Welt bei der Vorbereitung der Olympischen Sommerspiele in Berlin im Jahre 1936 könnten ebenfalls ein entscheidender Faktor gewesen sein. Auf jeden Fall konnten die im August 1935 gefassten Beschlüsse die individuellen und sporadisch vorkommenden gewaltsamen Übergriffe oder die örtlich begrenzten Boykotte nicht völlig beenden. Sie bestätigten jedoch, dass die Regierungsstellen in Berlin bei der Konzipierung und Ausführung der Judenpolitik das Sagen hatten und der Auswanderung aller Juden aus Deutschland Priorität einräumten.

Eines der größten Hindernisse, die sich der Auswanderung in den Weg stellten, war der tief sitzende, nach Assimilation strebende Charakter der jüdischen Gemeinschaft und ihre Loyalität Deutschland gegenüber. Die Gestapo und der SD waren sich dessen bewusst. Sie waren jedoch überzeugt, dass der Zionismus dem Hang der deutschen Juden entgegenwirken würde, Widrigkeiten überstehen zu wollen und die Auswanderung um jeden Preis zu vermeiden. Wie an früherer Stelle erwähnt, war die Gestapo während der dreißiger Jahre bei vielen Versammlungen und anderen offiziellen Veranstaltungen aller jüdischen Organisationen in Deutschland anwesend. Im Juni 1934 befahl sie jüdischen Organisationen offiziell, ihre Veranstaltungen polizeilich anzumelden. Bald danach kam es zu dem Erlass, dass jegliche Art von Propaganda, Juden den Verbleib in Deutschland zu empfehlen, verboten war.³⁹ Nichtzionistische sowie antizionistische Organisationen wie der CV, der RjF und der Verband nationaldeutscher Juden (VnJ) wurden besonders angegriffen und unter genaue Beobachtung gestellt. Dabei wollte die Gestapo herausfinden, ob diese Organisationen für Assimilation warben oder deutschnationales Gedankengut unter ihren Mitgliedern verbreiteten. In Polizeiberichten über zionistische Veranstaltungen wurde wiederum im Detail berichtet, dass assimilatatorische Tendenzen nicht festzustellen waren.

Im Januar 1935 ging Reinhard Heydrich außerdem darauf ein, welche Rolle der Zionismus in der NS-Judenpolitik spielte: »Die Tätigkeit der zionistisch-eingestellten jüd. Jugendorganisationen, die sich mit der Um-

39 USHMM: 11.001M.01, 17-18, »Juden: Politische Gliederung in Zionisten und Assimilanten«, II I B 2, 25. Juni 1934.

schichtung zu Landwirten und Handwerkern zum Zwecke der Auswanderung nach Palästina befassen, liegt im Sinne der nationalsozialistischen Staatsführung.«⁴⁰ In der SS-Zeitung *Das Schwarze Korps* behandelte Heydrich außerdem, wie die SS deren Rolle beurteilte.⁴¹ Er hielt dabei den Zionisten ihre strikten rassistischen Ansichten zugute, verurteilte die nach Assimilation strebenden Gruppen und warf ihnen vor, dass sie ihre eigene Rasse verleugnen würden. In einem weiteren Artikel der Zeitung *Das Schwarze Korps* beschrieb er die Herangehensweise der deutschen Regierung an den Zionismus in folgender Weise: »Sie befindet sich dabei in Übereinstimmung mit der großen geistigen Bewegung im Judentum selbst, dem sogenannten Zionismus, dessen Grundlage die Erkenntnis von der Zusammengehörigkeit des Judentums in der ganzen Welt und die Ablehnung aller Einschmelzungsideen bildet.«⁴² Die politische Polizei in Bayern brachte ebenfalls zum Ausdruck, dass sie Zionisten den Vorzug gab, ohne jedoch im Detail darauf einzugehen, wie Zionisten anders als nichtzionistische Organisationen behandelt werden sollten: »Jedenfalls sind die Bundesmitglieder der zionistischen Verbände im Hinblick auf die auf Abwanderung nach Palästina gerichtete Tätigkeit nicht mit derjenigen Strenge zu behandeln, wie sie gegenüber den Angehörigen der sogen. deutsch-jüdischen Organisationen (Assimilanten) notwendig ist.«⁴³

Ende 1935 wurde der CV infolge des im September erlassenen Reichsbürgergesetzes gezwungen, seinen Namen von Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens auf Centralverein der Juden in Deutschland zu ändern. Diese Maßnahme deutete bereits darauf hin, dass seine Aktivitäten noch weiter eingeschränkt werden würden. Das Innenministerium löste den strikt antizionistisch eingestellten Verband nationaldeutscher Juden im Dezember auf. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) wurde ebenfalls zwangsweise aufgelöst.⁴⁴ Sowohl dem CV wie auch dem RjF wurde in den Jahren 1936 und 1937 öfters ver-

40 USHMM: 11.001M.04, 72-326, Preuss. Geh. Staatspolizei an alle Staatspolizeistellen, 17. Januar 1935.

41 *Das Schwarze Korps*, 14. Mai 1935.

42 *Das Schwarze Korps*, 26. September 1935.

43 Siehe Hans Mommsen, Dokumentation: Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10 (1962), S. 78 f.

44 LHSA: Oberpräsidium der Provinz Sachsen, Rep. C201 B-119, Runderlass des RIM, 9. Dezember 1935.

boten, öffentliche Zusammenkünfte abzuhalten. Von polizeilicher Seite wurde auch diskutiert, beide Organisationen endgültig aufzulösen.⁴⁵

Im Mai 1935 zeigten sich einige Gestapoleute darüber konsterniert, dass die nach Assimilation strebenden jüdischen Organisationen noch immer aktiv waren. Als Beispiel führten sie eine öffentliche Kundgebung gegen den Ausschluss der Juden aus der deutschen Armee an, wie ihn die neuen deutschen Wehrdienstgesetze vorsahen. Sie brachten vor, dass Aktivitäten vonseiten dieser Organisationen nicht mehr toleriert werden sollten. Die Gestapo verbot für einige Zeit Zusammenkünfte »deutsch-jüdischer Organisationen«, wie sie den nichtzionistischen CV und den RjF nannte. Dies geschah auf der Grundlage der Verordnung vom 28. Februar 1933, die vom Reichspräsidenten »zum Schutz von Volk und Staat« erlassen worden war. Die Gestapo-Verordnung nahm einige jüdische Organisationen von diesem Verbot aus, darunter örtliche jüdische Kultur- und Sportvereine, Wettbewerbe und »Versammlungen und Veranstaltungen der Zionistischen Organisationen«.⁴⁶ Im Frühjahr 1937 wiederholte die SD-Abteilung II-112 ihre früheren Empfehlungen, dass auf jüdische Führungspersönlichkeiten und Organisationen maximaler Druck ausgeübt werden solle und »dem Judentum in Deutschland seine bisher immer noch bestehenden, nicht auf Auswanderung abzielenden Organisationen [zerstört] und ideenmässig [zerschlagen werden sollten].«⁴⁷ Außerdem schlug die Abteilung vor, dass Zionisten gegen »Assimilanten« ausgespielt werden sollten, um die »assimilatorischen Neigungen« durch eine Spaltung der jüdischen Gemeinschaft weiter zu schwächen. Die Abteilung forderte zudem, dass sich alle deutschen Juden auf die Emigration konzentrieren sollten. Deshalb sollten nach Assimilation strebende Juden aus Führungspositionen in jüdischen politischen Organisationen, Gemeinden, Kulturvereinen, Schulen sowie Umschulungszentren verdrängt werden. Die Abteilung schlug auch vor, dass assimilatorische Hinweise

45 Vgl. USHMM: II.001M.01, 6-431, »Zur gegenwärtigen Lage in der Judenbewegung«, II 1 B 2, 21. Januar 1936.

46 USHMM: II.001M.01, 4-290, Geheimes Staatspolizeiamt an alle Staatspolizeistellen, II 1 B 2 – J. 589/35.IV, 31. Mai 1935.

47 USHMM: II.001M.01, 7-506, »Welche Fragen und Aufgaben ergeben sich für den SD bei der Bekämpfung des Judentums«, 4. April 1937. Vgl. auch Safrian, Die Eichmann-Männer, S. 27. Der SD wies auch darauf hin, dass Druck auf »Scheinzionisten« ausgeübt werden sollte, die für die Bewegung in verschiedenen Funktionen arbeiteten, jedoch nicht emigrieren wollten.

aus öffentlichen Reden gestrichen und die Emigration in jüdischen Zeitungen aktiv beworben werden sollten.⁴⁸

Andererseits wurden auch viele Gestapo-Berichte an die Zentrale in Berlin gesandt, die zufrieden darauf hinwiesen, dass sich die jüdische Bevölkerung und ihre verschiedenen Organisationen immer mehr für den Zionismus begeisterten. Anfang 1936 gaben kommunale Polizeiamter in Hildesheim und Harburg-Wilhelmsburg Kommentare über das zunehmende Interesse am Zionismus ab. Sie bemerkten z.B., dass jüdisch-nationale Werte und politische Maßnahmen bei Präsentationen, Vorträgen und anderen Veranstaltungen, in denen »der Jude [...] als Held hingestellt [wird]«,⁴⁹ immer mehr angepriesen würden. Die Hildesheimer Polizei berichtete mit Genugtuung, dass das Interesse am Zionismus und Palästina enorm zugenommen hätte. Sie nannte dabei im Besonderen die Bemühungen jüdischer Geschäftsleute, die ihre Betriebe in Vorbereitung auf die Emigration zum Verkauf angeboten hätten. Der Bericht hob auch einige Vorträge von Juden hervor, die Palästina besucht hatten, sowie andere Veranstaltungen, bei denen Auskünfte über die jüdische nationale Heimstätte erteilt wurden.⁵⁰

Diese Berichte zeigten sich vom Inhalt der zionistischen Veranstaltungen angetan. In Leipzig besuchten Polizeibeamte zum Beispiel zionistische Zusammenkünfte wie Mitgliedertreffen, Vorträge und Filme sowie Jugend- und Sportveranstaltungen. Sie berichteten nach Berlin, dass diese Veranstaltungen mit 100 bis 1.000 Leuten sehr gut besucht waren und ruhig und störungsfrei verliefen. In Leipzig und anderen Ortschaften bzw. Städten mussten sich Sprecher bei zionistischen Veranstaltungen auf bestimmte Themen beschränken. Sie behandelten u.a. die Richtigkeit der zionistischen Philosophie im Vergleich zur fehlgeschlagenen Emanzipation und Assimilation, die Herausforderungen in Palästina, wie z.B. Fragen des Landbesitzes, die Beziehung zur arabischen Bevölkerung und die bürokratischen Schritte bei der Einreise in Palästina, sowie das allgemeine Bedürfnis, eine großflächige jüdische Auswanderung in die Wege zu leiten. Vor 1933 hatten sich Redner bei zionistischen Veranstaltungen natürlich auch auf diese Themen konzentriert. Örtliche Polizeistationen legten den Aktivitäten der zionistischen Bewegung

48 USHMM: 11.001M.01, 7-506, Arbeitsanweisungen für das Sachgebiet II 112 (undatiert).

49 NSHStA: Hann. 87a, Nr. 9, Lagebericht der Geheimen Staatspolizei in Harburg-Wilhelmsburg von Januar 1936.

50 NSHStA: Hann. 87a, Nr. 9, Staatspolizeistelle Hildesheim (bei Hannover) an das Geheime Staatspolizeiamt, 3. Februar 1936.

keine besonderen Hindernisse in den Weg.⁵¹ Die einzigen Ausnahmen waren das Hebräischverbot bei den meisten Veranstaltungen, das 1936 von den Behörden erlassen wurde, um eine bessere Kontrolle ausüben zu können,⁵² sowie die Unannehmlichkeiten, die durch die Weigerung der Polizei, Veranstaltungen am Sonntag zu genehmigen, entstanden waren.

Die Gestapo betrachtete die ZVfD und die revisionistischen Zionisten als die einzigen verbleibenden politischen Organisationen der jüdischen Gemeinschaft, die noch eine Rolle spielten. Sie war sich zwar bewusst, dass beide Organisationen behaupteten, alle Juden in Deutschland zu vertreten und dass ein bitterer Konkurrenzkampf zwischen ihnen herrschte, doch schien sie sich kaum um den Ausgang dieses Kampfes zu kümmern, solange der Zionismus und die Emigration das hauptsächliche und einigende Prinzip des jüdischen Lebens in Deutschland blieben. Alle Hoffnungen, selbst unter sehr veränderten Umständen in Deutschland zu verbleiben, sollten zerschlagen werden. Zusätzliche Verbote zu Versammlungen und anderen Aktivitäten der jüdischen Organisationen wurden vom 21. Dezember 1936 bis zum 1. Februar 1937 und vom 10. April bis zum 10. Juni 1937 erlassen.⁵³ Diese Verbote richteten sich hauptsächlich gegen die nach Assimilation strebenden Organisationen, schlossen aber zum Teil auch zionistische Vereine mit ein. Sport- und Kulturveranstaltungen sowie rein religiöse Gruppen waren davon ausgenommen. Dass die Zionisten trotz ihrer Nützlichkeit in den Augen der Behörden zuallererst Juden und dadurch äußerst verdächtig und verhasst waren, geht aus diesen zeitlich begrenzten Aufhebungen hervor. Dies war besonders im Frühjahr 1937 der Fall, als Verbote aufgrund antideutscher Aktivitäten im Ausland erlassen wurden.⁵⁴ Letzten Endes sollten diese periodisch auftretenden Verbote die nichtzionistischen Organisationen weiter einschüchtern und den zionistischen Ansatz sowie die jüdische Emigration als die einzigen Wahlmöglichkeiten für die deutschen Juden propagieren. Ein internes SD-Memorandum vom 1. Juni 1937 bewertete die Auswirkungen dieser Verbote. Es schien genau solch eine Strategie

51 Vgl. z.B. SStA: PP-V 4441, Polizeipräsidium Leipzig, Abt. IV, Überwachungsbericht vom 2. Mai 1936. Vgl. auch PP-V 3937/9, ZVfD Leipzig an Polizeipräsidium Leipzig, 3. Februar 1937; PP-V 3937/9, Polizeipräsidium Leipzig an ZVfD Leipzig, 10. April 1937.

52 Vgl. BArch: R187 Sammlung Schumacher, 240/I, Bayerische Politische Polizei an alle Polizeidirektionen, B.Nr. 37939/36 II 1 B, 27. April 1936.

53 Vgl. USHMM: 11.001M.01, 4-290, Geheimes Staatspolizeiamt, II 1 B 2 – 1319/36 J, 21. Dez. 1936, und II B 4 – V 12 J, 5. April 1937.

54 Vgl. PA: R99351, Inland II A/B, 83-21, Bd. 6, AA/Berlin an alle Missionen und Berufskonsulate, 83-21 15/4, 24. April 1937.

vorzuschlagen: »Insbesondere interessiert, ob die nunmehr abgelaufene ›stille Zeit‹ zu einer inneren Sammlung und Stärkung der Zionisten beigetragen hat und wie die assimilatorischen Kreise auf diesen ›Schlag‹ reagiert haben.«⁵⁵

Wie im vorherigen Kapitel bereits festgestellt, ließen die Nationalsozialisten den Zionisten nur scheinbar eine »bevorzugte Behandlung« angedeihen. Wie andere Juden im Dritten Reich der dreißiger Jahre wurden sie ihrer Bürger- und Menschenrechte beraubt, immer weiter in die Armut getrieben und öffentlich verunglimpft. Um jedoch die zionistische Arbeit in Deutschland zu erleichtern und den allgemeinen Prozess der jüdischen Auswanderung zu beschleunigen, machte die Polizei kleine Zugeständnisse. So gestattete sie z.B. geringfügige Ausnahmen, die für Zionisten hilfreich waren, ohne dass sie die Misere der Juden erleichtert hätten. Im April 1935 hob die Polizei z.B. das Uniformverbot bei Zusammenkünften von jüdischen Organisationen auf und erlaubte der revisionistischen zionistischen Nationalen Jugend Herzlia, Uniformen anzulegen.⁵⁶ Das Tragen von Uniformen war an sich unwichtig. Es zeugte jedoch davon, dass der Zionismus und vor allem seine revisionistische Spielart die SS in gewisser Weise ansprach und ihre Judenpolitik vor 1938 beeinflusste. Zumindest bis Ende 1936 erlaubte die Polizei zionistischen Lehrern und anderem Personal der Jewish Agency for Palestine ins Land einzureisen, um deutsche Juden in Umschulungslagern auf die Ausreise nach Palästina vorzubereiten.⁵⁷ Die Gestapo genehmigte außerdem die Einfuhr von schulischen Materialien auf Hebräisch für jüdische Schulen und zionistische Umschulungslager. Diese Materialien wurden normalerweise im Transfer-Prozess bezahlt. Importiert wurden hebräische Materialien aus Palästina im Wert von 35.000 RM, die von einer Vielzahl von zionistischen Organisationen wie der ZVfD, der Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugend Alijah und der Women's International Zionist Organization (WIZO) im Sommer 1936 benutzt wurden.⁵⁸

Den deutschen Zionisten wurde im Allgemeinen sogar erlaubt, zionistische Veranstaltungen im Ausland zu besuchen, wie z.B. die Tagung des Organisationskomitees der Jewish Agency for Palestine in Zürich im

55 USHMM: 11.001M.01, 4-290, An alle SD-Führer der SS-Oberabschnitte, II-112, C 4222, 1. Juni 1937.

56 Mommsen, Dokumentation, S. 80f.

57 Vgl. z.B. ISA: 67/1145, DGK/Jerusalem an Gestapo/Berlin, Nr. Sic. 70/36, 6. Juni 1936; Gestapo/Berlin an DGK/Jerusalem, Nr. II 1 B2-1499/35-J, 14. Juli 1936; DGK/Jerusalem an Gestapo/Berlin, Nr. Sic. 70/76 und 130/36, 6. August 1936.

58 BArchD-H: Z/B1-133, Preussische Geheime Staatspolizei an die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, II 1 B 2 777/36, 8. Juli 1936.

September 1936.⁵⁹ Die Gestapo machte auch beim Verbot, Hebräisch bei Versammlungen und Veranstaltungen zu benutzen, Ausnahmen. Dazu gehörten Sprachstunden, Unterricht in jüdischen Schulen und Kulturveranstaltungen, bei denen »die Mitglieder der veranstaltenden jüdischen Organisationen zu dem Zweck zusammenkommen, um sich zur Erleichterung der Auswanderung nach Palästina [zu treffen].«⁶⁰ Selbst bis Mai 1937 erlaubte das Auswärtige Amt ausländischen Hebräischlehrern, nach Deutschland einzureisen, da sie junge Menschen auf die Ausreise nach Palästina vorbereiten würden.⁶¹

Die Zionisten wurden sogar aufgefordert, ihre Philosophie unter alt-ingesessenen »Assimilanten« zu verbreiten. Diese sollten dazu angehalten werden, sich nicht mehr als Deutsche zu identifizieren und ein neues jüdisches Selbstbewusstsein und eine nationale Identität zu entwickeln.⁶² Bis 1938 gab sich die Polizei damit zufrieden, dass der Zionismus zur dominanten politischen Kraft unter jenen Juden geworden war, die noch in Deutschland verblieben waren.⁶³ Schließlich war ihr bewusst, dass Palästina zwischen 1933 und 1936 mehr deutsche Juden als irgendein anderes Land in der Welt aufgenommen hatte. Aber außer das Ha'avara-Abkommen vom August 1933 offiziell zu unterstützen und die zionistischen Umschulungsprogramme und -lager während der dreißiger Jahre zu dulden, tat das Regime wenig, um die schädlichen Auswirkungen der NS-Judenpolitik auf alle deutschen Juden in Schranken zu halten.

Die SS begann sich Anfang des Jahres 1934 auch für zionistische Aktivitäten im Ausland zu interessieren. So war sie ständig damit beschäftigt, das Verhältnis zwischen der zionistischen Bewegung und den Betreibern des Boykotts auszuloten. Sie bewertete damit die Art und das Ausmaß der zionistischen Arbeit in Palästina sowie die allgemeinen Auswirkungen internationaler zionistischer Aktivitäten auf mögliche Partner in Deutschland und auf die jüdische Auswanderung. 1935 und

59 PA: R99458, Inland II A/B, 83-29, Bd. 1, Deutsche Kongress-Zentrale an AA, Nr. 992/36 Si/Bl, 18. August 1936.

60 BArch: R58, 276, Geheimes Staatspolizeiamt an alle Staatspolizeistellen, B. Nr. II 1 B2-J. 317/36 II, 4. April 1936. Das Memorandum trug die Unterschrift Reinhard Heydrichs.

61 PA: R99351, Inland II A/B, 83-21, Bd. 6, AA an Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 83-21 3/5, 21. Mai 1937.

62 Vgl. z.B. BArch: R58, 276, Geheimes Staatspolizeiamt an alle Staatspolizeistellen, B.Nr. II 1 B2-J.317/36II, 4. April 1936.

63 Vgl. z.B. Wildt, Judenpolitik, S. 162 f; NARA: T-175/411, »Die Organisation der Judenheit, ihre Verbindungen und politische Bedeutung«, 2936225, 23. September 1938.

1937 sandte der SD Beobachter zum 19. und 20. Zionistischen Kongress in Luzern und Zürich.⁶⁴ Leopold von Mildenstein trat bis zu seinem Rücktritt vom SD-Hauptamt im Jahre 1936 sehr dafür ein, den Zionismus für die Lösung von Deutschlands »Judenfrage« zu nutzen. Er besuchte 1935 die Konferenz in Luzern. Adolf Eichmann vom SD-Amt II-112 wiederum nahm zwei Jahre später an der Züricher Konferenz teil. Besonders beim Luzerner Kongress sprach sich die zionistische Delegation aus Deutschland gegen den antideutschen Wirtschaftsboykott und für das Ha'avara-Transfer-Abkommen aus, was den SS-Beobachtern natürlich nicht entging.

Der SD benutzte auch die Dienste von Franz Reichert vom Deutschen Nachrichtenbüro (DNB) in Jerusalem. Er wurde als Vertrauensmann eingesetzt, der »über die Probleme des politischen Zionismus und alle diesbezüglichen Fragen im Nahen Osten« berichten sollte.⁶⁵ In Palästina hielt Reichert Kontakt zu Feivel Polkes, einem Agenten der geheimen jüdischen Abwehrorganisation Hagana. Polkes lieferte Reichert Informationen über jüdisch-arabische Beziehungen in Palästina.⁶⁶ Die Hagana ermutigte Polkes, in engem Kontakt mit Reichert zu verbleiben und ihn zu beschatten. Im Frühjahr 1936, zu Beginn der arabischen Revolte und des Generalstreiks in Palästina, befürchtete die Hagana, dass das NS-Regime vielleicht die arabische nationale Sache unterstützen werde und gab Polkes deshalb Anweisungen, Reichert davon zu überzeugen, dass das nicht der Mühe wert sei.⁶⁷ Polkes' Aussagen zufolge versuchte Reichert, ihn wiederum davon zu überzeugen, dass es Wege gebe, um die jüdische Emigration aus Deutschland nach Palästina über das Ha'avara-Abkommen deutlich zu erhöhen und ein Besuch Polkes' in Deutschland zu diesem Zwecke sehr nützlich wäre.

Reichert half bei der Organisation von Polkes' Besuch in Berlin, wo er mit Vertretern des SD und der Gestapo vom 26. Februar bis zum 2. März 1937 zusammentraf. Es war Reichert und kein Mitarbeiter des SD oder der Gestapo, der diese Zusammenkunft allem Anschein nach in

64 NARA: T-175/R588, II/112-18/1, 000373, 12. März 1937.

65 BArch: R58, 991, Tätigkeitsbericht von II/112, 6.6.-5.10.37. Vgl. auch PA: Pol. Abt. III, Politik 12-Palästina, Bd. 1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr. Empf. 40/35, 8. Juli 1935.

66 Vgl. BArch: R58, 991, Tätigkeitsbericht von II/112, 1.7.-31.12.37; Wildt, »Before the ›Final Solution‹«, S. 259-261; Cesarani, *Becoming Eichmann*, S. 53-56. Die Hagana wurde im Jahre 1920 in Palästina gegründet. Im selben Jahr kam Polkes in Palästina aus Europa an. Er schloss sich der Organisation kurz nach seiner Einreise an.

67 HA: 19.00042, Interview mit Feivel Polkes, 24. Oktober 1963.

die Wege leitete.⁶⁸ So bezahlte Reichert die in Berlin anfallenden Spesen von Polkes' Europareise aus eigenen Mitteln. In Berlin erzählte Polkes Eichmann und anderen Mitgliedern des SD von der antienglischen, antiarabischen und antikommunistischen Einstellung der Hagana und dem Wunsch, mit Deutschland zusammenzuarbeiten, um deutschen Juden eine schnelle und problemlose Emigration nach Palästina zu ermöglichen. Er versprach, die deutschen Interessen im Nahen Osten zu vertreten und behauptete sogar, dass er Deutschland Zugang zu Erdöl und anderen Ressourcen in der Region verschaffen könne, wenn Berlin alles in seiner Macht Stehende tun würde, um Juden die Ausreise nach Palästina zu ermöglichen. Er behauptete zudem, eine wichtige Stellung in der Hagana einzunehmen, und wies stolz auf die Rolle der Hagana bei der Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates hin.⁶⁹ Der SD und die Gestapo waren sicherlich gegenüber Polkes Avancen empfänglich. Ihrer Einschätzung nach war er eine wichtige Informationsquelle für den Geheimdienst des SD. In dieser Hinsicht kam der traditionelle antisemitische Glaube an die Existenz eines monolithischen »Weltjudentums« sowie eine völlige Unwissenheit über das jüdische Leben und die jüdischen Institutionen außerhalb Deutschlands, besonders in Palästina, zum Tragen, aus der sich auch der nationalsozialistische Widerstand gegen einen jüdischen Staat erklärte. Der SD hielt in der Folge Polkes' angeblich wichtige Stellung in der Hagana für eine erwiesene Tatsache: »auf diesem Wege [würde] tatsächlich das wichtigste Material über die Pläne des Weltjudentums zu unserer Kenntnis gelangen.«⁷⁰

Eichmann wurde die Aufgabe zugewiesen, Kontakt zu Polkes zu halten. So durfte er zu einem späteren Zeitpunkt während desselben Jahres eine Einladung von Polkes nach Palästina annehmen. Gemeinsam mit Herbert Hagen, der sich als Student ausgab, reiste der als Journalist getarnte Eichmann am 7. Oktober nach Haifa. Dort trafen beide auf Reichert. Jedoch konnten sie zu diesem Zeitpunkt keinen Kontakt zu Polkes herstellen. Sie fuhren nach Alexandria weiter, wo sie Polkes schließlich am 10. und 11. Oktober trafen. Polkes machte Vorschläge, wie sie die

68 Vgl. z.B. BArch: R58-563, Aufzeichnung betr. Dr. Reichert, Leiter des D.N.B. Jerusalem, II-112, B.Nr. 148/37 (Verfasser unbekannt), April 1937; R58-954, Aufzeichnung betr. Feivel Polkes, Tel Aviv, Geheime Kommandosache, II-112 98i/37 (Six), 17. Juni 1937.

69 Vgl. BArch: R58-563, Bericht betr. Feivel Polkes in Palästina, 7. Mai 1937. Die Verfasser dieses Berichts waren anscheinend Adolf Eichmann und Herbert Hagen von der SD-Abteilung II-112.

70 BArch: R58-954, Aufzeichnung betr. Feivel Polkes, Tel Aviv, Geheime Kommandosache, II-112 98i/37 (Six), 17. Juni 1937.

jüdische Emigration aus Deutschland nach Palästina auf 50.000 Menschen pro Jahr erhöhen könnten. Er stellte sogar zufrieden fest, dass die deutsch-jüdische Politik die jüdische Auswanderung nach Palästina dramatisch in die Höhe getrieben und der Yishuv dadurch fast eine jüdische Mehrheit erhalten hätte. Zudem sagte er Eichmann und Hagen, dass ein jüdischer Staat zwar nicht in der nahen Zukunft verwirklicht werden könne, dass der Yishuv sich gegen Großbritannien jedoch mit Waffengewalt zur Wehr setzen werde, wenn die Mandatsregierung dem arabischen Widerstand gegen einen jüdischen Staat nachgeben würde. Die britischen Behörden verweigerten Eichmann und Hagen ein erneutes Einreisevisum von Ägypten nach Palästina, und der Kontakt mit Polkes brachte letzten Endes keine wirklichen Ergebnisse.⁷¹

Offensichtlich glaubten die NS-Behörden, dass eine Verbindung zu Polkes wichtig war, er über Reichert eine Einladung nach Berlin erhalten sollte und Eichmann einer Einladung nach Palästina zu weiteren Gesprächen Folge leisten sollte. Zumindest scheint diese Episode auf die anhaltende Wichtigkeit des Zionismus in der NS-Judenpolitik im Jahre 1937 hinzuweisen. Die deutschen Dokumente zeigen auch auf, dass der SD darauf hoffte, über Polkes weitere Informationen zu anderen Themen zu erhalten, die die Polizeioorganisation zur damaligen Zeit für wichtig erachtete. Zum Beispiel glaubte der SD, dass die Hagana Informationen über angebliche jüdische Attentatspläne auf deutsche Regierungsmitglieder hatte, darunter auch Hitler. Angeblich wüsste die Hagana auch, wer hinter der Ermordung des Gründers und Anführers der Schweizer nationalsozialistischen Bewegung, Wilhelm Gustloff, im Februar 1936 stand. Die Hagana könne, so die Vorstellung, Namen von wichtigen jüdischen Führungspersonlichkeiten auf der ganzen Welt benennen, die in antideutsche Boykotte und deutschfeindliche Organisationen involviert waren. Da der SD 1937 darauf hoffte, alle Pläne über die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates über Polkes zu erhalten, glaubte die Behörde, eine angemessene deutsche Reaktion konzipieren zu können. Der SD versprach Polkes wiederum, dass die Gestapo die

71 Ein kompletter, fünfteiliger Bericht am 4. November 1937 über Eichmanns und Hagens Reise nach Palästina findet sich im BArch: R58-954, »Bericht über die Palästina-Ägyptenreise von SS-Hptscharf. Eichmann und SS-Oscharf. Hagen«, G II-112 26-3, an I-1 über II-1, 27. November 1937. Hagen schrieb Teil 1, 2, 4 und 5, Eichmann Teil 3. Dem Bericht sind auch Stellungnahmen von Vertrauensmännern des SD in Jerusalem (Reichert) und Kairo (Gentz) sowie Extraberichte von Hagen angehängt. In seiner Gesamtheit versucht das Dokument ein Bild von Geschehnissen im Nahen Osten und Südosteuropa wiederzugeben. Es stellt den SD auf grandiose Weise als einen der wichtigsten Geheimdienste des Reichs dar.

Reichsvertretung der Juden in Deutschland (RVt) dazu nötigen werde, ihre Mitglieder zur alleinigen Auswanderung nach Palästina zu bewegen, damit in der Region, wie Polkes es wünschte, eine jüdische Mehrheit entstände. Der SD willigte auch ein, Polkes über Reichert monatlich 15 £ für seine Dienste zu bezahlen, wobei nicht klar ist, ob diese Zahlung je erfolgte.

Es ist auch nicht wirklich zu ergründen, welche Rolle Polkes in der Hagana zu jener Zeit spielte. Deshalb kann man auch schwer feststellen, ob er ein glaubwürdiger Verhandlungspartner für die Deutschen war. Die Aufzeichnungen der Hagana zeigen auf, dass Polkes' Besuch in Berlin und Eichmanns Reise nach Palästina und Ägypten auf Polkes und Reicherts Initiative erfolgten. In einem am 24. Oktober 1963 in Israel gegebenen Interview hielt Polkes daran fest, dass er von der Hagana dazu ermächtigt worden sei, 1935 und 1936 Kontakte zu Franz Reichert in Palästina zu pflegen. Im Interview stellte sich jedoch auch heraus, dass die Hagana gegen seine Reise nach Berlin gewesen war.⁷² Shaul Avigur stand dem Hagana-Komitee für illegale Einwanderung (Mossad le Aliyah Bet) vor. Dieses wurde 1938 eingerichtet, um jüdischen Flüchtlingen aus Mitteleuropa die Auswanderung nach Palästina zu ermöglichen.⁷³ Noch 1963 bestand Avigur auf seiner Aussage, dass weder Polkes' Besuch in Berlin Anfang des Jahres 1937 noch seine Kontakte zu Adolf Eichmann auf Veranlassung der Hagana erfolgten. Sie standen auch in keinem Zusammenhang mit der anschließenden illegalen Immigration, bei der die Hagana aktiv mithalf.⁷⁴ Das letzte Kapitel beleuchtet die Kontakte, die die Hagana mit NS-Behörden zum Thema der illegalen jüdischen Immigration ab Anfang 1938 unterhielt. Auf jeden Fall kritisierte die Hagana Polkes' kurzes Treffen mit Eichmann und dem SD in Berlin und Ägypten (1937) nach seiner Rückkehr nach Palästina. Polkes wurde schließlich seines Amtes enthoben. Diese Kontaktaufnahme zeitigte also keine Ergebnisse.

72 HA: 19.00042, Interview mit Feivel Polkes, 24. Oktober 1963.

73 Aliya Bet oder »illegale Immigration« war auch unter dem Namen »ha'apalah« bekannt.

74 HA: 080/P299/105, Shaul Avigur gegenüber David Yisraeli, 20. Oktober 1963.

Ein Judenstaat

Bei einer Zusammenkunft zur jüdischen Emigration am 29. September 1936, an der Vertreter des Innen- und Wirtschaftsministeriums sowie des Stellvertreters des Führers teilnahmen, brachte Staatssekretär Wilhelm Stuckart vom Innenministerium Befürchtungen zum Ausdruck, dass deutsch-jüdische Emigranten das antideutsche Sentiment in den meisten Immigrationsländern anheizen könnten. Er bemerkte: »[B]isher [ist] in erster Linie die Auswanderung der Juden nach Palästina gefördert worden.«⁷⁵ Stuckart war der Ansicht, dass antideutsche Vorbehalte im Nahen Osten Deutschland nur geringen Schaden zufügen würden. Die NS-Führungsspitze stellte jedoch aufgrund der Ereignisse in der Region eine großangelegte Auswanderung deutscher Juden nach Palästina in Frage, und zweifelte daher an der Politik, den Zionismus und die Emigration aus Deutschland nach Palästina zu fördern.

Die Überlegungen der Royal (Peel) Commission on Palestine, die von der britischen Regierung im November 1936 als Reaktion auf die arabische Revolte vom April des Vorjahres ins Leben gerufen wurde, gaben in Europa und dem Nahen Osten von Beginn an Anlass zu Spekulationen. Man fragte sich, ob die mögliche Gründung von vordergründig unabhängigen jüdischen und arabischen Staaten den eskalierenden Konflikt in Palästina eindämmen würde. Obwohl die Untersuchungsergebnisse und Empfehlungen der Kommission bis Juli 1937 nicht veröffentlicht wurden, zog das deutsche Auswärtige Amt bereits im Januar desselben Jahres die möglichen politischen Auswirkungen eines unabhängigen jüdischen Staates für Deutschland in Betracht. Walther Hinrichs vom Referat Deutschland warnte das Büro des Staatssekretärs, dass die Peel Commission wahrscheinlich einen unabhängigen jüdischen Staat in einem Teil von Palästina vorschlagen werde. Er kritisierte die in der Vergangenheit erfolgte politische Vorgehensweise des Auswärtigen Amtes, die die negativen Konsequenzen einer Emigrationspolitik ignoriert hatte und den Zuzug von deutschen Juden nach Palästina befürwortete. Er schloss mit der Bemerkung, dass einem jüdischen Staat strategische und ideologische Gefahren innewohnen würden:

»Dabei wäre insbesondere darauf hinzuweisen, daß ein jüdischer Staat in Palästina den jüdischen Einfluß in der Welt in unvorhersehbarem Ausmaße verstärken würde. Ebenso wie Moskau die Zentrale für die Komintern, würde Jerusalem die Zentrale einer jüdischen Weltorgani-

75 BArch: R1501, 5514, Vermerk über die Besprechung am 29. September 1936.

sation bilden, die dabei ebenso wie Moskau mit diplomatischen Mitteln arbeiten könnte.«⁷⁶

Vicco von Bülow-Schwante, der Leiter des Referats Deutschland, war bis zu diesem Zeitpunkt für die jüdische Auswanderung aus Deutschland nach Palästina eingetreten. Aber auch er warnte davor, dass ein unabhängiger jüdischer Staat in den Völkerbund aufgenommen werden und sich mit einer ständig wachsenden Koalition von Staaten verbünden könne, die Deutschland gegenüber feindselig eingestellt waren.⁷⁷

Ängste über die mögliche Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina begannen in Berliner Regierungs- und Parteikreisen im Frühjahr des Jahres 1937 zuzunehmen. Plötzlich entstand durch die Vorstellung eines möglichen unabhängigen jüdischen Staates ein offener Konflikt zwischen diesem wichtigen Aspekt der NS-Judenpolitik und deren Ideologie wie Propaganda.⁷⁸ Der althergebrachte antisemitische Mythos eines monolithischen, übermächtigen »Weltjudentums« rief die Angst hervor, dass die Juden besser in der Lage wären, ihr angebliches Streben um die Weltherrschaft von ihrer zukünftigen Machtbasis in Palästina zu verwirklichen. Für andere brachte der jüdische Staat einen strategischen Nachteil, da sie davon ausgingen, dass sich ein solcher Staat mit deutschfeindlichen Ländern verbünden würde. Das Auswärtige Amt hatte einen deutlichen Unterschied zwischen Deutschlands indirekter Unterstützung der jüdischen nationalen Heimstätte unter britischer Oberhoheit und einem unabhängigen jüdischen Staat gemacht. Einen solchen Staat lehnten das Auswärtige Amt sowie alle anderen Regierungs- und Parteiorgane Deutschlands vehement ab.⁷⁹ Diese Unterscheidung fußte auf der unausgesprochenen Annahme, dass Großbritannien sowohl Juden wie auch Araber in Palästina weiterhin regieren würde. Sie spiegelte auch Hitlers Rassenideologie und seine Meinung zur Stellung des britischen Empires in der Welt wider.

76 PA: R99359, Inland II A/B, 83-21a, Bd. 1a, Aufzeichnung des Referats-Deutschland (Hinrichs) vom 9. Januar 1937.

77 PA: R27266, Büro des Chefs der Auslandsorganisation, Aufzeichnung des Referat-D vom 27. April 1937.

78 Siehe zur NS-Propaganda während der dreißiger Jahre, besonders im Hinblick auf den Mythos einer jüdischen Vorherrschaft in Deutschland und die angebliche jüdische Weltverschwörung, die das Deutsche Reich zerstören wollte, Jeffrey Herf, *The Jewish Enemy: Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust*, Cambridge 2006, vor allem Kapitel 2.

79 Siehe dazu PA: R99359, Inland II A/B, 83-21a, Bd. 1a, Aufzeichnung der Pol. Abt. VII vom 22. Januar 1937.

Regierungs- und Parteiorgane begannen auf einen möglichen jüdischen Staat zu reagieren und kritisierten in der Folge die Ha'avara-Abmachung. Sie sorgten sich auch um die deutsch-christlichen Gemeinden in Palästina und wollten verhindern, dass Deutschlands Ansehen und Popularität unter Arabern leiden könnte. Die letztgenannte Sorge könnte verstärkt worden sein, weil das Regime sein Hoheitsgebiet in Europa vergrößern wollte und deshalb die Möglichkeit eines Krieges im Raum stand. Deshalb wurde auch der gesamte jüdische Auswanderungsprozess aus Deutschland neu überdacht. Regierungsorgane wie das Auswärtige Amt, das Innen- und Wirtschaftsministerium, die Auslandsorganisation der NSDAP und die SS waren nun über die endgültigen Ziele der NS-Auswanderungspolitik geteilter Meinung. Lag es in Deutschlands Interesse, die Juden in Palästina oder einigen anderen Teilen der Welt zusammenzufassen oder sollten sie als kleine Minderheiten auf so viele Regionen wie möglich verteilt werden? Diese Diskussion führte natürlich zu keiner einheitlichen Lösung, da die deutsche Regierung letztlich nur wenig tun konnte, um deutsche Juden zu bestimmten Auswanderungszielen zu leiten, nachdem sie Deutschland verlassen hatten.

Bis Ende April, mehr als zwei Monate vor der Veröffentlichung des Peel-Berichtes, gab Ministerialdirektor Ernst von Weizsäcker politische Richtlinien zu Palästina an die federführenden Abteilungen im Auswärtigen Amt aus.⁸⁰ Sie betonten Deutschlands Interesse an der schnellen Emigration von Juden aus Deutschland, warnten aber davor, Juden wie in der Vergangenheit in Palästina zu konzentrieren. Nur so könnte die Gründung eines jüdischen Staates verhindert werden. Die Richtlinien sahen deshalb vor, dass Juden zu anderen Auswanderungszielen als Palästina gelenkt werden sollten. Am 1. Juni gab Außenminister von Neurath Direktiven an die deutschen Botschaften in London und Bagdad sowie das deutsche Generalkonsulat in Jerusalem aus.⁸¹ Diese Direktiven zeigten deutlich Deutschlands Widerstand gegen die Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina, »[d]a ein Palästina-Staat das Weltjudentum nicht absorbieren, sondern zusätzliche völkerrechtliche Machtbasis für internationales Judentum schaffen würde etwa wie Vatikan-Staat für politischen Katholizismus oder Moskau für Komintern«. ⁸² Sie forderten Beamte dazu auf, freundschaftlichere Kontakte zu Arabern

80 Vgl. PA: R27266, Büro des Chefs der Auslandsorganisation, Aufzeichnung des Referat-D vom 27. April 1937. Vgl. auch PA: R99359, Inland II A/B, 83-21a, Bd. 1a, Aufzeichnung des Referat-D, zu 83-21a 25/5, 25. Mai 1937.

81 ADAP: D, V, Nr. 561.

82 Ebd.

in Palästina und den arabischen Staaten in der Region zu knüpfen, obwohl sich Deutschland nicht in arabische Angelegenheiten einmischen sollte. Die Londoner Botschaft wurde besonders dazu aufgefordert, die britische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, dass Deutschlands Unterstützung der jüdischen Auswanderung nach Palästina nicht bedeute, dass das Reich einen unabhängigen jüdischen Staat befürworte. Das Dokument hielt ebenfalls fest, dass die Emigrationspolitik und das Ha'avara-Abkommen in naher Zukunft gründlich überdacht werden würden.⁸³

Ein möglicher unabhängiger jüdischer Staat in Palästina warf die Frage auf, wie sich eine solche Entwicklung außenpolitisch auswirken würde. Auch deutete er auf die ideologischen Widersprüche in der heimischen Judenpolitik hin. In einem Rundschreiben vom 22. Juni 1937 an alle deutschen Konsulate im Ausland verkündete das Referat Deutschland eine kurz bevorstehende Neubewertung der jüdischen Auswanderungspolitik. Das Referat stellte darin die in der Vergangenheit geführte Judenpolitik und seine Konzentration auf die rapide Entfernung von Juden aus Deutschland in Frage. Diese Politik hätte die »Judenfrage« als rein innenpolitisches Problem betrachtet und dabei die negative Nebenwirkung gehabt, dass sich ein ansehnlicher Teil des Judentums in Palästina konzentrierte und konsolidierte.⁸⁴ Außerdem stellte das Rundschreiben fest, dass dieser Ansatz im Ausland den Eindruck erweckt hätte, dass Deutschland die Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina unterstütze. Das Rundschreiben deutete an, dass eine abschließliche Konzentration darauf, Deutschland als »judenrein« zu erklären, unrichtigerweise impliziert hätte, dass die »Judenfrage« für Deutschland gelöst wäre, wenn alle Juden das Reich verlassen hätten. In einem bedeutungsschwangeren Hinweis auf die Erfordernisse und Grundlagen einer zukünftigen Judenpolitik stellte das Rundschreiben fest:

»In Wirklichkeit besteht aber ein größeres deutsches Interesse daran, die Zersplitterung des Judentums aufrecht zu erhalten. Denn die Judenfrage wird für Deutschland nicht gelöst sein, wenn kein Ange-

83 Wenn von Neurath engere Beziehungen zu Arabern forderte, deutete er damit nicht an, dass Deutschland von diesem Zeitpunkt an die arabische nationale Sache in Palästina und der gesamten Region diplomatisch oder materiell unterstützen würde. In Wahrheit sollte sich nichts ändern. Die Richtlinien hielten Folgendes fest: »Hierbei wäre das deutsche Verständnis für die arabischen nationalen Bestrebungen deutlicher als bisher jedoch ohne bestimmte Zusicherungen zu bekunden.« Vgl. ADAP: D, V, Nr. 561.

84 ADAP: D, V, Nr. 564.

höriger der jüdischen Rasse mehr auf deutschem Boden sesshaft ist. Vielmehr hat die Entwicklung der letzten Jahre gelehrt, daß das internationale Judentum zwangsläufig stets der weltanschauliche und damit politische Gegner des nationalsozialistischen Deutschlands sein wird. Die Judenfrage ist daher zugleich eines der wichtigsten Probleme der deutschen Außenpolitik.«⁸⁵

Dies ist vielleicht der früheste Hinweis darauf, dass das Regime die »Judenfrage« in einen größeren Zusammenhang stellte und sich nicht nur auf die halbe Million Juden in Deutschland konzentrierte. Er zeugt davon, dass sich zumindest das Referat Deutschland im Auswärtigen Amt früh bewusst war, dass zwischen der auf die Erweiterung des »Lebensraums« in Europa konzentrierten Außenpolitik und einer heimischen Judenpolitik, die sich ein »judenreines Großdeutschland« zum Ziel setzte, ein großer Widerspruch bestand. Aufgrund der deutschen Pläne in Europa und dem Glauben an eine jüdische Weltverschwörung zogen einige Partei- und Regierungsmitglieder den Schluss, dass sie die Wichtigkeit der Immigrationsländer für deutsche Juden nicht weiter ignorieren konnten. Dies war der Fall, weil sie nicht mehr Millionen von Juden übersehen konnten, die außerhalb von Deutschland lebten. Nach Ansicht des Referats Deutschland war die Regierung nicht mehr damit befasst, einfach eine halbe Million Juden aus Deutschland zu vertreiben. Stattdessen war es von ideologischer Warte unbedingt notwendig, in Europa mehr »Lebensraum« für das Reich zu erobern und die angebliche jüdische Weltverschwörung zu bekämpfen.

Zu diesem Zeitpunkt befasste sich das Regime jedoch noch nicht mit der sogenannten Judenfrage außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches. Es unternahm auch nichts, was die Situation in Palästina besonders beeinflusst hätte. Weder änderte noch beendete das Regime das Ha'avara-System, die zionistischen Umschulungszentren und die allgemeine Emigrationspolitik. Auch schien das Regime von der Auffassung Abstand zu nehmen, dass es einer angeblichen jüdischen Weltverschwörung Widerstand leisten müsse, indem es überwachte, wohin die Emigranten letzten Endes auswanderten. Außerdem nahm das Regime nicht an internationalen Diskussionen über Palästina oder das Flüchtlingsproblem teil. Es ließ den arabischen Nationalisten in Palästina auch keine materielle oder diplomatische Hilfe zukommen und setzte die antisemitischen Regierungen in Osteuropa, besonders in Polen und Rumänien, nicht unter Druck, ihre Politik zu ändern, obwohl sie den Zionismus

85 Ebd.

und die jüdische Auswanderung nach Palästina ebenfalls in großem Ausmaß propagierten.

Bevor das Regime von seiner Emigrationspolitik und dem Ha'avara-Abkommen Abstand nahm, wurden beide Maßnahmen während der zweiten Hälfte des Jahres 1937 und zu Beginn des Jahres 1938 von der Regierung und der Partei heftig diskutiert. Sie konzentrierten sich darauf, in welchem Ausmaß die jüdische Emigration aus Deutschland nach Palästina und der Transfer eines Teiles der jüdischen Vermögenswerte über das Ha'avara-Abkommen den zionistischen Bemühungen, einen unabhängigen jüdischen Staat zu errichten, Schubhilfe leisteten. Es scheint jedoch zweifelhaft, dass irgendjemand in Berlin ernsthaft daran dachte, die Ereignisse in Palästina durch eine Änderung der Emigrationspolitik oder eine Beendigung des Ha'avara-Abkommens entscheidend beeinflussen zu können. Deutsche Juden machten zwischen 1933 und 1937 nur 20 Prozent der jüdischen Einwanderer nach Palästina aus. Sie stellten einen noch geringeren Teil der jüdischen Gesamtbevölkerung im Lande dar.⁸⁶ Der Erfolg oder Misserfolg der zionistischen Bemühungen um einen unabhängigen jüdischen Staat hing hauptsächlich davon ab, dass jüdische Emigranten in größeren Mengen aus anderen Teilen Europas einwanderten. Jeder Versuch, den Zustrom deutscher Emigranten nach Palästina zu ändern – eine schwierige Aufgabe –, hätte den jüdischen Staat kaum vereitelt.

Die Debatte über die jüdische Emigration aus Deutschland nach Palästina und das Ha'avara-Abkommen ging weiter, als ob das Schicksal eines unabhängigen jüdischen Staats gänzlich vom Ausgang dieser Diskussionen abhängen würde. Im Auswärtigen Amt herrschte die übereinstimmende Meinung, dass das Ha'avara-Abkommen und die Auswanderung der Juden aus Deutschland nach Palästina im Allgemeinen zum Erstarken der zionistischen Sache in Palästina beitragen und ihre Bemühungen um die Errichtung eines jüdischen Staates in die Wege leiten würden.⁸⁷ Die Auslandsorganisation der NSDAP, die für Auslandsdeutsche zuständig war, und Walter Döhle, seit 1935 deutscher Generalkonsul in Jerusalem, waren bereits seit einiger Zeit gegenüber dem Ha'avara-Abkommen kritisch eingestellt, weil es sich ihrer Meinung nach negativ auf die ca. 2.500

86 Vgl. Feilchenfeld u.a., Haavara-Transfer, S. 90. Vgl. auch BArch: R57, 25, Reichsstelle für das Auswanderungswesen, Bericht des Assessors Dr. Wilmanns über seine Reise nach Palästina, G.Z. B2400, 10. Juni 1937.

87 Vgl. ADAP: D, V, Nr. 562. Die Handelspolitische Abteilung war die einzige Regierungsstelle im Auswärtigen Amt, die diese Meinung nicht vertrat und das Ha'avara-Abkommen vollkommen unterstützte.

deutschen Christen, auf die arabische Meinung sowie auf die deutschen Handelsbeziehungen mit der arabischen Mehrheit auswirken würde.⁸⁸ Das Wirtschaftsministerium war wiederum gegen jegliche Änderungen im Ha'avara-System.⁸⁹ Die Empfehlungen der Peel-Kommission vom Juli 1937 und die unmittelbare Aussicht auf einen jüdischen Staat übten einen starken Druck auf die Befürworter des Ha'avara-Systems aus, besonders auf jene im Auswärtigen Amt, zumindest ein paar Änderungen zuzustimmen. Das Wirtschaftsministerium sträubte sich wiederum gegen jegliche Änderungen.

Die SS und die Gestapo hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt im Allgemeinen ruhig zu der Frage eines jüdischen Staates in Palästina verhalten. Die Polizeibehörden waren noch keine wichtige Kraft bei der Konzipierung einer NS-Judenpolitik. Ihre Rolle beschränkte sich hauptsächlich auf die Zwangsvollstreckung der Politik in den deutschen Grenzen. Sie beschäftigten sich vor allem mit der jüdischen Auswanderung aus Deutschland anstatt mit den politischen Auswirkungen der endgültigen Auswanderungsziele der Juden. Zwar waren sie theoretisch der Gründung eines jüdischen Staates gegenüber negativ eingestellt, doch war ein Teil der SS sogar noch bis zum Sommer 1936 dieser Idee nicht vollkommen abgeneigt. Einige Artikel in der SS-Zeitung *Das Schwarze Korps* weisen darauf hin, dass sich die SS darauf konzentrierte, Juden mit allen Mitteln aus Deutschland zu vertreiben, selbst wenn das letztendlich zur Gründung eines jüdischen Staates führen würde. Ein solcher Artikel bezog sich wahrscheinlich auf die Folgen der arabischen Revolte in Palästina im April. Der Verfasser stellte fest, dass nur dann eine Lösung gefunden werden könne, wenn Juden nicht mehr unter Völkern lebten, die sie ablehnten.⁹⁰ Seiner Meinung nach musste ein Weg gefunden werden, damit keine Völker unter jüdische Oberhoheit gerieten. Man müsse außerdem sicherstellen, dass die Juden den Gesetzen einer neuen Weltordnung in ihrem eigenen Staat gehorchen würden. Zwei Monate später bezog sich *Das Schwarze Korps* auf arabische »Terroristen«, die sich einer Zunahme von jüdischen Siedlern in Palästina widersetzen und darauf

88 Vgl. z.B. ISA: 67/1253, DGK/Jerusalem an Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, 15. August 1936; DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr. Haav. 23/36, 11. August 1936; DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr. Wirtber. 3/36, 22. September 1936.

89 Vgl. PA: R92668, Pol. Abt. III-Wirtschaft, Palästina-Handel II, Nr. 1, Bd. 1, Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes, zu III O 392/36, Februar 1936. Vgl. auch ISA: 67/1272, Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung an AA/Berlin, Dev. A4/58430/36, 21. November 1936; RWM/Berlin an DGK/Jerusalem, Arabeco 13/36, 2. Oktober 1936.

90 *Das Schwarze Korps*, 25. Juni 1936.

bestanden, dass Palästina niemals ein jüdisches Land werden sollte, sowie auf seine Befürchtung, dass eine Lösung für die gesamte »Judenfrage« unmöglich wäre, falls den Arabern nachgegeben werden würde.⁹¹

Die erste Ministerkonferenz zu diesem Thema fand am 29. Juli im Außenministerium nur ein paar Wochen nach Veröffentlichung des Peel-Berichtes statt.⁹² Außer den im Außenministerium federführenden Abteilungen nahmen Vertreter des Stabes des Stellvertreters des Führers, des Innen- und Wirtschaftsministeriums, der Reichsbank sowie von Alfred Rosenbergs Außenpolitischem Amt der NSDAP teil. Da sich das Innenministerium vor Ende 1938 am meisten mit Auswanderungsfragen beschäftigte, berichtete es, dass Hitler die jüdische Emigration aus Deutschland mit allen Mitteln fortsetzen wolle, ganz egal, was die endgültigen Destinationen sein würden. Diese Aussage scheint darauf hinzudeuten, dass Hitler nicht der Meinung war, dass die außenpolitischen Auswirkungen der Judenpolitik in Deutschland Änderungen erforderlich machten.

Diese Diskussionen wurden am 21. September im Auswärtigen Amt und am 22. September im Wirtschaftsministerium fortgesetzt.⁹³ Der Ton dieser Treffen unterschied sich deutlich von jenem, der in den Besprechungen vom 29. Juli angeschlagen worden war. Im September bestand keine Frage mehr, dass die jüdische Emigration aus Deutschland nach Palästina gemäß Hitlers anscheinender Anweisung vom Juli wie vorgesehen weitergehen würde. Die Frage des Ha'avara-Systems stand jedoch noch immer zur Debatte. In diesen Besprechungen wurden die Vor- und Nachteile des Transferabkommens sowie die Möglichkeit, das Abkommen zu revidieren, betrachtet, um damit die wirtschaftlichen Interessen der palästinensischen Araber sowie der deutschen Christen in Palästina besser im Auge behalten zu können. Dagegen wurde kaum besprochen, wie das Ha'avara-Abkommen und die jüdische Emigration von Deutschland nach Palästina einem möglichen jüdischen Staat zuträglich sein könnten.

Im Herbst 1937 erregte die Behinderung einer verstärkten jüdischen Auswanderung nach Palästina in Berlin größere Besorgnis als die Mög-

91 Das Schwarze Korps, 27. August 1936.

92 Vgl. PA: R104785, Pol. Abt. VII, Politik 2-Palästina, Bd. 1, Aufzeichnung von Pol. VII über die Besprechung betr. Haavara am 29. Juli 1937, zu WIII SE 7115, 3. August 1937.

93 Vgl. PA: R105970, Handelspolitische Abteilung, Handakten Clodius-Palästina, Aufzeichnung über die Besprechung am 21.IX.37 betr. Haavara, zu WIII SE 766/37, 25. September 1937.

lichkeit eines jüdischen Staates. Die verstärkte Intensität einer arabischen Revolte nach der Veröffentlichung des Peel-Berichts sowie striktere Einwanderungskontrollen seitens der britischen Mandatsmacht als Reaktion auf diese Revolte verringerten den Einwanderungsstrom nach Palästina und dadurch auch die jüdische Auswanderung aus Deutschland dorthin.⁹⁴ Dies veranlasste das Innenministerium, ein weiteres Ministerialtreffen für den 18. Oktober anzuberaumen, an dem Vertreter derselben Organe sowie Mitarbeiter des SD teilnahmen.⁹⁵ Da 1937 die jüdische Emigration aus Deutschland nach Palästina zurückging, schlug das Innenministerium die Beendigung des Ha'avara-Abkommens vor. Dieser Vorschlag ergab sich nicht aus der Überlegung, dass die Abmachung zu einem jüdischen Staat führen würde, sondern weil sie die jüdische Auswanderung aus Deutschland nach Palästina nicht so erfolgreich propagierte, wie es ursprünglich vorgesehen war. Obwohl die Wirksamkeit und Zukunft des Ha'avara-Abkommens noch immer überprüft wurden, kam es am 18. Oktober zu einer allgemeinen Übereinstimmung, dass die jüdische Emigration aus Deutschland nach Palästina wie zuvor weitergehen und die zionistische Arbeit in Deutschland fortgesetzt werden sollte und die Umschulungszentren der Organisation in Betrieb bleiben sollten.

Ende 1937 hatten sich die deutschen Befürchtungen gelegt, ein unabhängiger jüdischer Staat könne in Palästina entstehen. Die Empfehlungen der Peel-Kommission, einen nur dem Namen nach unabhängigen jüdischen und einen arabischen Staat in Palästina zu gründen, waren bereits von Juden, Arabern und der britischen Regierung abgelehnt worden und schienen für die nationalsozialistische Führungsspitze nicht mehr relevant zu sein.⁹⁶ Das Schicksal des Ha'avara-Abkommens wurde seit

94 Vgl. Great Britain, Reports by His Majesty's Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the Council of the League of Nations on the Administration of Palestine and Transjordan (1930-1939), Nummer 112, 129, 146, London 1936-1938. Vgl. auch Esco Foundation for Palestine, Inc., Palestine: A Study of Jewish, Arab and British Policies, Bd. 2, New Haven 1947, S. 406f.

95 Vgl. IFZ: F71/3, 4-9 (Lösener Handakten), Vermerk über die Besprechung am 18.X.37, Nr. IB 191 VI/5012dg, 28. Oktober 1937. Vgl. auch BArch: R1501, 5514, RIM an Stellvertreter des Führers, AA, RWM und SD, IB 191g/5012d, 7. Oktober 1937; RIM an RWM, Nr. IB 191 IVg/5012d, 14. Oktober 1937.

96 Vgl. PA: R104785, Pol. Abt. VII, Politik 2-Palästina, Bd. 1, Aufzeichnung von Pol. VII, 92 (undatiert); R104789, Politik 5a-Palästina, Bd. 3, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr. Pol. 96/37, 29. Dezember 1937; und R29899, Büro des U.St.S.-Palästina, Weizsäcker an Pol.VII, zu 83-24 Ag. 13/1, 19. Januar 1938. Die Araber lehnten die Empfehlungen der Peel-Kommission kategorisch ab. Im Gegenteil

Juli in der Tat von der Frage der jüdischen Emigration aus Deutschland nach Palästina getrennt. Stattdessen konzentrierten sich die NS-Behörden auf den Einfluss auf die deutsch-arabischen Beziehungen und die deutsch-christliche Gemeinde in Palästina. Da die Debatte über die Ha'avara- und Emigrationspolitik bis Anfang des Jahres 1938 fortgesetzt wurde, schaltete sich Hitler anscheinend wieder in die Diskussionen ein. Dieses Mal brachte er die Entschlossenheit des Regimes zum Ausdruck, den Zionismus und Palästina für seine Auswanderungspolitik zu nutzen. Carl Clodius von der Handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt bezog sich in einem Memorandum vom 27. Januar auf Hitlers Entschluss. Ernst von Weizsäcker erwähnte ihn ebenfalls in einer Notiz an Rosenbergs Außenpolitisches Amt der NSDAP im Januar.⁹⁷ Ein Brief vom Außenhandelsamt der Auslandsorganisation an den Direktor der Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt vom 1. Februar 1938 bezog sich auf Hitlers Initiative: »Der Führer [hat] in einer kürzlich getroffenen Entscheidung auf erneuten Vorschlag des Reichsleiters Rosenberg hin nochmals dahingehend entschieden [...], daß die Judenauswanderung aus Deutschland weiterhin mit allen Mitteln gefördert werden soll, wobei sich diese in erster Linie nach Palästina zu richten habe.«⁹⁸ Dieselbe Information wurde in Bemerkungen der Vertreter des Wirtschaftsministeriums mit Mitgliedern des Auswärtigen Amtes vom 24. Januar weitergegeben.⁹⁹ Drei ehemalige zionistische Beamte bestätigten ebenfalls Hitlers Initiative im Januar 1938.¹⁰⁰ Zwei Gestapo-Memoranden vom Februar und März 1938 nahmen schließlich auf die »gewünschte wei-

dazu akzeptierten die Zionisten die Teilung im Prinzip, jedoch nicht den spezifischen Vorschlag der Kommission. Sie hofften stattdessen, einen viel größeren Teil des Landes als Staat beanspruchen zu können. Da sowohl Araber wie Juden den Plan ablehnten, zeigten auch die Briten kein weiteres Interesse.

97 Vgl. ADAP: D, V, Nr. 579; PA: R104785, Pol. Abt. VII, Politik 2-Palästina, Bd. 1, Aufzeichnung Weizsäckers an das Aussenpolitische Amt, Pol.VII-92, Januar 1938.

98 PA: R99387, Inland II A/B, 83-24a, Bd. 1, Aussenhandelsamt der AO der NSDAP an den Leiter der AO im Auswärtigen Amt, Ag.13/1, 1. Februar 1938.

99 PA: R99387, Inland II A/B, 83-24a, Bd. 1, Vermerk über die Besprechung vom 24.1.1938 betr. die Handelsattachés, 26. Januar 1938.

100 Vgl. Marcus, German Foreign Office, S. 193; Feilchenfeld u.a., Haavara-Transfer, S. 32; und CU: »Transcript of the Trial in the Case of the Attorney-General of the Government of Israel v. Adolf, the Son of Karl Adolf Eichmann in the District Court of Jerusalem«, Testimony of Dr. Benno Cohn of the Zionistische Vereinigung für Deutschland, Criminal Case No. 40/61, card. no. 16, 15th session, 25 April 1961, Washington, D.C. 1962.

tere Emigration von deutschen Juden nach Palästina« Bezug.¹⁰¹ All dies spielte sich vor dem Hintergrund des bevorstehenden »Anschlusses« Österreichs am 12. März 1938 ab, durch den die jüdische Reichsbevölkerung um 200.000 Menschen anstieg, und der es unmöglich machte, Palästina als Auswanderungsziel nicht mehr ins Auge zu fassen.

Die SS und die zionistische Option des Jahres 1938

Es ist unwahrscheinlich, dass Hitlers Intervention in der Auswanderungsfrage von den Ereignissen in Palästina oder Argumenten jener Regierungsmitglieder, die an der Debatte über die Emigrationspolitik und die Ha'avara-Abmachung beteiligt waren, beeinflusst worden war. Außerdem entschied diese Debatte nicht über das Schicksal des Ha'avara-Abkommens, so dass es bis Dezember 1939 weiterbestand. Die jüdische Emigration aus Deutschland nach Palästina wurde beibehalten und 1938 sogar intensiviert.¹⁰² Der »Anschluss« Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei sowie ein möglicher Krieg beherrschten wahrscheinlich die zu jener Zeit stattfindenden Debatten über die jüdische Auswanderung. Hitlers Initiativen in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 und Anfang 1938 lassen sich am besten mit Uwe Dietrich Adams These von »Hitlers Verknüpfung von Kriegsplanung und Rassenpolitik« verstehen.¹⁰³ Hitler ließ sich tatsächlich von den ideologischen Erfordernissen einer nationalsozialistischen Weltanschauung motivieren, aufgrund derer eine rassische Doktrin zu einem Hauptfaktor in der NS-Außenpolitik wurde. Das hieß also, dass der deutsche »Lebensraum« erweitert und eine rassische Neuordnung in Europa geschaffen werden musste. Zuvor musste diese Ordnung jedoch in Deutschland durchgesetzt werden, was 1938 noch nicht der Fall war. Nach Hitlers fünfjähriger Herrschaft war die sogenannte Judenfrage in Deutschland weit von einer Lösung entfernt. Von der totalen Eliminierung aller Juden aus Deutschland konnte also nicht die Rede sein.

101 Vgl. BArch: R187, Sammlung Schumacher, 240/I, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Würzburg, B.Nr. 1130/38 IIB, 28. Februar 1938; PA: R99388, Inland II A/B, 83-24a, Bd. 2, Geheime Staatspolizei an AA/Berlin, Nr. IIB 3-F.455, 29. März 1938.

102 Die Anzahl der Juden, die von Deutschland nach Palästina auswanderten, stieg in den Jahren 1938 und 1939 stark an, nachdem sie 1937 sehr zurückgegangen war. Vgl. Feilchenfeld u.a., Haavara-Transfer, S. 90.

103 Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 159.

Wie bereits an früherer Stelle erwähnt, hatte das Referat Deutschland im Auswärtigen Amt 1937 kaum begonnen, eine nationalsozialistische Politik zur »Judenfrage« gemäß Hitlers außenpolitischen Prioritäten zu entwerfen. Diese Tatsache scheint Hitler zumindest ansatzweise bewusst gewesen zu sein, als er weitere Schritte vorbereitete, die eine große Zahl von Juden in das erweiterte Großdeutsche Reich bringen würden. Die Entscheidung des Jahres 1938, Juden mit allen Mitteln, auch ungeachtet der Aussichten auf Gründung eines jüdischen Staates, nach Palästina zu vertreiben, muss als Teil einer größeren, facettenreicheren Bemühung gesehen werden, eine vollständige neue Rassenordnung in Deutschland zu schaffen. Die seit 1933 verwendeten Methoden sollten intensiviert und eine neue Taktik angewandt werden. Dazu gehörte die endgültige Verdrängung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, eine von der SS betriebene Zwangsemigration sowie die vollständige SS-Kontrolle über den gesamten Auswanderungsprozess aus Österreich (ab 1938) und aus dem Altreich (ab Januar 1939). Auch eine Zusammenarbeit mit zionistischen Agenten aus Palästina bei der Propagierung der illegalen Immigration von deutschen Juden nach Palästina gehörte dazu. Die letztgenannte Taktik wird im letzten Kapitel detailliert beschrieben.

Anfang des Jahres 1937 zeigte der SD eine gewisse Ungeduld mit dem bestehenden Emigrationsprozess und seiner eigenen relativ begrenzten Rolle bei der tatsächlichen Formulierung der Judenpolitik. Im Januar stellte die SD-Abteilung II-112 einen umfassenden Bericht zur »Judenfrage« in Deutschland zusammen. In diesem betonte sie, dass eine schnelle jüdische Emigration ein »Leitgedanke« der staatlichen Bemühungen in der »Judenfrage« sein sollte. Des Weiteren stellte die Abteilung fest, dass die Bemühungen verschiedener Regierungsstellen auf diesem Gebiet nicht wirksam gewesen seien.¹⁰⁴ Ziel der Judenpolitik solle die »Konzentration«, nicht die »Zerstreuung« der deutschen Juden sein. Der Verfasser des Berichts schlug vor, dass deutsche Juden in Palästina sowie mehreren südamerikanischen Ländern konzentriert werden sollten. Er

104 Vgl. BArch: R58, 956, Aufzeichnung des SD (II/112), »Zum Judenproblem«, Januar 1937. Dieser Bericht trägt keine Unterschrift. Es lässt sich jedoch vermuten, dass er von Adolf Eichmann verfasst wurde. Wildt, *Before the 'Final Solution'*, S. 95-105. Bei seinem Prozess in Jerusalem im Jahre 1961 bezog sich Eichmann auf die Bemühungen der Abteilung II/112 1937, die darauf abzielten, dass die alleinige Befehlsgewalt über die jüdische Emigrationspolitik der SS zukommen sollte. Vgl. CU: »Eichmann Trial«: card no. 87, Session 75, 20 June 1961. Vgl. NARA: T-175/410, 2935004, 2934988-90 und T-175/280, 2774476-77. Vgl. auch BArch: R/58-1242, Vermerk von II/112-3 an II/1, betr. Richtlinien und Forderungen an die Oberabschnitte, 21. April 1937.

kritisierte damit den Wunsch, die deutschen Juden auf der ganzen Welt zu verstreuen sowie den Vorschlag von einigen Beamten im Auswärtigen Amt, die arabische Sache in Palästina von deutscher Seite deutlicher zu unterstützen:

»Eine anti-jüdische Beeinflussung arabischer Volkskreise in Palästina durch Angehörige der Auslands-Organisation der NSDAP ist unbedingt zu unterbinden. Die Aufhetzung der Araber gegen die jüdischen Einwanderer schädigt letzten Endes das Reich, da durch Unruhen die Auswanderungstätigkeit stark eingedämmt wird, was besonders während der Unruhen des Jahres 1936 ersichtlich wurde.«¹⁰⁵

Der Bericht schlug auch die vollständige Zentralisierung aller Emigrationsangelegenheiten in der Hand der SS vor.

Obwohl 1937 weiterhin über die Peel-Kommission und einen möglichen jüdischen Staat spekuliert wurde, standen die Gestapo und der SD weiterhin und ohne Vorbehalte für die Palästina-Option ein. In einem internen SD-Memorandum vom 7. April 1937 wurde behauptet, dass die Lösung der »Judenfrage« von zwei Faktoren abhing: der Entfernung der Juden aus dem kulturellen und gesellschaftlichen Leben Deutschlands und der unbedingten Propagierung des Zionismus und der jüdischen Emigration.¹⁰⁶ Nach der Veröffentlichung des Peel-Berichts im Juli desselben Jahres warnte der SD davor, dass sich das Reich mit der immer mehr zur Realität werdenden Möglichkeit eines jüdischen Staats und den Folgen früher oder später auseinandersetzen müsse. Das Bestehen eines solchen Staates würde die Anerkennung aller jüdischen Gemeinschaften außerhalb dieses jüdischen Staats als nationale Minderheiten notwendig machen. Ein solcher Status würde den in Deutschland verbliebenen Juden theoretisch gewisse Rechte einräumen, die ihnen das NS-Regime niemals gewähren könne. Angesichts dieser Tatsachen, so der SD, wäre es sinnlos, einen jüdischen Staat verhindern zu wollen. Deshalb sei es umso wichtiger, die Entfernung aller Juden aus Deutschland voranzutreiben, wodurch die Frage einer jüdischen Minderheit irrelevant wäre. Der SD forderte, dass das Reich alle bestehenden Möglichkeiten nutzen solle, um die jüdische Emigration aus Deutschland so schnell wie möglich durchzusetzen. Der SD drückte sich in dieser Hinsicht ganz direkt aus: »Das bedeutet also: schärfstes Vorgehen gegen alle assimilatorischen Bestre-

105 Vgl. BArch: R58, 956, Aufzeichnung des SD (II/112), »Zum Judenproblem«, Januar 1937.

106 BArch: R58, 991, Aufzeichnung von Dieter Wisliceny, II-112/18-1, 7. April 1937.

bungen des Judentums und stärkste Förderung aller positiv arbeitenden zionistischen Organisationen.«¹⁰⁷

Die Zielstrebigkeit und Konzentration der NS-Polizeibehörden auf die jüdische Emigration lässt sich auch bei der Frage der Migration der Juden aus den Kleinstädten in die Großstädte Deutschlands feststellen sowie bei Angelegenheiten, die die Juden betrafen, die nach der Emigration wieder nach Deutschland zurückgekehrt waren. Die NS-Behörden hatten die innerstaatliche Migration von Juden im Allgemeinen toleriert. Die innerstaatlichen Migranten suchten vor allem in größeren jüdischen Gemeinden in Deutschland während der ersten fünf Jahre der NS-Herrschaft Schutz und Rat.¹⁰⁸ Nachdem die jüdische Bevölkerungsquote Deutschlands nach 1933 zurückging und die Zahl der jüdischen Emigranten aus deutschen Großstädten größer war als die Zahl der aus kleineren Städten zuziehenden Juden, erhöhte sich dennoch der Anteil der in den sechs größten Städten verbliebenen jüdischen Bevölkerung zwischen 1933 und 1937.¹⁰⁹ Der Zuzug von Juden aus ländlichen Gebieten in größere Städte wurde auch von Polizeibeamten in kleineren Ortschaften unterstützt, die ihre Regionen schneller für »judenrein« erklären wollten. Solch einer innerdeutschen Migration scheinen sich keine Hindernisse in den Weg gestellt zu haben. Die Polizei in Berlin beschloss jedoch im September 1938, der Migration von Juden in die Stadt Einhalt zu gebieten. Sie wollte damit verhindern, dass möglichen Zuwanderern jene materielle oder psychologische Unterstützung zukam, die größere jüdische Stadtgemeinden trotz ihrer wirtschaftlichen Verarmung Mitgliedern aus kleineren Städten und Dörfern noch angedeihen lassen konnten.¹¹⁰ Außerdem beschloss die Polizei 1937 und 1938, die zeitweise Rückkehr von bereits aus Deutschland emigrierten Juden zu beschränken.¹¹¹ Dies hatte natürlich eine negative Auswirkung auf die zionistische Arbeit, da

107 Wildt, Judenpolitik, S. 142.

108 LAB: Pr.Br.Rep. 57, Nr. 374, »Die Wanderungsbewegung der Berliner (Glaubens-)Juden vom 1. August bis 31. Dezember 1935«, Mitteilung des Statistischen Amts (Dr. Lippert), Nr. 61, 24. April 1936; Der Oberbürgermeister an den Herrn Staatskommissar der Hauptstadt Berlin, 25. April 1936.

109 Herbert Strauss, Jewish Emigration from Germany: Nazi Policies and Jewish Responses (I), in: Leo Baeck Institute Yearbook 25 (1980), S. 323 f.

110 LAB: Pr.Br.Rep. 57, Nr. 375, Der Polizeipräsident Berlin Graf von Helldorff, P 50 01 a. 38, Betr. Zuzug von Juden nach Berlin, 24. September 1938.

111 Vgl. LHASA: C 20 I B, 404I-VI, 129, Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern (Müller) an den Herrn Reichsminister der Finanzen, S- PP (II-B) 5379/37, 31. August 1937; C 20 I B, 404I-VI, 135, Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium

die relativ freie Bewegung von deutschen und nichtdeutschen Zionisten, die für zionistische Aktivitäten und die Propagierung der Emigration von und nach Palästina bzw. Deutschland reisten, immer deutlicher eingeschränkt wurde.

Der »Anschluss« Österreichs im März 1938 gab dem SD die Gelegenheit, seine politischen Vorschläge durchzusetzen. Adolf Eichmann von der Abteilung II-II2 wurde nach Wien versetzt, um eine Unterabteilung der II-II2 zu gründen. Sein Büro hatte die alleinige Verfügungsgewalt über die Organisation und Ausführung der jüdischen Emigration aus Österreich. Eichmann befolgte die Empfehlungen seiner Abteilung vom Jahre 1937, den gesamten Emigrationsprozess in der Hand der SS zu vereinen und eröffnete die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien.¹¹² Der Prozess der jüdischen Auswanderung aus Österreich wurde strikt vom restlichen Deutschland getrennt. Jeder offizielle Kontakt zwischen jüdischen Organisationen in Wien und Berlin wurde verboten.¹¹³ Von diesem Verbot waren auch zionistische Organisationen betroffen. Selbst die Verbreitung von deutsch-jüdischen Zeitungen war in Österreich untersagt. Was im Altreich normalerweise Monate dauerte, ging in Eichmanns Zentralstelle an einem einzigen Tag vorstatten.¹¹⁴ Juden wurden in Wien konzentriert. Einige von ihnen wurden in Lagern interniert. Sie waren gezwungen, Eichmanns bürokratischen Apparat zu durchlaufen, wo sie ihres Vermögens beraubt wurden. Innerhalb von Stunden wurden ihnen Stempelmarken, Papiere, Visa, Pässe usw. ausgehändigt, die für die Ausreise notwendig waren. Weder die Verfügung noch der Transfer von Vermögenswerten oder die Sicherstellung von gültigen Immigrationsvisa für andere Länder verlief kontinuierlich oder war für die Auswanderung notwendig. Trotz der mit ihm verbundenen Traumata, der Mühsal und der Grausamkeit war der Emigrationsprozess im Altreich ein freiwilliger Akt gewesen. Österreichische Juden wurden einfach aus dem Land vertrieben.

In Österreich behandelten NS-Behörden den Zionismus zum Teil unter denselben Vorgaben, die in Deutschland gegolten hatten. Einige Methoden unterschieden sich von der Vorgehensweise im Altreich. Was

des Innern an alle Staatspolizeileitstellen und Staatspolizeistellen im Reich, S-PP (II-B) Nr. 7596/37, 5. Januar 1938.

112 Vgl. BArch: R58, 1253, Der Sicherheitsdienst des RFSS und der SD-Führer des SS-Oberabschnittes/Donau (Eichmann) (undatiertes Dokument). Vgl. auch Evans, *Third Reich in Power*, S. 659 f.

113 LBI: AR-C 6007, I: Schriften und Material, Nr. 9, »Bericht über die österreichische Katastrophe 1938« von Georg Landauer, 8. Mai 1938.

114 Schleunes, *The Twisted Road*, S. 229-231.

gleich blieb, war jedoch die zentrale Rolle des Zionismus in der Emigrationspolitik. Der zionistischen Bewegung war als einziger ein Fortbestehen in Österreich gestattet worden. Nur drei Tage nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich berichtete Adolf Eichmann aus Wien, dass die Zentralstelle die Absicht habe, die jüdische Auswanderung aus Österreich nach Palästina in großem Maße zu propagieren.¹¹⁵ Ungefähr einen Monat nach dem »Anschluss« sandte Georg Landauer, der bis zu seiner Emigration nach Palästina im Jahre 1933 ein Mitglied der ZVfD gewesen war, einen umfassenden Bericht über die Situation in Österreich von Triest an Chaim Weizmann in London. Darin gab er bekannt, dass in den zionistischen Büros zwar ziemlich störungsfreie Arbeit geleistet werden konnte, dass die zionistische Organisation in Wien jedoch immer schwach und unorganisiert war.¹¹⁶ Er bezog sich auf die wöchentlichen Berichte, die die zionistische Organisation in Wien der Gestapo vorlegte. Er merkte an, dass die Gestapo den Revisionisten nicht erlaube, ihre eigene Organisation aufrechtzuerhalten. Stattdessen zwang sie sie, der zionistischen Mehrheitsorganisation in Wien als Einzelmitglieder beizutreten. Er schrieb auch, dass die Gestapo bis auf die österreichisch-zionistische Zeitung *Die Zionistische Rundschau* alle anderen Publikationen der Bewegung verboten hatte.

Wie im Altreich erlaubte die Gestapo zionistischen Führungspersönlichkeiten, wichtige Aktivitäten im Ausland zu erledigen und an Veranstaltungen teilzunehmen. Im Besonderen waren beide Seiten daran interessiert, mehr Immigrationszertifikate für Palästina für Juden aus dem Großdeutschen Reich zu erlangen. Im Juli 1938 erlaubte die Gestapo Josef Löwenherz von der Israelitischen Kultusgemeinde und Mitglied des Wiener Palästinaamts der Jewish Agency und einem Dr. Rothenberg, nach London und Paris zu reisen, um eine größere Anzahl von Immigrationszertifikaten für Palästina zu erlangen.¹¹⁷ Tatsächlich scheinen sich die Gestapo und das Auswärtige Amt 1938 auch dafür eingesetzt zu haben, eine größere Anzahl von Immigrationszertifikaten für Palästina für Juden aus dem Altreich zu erhalten. Zur gleichen Zeit unterstützten sie Hans Friedenthal von der ZVfD in Berlin bei seinen Verhandlungen mit

115 USHMM: 11.001M.01, 9, Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien (Eichmann), an das SD-Hauptamt-II-112, Berlin, B 1-628/39, 15. März 1938.

116 LBI: AR-C 6007, I: Arbeit in der Zionistischen Vereinigung für Deutschland 1930-1938, Georg Landauer/Trieste an Chaim Weizmann/London, 9. Mai 1938.

117 PA: R99387, Inland II A/B, 83-24a, Bd. 1, Ministerium für Innere und Kulturelle Angelegenheiten (Wanderungsamt) in Wien an AA/Berlin, 20. Juli 1938.

der britischen Botschaft in Berlin und mit den britischen Kolonialbehörden in London zu demselben Thema.¹¹⁸

Bis zum Sommer 1938 hatte sich der SD auch bei der Emigrationspolitik aus dem Altreich eine wichtigere Rolle gesichert, was die Abteilung II-112 in ihrem Halbjahresbericht vom Juli 1938 mit Zufriedenheit feststellte.¹¹⁹ Aufgrund ihrer neuen Befehlsgewalt in Österreich und dem sehr frühen »Erfolg« des neuen Emigrationsverfahrens drängte die SS darauf, dass ähnliche Bestimmungen im Altreich erlassen wurden. Ende Oktober 1938 brüstete sich Eichmanns Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, dass sie bereits 50.000 österreichische Juden zur Emigration gezwungen habe, weitaus mehr als je aus Deutschland vor dem »Anschluss« in einem einzigen Jahr vertrieben worden seien.¹²⁰ Nach der Pogromnacht im November übernahm Hermann Göring offiziell die gesamte Verantwortung für die Auswanderungspolitik in Deutschland. Unter Entscheidungsträgern der Partei war es zu Kontroversen gekommen, ob dieses Pogrom eine sinnvolle antijüdische Maßnahme gewesen sei. Göring delegierte die Amtsgewalt wiederum an Reinhard Heydrich vom SD und ermächtigte damit den SD, die jüdische Auswanderung im Altreich gemäß den von Eichmann in Wien etablierten Methoden in den Monaten vor dem Pogrom durchzuführen. Diese Vorgehensweise wird im letzten Kapitel dieses Buches eingehend beschrieben.

Bis Ende 1938 hatte die SS die Kontrolle über die jüdische Auswanderungspolitik allen Regierungsstellen entrissen, die zuvor dafür verantwortlich waren. Bernhard Lösener vom Judenreferat des Innenministeriums kommentierte den neuen *Status quo* in der NS-Judenpolitik: »Mein Referat im Reichsministerium des Innern wurde allmählich beiseite geschoben, nicht einmal die Höflichkeit einer Information oder Fühlungnahme wurde ihm mehr erwiesen.«¹²¹ Die Palästina-Debatte im NS-Regime war im Grunde abgeschlossen, selbst wenn das Schicksal des Ha'avara-Abkommens noch unklar war. Die SS hatte die zionistische Be-

118 Vgl. PA: R99388, Inland II A/B, 83-24a, Bd. 2, ZVfD/Berlin an AA/Berlin, 21. Februar 1938; Geheimstaatspolizei/Berlin an AA/Berlin, II B 3-F.455, 29. März 1938; R104791, Pol. Abt. VII, Politik 36-Palästina/Judenfrage, Hans Friedenthal/London an AA/Berlin, 13. November 1938.

119 Vgl. NARA: T-175/410, Tätigkeitsbericht der Abt. II/112 vom 1.1.-30.6.38, G II 112/65-4, 2935020-21 (undatiert). Siehe auch Adam, Judenpolitik, S. 185 (Fn. 229), S. 198.

120 Vgl. BArch: R58, 1253, Zentralstelle für jüdische Auswanderung/Wien an das SD-Hauptamt, II/112 Gl-Bbr. 952/38, 21. Oktober 1938. Siehe auch BArch: R8150, 31 (gesamtes Instrument); Schleunes, *The Twisted Road*, S. 230.

121 Lösener, Als Rassereferent, S. 288.

wegung in Deutschland sowie die jüdische Emigration nach Palästina als das beste Mittel propagiert, um Juden aus dem Reich zu entfernen. Aufgrund ihrer vermehrten Verfügungsgewalt Ende des Jahres 1938 konnte die zionistische Option in der NS-Judenpolitik weiter und mit größerer Intensität bestehen. Sie war damit eine von mehreren Methoden, die die SS in der Judenpolitik bis Kriegsausbruch im September 1939 anwandte.

Kurz nach dem »Anschluss« Österreichs im März 1938 hatte Heydrich die frühere Vorgehensweise in Bezug auf den Zionismus neu bewertet. Außerdem hielt er Besprechungen mit dem SD, dem Auswärtigen Amt und dem Innenministerium über einen möglichen jüdischen Staat ab.¹²² Er stellte fest, dass der SD, das Auswärtige Amt sowie das Innenministerium darin übereinstimmten, dass ein jüdischer Staat weder in Deutschlands Interesse lag noch in einer absehbaren Zukunft gegründet werden würde.¹²³ Sie stimmten auch darüber überein, dass Palästina das einzige Auswanderungsziel bleiben werde, das Juden mit geringen Mitteln aufnehmen würde. Zudem betonte Heydrich erneut, dass Deutschland nicht in der Lage sei, die Ereignisse in Palästina zu beeinflussen, weil die deutschen Juden einen relativ geringen Prozentsatz der jüdischen Emigration nach Palästina ausmachen würden, und schloss mit der Behauptung, dass andere Staaten wahrscheinlich keine weiteren jüdischen Emigranten aufnehmen könnten. Der Zionismus und Palästina böten die einzigen praktischen Möglichkeiten, um einen größeren Immigrantstrom aufzunehmen. Er behauptete auch, dass die zionistische Bewegung die deutschen Juden zu einem Nationalbewusstsein erziehen würde und selbst ein unabhängiger jüdischer Staat mit drei oder vier Millionen Bürgern nur einen geringen Machteinfluss haben würde. In dieser Hinsicht triumphierte wiederum der Pragmatismus über die Ideologie in der NS-Judenpolitik, zumindest was die SS betraf.

Während in den Jahren 1938 und 1939 Bemühungen unternommen wurden, um die jüdische Emigration aus Deutschland zu beschleunigen, verschlossen sich immer mehr Länder den österreichischen und deutschen Emigranten. Die Einreise nach Palästina wurde ebenfalls durch britische Restriktionen auf die jüdische Einwanderung infolge der arabi-

122 USHMM: 11.001M.01, 7, Der Chef der Sicherheitspolizei an den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern, S-PP (II B) 728/38, März 1938.

123 Mehr Informationen zu einer weiter bestehenden Meinungsverschiedenheit im Auswärtigen Amt über die Möglichkeit eines jüdischen Staates, Vgl. PA: R104791, Pol. Abt. VII, Po.36, Aufzeichnung von Hentigs, Pol. VII 1613, 21. November 1938; R99388, Inland II A/B, 83-24a, Bd. 2, Aufzeichnung von Emil Schumburg, zu 83-24a. 12/8, 21. August 1939.

schen Revolte erschwert, die seit 1936 in Palästina schwelte. Im Jahr 1938 begann der SD auch Großbritanniens restriktive Immigrationspolitik in Palästina anstatt eines möglichen unabhängigen jüdischen Staates in Betracht zu ziehen. Für den SD war diese Politik ein großes Hindernis in der eigenen Emigrationspolitik. Im September 1938 betonte die SD-Abteilung II-II2 erneut ihre ablehnende Haltung zur Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina und hielt gleichzeitig daran fest, dass ein solcher Staat kaum Wirklichkeit werden könne. Der SD kam ebenfalls zu dem Schluss, dass das Reich keine Resultate von der im Juli zu Ende gegangenen internationalen Konferenz über jüdische Flüchtlinge im französischen Evian erwartete und Palästina daher weiter als Zuwanderungsland für deutsche Juden wichtig sei.¹²⁴

Aus diesem Grund versuchten der SD und die Gestapo, den »Schaden«, den die zionistische Bewegung in Deutschland nach der verhängnisvollen »Kristallnacht« vom 9. auf den 10. November erlitten hatte, zumindest teilweise wiedergutzumachen. Wie alle anderen verbliebenen jüdischen Organisationen wurde die ZVfD 1938 aufgelöst. Das Palästinaamt der Jewish Agency in Berlin, dessen Hauptsitz sich in der ZVfD befand und das den Emigrationsprozess in Deutschland von jüdischer Seite geleitet hatte, war praktisch zerstört. Als das Pogrom vorüber war und die SS sich den Oberbefehl über die jüdische Emigration sichern konnte, nahmen die Zionisten in ganz Deutschland schnell ihre Tätigkeit wieder auf. Dies erfolgte jedoch unter veränderten Bedingungen und nach den neuen Emigrationsvorschriften des SD. Obwohl die ZVfD und die Staatszionisten keinen organisatorischen Rahmen mehr hatten, half der SD dabei mit, dass das Palästinaamt wieder schnell in Betrieb kam und bereits von den britischen Behörden in Palästina erlassene Immigrationszertifikate für deutsche Juden ausgegeben werden konnten.¹²⁵ In Berlin und Wien befahl der SD die Haftentlassung aller Juden, die in irgendeiner Weise mit dem Palästinaamt verbunden und während der »Kristallnacht« festgenommen worden waren.¹²⁶

Zwischen 1938 und 1941 regten die deutschen Behörden die legale und illegale Emigration von Juden aus Großdeutschland nach Palästina an. Trotz weiter bestehender Sorgen über die Ha'avara-Bestimmungen beschlossen der SD und das Wirtschaftsministerium, dass das Transferabkommen bis Dezember 1939 bestehen bleiben dürfe, damit

124 Vgl. BArch: R58, 956, »Die Organisation der Judenheit, ihre Verbindungen und politische Bedeutungen«, Aufsatz von Herbert Hagen, 23. September 1938.

125 Vgl. CU: Eichmann Trial: card no. 17, Session 15, 25. April 1961.

126 Vgl. IfZ: Akten des Eichmannprozesses-Beweisdokumente, Nr. 742.



Abb. 3: Deutsche haben sich 1936 auf einem Festwagen in Marburg als orthodoxe Juden verkleidet und geben vor, nach Palästina auszuwandern.

die Aussiedlung der Juden nach Palästina ordnungsgemäß vorantreiben könne. Bei seinem Prozess in Jerusalem im Jahre 1961 sagte Adolf Eichmann aus: »Bis der Befehl zum Emigrationsstopp gegeben wurde, hatte ich keine Weisung, dies zu tun, selbst während der ersten Kriegsjahre.«¹²⁷

Während der dreißiger Jahre konzentrierte sich die NS-Judenpolitik auf die Revidierung der jüdischen Gleichstellung und Assimilation und die Aussiedlung aller Juden aus Deutschland mithilfe der Emigration. Unter den verschiedenen Regierungs- und Parteiorganen, die an der Konzipierung und Durchführung dieser Maßnahmen beteiligt waren, herrschte ein erstaunliches Einvernehmen, vor allem was die Rolle des Zionismus und Palästinas betraf. Trotz größtenteils oberflächlicher Meinungsverschiedenheiten über bestimmte Aspekte dieser Politik, vor allem zu Themen wie dem Ha'avara-Abkommen, dem Auswanderungsziel der jüdischen Emigranten und der Möglichkeit eines jüdischen Staates, war der Einsatz des Zionismus und der zionistischen Bewegung vorrangig, um Deutschland für »judenrein« erklären zu können. Ende 1938 machten diese Unterschiede wenig aus, da die SS die federführende Stelle für

127 CU: Eichmann Trial: card no. 93, Session 80, 27. Juni, 1961.



Abb. 4: Ein antisemitischer Festwagen bei einer Fastnachtsparade in Singen im Jahr 1934: Deutsche verkleiden sich stereotypisch als jüdische Palästina-Emigranten und fahren in einem Zug mit der Aufschrift »von Berlin nach Palästina« mit.

die Konzipierung und Durchführung der Judenpolitik geworden war. Unter all den seit 1933 an der Behandlung der »Judenfrage« beteiligten Regierungsstellen war keine so dauerhaft dem Zionismus zugewandt wie die SS.

Die Rassenideologie des Nationalsozialismus war den praktischen Erfordernissen der Judenpolitik in bestimmter Weise unterstellt, da letztere darauf fixiert war, Juden so schnell wie möglich aus Deutschland zu vertreiben, egal, welches ihr Endziel war. Zu den Maßnahmen gehörte die kontinuierliche Propagierung der jüdischen Emigration nach Palästina trotz der möglichen Gründung eines jüdischen Staates. Des Weiteren durften Emigranten einen Teil ihres Vermögens dank des Ha'avara-Abkommens nach Palästina überweisen und junge Juden, die mit »Ariern« lebten und arbeiteten, an einem landwirtschaftlichen Schulungsprogramm teilnehmen, wenn sie sich auf die Ausreise nach Palästina vorbereiteten. Das letztgenannte Thema wird in einem späteren Kapitel behandelt. Die politischen Entscheidungsträger stellten während der dreißiger Jahre außerdem keine Verbindung zwischen ihren Vorstellungen für die Lösung der »Judenfrage« in Deutschland und der größeren »Judenfrage« in ganz Europa her.



Abb. 5: Ein antijüdischer Festwagen am Rosenmontag in Mainz im Jahr 1939, der die angebliche jüdische Loyalität gegenüber den USA und Palästina symbolisiert. Bewohner von Mainz haben sich vor dem Hauptbahnhof Hotel versammelt, um der Parade beizuwohnen.

Dass verschiedene Regierungs- und Parteistellen die deutsche zionistische Bewegung von 1933 bis 1938 bevorzugten, zeugt natürlich nicht von einem etwaigen Respekt oder einer Solidarität, die die Nationalsozialisten der Philosophie und den Zielen des Zionismus entgegenbrachten (vgl. Abb. 3 bis 5). Wenn das der Fall gewesen wäre, hätte den Zionisten das Elend und die Grausamkeit erspart bleiben können, die allen Juden in Deutschland nach 1933 widerfahren. Diese NS-Politik führte weder zu einer Akzeptanz des Zionismus als positive Kraft im jüdischen Leben durch die Wiedergeburt des jüdischen Volkes noch zur Zustimmung zu einem unabhängigen Staat in Palästina als Zentrum dieser Wiedergeburt. Alfred Rosenberg und Adolf Hitler hatten in den frühen zwanziger Jahren eine einheitliche Vorgehensweise in Bezug auf den Zionismus vorgegeben. Obwohl sie die ideologische Substanz des Zionismus völlig ablehnten, erkannten sie ihn als ein nützliches Mittel an, um Deutschland für »judenrein« zu erklären. Dieser Ansatz lässt sich auch nach 1933 erkennen, da er zu einer relativ kontinuierlichen Herangehensweise in Bezug auf den Zionismus in der allgemeinen Judenpolitik in den Grenzen des Reiches führte. Die Vorstellung, dass Zionisten bei der Verfolgung

gemeinsamer Ziele Verbündete sein könnten, war schlicht unvorstellbar. Der nationalsozialistischen Weltanschauung zufolge war das Judentum ein monolithischer Feind eines Systems, das dennoch immer wieder Juden brauchte, die ihm zur Hand gingen.

V. Deutscher Zionismus, 1934-1938: Konfrontation mit der Wirklichkeit

Optimismus und Expansion

In den Monaten nach dem 30. Januar 1933 waren die deutschen Zionisten sowohl mit einer erschwerten Lebenslage wie auch mit neuen Gelegenheiten konfrontiert. Auf jeden Fall hielten sie sich in Deutschland äußerst kontinuierlich an das von ihrer Bewegung festgelegte Aktionsprogramm. Abgesehen von der alten Debatte über die jüdische Abwehr gegen den Antisemitismus, die nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler zum Verstummen kam, beschäftigten die ZVfD dieselben dringlichen Fragen und Argumente wie vor dem 30. Januar, wenn auch unter deutlich schlechteren Bedingungen.

Der 25. und letzte Delegiertentag der ZVfD in Berlin im Februar 1936 gibt einen guten Einblick in die Situation. Als Redner traten beim Delegiertentag frühere Funktionäre der ZVfD wie Kurt Blumenfeld und Georg Landauer auf, die beide 1933 emigriert waren, aber in offizieller Funktion kurz nach Deutschland zurückkehrten, um die ZVfD in ihrer Arbeit zu unterstützen. Ihre Reden sowie jene von zionistischen Führungspersonlichkeiten, wie z.B. Siegfried Moses, Franz Meyer, Michael Traub und anderen in Deutschland verbliebenen Mitarbeitern, bezogen sich auf Themen, die schon bei früheren Tagungen der deutschen Zionisten behandelt worden waren, sowie auf die Kontroversen unter namhaften Vertretern des Zionismus, die diese Debatten verursacht hatten.¹ Zu diesen Themen zählte die Frage, ob das jüdische Bildungswesen ein säkulares oder religiöses sein sollte und ob Hebräisch zu religiösen oder weltlichen Zwecken gelernt werden sollte. Der Kongress diskutierte zudem, wie sich Beziehungen zu nichtzionistischen jüdischen Organisationen gestalten sollten, besonders im Zusammenhang mit der Arbeit der Reichsvertretung der deutschen Juden (RVt), und debattierte über den Unterschied zwischen Galut- und Palästinaarbeit sowie Auswanderungsziele außerhalb von Palästina. Einige dieser Diskussionen verliefen so wie zuvor. Bei einer Debatte verließen im Februar 1936 z.B. fünfzig Mitglieder der orthodoxen Misrachi den Raum. Franz Meyer ermahnte daraufhin alle Mitglieder, der Führungsspitze der ZVfD zu vertrauen. Nachdem er erklärt hatte, dass die Führung gezwungen war, in schwie-

1 Osb: 713-1-4a enthält Reden und Entschlüsse vom im Februar 1936 abgehaltenen ZVfD-Delegiertentag.

rigen Zeiten und ohne das Wissen ihrer Mitglieder oft im Geheimen zu agieren, behauptete er:

»Es liegt in der Natur unserer Sache, daß ein großer Teil dessen, was heute zionistische Leistung ist, im guten Sinne Geheimpolitik sein muß, die die Mehrheit der Zionisten nicht kennt, aus dem Grunde, weil wir bei all dem, was wir tun und verhandeln mit Wissen und Zustimmung der entsprechenden Instanzen dieses Landes, in den meisten Fällen an die Bedingung gebunden sind, daß die Dinge nicht in die Öffentlichkeit [...] diskutiert werden.«²

Kapitel 3 beschrieb nicht nur die schwierige und gefährliche Situation aller Juden in Deutschland im Jahr 1933, sondern widmete sich auch dem wachsenden Interesse, das diese dem Zionismus in den Monaten nach dem 30. Januar 1933 entgegenbrachten (Abb. 6) sowie der darauf folgenden rapiden Ausweitung zionistischer Aktivitäten. Die ZVfD bewertete diese Entwicklung als so positiv, dass sie bereits im April 1933 ihre Absicht kundtat, die Krise dafür zu nutzen, um die nach Assimilation strebenden Juden für ihre Sache zu gewinnen. Obwohl führende Zionisten wie Kurt Blumenfeld, Georg Landauer und Martin Rosenblüth im Sommer und Herbst 1933 aus Deutschland emigriert waren, stieg die Anzahl der Mitglieder in den ZVfD-Ortsgruppen 1933 rapide an. Neue Orts- und Arbeitskreise wurden in Städten errichtet, in denen der Zionismus zuvor nicht in organisierter Form vertreten war. Anfang des Jahres 1934 hatten sich der ZVfD einige tausend neue Mitglieder angeschlossen. Zwölf neue Ortsgruppen sowie 17 Arbeitsgemeinschaften wurden in Deutschland in weniger als einem Jahr gegründet.³ Als Benno Cohn von der ZVfD im Oktober 1933 diese Umstände beschrieb, stellte er selbstbewusst fest, dass »sich das deutsche Judentum in seinen wertvollsten Teilen in eindeutiger Richtung auf uns zu befindet« und die zionistische Bewegung »letztlich berufen [sei], das deutsche Judentum in dieser Zeit zu führen und die neue Gestaltung des jüdischen Lebens in Deutschland entscheidend zu beeinflussen.«⁴

2 Osb: 713-1-4a, Bemerkungen von Franz Meyer zum 25. Delegiertentag in Frankfurt a. M., undatiert.

3 CZA: L13/138, ZVfD an die Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 8. Feb. 1934. Die Gesamtzahl der Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften betrug zu diesem Zeitpunkt 92 bzw. 40.

4 CZA: S7/93, ZVfD, Berlin an die Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 24. Okt. 1933. Dieses Rundschreiben wies z.B. darauf hin, dass die Anzahl der ordentlichen Mitglieder der Berliner Ortsgruppe, der größten in ganz Deutschland, sich in den vergangenen Monaten verdreifacht hatte.



Abb. 6: Hoffnungsvolle jüdische Auswanderer nach Palästina ziehen beim Palästinaamt in der Berliner Meineckestraße 10 im Jahr 1935 Erkundigungen ein.

Ende 1933 beurteilten die NS-Behörden die zionistischen Anstrengungen positiv. Die Polizeistelle in Stuttgart übergab z.B. im September dem Innenministerium in Berlin einen sehr positiven, wenn auch naiven Bericht über das Wachstum der zionistischen Sache und deren Aktivitäten.⁵ Darin wurde festgestellt, dass sich die Mitgliedschaft der zionistischen Bewegung in Württemberg dramatisch erhöht habe und dass das assimilatorische Gedankengut unter den Juden, besonders unter jungen Menschen, durch zionistische Ideen ersetzt worden sei. Der Bericht beruhte dabei auf wichtigen zionistischen Aktivitäten, wie z.B. Vorträgen, Berichten an örtliche jüdische Gemeinden, der Veröffentlichung von Broschüren und Rundschreiben und der Forderung nach Hebräisch-Kursen und Kursen über die Geographie Palästinas. Diese Aktivitäten fanden zum ersten Mal auch in kleineren Städten außerhalb von Stuttgart statt. Redner bestätigten bei diesen Veranstaltungen die öffentliche Meinung, dass eine Lösung der »Judenfrage« in Deutschland im zionistischen Sinne nur dann erfolgen könne, wenn man mit der

⁵ NStA: 12A Neu 13, Staatsministerium: Juden 16059, Württ. Politische Polizei, Stuttgart an das Reichsministerium des Innern, Berlin, Nr. 3/1376/33a, 4. September 1933.

deutschen Regierung zusammenarbeiten würde. Die Unsicherheit und Ängste infolge der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden dadurch abgeschwächt, dass deutsche Juden nach weniger als einem Jahr, das durch antijüdische Gesetze, Boykotte und Gewalt geprägt war, die Geschicke der zionistischen Bewegung mit positiver Vorsicht bewerteten.

Die wichtigsten Ziele der zionistischen Bewegung unterschieden sich kaum von jenen vor dem 30. Januar 1933, obwohl enorme politische und wirtschaftliche Änderungen erfolgt waren. Das deutsche »Judentum« sollte über den Zionismus, die zionistische Einstellung und die Lösung der »Judenfrage« mehr erfahren, damit es sich auf ein neues Leben in Palästina vorbereiten könne. Alle diese Dinge waren natürlich weitaus dringlicher als vor 1933. Sie ergaben sich einerseits aus der Unsicherheit und Angst und neuen Möglichkeiten, die vor 1933 nicht bestanden hatten. Das tritt in der ständigen Kommunikation zwischen der ZVfD in Berlin und den im ganzen Land verteilten Ortsgruppen deutlich zutage. Sie alle bezogen sich auf den »Bankrott assimilatorischer Ideen« und die sinnlose Hoffnung, dass den Juden wieder ihre Rechte zugesprochen würden. Sie forderten auch, dass größere Anstrengungen unternommen werden sollten, um das zionistische Gedankengut den deutschen Juden näherzubringen und auf das wachsende Interesse am Zionismus und Palästina zu reagieren.⁶ Ein wichtiger Bestandteil der zionistischen Aktivitäten war die sogenannte Werbearbeit: ein Ausdruck, in dem sowohl Untertöne von Propaganda als auch Rekrutierung mitschwingen. Das deutsche Judentum sollte damit neue Ansichten über das wahre Wesen der »objektiven Judenfrage« kennenlernen. Die zionistische Idee trat hierbei besonders in den Vordergrund und sollte die Grundlage für ein neues jüdisches Gemeinschaftsbewusstsein sein, das sich auf Palästina konzentrierte. Werbearbeit zu betreiben, hieß auch, Reden zu halten, Konferenzen, Seminare und Filmvorführungen über die Geschichte und Bedeutung des Zionismus und das Leben in Palästina zu organisieren, jüdische Feste, Feiertage und Traditionen zu pflegen und literarische Werke, Informationsbroschüren und anderes Druckmaterial über Palästina und die Arbeit an der jüdischen nationalen Heimstätte zu veröffentlichen. In ihren Bemühungen konzentrierten sich die Zionisten vor allem auf Bildungsprojekte wie z.B. Berufsschulungen und -umschulungen, Kurse über die Geschichte und Geographie Palästinas, Hebräischstunden und weitere jüdische Lehrstoffe. Sie wollten zudem mehr jüdische Schulen in Deutschland gründen und bestehende erweitern. Auch Sportmann-

6 Vgl. z.B. CZA: S7/93, ZVfD, Berlin an alle Zionistischen Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften, 29. Mai 1934.

schaften und andere Organisationen für Jugendliche sollten ausgebaut werden. Zionisten gaben möglichen Palästina-Emigranten Auskunft und vermittelten ihnen Einreisezertifikate über die Orts- und Arbeitsgruppen der ZVfD sowie das Palästinaamt der Jewish Agency for Palestine in Berlin und anderen deutschen Großstädten.

In Berlin stellte die Gestapo täglich Listen von allen jüdischen Veranstaltungen in der Stadt zusammen. Dazu gehörten kulturelle, religiöse, politische und sportliche Versammlungen. Hunderte dieser Listen finden sich auch heute noch in den Archiven. Sie zeugen davon, dass unter allen Veranstaltungen zum Judentum im Berlin der dreißiger Jahre zionistische vorherrschten.⁷ An einem Tag wurden dort im Durchschnitt die Hälfte bis drei Viertel aller Programme von zionistischen bzw. mit dem Zionismus verbundenen Organisationen getragen. Dazu zählten die Berliner Zionistische Vereinigung (BZV), die Berliner Ortsgruppe der ZVfD, die Zionistische Frauenorganisation (WIZO) und die verschiedenen zionistischen Jugend- und Sportorganisationen. Die kulturellen und religiösen Veranstaltungen umfassten dabei Musik- und Theateraufführungen sowie Sabbatgottesdienste und andere religiöse Feste, während derer die Besucher im polizeilich vorgeschriebenen Rahmen Hebräisch sprechen konnten. Jugendorganisationen hielten viele Heimabende ab, bei denen Vorträge und Gesprächsrunden über den Zionismus und Palästina stattfanden und Filme gezeigt wurden.

Die Akten der örtlichen Polizeibehörden stellen eine wertvolle Informationsquelle über die von zionistischen Organisationen getragenen Veranstaltungen während der dreißiger Jahre dar. Sie geben darüber Aufschluss, wie wichtig diese Veranstaltungen für die Judenpolitik des Regimes waren. Die örtlichen Gestapo-Büros hatten die Aufgabe, diese Veranstaltungen zu besuchen und der Gestapo-Zentrale in Berlin Bericht über Inhalte und Verlauf zu erstatten. Diese Überwachungsberichte enthalten sachliche Informationen ohne persönliche Kommentare. Bei jeder Veranstaltung führten die Berichte Auskünfte an, die für die Gestapo von Interesse waren: den Namen der Sponsororganisation und ihres Direktors, die Art der Veranstaltung, das Datum und den Zeitpunkt der Abhaltung, die Namen, Adressen und Mitgliedszugehörigkeiten der Redner, das Thema des gesamten Programms, den Titel jedes Vortrags oder Films, den Austragungsort, die Art und Anzahl von Besuchern sowie eine kurze Zusammenfassung der Präsentation. In jedem Bericht wurde ebenfalls notiert, ob es zu Störungen gekommen war. Keiner der

7 Vgl. USHMM: 11.001M.02, 18-7, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Berlin. Dieser Aktenbestand enthält viele dieser Listen aus den Jahren 1936 und 1937.

für dieses Buch untersuchten Berichte wies jedoch auf einen Zwischenfall hin.

Die Zionisten führten über ihre Veranstaltungen ebenfalls Buch. Es liegen Kopien von zwingend erforderlichen Gesuchen um Veranstaltungserlaubnisse an die Polizei vor. Dabei mussten die Bittsteller Aufschluss über die Art und den Inhalt der Veranstaltung geben und Kopien von Materialien beilegen, die bei der Veranstaltung verteilt wurden. Der Schriftverkehr zwischen der ZVfD in Berlin und ihren Ortsgruppen ist ebenfalls belegt. Er beschreibt all jene Fragen, die die zionistische Bewegung als am wichtigsten für ihre Mitglieder in Deutschland betrachtete. Friedrich Loebenstein, der Vorsitzende der zionistischen Organisation in Leipzig, fasste den Hauptzweck aller zionistischer Veranstaltungen sehr treffend zusammen: »eine Schulung aller Mitglieder im zionistischen Geist [zu] verfolgen und somit sie vor[zubereiten] für das neue Reich Erez-Israel.«⁸

Eine große Anzahl von Polizeiberichten über zionistische Aktivitäten in Leipzig hat den Krieg überstanden. Sie wurden von Ende 1933 bis 1938 verfasst und liefern eine umfassende Übersicht über die Aktivitäten der ZVfD-Ortsgruppen und der revisionistischen Staatszionistischen Organisation in Leipzig sowie über Jugend- und Frauenverbände und religiöse Organisationen, die mit beiden zionistischen Bewegungen während jener Zeit verbunden waren. In Leipzig lebte die sechstgrößte jüdische Gemeinde Deutschlands. Ausländische Juden machten fast 80 Prozent dieser Gemeinde aus. Sie stammten hauptsächlich aus Osteuropa.⁹ Aufgrund dieser Tatsache war die zionistische Bewegung in Leipzig stärker vertreten als in anderen deutschen Großstädten, abgesehen von Berlin.¹⁰ Die »Ostjuden« waren in anderen deutschen Städten eine Randgruppe in der deutschen und der deutsch-jüdischen Gemeinde. In Leipzig fanden sie sich vielleicht besser mit der prekären Lage in Deutschland zurecht, da sie mehr Mitglieder aufwiesen. Sie konnten sich auch leichter mit den

8 SStA: PP-V 4441, Bericht über den Verlauf der Mitgliederversammlung der Zionistischen Vereinigung, Polizeipräsidium Leipzig, Abt. IV, 23. Oktober 1934.

9 Siehe zur Geschichte der Leipziger Juden Fred Grubel/Frank Mecklenburg, Leipzig: Profile of a Jewish Community during the First Years of Nazi Germany, in: Leo Baeck Institute Yearbook 42 (1997) S. 157-188.

10 Vgl. Francis R. Nicosia, Der Zionismus in Leipzig im Dritten Reich, in: Manfred Unger (Hg.), Judaica Lipsiensia: Zur Geschichte der Juden in Leipzig, Leipzig 1994, S. 167-178. Obwohl Leipzigs jüdische Gemeinde nur die sechstgrößte in Deutschland war, hatte die zionistische Bewegung dort 1936 1.367 Mitglieder, d.h. sie folgte als zweitgrößte Gruppe den Berlinern, die 6.285 Mitglieder zählte.

zionistischen Zielen identifizieren, die der Assimilation ein Ende bereiten und die jüdische nationale und kulturelle Identität wiederbeleben wollten. Die Forschungsergebnisse belegen überdies, dass Aktivitäten und Veranstaltungen zionistischer Natur in Leipzig zwar jenen in anderen deutschen Städten glichen, aber öfter abgehalten wurden, auf mehr Interesse stießen und höhere Besucherzahlen verzeichneten.

Der Zionismus war in Deutschland hauptsächlich eine Bewegung der Jugendlichen. Junge Juden hatten sich noch nicht ihr eigenes Leben geschaffen und waren in ihrem Beruf noch nicht etabliert. Ihnen wurde bald bewusst, dass ihnen dies im neuen Deutschland nicht gelingen würde. Die Emigration und ein neuer Anfang in Palästina erschienen ihnen als attraktiver Ausweg. 1936 beklagte sich der Centralverein z.B. darüber, dass das jüdische Leben im ostpreußischen Insterburg fast lahmgelegt war. Die örtliche zionistische Jugendorganisation sei dennoch »recht lebhaft«. Dort fand sich der Großteil der jüdischen Jugend zusammen.¹¹ Die zionistische Jugend war in Leipzig sowie in anderen Städten während der dreißiger Jahre besonders aktiv und organisierte eine große Anzahl von Veranstaltungen und Aktivitäten. Sie konzentrierte sich dabei hauptsächlich auf Berufsschulungen und Umschulungen für junge Leute, die nach Palästina auswandern wollten. Zu den Jugendorganisationen gehörten der zionistische Sportclub Bar Kochba, das Umschulungsprogramm der zionistischen Jugendorganisation Hechaluz sowie eine Gruppe von jungen Pionieren namens Habonim noar Chaluzi, die sich für das landwirtschaftliche Trainingsprogramm von jungen Leuten und die Abwanderungen von Juden aus dem städtischen Bereich in ländliche Gebiete einsetzte. Einige Jugendliche waren ebenfalls im jüdischen Pfadfinderbund Makkabi Hazair aktiv, dessen Mitglieder glaubten, dass junge Menschen zu Disziplin, Ordnung, Kraft und Stolz auf ihre nationale Identität erzogen werden sollten, damit das Bild des »Ghettojuden« für immer ausgelöscht würde. Des Weiteren war die revisionistische zionistische Jugendorganisation Nationale-Jugend Herzlia beliebt. Diese Organisationen verbreiteten in zahlreichen Treffen die Grundgedanken der zionistischen Bewegung unter jungen Menschen. Sie priesen Nationalstolz, körperliche und charakterliche Stärke und Unabhängigkeit an. Die anwesenden Polizeibeamten erstatteten sachliche Berichte über diese Zusammenkünfte an ihre Zentrale. Sie notierten die Sponsoren der Veranstaltung sowie die für die Zusammenkunft verantwortliche Person,

11 USHMM: 11.001M.31, 101-2335, Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Landesverband Ostpreussen, an die Centrale, Berlin, 28. April 1936.

den Austragungsort, Tag und Zeitpunkt, die Anzahl und das Geschlecht der Besucher, den Namen der Redner, den Titel des Filmes, das Thema der Veranstaltung und den allgemeinen Verlauf. In ihren Berichten fassten sie den Inhalt der Präsentationen und Diskussionen zusammen und stellten mit Genugtuung fest, dass die Zionisten ihre Ziele in Palästina tatkräftig verfolgten und alles in ihrer Macht Stehende taten, so vielen Juden wie möglich, besonders aber jungen Menschen, bei der Auswanderung zu helfen. So würde den Vorgaben der NS-Judenpolitik entsprochen.¹²

Die Wiederbelebung des Hebräischen war für die zionistische Bewegung seit ihrer Gründung Ende des 19. Jahrhunderts von zentraler Bedeutung. Aus philosophischen und praktischen Gründen waren die Zionisten sehr bemüht, zukünftige Palästina-Immigranten die Sprache zu lehren, um sie auf ihr neues Leben vorzubereiten. Die Berliner Zionistische Vereinigung (BZV) bot zum Beispiel Hebräischkurse für Juden in Berlin an. Der zweisprachigen deutsch-hebräischen Broschüre der Kulturabteilung der BZV zufolge hatten hunderte Juden in Berlin bereits mit dem Erlernen der Sprache begonnen, und viele andere hatten bereits Grundkenntnisse erworben. Auch zionistische Versammlungen, die zum Teil auf Hebräisch abliefen, waren laut der BZV gut besucht.¹³ Im Januar 1937 bot die BZV 46 Hebräischkurse an, in denen 32 Lehrer 450 Schüler unterrichteten.¹⁴ Auch die meisten jüdischen Schulen hatten Hebräisch in ihr Lehrprogramm integriert und unterrichteten 1938 zumindest einige Klassen in der Sprache.¹⁵ Zudem boten einige jüdische Gemeinden Abendkurse in Hebräisch an. Bis Ende 1936 war die Nachfrage nach Hebräischkursen unter jungen Menschen deutlich angestiegen. In Berlin legten die BZV und die örtliche jüdische Gemeinde ihre Hebräischkurse zusammen, um mehr Einfluss zu gewinnen.¹⁶ Sie boten

12 Vgl. die Aktenbestände in SStA: PP-V, Überwachungsberichte, Polizeipräsidium Leipzig.

13 Osb: 713-I-2, Berliner Zionistische Vereinigung, an die Teilnehmer der hebräischen Kurse der BZV (undatiert).

14 Osb: 713-I-2, Notiz für Herrn Tschertok im Hause, betr. Etat der hebräischen Kurse, 6. Januar 1937.

15 Siehe zur Rolle des Hebräischen im veränderten Lehrprogramm der jüdischen Schulen in Deutschland während der dreißiger Jahre USHMM: 11.001M.01, 4-305 (gesamter Abschnitt).

16 Vgl. Osb: 713-I-2, Merkas Hatarbuth Lanoar Haiwri b'Germania, Berlin an die Reichsvertretung der Juden in Deutschland, 31. Dezember 1936; Richtlinien für die Eingliederung der hebräischen Sprachkurse der BZV in die Hebräische Sprachschule der Gemeinde, 19. Mai 1937.

auch Kurse über die Geographie Palästinas, jüdische und zionistische Geschichte und Chorgesang auf Hebräisch an.

Die Umschulungszentren der zionistischen Jugendbewegung Hechaluz werden in einem späteren Kapitel genauer beschrieben. Sie boten ihren Teilnehmern ebenfalls Gelegenheit, Hebräisch zu lernen. Es wurde bereits festgestellt, dass die NS-Behörden der Jewish Agency for Palestine routinemäßig erlaubten, Hebräischlehrer aus Palästina nach Deutschland zu entsenden und mit ihnen auch Lehrmaterialien, um junge Menschen auf ein neues Leben in der Region vorzubereiten. Die Gestapo und der deutsche Generalkonsul in Jerusalem halfen bei diesem Unterfangen und gaben Einjahresvisa aus.¹⁷ Wie in einem früheren Kapitel bereits festgestellt, sah die Polizei die Verwendung von Hebräisch bei zionistischen Veranstaltungen mit gemischten Gefühlen. Reinhard Heydrichs Verbot vom April 1936, das allen jüdischen politischen Organisationen untersagte, die Sprache bei öffentlichen Versammlungen zu benutzen, fußte auf der Überlegung, dass nur Deutsch gesprochen werden dürfe, damit »eine ordnungsmässige Überwachung derartiger Versammlungen« stattfinden könne und »staatsfeindliche Propaganda [...] hierdurch unmöglich gemacht [werde].«¹⁸ In derselben Verordnung stellte Heydrich jedoch auch fest, dass Hebräisch bei geschlossenen Veranstaltungen verwendet werden könne, wenn Mitglieder der Sponsorenorganisation die Sprache als Vorbereitung für die Auswanderung nach Palästina propagieren würden. Hebräisch durfte außerdem bei Veranstaltungen jüdischer Schulen oder kultureller Organisationen gesprochen werden. Die Polizei erkannte also, dass Hebräisch für die zionistische Initiative wichtig und es der zionistischen Sache in Deutschland dienlich sei und im Allgemeinen die jüdische Emigration erleichtern würde. Zionistische Ortsgruppen konnten deshalb eine Polizeierlaubnis erlangen, um damit Hebräisch – zumindest für einen kurzen Zeitraum – bei ihren Veranstaltungen zu benutzen.¹⁹

Ein Großteil der Versammlungen in Leipzig und anderen Städten waren allgemeine Treffen der Mitglieder zionistischer Ortsgruppen

17 Vgl. ISA: 67/1145, DGK/Jerusalem an Gestapo/Berlin, Nr. Sic.70/36, 6. Juni 1936 Gestapo/Berlin an DGK/Jerusalem, Nr. II I B2-1499/35-J, 14. Juli 1936; DGK/Jerusalem an Gestapo/Berlin, Nr. Sic.70/76 und 130/36, 6. August 1936.

18 Vgl. USHMM: 11.001M.01, 4-290, Preussische Geheime Staatspolizei, Geheimes Staatspolizeiamt, Berlin an alle Staatspolizeistellen, Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Preussen, betr. den Gebrauch der hebräischen Sprache in öffentlichen jüdischen Versammlungen, 4. April 1936.

19 Osb: 713-1-2, Kultur-Abteilung der BZV, Herrn Schlossberg, zur Kenntnis, 28. Januar 1937.

der ZVfD und der Staatszionistischen Organisation. Redner bei diesen Veranstaltungen waren hauptsächlich bekannte Funktionäre der zionistischen Bewegung und Vertreter dieser Organisationen aus Berlin oder den einzelnen Ortsgruppen. Sie sprachen vor allem über die Richtigkeit des zionistischen Ansatzes und die Tatsache, dass die jüdische Emanzipation und Assimilation fehlgeschlagen sei. Außerdem wandten sie sich dem Fortschritt und den Herausforderungen in der nationalen jüdischen Heimstätte zu. Zu weiteren Themen zählten zionistische und jüdische Geschichte, jüdische Bildung, Hebräisch, Jugend und Frauen im Zionismus, Emigrationsverfahren, Einwanderung nach Palästina und internationale zionistische Kongresse. Diese Veranstaltungen waren in Leipzig normalerweise sehr gut besucht. In der Stadt nahmen zeitweise 100 bis über 1.000 Menschen an den Versammlungen teil. Bei einem solchen Treffen in Leipzig am 12. Februar 1935 sprach z.B. Rabbi Joachim Prinz vor ca. 2.000 Erwachsenen und 500 Jugendlichen über die richtige Grundlage der jüdischen Erziehung und Bildung in Deutschland und die Notwendigkeit, die jüdische Jugend umzuerziehen, damit sie ihren Minderwertigkeitskomplex ablege und eine neu gestärkte, selbstbewusste Identität für sich finde.²⁰

Vortragende konzentrierten sich deutlich auf einige Themen, darunter die angebliche Tatsache, dass die Emanzipation und Assimilation nicht die Lösung für die »Judenfrage« sei, wie die seit 1933 erfolgten Ereignisse deutlich gezeigt hätten. Kurt Blumenfeld kehrte 1935 z.B. nach Deutschland zurück und meinte im Mai vor einer großen Gruppe von Leipziger Zionisten, dass es im Judentum immer zwei Tendenzen gegeben hätte: Assimilation und Zionismus. Wenn Juden überleben wollten, müssten sie nun jedoch erkennen, dass es zum zionistischen Weg keine Alternative gäbe. Wenn man Jude sein wolle, müsse man sich, so Blumenfeld, einer zionistischen Organisation anschließen.²¹ Vorträge über Palästina bezogen sich auf praktische Themen wie Einwanderung und Landankauf, Fragen zum Einwanderungsverfahren in Palästina sowie die Beziehung zur arabischen Bevölkerung und der britischen Mandatsregierung.²² Alle Redner äußerten sich offensichtlich sehr

20 SStA: PP-V 4441, Überwachungsbericht, Polizeipräsidium Leipzig, Abt. IV, 13. Februar 1935.

21 SStA: PP-V 4441, Überwachungsbericht, Polizeipräsidium Leipzig, Abt. IV, 31. Mai 1935.

22 Ein Beispiel war ein Vortrag mit dem Titel *Palästina, die Araber und wir* von Ludwig Lehrfreund aus Leipzig vom 29. April 1936. Wie andere, die auf dieses Thema zu sprechen kamen, forderte Lehrfreund seine Zuhörer dazu auf, sich nicht von der arabischen Revolte und dem damit verbundenen Widerstand ge-

positiv über das letztendliche Ergebnis der zionistischen Bemühungen, zur britischen Mandatsregierung gute Beziehungen aufrechtzuerhalten und mit der arabischen Bevölkerung in Frieden zusammenzuleben und zu arbeiten. Keiner der Vortragenden widersprach der Judenpolitik des Regimes, sondern sie stimmten mit ihr in Inhalt und öffentlicher Botschaft überein.

Bis zum Herbst 1938 fanden Aktivitäten dieser Art häufig statt und waren gut besucht. Ein ZVfD-Bericht vom September 1938 listete zahlreiche Vorträge und Konferenzen in Städten wie Chemnitz, Gleiwitz, Beuthen, Essen, Stettin, Heidelberg, Magdeburg und Berlin auf. Dabei wurde über verschiedenste Themen gesprochen: die Evian-Konferenz, Chaim Weizmann als jüdischer Staatsmann, das Ha'avara-Transfer-Abkommen, Immigrationszertifikate für Palästina, die politische und spirituelle Natur des Zionismus, Herausforderungen und Fortschritte in Erez Israel sowie zionistische Aktivitäten in Berlin.²³ Allein in Berlin fanden im September zwanzig solcher Veranstaltungen statt, die sich alle mit der Emigration, Umschulung, jüdischen Jugendgruppen, der Rolle der Religion in Erez Israel und dem Konflikt in Palästina befassten. Der Film *Der neue Weg* wurde im September 53 Mal in 21 verschiedenen Orten in ganz Deutschland gezeigt. Die Vorführungen waren im Durchschnitt sehr gut besucht. Einige von ihnen verzeichneten bis zu 500 Besucher (Abb. 7). Die Nachfrage nach Hebräischkursen blieb bis 1938 sowohl unter Anfängern wie auch Fortgeschrittenen hoch. Es wurden auch täglich stattfindende Kurse angeboten. Im September bereitete das Palästinaamt der Jewish Agency in Berlin Ausreisedokumente für 544 Menschen vor, die von Deutschland nach Palästina auswanderten.

Zu weiteren zionistischen Aktivitäten zählten mehrtägige Konferenzen und Seminare sowie die Verbreitung von Druckmaterialien, die oft Vorträge von prominenten deutschen Zionisten enthielten und Teil der »Zionistischen Bildungskurse« waren.²⁴ Diese Seminare behandelten In-

gen die nationale jüdische Heimstätte abschrecken zu lassen. Er versprach, dass letztendlich Friede und Eintracht zwischen Juden und Arabern herrschen würde. Vgl. SStA: PP-V 444I, Überwachungsbericht, Polizeipräsidium Leipzig, Abt. IV, 2. Mai 1936.

23 USHMM: 11.001M.01, 8-636, Zionistische Vereinigung für Deutschland, Bericht der Veranstaltungen im Monat September 1938.

24 Die Zionistischen Bildungskurse fanden anscheinend nur unregelmäßig statt. Zwei solche Broschüren wurden im November und Dezember 1935 aufgelegt. In ihnen waren drei Reden von Joachim Prinz über die Stellung der Juden im britischen Herrschaftsgebiet und Südamerika abgedruckt sowie ein geschichtlicher Abriss über den jüdischen Nationalfonds (Keren Hajessod), der im Jahr



Abb. 7: »Eine Reise ohne Zertifikat nach Palästina«, 1935, Jüdische Künstlerspiele Wien.

halte, die auch auf dem Mitgliederprogramm der einzelnen Ortsgruppen standen. Im viertägigen Kurs der Makkabi-Bewegung in Lehnitz bei Berlin wurden im Herbst 1935 z.B. so unterschiedliche Themen wie die 3000-jährige jüdische und 100-jährige zionistische Geschichte, die Geographie, das Klima sowie die Flora, Fauna und Landwirtschaft Palästinas behandelt.²⁵ In einem einwöchigen Seminar der ZVfD in Lehnitz im Oktober 1935 ging es um die zionistische Bildung und Politik, Palästina und den Nahen Osten sowie das Diasporajudentum und die allgemeine Situation der Juden in Deutschland.²⁶ Eine »Palästina-Woche« wurde von der Leipziger Ortsgruppe der ZVfD im Februar 1935 organisiert. Dabei wurden Themen wie das orthodoxe Judentum und der Zionismus, Erez Israel, die Landfrage in Palästina und das jüdische Bildungswesen angeschnitten. Eine Wochenendkonferenz derselben Gruppe behandelte im Februar 1937 Aspekte wie die intellektuellen Errungenschaften vom Achad Ha'am, den Zionismus in Deutschland und anderen Ländern

1920 etabliert wurde, um jüdische Siedlungen in Palästina zu unterstützen. Vgl. BHStA: Slg. Varia 233, Zionistische Bildungskurse, November/Dezember 1935.

25 BLHA: Pr.Br. Rep. 41, Birkenwerder 9, Tageseinteilung für das Makkabi-Seminar vom 31. Okt. bis 3. Nov. im jüdischen Erholungsheim Lehnitz bei Berlin.

26 BLHA: Pr.Br. Rep. 41, Birkenwerder 9, Programm des Lehnitzer Schulungsseminars der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, 21.-27. Oktober 1935.

und die Vermittlung der hebräischen Sprache.²⁷ Seminare und Konferenzen mussten offiziell angemeldet und polizeilich erlaubt werden und wurden zusätzlich überwacht. Die Standardreaktion der Polizei auf ein solches Gesuch lautete wie jene, als die ZVfD bat, im Oktober 1935 ein Seminar in Lehnitz veranstalten zu dürfen: »Mit Rücksicht darauf, dass es sich bei der Durchführung des jüdischen Seminars um eine Propaganda des Judentums für die Auswanderung nach Palästina handelt, ist die Durchführung des Seminars zu gestatten.«²⁸ In der Hauptsache wollte die Polizei zu jenem Zeitpunkt überwachen und sicherstellen, »ob die Redner nicht in versteckter Form anstatt für die Auswanderung der Juden für ein Weiterverbleiben in Deutschland eintreten.«²⁹

Wirtschaftlicher Niedergang

In seinem Buch *Der Judenstaat* beschrieb Theodor Herzl seine Vorstellungen, wie der Großteil der Juden von Europa reibungslos nach Palästina emigrieren sollte. Er nahm an, die Einwanderer könnten ihr Vermögen mitnehmen, und dieser Besitz würde beim Aufbau des jüdischen Staates eine wichtige Rolle spielen. Er ging zudem davon aus, dass die Bürgerrechte und wirtschaftliche Freiheit der Juden in der Diaspora bis zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung gewährleistet sein würden. Eine Jewish Company sollte als Übergangsinstitut gegründet werden. Herzl schrieb über die Rolle dieser Institution: »Die Jewish Company hat zunächst die Aufgabe, die Immobilien der abziehenden Juden zu liquidieren.«³⁰ Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre und die »Machtergreifung« der Nationalsozialisten 1933 verhinderten jedoch diese Pläne für eine zionistische Emigration aus Deutschland und anderen europäischen Staaten. Bereits 1931 hatte die deutsche Regierung die Reichsfluchtsteuer erlassen, die eine Kapitalflucht aus Deutschland verhindern sollte. In der Folge benutzte das NS-Regime diese Steuer, um jüdischen Besitz zu konfiszieren. Hitler behielt diese Maßnahmen nach 1933 aus denselben Gründen wie die Weimarer Regierung bei. Außerdem waren die Nationalsozialis-

27 SStA: PP-V 4441, Zionistische Vereinigung Leipzig an das Polizeipräsidium Leipzig, 1. Februar 1935; und 3937/9, Zionistentag in Leipzig, vom 19.-21. Februar 1937.

28 BLHA: Pr.Br. Rep. 41, Birkenwerder 9, Staatspolizeistelle in Potsdam an den Herrn Landrat des Kreises Niederbarnim, betr. Abhaltung eines jüdischen Seminars in Lehnitz, 10. Oktober 1935.

29 Ebd.

30 Herzl, *Judenstaat*, S. 36.

ten der Überzeugung, dass alle jüdischen Vermögenswerte Besitztümer darstellten, die dem deutschen Volk geraubt worden waren.

Der gleichzeitig mit der Emigration erfolgende Transfer des jüdischen Vermögens nach Palästina war ein wesentlicher Bestandteil der zionistischen Arbeit nach 1933, besonders als das Ha'avara-Transfer-Abkommen in Kraft trat. Die grundsätzliche und dringliche wirtschaftliche Frage für die Zionisten und im Grunde für alle Juden in Deutschland nach Hitlers »Machtergreifung« war, ob den Juden eine wirtschaftliche Existenz in Deutschland bis zum Abschluss ihrer Emigration möglich sein würde. In seinem Memorandum vom 13. September 1933, das bereits in Kapitel 3 behandelt wurde, hatte Martin Rosenblüth die wirtschaftlichen Bedingungen beschrieben, die für das wirtschaftliche Überleben der Juden in Deutschland notwendig waren und die die Nationalsozialisten niemals zulassen würden: »Auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgen keine Einschränkungen der Betätigungsmöglichkeit für Juden in Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe.«³¹ Er hatte auch die organisierte und systematische Emigration der Hälfte der deutsch-jüdischen Gemeinde über die folgenden zehn Jahre gefordert. Das würde bedeuten, »dass den auswandernden Juden ein gewisser Teil ihres Vermögens zwecks sofortiger Transferierung freigegeben und ihnen der Restbetrag in einem allmählichen, über mehrere Jahre sich erstreckenden Liquidationsprozess in ihrer neuen Heimat zur Verfügung gestellt wird.«³² Rosenblüth dachte offensichtlich an eine umfassendere Bestimmung als das einen Monat zuvor geschlossene Ha'avara-Transfer-Abkommen, das die Überweisung eines relativ kleinen Teils des Vermögens von Einzelpersonen in Form von deutschen Exporten gestattete. Letztendlich schwebte ihm der Transfer eines Großteils des jüdischen Vermögens vor, als er sich auf das Ha'avara-Abkommen auf folgende Weise bezog: »Eine gewisse vorläufige Regelung der Frage [Ha'avara], die aber den Bedürfnissen einer grossen Auswanderung kaum gerecht werden dürfte, ist durch den kürzlich veröffentlichten Runderlass des Reichswirtschaftsministers getroffen worden.«³³

Im Juni 1934 sandte Kurt Blumenfeld aus London ein Gesuch an das Referat Deutschland im Auswärtigen Amt in Berlin, um den Einfluss dahingehend zu nutzen, den Juden das wirtschaftliche Überleben in Deutschland bis zum Abschluss ihres Emigrationsprozesses zu sichern.

31 PA: R98478, Ref. D., Po5 NE adh 6, Nr. 4, Bd. 2, »Zusätzliche Bemerkungen zur deutschen Judenfrage«, 13. September 1933.

32 Ebd.

33 Ebd.

Blumenfeld vertrat die Meinung, dass die Gewährleistung einer wirtschaftlichen Existenz den nationalsozialistischen Rassengesetzen entsprechen würde und der Absonderungsprozess der Juden von der deutschen Volksgemeinschaft nicht die Möglichkeit ausschlieÙe, den Juden eine existenzielle Grundlage in einem für sie vorgesehenen »Lebensraum« zu erlauben.³⁴ Die wirtschaftlichen Bedingungen, die die Zionisten für eine reibungslose Auswanderung aus Deutschland nach Palästina für notwendig erachteten, stellten sich jedoch im NS-Staat niemals ein. Fast von Beginn an propagierte das NS-Regime kontinuierlich die Politik, alle Juden aus der deutschen Wirtschaft auszuschließen. Schätzungen zufolge waren ein Viertel aller deutschen Juden bis Ende 1935 mittellos. Bevor die Gesetze der Jahre 1938 und 1939 zur vollständigen Ausschaltung der Juden in der deutschen Wirtschaft in Kraft traten, waren die sozialen und finanziellen Fundamente der jüdischen Gemeinden Ende des Jahres 1937 zerstört.³⁵ Bis Ende 1937 hatten die ca. 360.000 Juden, die noch in Deutschland verblieben waren, massive wirtschaftliche Verluste hinnehmen müssen. Viele wurden in die Armut getrieben oder waren gezwungen, von ihren Ersparnissen oder Unterstützungsgeldern der jüdischen Hilfsorganisationen zu leben. Der Versuch, bis 1936 eine »Vollbeschäftigung« in der deutschen Wirtschaft durchzusetzen, bedeutete, dass das Regime noch mehr danach strebte, Juden aus dem wirtschaftlichen Leben auszuschließen. In den Jahren 1937, 1938 und 1939 setzte der NS-Staat weitere harte wirtschaftliche Einschnitte gegen die Juden um. Über die Jahre erlitten Juden deutliche wirtschaftliche Repressalien aufgrund der antisemitischen Gesetze, wie z.B. dem Beamtengesetz vom 7. April 1933 zur »Arisierung« jüdischer Wirtschaftsbetriebe, dem Vierjahresplan des Jahres 1936, den Wirtschaftssanktionen gegen Juden nach der »Kristallnacht« im Jahre 1938 und dem offiziellen Ausschluss der Juden aus der Wirtschaft in den Jahren 1938 und 1939.³⁶

Die große Anzahl antijüdischer Gesetze zwischen 1933 und 1938 sollte der Integration in die deutsche Gesellschaft ein Ende bereiten und die Emigration fördern. Diese Verordnungen hatten verheerende wirtschaftliche Auswirkungen für die Zionisten wie Nichtzionisten. Die negativen

34 PA: R99346, Inland II A/B, 83-21, Bd. 1, Kurt Blumenfeld, London, an das AA, 11. Juni 1934. Der Empfänger dieses Schreibens ist nicht angeführt, doch kann man darauf schließen, dass es an Vicco von Bülow-Schwante im Referat Deutschland gerichtet war.

35 Vgl. Barkai, *From Boycott to Annihilation*, Kap. 2.

36 Siehe zur NS-Judenpolitik während der dreißiger Jahre: ebd., S. 13-17. Vgl. auch Genschel, *Die Verdrängung der Juden*.

wirtschaftlichen Folgen, die sich aus dem Berufsverbot für jüdische Ärzte, Juristen, Beamte, Lehrer, Künstler, Journalisten und andere Berufsgruppen in der deutschen Gesellschaft ergaben, sind offensichtlich. Ebenso augenscheinlich ist, von welchem großem Nachteil die Beschränkung der jüdischen Arbeitswelt auf die kleine und immer weiter schrumpfende jüdische Gemeinschaft war. Vielen Personen wurde die Pension zum Teil oder zur Gänze gestrichen. Zwar wurden für die jüdischen Kriegsveteranen bis zur Durchsetzung der Nürnberger Gesetze im September 1935 einige Ausnahmen gemacht, doch auf Zionisten wurde keine Rücksicht genommen, obwohl sie im Auswanderungsprozess eine entscheidende Rolle spielten. Außerdem führte die Emigration zu einem Exodus der wohlhabenderen Mitglieder der jüdischen Gemeinden, wobei ihr Vermögen an den NS-Staat fiel. Zusätzlich bedeutete dies, dass eine unverhältnismäßig große Anzahl von jungen Menschen, besonders junge Männer, Deutschland verließ.³⁷ Boykotte jüdischer Betriebe waren in den dreißiger Jahren die Norm und kamen nicht nur am 1. April 1933 vor. Sie verhinderten auch, dass jüdischen Betrieben Kredite gewährt wurden. Außerdem wurden noch ausstehende Kredite oder Hypotheken einfach willkürlich rückgängig gemacht. Die »Arisierung« jüdischer Betriebe begann sofort nach der »Machtergreifung« 1933, als jüdische Geschäftsleute »freiwillig« ihre Unternehmen aufgrund des enormen Drucks an »Arier« verkauften. Dies führte dazu, dass tausende jüdische Angestellte in diesen Betrieben arbeitslos wurden und somit ihre Existenzgrundlage verloren. Geschäftsleute gerieten in wirtschaftliche Not und waren gezwungen, ihre Betriebe zu Preisen zu verkaufen, die weit unter ihrem wirklichen Wert lagen. Danach waren die geringen Verkaufserlöse die einzigen finanziellen Mittel, auf die sie für ihren Lebensunterhalt zurückgreifen konnten. So waren Juden dazu gezwungen, ein abgesondertes und eingeschränktes wirtschaftliches Leben zu führen, sie wurden von einem internen jüdischen Markt immer abhängiger, der immer mehr zusammenschrumpfte und wenige Ressourcen aufwies.

Dies bedeutete, dass Juden auf ihre rasch schwindenden Mittel und auf jüdische Wohlfahrtseinrichtungen inner- und außerhalb von

37 Avraham Barkai schätzt, dass 60 Prozent der Juden, die von 1934 bis 1937 aus Deutschland auswanderten, zwischen 20 und 45 Jahre alt und in der Überzahl Männer waren. Dadurch setzte sich die jüdische Gemeinschaft wie schon zuvor aus hauptsächlich älteren Mitgliedern und Frauen zusammen. Vgl. Barkai, *From Boycott to Annihilation*, S. 55f.

Deutschland angewiesen waren.³⁸ Aufgrund des Rückgangs des persönlichen Vermögens benötigte eine wachsende Anzahl von deutschen Juden Hilfe. Zuschüsse von öffentlicher Hand wurden reduziert und im November 1938 schließlich endgültig eingestellt. Davor wurden Hilfsgelder von jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen normalerweise von den öffentlichen Hilfsmitteln abgezogen. Dabei wandten sich immer mehr Juden an die jüdischen Gemeinden und die Reichsvertretung der deutschen Juden (RVt). Deren Quellen begannen aufgrund der Emigration jedoch zu versiegen, da das Vermögen der wohlhabenderen Mitglieder nach ihrer Emigration konfisziert wurde. Im Winter 1935/36 durften Juden keine Winterhilfe mehr vom Staat beziehen, sondern mussten sich für eine separate Unterstützung an ihre eigenen Gemeinden wenden. Ältere Menschen stellten für die jüdischen Wohlfahrtsorganisationen das größte Problem dar, da ihnen die Auswanderung schwerer fiel und sie weit größere Anpassungsschwierigkeiten hatten. Mit den Emigranten wanderten auch ihr Arbeitsvermögen und eine potentielle Einnahmequelle aus Deutschland ab. Bis 1939 waren 77 Prozent der in Deutschland verbliebenen Juden über 40 Jahre alt und zwei Drittel davon über 65.³⁹

Zionistische und nichtzionistische Organisationen in Deutschland waren immer von der finanziellen Unterstützung ihrer Mitglieder abhängig gewesen. Die wachsende Verarmung der gesamten jüdischen Gemeinschaft nach 1933 sowie der dramatische Mitgliederzuwachs bei der ZVfD und die vermehrten Aktivitäten und Verantwortungsbereiche belasteten die gesamte deutsch-zionistische Bewegung. Obwohl in der gesamten jüdischen Gemeinschaft außergewöhnliche Bemühungen zur Selbsthilfe unternommen wurden, war die kontinuierliche Abnahme des wirtschaftlichen Potentials der deutschen Juden von Anfang an das wohl schwierigste Problem, mit dem die zwei deutsch-zionistischen Organisationen und andere jüdische Vereine zu kämpfen hatten. In einem im Oktober 1933 verfassten Brief an Martin Rosenblüth in London beschrieb Michael Traub, der Direktor des Jüdischen Nationalfonds (Keren Hajesod) in Deutschland und Mitglied der Reichsvertretung, die wirtschaftlichen Folgen der NS-Judenpolitik knapp ein Jahr nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler:

38 Vgl. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe*, S. 177 f. Siehe im Besonderen die im Januar 1934 verfasste Denkschrift der Reichsvertretung für Hans Heinrich Lammers, in der die katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit und der Existenzverlust unter Juden beschrieben werden. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe*, S. 188-191.

39 Wolfgang Scheffler, *Judenverfolgung im Dritten Reich*, Berlin 1964, S. 25.

»Über die allgemeine Situation in Deutschland lässt sich in einem Briefe nur sagen, dass schlimmer als alle Gewaltakte (die in letzter Zeit anscheinend seltener vorkommen) der wirtschaftliche Entwurzelungsprozess ist, der unerbittlich und systematisch durchgeführt wird [...]. Und da dieser Prozess nicht nur die grossen Unternehmungen umfasst [...], sondern auch die mittleren Geschäfte, ist in wenigen Monaten mit einem sehr starken Rückgang des jüdischen »Nationalvermögens« in Deutschland zu rechnen.«⁴⁰

Traub bemerkte außerdem, dass die zionistische Arbeit weiter fortschritt und die antisemitische Gewalt weiterhin in unregelmäßigen Abständen in einigen Städten auftrat. Aufgrund der Unsicherheit entwickelten die zionistischen Ortsgruppen ein sehr ambivalentes Verhältnis zu den Veranstaltungen, die ihr Gedankengut unter deutschen Juden propagierten. Wie Traub jedoch oben feststellte, stellten die sich stetig verschlechternde Wirtschaftslage – eine Folge der antijüdischen Gesetze, die die Juden aus dem Beamtentum ausschlossen und ihre Tätigkeit in den freien Berufen stark einschränkte –, die »Arisierung« jüdischer Betriebe und das fortgesetzte Boykottklima nach dem 1. April die größten Probleme für die Juden dar.

Trotz der pro-zionistischen Judenpolitik des Regimes, des wachsenden Interesses am Zionismus unter deutschen Juden und des Bedarfs an einer umfassenderen zionistischen Arbeit in Deutschland, wurde es immer schwieriger, diese Arbeit durchzuführen. Bis Ende Oktober 1937 stellte das in London und Jerusalem ansässige Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine einen umfassenden Bericht über die Stellung der Juden in Deutschland zusammen. Darin wurde auf die größte Herausforderung für die Zionisten in Deutschland hingewiesen: »Das Ziel des Nationalsozialismus bleibt die völlige wirtschaftliche und moralische Vernichtung der ca. 375.000 Juden, die in Deutschland noch leben.«⁴¹

Alle antijüdischen Maßnahmen im NS-Staat zwischen 1933 und 1939, vor allem der Ausschluss der Juden aus der Wirtschaft, zielten darauf ab, Juden dazu zu bewegen, Deutschland zu verlassen, wenn auch unter Bedingungen, die die zionistische Arbeit in Deutschland äußerst erschwerten.⁴² Ende 1935 berichtete ZVfD-Mitglied Salomon Adler-Rudel, der auch der Reichsvertretung als Direktor vorstand, dem Büro der Jewish Agency for Palestine, welche negativen Auswirkungen die Wirtschafts-

40 CZA: S7/93, Michael Traub, z.Zt. Paris, an Martin Rosenblüth, London, 21. Oktober 1933.

41 CZA: S7/689, »Die Lage der Juden in Deutschland«, Ende Oktober 1937.

42 Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 172 f.

krise auf die zionistischen Aktivitäten in Deutschland habe.⁴³ Er stellte dabei fest, dass die wachsende Verarmung innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zur Emigration von Juden beitrug, denen noch Mittel verblieben waren. Das Büro der Jewish Agency in Berlin sei somit von Menschen überlaufen, die auf eine Auswanderung hofften. Diese Situation belastete deutlich die Gemeinde, die zionistische Bewegung und die verschiedenen Hilfsorganisationen. Adler-Rudel stellte fest:

»Die nur kurz skizzierten Verhältnisse haben eine ungeheure Steigerung des Auswanderungsbedürfnisses der Juden zur Folge [...]. Die Palästina-Ämter sind von Auswanderungswilligen derart überlaufen, dass sie die Anzahl der ihnen zuströmenden Menschen kaum bewältigen können [...]. Der wirtschaftliche Niedergang, die Steigerung der Zahl der Hilfsbedürftigen, erfordern von den jüdischen Gemeinden grösste Anstrengung und grösste Opfer, um den enormen Bedarf an Hilfsmitteln aufbringen zu können.«⁴⁴

Die Krise am jüdischen Arbeitsmarkt, die infolge der »Arisierung« des Beamtentums, des Geschäftslebens, der Landwirtschaft und der freien Berufe aufgetreten war, trug zur wachsenden Armut der jüdischen Gemeinschaft Deutschlands bei. Unter leitenden deutsch-jüdischen Funktionären scheint ein Konsens geherrscht zu haben, der auch in Adler-Rudels Bericht vom 29. November an die Jewish Agency klar zutage trat. Er konzentrierte sich auf die »Arisierung« in den verschiedenen Sektoren der deutschen Wirtschaft. Im Geschäftsleben wurde immer mehr Druck auf jüdische Besitzer ausgeübt, damit sie ihre Betriebe mit einem Preisabschlag von 30 bis 45 Prozent des realen Wertes an »Arier« verkauften. Das führte nicht nur zu einem drastischen Rückgang des jüdischen Gesamtvermögens, sondern auch zum Verlust von tausenden Arbeitsplätzen für Juden. Jüdische Arbeitnehmer wurden von den neuen »arischen« Besitzern weder behalten noch neu angestellt. Auch konnten sie sich nur bei jüdischen Betrieben bewerben. Anders ausgedrückt: Ihre Chancen, in Deutschland eine neue Arbeit zu finden, waren aussichtslos. Außerdem weigerten sich öffentliche Konzerne wie die Eisenbahnbetriebe, die Post, die Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerke sowie große Banken, mit Betrieben mit jüdischen Arbeitern und Angestellten Geschäfte zu machen. Dadurch wurde auf jüdische Betriebsinhaber noch mehr Druck

43 CZA: S7/357, Aufzeichnung von S. Adler-Rudel, z.Zt. in Genf, über die Lage der Juden in Deutschland, 29. November 1935.

44 Ebd.

ausgeübt, ihre Betriebe zu verkaufen. Immer mehr Juden mussten sich aufgrund dieser Politik arbeitslos melden. Antijüdische Gesetze drängten zudem jüdische Vertreter freier Berufe vom Arbeitsmarkt, und das Landwirtschaftsministerium zwang die wenigen deutschen Juden, die in diesem Sektor tätig waren, zur Arbeitsaufgabe und zum Umzug aus den ländlichen in die städtischen Gebiete. Dies geschah teilweise dadurch, dass »nichtarische« Landarbeiter während der Ernte nicht mehr angestellt werden durften.

Der letzte Abschnitt von Adler-Rudels Bericht widmet sich der jüdischen Emigration und den damit verbundenen Problemen. Aus wirtschaftlicher Notwendigkeit wandten sich immer mehr ältere und jüngere Juden aus allen Einkommensklassen an das Palästinaamt der Jewish Agency for Palestine und an den Hilfsverein der deutschen Juden, um ihre Auswanderung in die Wege zu leiten. Der Hilfsverein beschäftigte sich mit der Emigration von deutschen Juden zu nichtpalästinensischen Zielorten. Der Bericht warnte davor, dass die Auswanderungsmöglichkeiten für deutsche Juden begrenzt seien und der steigenden Nachfrage kaum nachgekommen werden könne.

1937 verschlechterten sich die wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen deutsche Juden leben mussten. Am 1. Juni veröffentlichte das American Jewish Committee (AJC) einen Bericht über die Situation der Juden in Deutschland und fasste die wirtschaftliche Bedrängnis eines durchschnittlichen jüdischen Arbeiters zusammen:

»Noch verheerender als die wirtschaftliche Notlage eines jüdischen Geschäftsmannes ist die eines jüdischen Arbeiters. Jede Auflassung oder ›Arisierung‹ eines jüdischen Betriebes bedeutet automatisch, dass Dutzende und manchmal auch hunderte von jüdischen Arbeitnehmern entlassen werden. Der Geschäftsmann mag zwar einen Großteil seines Eigentums verlieren, sein Angestellter wird jedoch in die Armut getrieben. Er wird von Hilfsorganisationen immer abhängiger, die sich einzig und allein auf jüdische Unterstützung verlassen müssen, da die Regierung ihnen keine Zuschüsse gewährt. In letzter Zeit sind die Unterstützungsansuchen derart in die Höhe geschnellt, dass diese Organisationen der Situation kaum Herr werden können.«⁴⁵

Das American Jewish Committee hatte die Ziele der NS-Wirtschaftspolitik in Bezug auf die Juden bereits ein Jahr zuvor beschrieben. In seinem Bulletin No. 1 vom Februar 1936 präsentierte es eine detaillierte

45 CZA: S7/493, Report of the American Jewish Committee, »The Jews in Germany Today«, 1. Juni 1937.

Analyse der wirtschaftlichen Folgen der NS-Judengesetze und -politik, besonders was den Verlust der Lebensgrundlage im geschäftlichen und landwirtschaftlichen Sektor sowie in der Medizin, Justiz und der Kunst betraf. Der Bericht schließt:

»Jeder, der Zugang zu einer Ministerialabteilung hat, wird feststellen, welche Meinung in der NSDAP vorherrscht. Die Partei erachtet es für wichtig, dass von Zeit zu Zeit etwas gegen Juden unternommen wird, da sonst die Gefahr besteht, dass der Auswanderungswille dieser Menschen nachlässt. Es besteht kein Zweifel, dass systematisch ein Zustand der Unsicherheit hergestellt wird, damit man so viele Juden wie möglich zum überschnellen Entschluss bewegt, das Land zu verlassen. Dabei wird nicht nur darauf abgezielt [...], Juden aus Deutschland fortzuschaffen, sondern auch sie dazu zu zwingen, ihr Eigentum für lächerliche Beträge zu verkaufen.«⁴⁶

Die Emigration von Führungspersonlichkeiten und anderem wichtigen Personal der ZVfD wird in der Folge im Detail beschrieben. Sie sahen sich aufgrund von immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Bedingungen für alle Juden zu diesem Schritt veranlasst. In einem Brief an den in Jerusalem wohnenden Georg Landauer beschrieb Benno Cohn vom ZVfD die Emigration von hochrangigen Mitgliedern der zionistischen Bewegung am 3. August 1938 auf folgende Weise: »Diese sehr anarchistische Abwanderung wird grosse Nachteile mit sich bringen.«⁴⁷ Cohn bezog sich in dem Brief auf die Wirtschaftskrise des deutschen Judentums als offensichtlichen Grund für dieses Problem und warnte vor noch größeren Schwierigkeiten, die sich aus der zukünftigen nationalsozialistischen Attacke auf die noch verbliebene jüdische Beteiligung in der Wirtschaft ergeben würden:

»Wir stehen angesichts der neuen Gewerbeetze vor einer Massen-erwerbslosigkeit im Winter, die man auf 30.000 Verdienere, also etwa 100.000 Familienmitglieder schätzt. Wir werden daher mit den bisherigen Methoden der sozialen Arbeit nicht auskommen können [...].«⁴⁸

46 CZA: S7/357, Report of the American Jewish Committee, »The Situation of the Jews in Germany: Developments in the Months January and February 1936«, Bulletin, No. 1 (1936).

47 CZA: S7/689, Benno Cohn, Berlin, an Georg Landauer, Jerusalem, 3. August 1938.

48 Ebd.

Zu Beginn des Jahres 1939 lebten noch immer 300.000 Juden in den vor dem »Anschluss« feststehenden Grenzen des Reichs. 180.000 von ihnen waren in Berlin ansässig und weitere 100.000 im ehemaligen Österreich, der Großteil davon in Wien. Ein anonymer, undatiertes Bericht von einem Besucher aus Palästina vermittelt eindrucksvoll, welche verheerenden Auswirkungen die NS-Politik auf die Juden Deutschlands und Österreichs während der dreißiger Jahre hatte.⁴⁹ Vom Gesamtanteil der in Österreich und Deutschland bis Ende 1938 verbliebenen Juden konnten sich nur wenige ihren Lebensunterhalt durch eine Anstellung in der jüdischen Kommunalverwaltung sowie jüdischen Organisationen verdienen, wie Ärzte, Krankenschwestern, Rechtsberater oder Hausangestellte in jüdischen Pensionen. Im Allgemeinen waren sie fast vollständig von unabhängigen Einnahmequellen abgeschnitten. Sowohl in Deutschland als auch in Österreich waren alle jüdischen Geschäfte geschlossen. Vor dem »Anschluss« lebten fast zwei Drittel aller Juden in Deutschland von ihren Ersparnissen, d.h. Bargeld und Schmuck. Ein Drittel hielt sich mit Zuschüssen von jüdischen Wohlfahrtsorganisationen über Wasser. In Österreich lebten ca. ein Drittel der jüdischen Bevölkerungsgruppe von den eigenen Ersparnissen und zwei Drittel von anderen Arten karitativer Zuwendungen. Das Geld, das notwendig war, um 100.000 auf die Wohlfahrt angewiesene Juden im Altreich zu versorgen, wurde hauptsächlich durch den Verkauf des Eigentums der jüdischen Gemeinden finanziert, wobei diese Verkäufe meistens nur einen Bruchteil des eigentlichen Wertes einbrachten. 65.000 Menschen, die in Österreich von der jüdischen Wohlfahrt lebten, wurden hauptsächlich vom British Council for German Jewry und dem American Jewish Joint Distribution Committee unterstützt. Zudem gab es noch tausende Juden in Konzentrationslagern, in denen die meisten infolge des Novemberpogroms festgehalten wurden. Der Großteil des jüdischen Besitzes war beschlagnahmt worden, so dass nur wenig Bargeld in jüdischer Hand verblieb.

Bis Ende 1938 waren nur knapp über 20 Prozent der ca. 400.000 Juden in Deutschland und Österreich, d.h. 83.000 Menschen, jünger als 25 Jahre alt. Das bedeutete nicht nur, dass die Emigration hauptsächlich von jungen Menschen in Anspruch genommen wurde, sondern auch,

49 CZA: S25-9703, »Purgatory: The Fate of the Jews in Germany and Austria«, by an Eyewitness (undatiert). Vgl. auch CZA: S7-902, »Note on Conditions of Jews in Germany and Austria Made by a Recent Visitor from Palestine« (undatiert). Diese zwei Dokumente sind anscheinend unterschiedliche Versionen desselben Berichts. Der Inhalt deutet darauf hin, dass dieser Bericht Ende 1938 oder Anfang 1939 erstattet wurde.

dass für all jene, die in diesen kritischen Monaten vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Großdeutschland verblieben waren, viel weniger Hoffnung bestand. Es handelte sich dabei um Menschen im mittleren oder fortgeschrittenerem Alter. Es wurde auch immer mehr debattiert, ob zumindest dem älteren jüdischen Bevölkerungsanteil gestattet werden sollte, bis zu ihrem Tod im Großdeutschen Reich zu verbleiben, wenn auch in Armut und Furcht vor dem NS-Regime. Die meisten Länder hatten ihre Grenzen bereits geschlossen. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Palästina waren folglich immer schwerer zu erreichen. Der anonyme Bericht hob hervor, dass sich Palästina optimal für die Emigration eigne, »der einzige Lichtstrahl.« Der Verfasser des Berichts erkannte an, dass aufgrund der Situation in Deutschland jedes Land für die Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen in Frage käme, kam aber zum Schluss, dass Palästina bzw. das Ha'avara-Transfer-Abkommen eine gewisse Hoffnung in dieser widersprüchlichen Situation der wirtschaftlichen Entrechtung sei, da es eine ordnungsgemäß ablaufende Emigration ermöglichen würde.

Das Ha'avara-Abkommen war jedoch nur ein schwacher Trost für die Zionisten in Deutschland, die mit den katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen der NS-Judenpolitik konfrontiert waren. So mussten die Zionisten einsehen, dass ein Großteil des Vermögens, welcher vielleicht unter anderen Umständen nach Palästina hätte transferiert werden können, mit dem Abkommen an den NS-Staat verloren ging. Herzl sowie die Mehrheit der Zionisten hatten sich immer vorgestellt, dass Juden relativ friedlich und problemlos mit einem Großteil ihres Vermögens nach Palästina emigrieren würden, da ihre politische und wirtschaftliche Freiheit in der Diaspora gewahrt sein würde. Der NS-Staat trat wiederum für eine Zwangsemigration ein, die auf der unmittelbaren wirtschaftlichen Enteignung aller Juden in Deutschland basierte. Sie sollten auch all ihrer politischen Rechte beraubt und gesellschaftlich sowie kulturell von der deutschen Volksgemeinschaft abgesondert werden. Somit mussten die deutschen Zionisten ihr Werk in einem Klima fortsetzen, in dem verarmte Juden belästigt, eingeschüchtert und erniedrigt wurden.

Beziehungen in der jüdischen Gemeinschaft

Die nationalsozialistische »Machtergreifung« im Januar 1933 verschärfte den lange schwelenden Konflikt zwischen der ZVfD und den anderen jüdischen Organisationen im Deutschland der dreißiger Jahre. Die bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten behielten ihre In-

tensität, obwohl der Staat alle Juden zu »Feinden Deutschlands« erklärt hatte. Juden stellten eine relativ einheitliche Zielscheibe bei der Anwendung der gegen sie gerichteten Politik dar. In der Folge übten die Nationalsozialisten einen solchen Druck aus, dass jüdische Organisationen sich angesichts der vollständig geänderten Vorzeichen im jüdischen Leben zur Zusammenarbeit gezwungen sahen. Jeder Versuch, gemeinsam gegen diese Zustände vorzugehen, war jedoch problematisch und brachte ideologische Differenzen ans Licht, die die deutschen Juden bereits in der Vergangenheit in verschiedene Lager geteilt hatten. Die offizielle Gründung der Reichsvertretung der deutschen Juden (RVt) im Frühjahr und Sommer 1933 liefert ein eindrucksvolles Beispiel für diese Situation. Dass wichtige jüdische Organisationen enger zusammenrückten, bedeutete nicht, dass sie ihre alten Streitigkeiten angesichts der prekären und schwierigen Lage begraben hatten. In einigen Fällen verschärfen sich diese Konflikte sogar noch.⁵⁰

Die lange und zeitweise schwierige Beziehung zwischen der ZVfD und dem nichtzionistischen Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) hielt bis nach 1933 an. 1936 kam es in einigen wichtigen Fällen dennoch zur Zusammenarbeit.⁵¹ Da die NS-Politik darauf abzielte, die Emigration von Juden aus Deutschland zu propagieren, begann die ZVfD, in der jüdischen Gemeinschaft und besonders in der Reichsvertretung eine größere und wichtigere Rolle zu spielen. Da die Emigration zur einzig vertretbaren Option für die deutschen Juden wurde, konnte die ZVfD dem Centralverein bald den Rang ablaufen.⁵² Aus den Aufzeichnungen des Centralvereins tritt deutlich zutage, dass die Beziehung zwischen den beiden Organisationen in den Monaten vor Hitlers »Machtergreifung« im Januar 1933 immer konfliktreicher wurde,

50 Siehe für einen allgemeinen Bericht über die internen Vorfälle in den deutsch-jüdischen Organisationen der dreißiger Jahre, vor allem über die bestehenden Rivalitäten zwischen Zionisten, Nichtzionisten und Antizionisten in der Reichsvertretung: Jacob Boas, *German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933-1938*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 29 (1984), S. 3-25.

51 Zur komplexen Beziehung zwischen der ZVfD und dem Centralverein während der Weimarer Republik vgl. Barkai, *Wehr Dich!*, Kapitel 4 und 5. Vgl. auch Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 39 f.; Kurt Loewenstein, *Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie*, in: Werner E. Mosse (Hg.), *Entscheidungs-jahr 1932: Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1966, S. 380-382.

52 Boas, *German-Jewish Internal Politics*, S. 23-25.

da sich die politische Situation rapide zuzuspitzen begann.⁵³ Obwohl die Reichsvertretung von einer Zusammenarbeit zwischen dem Centralverein und der ZVfD ab 1933 offensichtlich abhing, wurde der nichtzionistische Centralverein immer mehr vom Regime und den Zionisten dazu gedrängt, die Auswanderung von Juden aus Deutschland ebenfalls zu bewerben. Der Centralverein gab dennoch seine Hoffnung nicht auf, dass das jüdische Leben in Deutschland auf irgendeiner Basis fortbestehen könnte. Selbst nach 1935 stellte der Centralverein fest, dass eine Konzentration auf Palästina nicht bedeuten würde, dass eine zionistische Ideologie als Heilmittel für alle Juden gelten müsse. Die Organisation akzeptierte auch den zionistischen Führungsanspruch in der jüdischen Gemeinschaft nicht, den die ZVfD bereits vor dem 30. Januar 1933 angestrebt hatte.

Wie die Zionisten gab sich die Führungsspitze des Centralvereins in den frühen Monaten nach Hitlers »Machtergreifung« naiven und unrealistischen Hoffnungen hin, dass das jüdische Leben in Deutschland in irgendeiner Form weiterbestehen könnte. Diese Einstellung war besonders in den ersten drei Jahren des NS-Regimes deutlich, bis die Nürnberger Gesetze vom September 1935 die Mitglieder des Centralvereins erkennen ließen, dass es für Juden in Deutschland keine Zukunft mehr gab. Vor 1936 hatte der Centralverein eine ganze Reihe von politischen und diplomatischen Maßnahmen gegen die wachsende NS-Boykottbewegung gegen Juden sowie den landesweiten Boykott vom 1. April ergriffen. Er versuchte auch, die Kritik an Deutschland und den sich immer weiter ausbreitenden internationalen Boykott deutscher Waren im Ausland zu unterbinden. In einem Telegramm an Adolf Hitler vom 23. März 1933 beteuerte Julius Brodnitz, der Vorsitzende des Centralvereins, die »vaterländische Bereitwilligkeit« seiner Organisation. Er werde alles in seiner Macht Stehende tun, um Gerüchte über eine antijüdische Verfolgung zu zerstreuen und den antideutschen Boykott zu entschärfen.⁵⁴ Dieser Brief zeugte auch von der Taktik des Centralvereins, die nationalsozialistische Verfolgung öffentlich zu leugnen, um ihr ein Ende zu bereiten. Brodnitz schlug Hitler außerdem vor, dass jede weitere antijüdische Propaganda in den deutschen Medien eingestellt werden sollte. Nur so könnten die Bemühungen des Centralvereins, das Vaterland im Ausland zu verteidigen, am meisten fruchten. Diesen Vorschlag ignorierte das Regime. In

53 Vgl. USHMM: 11.001M.31, 183 (gesamter Aktenbestand). Vgl. auch Barkai, Wehr Dich!, S. 301f.

54 USHMM: 11.001M.31, 112, Wortlaut eines Telegramms des Centralvereins an den Herrn Reichskanzler am 23. März 1933.

der einen Tag später verfassten Stellungnahme an die deutsche und internationale Presse sah sich der Centralverein erneut gezwungen, Berichte in ausländischen Medien zu bestreiten, dass Juden in Deutschland Zielscheibe von Gewaltakten und Misshandlungen waren und dass Juden diese Gerüchte in die Welt gesetzt hätten. Diese Stellungnahme schloss damit ab, dass der Centralverein weiterhin für die deutschnationalen Grundlagen des jüdischen Lebens in Deutschland eintrat:

»Wir sind aber überzeugt, dass die Gleichberechtigung der deutschen Juden, die sie sich in Krieg und Frieden durch Hergabe von Blut und Gut auch innerlich verdient haben, nicht wieder aufgehoben wird, und dass sie wie bisher, unlösbar verbunden mit dem deutschen Vaterlande, mit allen anderen Deutschen guten Willens am Aufstieg des Vaterlandes werden mitarbeiten können.«⁵⁵

Dieser Stellungnahme folgten Telegramme, Briefe und Vorsprachen von Mitgliedern des Centralvereins bei verschiedenen britisch- und amerikanisch-jüdischen und nichtjüdischen Entscheidungsträgern. Dazu zählten Politiker wie z.B. der Gouverneur und Ex-Gouverneur des Bundesstaates New York, Herbert Lehman und Al Smith. In all diesen Bekundungen protestierten die Vertreter des Centralvereins gegen die antideutschen Aussagen und Aktivitäten verschiedener Institutionen und bestritten, dass die Juden verfolgt würden. Der Centralverein war sich natürlich darüber im Klaren, dass das antideutsche Sentiment im Ausland die stereotypen antisemitischen Vorstellungen und die antijüdische Propaganda und Politik des NS-Regimes nur noch anheizen würde. Wie bereits in einem früheren Kapitel beschrieben, veranlasste die Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen alle jüdischen Organisationen dazu, vehement gegen die antideutschen Boykotte und Propaganda im Ausland zu protestieren. Ihrer Meinung nach waren alle öffentlichen Versuche, die deutsche Regierung wegen der Behandlung deutscher Juden unter Druck zu setzen, letzten Endes kontraproduktiv, selbst wenn die Bemühungen gut gemeint waren. Dieser Umstand trat klar zutage, als Hermann Göring die Vertreter der jüdischen Gemeinschaft im Frühjahr 1933 dazu zwang, die Misshandlung von deutschen Juden öffentlich zu bestreiten und gegen den antideutschen Wirtschaftsboykott aufzutreten. In den Stellungnahmen des Centralvereins werden immer wieder die Vaterlandsliebe deutscher Juden sowie ihre unzerreißbaren historischen,

55 USHMM: 11001M.31, 112, »Zusammenstellung der Schritte, die der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V. gegen die Greuelpropaganda des Auslandes unternommen hat« (Stellungnahme vom 24. März 1933).

kulturellen und spirituellen Bande zum deutschen Vaterland beteuert. Genau diese Äußerungen aber wollten die NS-Behörden von jüdischen Organisationen in Deutschland nicht hören. Wenn der Centralverein und die ZVfD gemeinsame Stellungnahmen abgaben oder wenn die ZVfD allein agierte, beschränkten sie sich auf Bitten, im Ausland keine antideutschen Proteste abzuhalten und wiesen darauf hin, dass Berichte von antijüdischer Verfolgung in Deutschland sehr übertrieben seien. In dieser Frage waren sich der Centralverein und die ZVfD anscheinend einig. Schließlich konnte keine der beiden Organisationen einen anderen Standpunkt vertreten.

Die Patriotismus- und Deutschtumsbeteuerungen des Centralvereins gingen in den Anfangsjahren des NS-Regimes im Allgemeinen mit begrenzten Versuchen, sich gegen antijüdische Maßnahmen der Partei und der Regierungsorgane zu wehren, Hand in Hand. Der Centralverein schickte in der Regel Vertreter zu Regierungsstellen, die sich für die Wahrung der Bürgerrechte der deutschen Juden und die Erhaltung einer Lebensgrundlage einsetzten.⁵⁶ Fast von Anfang an schrieb der Centralverein mit großer Zivilcourage Briefe, organisierte Zusammenkünfte und versuchte in einigen Fällen, gerichtliche Schritte einzuleiten. Trotz all dieser Bemühungen konnte die Organisation der rapiden Aushöhlung der Bürger- und Menschenrechte aller deutschen Juden keinen Einhalt gebieten. Im Dezember 1933 versicherte der Centralverein seinen Ortsgruppen im gesamten Reichsgebiet, dass er seine Rolle als Beschützer der Rechte der deutschen Juden weiterhin wahrnehmen werde, wie er es schon seit seiner Gründung getan hatte, und dass er »auch weiterhin jedem einzelnen deutschen Juden und allen Berufsschichten zur Verfügung stehen, um ihnen in ihren Sorgen eindringlich und sachkundig mit seinem Rat zur Seite zu stehen und sie durch Schritte bei den Behörden und Instanzen vertreten«⁵⁷ würde. Solange der Centralverein bei seiner Ansicht blieb, dass deutsche Juden aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft Deutsche waren und dass es für sie weiterhin in Deutschland eine Zukunft geben würde, versuchte er, seine Abwehrbemühungen fortzusetzen

56 Der Centralverein setzte sich besonders aktiv gegen die Belästigung von jüdischen Einzelpersonen zur Wehr sowie gegen die Ausschreitungen beim antijüdischen Wirtschaftsboykott, der auch nach dem 1. April 1933 weiterging. Siehe für die frühen Beispiele, in denen der CV eine Abwehr zu organisieren versuchte, die Dokumentensammlung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. USHMM: 11.001M.31, 101, 112 und 114.

57 USHMM: 11.001M.31, 112 [CV-Berlin] an die Landesverbände und Beamten des C.V., 20. Dezember 1933.

anstatt die Emigration zu propagieren. Diese Einstellung behielt er auch nach dem 30. Januar 1933 unter immer schwierigeren Bedingungen bei.

Von Anfang an stand der Centralverein aufgrund der zionistischen Initiativen und Aktivitäten in der jüdischen Gemeinschaft unter enormen Druck. Dies wurde noch durch die NS-Judenpolitik verstärkt, die die Stellung der Juden in der deutschen Gesellschaft stark unterminierte und einen riesigen Auswanderungsdruck auf die Juden ausübte. In der Folge zogen die NS-Behörden zionistische Institutionen und Aktivitäten allen anderen vor. Die Spannungen zwischen dem Centralverein und der ZVfD schienen sich damit noch zu verstärken, da die Zionisten davon überzeugt waren, dass die »Machtergreifung« Hitlers die Richtigkeit ihrer Philosophie bestärken würde und die Assimilation sinnlos sei. Deshalb sah sich die zionistische Bewegung auch in ihrem Drang bestätigt, die Führungsrolle in der jüdischen Gemeinschaft zu übernehmen. Berichte von Ortsgruppen des Centralvereins an die Zentrale in Berlin geben die Spannungen auf kommunaler Ebene eindrucksvoll wieder. Im Dezember 1934 beschwerte sich die Göppinger Ortsgruppe, dass die örtliche zionistische Vereinigung einen vom Centralverein organisierten Vortrag Alfred Hirschbergs gestört und Meldungen verbreitet habe, dass Hirschberg gegen die zionistische Arbeit in Palästina eintreten würde. Diese Anschuldigung wies die Göppinger CV-Ortsgruppe vehement zurück.⁵⁸ Hirschberg habe schriftliche Fragen aus dem Publikum beantwortet, wie z.B. ob die Ereignisse in Deutschland die reguläre Arbeit des Centralvereins sinnlos machen würden oder ob die Zukunft der jüdischen Jugend in Deutschland düster aussehen würde. Er gab seine Meinung kund, dass der vom Centralverein unterstützte Palästinaaufbau aufgrund seiner Größe, der begrenzten Aufnahmemöglichkeit und des Widerstandes der arabischen Mehrheit niemals eine realistische Lösung für die »Judenfrage« darstellen könne.

Wahrscheinlich zu Beginn des Jahres 1935 gab der Centralverein eine undatierte allgemeine Erklärung zu Palästina und der jüdischen nationalen Heimstätte ab. Sie trug den Titel *Materialien zur Palästinapolitik des C.V., vorgelegt von der Geschäftsleitung*. In diesem Dokument listeten die Verfasser alle Stellungnahmen des Centralvereins zu Zionismus, Palästina und einigen spezifischen politischen Fragen auf, die die Organisation seit dem Ende des Ersten Weltkrieges abgegeben hatte.⁵⁹ Dies

58 Vgl. USHMM: II.001M.31, 97, Ortsgruppe Göppingen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., 15. Dezember 1934.

59 USHMM:II.001M.31, 97, »Materialien zur Palästinapolitik des C.V., vorgelegt von der Geschäftsleitung« (undatiert).

schien die definitive Antwort des Centralvereins auf die vermeintliche zionistische Propaganda gegen den eigenen Verein zu sein. Der Centralverein reagierte damit auch auf zionistische Versuche, die Führung in der jüdischen Gemeinschaft Deutschlands an sich zu bringen. Im Bericht wurde zum Beispiel Eugen Fuchs, ein Mitbegründer des Centralvereins, zitiert, der 1918 geschrieben hatte, dass der CV »gegen die Palästina- und Ostjuden Politik der Zionisten nichts einzuwenden [hätte].«⁶⁰ Fast im selben Atemzug legte Fuchs aber auch fest: »Gegen das Palästinawerk hat der C.V. nichts einzuwenden, insofern als es eine grosse Siedlung für alle diejenigen darstellen soll, die sich nach Palästina hinsehen, und die in Palästina ihre Heimstätte zu finden hoffen. Als politisches und nationales Zentrum dagegen des jüdischen Volkes kann Palästina von dem C.V. nicht angesehen werden [...].«⁶¹ Fuchs bestätigte also die Ansicht des Centralvereins, dass eine Siedlung in Palästina eine annehmbare Lösung für das Problem einiger Juden sei, vor allem jener, die aus Osteuropa stammten. Die weiteren ideologischen Grundlagen des Zionismus, die die Juden als ein eigenes Volk definierten, welches unabhängig in Palästina existieren wolle, waren für den Centralverein jedoch inakzeptabel. In späteren Stellungnahmen traten Fuchs und andere für die jüdische nationale Heimstätte in Palästina ein, die einigen Juden als Zufluchtsort dienen könnte. Wie der Vorstand des Centralvereins jedoch 1921 bestätigt hatte, sollte die nationale Heimstätte als »grosses soziales Hilfswerk« und nicht als »Ziel der nationalen jüdischen Politik« unterstützt werden.

Der Konflikt zwischen dem Centralverein und der ZVfD hatte sich letztendlich aufgrund von ideologischen Unterschieden ergeben. Ihre theoretischen Positionen ließen sich nicht vereinen, selbst wenn sie aufgrund der NS-Judenpolitik am selben Strang zogen. Das tritt in der oben angeführten Zusammenfassung der Palästinapolitik des CV klar zutage. Diese schloss mit den sogenannten *Neun Thesen* zum Zionismus und Palästina ab. Der Großteil dieser Thesen bestätigte die Ansicht des Centralvereins, dass die Juden Deutschlands zuallererst Deutsche und hauptsächlich damit beschäftigt seien, für die Gleichberechtigung in Deutschland zu kämpfen. Die erste These fasste diese Stellungnahme wie folgt zusammen:

»Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V. bezweckt, die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um

60 Ebd.

61 Ebd.

sie in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung sowie in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken.«⁶²

Die dritte These stellte fest, dass deutsche Juden nur Deutschland als ihr Heimatland betrachteten und dass ihre Vaterlandsliebe nicht durch den antijüdischen Hass gemindert würde: »Die Liebe zum deutschen Vaterland kann durch keinerlei Verfolgungen und Beschimpfungen beeinträchtigt werden, weil sie nichts Äusserliches ist, sondern die tiefste Verbindung des Menschen mit seiner Heimat bedeutet.«⁶³ Es schien, als ob der Centralverein nochmals die große ideologische Kluft ansprechen wollte, als er seinen Glauben an eine deutsch-jüdische Symbiose zum Ausdruck brachte. In der fünften und sechsten These machte er einen Vorschlag, der für den Zionismus ein Problem darstellte: »Wir lieben unser Deutschtum und unser Judentum. Unsere ganze staatsbürgerliche Arbeit, erfüllt von dieser Liebe, zielt darauf, eine harmonische Entwicklung von Deutschtum und Judentum und ihrer Beziehungen zu einander zu fördern.«⁶⁴

Die letzten drei Thesen bestätigten die Entschlossenheit des Centralvereins, seine Abwehrtätigkeiten fortzusetzen, um die Bürgerrechte der Juden in Deutschland zu sichern. Außerdem wollte er seine christlichen Mitbürger davon überzeugen, dass Juden keine Fremden waren. In seinen Bemühungen, die Behörden und christlichen Nachbarn gewogen zu stimmen, verteidigte der Centralverein auch eine Art von Assimilation, in der es jedoch nicht unbedingt zu Mischehen kommen musste. Stattdessen trat der Centralverein dafür ein, dass Deutschtum und Judentum aneinander wachsen sollten, wobei das deutsche Judentum weiterhin eine separate Stellung einnehmen sollte.

Selbst nachdem der Centralverein 1936 widerwillig zugegeben hatte, dass das jüdische Leben in Deutschland einem Ende zulief und deutsche Juden keine andere Wahl hätten, als zu emigrieren, kritisierte er die vermeintlichen Bemühungen der ZVfD, den jüdischen Auswandererstrom ausschließlich nach Palästina und nicht zu anderen Zielen zu lenken.⁶⁵ Des Weiteren war der Centralverein gegen die zionistischen

62 Ebd.

63 Ebd.

64 Ebd.

65 Vgl. z.B. C.V.-Zeitung, 13. Oktober 1935. Die Bemühungen des Centralvereins, ein nichtzionistisches Umschulungszentrum 1936 in Groß-Breesen zu eröffnen, um junge Menschen auf die Auswanderung außerhalb Palästinas vorzubereiten, zeugt von dieser geänderten Einstellung.

Forderungen eingestellt, die Führung der deutsch-jüdischen Gemeinde zu übernehmen. Er weigerte sich, der ZVfD eine solche Rolle zuzugestehen, obwohl zwischen 1933 und 1935 eine ganze Reihe von antijüdischen Gesetzen erlassen worden waren, die den Prozess der jüdischen Emanzipation und Assimilation rückgängig gemacht hatten. Selbst im Frühjahr 1935 verurteilte der Centralverein noch vermeintliche Versuche der ZVfD, assimiliatorischen Organisationen die Kontrolle über jüdische Angelegenheiten in Deutschland zu entreißen, da diese angeblich seit langem den Ton angegeben hätten. Der Centralverein behauptete ferner, dieser Machtanspruch solle nur über einen Zwist in der zionistischen Bewegung selbst hinwegtäuschen. Die Kluft bestand zwischen der durch die ZVfD vertretenen Mehrheit und der revisionistischen Minderheit. Eine Meinung im Centralverein lief auf Folgendes hinaus: »Diese Situation, die selbstverständlich hier nur andeutungsweise dargestellt werden kann, veranlasst uns dazu, dem zionistischen Machtanspruch entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.«⁶⁶ In derselben Stellungnahme wurde auch darauf hingewiesen, dass der Centralverein versuche, den zionistischen »Machtanspruch« mit den übrigen auf deutschjüdischem Standpunkt stehenden Organisationen⁶⁷ zu diskutieren, wie z.B. dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Die Schlussbemerkung besagte, der Centralverein sei zwar immer bereit, mit anderen zusammenzuarbeiten, weise jedoch deren Anspruch auf eine Führungsposition zurück und werde sich weiterhin gegen »zionistische Vorstöße« wehren.

Erst mit den Nürnberger Gesetzen vom September 1935 erkannten einige Mitglieder des Centralvereins, dass ihr früheres Beharren auf Deutschtum und Abwehr gegen den Antisemitismus eine sinnlose Reaktion auf die Umwälzungen der vergangenen zwei Jahre gewesen war und die jüdische Emigration aus Deutschland unvermeidbar war. Sie untersuchten, wie sie mit den Zionisten zusammenarbeiten konnten, und betonten dabei, dass die ZVfD immer auf die Erhaltung der jüdischen Rechte und Sicherheit in Deutschland bis zum Abschluss des Emigrationsprozesses Wert gelegt habe. Obwohl der Centralverein die ZVfD dafür kritisierte, den »Burgfrieden« mit seinen scharfen verbalen Attacken auf den CV gebrochen zu haben, erinnerte er seine Ortsgruppen im April 1935 daran, dass die Zionisten immer für die politische Gleichstellung so-

66 Vgl. USHMM: II.001M.31, 183. Diese undatierte und anonyme Stellungnahme bezieht sich auf eine frühere, in der CV-Zeitung vom 9. Mai 1935 ausgedrückte Meinung, dass »zionistische Entschlüsse« aus der jüngsten Vergangenheit auf eine Führungsposition in jüdischen Angelegenheiten abzielten.

67 Ebd.

wie die wirtschaftliche und spirituelle Absicherung deutscher Juden einstanden, wie das die Zionisten in anderen demokratischen Ländern auch taten.⁶⁸ Im Frühjahr und Sommer 1935 begann die Führungsspitze des Centralvereins nicht nur von der Bedeutung des zionistischen Werks in Palästina, sondern auch von seiner Wichtigkeit für die deutschen Juden zu sprechen. Diese Aussagen riefen jedoch unter einigen Unterstützern des Centralvereins Besorgnis hervor. Sie glaubten, dass sich die Organisation von ihrem traditionellen Bezug zum Deutschtum entfernen würde, und kritisierten, dass ein unverhältnismäßig großer Anteil der jüdischen Ressourcen für zionistische Organisationen und Aktivitäten aufgewendet werde anstatt diese für die Arbeit der ihrer Meinung nach noch immer bestehenden nichtzionistischen Mehrheit in Deutschland zu benutzen.⁶⁹

Zwischen dem Centralverein und der ZVfD kam es folglich bis 1936 im Rahmen der Reichsvertretung zu einem Mindestmaß an Zusammenarbeit. Dem Centralverein war nichts Weiteres übrig geblieben als anzuerkennen, dass das jüdische Leben in Deutschland zu Ende gehen werde und die Emigration unvermeidbar war. Diese Einstellung machte sich besonders bei der Umschulung von hauptsächlich jüdischen Jugendlichen bemerkbar, die sich dadurch auf die Emigration vorbereiteten. Nachdem der Centralverein 1936 aufgrund der Nürnberger Gesetze dazu gezwungen war, seinen Namen auf Centralverein der Juden in Deutschland zu ändern, schien diese einstmals einflussreiche Organisation aufgrund des Verlustes ihrer ideologischen Basis und ihrer Suche nach einem neuen Daseinsgrund an Bedeutung zu verlieren. Bis zum Ende des Jahres 1936 konzentrierte sich der Centralverein bei seinen Veranstaltungen hauptsächlich auf Themen, die auf irgendeine Weise mit der Emigration und besonders mit Fragen der beruflichen Umschulung und Palästina in Zusammenhang standen.⁷⁰

Dieser Umstand tritt auch in einer undatierten Zusammenfassung des Centralvereins (wohl aus dem Jahre 1936) über seine neue Stellung in

68 USHMM: 11.001M.31, 97, »Ortsgruppenrundbriefe des C.V., hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, e.V.«, 15. April 1935.

69 Vgl. z.B. den Brief des nichtzionistischen Bundes Deutsch-Jüdischer Jugend in Berlin an den Präsidenten des Centralvereins, Julius Brodnitz, vom 29. Juni 1935 in USHMM: 11.001M.31, 190, Bund Deutsch-Jüdischer Jugend, Die Bundesleitung, an Herrn Justizrat Brodnitz, 29. Juni 1936.

70 Vgl. z.B. USHMM: 11.001M.31, 99, »Hirschberg an die Landesverbände bzw. Beamten des C.V.« (undatiert). Das Memorandum bezieht sich auf Zusammenkünfte und andere Veranstaltungen der Landesverbände des Centralvereins, die im Herbst 1936 stattfanden.

Deutschland seit der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze im September 1935 zutage.⁷¹ Dabei finden sich nicht wie gewöhnlich die Bezüge auf die deutsch-jüdische Symbiose, die Vaterlandsliebe der CV-Mitglieder oder auf ihre Rechte als deutsche Staatsbürger. Der Centralverein bekundete stattdessen seine Suche nach neuen Werten. Dieses Dokument führt zudem an, dass der Centralverein die führende jüdische Organisation in Deutschland sein müsse, »welche in Deutschland den jüdischen Menschen eine geschichtsbewusste Haltung gibt, die sie ihr Schicksal ertragen lässt aus dem Bewusstsein der geistigen Zusammengehörigkeit der jüdischen Menschen. Diese Haltung wird im allgemeinen als die der Nichtzionisten bezeichnet.«⁷² Das Dokument hebt auch hervor, dass junge Nichtzionisten sich den Zionisten gleichgestellt und nicht minderwertig fühlen sollten. Dieses Schreiben deutet auch darauf hin, dass sich der Centralverein keine besonderen Gedanken zum zionistischen Führungsanspruch, machte und behauptete: »Der Centralverein ist die legitime zentrale Vertretung des nichtzionistischen Sektors der jüdischen Arbeit in Deutschland.«⁷³ Die vorherrschenden Bedingungen hatten den Centralverein so weit gebracht, dass er seine Mitglieder und Mission nicht anhand positiver, sondern negativer Attribute definierte, d.h. also nicht als deutsche oder nationale, sondern als nichtzionistische Juden.

Das Verhältnis zwischen der ZVfD und dem nichtzionistischen Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) war ebenfalls von Konflikten und einer nicht immer problemlosen Zusammenarbeit geprägt. Der Reichsbund war von Leo Löwenstein im Jahre 1919 gegründet worden und vertrat patriotische Kriegsveteranen, die an militärischen Traditionen festhielten. Sie wollten den Antisemitismus bekämpfen, die gefallenen jüdischen Soldaten ehren und die körperliche Ertüchtigung und allgemeine Kameradschaft unter ihren Mitgliedern pflegen. Bis Mitte der dreißiger Jahre zählte der Reichsbund ca. 30.000 Mitglieder, die in 16 Landesverbänden und 350 Ortsgruppen organisiert waren. Die neue Situation in Deutschland nach 1933 brachte den Reichsbund ebenfalls in Konflikt mit den Zionisten. Dieser Konflikt basierte auf der Feindseligkeit, die bereits seit dem späten 19. Jahrhundert zwischen Zionisten und »Assimilanten« bestanden hatte.⁷⁴

71 USHMM: 11.001M.31, 99, »Über die jüdische Arbeit des jüdischen Centralvereins« (undatiert).

72 Ebd.

73 Ebd.

74 Siehe zur Geschichte des RjF Ulrich Dunker, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938: Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Düsseldorf 1977.

Einige Mitglieder des Centralvereins vertraten die Ansicht, dass osteuropäische Juden und andere jüdische Flüchtlinge von der zionistischen Arbeit in Palästina profitieren würden. Sie lehnten den Zionismus jedoch als belanglos für das normale Leben deutscher Juden ab. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten verhielt sich zu internen jüdischen Angelegenheiten vor Januar 1933 neutral und gab sich im Allgemeinen damit zufrieden, darauf hinzuweisen, welche großen Opfer deutsch-jüdische Veteranen im Ersten Weltkrieg gebracht hätten. Nach 1933 sah er sich jedoch dazu gezwungen, eine politische Rolle im jüdischen Leben Deutschlands zu spielen. Obwohl der Reichsbund die zionistischen Bemühungen unterstützte, für eine kleine Anzahl von Juden in Palästina einen Schutzort zu finden, sah er keinen Grund dafür, wieso deutsch-jüdische Organisationen zu einer selbständigen jüdischen Nation im Ausland beitragen sollten.⁷⁵ Da der Reichsbund 1933 seine einstige politische Neutralität in jüdischen Angelegenheiten aufgab, stand er im Konflikt zur ZVfD, da beide Organisationen auf verschiedene Weise auf den NS-Staat reagierten.⁷⁶

Im Juli 1934 verfasste Leo Löwenstein, Vorsitzender und Gründer des Reichsbundes, einen langen Bericht über die Beziehung seiner Organisation zum deutschen Zionismus.⁷⁷ Er trug den Titel *Zionisten und R.J.F., insbesondere ihre Mitarbeit in der Reichsvertretung der deutschen Juden*. Löwenstein beschrieb darin den noch immer schwelenden Konflikt zwischen dem RjF und der ZVfD. Er verurteilte die jüngsten zionistischen Bemühungen, den RjF in der *Jüdischen Rundschau* in Verruf zu bringen, und beklagte sich über die Unfähigkeit der Reichsvertretung, diesen Versuchen Einhalt zu gebieten. In diesem Bericht beschrieb Löwenstein auch die ideologischen Unterschiede zwischen dem RjF und der ZVfD. Er ging vor allem darauf ein, dass die ZVfD glaubte, dass die Juden ein eigenes Volk mit einem eigenen Volkstum seien und unter anderen Völkern lebten. Dieses Volk sollte laut der ZVfD seine eigenen nationalpolitischen Ziele in Palästina verfolgen. Löwenstein konstatierte: »Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten lehnt eine politisch-nationale Gemeinschaftsbildung ab.«⁷⁸ Der RjF bestätigte seine »über ein Jahrtausend alte Gefühlsbildung an die deutsche Heimat« und wies gleichzeitig die zionistischen Grundargumente zurück. Löwenstein stellte fest, dass der

75 Vgl. z.B. Der Schild, 1. Juni 1934.

76 Vgl. Boas, German-Jewish Internal Politics, S. 10 f.

77 CZA: A142/47/7, »Zionisten und R.J.F., insbesondere ihre Mitarbeit in der Reichsvertretung der deutschen Juden«, von Leo Löwenstein, 23. Juli 1934.

78 Ebd.

RjF »sich dafür ein[setzen würde], dass die deutschen Juden aus dieser Tatsache die innere Kraft zur Überwindung ihrer Lage gewinnen.«⁷⁹ Obwohl Löwenstein die Entschlossenheit seiner Organisation beschrieb, trotz allem 1933 mit der ZVfD und dem Centralverein bei der Gründung der Reichsvertretung zusammenzuarbeiten, um eine geeinte jüdische Reaktion auf die geänderten Bedingungen im deutsch-jüdischen Leben zu definieren, war sich der RjF mit der ZVfD nicht einig, wie diese Reaktion aussehen sollte. Wie der Centralverein sah Löwenstein Palästina als einen Zufluchtsort für eine sehr kleine Gruppe von verfolgten und religiösen Juden aus dem Osten. Daraus folgend, brachte er ähnliche Beschwerden wie der Centralverein vor, als er sich der Tatsache widersetzte, dass ein immer größerer Anteil der schwindenden Ressourcen der jüdischen Gemeinschaft für zionistische Aktivitäten und ihr Werk in Deutschland genutzt werden sollte.

Diese ideologische Kluft innerhalb der deutschen Juden war nichts Neues. Aufgrund der »neuen Ordnung« der Nationalsozialisten und der prekären Situation, in der sich deutsche Juden nach 1933 befanden, führten die Spannungen zwischen den Zionisten und den »Assimilanten« zu weiteren Gefahren. In diesem Klima waren schließlich alle Juden Zielscheibe nationalsozialistischer Verfolgung. Im Hinblick auf die Zukunft verfolgte der RjF bestimmte Ziele. Leo Löwenstein definierte diese in einer zu einem früheren Zeitpunkt in Köln gehaltenen Rede, auf die er in seinem Bericht vom Juli 1934 zurückgriff:

»Ehrenhafte Regelung und Befriedung unseres Verhältnisses in unserer deutschen Heimat und zu unserer deutschen Volke im Rahmen des heutigen nationalen deutschen Staates. Erziehung unserer jungen Generation zu dieser Auffassung, besonders auch durch Arbeitsdienst und wahrhafter körperlicher Ertüchtigung. Ablehnung jeglicher politischer Ziele jenseits der deutschen Grenzen und aller Bestrebungen, die uns aus der deutschen Nation hinausführen wollen, wie nationale Minorität und dergl. Seit Generationen und auf Generationen verwurzelt mit unserer deutschen Heimat sowie unseren Pflichten und unseren Rechten, die sie uns gab, im stolzen Bekenntnis zu jüdischem Stamm und Glauben.«⁸⁰

Dieser Bericht brachte das Gefühl zum Ausdruck, dass viele Juden in Deutschland verbleiben wollten. Es entsprach jedoch nicht der Politik und den Zielen des NS-Staates. Die Tatsache, dass die deutsch-nationale

79 Ebd.

80 Ebd.

Einstellung unter Juden in Deutschland weiterhin bestand, erschwerte zeitweise die Arbeit der Zionisten. Das NS-Regime war sich dieser deutschnationalen jüdischen Gefühle bewusst. Da die Nationalsozialisten an die Existenz einer monolithischen jüdischen Weltverschwörung glaubten, gingen sie auch z.T. auf Distanz zur zionistischen Sache, verdächtigten zeitweise auch die Zionisten, solche Gefühle zu hegen und betrachteten sie als Teil einer gesamtjüdischen Bemühung, die Politik des Regimes zu durchkreuzen und verantwortlich für das langsame und mühselige Fortschreiten der jüdischen Emigration. Dies trug indirekt zu den viel härteren Maßnahmen des Jahres 1938 bei. Zu diesen Maßnahmen gehörte die Auflösung aller deutsch-jüdischen Organisationen einschließlich der ZVfD und ihren Hilfsorganisationen.⁸¹

Ein besonderer Konflikt ergab sich zwischen der ZVfD und dem RjF, da einige Zionisten Kriegsveteranen waren und deshalb beiden Organisationen angehörten. Im Juni 1934 entschied die ZVfD, Mitglieder auszuschließen, wenn sie weiterhin im RjF verblieben. Diese Entscheidung wurde damit begründet, dass der RjF in politischen und religiösen Angelegenheiten sich nach Meinung der ZVfD nicht mehr neutral verhielt und in jüngster Vergangenheit einem »Führerprinzip« gefolgt war, um eine Art Leitung in jüdischen Angelegenheiten zu übernehmen. In den Augen der ZVfD hatte er sich in einen »antizionistischen Kampfbund« verwandelt. Die ZVfD zitierte Artikel in der Zeitung des RjF *Der Schild* sowie Reden, die Löwenstein und andere Führungspersonlichkeiten des RjF in jüngster Vergangenheit gehalten hatten. Die ZVfD kritisierte falsche Informationen, die der RjF angeblich über den Zionismus, seine Geschichte, Philosophie und Aktivitäten verbreitet habe, und verurteilte die Organisation dafür, dass sie den inner-jüdischen Frieden in einer für alle Juden schwierigen Zeit gefährden würde. Aus diesem Grund legte die ZVfD ihren Mitgliedern den Austritt aus dem RjF nahe: »Die

81 Die Polizei brachte zum Beispiel ihre Besorgnis zum Ausdruck, dass assimilatorische Tendenzen unter den Juden in Deutschland zu Beginn des Jahres 1935 festzustellen waren. In einem Bericht an alle deutschen Staatspolizeistellen vom 10. Februar stellte Reinhard Heydrich fest: »In letzter Zeit mehrt sich die Zahl der Vorträge in jüdischen Organisationen, in denen Propaganda für das Verbleiben in Deutschland getrieben wird. Da ohnehin die Versammlungstätigkeit der Juden derart rege ist, dass eine ordnungsgemäße Überwachung nicht gewährleistet ist, ordne ich mit sofortiger Wirkung an, dass sämtliche jüdischen Versammlungen, soweit in ihnen Propaganda für das Verbleiben in Deutschland gemacht werden soll, bis auf weiteres zu verbieten sind.« Vgl. BArch: R58, 276, Geheimes Staatspolizeiamt an alle Staatspolizeistellen, II 1 B2-60934/J.191/35, 10. Februar 1935.

Zionistische Vereinigung kann aber nicht dulden, daß Mitglieder der ZVfD einem Verband angehören, der eine bewußte und beabsichtigte Kampfstellung gegen den deutschen Zionismus einnimmt.«⁸² In einem Protestschreiben an die Reichsvertretung vom 13. Juni 1934 und einem Leitartikel in seiner Zeitung *Der Schild* vom 15. Juni wies der RjF diese Anschuldigungen und die Empfehlung zum Austritt vehement zurück. Er kritisierte die Reichsvertretung außerdem dafür, dass sie bei diesem Konflikt nicht eingeschritten war. Die einzig mögliche Reaktion der Reichsvertretung war jedoch, dass sie beide Seiten sowie die Chefredakteure der jeweiligen Zeitungen bat, zu ihrem früheren Burgfrieden zurückzukehren und ihren öffentlichen Konflikt einzustellen, da dieser letztendlich allen deutschen Juden schade.⁸³

Der offene Konflikt zwischen der ZVfD und dem RjF, in dem die Reichsvertretung zu vermitteln versuchte, setzte sich bis zum Frühjahr 1937 fort. Danach sah sich der RjF aufgrund der Ereignisse in Deutschland dazu gezwungen, seine größtenteils kritische Einstellung gegenüber der zionistischen Arbeit in Palästina zu revidieren und eine positivere anzunehmen. In einem Brief an die Mitglieder ihres Landesvorstandes vom 26. April 1937 konnte die ZVfD berichten:

»Wie Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein wird, hat sich die Stellungnahme des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten zu den Fragen des Palästina-Aufbaus in der letzten Zeit gewandelt. Sein Organ *Der Schild* hat von jeder aggressiven Note gegen den Zionismus schon seit geraumer Zeit abgesehen und den Fragen des Palästina-Aufbaus, wenn auch unter gewissen, dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten nahe liegenden Gesichtspunkten, sein Interesse zugewandt.«⁸⁴

Hier versuchte die ZVfD, Zustimmung für einen Abkommensentwurf zwischen der ZVfD und dem RjF einzuholen, in dem die folgenden Punkte festgelegt wurden: Der RjF willigte ein, dass alle jüdischen Kriegsveteranen in seiner Organisation ungeachtet ihrer politischen und religiösen Ansichten willkommen sein würden. Die ZVfD nahm ihre

82 *Jüdische Rundschau*, 12. Juni 1934.

83 Vgl. CZA: A142/47/7, Reichsvertretung der Deutschen Juden an den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und die Zionistische Vereinigung für Deutschland, 5. August 1934; Reichsvertretung der Deutschen Juden an den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und die Zionistische Vereinigung für Deutschland, 9. August 1934.

84 CZA: A142/47/7, ZVfD, Berlin, an die Mitglieder des Landesvorstandes der ZVfD, Betr. Verhältnis der ZVfD zum Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, 26. April 1937.

Erklärung vom 6. Juni 1934 zurück, laut der sich eine Mitgliedschaft in der ZVfD nicht mit einer Zugehörigkeit zum RjF vereinen ließ, und der RjF erkannte die positiven Aspekte der zionistischen Arbeit in Palästina an. Beide Organisationen bekannnten sich damit zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit.⁸⁵

Die Kluft zwischen der ZVfD und den »Rivalen« verkleinerte sich bis zum Sommer 1937. Dies geschah hauptsächlich aufgrund der Tatsache, dass der Centralverein und der RjF in einem von den Nationalsozialisten vorgegebenen Klima, in dem der Zionismus als einzige Lösung akzeptiert wurde, an Bedeutung verloren. Zweifelsohne unterhielt die ZVfD jedoch zu den neu formierten revisionistischen Zionisten in Deutschland (ab 1934) die wohl problematischste Beziehung. Dieser Konflikt brachte die größten Gefahren mit sich und wird im nächsten Kapitel genauer beleuchtet.

Zerfall und Isolierung

Die Willkür und Brutalität der Nationalsozialisten, mit denen die Juden ab 1933 konfrontiert waren, machten nicht vor den Zionisten halt. Sie waren weder von den immer weiter um sich greifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Repressalien noch von der früh einsetzenden Gewalt ausgenommen. Zionisten wurden dazu gezwungen, unter Bedingungen zu arbeiten, die von einem abgrundtiefen, von öffentlicher Stelle sanktionierten Hass gekennzeichnet waren. Dieses Klima wirkte sich auf die zionistische Arbeit nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler im Januar 1933 negativ aus. Die Hashomer Hatzair, eine sozialistisch-zionistische Jugendbewegung, berichtete, wie die antijüdische Propaganda und politischen Maßnahmen der Regierung ihre Arbeit in Deutschland negativ beeinflussten. Ein Mitglied stellte in einem Brief aus Kopenhagen im Mai fest: »Obwohl wir in unserer Arbeit noch nicht direkt behindert sind, ist es klar, dass wir uns nicht in einer Weise verhalten können, die unseren Zielen am zuträglichsten wäre. Wir müssen uns deshalb jeden Tag um unsere Arbeit ängstigen.«⁸⁶

85 CZA: A142/47-7, »Zwischen dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland ist folgende Abmachung getroffen worden«, April 1937.

86 Vgl. Jehuda Reinharz, Hashomer Hazair in Germany II: Under the Shadow of the Swastika, 1933-1938, in: Leo Baeck Institute Yearbook 32 (1987), S. 194.

Der in der jüdischen Gemeinschaft Deutschlands neu erstarkte Zionismus und die zionistische Philosophie brachten nach Jahrzehnten relativer Schwäche auch zusätzliche Probleme mit sich, die die Zionisten an der Arbeit hinderten. Die ZVfD stellte fest, dass sich die Anzahl ihrer Mitglieder deutlich vergrößert hatte und sie eine führende Rolle in der Reichsvertretung der deutschen Juden spielte, doch beklagte sie sich auch über die natürlichen Folgen dieses Wachstums und der sich intensivierenden antijüdischen Maßnahmen des Regimes.⁸⁷ Ein solches Problem war der Verlust von erfahrenen zionistischen Führungspersönlichkeiten und Aktivisten, von denen ab 1933 immer mehr aus Deutschland nach Palästina ausgewandert waren. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als man sie in Deutschland mehr denn je gebraucht hätte, um das plötzliche Wachstum der zionistischen Bewegung zu bewältigen. 1933 emigrierten namhafte Vertreter der zionistischen Bewegung wie Kurt Blumenfeld und Georg Landauer nach Palästina. Martin Rosenblüth ging nach England. Die ZVfD beschrieb dieses Problem in einem Rundschreiben an alle Ortsgruppen in Deutschland im Februar 1934 folgendermaßen:

»Die Gefahr dieser raschen Vorwärtsentwicklung auf zahlreichen Gebieten darf nicht verkannt werden. Die Kerngruppe des deutschen Zionismus ist durch die Abwanderung sehr stark zusammengeschmolzen. Demgegenüber steht eine sehr starke Peripherie, die nicht genügend zionistisch geprägt ist [...]. Die Organisation, so gross sie geworden ist, befindet sich heute in einem amorphen Zustand. Unsere Hauptaufgabe wird es weiter sein, neue Menschen für die Führung unserer Ortsgruppen zu gewinnen. Nur wenn die Bildung einer neuen ›Elite‹ gelingt, kann eine durchgreifende zionistische Erziehung und eine Neuformierung unserer Organisation Erfolg haben.«⁸⁸

Diese Schwierigkeiten vergrößerten sich im Laufe des Jahrzehnts, da immer mehr erfahrene zionistische Aktivisten emigrierten. Benno Cohn, der Präsident der ZVfD, wandte sich im Mai 1934 an alle Ortsgruppen, um dem wachsenden Führungsvakuum durch den Aufbau einer neuen, aus vielen Jungmitgliedern rekrutierten Elite zu begegnen.⁸⁹ Er forderte eine spezielle Schulung für Vertreter aus örtlichen zionistischen Organi-

87 Vgl. z.B. CZA: S7/93, Zionistische Vereinigung für Deutschland an die Zionischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 24. Oktober 1933.

88 CZA: L13/138, Zionistische Vereinigung für Deutschland an die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 8. Februar 1934.

89 CZA: S7/93, ZVfD, Berlin an alle Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften, 29. Mai 1934.

sationen, die sich durch ihre Arbeit besonders hervorgetan hatten. Diese sollten in Sommerlagern in ganz Deutschland ausgebildet werden. Im November 1935 bereitete sich die ZVfD auf ihren ersten landesweiten Delegiertentag in mehr als drei Jahren vor. Sie berichtete der Gestapo, dass eines ihrer größten Probleme bei der Vorbereitung des Kongresses der Mangel an erfahrenem Führungspersonal sei.⁹⁰ Die erfolgreiche Anwerbung von neuen Mitgliedern, die Ausweitung ihrer Aktivitäten und Verantwortungsbereiche sowie die dramatisch angestiegene jüdische Emigration hinderten die ZVfD daran, wirksame Arbeit zu leisten. Die Organisation wurde dadurch auch von Besuchen namhafter Zionisten aus Palästina abhängig, die die Polizeibehörden nach 1935 nur noch ungern zuließen.⁹¹ Einen Monat später sandte Robert Weltsch (Abb. 8), der Chefredakteur der *Jüdischen Rundschau*, von Berlin einen Brief an Kurt Blumenfeld (Jerusalem), in dem er sein Bedauern zu folgendem Umstand ausdrückte:

»Die völlige Entblössung von leitenden zionistischen Personen wirkt sich sehr übel aus. Die Frage, ob die neue Generation und die Neuzionisten überhaupt in die Arbeit hereinwachsen können, ist völlig ungeklärt. Ich bezweifle das. Jedenfalls wird die Tradition gebrochen sein, und auch die Kenntnisse können sich die Leute niemals erwerben. Wir müssen also damit rechnen, dass die ganze Bewegung sehr bald ein völlig neues Gesicht bekommt.«⁹²

Kurz nachdem am 26. April 1938 den Juden zwingend vorgeschrieben wurde, ihren Besitz in Deutschland und im Ausland amtlich zu registrieren, berichtete die ZVfD (Berlin) im Mai, dass sich eine ungewöhnlich große Anzahl von Juden beim Palästinaamt der Jewish Agency in Berlin eingefunden hatte und diesen potentiellen Emigranten aufgrund

90 USHMM: 11.001M.01, 17-23, ZVfD, Berlin an das Geheime Staatspolizeiamt, Berlin, 22. November 1935.

91 Die ZVfD bat die Gestapo, Kurt Blumenfeld und Georg Landauer, zwei deutschzionistische Führungspersönlichkeiten, die 1933 nach Palästina emigriert waren, an dem für Februar 1936 in Deutschland anberaumten Delegiertentag teilnehmen zu lassen. Die Polizeibehörden wehrten sich gegen die Vorstellung, Juden die Rückkehr nach Deutschland zu erlauben, und betrachteten die angeblichen linkspolitischen und marxistischen »Neigungen« der zionistischen Bewegung mit Argwohn. Letzten Endes gestatteten sie jedoch offiziellen Vertretern der zionistischen Bewegung solche Besuche in Deutschland. Vgl. USHMM: 11.001M.01, II. I. B. 2. Bericht, 16. Dezember 1935.

92 CZA: A222/98, Robert Weltsch, Berlin, an Kurt Blumenfeld, Jerusalem, 6. Dezember 1935.

von Personal- und Ressourcenmangel unmöglich geholfen werden konnte.⁹³ Dieses Problem wurde nach der »Kris-tallnacht« im November 1938 besonders akut, wie Benno Cohn, der Präsident der ZVfD, in einem Brief aus Berlin an Georg Landauer (Jerusalem) feststellte: »Sehr schwierig sind wieder die Personalien der leitenden Menschen. Alles will zur Zeit weggehen, und man kann kaum die Verantwortung übernehmen, sich dem entgegenzusetzen.«⁹⁴

Die Vertreibung jüdischer Lehrer aus deutschen Schulen hatte anfangs zu einer Lehrerschwemme geführt. Sie alle standen zur Verfügung, um in jüdischen Schulen in den frühen Jahren des NS-Regimes zu unterrichten. Bis zum Ende des Jahrzehnts litten die jüdischen Schulen jedoch an einem deutlichen Lehrermangel, da mehr und mehr jüdische Lehrer ins Exil gegangen waren. In Leipzig zum Beispiel sank das Lehrer-Schüler-Verhältnis bis Ende des Schuljahres 1939 von ursprünglich 38 auf 6 Lehrer pro 400 Schüler.⁹⁵ Im Juli 1939 schlug die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die der Reichsvertretung nachfolgte, sogar vor, dass die deutschen Behörden jüdischen Lehrern zeitweise verbieten sollten, aus Deutschland zu emigrieren, zumindest bis die Anzahl jüdischer Schüler durch die Emigration weiter geschrumpft sei. Die Gestapo diskutierte diesen Vorschlag, wies ihn aber zurück, da sie sich nicht vor-

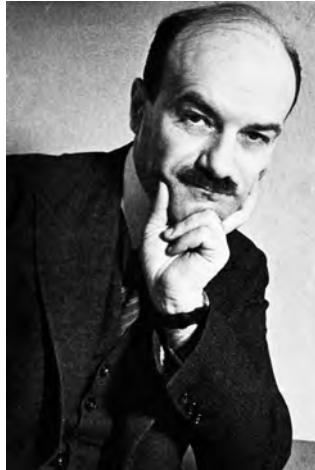


Abb. 8: Robert Weltsch, von 1919 bis 1938 Redakteur der Jüdischen Rundschau, im Jahr 1935.

- 93 CZA: S7/689, Martin Rosenblüth an Werner Senator, London, 6. Mai 1938. Rosenblüth berichtete über ein Gespräch, das er am selben Tag zu einer früheren Stunde mit Walter Tempel geführt hatte, der vormals dem Palästinaamt angehörte und gerade von Berlin nach London zurückgekehrt war. Tempel berichtete auch, dass der Personal-mangel noch durch die Beschränkungen verstärkt wurde, die die Behörden ausländischen Juden auferlegten, die nach Deutschland einreisten, um jüdischen Organisationen beizustehen.
- 94 CZA: S7/902, Benno Cohn, Berlin, an Georg Landauer, Jerusalem, 22. November 1938.
- 95 USHMM: 11.001M.01, 4-305, Der Sicherheitsdienst der RFSS an das SD-Hauptamt, Abt. II 112, 21. Mai 1939.

stellen konnte, Juden die Auswanderung aus Deutschland zu verbieten.⁹⁶ Die Gestapo argumentierte, dass ein örtlich auftretender Personalmangel in jüdischen Schulen auf eine bestimmte Zeit bewältigt werden und sich dieses Problem bald lösen würde, da die deutschen Behörden und die Reichsvereinigung Juden jungen Alters die Auswanderung nahelegten.

Aus den sich ständig verschlechternden Bedingungen im jüdischen Leben in Deutschland erwachsen während der dreißiger Jahre noch andere Probleme für die Arbeit der ZVfD. Jüdische Führungspersönlichkeiten wurden z.B. von den Behörden in den dreißiger Jahren in regelmäßigen Abständen verhaftet. Dies schloss namhafte Mitglieder der ZVfD sowie Vertreter nichtzionistischer Organisationen mit ein. Als Martin Rosenblüth Anfang Oktober 1936 vom Londoner Büro des Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine die Freilassung der Zionisten Franz Meyer und Benno Cohn Anfang Oktober 1936 vermeldete, stellte er frustriert fest, dass er sich niemals sicher war, was die Behörden zu so einem Schritt bewegte. Schließlich hatten die Zionisten mit den Behörden bei der Abfassung des Ha'avara-Transfer-Abkommens und der allgemeinen Emigrationspolitik zusammengearbeitet.⁹⁷ Außerdem wurden während der »Kristallnacht« im November 1938 gemeinsam mit tausenden anderen Juden Vertreter von zionistischen Organisationen sowie Kontakteute des Palästinaamts in Berlin festgenommen, jedoch von der Polizei kurz danach wieder frei gelassen, damit sie ihr Büro öffnen und die jüdische Emigration nach Palästina weiter in die Wege leiten konnten.⁹⁸

Die Isolation der zionistischen Bewegung trat nach 1936 als weiteres Problem in den Vordergrund. Der Kontakt zwischen der ZVfD und der Jewish Agency in London und Jerusalem wurde immer sporadischer und schwieriger aufrechtzuerhalten. Die Polizei überwachte die ZVfD wie

96 Ebd., Der Chef der Sicherheitspolizei Berlin an das Sicherheitshauptamt RFSS, 10. Juli 1939.

97 CZA: S7/493, Martin Rosenblüth, London, an Nahum Goldmann, Paris, 6. Oktober 1936. Das Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine wurde von der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency for Palestine beim 18. Zionistischen Kongress in Prag gegründet. Dieser fand von August bis September 1933 statt. Das Zentralbüro unterhielt Büros in London und Jerusalem.

98 Vgl. IfZ: Akten des Eichmannprozesses-Beweisdokumente, Nr. 742, Interview mit Dr. Kurt Jacob Ball-Kaduri von Hans Friedenthal, März 1957. Auf die Jugend-Aliyah-Bewegung wird im 7. Kapitel eingegangen. Sie ging auch nach der »Kristallnacht« weiter. Vgl. Brian Amkraut, *Between Home and Homeland: Youth Aliyah from Nazi Germany*, Tuscaloosa 2006, S. 110.

alle anderen jüdischen Organisationen in Deutschland nach 1935 ständig. Jede Korrespondenz mit der Außenwelt stellte somit eine mögliche Gefahrenquelle dar. Im Oktober 1936 beklagte sich die ZVfD bei der Exekutive der Jewish Agency for Palestine in Jerusalem, dass die deutsche zionistische Bewegung vom Informationsfluss gänzlich abgeschnitten sei und nicht wisse, was in Palästina und in der internationalen zionistischen Bewegung vor sich gehe. Das beeinträchtige die Wirksamkeit der zionistischen Arbeit in Deutschland.⁹⁹ Im Jahr 1937 beschwerte sich die ZVfD wiederum bei der Jewish Agency, dass die meisten ihrer Veröffentlichungen nur in englischer und hebräischer Sprache und nicht mehr auf Deutsch erhältlich seien. Die ZVfD meinte, dass dies nicht praktisch sei, da Millionen von Juden in Mittel- und sogar Osteuropa des Deutschen mächtig seien, jedoch nicht Englisch oder Hebräisch sprächen.¹⁰⁰ Im Juli 1938 schrieb Franz Meyer von der ZVfD an die Exekutive der Jewish Agency in London: »Mit besonderem Bedauern muss ich erneut feststellen, wie mangelhaft der Kontakt zwischen Ihnen und den in Deutschland arbeitenden Zionisten ist.«¹⁰¹ Meyer beklagte sich zudem über die Tatsache, dass die Meinung der ZVfD für das offizielle, bei der internationalen Flüchtlingskonferenz von Evian-les-Bains (1938) abgegebene Memorandum der Jewish Agency for Palestine nicht eingeholt wurde. In einem später abgefassten Brief an das Büro der Jewish Agency in London ging Meyer noch einmal darauf ein, dass die ZVfD über ihre Isolierung von der internationalen zionistischen Bewegung besorgt war. Nachdem er zum Ausdruck gebracht hatte, wie problematisch die Kommunikation zwischen dem NS-Staat und der Außenwelt sei, betonte er: »Ich bitte Sie wirklich sehr, in Zukunft dafür zu sorgen, dass trotz der bestehenden Hindernisse nicht verabsäumt wird, alles erforderliche Material hierher gelangen zu lassen.«¹⁰²

Angesichts der NS-Judenpolitik bis Ende 1938 und dem nachfolgenden Emigrantenstrom wurde eine wirksame zionistische Arbeit in Deutschland kaum noch möglich. Die antisemitische Einstellung des Regimes, sein abgrundtiefer Judenhass und die durch diese Gefühle ausgelösten

99 CZA: S5/2194, ZVfD, Berlin, an die Executive der Jewish Agency for Palestine, Jerusalem, 13. Oktober 1936.

100 CZA: S5/432, ZVfD, Berlin, an Organisations-Department der Jewish Agency for Palestine, Jerusalem, 1. Dezember 1937.

101 CZA: S5/432, Franz Meyer, Berlin, an das Büro der Exekutive der Jewish Agency for Palestine, London, 13. Juli 1938.

102 CZA: S5/432, Franz Meyer, Berlin, an die Jewish Agency for Palestine, London, 29. Juli 1938.

politischen Maßnahmen schufen keine Bedingungen, unter denen die zionistische Bewegung ihren neu erworbenen Einfluss innerhalb der jüdischen Gemeinschaft effektiv nutzen konnte. Dazu wäre eine Fortsetzung der rechtlichen Gleichstellung vonnöten gewesen. Vor allem hätten das jüdische wirtschaftliche Engagement und der Besitz dieser Bevölkerungsgruppe bis zu ihrer Emigration gesichert werden müssen. Stattdessen wurden Juden wirtschaftlich ausgebeutet, was ihre Auswanderung deutlich erschwerte. Dieses Resultat hatten sich die Zionisten von ihrem Kontakt mit dem Antisemitismus nicht erhofft. Als Herzl von einer »modernen Lösung der Judenfrage« sprach und dies sogar zum Untertitel seines Buches *Der Judenstaat* machte, war ihm so eine Situation wahrscheinlich ebenfalls nicht in den Sinn gekommen. Wenn das Regime andererseits annehmbare Bedingungen geschaffen hätte, wären deutsche Juden weniger zur Emigration bereit gewesen, was die Zionisten schon lange verurteilt hatten.

Die brutale Verfolgung durch die Nationalsozialisten veranlasste die meisten Juden, sich bis 1939 um eine Auswanderungsmöglichkeit zu kümmern. Gleichzeitig wurde dies jedoch immer schwieriger. Georg Landauer, der vor seiner Emigration im Jahre 1933 als Generalsekretär der ZVfD in Berlin sowie ab seiner Ankunft in Palästina als Direktor des Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine in Jerusalem amtierte, besuchte Berlin und Prag im Februar 1939, um die zionistischen Bemühungen und den Emigrationsprozess aus Deutschland und der Tschechoslowakei zu bewerten. In einem langen Brief vom 17. Februar 1939 an Arthur Ruppin, seinen Kollegen im Central Bureau in Jerusalem, beschrieb Landauer die Situation der Juden in Berlin als hoffnungslos und sehr lähmend für die zionistische Arbeit.¹⁰³ Außer der katastrophalen wirtschaftlichen Situation, die zur Verarmung der verbliebenen jüdischen Gemeinschaft in Deutschland geführt hatte, und den daraus resultierenden Problemen für den Emigrationsprozess nannte Landauer die organisatorischen Hürden, die sich der zionistischen Bewegung in den Weg stellten, vor allem dem Palästinaamt der Jewish Agency in Berlin:

»Alle zionistischen Funktionäre von Qualität sind ausgewandert oder wandern in diesen Wochen aus. Die Neubesetzung der Ämter ist fast unmöglich. Die Vertretung der zionistischen Angelegenheiten in der Reichsvertretung war schon in der letzten Zeit schwächer geworden

103 CZA: S7-902, Georg Landauer, Berlin, an Arthur Ruppin, Jerusalem, 17. Februar 1939.

[...]. Unsere Freunde in der Meineckestrasse [...] glauben, dass auch schon die Personen, die sie zur zweiten Garnitur zählen, alle weg sind, und dass sie die Geschäfte einigen, wie sie fürchteten ungeeigneten, Beamten überlassen, die selber wiederum lieber heute als morgen auswandern wollen [...]. Wer weiss, was dort werden wird.«¹⁰⁴

Landauer glaubte nicht daran, dass noch viele Juden aus Deutschland emigrieren können würden. Zu jenem Zeitpunkt waren noch 400.000 Juden in Großdeutschland, also auch in Österreich und dem Sudetenland, verblieben. Angesichts dieser Tatsachen schloss Landauer seinen Brief vom 17. Februar mit den prophetischen, Unheil verkündenden Worten:

»Die Stimmung der Juden in Deutschland ist unbeschreiblich bedrückt. Sie wissen wirklich keinen Ausweg und warten darauf, was die Regierung mit ihnen anfangen wird. Arbeitslager? Andere Methoden der Liquidierung?«¹⁰⁵

104 Ebd.

105 Ebd.

VI. Zionismus-Revisionismus in Deutschland, 1934-1938

Zerfall der Einheit

Als Hitler am 30. Januar 1933 zum deutschen Reichskanzler ernannt wurde, hatte die 1926 gegründete revisionistische zionistische Gruppe innerhalb des deutschen Zionismus einen Tiefpunkt in ihrer Popularität erreicht.¹ Die stark gespaltene und demoralisierte revisionistische Bewegung hatte ihr ursprünglich angestrebtes Ziel, die vorherrschende Rolle in der deutsch-zionistischen Bewegung zu spielen, nicht erreicht. Eine neue revisionistische Staatszionistische Organisation wurde in Deutschland 1934 gegründet. Sie umfasste Splittergruppen des ehemaligen Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten in Deutschland (LZRD). Dieser hatte sich 1932/1933 aufgelöst. Die Staatszionistische Organisation war in Deutschland von der ZVfD und international von der Zionistischen Weltorganisation ausgeschlossen worden. Zusätzlich wurde sie noch weiter in die Isolation getrieben, da sie auch zu Vladimir Jabotinskys internationaler Welt-Union der Zionisten-Revisionisten und seiner unabhängigen New Zionist Organization (NZO) auf Distanz gehen musste.² Jabotinsky und die meisten ausländischen Revisionisten erklärten im Frühjahr 1933 ihre Unterstützung für den internationalen antideutschen Boykott und im August 1933 ihre Ablehnung des Ha'avara-Transfer-Abkommens. Damit waren die deutschen Revisionisten gezwungen, die Kontakte zur internationalen revisionistischen Bewegung abzubrechen. Zudem mangelte es an einer international anerkannten Führungspersönlichkeit vom Format

- 1 Vgl. Francis R. Nicosia, Revisionist Zionism in Germany (I): Richard Lichtheim and the Landesverband der Zionisten-Revisionisten in Deutschland, 1926-1933, in: Leo Baeck Institute Year Book 31 (1986), S. 209-240. Vladimir Jabotinsky, der Begründer des revisionistischen Zionismus, brach Mitte der zwanziger Jahre mit dem praktischen Zionismus von Politikern wie Chaim Weizmann und David Ben Gurion. Die Revisionisten lehnten die hauptsächlich sozialdemokratische Mehrheitsorientierung ab. Zu einer Zeit, in der Juden weniger als 20 Prozent der Bevölkerung Palästinas ausmachten, forderten sie außerdem eine klare, eindeutige und öffentliche Erklärung des zionistischen Ziels, eine jüdische Mehrheit und einen Staat in ganz Palästina, einschließlich Transjordanien zu etablieren. Die Mehrheit der Zionisten war zu jener Zeit jedoch nicht bereit, dies zu tun.
- 2 Herbert S. Levine, A Jewish Collaborator in Nazi Germany: The Strange Career of Georg Kareski, 1933-1937, in: Central European History 8 (1975), S. 260. Vgl. auch Margalot, The Dispute over the Leadership of German Jewry, S. 129-148.

eines Richard Lichtheim, der der deutschen revisionistischen Bewegung zwischen 1926 und 1933 vorgestanden hatte.³

Bereits vor Januar 1933 waren einige deutsche Revisionisten ihren eigenen Weg gegangen und hatten der internationalen revisionistisch-zionistischen Bewegung den Rücken gekehrt. Zu diesen Spaltungen war es gekommen, weil sich Mitglieder nicht darüber einigen konnten, ob die Revisionisten aus dem Zionistischen Weltkongress austreten und eine eigene internationale Bewegung gründen sollten. Dies hatte Vladimir Jabotinsky bereits 1930 vorgeschlagen.⁴ Der revisionistische Landesverband in Deutschland folgte jedoch seinem Präsidenten Richard Lichtheim, der glaubte, dass die internationale revisionistische Bewegung im Zionistischen Weltkongress verbleiben sollte. Dennoch stellte sich für die deutschen Revisionisten ein unmittelbareres Problem: Ihnen war es nicht gelungen, eine Führungsposition innerhalb der ZVfD zu erringen und diese Organisation für ihre politischen Ziele zu nutzen. Nach einer öffentlichen Kontroverse zwischen Lichtheim und Jabotinsky über den Austritt aus der Zionistischen Weltorganisation und aufgrund des mangelnden Erfolges in der ZVfD zog der revisionistische Landesverband seine Mitglieder aus der ZVfD ab. Er versuchte weiterhin, als eigenständige deutsche Organisation in der WZO zu verbleiben.⁵ Obwohl sich die Revisionisten erst 1933 offiziell von der deutsch-zionistischen Bewegung

- 3 Bei Lichtheims Aktivitäten in der deutschen und internationalen revisionistischen Bewegung zwischen 1926 und 1933 fällt besonders seine Entschlossenheit auf, das Verbleiben deutscher und internationaler revisionistischer Organisationen in der Zionistischen Weltorganisation zu sichern. Er war davon überzeugt, dass die Revisionisten außerhalb der Bewegung keine Chance auf Erfolg hätten. Sein eigenes Scheitern in dieser Beziehung führte dazu, dass er sich immer mehr von der Bewegung nach den von 1931 bis 1933 erfolgten Ereignissen und nach seiner Auswanderung aus Deutschland nach Palästina im Jahre 1933 abwandte. Vgl. Nicocosa, *Revisionist Zionism* (I), S. 229-238.
- 4 Siehe für eine umfassende Übersicht über Jabotinsky und die Geschichte der revisionistischen Bewegung: Jacob Shavit, *Jabotinsky and the Revisionist Movement, 1925-1948*, London 1988. Vgl. auch Joseph Schechtmann, *Rebel and Statesman: The Vladimir Jabotinsky Story. The Early Years*, New York 1956; ders., *Fighter and Prophet: The Vladimir Jabotinsky Story. The Last Years*, New York 1961. Joseph Schechtmann/Yehuda Benari, *History of the Revisionist Movement*, Bd. 1, Tel Aviv 1970. Eine äußerst kritische Analyse über Jabotinsky und den revisionistischen Zionismus findet sich in Lenni Brenner, *The Iron Wall: Zionist Revisionism from Jabotinsky to Shamir*, London 1984.
- 5 Vgl. Lichtheim, *Geschichte des deutschen Zionismus*, S. 241f. Adolf Böhm beschreibt diese Tradition im deutschen Zionismus sehr genau. Siehe dazu Böhm, *Die Zionistische Bewegung*, Bd. 2, S. 497f.

abzuspalten begannen, hatte das Exekutivkomitee der ZvFD bereits im Oktober 1931 verfügt, dass ihre Mitglieder nicht gleichzeitig einer revisionistischen Organisation in Deutschland angehören konnten. Die Exekutive der WZO in London stimmte dieser Regelung zu.⁶ 1932 waren daher die Revisionisten aus der größeren deutschen und internationalen Bewegung ausgeschlossen. Die 1933 begonnenen anti-jüdischen Maßnahmen des NS-Regimes trieben die bereits geschwächte deutsche revisionistische Bewegung noch weiter in die Isolation, da sie alle Verbindungen zur internationalen revisionistischen Bewegung abbrechen musste.

Die sich vertiefende Kluft in der internationalen revisionistischen Bewegung zur Frage der Unabhängigkeit von der WZO führte im Herbst und Winter 1932/33 dazu, dass sich die geschwächte deutsche revisionistische Bewegung offiziell in zwei rivalisierende Fraktionen spaltete. Die meisten deutschen Revisionisten unterstützten Lichtheims Forderung, in der WZO zu verbleiben. Andere wiederum stimmten mit Jabotinsky überein, dass die revisionistische Disziplin jene der WZO übertreffen sollte.⁷ Lichtheim trat in der Folge am 13. September 1932 als Präsident der deutschen revisionistischen Bewegung zurück.⁸ Gemeinsam mit einigen Anhängern entschloss er sich, aus dem Landesverband auszutreten und eine eigene Organisation in Deutschland zu gründen. Der Verband deutscher Zionisten-Revisionisten (VdZR) wurde Anfang Januar 1933 gegründet und setzte sich für die Mitgliedschaft bei der WZO ein.⁹ Laut der *Jüdischen Rundschau* erfolgte »die Neuorganisation [...], nachdem die bekannten Differenzen innerhalb der Union zu einer Trennung der beiden Richtungen geführt haben.«¹⁰ Dieser Verband lehnte auch Jabotinskys Führungsanspruch ab und verstand sich als Repräsentanz aller deutschen Revisionisten, die in der WZO verbleiben wollten. Die *Jüdische Rundschau* berichtete in der ersten Hälfte des Jahres 1933 über seine Aktivitäten, wie z.B. Gruppenreisen nach Palästina, Hebräisch-Kurse, revisionistisch-zionistische Literatur und vor allem über Richard Lichtheims politische Ansichten sowie Vorträge von revisionistischen Funktionären.

6 Vgl. Nicosia, *Revisionist Zionism* (I), S. 235f.

7 JI: G2-5/21/1, Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes vom 1. November 1932.

8 *Jüdische Rundschau*, 13. Januar 1933.

9 JI: G2-5/21/1, Landesverband der Zionisten-Revisionisten in Deutschland an die Union der Zionisten-Revisionisten/London, 27. Dezember 1932.

10 *Jüdische Rundschau*, 19. Mai 1933.

Obwohl die neue Organisation sich als die legitime Vertretung des revisionistischen Zionismus in Deutschland darstellte, wurde sie von internen Konflikten fast lahmgelegt.¹¹ Lichtheim und seine Anhänger konnten nicht die Unterstützung aller deutschen Revisionisten gewinnen. Der *Jüdischen Rundschau* zufolge wurde beim revisionistischen Delegiertentag am 8. Januar 1933 in Berlin hauptsächlich die Beziehung der revisionistischen Zionisten zur WZO angesprochen.¹² Alle Versuche, einen Kompromiss zwischen den Anhängern Jabotinskys in Deutschland und Lichtheims neuer VdZR herzustellen und ihre Positionen zu vereinen, waren zum Scheitern verurteilt. Der sich vertiefende internationale Konflikt zwischen Jabotinsky und jenen Revisionisten, die die WZO nicht verlassen wollten, verstärkte zusätzlich den Druck, der die revisionistische Bewegung in Deutschland bereits entzweit hatte.

Lichtheim und die Führungsspitze der VdZR versuchten in den ersten Wochen nach Hitlers Machtübernahme, eine Führungsposition in der deutschen revisionistischen Bewegung zu erhalten. In einem undatierten Rundschreiben an revisionistische Ortsgruppen in Deutschland, das wahrscheinlich Anfang April 1933 verschickt worden war, versuchten die Vorstandsmitglieder des VdZR, Richard Lichtheim, Justus Schloss und Ernst Hamburger, die Basis zu vereinen.¹³ Das Rundschreiben beschrieb Jabotinskys Ansichten als eine revisionistische Unabhängigkeitserklärung von der WZO und unterstrich, dass die Mehrheit der Revisionisten weltweit nicht mit seiner Meinung übereinstimmte, sondern ihn dafür kritisierte, dass er die internationale zionistische Bewegung gespalten hätte. Das Rundschreiben betonte, wie unbeliebt Jabotinskys Ideen unter deutschen Revisionisten seien. In einem weiteren undatierten Aufruf an alle deutschen Revisionisten, der ungefähr zur selben Zeit entstand, versuchte der VdZR erneut, die gespaltene revisionistische Bewegung in

11 JI: G2-5/21/1, Communiqué von Ernst Hamburger (undatiert); Verband deutscher Zionisten-Revisionisten (Hamburger) an die Jüdische Rundschau, 28. Mai 1933 und 9. Juni 1933.

12 Jüdische Rundschau, 13. Januar 1933. Lichtheim konnte bei den am 4. Januar 1933 stattfindenden Wahlen nicht genug Stimmen erringen, um als stimmberechtigter Vertreter beim Revisionistischen Kongress vom 8. Januar aufzutreten. Dies war das erste Mal, dass er bei Wahlen eine solche Niederlage erlitten hatte. Dieser Umstand weist auf die Spaltungen hin, die innerhalb der Bewegung und vor allem in Berlin Anfang des Jahres 1933 bestanden.

13 JI: G2-5/21/1, Verband deutscher Zionisten-Revisionisten, Rundschreiben I an unsere Ortsgruppen, Mitglieder und Vertrauensleute (undatiert).

Deutschland unter seine Führung zu bringen.¹⁴ Er unterstrich die Gefahren einer weiteren Spaltung und die Notwendigkeit einer Einigung zu einer Zeit, in der sich die Situation für Juden in Deutschland rapide verschlechterte. Der Verband beteuerte der zionistischen Exekutive in London seine Loyalität und betonte, dass alle wirklichen Staatszionisten, wie sich die Revisionisten in Deutschland nannten, hinter dieser Exekutive stehen müssten. Er brachte auch seine Überzeugung zum Ausdruck, dass eine geeinte und gestärkte revisionistische Organisation letzten Endes die Führung der zionistischen Bewegung übernehmen könne.

Dennoch änderte sich nichts an der Spaltung der deutschen revisionistischen Bewegung, da die Kontroversen auf internationaler Ebene fortbestanden und die deutsche Bewegung beeinflussten. Im Mai 1933 gab Jabotinsky eine Verordnung an seine Anhänger in Deutschland heraus, um die letzten Gruppen des revisionistischen LZRD aufzulösen. Diese Verordnung bezog sich auch auf die revisionistische Jugendbewegung Betar. Jabotinsky gab wohl diesen Befehl, weil eine aktive Unterstützung und Teilnahme an der revisionistischen Bewegung außerhalb von Deutschland die deutschen Revisionisten sehr gefährdet hätte. Schließlich unterstützte die revisionistische Bewegung außerhalb Deutschlands den antideutschen Wirtschaftsboykott.¹⁵ Es ist jedoch nicht klar, ob dies tatsächlich Jabotinskys Hauptmotiv war oder ob er angesichts der in Deutschland verlorenen Sache sein Gesicht wahren wollte. Eindeutig steht jedoch fest, dass der aktiv von den Revisionisten auf der ganzen Welt unterstützte antideutsche Boykott und die damit verbundene Propagandakampagne eine offensichtliche Gefahr für die deutschen Revisionisten nach dem 30. Januar 1933 darstellten. Damit konnten die deutschen Revisionisten kaum mit der ZVfD in Deutschland konkurrieren. Zudem scheint es auch eindeutig erwiesen, dass sich Jabotinskys Bewegung in Deutschland bis Mai 1933 in einem chaotischen Zustand befand und der Großteil ihrer Führungsspitze sich im Ausland aufhielt.

Jabotinskys Auflösung des alten revisionistischen Landesverbandes beeinflusste Richard Lichtheims neuen VdZR nur wenig. Der wichtigste Schritt der Organisation war gewiss der Rückkehrversuch zur ZVfD. Dieser 180-Grad-Wende wurde damit begründet, dass Lichtheim nur so seiner lang gehegten Überzeugung treu bleiben konnte, dass seine Organisation innerhalb der WZO verbleiben sollte. In einem Brief vom

14 JI: G2-5/21/1, Verband deutscher Zionisten-Revisionisten: Aufruf an alle Gesinnungsgenossen (undatiert).

15 CAHJP: P82-H, Manuskript eines Artikels von Jabotinsky für Moment, 22. November 1935.

28. Mai 1933 an die WZO-Exekutive in London bestätigte Lichtheims VdZR, er vertrete alle deutschen revisionistischen Zionisten, die der WZO die Treue bekundeten.¹⁶ Bis Mitte Juli 1933 war jedoch der VdZR nicht wieder zur WZO zugelassen und wurde weiterhin von der ZVfD abgelehnt. Außerdem stand Lichtheim mit einer revisionistischen Exekutive in London in Verbindung, die gerade den Kampf mit Jabotinsky über die revisionistische Anhängerschaft außerhalb von Deutschland verlor.¹⁷ Der VdZR arbeitete bis zum Sommer 1933 trotz all dieser Probleme und der harten Bedingungen für alle jüdischen Organisationen im Dritten Reich weiterhin daran, sich in Deutschland durchzusetzen. In einem Rundschreiben vom 13. Juli 1933 betonte der VdZR, dass er sich weiterhin der WZO verbunden fühle. Außerdem gab er eine neue Begründung dafür ab, wieso die WZO als Einzige der revisionistischen Bewegung Erfolg bringen könnte:

»Die Durchsetzung des revisionistischen Zieles kann nur innerhalb der Z.O. erfolgen. Die Z.O. ist die Titelinhaberin des Mandats. Diesen Titel braucht man, um überhaupt Politik und damit Judenstaatspolitik zu machen; diesen Titel kann man nur erhalten, wenn man in der Z.O. die Macht erhält, und diese Macht wollen wir erobern.«¹⁸

Dieses Rundschreiben bestätigte des Weiteren, dass der VdZR aufgrund seiner anhaltenden Verbundenheit mit der WZO nicht beabsichtige, innerhalb einer größeren Organisation ewig in Opposition zu bleiben. Er brachte stattdessen die feste, jedoch unrealistische Überzeugung zum Ausdruck, dass die Revisionisten bei den nächsten Wahlen zum 18. Zionistischen Weltkongress die Kontrolle übernehmen sollten.

16 JI: G2-5/21/1, Ernst Hamburger an die Exekutive der Zionistischen Weltorganisation in London, Hbg./Zr., 28. Mai 1933.

17 Blumenfelds Stellung zu den Revisionisten war typisch für die allgemeine Ansicht innerhalb der ZVfD in jenen Jahren. Entweder ignorierten ihre Mitglieder die Revisionisten vollkommen oder fassten die beiden Fraktionen als eine einzige lächerliche Erscheinung zusammen. Vgl. Blumenfeld, Im Kampf um den Zionismus, S. 117; ders., Erlebte Judenfrage, S. 199.

18 JI: G2-5/21/1, Verband deutscher Zionisten-Revisionisten, Rundschreiben II, an unsere Mitglieder, Ortsgruppen, und Vertrauensleute, 13. Juli 1933.

Die Staatszionistische Organisation

Im Spätsommer und Herbst 1933 wurde Lichtheims VdZR aufgrund der Entwicklungen innerhalb der revisionistischen Bewegung noch weiter von den größeren zionistischen und der revisionistisch-zionistischen Bewegung isoliert. Die gegen Jabotinsky eingestellten Revisionisten in London nannten sich vorübergehend Demokratische Revisionisten und nahmen dann den offiziellen Namen Judenstaatspartei an. Die Bezeichnung »revisionistisch« wurde ganz aus dem Namen gestrichen, um sich deutlich von Jabotinsky abzugrenzen.¹⁹ Die Anhänger der Judenstaatspartei wählten Richard Lichtheim in die Exekutive und etablierten ein Sekretariat in Tel Aviv und eine Organisationsabteilung in London. Nachdem sie der WZO ihre Verbundenheit bestätigt hatten und an der zionistischen Disziplin festhielten, kamen sie zu dem Schluss, dass »[h]iermit [...] die Krise im Revisionismus geklärt [sei].«²⁰ Damit erhob dieser Teil der revisionistischen Bewegung den Anspruch, für die Gesamtheit zu sprechen und interne Konflikte in der Bewegung gelöst zu haben. Die Ereignisse zwischen 1933 und 1935 zeigten auf, wie falsch diese Behauptung war.

All diese Ereignisse hatten wenig bis gar keine Auswirkung auf die noch immer gespaltene revisionistische Bewegung in Deutschland. Die deutschen Anhänger der neuen internationalen Judenstaatspartei in London, d.h. Mitglieder von Lichtheims VdZR, scheinen ihren Namen beibehalten und im Sommer 1933 als Organisation weiter bestanden zu haben.²¹ Bis zum Ende des Sommers 1933 hatten die durch das NS-

19 Vgl. CZA: Z4/3296. Auszug aus dem Bulletin der Judenstaatspartei, Nr. I (25. Dezember 1933). Vgl. auch Jüdische Rundschau, 29. August 1933, 1. September 1933. Der vollständige Name der neuen Organisation war Judenstaatspartei (Sonderverband der Zionisten-Revisionisten).

20 Vgl. CZA: Z4/3296, Interview mit Meier Grossmann in Nowy Dziennik, Krakau, 31. Oktober 1933. Dies legte die Frage der zionistischen Disziplin jedoch nicht bei. Im Januar 1934 informierte die Zionistische Exekutive in London Meier Grossmann, dass seine Judenstaatspartei nicht den rechtlichen Status eines Sonderverbandes erhalten und sie nur als Parteirichtung innerhalb der zionistischen Organisationen in den einzelnen Ländern anerkannt werden könne. Dies lehnten alle Revisionisten ab. Vgl. CZA: Z4/3296, Zionist Executive/London an Grossmann, 25. Januar 1934.

21 Vgl. z.B. die Mitteilung, die der Verband deutscher Zionisten-Revisionisten in der Jüdischen Rundschau am 27. Oktober 1933 veröffentlichte. Darin bestätigte der Verband seine weitere Loyalität gegenüber der WZO und versicherte, dass eine Mitgliedschaft im Verband automatisch die Zugehörigkeit zur WZO be-

Regime über alle jüdischen Organisationen verhängten Sanktionen und nicht der weiter bestehende Konflikt unter Revisionisten einen entscheidenden Einfluss auf die Geschicke der Revisionisten in Deutschland. Aufgrund der Repressalien musste sich die deutsche revisionistische Bewegung schnell umorganisieren und Anfang des Jahres 1934 wieder vereinigen.

Um als einheitliche revisionistische Bewegung in Deutschland überleben zu können, entschlossen sich beide Seiten Anfang des Jahres 1934 erneut zusammenzugehen. In ihrem in Wien am 28. Januar 1934 veröffentlichten *Bulletin der Judenstaatspartei* berichtete die Judenstaatspartei, dass Informationen aus Deutschland zwar »recht spärlich« und Kontakte mit den deutschen Anführern der revisionistischen Bewegung begrenzt seien, dass aber die Begeisterung für die revisionistische Sache in Deutschland noch groß sei.²² Der Bericht hob die neue Situation in Deutschland hervor und betonte vor allem, dass die Bewegung auf Distanz zur größeren revisionistischen Bewegung außerhalb von Deutschland bleiben müsse. Mit einiger Genugtuung strich der Bericht auch heraus, dass es den deutschen Revisionisten gelungen sei, trotz der durch Hitlers Machtübernahme verursachten Umwälzungen zu überleben. Er erwähnte die revisionistischen Versammlungen in ganz Deutschland und Vorträge von Justus Schloss, Ernst Hamburger, Hubert Pollack und Boris Silber. Er stellte auch fest, dass die Jüdische Staatspartei sehr damit zufrieden sei, dass Georg Kareski (Abb. 9) eine wichtige Rolle bei der Bildung einer neuen, geeinten revisionistischen Front in Deutschland spiele.

Die Gründung dieser neuen, geeinten revisionistischen Organisation, aus den Restgruppen des ehemaligen, Jabotinsky-treuen LZRD und Lichtheims VdZR, wurde offiziell erst im April 1934 bekannt gegeben. Die neue Staatszionistische Organisation betonte das Wort »revisionistisch« weniger, da die Revisionisten im Ausland den antideutschen Boykott unterstützten.²³ Sie stellte sich allen deutschen Revisionisten in folgender Weise vor:

»Sämtliche Staatszionisten Deutschlands haben sich in der Staatszionistischen Organisation (Vereinigte Revisionisten Deutschlands) zusammengeschlossen. Sie ist damit die Einheitsorganisation aller in

deutete. Im September 1933 emigrierte Richard Lichtheim aus Deutschland nach Palästina.

22 CZA: Z4/3296, Bulletin der Judenstaatspartei, hrsg. vom Exekutivkomitee der Judenstaatspartei, 28. Januar 1934.

23 JI: G2-5/21/2, Aufruf der Staatszionistischen Organisation (Vereinigte Revisionisten Deutschlands), 15. April 1934.



Abb. 9: Georg Kareski, Präsident der Staatszionistischen Organisation in Deutschland 1934-1937 (undatiert).

Deutschland lebenden staatszionistisch eingestellten Juden geworden. Der Zusammenschluss erfolgt in einer Zeit, in der die inner-zionistische Auseinandersetzung einen Grad erreicht hat, der zu einer endgültigen Klärung der politischen Situation innerhalb der zionistischen Reihen zwingt.«²⁴

Die Organisation sollte von einem Präsidium geleitet werden, dem Georg Kareski als Präsident, Adolf Hirschfeldt als Vizepräsident und Justus Schloss und Ernst Hamburger als zweiter bzw. dritter Vizepräsident vorstanden. Willi Cegla leitete die neue revisionistische Jugendbewegung in Deutschland, die Nationale Jugend Herzlia, die aus der revisionistischen Jugendbewegung Betar hervorgegangen war. Ihre offizielle Zeitung war *Der Staatszionist*.²⁵

²⁴ Ebd.

²⁵ Die Zeitung *Der Staatszionist*, die am 10. Januar 1934 gegründet wurde, wurde zuerst zweimal, später einmal monatlich von der Staatszionistischen Organisation (bis Dezember 1935) herausgegeben. Als Herausgeber fungierte Max Schulmann. Nach zwei Jahren wurde die Zeitschrift in ein auf Matrizen geschriebenes

Aufgrund der Bedingungen im jüdischen Leben unter den Nationalsozialisten bildeten die deutschen Revisionisten eine gemeinsame Front. Die Staatszionistische Organisation konnte so den Kampf gegen die ZVfD wieder aufnehmen, der seit 1931 zum Erliegen gekommen war. Revisionisten aller politischen Couleurs waren offiziell von größeren revisionistischen Organisationen im Ausland abgeschnitten. Der interne Konflikt zwischen Jabotinsky und seinen Gegnern, der seit 1931 einen Bruderzwist zwischen Revisionisten in Deutschland und dem Ausland entfacht hatte und Revisionisten im Ausland weiterhin spaltete, trat in Deutschland in den Hintergrund. Angesichts der immer weiter um sich greifenden Krise, mit der Juden in Deutschland konfrontiert waren, erschienen diese Kontroversen sowie die selbst auferlegte Isolation der deutschen revisionistischen Bewegung als belanglos.

Es ist nicht eindeutig erwiesen, ob diese Isolation von den beiden revisionistischen Organisationen außerhalb Deutschlands bereits feststand, oder, wenn nicht, ob Jabotinskys Organisation oder der Judenstaatspartei der Vorzug gegeben worden wäre. In einem Brief vom 13. Juli 1934 an die Reichsvertretung der deutschen Juden (RVt) beschwerte sich Georg Kareski darüber, dass die ZVfD die Kontrolle über das Palästinaamt innehatte und dadurch über die Verteilung der Auswanderungszertifikate verfügen könne. Außerdem wies er Behauptungen zurück, dass die Staatszionisten noch immer mit den größeren zionistischen Organisationen im Ausland in Verbindung stünden und den antideutschen Wirtschaftsboykott unterstützten.²⁶ Kareski schrieb:

»Trotzdem allen amtlichen Stellen der ZVfD zur Genüge bekannt ist, dass die Staatszionistische Organisation sich ausschliesslich auf Deutschland beschränkt und mit den revisionistischen Organisaionen ausserhalb Deutschlands [...] in keinerlei organisatorischem Zusammenhang steht, wird seit vielen Monaten immer wieder der Versuch gemacht, die Staatszionistische Organisation mit dem von den ausserdeutschen Revisionisten proklamierten und geforderten Wirtschaftsboykott in Zusammenhang zu bringen.«²⁷

Obwohl es zu einigen sporadischen, hauptsächlich privaten Kontakten mit der revisionistischen Bewegung außerhalb Deutschlands kam,

Informationsbulletin umfunktioniert. 1934 legte die neue Organisation auch einige Ausgaben der Staatszionistischen Informationsblätter auf.

²⁶ CAHJP: P82-17, Georg Kareski an die Reichsvertretung der deutschen Juden, 13. Juli 1934.

²⁷ Ebd.

war diese Aussage im Grunde richtig. Schließlich bestand die deutsche Staatszionistische Organisation aus Sympathisanten und ehemaligen Anhängern beider Gruppen. Letzten Endes waren solche Kontakte jedoch extrem gefährlich, da die Nationalsozialisten einen internationalen antideutschen Wirtschaftsboykott und die dazugehörige Propaganda fürchteten und die meisten Revisionisten außerhalb Deutschlands diese Bewegungen unterstützten.

Die Einheit und die erneute Kampfaufnahme gegen die ZVfD standen bei der ersten Reichskonferenz der neuen Organisation im Oktober 1934 im Vordergrund. Auf dieser Tagung wurden die wichtigsten Konfliktpunkte zur ZVfD definiert, auf die sich in den nächsten vier Jahren alle politischen Argumente bezogen. Einige dieser Punkte waren deckungsgleich mit jenen aus den zwanziger Jahren, doch kamen auch neue Themen hinzu, die die Staatszionisten gegen die ZVfD verwendeten, wenn sie bei anderen Juden und den NS-Behörden um Unterstützung warben.²⁸

Siebzig Delegierte aus 24 Ortsgruppen besuchten am 13. und 14. Oktober 1934 die Konferenz in Berlin. In ihren Vorträgen warfen Redner wie Georg Kareski, Ernst Hamburger, Adolf Hirschfeldt und Ludwig Goldwasser der ZVfD drei Dinge vor: dass sie die jüdische Assimilation propagiere, gegen die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina auftrete und durch und durch marxistisch orientiert sei. Auf diese Themen kamen die Revisionisten in ihrer Propagandaarbeit gegen die ZVfD immer wieder zurück, bis beide Organisationen 1938 aufgelöst wurden. Diese Behauptungen basierten auf revisionistischen Argumenten der zwanziger Jahre, unterschieden sich jedoch deutlich in Betonung, Ausmaß und Intensität von jenen, die vor 1934 aufgestellt worden waren. Ihnen wohnte zudem im neuen politischen Klima Deutschlands nach dem 30. Januar 1933 eine große Gefahr inne. Die revisionistischen Argumente gegen die ZVfD, die bei der Konferenz in Berlin vorgebracht wurden, sprachen auch die Frage an, ob die ZVfD bei der Verteilung von Immigrationszertifikaten für Palästina die Oberhand haben solle, ob man einen Kompromiss mit den Arabern in Palästina eingehen solle und ob den deutschen Zionisten Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, die »eingefleischte Führungsclique« der ZVfD zu entfernen. Der letztgenannte Punkt war den Staatszionisten besonders wichtig. Denn sie sahen in der Haltung der ZVfD-Vertreter den wesentlichen Grund

28 Siehe zum Bericht über die Tagung CZA: Z4/3296, Staatszionistische Organisation (Vereinigte Revisionisten Deutschlands), Reichskonferenz am 13. und 14. Oktober 1934 (undatiert). Vgl. auch Jüdische Rundschau, 19. Oktober 1934.

bzw. eine Erklärung für den marxistischen, assimilatorischen und anti-jüdischen Charakter der Organisation.

Staatszionisten, ZVfD und das NS-Regime

Die reale Situation der Juden im NS-Regime ließ den deutschen Revisionisten keine andere Wahl, als ihre Differenzen beiseitezulassen. In ihrer Beziehung zur ZVfD war jedoch das Gegenteil der Fall. Die nationalsozialistische Verfolgung der Juden nach 1933, die auf ihre Enteignung und Vertreibung aus Deutschland abzielte, führte dazu, dass das Regime dem Zionismus bzw. zionistischen Organisationen gegenüber den nach Assimilation strebenden deutsch-jüdischen Gemeinden den Vorzug gab. Diese neue Realität heizte die Rivalität zwischen den Revisionisten und der ZVfD noch weiter an. Beide Organisationen überboten sich in ihren Versuchen, deutsche Juden im Allgemeinen und Zionisten im Besonderen anzuwerben. Dies trat in der bitteren Feindschaft zwischen den beiden zutage, die sich bis 1938 fortsetzte.

Der Konkurrenzkampf zwischen der ZVfD und den Staatszionisten während der dreißiger Jahre wurde noch durch den politischen Stil und die Aktivitäten des umstrittenen revisionistischen Führers Georg Kareski verstärkt. Wie die Bezeichnung »Kollaborateur« in Herbert Levines Aufsatz vermuten lässt, spielte Kareski in der jüdischen Gemeinschaft und in zionistischen Angelegenheiten während der dreißiger Jahre eine Rolle, die zu vielen Kontroversen geführt hatte. Kareski stammte ursprünglich aus Posen und war mit ostjüdischen Traditionen sehr vertraut. Er fühlte sich zum revisionistischen Zionismus hingezogen, als diese Bewegung eine wichtige Rolle in der Jüdischen Volkspartei (JVP) in Berlin während der Weimarer Zeit zu spielen begann. Die JVP hatte sich wiederum in den zwanziger Jahren eine führende Rolle im politischen Leben der jüdischen Gemeinde der Reichshauptstadt gesichert.²⁹ Kareski verband mit den Revisionisten eine Abneigung gegen den Sozialismus und eine Hinwendung zum jüdischen Nationalismus. So wurde er zu einem der Wortführer der JVP und der Berliner jüdischen Gemeinde, in der er zum

29 Vgl. Levine, *A Jewish Collaborator*, S. 256f. Die Jüdische Volkspartei wurde 1920 gegründet, um zionistische Interessen in Gemeindeorganen zu vertreten und die jüdische Gemeinde Deutschlands für den Zionismus zu gewinnen. Siehe zur Jüdischen Volkspartei: Ball-Kaduri, *Das Leben der Juden in Deutschland*, S. 33, 39, 42, 122; Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, S. 148-152.

Gemeindevorstand gewählt wurde. 1929 wurde er schließlich Vorsitzender des Gemeindevorstands.

Kareskis Probleme mit der Führungsspitze der ZVfD begannen, bevor er sich offiziell der revisionistisch-zionistischen Bewegung in Deutschland (1934) anschloss.³⁰ Kurt Blumenfeld bezog sich auf Kareskis allgemeine Kritik an den politischen Vorstellungen der ZVfD in einem im November 1929 verfassten Brief an Kareski.³¹ Letzterer war gegenüber der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik der ZVfD im Allgemeinen sehr kritisch eingestellt und schien eine persönliche Feindschaft gegenüber einigen Mitgliedern der ZVfD zu hegen. Dazu gehörten Alfred Berger, ein Vertreter gemäßigter Ansichten, Robert Weltsch, der Chefredakteur der *Jüdischen Rundschau*, und Blumenfeld selbst, der Präsident der ZVfD.³² Kareskis Unterstützung der katholischen Zentrumspartei in den frühen dreißiger Jahren wurde von der Basis der deutschen zionistischen Bewegung kritisiert. Der Großteil der deutsch-jüdischen Gemeinschaft unterstützte die immer unpopulärer werdende Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die Sozialdemokratische Partei (SPD). In einem Artikel mit dem Titel *Juden und die Reichstagswahlen*, den Kareski für die *Jüdische Zeitung* kurz nach den Wahlen vom Juli 1932 schrieb, vertrat er die Meinung, dass die Zentrumspartei die einzige realistische Option für die jüdische Gemeinschaft darstelle. Die SPD war seiner Meinung nach Teil einer immer schwächer werdenden marxistischen Bewegung und komme für die vorwiegend nichtsozialistische jüdische Gemeinschaft

30 Kareskis eigene komplette und sehr detaillierte Beschreibung seiner politischen Laufbahn und seiner Differenzen mit der ZVfD in den zwanziger und dreißiger Jahren wurde einem Rabbinatsgericht (Beth Din) in Jerusalem im Jahre 1937 vorgetragen. Damals war er gerichtlich gegen die Vereinigung deutscher Immigranten (Hitachduth Olej Germania) in Palästina vorgegangen. Vgl. CAHJP: P82-24a, Materialien für die Verhandlungen vor dem Beth Din. Angaben über die öffentliche Tätigkeit, eingeteilt in 3 Abschnitte, S. 1-25.

31 CAHJP: P82-16, Kurt Blumenfeld an Georg Kareski, 30. November 1929. Vgl. auch Blumenfeld, *Erlebte Judenfrage*, S. 188.

32 CAHJP: P82-17, Georg Kareski an Kurt Blumenfeld, 29. Mai 1931. Wie Robert Weltsch und andere Mitglieder der ZVfD war Alfred Berger eines der Gründungsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft für zionistische Realpolitik im Jahre 1929. Dies war eine gegen den Revisionismus eingestellte Gruppe, die sich der revisionistischen Propaganda im Herbst 1929 widersetzte und sich damit auf den Delegiertentag der ZVfD im Dezember desselben Jahres vorbereitete. Diese Gruppe kündigte an, dass es zu einer Machtprobe zwischen der Führungsspitze der ZVfD und den Revisionisten kommen würde. Vgl. Nicosia, *Revisionist Zionism* (I), S. 220-222. Vgl. auch Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, S. 135f.

nicht in Frage.³³ Er war der Ansicht, dass eine Regierung, an der die Zentrumspartei beteiligt war, die Rechte und Sicherheit der Juden am besten gewährleisten werde. Robert Weltsch von der *Jüdischen Rundschau* kritisierte Kareski dafür, dass er in einer öffentlichen Rede in Genf behauptet hatte, »die Regierung Papen hat den Schutz der Juden auf ihre Fahne geschrieben.«³⁴ Weltsch zufolge benutzten die Nationalsozialisten diese Aussage in ihrer Propagandakampagne gegen die Regierung. Kareski schien Ende 1932 sogar bereit zu sein, eine Koalition zwischen der Zentrumspartei und den Nationalsozialisten zu akzeptieren. Er nahm an, dass die Zentrumspartei in einer solchen Koalition das Sagen haben werde, und argumentierte folgendermaßen:

»Als Demokrat müsse man Wahlentscheidungen berücksichtigen. Wenn daher das Zentrum versuche, durch ein Abkommen mit den Nationalsozialisten eine brauchbare Regierungsgrundlage zu schaffen, so mag der Erfolg zweifelhaft sein. Grundsätzlich könne ich aber eine solche Politik nur billigen, auch wenn sie für mich als Jude gefühlsmässig eine gewisse Belastung darstellt.«³⁵

Die wohl interessanteste Auseinandersetzung zwischen Kareski und der Führungsspitze der ZVfD vor 1933 kam zustande, als Georg Strasser von der NSDAP 1932 den symbolträchtigen Versuch unternahm, mit der ZVfD Kontakt aufzunehmen. Im Herbst des Jahres 1932 trat Strasser, wie in Kapitel 2 bereits beschrieben, an Georg Kareski und Kurt Blumenfeld heran, um die »Judenfrage« ohne Vorbedingungen und Verpflichtungen zu besprechen. In seiner Aussage gegen die Hitachduth Olej Germania (HOG, Verband der Immigranten aus Deutschland) vor einem Rabbinatsgericht in Jerusalem im Jahre 1937 berichtete Kareski, dass Strasser ihm und Kurt Blumenfeld gegenüber »Ouvertüren« gemacht habe, dass letzterer jedoch Strassers Einladung nicht angenommen hatte und dass er, Kareski, darüber enttäuscht gewesen war.³⁶ Kareski

33 CAHJP: P82-38, »Juden und Reichstagswahlen«, Manuskript für die Jüdische Zeitung (undatiert).

34 CAHJP: P82-16, Robert Weltsch an Georg Kareski, 19. Oktober 1932.

35 CAHJP: P82-21, Aufzeichnung Kareskis (undatiert).

36 CAHJP: P82-24a, Materialien für die Verhandlungen vor dem Beth Din. Angaben über die öffentliche Tätigkeit, eingeteilt in 3 Abschnitte, S. 7. Dr. Leo Plaut bezog sich auf diesen frühen Kontakt mit Strasser in einem Abschnitt seines Berichts mit dem Titel »Zionistische Ideologie und nationalsozialistische Bereitschaft«, vgl. CZA: A142/86-2, »Zwei Jahre Reichsvertretung in ihrem Verhältnis zur ZVfD: Rechenschaftsbericht des politischen Referenten der Reichsvertretung an die ZVfD«, von Dr. Leo Plaut, Februar 1936.

zufolge versuchte Blumenfeld »seine völlig unverständliche Ablehnung« des Kontakts damit zu verteidigen, dass die jüdische Gemeinschaft solch ein Treffen niemals verstanden oder akzeptiert hätte, vor allem, weil die Nationalsozialisten noch nicht an die Macht gekommen waren. Kareski stellte auch fest, dass er Blumenfeld vor den Folgen einer solchen »Kurz-sichtigkeit« gewarnt und ein ähnliches Angebot von Strasser angenommen habe. Die Gespräche seien jedoch nicht zustande gekommen, da Strasser innerhalb der NSDAP mit politischen Problemen konfrontiert war. Blumenfeld ging in seinen Tagebüchern und Memoiren nicht auf Strassers Angebot ein. Es ist zwar schwer vorstellbar, dass Kareski die Angelegenheit erfunden hat, doch ist deren Wahrheitsgehalt nur schwer nachprüfbar.

Neben Richard Lichtheim war Kareski bis Anfang 1933 zur wichtigsten Führungspersönlichkeit in der deutsch-revisionistischen Bewegung geworden. Aufgrund seiner Aktivitäten im politischen Leben der Berliner jüdischen Gemeinde von 1931 bis 1932 geriet er bald mit einigen jüdischen Fraktionen und Organisationen in Konflikt. Darunter befand sich auch die ZVfD. Er war von der Vereinigung für das religiös-liberale Judentum (VrJ) in Berlin im Jahre 1932 massiv dafür kritisiert worden, Unfrieden innerhalb der Berliner jüdischen Gemeinde zu stiften, obwohl alle Fraktionen versuchen sollten, für das Gemeinwohl der Juden miteinander zu arbeiten.³⁷ Außerdem wurde Kareski vorgeworfen, die Geldmittel der jüdischen Gemeinde schlecht verwaltet und in die falschen »Kanäle« gelenkt zu haben. Zusätzlich habe er die unermüdlichen Bemühungen vieler durchkreuzt, die Konflikte zwischen den einzelnen Fraktionen zu beseitigen, besonders was die Streitigkeiten zwischen den Zionisten und Nichtzionisten beträfe. Er habe all diese Anstrengungen außerdem zu einer Zeit unternommen, in der es Juden immer schwerer fiel, in Deutschland zu leben. Heinrich Stern von der VrJ forderte, dass sich Kareski von sämtlichen öffentlichen Funktionen zurückziehen sollte, damit alle Gruppen der Berliner jüdischen Gemeinde ihre Zusammenarbeit fortsetzen könnten.

Anfang 1933 hatte das Unbehagen über Kareski in der ZVfD nicht nachgelassen. Im Frühjahr 1933 kam es schließlich zum endgültigen Bruch. Obwohl Kareski versucht hatte, in den erbitterten Konflikt zwischen den Revisionisten und der ZVfD nicht verwickelt zu werden, identifizierte er sich außerhalb von Berlin trotz ihrer Spaltung immer offener mit den Revisionisten. Selbst innerhalb der JVP in Berlin waren die ZVfD und die Revisionisten im Sommer 1933 auseinandergegangen.

37 CZA: A142/90-2, Heinrich Stern an Alfred Klee, 28. Oktober 1932.

Anfang Juni gründeten die nichtrevisionistischen ZVfD-Mitglieder der JVP unter der Führung von Siegfried Moses und Alfred Berger ihre eigenen »zionistische Fraktion«.³⁸ Sie fühlten sich zu diesem Schritt unter anderem veranlasst, da Kareski eine immer größere und einflussreichere Rolle in der Berliner jüdischen Gemeinde und vor allem in der Jüdischen Volkspartei spielte und die ZVfD Kareskis Position und Aktivitäten immer stärker ablehnte.³⁹ Insbesondere ein Ereignis wurde als Vorwand genutzt, um im Juni 1933 eine eigenständige »zionistische Fraktion« in der Jüdischen Volkspartei zu gründen: Im Mai hatte Kareski offensichtlich erfolglos versucht, ein jüdisches Wohlfahrtsbüro in Berlin mit Hilfe einer Gruppe uniformierter Mitglieder der ursprünglichen revisionistischen Jugendorganisation Betar zu besetzen.⁴⁰ Dieser Schritt war typisch für die unkonventionellen politischen Strategien und den Stil, den Kareski anwendete, um revisionistische Interessen unter den radikal geänderten Bedingungen im Dritten Reich zu vertreten.

Am 9. Mai 1933 entschloss sich das Exekutivkomitee der ZVfD, Kareski zu bitten, vom Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde aufgrund seiner Rolle beim angeblichen Übernahmeversuch eines Berliner jüdischen Wohlfahrtsbüros zurückzutreten. In einem Brief, der Kareski über diese Entscheidung informierte und ihn zum Rücktritt aufforderte, kritisierte ihn Kurt Blumenfeld auf folgende Weise:

»Ihr eigenmächtiges – misslungenes – Vorgehen hat nicht nur Ihrer Wirkungsmöglichkeit den Boden entzogen, sondern vor allem auch die zionistische Position geschädigt. Die Tatsache, dass Sie bei Ihren Aktionen allzu oft Einzeldinge – zuletzt eine nebensächliche Personalfrage – in den Vordergrund stellten, verhindert jeden grundsätzlichen Erfolg der zionistischen Bewegung, erschwert es uns, neue Verhält-

38 Vgl. CAHJP: P82-21 Georg Loewenberg an Dr. Sammy Gronemann, 23. Juni 1933.

39 Nach dem Austritt der zionistischen Fraktion aus der Jüdischen Volkspartei wurde der Rest der Partei unter Kareskis Führung 1934 in den Jüdischen Volksbund umfunktionierte. Siehe dazu Jüdische Rundschau, 6. November 1934. Am 7. November 1934 traten die zwei Gemeindefraktionen in Berlin zusammen und versuchten, die beiden Gruppen wieder zu vereinen. Das misslang ihnen jedoch vor allem auch deshalb, weil Kareskis Gruppe sich der Disziplin der ZVfD nicht unterordnen wollte. Vgl. CZA: A142/53-4, Niederschrift über die Sitzung der von den beiden Gemeindefraktionen eingesetzten Kommission am 7. November 1934, 8. November 1934.

40 Levine, A Jewish Collaborator, S. 259 f.

nisse in der Gemeinde zu schaffen und den Zionismus mit politischer Wirkung zu vertreten.«⁴¹

Kareski ignorierte dieses Schreiben sowie andere Mitteilungen von der ZVfD bis zum August. Zu diesem Zeitpunkt informierte er die ZVfD, dass er die Befehlsgewalt ihres Exekutivkomitees nicht anerkenne, ihn aus seiner Stellung in der Berliner Gemeinde zu entlassen.⁴² Georg Landauer antwortete Kareski am 30. August, das Exekutivkomitee der ZVfD sei vom Vorstand in einer Sitzung am 2. Juli ermächtigt worden, ihn aus der ZVfD auszuschließen.⁴³

Nach seinem Ausschluss aus der ZVfD im August wandte sich Kareski der revisionistischen Bewegung offiziell erst 1934 zu, als bekannt gegeben wurde, dass er der Staatszionistischen Organisation als Präsident vorstehen werde. Als neue Organisation in der jüdischen Gemeinde weigerten sich die Staatszionisten, die Reichsvertretung zu unterstützen. Sie interpretierten die beschränkte Zusammenarbeit zwischen dem Centralverein und der ZVfD in der Reichsvertretung als Beweis dafür, dass die ZVfD ebenfalls assimilatorische Bestrebungen hatte. Die Staatszionisten befürchteten auch, dass sie sich über eine Vorherrschaft der ZVfD und des Centralvereins in der Reichsvertretung und in der Folge im gesamten deutschen Judentum nicht hinwegsetzen könnten. Kareski behauptete später, dass diese Art von nationaler Organisation jeglichen Einfluss der Revisionisten auf kommunaler und Landesebene zunichtegemacht habe.⁴⁴ Das beste Beispiel dafür war der Einfluss der Jüdischen Volkspartei in der jüdischen Gemeinde Berlins. Die Zusammensetzung und Aktivitäten der Reichsvertretung zeigten deutlich auf, dass die Revisionisten unter deutschen Juden nur schwach vertreten waren und die Staatszionisten diesen Umstand als Hindernis betrachteten.

Kareski hielt sich von Dezember 1933 bis Ende Februar 1934 in Palästina auf. In seiner Zeugenaussage in Jerusalem im Jahre 1937 gab er an, dass ihn die deutschen Zionisten einige Monate vor April 1934 gebeten hatten, an der Spitze einer neuen revisionistisch-zionistischen Organisation zu stehen und er einige Bedingungen gestellt habe, bevor er dieser Bitte nachkam. Die wichtigste Bedingung war, dass alle revisionistischen Fraktionen ihren seit 1931 bestehenden Zwist beendeten. Dieser Auffor-

41 CAHJP: P82/16, Blumenfeld an Kareski, Mai 1933.

42 Vgl. CAHJP: P82-17, Kareski an die ZVfD, 7. August 1933.

43 CAHJP: P82-16, ZVfD (Landauer) an Kareski, 30. August 1933.

44 Vgl. CAHJP: P82-25b, Kareskis Stellungnahme vom 20. Dezember 1937; Levine, *A Jewish Collaborator*, S. 259.

derung wurde anscheinend nachgekommen, und Kareski wurde im April 1934 zum Präsidenten der Staatszionistischen Organisation ernannt.

Ab 1934 war Kareskis neue Staatszionistische Organisation in Feindseligkeiten mit der Führungsspitze der ZVfD verstrickt. Beweise dafür lassen sich in Kareskis Klage gegen den HOG vor einem Rabbinatsgericht in Jerusalem im Jahre 1937 finden.⁴⁵ Kurz nach Kareskis Emigration im Oktober 1937 veröffentlichte der HOG in seinem Nachrichtenblatt schwere Anschuldigungen gegen diesen wegen seiner Aktivitäten in Deutschland zwischen 1934 und 1937, als er Präsident der Staatszionistischen Organisation gewesen war. Der HOG brachte insgesamt vier Anschuldigungen vor: erstens habe Kareski mithilfe der NS-Behörden und gegen den Willen aller jüdischen Organisationen versucht, sich dem gesamten deutschen Judentum als »Oberhaupt« aufzudrängen. Zweitens sei er bestrebt gewesen, die ZVfD zu zerstören, indem er sie als marxistische Organisation dargestellt habe, die aktiv die jüdische Assimilation propagiere. Drittens habe er zugelassen, dass Siegfried Moses, der damalige Präsident der ZVfD, in der Zeitung *Das Jüdische Volk*⁴⁶ bedroht wurde. Viertens sei er als Direktor der Ivria Bank, die 1937 zusammengebrochen war, aufgrund fraglicher Geschäftspraktiken für den Ruin vieler kleiner jüdischer Handwerks- und Handelsbetriebe verantwortlich. Allen vier Anklagepunkten des HOG wurde gerichtlich stattgegeben.⁴⁷

In Anbetracht dieser Anschuldigungen, besonders der ersten drei, muss an dieser Stelle Georg Kareskis Tätigkeit als Präsident der Staatszionistischen Organisation sowie die Dreiecksbeziehung zwischen Staatszionisten, ZVfD und NS-Regime zwischen 1934 und 1937 beleuchtet werden. Die ersten drei Anschuldigungen warfen direkt oder indirekt Fragen zu Kareskis Beziehung zum NS-Regime sowie zur Rolle auf, die das Regime in der Verfolgung der staatszionistischen Ziele und beim Konflikt mit der ZVfD gespielt hatte. Keine zionistische oder jüdische

45 Siehe für eine unvollständige Abschrift des Verfahrens CAHJP: P82/22. Dem Verband der Immigranten aus Deutschland (HOG) gehörten deutsche Zionisten mit vollkommen unterschiedlichen politischen Ansichten an, darunter auch Revisionisten, die nach Palästina ausgewandert waren. Er war keine politische Partei, obwohl ehemalige Mitglieder der ZVfD eine Vormachtstellung in der Organisation innehatten. Im Präsidium waren damals Kurt Blumenfeld, Ernst Levy, Fritz Loewenstein, Julius Rosenfeld, Kurt Rupp, Meinhold Nussbaum und Max Kreuzberger vertreten.

46 Dieses Blatt wurde zum offiziellen Sprachrohr der Staatszionistischen Organisation, nachdem Der Staatszionist 1935 seine Veröffentlichung eingestellt hatte.

47 CZA: A142/87-39, »Das Urteil des palästinensischen Rabbinatsgerichts gegen Georg Kareski« (undatiert).

Organisation konnte es sich in Deutschland nach 1933 leisten, in einer öffentlichen Stellungnahme der Politik des Regimes und vor allem der Judenpolitik zu widersprechen. Es war daher klar, dass die Staatszionisten wie ihre Amtsgenossen in der ZVfD keine andere Wahl hatten, als Maßnahmen zuzustimmen, die sie eigentlich ablehnten.

Ein Beispiel dafür ist die Position, die Kareski und die Staatszionisten zum Ha'avara-Transfer-Abkommen vom August 1933 bezogen. Vom 18. Zionistischen Kongress in Prag im August 1933 bis zum Ende der dreißiger Jahre stellte sich die internationale revisionistische Bewegung gegen dieses Abkommen.⁴⁸ In Deutschland hatten Kareski und seine Organisation dagegen keine andere Wahl, als das Ha'avara-Abkommen zu unterstützen, wenn auch in gemäßigter Form. Kareski und die anderen deutschen Revisionisten zogen es vor, das Abkommen zu ignorieren und nicht viel darüber zu sagen oder zu schreiben. Sie hofften, dass ihre Beziehung zum NS-Regime dadurch keinerlei Schaden erleiden werde und sie eine Vormachtstellung gegenüber der ZVfD erreichen könnten. In einem Artikel mit dem Titel *Die Chance zur Lösung der Judenfrage*, der Kareski und die Staatszionisten kritisierte und im *Israelitischen Gemeindeblatt* wahrscheinlich 1935 erschien, wurde festgestellt, dass Kareski sich dennoch in einer Rede in Mannheim im selben Jahr positiv zum Ha'avara-Abkommen geäußert hatte.⁴⁹ Kareskis umfassender Emigrationsplan aus dem Jahre 1935 beinhaltete ebenfalls eine Zuwendung zum Transferprozess, obwohl das Ha'avara-Abkommen nicht wörtlich genannt wurde. Im Gegensatz zu den Revisionisten außerhalb Deutschlands lehnte jedoch dieser Plan die internationale antideutsche Boykottbewegung ab. Kareski schlug darum vor, die deutsch-jüdische Emigration auch als Chance für deutsche Waren zu propagieren:

»Dem Boykott deutscher Waren im Ausland muss mit aller Entschiedenheit unter Hinweis auf die entgegenstehenden Interessen der gesamten Judenheit entgegen gewirkt werden. Die Juden aller Länder sind aufzufordern, im Interesse einer beschleunigten Durchführung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland so viel als möglich deutsche Waren zu kaufen.«⁵⁰

48 Vgl. Black, *The Transfer Agreement*, S. 312 f.

49 CAHJP: P82-38, »Die Chance zur Lösung der Judenfrage«, in *Israelitisches Gemeindeblatt* (undatiert).

50 CAHJP: P82-31, »Die Durchführung des nachstehenden Planes einer Aussiedlung der in Deutschland lebenden Juden« (undatiert). Vgl. auch den Brief von Dr. Siegfried Stern von der Staatszionistischen Organisation an das deutsche Auswärtige Amt, in dem er den Boykott ablehnt. PA: R99346, Inland II A/B, 83-

Jabotinskys Gründung einer unabhängigen Neuen Zionistischen Organisation in Wien im Sommer 1935 stellte zwar für die Staatszionisten eine Gefahrenquelle dar, gab ihnen jedoch auch die Möglichkeit, ihren Wert bei den deutschen Behörden unter Beweis zu stellen.⁵¹ Die deutsche Botschaft in Wien entsandte einen Beobachter zur ersten Tagung der NZO und erstattete in Berlin darüber Bericht. Unter anderem wurde festgestellt, dass die neue Organisation den internationalen Wirtschaftsboykott sehr unterstütze und das Ha'avara-Abkommen vollständig ablehne.⁵² In Deutschland brachte die revisionistische Zeitung *Der Staatszionist* am 25. August zumindest einen entschieden neutralen Bericht über die Wiener Tagung, der sich jeder redaktionellen Meinung enthielt. Kareski scheint mit Jabotinsky und der Führungsspitze der NZO Kontakt gehalten zu haben. Er versuchte auf Anregung der deutschen Regierung vergebens, sie zu überzeugen, von einem aktiven Boykott abzusehen. In einem kurzen Bericht der Abteilung II-112 des Sicherheitsdienstes zur NZO vom Dezember 1936 wurde die deutsche Staatszionistische Organisation anscheinend nicht verdächtigt, Verbindungen zur NZO aufrechterhalten zu haben.⁵³

Eine weitere Frage zu den möglicherweise schädlichen Folgen für die Staatszionistische Organisation in Deutschland stellte sich, als die Empfehlungen der Peel-Kommission zu Palästina im Juli 1937 diskutiert wurden. Die Kommission hatte vorgeschlagen, dass das palästin-

21, Bd. 1, Siegfried Stern an das Auswärtige Amt, 23. Januar 1935. Die Akten des Auswärtigen Amtes enthalten auch zahlreiche Berichte von deutschen diplomatischen Missionen und der Gestapo. Sie alle nehmen zur zentralen Rolle Stellung, die die beiden revisionistischen Organisationen außerhalb von Deutschland in der Boykottbewegung spielten. Vgl. z.B. PA: R99532, Inland II A/B, 83-63, Bd. 3, Geheimes Staatspolizeiamt an das Auswärtige Amt, II I B2-61426/J.162/35, 6. Februar 1935; R99332, Inland II A/B, 83-20, Bd. 3, Deutsches Konsulat/Genf an das Auswärtige Amt, Po.22, 20. September 1935.

51 Siehe für die Berichte über Versuche im Jahre 1934 und 1935, die Jabotinskys Welt-Union und die WZO in letzter Minute unternahmen, um über ihre Differenzen hinwegzukommen und den Anschein der zionistischen Einheit zu wahren, sowie Artikel, die die dadurch entstehende Verwirrung an der revisionistischen Basis beschreiben, Jüdische Rundschau, 12. Oktober 1933, 9. November 1933, 11. Januar 1935, 18. Januar 1935 und 30. April 1935.

52 PA: R99332, Inland II A/B, 83-20, Bd. 3, Deutsche Gesandtschaft/Wien an das Auswärtige Amt, B4441, 19. September 1935. Eine Kopie dieses Berichts wurde am 30. September vom deutschen Auswärtigen Amt an alle diplomatischen Missionen des Landes geschickt.

53 Siehe BArch: R58, 544, II-112 an II-I, A.Z. 1956/36, Betr. »Ausbau der Arbeit der Abt. II-112 im Jahre 1937«, 18. Dezember 1936.

sische Mandatsgebiet in einen unabhängigen arabischen und jüdischen Staat geteilt werden sollte und wichtige Gebiete unter britischer Oberhoheit verbleiben sollten. Zum ersten Mal in ihrer kurzen Geschichte war die zionistische Bewegung mit der Aussicht konfrontiert, dass ein dem Namen nach unabhängiger Staat in einem Teil von Palästina entstehen könnte. Revisionisten in Deutschland und anderen Ländern hatten bereits seit einiger Zeit die sofortige Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates in ganz Palästina und in Transjordanien gefordert, obwohl der jüdische Bevölkerungsanteil sich Ende der dreißiger Jahre in Palästina auf weniger als ein Drittel belief. Revisionisten auf der ganzen Welt waren über die Empfehlung der Peel-Kommission empört, einen jüdischen Staat in einem relativ kleinen Teil des Mandatsgebiets zu gründen, da ein solcher Staat nicht das gesamte Palästina und Transjordanien umfassen sollte.

Diese Frage versuchten Kareski und die deutschen Staatszionisten ebenfalls öffentlich zu umgehen. Wie bereits in Kapitel 4 festgestellt, stellte sich das NS-Regime vehement gegen den Peel-Plan, der die Teilung Palästinas und die Schaffung eines kleinen, dem Namen nach unabhängigen jüdischen Staates beinhaltete. Wenn sich die Staatszionisten der außerdeutschen revisionistischen Kritik und dem Widerstand gegen den Plan angeschlossen hätten, wäre die Aufmerksamkeit darauf gelenkt worden, dass die Revisionisten eine Teilung Palästinas zwar komplett ablehnten, dass sie aber die Errichtung eines viel größeren jüdischen Staates in Palästina forderten. Die Nationalsozialisten widersetzten sich natürlich jeder Art eines jüdischen Staates in Palästina oder an einem anderen Ort der Welt.

Während des Sommers 1937 korrespondierte Jabotinsky mehrmals mit Kareski, um seinen Rat und seine Unterstützung einzuholen. Auch versuchte er, ein Treffen zu arrangieren, damit der Plan vereitelt werden konnte.⁵⁴ Als im Februar 1937 bereits Spekulationen über die letztendlichen Empfehlungen der Peel-Kommission zirkulierten, sprach Kareski dieses Thema öffentlich an. In einer Rede vom Februar mit dem Titel *Dennoch Judenstaat! Unsere Antwort an die Königliche Kommission* befasste er sich eingehend mit den Problemen der polnischen Juden sowie mit den Nachteilen der offiziellen zionistischen Position, insbesondere jener von Chaim Weizmann, bei der Befragung durch die Royal Commission

54 CAHJP: P82-18, Jabotinsky an Kareski, 28. Juli 1937; Jabotinsky an Kareski, 20. Juli 1937; Jabotinsky an Kareski, 10. August, 1937; Jabotinsky an Kareski (Postkarte), 3. September 1937.

in Jerusalem.⁵⁵ Kareski kritisierte, dass den revisionistischen Zionisten nicht erlaubt worden war, ihre Sicht vor der Kommission ebenfalls vorzustellen. Zwar erwähnte er die jüdischen Rechte in Palästina am Ende seiner Rede, doch ließ er erst im letzten Satz durchblicken, dass er für die Errichtung eines jüdischen Staates eintrat. Er stellte fest, dass die Frage des »Großzionismus« und des »Kleinzionismus« die Bewegung spalte, und betonte, dass sich die Revisionisten außerhalb Deutschlands mit der WZO zu diesen und anderen Themen kaum einigen könnten. Das Thema des jüdischen Staates sprach er nicht an.⁵⁶

Kareski und die Staatszionistische Organisation passten sich nicht nur passiv an die politischen Vorgaben des NS-Regimes an, sondern nahmen auch aktiv den Kampf gegen die Assimilation und für das Vorantreiben der jüdischen Emigration auf, wie es die Nationalsozialisten forderten. Wie die ZVfD wollten sie das Vertrauen der Behörden gewinnen, damit deutsche Juden unter den bestmöglichen Umständen auswandern konnten. Ihre Bemühungen zielten jedoch auch darauf ab, die ZVfD als maßgebende Kraft im deutschen Zionismus zu ersetzen und die gesamte deutsch-jüdische Gemeinschaft nach Erez Israel zu »führen«. Als Kareskis Fall von einem Jerusalemer Gericht 1937 angehört wurde, ging es genau um diesen aktiven Einsatz bei den deutschen Behörden und allen damit verbundenen Kontroversen.

Während der dreißiger Jahre zeigte Kareski einen großen Einsatzwillen im Umgang mit den grundlegenden Zielen der NS-Judenpolitik. Es handelte sich dabei nicht nur um die erforderliche, wenn auch widerwillige Zusammenarbeit mit dem Regime, um die Emigration der Juden aus Deutschland zu ermöglichen, wie sie von der ZVfD praktiziert wurde. Kareski ging noch weiter und identifizierte sich aktiv innerhalb der jüdischen Gemeinschaft mit den Zielen der NS-Judenpolitik. 1934 und 1935 stellte Kareski in einigen Reden vor revisionistischen Ortsgruppen fest, dass die Beendigung des jüdischen Lebens in Deutschland, eines der Ziele der NS-Regierung, positiv einzuschätzen sei und das gesamte deutsche Judentum dieses grundlegende Element des Zionismus enthusiastisch begrüßen solle. In einer Rede in Stuttgart mit dem Titel *In zwölfter Stunde: Rettung oder Untergang des jüdischen Volkes* meinte

55 CAHJP: P82-31, »Dennoch Judenstaat! Unsere Antwort an die Königliche Kommission«, Referat von Herrn Dir. Kareski auf der Kundgebung am 10. Februar 1937.

56 Die WZO lehnte zwar die Grenzen eines von der Royal Commission vorgeschlagenen jüdischen Staates ab, akzeptierte jedoch die Teilung im Prinzip, da sie zu einem viel größeren jüdischen Staat geführt hätte.

Kareski, dass die erzwungene Absonderung der Juden aus der deutschen Kultur und ihre Entfernung aus Deutschland ein Gewinn wäre, vor allem für den Zionismus in Deutschland.⁵⁷ Taktische Unterschiede zwischen Kareski und der ZVfD traten in Behauptungen des Präsidenten der Staatszionisten zutage, dass die ZVfD eine unvergleichliche Chance verpasse. Mit der Formel »Ein Volk! ein Land! ein Gott!« beendete Kareski sein Rede.

Kareski widmete sich diesem Thema in einer wahrscheinlich im Jahre 1935 gehaltenen Rede mit dem Titel *Liquidation des deutschen Judentums: Konkurs oder Zwangsvergleich?*⁵⁸ Nachdem er die »ganze Ohnmacht und sterile Impotenz« der Reichsvertretung und ihrer Parteigänger in der ZVfD und im Centralverein verurteilt hatte, stellte er fest, die deutschen Juden müssten erkennen, dass die gegenwärtige Situation sowohl für sie als auch für das deutsche Volk von Vorteil sei. Er forderte das jüdische Volk auf, seine Energien in eine ordnungsgemäße »Liquidation« fließen zu lassen und warnte vor der gefährlichen Illusion, das Regime werde seine Politik ändern. Kareski behauptete auch, die Judenpolitik des Regimes brächte die Wünsche des deutschen Volkes zum Ausdruck und werde alle Rechte der Juden in Deutschland abrupt abschaffen. So stellte er fest, dass die jüdische Gemeinschaft in Deutschland bereits vor 1933 in Auflösung begriffen gewesen sei, da sie immer weniger Mitglieder zählte. Er forderte die deutschen Behörden auf, junge Juden zu unterstützen, wenn sie sich auf ein Berufsleben außerhalb von Deutschland vorbereiten wollten. Außerdem sollte das Regime wirtschaftliche Schwierigkeiten bei der Auswanderung aus dem Weg räumen und Juden von weiteren im Prozess anfallenden Lasten befreien. Er argumentierte: »Es lohnt sich, wie ich glaube, auch vom deutschen Standpunkt aus zu prüfen, ob nicht eine solche Loslösung ohne Groll und Verbitterung angestrebt werden soll.«⁵⁹ Er schloss seine Rede mit dem Gedanken, dass die Situation des Landes den deutschen Juden ungeahnte Möglichkeiten eröffnen werde: »[A]n Stelle der aufzugebenden Verwurzelung im deutschen Wirtschafts- und Kulturbereich, unserem Leben einen neuen Inhalt und seinen tiefsten Sinn zu geben durch schöpferische Mitarbeit am Aufbau des Judenstaates, der allein für die durch die Jahrtausende schleichende

57 CAHJP: P82-38, »In zwölfter Stunde: Rettung oder Untergang des jüdischen Volkes« (undatiert).

58 CAHJP: P82-31, »Liquidation des deutschen Judentums: Konkurs oder Zwangsvergleich?« (undatiert).

59 Ebd.

Krankheit der Judenfrage hier und anderwärts die endgültige Heilung bringen kann.«⁶⁰

Kareskis Vorstellung einer ordnungsgemäßen »Liquidierung« der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland durch eine Zusammenarbeit zwischen deutschen Juden und Nationalsozialisten führte dazu, dass die Staatszionisten den NS-Behörden in Berlin besondere Vorschläge für den Emigrationsprozess unterbreiteten.⁶¹ In einem im August 1935 veröffentlichten Leitartikel im *Staatszionist* forderte Chefredakteur Max Schulmann, dass ein Auswanderungskommissar ernannt werden sollte.⁶² Schulmann schrieb, unter den Vertretern der jüdischen Gemeinden in Deutschland gebe es niemanden, der solch eine Aufgabe erfolgreich erfüllen könne, und dass dazu ein starker Wille und eine starke Hand vonnöten seien. Es bräuchte laut Schulmann »einen Juden, der von der Regierung die Vollmacht erhält, alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, die Umsiedlung einer halben Million Menschen mit Umsicht und Ordnung einzuleiten und energisch durchzusetzen.«⁶³ Er meinte, dass die legitimen Bedürfnisse in der jüdischen Gemeinschaft gewährleistet seien und eine geordnete Auswanderung und Umschulung gestattet werden müsse. Man müsse ihren Besitz berücksichtigen und die Armen unterstützen. Gleichzeitig stellte er aber auch fest, dass die deutschen Interessen zu schützen seien: Alle Juden sollten in den nächsten zehn Jahren Deutschland verlassen. Auf die deutsche Finanzwelt dürfe kein Druck ausgeübt werden, und der deutschen Wirtschaft dürften keine Probleme erwachsen. Einige Wochen später sandte Schulmann einen Brief an das deutsche Auswärtige Amt, in dem er behauptete, dass die einzige Lösung für die »Judenfrage« in der vollständigen Auswanderung deutscher Juden nach Erez Israel bestehe. Er bot dafür die volle Kooperation der Staatszionistischen Organisation an, da dieser der beste »Partner« für diesen Prozess sei:

»Das Interesse der deutschen Regierung an dieser Lösung kann als bekannt vorausgesetzt werden. Der Staatszionismus ist, wie an anderer Stelle dargelegt wurde, in der gleichen Weise daran interessiert, wenn auch von einem anderen Standpunkt aus [...]. Dieses gleichgerichtete Ziel führt beinahe zwangsläufig zu einer Kooperation, die von keiner

60 Ebd.

61 Vgl. Levine, *A Jewish Collaborator*, S. 269 f.

62 *Der Staatszionist*, 25. August 1935.

63 Ebd.

aussenstehenden Seite den Vorwurf einer unkorrekten Handlungsweise nach sich ziehen kann.«⁶⁴

Schulmann forderte zum wiederholten Mal die Ernennung eines Emigrationskommissars.

Zu einem gewissen Zeitpunkt (1935) bereitete Kareski einen offiziellen, umfassenden Vorschlag für die jüdische Emigration aus Deutschland vor.⁶⁵ Seine Erwartungen und Annahmen waren größtenteils dieselben, wie sie die ZVfD während der frühen Monate des NS-Regimes gehegt hatte. Er behauptete, dass sein Plan nur dann von Erfolg gekrönt sein könne, wenn die NS-Behörden erkennen würden, dass er im deutschen Interesse lag und von einer vom deutschen Judentum eingesetzten Behörde durchgeführt werde, die der deutschen Regierung und der jüdischen Gemeinschaft verantwortlich sei. Kareskis Vorschlag enthielt zwölf Punkte, die größtenteils seine vorhergehenden Aussagen und Meinungen sowie das in Kapitel 3 beschriebene Memorandum der Staatszionistischen Organisation aus dem Jahr 1935 wiederholten.⁶⁶ Er bestand darauf, dass Juden das Recht des deutschen Volkes anerkennen müssten, die Gesellschaft neu zu organisieren und die jüdische Präsenz im Land abzulehnen. Die Stellung der Juden in dieser Gesellschaft sollte als die eines Gastes definiert werden. Kareski meinte ferner, dass es weder im deutschen noch im jüdischen Interesse läge, diesen Wünschen entgegenzuwirken. Der Plan wies auch auf die Probleme und Schwierigkeiten im Emigrationsprozess hin und rief die deutschen Behörden zu Geduld und Toleranz auf, bis dieser abgeschlossen sei. Kareski betonte dabei, dass die deutsche Regierung den jüdischen Emigrationsstrom zu einem Ziel leiten solle, nach dessen Erreichen keine neue »Judenfrage« entstehen könne. Dieses Ziel sei Palästina. Um den Emigrationsprozess so reibungslos und schnell wie möglich abzuwickeln, rief der Plan die deutsche Regierung dazu auf, den Juden die größtmögliche wirtschaftliche Freiheit zu gewähren und ihnen eine Existenzgrundlage zu sichern, während sie sich noch in Deutschland aufhielten. Jüdischen Auswanderern solle erlaubt werden, einen Teil ihrer Vermögenswerte mit sich zu nehmen, damit ihnen die Einreise nach Palästina erleichtert würde.

64 PA: R99348, Inland II A/B, 83-21, Bd. 3, Max Schulmann an das Auswärtige Amt, 11. September 1935. Vgl. auch *Der Staatszionist*, 20. Juni 1935 und 25. September 1935.

65 CAHJP: P82-31, »Die Durchführung des nachstehenden Planes einer Aussiedlung der in Deutschland lebenden Juden« (undatiert).

66 USHMM: 11.001M.01, 30217, »Totale Lösung der Judenfrage in Deutschland. Der Staatszionismus, der natürliche Vollstrecker dieser Aufgabe« (undatiert).

Gleichzeitig forderte Kareski jüdische Auswanderer dazu auf, zu verstehen, in welcher schwieriger Lage sich die deutsche Wirtschaft befand. Es sei deshalb unmöglich, ihr gesamtes Vermögen mitzunehmen. Laut seinem Plan sollte Juden mit beruflichen Fähigkeiten, die in Palästina gefragt waren, die Auswanderung erleichtert werden. Das betraf vor allem junge Menschen. Personen über sechzig sollten nicht zur Emigration gezwungen, sondern ihnen sollte gestattet werden, den Rest ihres Lebens ungestört in Deutschland zu verbringen. Kareski betonte zudem, Juden sollten generell Deutschland nicht verlassen müssen, bis sie eine Einreisebewilligung in ein anderes Land hätten. Er forderte ebenfalls, Umschulungsprogramme für junge Menschen zu unterstützen, damit sie sich auf das Leben in Palästina vorbereiten könnten. Außerdem sollte die jüdische Gemeinschaft ihre eigenen Vermögenswerte beisteuern, um die Emigrationskosten für einkommensschwächere Juden zu bezahlen. So wäre es möglich, den Auswanderungsprozess nach Palästina fortzusetzen und zu verbessern. Kareski unterstützte damit indirekt einige der Errungenschaften der ZVfD, ohne diese beim Namen zu nennen. Dazu gehörte das Ha'avara-Transfer-Abkommen sowie das System der beruflichen Umschulungszentren. Zu guter Letzt forderte Kareski alle Juden in Deutschland auf, sich dem antideutschen Boykott zu widersetzen. Juden in der ganzen Welt sollten zum Ankauf von deutschen Waren aufgefordert werden, damit ein reibungsloser, ordnungsgemäßer und für beide Seiten vorteilhafter Emigrationsprozess der Juden aus dem Reich vonstattengehen könne.

Der umstrittenste Vorschlag in seinem Plan war, dass eine zentrale Auswanderungsbehörde eingesetzt werden sollte, die von der deutschen Regierung ernannt werden und den gesamten Emigrationsprozess überwachen sollte. Solch eine Behörde wäre letztlich der Reichsvertretung und anderen jüdischen Organisationen übergeordnet gewesen. Direkt griff Kareski die Reichsvertretung an, beklagte sich über den angeblichen Mangel einer zentralen Führungskraft in der jüdischen Gemeinschaft und kritisierte das Fortbestehen der Konflikte innerhalb derselben. Kareski nahm unwissentlich die Errichtung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVe) im Jahre 1939 vorweg, als er die deutsche Regierung dazu aufforderte, ein zentrales, einheitliches Organ einzusetzen, das die finanziellen Angelegenheiten in der jüdischen Gemeinschaft und die Emigration regeln sollte. Er formulierte vorsichtig, dass dieser Behörde die aktive Mitarbeit aller am Emigrationsprozess beteiligten jüdischen Organisationen und Vereine zugesichert würde. Kareski ließ wenig Zweifel daran, wer diesem Organ als Kommissar vorstehen könnte und wollte eine Besprechung mit den NS-Behörden

organisieren, um jüdische Funktionäre für diese neue Emigrationsbehörde auszuwählen.

Obwohl das Regime bereit war, den Zionismus und die zionistische Bewegung dazu zu nutzen, den deutschen Juden die Emigration und die Abwendung von der deutschen Kultur zu erleichtern, ging Kareski von der naiven und anmaßenden Vorstellung aus, dass die NS-Regierung mit einem Juden oder einer jüdischen Organisation die Verantwortung für die Formulierung und Durchführung ihrer Judenpolitik teilen werde. Dieser Irrtum wurde deutlich, als die Polizei ein zentralisiertes Emigrationsbüro errichtete, das der SS und nicht den Zionisten unterstand. Dieses wurde 1938 nach dem »Anschluss« Österreichs in Wien unter Eichmann eröffnet. Im Januar 1939 wurde die Befugnisgewalt von Berlin auf Großdeutschland ausgedehnt. In diesem zentralisierten Emigrationsprozess spielten autonome jüdische Organisationen sowie die Reichsvertretung keine Rolle. 1938 wurden sie alle abgeschafft und im Jahr 1939 durch die vollständig kontrollierte Reichsvereinigung ersetzt, die als Arm der allmächtigen SS-Emigrationsbehörde fungieren musste.

Die Veröffentlichung der Nürnberger Gesetze im September 1935 gab Kareski die Gelegenheit, seine aktivistischen Methoden unter geänderten Umständen fortzusetzen. Das am 2. Oktober 1935 geführte und am 23. Dezember 1935 in Goebbels' Zeitung *Der Angriff* veröffentlichte Interview mit Oskar Liskowsky, einem Hans Hinkel unterstellten Mitarbeiter im Propagandaministerium, wurde bereits in Kapitel 4 besprochen.⁶⁷ Die Zustimmung, die Kareski in jenem Interview dem in den Nürnberger Gesetzen formulierten Verbot von Mischehen und der vorgeschriebenen Absonderung der jüdischen Gemeinschaft von der »arischen« Mehrheit ausdrückte, rief unter Zionisten wie auch Nichtzionisten negative Reaktionen hervor. Sie empörten sich vor allem über seine Aussage, dass die Nürnberger Gesetze von jüdischer Warte aus betrachtet sehr positiv seien. Es ist wahrscheinlich, dass die meisten säkular eingestellten Zionisten, darunter vielleicht auch Kareski selbst, dem Verbot von Mischehen nicht zustimmten, selbst wenn sie sich über ihre schrittweise Reduzierung nicht beklagten. Es ist auch unwahrscheinlich, dass ZVfD-Funktionäre diese Plattform benutzt hatten, um solch eine Aussage zu machen. Kareski brachte im Interview nur einen einzigen

67 Mit der Hilfe der Gestapo unterstützte Hinkel im Jahre 1935 Kareskis Kandidatur zum Direktor des Reichsverbands jüdischer Kulturbünde. Angesichts des fast einstimmigen Widerstandes gegen diese Kandidatur vonseiten der Reichsvertretung und der ZVfD wurde Kareski durch Benno Cohn vom ZVfD ersetzt. Vgl. Levine, *A Jewish Collaborator*, S. 266-268.

indirekten Einwand gegen die Gesetze vor. Dieser richtete sich gegen die Bestimmungen, die die Staatsbürgerschaft von Juden neu definierten. Zu seinem vorherigen Plan der schrittweisen »Liquidierung« des jüdischen Vermögens und der Auswanderung nach Palästina gehörte die traditionelle zionistische Vorstellung, dass Juden ein relativ freies wirtschaftliches Dasein und der volle Rechtsschutz gewährleistet sein würde, solange sie sich in Deutschland aufhielten. Kareski qualifizierte seine Unterstützung der Nürnberger Gesetze demnach folgendermaßen, da er die Auswirkungen des im Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 definierten Status als Bürger zweiter Klasse auf die Mindestbedingungen fürchtete: »Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 scheinen mir, von ihren staatsrechtlichen Bestimmungen abgesehen, ganz in der Richtung auf diese Respektierung des beiderseitigen Eigenlebens zu liegen.«⁶⁸

Kareskis aktivistisches Herangehen an die neuen Realitäten jüdischen Lebens im Nationalsozialismus war, wie bereits festgestellt, naiv und anmaßend zugleich. Er verfolgte wohl dieselben Ziele wie seine Kritiker in der ZVfD. Seine Vorschläge für die Emigration der deutschen Juden nach Palästina basierten sicherlich auf einer Logik, die die allgemeinen zionistischen Prinzipien widerspiegelte. Viele seiner spezifischen Vorschläge wurden auch von der ZVfD umgesetzt, oder zumindest versuchte die Organisation es. Seine Mittel zum Zweck unterschieden sich jedoch manchmal in Stil und Inhalt und basierten anscheinend auf einer falschen Prämisse, dass die zur Auswanderung der jüdischen Gemeinschaft aus Deutschland etablierte Arbeitsbeziehung zwischen dem Zionismus und dem Nationalsozialismus auf gegenseitigem Respekt gleichberechtigter nationaler Bewegungen fußen könnte. Nichts war weiter von der Wahrheit entfernt, wie die ZVfD bereits 1933 herausgefunden hatte. Es handelte sich hier um eine Beziehung zwischen ungleichen Parteien. Eine Seite hielt die gesamte Macht in Händen und benutzte die andere skrupellos als ein Werkzeug ihrer Politik. Als legitimen Partner zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele hätten die Nationalsozialisten die Zionisten niemals akzeptiert.

Nichts belegt diesen Umstand besser als die Reaktion der deutschen Behörden auf Kareskis Aktivität. Kareski selbst sagte 1937 vor dem Rabbinatsgericht in Jerusalem aus, den Staatszionisten sei verglichen mit anderen jüdischen Organisationen keine Sonderbehandlung vonseiten der Behörden zuteilgeworden. Die einzige Sondergenehmigung, die die Polizei an die revisionistische Jugendbewegung Nationale Jugend Herzlia erließ, war eine Uniformgenehmigung bei geschlossenen Veranstaltungen.

68 Der Angriff, 23. Dezember 1935.

gen.⁶⁹ Die deutschen Akten belegen die meisten Behauptungen Kareskis. Anschuldigungen, er habe seine vermeintlich engen Beziehungen zur Behörde dazu genutzt, die ZVfD zu schwächen, laufen vermutlich ins Leere, weil eine solche Beziehung einfach nicht bestand und Kareski so, selbst wenn er gewollt hätte, der ZVfD keinen Schaden hätte zufügen können. Die NS-Behörden standen den Staatszionisten teils gleichgültig gegenüber, teils fielen sie ihnen als verdächtig auf. Auf keinen Fall gaben sie ihnen aber den Vorzug vor der ZVfD. Es deutet auch nichts darauf hin, dass irgendeine Regierungs- oder Parteistelle die Staatszionistische Organisation als ein nützlicheres Werkzeug als die ZVfD bei der Vertreibung der Juden aus Deutschland betrachtete.

Nachdem der SD und die Gestapo nach 1936 eine immer wichtigere Rolle bei der Formulierung und Ausführung der NS-Judenpolitik spielten, begannen sie sich für Kareski und die Staatszionistische Organisation zu interessieren. Im SD bereitete die Abteilung II-112 im Frühjahr 1936 einen Bericht zu den verschiedenen zionistischen Gruppen vor, darunter auch zur Staatszionistischen Organisation.⁷⁰ In diesem Bericht wurden drei Tendenzen in der zionistischen Bewegung beschrieben: eine immer kleiner werdende Gruppe sei überhaupt nicht an der Emigration interessiert. Eine große, als Konjunkturzionisten beschriebene Gruppe interessiere das Konzept des jüdischen Volkes in abstrakter Hinsicht, sie sei ihren Überzeugungen und ihrer Einstellung nach jedoch nicht nationaljüdisch eingestellt. Sie stand einem jüdischen Palästina gleichgültig gegenüber und würde niemals auswandern wollen. Die dritte Gruppe umfasse Zionisten, die »mit ausgeprägtem Fanatismus immer wieder agitieren und für eine Verteidigung Palästinas, erforderlichenfalls mit Waffengewalt«, eintreten würden. Diese letztgenannte Gruppe bestehe aus Mitgliedern der alten Garde und auch immer mehr Staatszionisten. Der Bericht beschrieb in der Folge die Staatszionisten im Detail und beleuchtete ihre allgemeinen revisionistischen Prinzipien, ihre Organi-

69 CAHJP: P82-24a, Materialien für die Verhandlungen vor dem Beth Din. Angaben über die öffentliche Tätigkeit, eingeteilt in 3 Abschnitte (undatiert). Die Nationale Jugend Herzlia zählte ca. 500 Mitglieder. Die Organisation hieß vor 1933 Betar, benannte sich aber um, nachdem sie mit Jabotinskys Bewegung alle Kontakte abbrach. Vgl. CZA: S5/549, ZVfD/Jerusalem an die Jewish Agency/Jerusalem, 24. Dezember 1937. Siehe zu Betar: Chaim Schatzker, *The Jewish Youth Movement in Germany in the Holocaust Period (I): Youth in Confrontation with a New Reality*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 32 (1987), S. 164 f.; Jehuda Reinharz, *Hashomer Hazair in Germany (II): Under the Shadow of the Swastika*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 32 (1987), S. 192 f.

70 BArch: R58, 991, Lagebericht der Abteilung II-112, April-Mai 1936.

sation und Jugendbewegung sowie einige Ortsgruppen in Deutschland. Der Report versuchte jedoch nicht, die Revisionisten in einem positiven Licht bzw. als eine Organisation hinzustellen, der eine Sonderbehandlung widerfahren solle oder die sich als besonders nützlich für die Judenpolitik des NS-Regimes erweisen würde. Ein weiterer Bericht der Abteilung II-II2 vom Oktober 1936 mit dem Titel *Die zionistische Weltorganisation* enthielt einige kurze Bemerkungen über die Unterschiede zwischen den zwei revisionistischen Organisationen im Ausland sowie Meier Grossmanns Judenstaatspartei und Jabotinskys Neuer Zionistischen Organisation. Die Staatszionistische Organisation in Deutschland wurde jedoch nicht erwähnt.⁷¹

Es ist aber belegt, dass der SD kurz in Betracht zog, Kareski einzusetzen, um ihn in Bezug auf die »Judenfrage« Geheimdienstarbeit leisten zu lassen. Diese Bemühungen sind besonders von der II-II2/3 dokumentiert, jener Abteilung unter Adolf Eichmann, der die zionistische Bewegung unterstellt war. Ein von der Abteilung II-II2 erstellter Bericht vom 17. Februar 1937 hält fest, dass die Behörde am 24. November 1936 mit Georg Kareski und Max Schulmann von der Staatszionistischen Organisation Gespräche führte und dass diese »für die Arbeit auf dem Sachgebiet von grossem Wert [waren].«⁷² Der Bericht geht aber auf keine Einzelheiten ein, z.B. wie diese Gespräche dem SD nutzten. Wie bereits in Kapitel 4 beschrieben, zog der SD im Verlauf des Jahres 1937 in Betracht, Kareski wegen seiner Kontakte mit Hagana-Mitglied Feivel Polkes einzusetzen. In Gesprächen zwischen Polkes, dem SD und der Gestapo in Berlin, die zwischen dem 26. Februar und dem 2. März 1937 erfolgten und bei denen Polkes Eichmann nach Palästina einlud, überlegte der SD anfangs, Kareski einzubeziehen. Wie bereits festgestellt, zeitigte Eichmanns Reise nach Palästina keine Folgen, und Kareski wurde in die Sache nicht verwickelt.⁷³

Die Anschuldigungen, die die HOG gegen Kareski in Jerusalem im Jahre 1937 vorbrachte, bezogen sich hauptsächlich auf seine Tätigkeiten in Bezug auf die ZVfD zwischen 1934 und 1937. Wie bereits an vorheriger Stelle erwähnt, enthielten drei der vier Anklagepunkte gegen ihn Behauptungen, er habe die deutschen Behörden in seine Bemühungen involvieren wollen, die ZVfD zu schwächen, um selbst aus dem Kon-

71 BArch: R58, 955, II-II2, Bericht: »Die zionistische Weltorganisation«, 20. Oktober 1936.

72 BArch: R58, 991, Tätigkeitsbericht I.10.36 - 15.2.37, II-II2-8/81, 17. Februar 1937.

73 Vgl. BArch: R58, 954, Bericht betr. Feivel Polkes, II-II2 984, 17. Juni 1937.

flikt als »Oberhaupt der jüdischen Gemeinschaft« hervorzugehen.⁷⁴ Die HOG beschuldigte ihn vor allem, jüdische Entscheidungsträger denunziert und seine Beziehung zur Gestapo im Kampf gegen erstere ausgenutzt zu haben. Weiter habe er mit Hilfe der Gestapo versucht, für sich und seine Anhänger auf Kosten anderer eine Stellung in der jüdischen Gemeinschaft Deutschlands zu erringen. Mit seinem Interview in der Zeitschrift *Der Angriff* habe er das jüdische Volk diffamiert. Richard Lichtheim nahm diese Anschuldigungen in seine *Geschichte des deutschen Zionismus* auf, weil sie durch wichtige Zeugen im Verfahren in Jerusalem im November 1937 belegt wurden.⁷⁵

Kareski gab im *Israelitischen Wochenblatt für die Schweiz* bereitwillig zu, Kontakte zur Polizei unterhalten zu haben, als er auf Vorwürfe, mit der Gestapo eng zusammengearbeitet zu haben, einging. Jüdischen Führungspersonlichkeiten sei während jener Jahre keine andere Wahl geblieben, als solche Kontakte zu knüpfen, stellte er klar. In einem Brief an die Zeitung schrieb er am 28. September: »Beziehungen zur Gestapo hat in Deutschland jeder politisch Tätige und muss sie haben.«⁷⁶ Er wies jedoch entschieden zurück, dass er diese Kontakte jemals auf unehrenhafte Weise genutzt hätte, und bezeichnete alle gegenteiligen Anschuldigungen als Rufmord. Er bestand in seiner Zeugenaussage vor dem Gericht in Jerusalem im November weiterhin darauf, dass er sich in seinem Umgang mit den deutschen Behörden nichts habe zuschulden kommen lassen, und gab, wie bereits an vorheriger Stelle erwähnt, indirekt zu, dass seine Beziehungen zur Gestapo sich letzten Endes nicht so gestaltet hatten, wie er es vermutet hatte. Er wies Vorwürfe zurück, er habe die Gestapo dazu benutzt, um ein Redeverbot über seine zionistischen und nichtzionistischen Gegner zu verhängen und sie verhaften bzw. vertreiben zu lassen.⁷⁷ Nachdem er jeden einzelnen Fall, an den er sich erin-

74 Vgl. CAHJP: P82-25a, Aussage der HOG an das Oberrabbinat, 24. November 1937.

75 Lichtheim, *Geschichte des Zionismus*, S. 259. Vgl. z.B. die Zeugenaussage der zwei ehemaligen Staatszionisten, Landesgerichtsrat Heymann und Dr. Hubert Pollack, die die Organisation verließen, weil »sie ... es nicht billigen [konnten], dass Herr Kareski den jüdischen Bruderkampf gegen die Meinekestrasse mit Hilfe der Gestapo führe.« Sie sagten auch aus, dass andere Mitglieder aus diesem Grund aus der Organisation ausgetreten seien. Vgl. CAHJP: P82-25a.

76 CAHJP: P82-12a, Kareski an Das Israelitische Wochenblatt für die Schweiz, 28. September 1937.

77 Bereits im Juni 1934 hatte sich die ZVfD bei der zionistischen Exekutive in London darüber beschwert, dass die Staatszionisten absichtlich ihre Organisation durch Infiltration und Unterbrechung ihrer Treffen unterminierten. Außerdem

nern konnte, beschrieben hatte, erwähnte er Gelegenheiten, bei denen er seinen Einfluss geltend gemacht und Entscheidungen der Gestapo revidieren gekonnt habe. Er wies auch darauf hin, dass zwei Anführer der Betar ohne offensichtlichen Grund verhaftet worden waren und er ihre Freilassung nur unter großen Schwierigkeiten habe bewirken können.

Das Gericht gab 1937 der HOG in den meisten Anklagepunkten gegen Kareski Recht.⁷⁸ Es zog den Schluss, er habe versucht, die deutschen Behörden dazu zu bewegen, ihn zum Vorsitzenden des Kulturbundes⁷⁹ und letzten Endes der gesamten jüdischen Gemeinde gegen deren Willen zu machen. Obwohl laut Gericht die Anschuldigung, dass Kareski der »Führer über die Juden« werden wollte, übertrieben war, sah es dennoch als erwiesen an, »dass er nach einem Platz an der Spitze gestrebt hat«.⁸⁰ Außerdem hielt das Gericht es für erwiesen, dass Kareski versucht habe, der ZVfD Schaden zuzufügen und sie zu zerstören, indem er die Organisation des Marxismus bezichtigt habe, selbst wenn, wie Kareski behauptet hatte, das nicht seine Absicht gewesen sei. Solche Anschuldigungen waren laut Gericht in der revisionistischen Propaganda gegen die zionistische Mehrheit seit Mitte der zwanziger Jahre üblich gewesen. Das Gericht argumentierte, Kareski, ein erfahrener Politiker, müsse gewusst haben, dass im politischen Klima Deutschlands selbst die leiseste Anspielung darauf, dass eine jüdische Organisation marxistisch oder assimulatorisch eingestellt war, eine große Gefahr darstellte. Das Gericht kam auch zu dem Schluss, dass Kareski Siegfried Moses in große Gefahr gebracht habe. Schließlich habe er zugegeben, dass er den Artikel *Der kleine und der große Moses*, in dem Siegfried Moses mit der Ermordung

denunzierten sie die ZVfD öffentlich als marxistische Organisation. Die ZVfD beschwerte sich auch, dass diese Taktik zur zeitweisen Aufhebung all ihrer Versammlungen geführt habe. Vgl. CZA: Z4/3567-8, ZVfD an die Zionistische Exekutive/London, 24. Juni 1934. In seiner Zeugenaussage vor dem Beth Din in Jerusalem gab Kareski zu, einige öffentliche Kommentare gemacht zu haben, in denen er die ZVfD als marxistisch bezeichnet und seine allgemeine Ablehnung des Marxismus bekundet hätte. Er wies jedoch von sich, dass er die ZVfD durch diese Aussagen zu unterminieren und zerstören versucht hätte. Vgl. CAHJP: P82-24a, Materialien für die Verhandlungen vor dem Beth Din. Angaben über die öffentliche Tätigkeit, eingeteilt in 3 Abschnitte (undatiert).

78 Vgl. CZA: A142/87-39 und Z4/10262-1. »Aus dem Urteil im Kareski-Prozess«, Juni 1938.

79 Vgl. Yehoyakim Cochavi, Georg Kareski's Nomination as Head of the Kulturbund: The Gestapo's First Attempt – and Last Failure – to Impose a Jewish Leadership, in: Leo Baeck Institute Yearbook 34 (1989), S. 227-246.

80 Vgl. CZA: A142/87-39 und Z4/10262-1, »Aus dem Urteil im Kareski-Prozess«, Juni 1938.

gedroht wurde, vor der Veröffentlichung in seiner Zeitung *Das jüdische Volk* gelesen hatte. Dem Anklagepunkt, dass Kareski für den Bankrott der Ivria Bank verantwortlich war, wurde ebenfalls stattgegeben.⁸¹

Kareskis umstrittene Methoden zur Propagierung der Interessen und Ziele der Staatszionistischen Organisation in Deutschland unter außergewöhnlichen Bedingungen erwiesen sich als genauso wenig erfolgreich wie jene der ehemaligen revisionistisch-zionistischen Bewegung in der Weimarer Zeit. Während der Zeit ihres Bestehens zwischen 1934 und 1938 war die Staatszionistische Organisation viel kleiner und schwächer als ihre Weimarer Vorgängerin. Die Polizei beschrieb diese Organisation vielleicht aufgrund ihrer Isolierung und Schwäche im Jahre 1936 als »ziemlich zurückhaltend« und stellte fest, dass eine Ortsgruppe in Zwickau aufgrund von Mitglieder-mangel aufgelöst worden war.⁸² Laut der ZVfD zählten die Staatszionisten selbst in Deutschland Ende 1937 nur 1.000 Mitglieder, davon 500 in ihrer Jugendbewegung Nationale Jugend Herzlia.⁸³ Die ZVfD erkannte zwar, dass die Staatszionistische Organisation einen gewissen Einfluss in Berlin ausübte, konstatierte aber, dass ihre Bedeutung im jüdischen Leben in ganz Deutschland gering sei: »Dieser sehr geringen numerischen Stärke der Organisation entspricht ihr Einfluss im Judentum in Deutschland. Die Organisation spielt im allgemeinen jüdischen Leben Deutschlands, insbesondere in der jüngsten Zeit, keine Rolle.«⁸⁴

Kareski war eine Zeitlang von der naiven Vorstellung ausgegangen, dass er das NS-Regime davon überzeugen könne, die Staatszionistische Organisation als eine Gruppe zu akzeptieren, die sich von anderen jüdischen Organisationen abhebe, einschließlich der ZVfD. Laut Kareski betrachtete seine Organisation die »Judenfrage« von einem ähnlichen Standpunkt wie das Regime und verfolgte ähnliche Ziele. Deshalb könne sie laut Kareski als einzige mit dem Regime mit einem Minimum von gegenseitigem Respekt und Unterstützung zusammenarbeiten. In dieser Hinsicht unterschieden sich die Hoffnungen und Illusionen der deutschen Revisionisten nicht sehr von jenen der ZVfD im Jahre 1933. Ka-

81 Siehe für einen detaillierten Bericht über die Geschichte der Ivria Bank, Kareskis Rolle und die Umstände, die zu diesem Bankrott führten, sowie zu Kareskis oben angeführten Aussagen und seiner Stellungnahme vor dem Beth Din in Jerusalem CZA: A142/87-39. Vgl. Levine, *A Jewish Collaborator*, S. 277 f.

82 BArch: R58, 991, Lagebericht der Abteilung II-112, April-Mai 1936.

83 CZA: S5/549, Benno Cohn/ZVfD an Organisationsdepartment der Jewish Agency for Palestine, 24. Dezember 1937.

84 Ebd.

reski erkannte die realen Bedingungen unter dem Nationalsozialismus nicht, dass nämlich alle Zionisten nicht mehr als nützliche Werkzeuge bei der Beseitigung der Juden aus Deutschland waren. Obwohl die ZVfD im Gegensatz zu den Staatszionisten nicht den Nachteil hatte, mit einem intensiven antideutschen Boykott und den Aktivitäten einer größeren Mutterorganisation im Ausland in Zusammenhang gebracht zu werden, war sie in den Augen der Nationalsozialisten nie mehr als eine Handlangerin in der NS-Judenpolitik. Revisionistische Vorwürfe, dass die ZVfD ein Hort marxistischen Gedankenguts sei und im Gegensatz zu der mehr im Einklang mit den Nationalsozialisten stehenden Ideologie der Staatszionisten assimilatorische Ziele verfolge, stellten sich als absurd heraus und im Laufe der Zeit für das Regime als vollkommen belanglos dar. Letzten Endes konnten Kareski und die Staatszionistische Organisation die NS-Behörden nicht davon überzeugen, dass sie keine Verbindung zu den revisionistischen Organisationen im Ausland aufrechterhielten und deren antideutsche Aktivitäten unterstützten. Die Nationalsozialisten konnten die Vorstellung, dass irgendeine jüdische Gruppe nicht Teil einer größeren, monolithischen internationalen Organisation oder Bewegung war, die danach trachtete, das neue Deutschland zu zerstören, nicht mit ihrer Ideologie in Einklang bringen.

VII. Die jüdische Umschulung und die NS-Judenpolitik

Jüdische Umschulungsprogramme

In den vorigen Kapiteln wurde bereits festgestellt, dass sich die jedes Jahr steigenden wirtschaftlichen Repressalien verheerend auf das deutsche Judentum auswirkten. Weniger vermögende Juden ohne Verbindungen ins Ausland hatten geringe bis gar keine Wahlmöglichkeiten. Viele von ihnen klammerten sich an die Hoffnung, dass das NS-Regime letztendlich in sich zusammenbrechen würde und sie bis dahin ausharren könnten. Andere sahen dagegen in der Emigration aus Deutschland eine Alternative. Nach 1933 sandte eine wachsende Zahl von jüdischen Familien, von denen nicht alle Zionisten waren oder zionistische Aktivitäten und Ziele in Deutschland und Palästina unterstützten, ihre Kinder in zionistische Hachschara-Ausbildungslager, die von den Nationalsozialisten als Umschulungslager bezeichnet wurden.

Diese Umschulungslager wurden immer beliebter, da sich Arbeitsmöglichkeiten für alle Juden verringerten und jüdische Kinder und Jugendliche langsam aus dem deutschen Schulsystem gedrängt wurden. So waren junge Menschen gezwungen, private jüdische Schulen mit geringen Ressourcen zu besuchen. Eine Ausbildung in einem der Hachschara-Lager war außerdem so begehrt, weil der Druck zu emigrieren auf die deutsch-jüdische Bevölkerung stieg. Die hoffnungslose Situation betraf besonders Jugendliche. Da ihnen der Zugang zu öffentlichen Schulen verwehrt war und sie keine Aussichten auf Weiterbildung und eine berufliche Laufbahn hatten, versuchten die Zionisten, diesem Notstand entgegenzuwirken, indem sie ihre Umschulungsprogramme auf ganz Deutschland ausweiteten und jungen Immigranten eine Berufsschulung auch nach ihrer Ankunft in Palästina zuteilwerden ließen. Wenn junge Menschen sich einer zionistischen Jugendorganisation oder einem zionistischen Hachschara-Programm anschlossen und in der Folge aus Deutschland nach Palästina auswanderten, wurde weder ihr Hintergrund noch die finanzielle Situation ihrer Familie in Betracht gezogen. Wichtig war nur, ob sie sich einem Leben in Erez Israel anpassen konnten. Zionistische und schließlich auch nichtzionistische berufliche Umschulungsprogramme in Deutschland wurden nach 1933 zum Teil von jüdischen Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen, den Familien der Lehrlinge, aus privaten jüdischen Quellen, den Gemeinden sowie der zionistischen Bewegung im Ausland finanziert.¹

1 Vgl. Werner T. Angress, *Between Fear and Hope: Jewish Youth in the Third Reich*, New York 1988, S. 5 f.

Die berufliche Schulung und Umschulung von deutschen Juden wurde von jüdischen und nationalsozialistischen Behörden anerkannt und als wichtige Voraussetzung für die jüdische Emigration aus Deutschland angesehen. Die Vorbereitung von Juden, vor allem jungen, auf ein neues Leben im Ausland wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben der zionistischen Bewegung in Deutschland während der dreißiger Jahre. Gemeinsam mit den Zionisten erkannten größere jüdische Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen in Deutschland früh, dass berufliche Umschulungsprogramme an Bedeutung gewinnen würden, da das NS-Regime die jüdische Emigration forcierte. Aufgrund ihres sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen Hintergrunds waren die meisten deutschen Juden schlecht auf ein neues Leben in Palästina und vielen anderen Teilen der Welt außerhalb von Europa und Nordamerika vorbereitet. In jenen Regionen waren hauptsächlich Landarbeiter, Handwerker und Facharbeiter gefragt. Wenn jüdische Familien ihre Kinder auf die Emigration vorbereiteten, erkannten sie, dass ein Abitur oft weniger nützlich war als eine Lehre oder eine landwirtschaftliche Ausbildung. Dies war vor allem in Palästina der Fall, wo zionistische Behörden deutsch-jüdische Einwanderer gern an landwirtschaftliche Betriebe vermitteln wollten. Immer wieder warnten sie ihre Kollegen in Deutschland, dass es schwieriger werde, passende Arbeitsplätze für diese Immigranten zu finden, wenn mehr Einwanderer aus Deutschland nach Palästina kämen.² Die Situation wurde noch dadurch verschärft, dass Länder, die möglicherweise für eine Einwanderung in Frage kamen, sowohl Beschränkungen als auch Quoten für bestimmte Berufsgruppen erließen, die von ihrer Wirtschaft benötigt wurden.

Die Zionisten etablierten Umschulungsprogramme aber auch aus ideologischen Gründen. Bereits seit der Gründung ihrer Bewegung waren sie davon überzeugt, dass landwirtschaftliche und handwerkliche Berufe zu einer »Normalisierung in der Berufsverteilung unter Juden« beitragen würden. Dieses Konzept tritt immer wieder in diversen Dokumenten auf. Es war ein wichtiger Teil von Theodor Herzls Plan, die Juden als Volk zu »normalisieren«. Die Ausbildungs- und Umschulungsprogramme sollten auch die antisemitische Ideologie entkräften, derzufolge Juden eine Abneigung gegen »anständige Arbeit« hätten, vor allem gegen Landwirtschaft und Handwerk. Auch assimilatorische Organisationen sahen sich durch die neue Realität schließlich gezwungen, sich widerwillig den Bemühungen anzuschließen und einige Umschu-

2 Vgl. z.B. Ruppin, Tagebücher, S. 444; Blumenfeld, Im Kampf, S. 142 f.

lungsmöglichkeiten für junge Gemeindemitglieder zu schaffen, die eine Auswanderung aus Deutschland ins Auge gefasst hatten.

Die Reichsvertretung der deutschen Juden (RVt) wurde 1933 als eine Dachorganisation für die drei wichtigsten jüdischen Organisationen (Centralverein, ZVfD und RjF) und diverse Gemeinden gegründet, um gemeinsam die schwierige Lage im nationalsozialistischen Staat nach dem 30. Januar 1933 zu meistern. Die Reichsvertretung wandte einen Großteil ihrer Zeit und Energie dafür auf, das deutsche Judentum von der Idee der Assimilation abzubringen und für die Emigration zu begeistern. Als wichtigstes Einwanderungsziel schlug sie Palästina vor. Im jüdischen Schulsystem und sogar im einzigen großen nichtzionistischen Umschulungsprogramm, auf das in der Folge eingegangen wird, versuchte die Reichsvertretung, sowohl deutsche als auch jüdische Traditionen zu pflegen sowie jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich mit ihrer jüdischen Identität auseinanderzusetzen. In den Richtlinien des Lehrplans für jüdische Schulen, die im Januar 1934 erlassen wurden, betonte die Reichsvertretung, dass sowohl die deutsche als auch die jüdische Kultur und Identität für Kinder und Jugendliche von grundlegender Bedeutung seien. Der jüdischen Geschichte wurde zu jener Zeit ein besonderer Wert beigemessen. So gingen z.B. Lehrer auf gegenwärtige Ereignisse und Zukunftsaussichten in Palästina ein.³ Außerdem wurden Schüler nicht nur in der deutschen Sprache, Geschichte, Geographie, Musik und Kunst unterrichtet, sondern auch in Hebräisch, Judaistik, jüdischer Geschichte und Weltgeographie. Besonderen Nachdruck legten die Unterrichtenden hierbei auf das zeitgenössische Palästina.

Von Anfang an widmete die Reichsvertretung der Tatsache große Aufmerksamkeit, wie jüdische Jugendliche mit den verheerenden Umwälzungen der NS-Revolution umgehen sollten. In seinen Empfehlungen an Reinhard Heydrich vom 24. Mai 1934, auf die in der Folge eingegangen wird, erkannte der SD die zentrale Rolle der Reichsvertretung bei der Lenkung und Finanzierung der Umschulungsprogramme an.⁴ Die Reichsvertretung spielte nicht nur eine zentrale Rolle bei der dramatischen Wiederbelebung des jüdischen Bildungswesens in Deutschland, sondern reagierte auch energisch auf das steigende Interesse an jüdischen Umschulungsprogrammen. In einem im Januar 1938 gefassten Beschluss ihres Exekutivkomitees ließ die Reichsvertretung fünf Jahre nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten ihre Bestrebungen zur jüdischen Emigration und beruflichen Umschulung Revue passieren:

3 Kulka, Deutsches Judentum, S. 114-117.

4 Wildt, Judenpolitik, S. 68. Vgl. auch Angress, Between Fear and Hope, S. 25.

»Seit Jahren steht die Auswanderung, die Schaffung von Einrichtungen, die ihr und ihrer Vorbereitungen mittelbar oder unmittelbar dienen, im Vordergrund des Sorgens und Handelns der Reichsvertretung [...]. Die Reichsvertretung richtet in dieser Stunde einen Appell an die Palästinaregierung, den Juden in Deutschland, vor allem den ausgebildeten jungen Juden, die sich für den Aufbau Palästinas einsetzen wollen, den Weg dorthin nicht zu verlegen.«⁵

Am 20. Oktober 1933 kündigte das Bildungskomitee der Reichsvertretung zum Beispiel an, dass Hebräischstunden in jüdischen Schulen eine wichtige Rolle spielen würden. Diese Initiative zielte nicht nur darauf ab, den Bedürfnissen religiöser Schüler entgegenzukommen, sondern auch, jüdische Jugendliche auf eine Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. Dieser Maxime folgend, trat das Komitee auch dafür ein, dass Jugendliche in speziellen Umschulungslagern Berufe erlernten, die sich nach ihrer Einwanderung als nützlich erweisen würden.⁶ 1936 verfolgte die Reichsvertretung einen Plan, eine spezielle neunte Schulstufe für alle jüdischen Schüler einzurichten, nachdem sie die zwingend vorgeschriebene achte Schulstufe abgeschlossen hatten. Während dieses zusätzlichen Schuljahres sollten Jugendliche eine fachliche Ausbildung abschließen und sich auf ein neues Leben außerhalb von Deutschland vorbereiten. Das Hauptaugenmerk wurde natürlich auf Palästina gelenkt.⁷ Im Laufe der Jahre floss ein beträchtlicher Teil der Geldmittel der Reichsvertretung in die Erhaltung und Ausweitung der Umschulungsprogramme für jüdische Emigranten in ganz Deutschland. In der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1935 brachte die Reichsvertretung fast 450.000 RM ihres Gesamtbudgets von 1.907.850 RM für die berufliche Umschulung auf.⁸

Die Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe (ZjW) wurde im März 1933 gegründet. Sie wollte der sich verschärfenden Wirtschaftskrise als einheitliche Kraft entgegenwirken. Unter ihren Aufgaben war keine wichtiger als die Umschulungsprogramme für Juden zu organisieren, die

5 Vgl. BArch: R8150, 21, Informationsblätter, hrsg. von der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, V (Januar/Februar 1938), S. 3 f.

6 Wildt, Judenpolitik, S. 90-96. Die Nachfrage nach fertig ausgebildeten Hebräischlehrern stieg während der dreißiger Jahre enorm an, da es immer schwieriger wurde, geeignetes Lehrpersonal zu finden. Deshalb sah sich die Reichsvertretung 1937 gezwungen, Lehrer anzustellen, die noch nicht ihren Abschluss gemacht hatten. Vgl. Kulka, Deutsches Judentum, S. 351 f.

7 Vgl. Kulka, Deutsches Judentum, S. 275 f.

8 Ebd., S. 204-208.

sich auf die Auswanderung von Deutschland nach Palästina vorbereiteten. Sowohl vor wie auch nach ihrer offiziellen Eingliederung in die Reichsvertretung im April 1935 erhielt die ZjW vom Exekutivkomitee der Reichsvertretung wie auch vom Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau (ZJHA) beträchtliche finanzielle Unterstützung für ihre Umschulungsaktivitäten.⁹ Die im April 1933 als wichtigste jüdische Wohlfahrtseinrichtung gegründete und im April 1935 wie die ZjW offiziell in die Reichsvertretung integrierte ZJHA gab im Juni 1934 Richtlinien für jüdische Umschulungsprogramme bekannt.¹⁰ Dort wurden zwei Hauptaufgaben vorgeschlagen: An erster Stelle stand die »Normalisierung« des jüdischen Berufslebens durch die Schulung von jüdischen Jugendlichen in der Landwirtschaft, was als »Berufsumschichtung« bezeichnet wurde. Zum Zweiten sollte eine neue und sichere wirtschaftliche Grundlage für deutsche Juden erhalten und geschaffen werden, was als »wirtschaftliche Eingliederung« umschrieben wurde: »Unsere Berufspolitik wird heute im wesentlichen eine Berufsumschichtungspolitik sein müssen [...]. Berufsumschichtung im Sinne einer Normalisierung der Berufsgliederung der Juden erfordert in erster Linie landwirtschaftliche und handwerkliche Ausbildung.«¹¹

Die Richtlinien versuchten auch der Besorgnis der NS-Behörden vorzubeugen, jüdische Jugendliche würden ihre neuerworbenen Fähigkeiten nach dem Umschulungsprozess dazu benutzen, in Deutschland zu verbleiben, anstatt sich eine sichere wirtschaftliche Lebensgrundlage außerhalb von Deutschland zu schaffen. Palästina war in den Richtlinien deshalb von zentraler Bedeutung:

»Da eine Normalisierung der jüdischen Berufsverteilung nur in Palästina möglich ist, hat Palästina unter den Einwanderungsländern für diejenigen, die einen landwirtschaftlichen Beruf ergreifen sowie die, die ein Handwerk erlernt haben und nicht in Deutschland bleiben können, ein besonderes Gewicht. Daher verdient die Berufsumschichtung im Dienst des Aufbauwerks Palästinas eine besondere Förderung.«¹²

9 Ebd., S. 217 f.

10 Kulka, Deutsches Judentum, S. 153 f. Vgl. auch USHMM: 11.001M.01, 3-178, Reichsvertretung der Juden in Deutschland, »Richtlinien für die Berufsausbildung von Juden in Deutschland« (undatiert). Die ZVfD und das Palästinaamt der Jewish Agency for Palestine in Berlin nahmen rege an der Arbeit des ZJHA teil und übten einen großen Einfluss darauf aus.

11 Vgl. Kulka, Deutsches Judentum, S. 153.

12 Ebd.



Abb. 10: Junge Zionisten lernen im Hachschara-Lager in Deutschland 1935, wie landwirtschaftliche Geräte funktionieren.

Solche Versicherungen stellten jedoch keine Garantie dar, dass junge deutsche Juden ihre neuen beruflichen Kenntnisse nicht dazu benutzen würden, in Deutschland zu verbleiben, und so konnte der Verdacht der NS-Behörden auch nicht ausgeräumt werden. Derlei Möglichkeiten ergaben sich jedoch nicht oft, da die Zionisten auf die Reichsvertretung einen großen Einfluss ausübten und fast alle Umschulungslager von unterschiedlichen zionistischen oder mit der zionistischen Bewegung verbundenen Organisationen betrieben wurden. Dazu kamen noch die brutale und umfassende NS-Judenpolitik während der dreißiger Jahre und die Tatsache, dass das deutsche Volk diese Politik befürwortete. Deshalb wurde es immer unwahrscheinlicher, dass sich Juden nach Abschluss der Umschulungsprogramme weiterhin in Deutschland aufhalten wollten.

Die Zionisten hatten bereits vor 1933 einige Umschulungslager in Deutschland gegründet. Innerhalb eines Jahres nach Hitlers »Machtergreifung« wurde ein systematisches Netzwerk etabliert, das von der zionistischen Jugendbewegung Hechaluz und anderen mit der Bewegung verbundenen Organisationen betrieben und von verschiedenen zionistischen Gruppen und Hilfsorganisationen gefördert wurde (Abb. 10 bis 15). Gemäß ZJHA ließen sich im März 1934 6.069 Juden umschulen. 2.369 von ihnen befanden sich in landwirtschaftlichen Schulungen. Im



Abb. 11: Ein jüdischer Jugendlicher bei einer landwirtschaftlichen Schulung als Vorbereitung für die Ausreise nach Palästina im Jahr 1933.

Allgemeinen erwartete man, dass sich die Gesamtanzahl der Lehrlinge in allen Lagern innerhalb eines Monats auf 9.000 erhöhen würde.¹³ Andere jüdische Organisationen, wie die jüdischen Gemeinden in Ortschaften

¹³ USHMM: 11.001M.01, 2-173, Abschrift aus der Jüdischen Telegraphen-Agentur (J.T.A.), Nr. 70, Jahrgang XIII, vom 24. März 1934.



Abb. 12: Zwei jüdische Frauen aus Deutschland mit ihrer Hühnerzucht im Hachshara-Lager Ellgut im Jahr 1940.

und Städten, der ZJHA, der Kulturverband deutscher Juden, die Talmud-Torah-Schule in Hamburg, die Beratungsstelle für jüdische Wirtschaftshilfe, der Verein Jüdische Landwirtschaft e.V., kleine Gruppen wie die orthodoxe Beth Chaluz in Magdeburg und die Keren Torah Wa'awoda in Hamburg, errichteten Umschulungszentren in Deutschland, damit



Abb. 13: Mitglieder der Habonim [zionistische Jugend] in der Hachschara-Gruppe Beit Halutz in der Lindenaststraße 6 in Nürnberg im Jahr 1936.

sich deutsche Juden auf die Emigration vorbereiten konnten. Auch der assimilatorische Centralverein der Juden in Deutschland und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten arbeiteten – wenn auch widerwillig – zusammen und errichteten 1936 ein gemeinsames Umschulungszentrum in Groß-Breesen, um damit jungen Juden die Emigration zu anderen Zielen als Palästina zu ermöglichen. Jüdische Einzelpersonen etablierten ebenfalls kleine Umschulungszentren auf ihrem Grundbesitz. Dazu gehörte das landwirtschaftliche Ausbildungszentrum Altkarbe-Obermühle, das von dem Landwirt Siegmund Levy betrieben wurde, sowie kleine Lehrinrichtungen in Wohnungen von Berliner Juden, in denen jüdische Jugendliche in Hauswirtschaftslehre, Metallurgie und anderen Fachgebieten unterrichtet wurden.¹⁴

Einige zionistische Umschulungszentren wie Schniebinchen bei Sommerfeld richteten vierwöchige Vorbereitungslager für Vierzehnjährige ein, die noch zu jung waren, um an normalen Umschulungslagern teilzunehmen. Bestehende jüdische Jugendorganisationen wie die jüdischen

14 USHMM: 11.001M.01, 2-137, »Jüdisches Umschulungslager Altkarbe«, 23. Juli 1935; 4-305, »Umschulungslehrgänge für Juden« aus der Zeitschrift *Der jüdische Handwerker*, XXVII, 9. September 1935.



Abb. 14: Das Schreinerlehrprogramm der jüdischen Gemeinde in Berlin für Absolventen des jüdischen Gymnasiums im Jahr 1936. Foto von Abraham Pisarek.

Kinder- und Jugendheime in Berlin etablierten Lager für Jugendliche zwischen vierzehn und sechzehn Jahren. Diese kurzen, in acht Zentren angebotenen Programme besuchten ca. 200 Jugendliche unter achtzehn Jahren. Fünf Stunden pro Tag wurden sie in Hebräisch, jüdischer Geschichte und Literatur, Naturwissenschaften, allgemeiner Literatur und Sport unterrichtet, drei Stunden lernten sie landwirtschaftliche Grundkenntnisse.¹⁵ Die Jugend-Aliyah-Bewegung hatte in Deutschland ebenfalls gegen Ende der Weimarer Jahre deutlich an Gewicht gewonnen. Sie rief dazu auf, dass jüdische Jugendliche bereits zwischen vierzehn und siebzehn Jahren beruflich geschult werden sollten. Dies sollte in Palästina unter den realen Bedingungen von Erez Israel erfolgen.¹⁶ Die Jugend-Aliyah trat dafür ein, dass junge Menschen in einem frühen Alter in Palästina ausgebildet werden sollten. Der traditionellere Ansatz, dass sich

15 BArch: R8150, 21, Informationsblätter, hrsg. von der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, VI (Juli-August 1938), 72-73; VI (März-April 1938), S. 37. Vgl. auch Benz, Die Juden in Deutschland, S. 462.

16 Vgl. Amkraut, Between Home and Homeland.

Jugendliche über achtzehn Jahren in Hachschara-Lagern in der Diaspora noch vor ihrer Emigration auf das Berufsleben vorbereiten sollten, kam für sie nicht in Frage. Ca. 5.000 jüdische Jugendliche aus Großdeutschland kamen bis Kriegsausbruch 1939 mit der Jugend-Aliyah nach Palästina. Das Women's International Zionist Movement (WIZO) unterhielt außerdem Schulungszentren in Palästina, in denen einige hundert junge Frauen nach ihrer Ankunft unterrichtet wurden.

Die zionistische Bewegung war die treibende Kraft hinter den Umschulungsprogrammen. Es stand jedoch von Anfang an fest, dass die zionistischen Hachschara-Programme teilweise von den größeren jüdischen Organisationen, die mit der Reichsvertretung verbunden waren, finanziell und logistisch abhängig sein würden. Als im September 1935 die Nürnberger Gesetze erlassen wurden, wurde die jüdische Auswanderung noch dringlicher. Assimilatorische Gruppen wie der Centralverein und der RjF einerseits und der ZVfD andererseits sahen sich gezwungen, über ihre Streitigkeiten hinwegzusehen und zusammenzuarbeiten, um die jüdische Emigration zu propagieren, auch wenn es sich dabei um nichtpalästinensische Ziele handelte. Der Centralverein und der RjF taten sich schwer, die Vorstellung einer jüdischen Auswanderung zu akzeptieren. Die Zionisten mussten sich wiederum daran gewöhnen, vormals unvorstellbare Auswanderungsziele, vor allem außerhalb von Palästina, ins Auge zu fassen. Die Dringlichkeit, d.h. die Tatsache, dass deutsche Juden die Emigration immer stärker als ihre einzige Option zu betrachten begannen, führte dazu, dass die Zionisten ihren Einfluss in der Reichsvertretung beträchtlich steigern konnten. Obwohl die zionistische Bewegung von der Anzahl ihrer Mitglieder kleiner als die miteinander zusammenarbeitenden assimilatorischen Gruppen war, wurde sie, als das ZVfD-Mitglied Franz Meyer gemeinsam mit Otto Hirsch vom Centralverein zum Co-Vorsitzenden gewählt wurde, diesen im Exekutivkomitee der Reichsvertretung gleichgestellt.¹⁷ Bereits im Frühjahr 1934 kommentierte der SD das widerwillige Zusammengehen der Zionisten mit den assimilatorischen Gruppen der Reichsvertretung positiv. Er stellte klar, dass sie im Bereich der beruflichen Umschulung zusammenarbeiteten, vor allem nachdem die letztgenannten Gruppen die jüdische Auswanderung öffentlich nicht mehr ablehnen konnten.¹⁸

Der Hechaluz war eine sozialistisch-zionistische Bewegung von jungen Pionieren, die sich dem jüdischen Bildungswesen und der Auswan-

17 Vgl. Kulka, Deutsches Judentum, S. 269-273, 285-287.

18 Vgl. NARA T-175/408, Reichsführer-SS, Chef des Sicherheitsamtes: Lagebericht Mai/Juni, 1934, »Die Judenfrage«, 2932496-503.



Abb. 15: Jüdische Jugendliche bereiten sich 1936 in der jüdischen Gemeinde in Berlin auf die Auswanderung nach Palästina in einer Schlosserlehre vor. Foto von Abraham Pisarek.

derung nach und Ansiedlung in Palästina widmete.¹⁹ Seine Hauptaufgabe bestand darin, die Mitglieder körperlich, geistig und beruflich auf die Emigration nach Palästina vorzubereiten. Die Bewegung setzte sich hauptsächlich aus jungen Menschen zusammen, die von jüdischen Angelegenheiten oder dem Leben in Palästina wenig Ahnung hatten. Zur größeren Hechaluz-Organisation außerhalb von Deutschland gehörten verschiedene deutsche zionistische Jugendbewegungen. Die internationale Organisation finanzierte während der dreißiger Jahre den Großteil der Umschulungszentren in Deutschland. In neunzehn Ländern Europas, Nord- und Südamerikas und dem Nahen Osten betrieb sie ebenfalls solche Zentren. Auf der ganzen Welt zählte sie 45.000 Mitglieder. 125.000 weitere junge Menschen standen mit ihren Zentren in der Diaspora sowie mit der Histadruth, der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina, in Verbindung. In Deutschland war der Hechaluz im Jahre

19 Vgl. Osb: 1325-1-81, »Was ist der Hechaluz? Einige Worte an jeden jungen Juden«, Mai 1933. Vgl. auch Benz, Die Juden in Deutschland, S. 454-464.

1936 in dreizehn Gauen mit mehr als 12.000 Mitgliedern vertreten.²⁰ Er hatte auf Eigeninitiative und in Zusammenarbeit mit anderen zionistischen Jugendgruppen 45 Umschulungszentren und Wohnheime im Deutschen Reich errichtet. Obwohl der Hechaluz hauptsächlich eine Jugendbewegung darstellte, gehörten ihm Mitglieder im Alter von sieben bis fünfunddreißig an. Er propagierte die Idee, dass Juden in der Diaspora einen landwirtschaftlichen Beruf ergreifen oder ein Handwerk erlernen müssten, da die »Kolonie« Palästina ihnen und ihren Familien zu jener Zeit wenige Möglichkeiten in den freien Berufen bot.

Das Konzept der Hachschara ging jedoch weit über die Vorstellung hinaus, jüdische Jugendliche mit neuen Berufen vertraut zu machen. Zusätzlich sollten sie sich in spiritueller Hinsicht auf Palästina vorbereiten, Hebräisch und jüdische Kultur lernen und körperliche Arbeit in der Stadt und auf dem Land nicht von sich weisen. Die Umschulungszentren boten Kurse an, die im Durchschnitt sechs Monate bis über ein Jahr dauerten. Danach machten die Absolventen eine kurze Lehrzeit durch. Erst wenn sie eine Prüfung abgelegt hatten, durften sie nach Palästina einreisen. In Hessen erreichten fast 80 Prozent der jungen Absolventen eines Umschulungsprogramms zwischen 1933 und 1938 Palästina. Dort begannen die meisten in kollektiven landwirtschaftlichen Siedlungen zu arbeiten.²¹ Da viele Familien ihre Töchter nur ungern allein nach Palästina schickten, schrieben sich mehr Männer in die Umschulungsprogramme ein. Nur ca. ein Drittel der Absolventen des zionistischen Umschulungsprogramms war weiblich. Die Berufsbildung für Frauen war im Normalfall kürzer und kostengünstiger, da viele Frauen bereits im Haushalt jene Fähigkeiten erworben hatten, die in den Lagern gelehrt wurden.²²

Innerhalb eines Jahres nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler gaben die Zionisten bekannt, dass ca. drei Viertel aller jüdischen Jugendlichen in Deutschland ihren Jugendorganisationen angehörten.²³ In Leipzig gab es zum Beispiel neun jüdische Jugendorganisationen, die die Zionisten wie auch die assimilatatorischen und orthodoxen Gruppen vertraten. Gemeinsam bildeten sie die Arbeitsgemeinschaft jüdischer

20 CZA: S25-9742, Report of the American Jewish Committee, »The German Jewish Problem«, by Joseph L. Cohen (undatiert).

21 Barkai, *From Boycott to Annihilation*, S. 92.

22 Vgl. Marion Kaplan, *Between Dignity and Despair: Jewish Life in Nazi Germany*, New York 1998, S. 29 f., 146.

23 CZA: L13-138, ZVfD, Berlin an die Zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 8. Februar 1934.

Jugendorganisationen. 1934 zählte diese Gruppe ca. 900 Mitglieder, von denen 700 auch der zionistischen Sportorganisation *Bar Kochba* angehörten. Ein vom Hechaluz in Leipzig betriebenes Handwerkerheim schulte junge Männer und Frauen um, die im Durchschnitt 22 Jahre alt waren. Die meisten von ihnen stammten aus Mittelklassefamilien aus der Unternehmerbranche oder den freien Berufen.²⁴ Sie waren im Heim einquartiert, besuchten dort Vorträge und absolvierten eine spezielle landwirtschaftliche oder andere fachliche Ausbildung außerhalb des Zentrums.

Ein Mangel an jüdischen Lehrern in vielen dieser Lager führte dazu, dass einige »arische« Handwerker und Bauern, die bereit waren, mit jüdischen Jugendlichen zu arbeiten, zeitweise die Lehrlinge unterrichteten. Viele Lehrlinge mussten mit dem Fahrrad oder Zug zu »arischen« Bauernhöfen fahren. Einige Schüler lebten sogar auf diesen Bauernhöfen und bezahlten mit ihrer Arbeit für Unterkunft und Verpflegung. Obwohl die meisten »arischen« Bauern und Handwerker ein solches Ansuchen abwiesen, nahmen einige die jüdischen Lehrlinge gegen Bezahlung oder eine Arbeitsleistung auf. Dass jüdische Jugendliche mit »Ariern« zusammenwohnten und -arbeiteten, war ein heikles Thema, zu dem es unterschiedliche Meinungen der NS-Behörden während der dreißiger Jahre gab. Auf dieses Thema wird in der Folge noch weiter eingegangen.

Andere zionistische Jugendbewegungen akzeptierten die Notwendigkeit einer Umschulung in Deutschland als Vorbedingung für eine Ansiedlung in Palästina. Die meisten von ihnen arbeiteten unter der allgemeinen Aufsicht des Hechaluz. Der Habonim noar Chaluzi, eine zionistisch-sozialistische Jugendbewegung, die in Berlin im Februar 1933 nach einem Zusammenschluss zwischen der Kadima und dem Brit Olim gegründet wurde, war ebenfalls in der beruflichen Umschulung aktiv. Er klärte seine Mitglieder auf, sie würden keine Beschäftigung in der Diaspora-Wirtschaft finden und sollten sich in landwirtschaftliche und handwerkliche Berufe umschulen lassen, damit sie sich in Palästina ansiedeln und ihren Lebensunterhalt verdienen könnten.²⁵ Der Habonim wies Jugendliche an, von der Stadt auf das Land zu übersiedeln und ihre Bücher eine Zeitlang beiseitezulegen. Sie sollten mehr über Natur, Landwirtschaft, Ackerbau, Forstwirtschaft und Tierzucht lernen. Von all diesen Sachgebieten hatten Juden laut dem Habonim wenig Ahnung. Der Jüdische Pfadfinderbund Makkabi-Hazair betrieb vier eigene Zentren sowie ein weiteres in Zusammenarbeit mit dem Hechaluz. Er unterstützte

24 SStA: PP-V, 4522, Polizeipräsidium Leipzig, Abt. IV, 5. Mai 1934.

25 SStA: PP-V, 4532, Überwachungsbericht, Polizeipräsidium Leipzig, Abt. IV, 1. März 1936 und 13. September 1936.

Hachschara-Lehrinhalte wie persönliche Hygiene, Disziplin, körperliche Ertüchtigung, jüdischer Nationalstolz und eine Beendigung der Diaspora und Auslöschung des Bildes des »Ghettojuden«. Außerdem sollten die Juden in Erez Israel einen unabhängigen Staat erhalten.²⁶ Die zionistisch-sozialistische Jugendbewegung Werkleute Bund jüdischer Jugend betrieb fünf Umschulungszentren, die revisionistischen Zionisten eines in der oberschlesischen Stadt Ratibor. Einige zionistische Jugendbewegungen für orthodoxe Juden verfügten ebenfalls über ihre eigenen Berufsschulungen. Noar Agudati führte zwei Zentren in Frankfurt a. M. und Halberstadt. Zeire Misrachi und Brit Hanoar betonten beide, wie wichtig eine religiöse Bildung für jüdische Jugendliche sei. Diese beiden Organisationen unterhielten Umschulungszentren in Halle, Magdeburg, Blankensee und Leipzig. Brit Chaluzim dathim (Bachad) betrieb der Reichsvertretung zufolge acht landwirtschaftliche Umschulungszentren. Dazu gehörte eine große Einrichtung in Gehringshof bei Fulda, die 1929 eröffnet wurde, sowie Zentren in Steckelsdorf bei Rathenow und Bomsdorf bei Leipzig.²⁷ Drei weitere zionistische Jugendorganisationen, der Hashomer Hazair, die B.Z.V. Jugendgruppen und der Brit Hajehudim hazeirim arbeiteten mit dem Hechaluz bei der Umschulung von jüdischen Jugendlichen bis zu einem gewissen Grad zusammen. Zumindest zehn weitere Umschulungszentren hatten keine besondere Verbindung zu einer Organisation. Sie gehörten einfach zu jüdischen Gemeinden oder wurden von jüdischen Einzelpersonen finanziert. Es gab auch zwei wichtige nichtzionistische Lager: das 1936 errichtete und bereits erwähnte in Groß-Breesen sowie eines, das von der Gesellschaft für handwerkliche Arbeit, der deutschen Zweigstelle des ORT, in Berlin 1937 errichtet wurde.²⁸

26 SStA: PP-V, 4548, Überwachungsbericht, Staatspolizeistelle Leipzig, Bericht über den Verlauf des Elternabends des jüdischen Pfadfinderbundes Makkabi-Hazair, 11. Oktober 1937.

27 USHMM: 11.001M.01, 2-137, Staatspolizeistelle Hannover an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin, 22. August 1935; SStA: PP-V, 4441, »Gehringshof-Rodges. Die älteste jüdische landwirtschaftliche Lehrstätte in Deutschland« (undatiert).

28 Der ORT wurde als Obshchestvo Rasprostraneniia Truda (Organisation für die Erlernung von handwerklichen und landwirtschaftlichen Kenntnissen) 1880 in St. Petersburg für russische Juden gegründet. Er war eine internationale Bewegung, die sich für die Änderung der für Juden typischen Berufsstruktur einsetzte, indem er junge Menschen lehrte, manuell zu arbeiten. 1937 eröffnete der ORT eine Auswanderungsschule in Berlin, in der bis 1939 mehr als 200 Lehrlinge untergebracht waren. Seine Programme sollten junge Menschen auf die Emigration vorbereiten, waren aber nicht spezifisch auf Palästina ausgerichtet. Einige

Österreichische Umschulungsprogramme fanden hauptsächlich in Wien und Umgebung statt, da 90 Prozent der 200.000 jüdischen Bürger Österreichs zur Zeit des »Anschlusses« im März 1938 dort lebten. Die Teilnehmer an den Programmen waren im Gegensatz zu jenen im Altreich in der Regel älter. Die jüdische Gemeinde Wiens hatte bis zum Dezember 1938 471 Kurse für mehr als 6.000 Lehrlinge eingerichtet. Nur 1.200 von ihnen, d.h. 20 Prozent, wurden als Jugendliche eingestuft. Sie wurden in Baulehre, Metallarbeit, Schneiderei, öffentlichem Gesundheitswesen, Grafik, Lederarbeit und Landwirtschaft unterrichtet.²⁹ Sechs landwirtschaftliche Umschulungszentren mit 247 Teilnehmern wurden Ende des Jahres 1938 in und um Wien betrieben. In den letzten zwei Monaten des Jahres 1938 suchten außerdem 8.767 Männer und 5.374 Frauen zwischen siebzehn und fünfzig Jahren um Informationen über Umschulungszentren nach. Die durch die NS-Judenpolitik erschwerten Lebensbedingungen in Österreich, die von Adolf Eichmanns Zentralstelle für jüdische Auswanderung besonders verschärft wurden, sowie die brutale Taktik, Juden zur sofortigen Auswanderung zu zwingen, waren zum Teil für das enthusiastische Interesse an Umschulungsprogrammen verantwortlich. Auch ältere österreichische Juden zeigten sich der Idee nicht abgeneigt. Eine dringliche Aufgabe der neuen Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien war die Propagierung, Errichtung und Überwachung neuer und bestehender Umschulungszentren.³⁰

Die Umschulungszentren waren unterschiedlich groß, hatten verschiedene Funktionen und wurden von Lehrlingen mit unterschiedlichen Hintergründen besucht.³¹ In den meisten Lagern lernten zeitgleich zwischen zwanzig und dreißig Lehrlinge. Einige boten jedoch bis zu hundert, andere wiederum nur sieben oder acht Schülern Platz. Von einigen Aus-

Lehrlinge gingen nach Abschluss dennoch nach Palästina. Vgl. Leon Shapiro, *The History of ORT: A Jewish Movement for Social Change*, New York 1980; Benz, *Die Juden in Deutschland*, S. 462.

29 USHMM: 11.001M.01, 1-100, *Der Haushalt der Israel. Kultusgemeinde Wien für die Monate November und Dezember 1938*.

30 Vgl. BArch: R58, 1253, *Der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich an sämtliche Partei- und Staatsdienststellen in Österreich*, 20. August 1938.

31 USHMM: 11.001M.01, 2-137 und 2-146 enthält eine große Ansammlung von polizeilichen Fragebögen, die in den dreißiger Jahren vom Personal in Umschulungszentren ausgefüllt und der Gestapo vorgelegt werden mussten. Diese Formulare enthalten Antworten auf acht Fragen für alle Umschulungslager, die die Gestapo im Juli 1935 formulierte. Daher stammen auch alle Informationen über die Größe, den Umfang und die Funktionen jedes Lagers.

nahmen abgesehen, zählten die landwirtschaftlichen Zentren bald zu den größten. Hier wurden sowohl junge Frauen wie auch Männer ausgebildet. Zentren, in denen Jugendliche zu Metall- und Holzarbeitern, Schreincrn und Kunsttischlern, Schlossern und Mechanikern ausgebildet wurden, waren kleiner und zählten hauptsächlich junge Männer zu ihren Lehrlingen. Die Schüler waren normalerweise zwischen achtzehn und zwanzig Jahren alt. Ein Drittel von ihnen stammte aus Polen oder war staatenlos. Die Zentren wurden zum Großteil von verschiedenen jüdischen Hilfsorganisationen finanziert und von Verbänden wie dem Hechaluz und Bachad geleitet. Nicht alle Absolventen zionistischer Umschulungsprogramme erreichten jedoch Palästina. 1936 und 1937 emigrierten 2.436 der 3.861 Jugendlichen nach Palästina und 1.425 zu anderen Destinationen.³² Das zionistische landwirtschaftliche Umschulungslager in Neuendorf sandte zum Beispiel 689 der 1.182 Absolventen zwischen Juli 1932 und Januar 1938 nach Palästina. 253 davon ließen sich in Argentinien nieder, der Rest in anderen Ländern Europas und auf anderen Kontinenten.³³

Die Gestapo zog es im Allgemeinen vor, dass in Deutschland lebende ausländische und staatenlose Juden in Umschulungslagern ausgebildet wurden. In einem Memorandum an die Polizeibehörden in Potsdam vom Januar 1937 verordnete die Berliner Gestapo, dass ausländische und staatenlose Juden zu diesen Lagern zugelassen werden sollten, wenn genug Platz bestünde und deutschen Juden daraus kein Nachteil erwachse: »An einer Abwanderung auch dieser ausländischen Juden besteht ebenfalls ein grosses Interesse.«³⁴

Es dauerte eine Weile, bis nichtzionistische Organisationen den Umstand akzeptieren konnten, dass Hitler kein vorübergehendes Phänomen war. Sie mussten einsehen, dass das jüdische Leben in Deutschland bald zu einem Ende kommen würde und alle deutschen Juden letzten Endes auswandern müssten. Für Kinder aus nichtzionistischen jüdischen Familien war es schwieriger, an eine Emigration zu denken. Sie betrachteten sich selbst als deutsche Staatsbürger und versuchten, mit ihren Familien

32 USHMM: 11.001M.01, 7-514, Reichsvertretung der Juden in Deutschland, »Übersicht über die nach Durchführung einer Berufsausbildung ausgewanderten Personen«, 17. Januar 1938.

33 USHMM: 11.001M.01, 4-305, Landwirtschaftliches Lehrgut Landwerk Neuendorf, Anlage 3 (undatiert).

34 USHMM: 11.001M.01, 2-146, Geheime Staatspolizei, Berlin an die Staatspolizeistelle in Potsdam, 18. Januar 1937. Vgl. auch USHMM: 11.001M.01, 2-46, Preussische Geheime Staatspolizei, Breslau an die Geheime Staatspolizei in Berlin, 6. Februar 1937.

so lang, wie möglich im Land auszuharren. Nach Erlass und Anwendung der Nürnberger Gesetze im Herbst 1935 erstarben alle noch verbliebenen Hoffnungen auf eine Stabilisierung oder Verbesserung der Lebensbedingungen für Juden in Deutschland. Deshalb rückte die Emigration stärker in den Vordergrund. Aufgrund dieser Erkenntnis begannen sich auch Nichtzionisten für Umschulungsprogramme zu interessieren, die glauben, junge Leute könnten dank einer Ausbildung leichter auswandern und außerhalb Deutschlands Fuß fassen.

Einige nichtzionistische Umschulungszentren bestanden bereits vor der nationalsozialistischen Machtübernahme im Januar 1933. Ihre Hauptaufgabe lag jedoch darin, vor allem arme und arbeitslose jüdische Jugendliche umzuschulen, so dass sie in Deutschland leichter Arbeit finden konnten. Keineswegs bereiteten die nichtzionistischen Lager vor 1933 ihre Lehrlinge auf die Emigration vor.³⁵ Obwohl diese Zentren nach dem plötzlichen Ansteigen des Emigrationsdrucks nach 1933 weiterhin bestanden, konnten sie nur schwer darauf reagieren. Im Gegensatz zu den Zionisten schätzten die Sponsoren dieser Einrichtungen die Realität anders ein und hielten jüdisches Leben in Deutschland weiterhin für möglich. Zionistische Umschulungszentren hingegen erkannten die Sachlage von Anfang an, da die Vorbereitung auf eine Emigration nach Palästina schon immer die Begründung für ihre Umschulungsprogramme in Deutschland gewesen war. Nach Verabschiedung der Nürnberger Gesetze im September 1935 und nachdem die Nichtzionisten in der Reichsvertretung zu dem Schluss gekommen waren, dass jüdische Jugendliche sich auf ein neues Leben außerhalb von Deutschland vorbereiten müssten, hatten sie keine Wahl mehr, als aus der Erfahrung der zionistischen Hachschara-Lager zu lernen. Diese waren bereits über ganz Deutschland und die benachbarten europäischen Länder verteilt. Die *CV-Zeitung* begann in den Wochen unmittelbar nach der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze, die Aussichten für Einzelunterricht und Gruppenumschulung in Verbindung mit der Emigration zu diskutieren.³⁶

Im Dezember 1935 verfasste Alfred Hirschberg, ein führender Funktionär des Centralvereins und Chefredakteur der *CV-Zeitung*, einen Vorschlag, damit die Gestapo die Errichtung einer Auswanderungsschule

35 Angress, *Between Fear and Hope*, S. 22. Solche Zentren wurden 1893 in Ahlem bei Hannover, 1922 in Neuendorf bei Fürstenwalde im Land Brandenburg und 1928 in Groß Gaglow bei Cottbus eingerichtet.

36 Vgl. Brodnitz, *Die Reichsvertretung der deutschen Juden*, S. 109.

erlaube, um jüdische Jugendliche auf die Emigration vorzubereiten.³⁷ Er betonte, dass Palästina beim bisherigen Emigrationsprozess eine wichtige Rolle gespielt habe, hob jedoch hervor, dass mehr deutsche Juden außerhalb von Palästina, d.h. in Übersee einen Zufluchtsort gefunden hätten und sich jüdische Emigranten in Zukunft wahrscheinlich vermehrt diesen Zielen zuwenden würden, und schlug deshalb vor: »Dieser Aufgabe wollen sich in erster Linie die grossen nichtzionistischen Organisationen unterziehen, ohne dass darin eine jüdisch-politische Stellungnahme gegen das Palästina-Werk erblickt werden soll.«³⁸ Er beschrieb daher Pläne, Gruppen von jüdischen Jugendlichen auszubilden und sie nach Übersee ausreisen zu lassen, vor allem nach Brasilien und Argentinien. Deshalb sei eine große Auswanderungsschule erforderlich, die die jüdischen Jugendlichen in Landwirtschaft, Gartenbau, Haushaltswirtschaft sowie in den Fremdsprachen und der Geographie der jeweiligen Länder unterrichte: »Neben der rein berufsmässigen Ausbildung wird eine charakterliche Schulung nötig sein, um die jungen Menschen in gleicher Weise zu der körperlichen und geistigen Straffheit zu erziehen, die ein Siedlerleben erfordert.«³⁹ Außerdem versuchten die Autoren um Hirschberg, die Polizei in Sicherheit zu wiegen: »Das Ziel dieser Auswanderungsschule schliesst von vornherein aus, dass die in den Werkstätten ausgebildeten Menschen sich als Schwarzarbeiter eine Betätigung in Deutschland suchen.«⁴⁰

Anfangs reagierten einige Zionisten auf die Errichtung von nichtzionistischen Umschulungslagern ablehnend. In ihren Leitartikeln kritisierte die *Jüdische Rundschau* Anfang 1936 beispielsweise schon die Vorstellung, dass nichtzionistische Umschulungslager Juden auf die Emigration in andere Länder als Palästina vorbereiten könnten. Zeitungskommentare, dass dies den Juden letztendlich nur schaden würde, sind daher nicht überraschend. Alle Bemühungen, den Emigrationsfluss zu nichtpalästinensischen Zielorten zu leiten, ignorierten laut der Zeitung das grundlegende Problem und die historischen Gegebenheiten des

37 USHMM: II.001M.01, 4-279, Alfred Hirschberg und Heinz Kellermann an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin, II 1 B 2, 23. Dezember 1935. Die Autoren verwendeten die Bezeichnung »Auswanderungsschule« wahrscheinlich absichtlich, damit sich ihr Unterfangen von den zionistischen Umschulungsprogrammen abhob. Letztere verwendeten den hebräischen Begriff »Hachschara.«

38 Ebd.

39 Ebd.

40 Ebd.

jüdischen Lebens in der Diaspora.⁴¹ Die *CV-Zeitung* reagierte folgendermaßen darauf: Deutsche Juden sollten alle möglichen Auswanderungsziele ins Auge fassen, da der Emigrationsprozess aus Deutschland sehr dringlich und komplex sei. Außerdem hatte die britische Mandatsregierung Einwanderungsbeschränkungen für Palästina erlassen. Palästina selbst sei klein und könne nur eine begrenzte Anzahl von Immigranten aus Deutschland aufnehmen, obwohl die Nachfrage immer weiter ansteige.⁴² Da das Reichministerium des Innern diesen Vorschlag enthusiastisch unterstützte und die Polizei auf die Reichsvertretung weiterhin Druck ausübte, alle Emigrationsmöglichkeiten aus Deutschland zu propagieren, sahen sich die Zionisten in der Reichsvertretung veranlasst, ihre Position zu ändern und die Errichtung eines nichtzionistischen Umschulungslagers in Groß-Breesen zu einem späteren Zeitpunkt in jenem Jahr zu befürworten.

In einem Gestapo-Memorandum vom 10. März 1936 wurde dem Ansuchen für die Errichtung einer »Auswanderungsvorbereitungsstätte« durch die Reichsvertretung und den Centralverein provisorisch stattgegeben.⁴³ Im Memorandum wurde auch berichtet, dass sich zionistische Vertreter in der Reichsvertretung entschlossen hatten, dieses Projekt voll zu unterstützen. Die Gestapo genehmigte in der Folge einen Plan, eine Immobilie für eine Auswanderungsschule für 100 bis 125 junge Männer und Frauen zwischen fünfzehn und dreiundzwanzig Jahren anzukaufen. Das Projekt sah vor, weitere Immobilien für neue Umschulungszentren zu erwerben, wenn das Experiment erfolgreich ausgehen sollte. Junge Männer wurden in der Landwirtschaft, dem Gartenbau, der Schreinerei und Metallurgie unterrichtet. Junge Frauen lernten Gartenbau, Hauswirtschaftslehre und Kleintierzucht. Die jüdischen Jugendlichen wurden auch in jüdischer Geschichte, Bibelkunde sowie Hebräisch unterrichtet, und man hielt den Sabbat sowie jüdische Feiertage ein. Zwar pflegten diese nichtzionistischen Lehrlinge, die jüdische Siedlungen in Ländern außerhalb von Palästina errichten sollten, ihr deutsches Erbe, gleichzeitig betonten sie aber auch, dass sie eine eigene jüdische Identität und Kultur besaßen. Ob nun in Groß-Breesen oder in vielen zionistischen Umschulungslagern, die Umschulung gehörte zu den Erfahrungen, die die jüdi-

41 Vgl. z.B. *Jüdische Rundschau*, 14. Januar 1936, 21. Januar 1936. Vgl. auch Werner T. Angress, *Auswandererlehrgut Groß-Breesen*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 10 (1965), S. 171.

42 *CV-Zeitung*, 23. Januar 1936, zitiert in Angress, *Auswandererlehrgut Groß-Breesen*, S. 171.

43 USHMM: 11.001M.01, 4-279, Bericht II 1 B 2, 10. März 1936.

schen Jugendlichen machen mussten, um sich ihrer jüdischen Identität in Palästina oder einem anderen Land bewusst zu werden.

Die Reichsvertretung trat mit Gutsbesitzern in Groß-Breesen in Verhandlung. Dieser Ort war dreißig Kilometer nördlich von Breslau gelegen. Auch sprach sie den Heidehof bei Rathenow an und schlug vor, zusätzliche Immobilien zu mieten, damit nach erfolgreicher Errichtung der Auswanderungsschule weitere Projekte dieser Art verwirklicht werden könnten.⁴⁴ Kurz danach wurde ein Gut mit fast 230 Hektar Ackerland, Wiesen, Wäldern und Gebäuden in Groß-Breesen von einer polnisch-jüdischen Familie angekauft. Die ersten Lehrlinge kamen hier im Mai 1936 an.⁴⁵ Groß-Breesen war das einzige große nichtzionistische Umschulungszentrum, das in Deutschland aufgrund der Bemühungen des RjF und des Centralvereins nach 1933 errichtet wurde, um jüdischen Jugendlichen die Auswanderung zu nichtpalästinensischen Zielen zu erleichtern. Es war unvermeidlich, dass die Lehrlinge auf dem Feld mit »Ariern«, teils Mitgliedern der NSDAP, zusammenarbeiteten, aber es wurde alles unternommen, um persönliche Kontakte auf die Arbeitszeit zu beschränken. Selbst während der Arbeitszeit hielten die beiden Bevölkerungsgruppen Abstand voneinander.

Nur ein kleiner Teil der jüdischen Jugendlichen, die das Programm in Groß-Breesen abschlossen, konnte die landwirtschaftlichen Kenntnisse außerhalb Deutschlands einsetzen.⁴⁶ Neben der Erlernung von landwirtschaftlichen und handwerklichen Berufen standen Geschichte, Literatur, Kunst, Naturwissenschaften, Soziologie und Fremdsprachen im Vordergrund. Zusätzlich trieben die Lehrlinge Sport. Sie wurden im Zeichnen, Singen und in Instrumentalmusik unterrichtet. Dabei zielten einige Unterrichtseinheiten auf die Festigung ihrer jüdischen Identität ab. Die Schüler lernten in der Folge Hebräisch, jüdische Geschichte und Bibelkunde. Der Sabbat sowie jüdische Feiertage wurden ebenfalls eingehalten. Anfang des Jahres 1937 veröffentlichte der Centralverein Richtlinien für die berufliche Umschulung und Emigration der Juden. Diese betonten, dass deutsche Juden in andere Länder, aber nicht nach Palästina auswandern sollten.⁴⁷ Einige Nichtzionisten begannen die Notwendigkeit zu erkennen, dass zumindest ihre Kinder die deutsche Identität ablegen und sich einer jüdischen zuwenden müssten.

44 Vgl. Angress, Auswandererlehrgut Groß-Breesen, S. 168-187.

45 Vgl. Angress, Between Fear and Hope, S. 44f., 54f.

46 Barkai, From Boycott to Annihilation, S. 92.

47 USHMM: 11.001M.01, 13-83, »Berufsumschichtung und Auswanderung«, von Herbert Wiesenthal (undatiert).

Absolventen des Umschulungsprogramms Groß-Breesen trachteten vor allem danach, nach Nord- und Südamerika auszuwandern. Zwischen 1936 und 1939 versuchten Mitglieder der Reichsvertretung in Zusammenarbeit mit der Jewish Colonization Association (ICA), Absolventen der Umschulungsprogramme in Landwirtschaftsbetrieben in Brasilien und Argentinien sowie im amerikanischen Bundesstaat Virginia anzusiedeln.⁴⁸ Delegationen besuchten diese und andere Standorte, die als mögliche landwirtschaftliche Kolonien für die Absolventen Groß-Breesens zur Debatte standen. Im Juni 1937 berichtete das Lager Groß-Breesen der Gestapo in Berlin, dass die ICA beabsichtige, eine große Anzahl jüdischer Familien aus Deutschland in die argentinischen ICA-Kolonien zu verschicken. Eine Bedingung für die Umsiedlung und vor allem für den Erwerb von Visa war, dass zumindest ein Teil der Familie landwirtschaftlich geschult war.⁴⁹ Das bedeutete, dass zumindest zwei Mitglieder jeder Familie für mindestens drei Monate eine Ausbildung in einem anerkannten Zentrum einer landwirtschaftlichen Schulung durchlaufen hatten. Das Personal und die Absolventen des Lagers Groß-Breesen glaubten, dass ihnen das sehr leichtfallen würde. Keiner der Pläne, eine Gruppe aus Groß-Breesen in einer landwirtschaftlichen Kolonie anzusiedeln, war jedoch erfolgreich. All jene, die nach Abschluss des Programms emigrierten, taten dies auf eigene Initiative. Zwei von ihnen erreichten tatsächlich Virginia und fünf weitere Argentinien.

Deutsche Juden schrieben sich auch in Umschulungsprogramme außerhalb Deutschlands ein. In diesem Fall kam es zwischen verschiedenen Regierungsstellen jedoch zu Unstimmigkeiten. Sowohl das Auswärtige Amt wie auch das Reichsministerium des Innern widersetzten sich anfangs deutsch-jüdischen Umschulungsprogrammen außerhalb Deutschlands, da die Regierung fürchtete, die Kontrolle über die Programme zu verlieren und die Lehrlinge einer antideutschen Propaganda auszusetzen.⁵⁰ Diese Bedenken legten sich jedoch bald. Bis zum 1. Januar 1935 nahmen bis zu 1.800 deutsche Juden an verschiedenen Umschulungsprogrammen

48 Vgl. Angress, *Between Fear and Hope*, S. 59 f.. Die Jewish Colonization Association wurde 1891 in London und Paris gegründet. Sie widmete sich dem Ankauf von Landbesitz, der zum Großteil in Übersee gelegen war, und wollte dort landwirtschaftliche Kolonien für Juden errichten.

49 USHMM: 11.001M.01, 4-279, Jüdisches Auswandererlehrgut Groß-Breesen an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin, 17. Juni 1937.

50 PA: R98470, Referat-D, P05 NE adh6, Bd. 3, Schnellbrief, Auswärtiges Amt an Reichsministerium des Innern, Preussisches Ministerium des Innern, und Polizeipräsidium, 18. August 1933; Reichsministerium des Innern an Auswärtiges Amt, Nr. I A 2000/18.8, 28. August 1933.

in Litauen, Lettland, Jugoslawien, Dänemark, Schweden, Italien, Belgien, den Niederlanden, der Schweiz, Polen, der Tschechoslowakei, Luxemburg und Frankreich teil.⁵¹ In der Tschechoslowakei befanden sich z.B. 230 Lehrlinge, in Dänemark 200, in Frankreich 30, in Luxemburg 40, in Italien 80, in Jugoslawien 100, in Lettland 30, in Litauen 60, in den Niederlanden 140. Sie alle nahmen an denselben Umschulungsprogrammen wie in Deutschland teil. Sie lebten und arbeiteten unter völlig verschiedenen Umständen, so z.B. mit Juden wie auch Nichtjuden.⁵² Zwischen 1933 und 1935 wurden ca. 1.125 Lehrlinge im Ausland finanziell vom ZJHA in Deutschland unterstützt. Ihnen floss eine Gesamtsumme von RM 120.374 zu. In all diesen Fällen erhielten die Lehrlinge routinemäßig ein Einreise- und ein Ausreisevisum. Lehrlinge mussten die Polizei nach ihrer Rückkehr informieren, ob sie das Umschulungsprogramm abgeschlossen hatten und sich auf die Auswanderung vorbereiteten. Bis 1938 hatte sich die inländische wie auch die internationale Situation so gewandelt, dass ein dramatischer Rückgang beim jüdischen Umschulungsprogramm außerhalb von Deutschland festzustellen war. Nur 226 deutsche Juden waren zu diesem Zeitpunkt bei praktischen Ausbildungsprogrammen im Ausland angemeldet.⁵³ Diese Programme wurden hauptsächlich für jüdische Jugendliche eingerichtet, die noch nicht im Berufsleben Fuß gefasst hatten. Sie bereiteten sich dadurch auf Berufe vor, die in Palästina und anderen Ländern gefragt waren und die sie in Deutschland nicht erlernen konnten.

Da Regierungs- und Parteistellen den relativen Nutzen dieser beruflichen Umschulung nach 1933 untersuchten, unternahm die zionistische Bewegung alle Anstrengungen, die Debatte darüber zu beeinflussen. Sie betonte die positive Beziehung zwischen der Hachschara und den Zielen des Regimes beim Prozess der Emigration für Juden aus Deutschland. In einem Memorandum an das Reichsarbeitsministerium vom 31. Mai 1935 beschrieb das Palästinaamt der Jewish Agency for Palestine in Berlin im Detail, wie positiv sich die Umschulungsprogramme auf die jüdische

51 Vgl. Kulka, *Deutsches Judentum*, S. 162-164; Angress, *Between Fear and Hope*, S. 28.

52 USHMM: 11.001M.01, 4-237, Geheimes Staatspolizeiamt, II 1 B 2 – G.290/J.121/35, 4. Februar 1935. Details zu landwirtschaftlichen Umschulungen für deutsche Juden in den Niederlanden finden sich in USHMM: 11.001M.01, 4-237, Abschrift aus der Jüdischen Telegraphen-Agentur, XIII, Nr. 65, 19. März 1934.

53 USHMM: 11.001M.01, 4-305, Reichsvertretung der Juden in Deutschland an die Geheime Staatspolizei, »Berufsausbildung von Juden im Ausland, Erziehungs-clearing«, 7. März 1938.

Auswanderung aus Deutschland nach Palästina ausgewirkt hätten.⁵⁴ Das Palästinaamt leitete weiter, was es aus jüngsten Gesprächen mit dem in London ansässigen Central Bureau for the Settlement of German Jews, einer Abteilung der Jewish Agency for Palestine, entnommen hatte. Es behauptete, dass aufgrund der Bedürfnisse des palästinensischen Arbeitsmarktes und der Entwicklungsprioritäten der zionistischen Behörden dort immer mehr Immigrationszertifikate an Einwanderer aus Deutschland ausgegeben würden, die landwirtschaftliche Kenntnisse besäßen: »Es soll lediglich im Hinblick auf die Anforderungen des palästinensischen Arbeitsmarktes und die im Interesse des zionistischen Palästina-Aufbaus liegende Berufswahl der Anteil der landwirtschaftlich ausgebildeten Zertifikatempfänger an der Gesamtzahl der Zertifikate verbessert werden.«⁵⁵

Jüdische Umschulung in der NS-Judenpolitik

Zwischen 1933 und dem Novemberpogrom nahmen die SS und die Gestapo zwar noch keine solch wichtige Stellung bei der Formulierung der NS-Judenpolitik ein wie in der darauf folgenden Zeit, doch betrachteten sie das zionistische Umschulungsprogramm von jüdischen Jugendlichen bereits als einen bedeutenden Bestandteil der Kampagne, alle Juden aus Deutschland zu vertreiben.⁵⁶ In einem internen SD-Memorandum über die Judenpolitik vom 24. Mai 1934 an Reinhard Heydrich wurde betont, das einzige Ziel der NS-Judenpolitik solle die »restlose Auswanderung der Juden« sein. Dazu sollten folgende Schritte führen: Die »Lebensmöglichkeiten« für Juden in Deutschland sollten eliminiert werden, um den Auswanderungswillen zu steigern; der »Radauantisemitismus« mit seinen negativen außenpolitischen Folgen sollte eingestellt und die gesellschaftliche Isolierung aller Juden in Deutschland intensiviert werden; Konflikte zwischen jüdischen Organisationen sollten ausgenutzt werden, um die jüdische Bevölkerung zu schwächen und zu demoralisieren; den Juden sollte kein offizieller Minderheitenstatus zuerkannt werden, da

54 USHMM: 11.001M.01, 1-178, Palästina-Amt Berlin der Jewish Agency for Palestine an das Reichs- und Preussische Arbeitsministerium, »Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte der Landwirtschaft«, zu II o 5226/35, 31. Mai 1935.

55 Ebd.

56 Vgl. Francis R. Nicosia, *Jewish Farmers in Hitler's Germany: Zionist Occupational Retraining and Nazi Jewish Policy*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 19 (2005), S. 365-389.

ihnen dadurch der Verbleib in Deutschland zugesichert würde, und die berufliche Umschulung von Juden sei voll zu unterstützen, um ihre Auswanderung nach Palästina zu forcieren.⁵⁷ Die Stellungnahme beschreibt des Weiteren die Bedingungen, unter denen solche Umschulungszentren betrieben werden sollten, wobei diese letztendlich nicht vollständig eingehalten werden konnten, da der SD und die Gestapo die jüdische Emigration um jeden Preis forcierten:

»Die Umschulung der Juden auf landwirtschaftliche und handwerkliche Berufe ist also zu dulden, solange sie in geschlossenen Lehrgängen und nicht bei deutschen Bauern und Handwerkern erfolgt und soweit sie die Auswanderung vorbereiten soll. Sie ist zu unterbinden, wenn ersichtlich ist, daß die Juden dadurch eine Existenz in Deutschland aufbauen wollen.«⁵⁸

Die Rolle der beruflichen Umschulung von Juden in der NS-Judenpolitik wurde auch von Heinrich Himmlers Bayerischer Politischer Polizei ein Jahr später sehr ernst genommen. Diese gab ihre eigenen Richtlinien zur Errichtung und Betreibung von jüdischen Umschulungslagern aus.⁵⁹ Im Juli 1935 wies sie die Kommunalbehörden an, einen detaillierten Bericht über jedes einzelne ihnen unterstellte Zentrum vorzulegen. Sie sollten dabei die folgenden Informationen vermerken: den offiziellen Namen des Umschulungszentrums und dessen rechtliche Eintragung; die jüdische Organisation, die es betrieb; den Namen des Grundstücksbesitzers, auf dessen Land das Umschulungszentrum errichtet worden war; einen Hinweis, ob dieser Besitzer, falls er Jude war, zionistisch oder assimilatorisch eingestellt war; die Anzahl der Lehrlinge, die das Zentrum aufnehmen konnte; den Umfang des Personals; den spezifischen Grund für das Umschulungsprogramm; einen Hinweis, ob die Umschulung zur Emigration oder zum weiteren Verbleib in Deutschland führen werde und welche Behörde den Betrieb genehmigt hatte.⁶⁰ Die NS-Behörden

57 Wildt, *Judenpolitik*, S. 68.

58 Ebd.

59 Die Bayerische Politische Polizei kam im März 1933 unter Himmlers Kontrolle. Himmler dehnte somit seine Machtbefugnis über die Staatspolizei in den deutschen Ländern aus. Vgl. Gellately, *The Gestapo and German Society*, S. 37-41.

60 BArch: R187 Sammlung Schumacher, 240/I. Bayerische Politische Polizei an alle Polizeidirektionen, Staatspolizeiamter, Bezirksämter, Bezirksamtsausstellen, Stadtkommissäre, und Kreisregierungen, B. Nr. 190 16/35 I 1B, 5. Juli 1935. Diese spezifischen Verordnungen wurden ein Jahr später von der Gestapo in Berlin erneuert, vgl. USHMM: 11.001M.01, 3-178, *Der Politische Polizeikommandeur Berlin an die Politischen Polizeien der Länder*, II 1 B 2-J. 709/35, 25. Juni 1936.

ordneten auch an, dass in den Arbeitsbereichen nicht gesungen, gepfiffen, geraucht oder Lärm gemacht werden durfte. Sie verlangten absolute Sauberkeit in den Badezimmern und auf den Toiletten und verboten unautorisierte Besuche von Freunden und Verwandten. Die Lehrlinge mussten ihre Arbeit mit einem strengen Zeitplan verrichten, in dem auch Pausen und Urlaub vorgegeben waren. Die Behörden drohten, jeden Verstoß gegen diese Regeln mit harten Strafen wie z.B. dem Ausschluss aus dem Programm zu ahnden.

Einen Monat später betonte das SD-Hauptamt in einem Lagebericht vom 17. August 1935, wie wichtig die berufliche Umschulung der jüdischen Jugendlichen für die Judenpolitik des Regimes sei. Das SD-Hauptamt hob dabei hervor, dass die zionistische Bewegung im Gegensatz zu assimilatorischen jüdischen Organisationen bevorzugt behandelt und dies die jüdische Emigration vorantreiben werde. Es sagte auch voraus, dass zionistische Umschulungsprogramme die Anzahl der nach Palästina emigrierenden jüdischen Jugendlichen verdoppeln würden.⁶¹

Offensichtlich unterstützte das Regime die zionistischen Bemühungen in Deutschland als Teil seiner allgemeinen Judenpolitik während der dreißiger Jahre von ideologischer wie auch von praktischer Seite. Ernst Marcus, ein deutscher Zionist, der in Berlin in den Ha'avara-Transfer-Prozess eingebunden war, konstatierte nach dem Krieg, dass es politisch signifikant gewesen sei, dass die höchste deutsche Behörde nicht nur die Emigration von deutschen Juden nach Palästina duldete, sondern dass sie diese auch durch weitgreifende Transfermöglichkeiten und andere Maßnahmen förderte.⁶² Zu den »anderen Maßnahmen«, auf die sich Marcus bezog, gehörten hauptsächlich zionistische Berufsumschulungsprogramme und -lager im ganzen Reich, da sowohl das Ha'avara-Transfer-System als auch die berufliche Umschulung in Deutschland Juden direkt dabei halfen, die Einreisebestimmungen der britischen Mandatsbehörden in Palästina zu erfüllen. Die berufliche Umschulung diene sowohl dem ideologischen Ziel, die Kultur der Assimilation unter deutschen Juden rückgängig zu machen wie auch der praktischen Herausforderung, sie aus Deutschland zu vertreiben.

In den ersten Jahren nach Hitlers »Machtergreifung« bestanden ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen NS-Behörden, wie die berufliche Umschulung unter Juden in Theorie und Praxis aussehen sollte. Die SS und die Gestapo konnten diese Konflikte nicht verbergen. Diese Meinungsverschiedenheiten zeigen, wie die Grund-

61 Wildt, Judenpolitik, S. 69.

62 Marcus, The German Foreign Office, S. 183.

gedanken der nationalsozialistischen Rassenideologie und die praktischen Bedürfnisse der NS-Judenpolitik quer zueinander verliefen. Obwohl sich die Partei und die Regierung einig waren, dass sie den Zionismus und die jüdische Emigration nach Palästina bevorzugen und die berufliche Umschulung von jüdischen Jugendlichen für die Emigration propagieren sollten, beunruhigten sie einige Aspekte: Die meisten jungen Zionisten hatten zum damaligen Zeitpunkt linkspolitische Ansichten. Bei der beruflichen Umschulung konnte es außerdem zu einem Kontakt zwischen Juden und Nichtjuden kommen. Der Emigrationsprozess ging in der Regel langsam vor sich und war sehr mühsam. Anders gesagt, kollidierten hier Vorstellungen von ideologischer Reinheit mit pragmatischen politischen Entscheidungen.

Vertreter kommunaler Partei- und Polizeistellen zeigten sich besorgt, Juden könnten ihre neuen Kenntnisse unter anderem dazu einsetzen, in Deutschland Arbeit zu finden und die Emigration zu umgehen. Aufgrund ihrer antisemitischen Ideologie befürchteten sie zudem, der Kontakt zwischen jüdischen Landarbeitern und »Ariern« könnte zunehmen und dass Juden keineswegs für körperliche Arbeit geeignet seien. Wie die staatlichen Polizeibehörden in Koblenz und Frankfurt an der Oder im März 1934 festhielten, bestand der Verdacht, dass sich junge deutsche Juden aktiv um Arbeit auf »arischen« Bauernhöfen umsehen würden, um damit andere Aktivitäten zu verheimlichen.⁶³

Polizeibehörden stellten von Anfang an klar, dass eine Voraussetzung für die Errichtung von Umschulungsprogrammen in Deutschland die unmittelbare Emigration von jüdischen Einzelpersonen nach dem Programmabschluss war und dass die berufliche Umschulung niemals Juden dazu befähigen sollte, sich weiterhin in Deutschland aufzuhalten. Dass die SS und die Gestapo dies befürchteten, zeigen die Akten. Die jüdischen Behörden mussten daher dem Regime beweisen, dass die beruflichen Umschulungsprogramme darauf abzielten, dass Juden ihre neu erworbenen Berufe außerhalb von Deutschland ausüben würden. Die Ausbildung sollte sie nicht dazu befähigen, ihre Kenntnisse in einer sich immer weiter verschlechternden wirtschaftlichen Situation in Deutschland zum Einsatz zu bringen. Letzten Endes konnten die jüdischen Organisationen dieser »Gefahr« jedoch nicht vorbeugen. Es mutet wie eine Ironie des Schicksals an, dass das NS-Regime nach 1939 diese neuen Kenntnisse sowie die Umschulungszentren selbst in ihren Zwangsarbei-

63 Vgl. BArch: R1501, 26060, Staatspolizeistelle Koblenz an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin, 3. März 1934; Staatspolizeistelle Frankfurt/Oder an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin, Tgb.Nr. 9.60.34, 4. März 1934.

terprogrammen während des Krieges ausnutzte. Diese Tatsache wird im letzten Kapitel dieses Buchs behandelt.

Das Unbehagen der NS-Funktionäre und ihre Ablehnung der beruflichen Umschulungsprogramme ergaben sich aus rassistischen Vorurteilen gegenüber Juden, die durch die jahrelange antisemitische Propaganda genährt wurden. Diese Propaganda verbreitete sich in ländlichen Gebieten besonders gut. Da der Großteil der zionistischen Bewegung zu jenem Zeitpunkt politisch links angesiedelt war, befanden sich in den Umschulungszentren etliche junge Zionisten, die der sozialdemokratischen und der kommunistischen Bewegung angehörten. Sie alle wollten nach Palästina auswandern. Bis in die dreißiger Jahre konnten viele Zionisten in Deutschland und in anderen Ländern jene philosophische Hürde überwinden, die den Marxismus und den jüdischen Nationalismus trennte.⁶⁴ Viele Hechaluz-Programme betonten eine kollektiv betriebene Landwirtschaft und zogen so junge zionistische Idealisten an, die ein radikal neues Leben in Palästina beginnen wollten. Das rührte an tief sitzende ideologische Befürchtungen von einer »jüdisch-marxistischen Weltverschwörung«. Aus Belzig in Brandenburg berichteten z.B. Bürger dem örtlichen Gauleiter, dass jüdische Jugendliche in dem im Ort ansässigen Hechaluz-Lager »überzeugte Kommunisten« seien. Belziger Beamte beschwerten sich sogar bei der Gestapo in Berlin. Sie befürchteten, das Ziel, jüdische Jugendliche in Vorbereitung auf die Auswanderung nach Palästina als Bauern und Handwerker auszubilden, würde nur kriminelle Tätigkeiten decken. So enthielt ein Bericht aus Belzig die Behauptung: »[I]n so kurzer Zeit kann kein Geistesarbeiter einen praktischen Beruf restlos erlernen. Viel eher scheint diese Einrichtung eine gefährliche Organisation zu sein.«⁶⁵ Weiter wurde festgehalten, dass »sogenannte Lehrer«, die »wahrscheinlich Kurierdienste leisten«, in ausländischen Autos regelmäßig zum Lager führen. Diese Autos gehörten wahrscheinlich den von der Regierung autorisierten jüdischen Lehrern aus Palästina und anderen europäischen Ländern, denen die mehrmalige Einreise nach Deutschland erlaubt wurde, um dem Mangel an deutsch-

64 Mehr Informationen über die zum Teil schwierige Synthese zwischen Sozialismus und jüdischem Nationalismus finden sich in Shimoni, *The Zionist Ideology*, Kap. 5. Vgl. auch Laqueur, *A History of Zionism*, S. 416-437; Robert Wistrich, *Marxism and Jewish Nationalism: The Theoretical Roots of Confrontation*, in: *The Jewish Journal of Sociology* 17 (1975), S. 34-54.

65 Vgl. z.B. BLHA: Pr.Br. Rep. 2A I Pol 1171, Arbeitsdienst Brandenburg, Lager Belzig, an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin, 18. Juli 1933.

jüdischen Lehrern für landwirtschaftliche und handwerkliche Berufe sowie für Hebräisch abzuhelfen.

Bereits im Juli 1933 beschwerte sich der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen e.V. in der Mark Brandenburg bei der Landesregierung in Potsdam, der Hechaluz habe Teile einer Jugendherberge für ein Umschulungsprogramm angemietet, dabei könnten Kontakte zwischen deutschen und jüdischen Jugendlichen zustande kommen. Beim »provokierenden Verhalten der Juden« seien Konflikte zwischen den beiden Gruppen unvermeidbar, so die Beschwerde.⁶⁶ Der Jugendherbergsverband bezog sich vor allem auf das Werner-Kaufmann-Heim in Belzig und behauptete: »Die nationale deutsche Jugend, die in unserer Herberge einkehrt, kann mit Recht nicht verstehen, dass ihr in der heutigen Zeit eine solche herausfordernde Hausgemeinschaft zugemutet wird.«⁶⁷ In Frankfurt an der Oder zeigten sich die örtlichen Behörden sehr besorgt über die angeblichen negativen Folgen der landwirtschaftlichen Ausbildung von Juden in Nordostdeutschland. Der Frankfurter Beamte Dr. Eichler von der Frankfurter Stadtregierung hegte z.B. einen schweren Verdacht gegenüber dem Hechaluz-Programm. Nachdem er vierzehn verschiedene Kreise untersucht hatte, beklagte er, jüdische Jugendliche würden während des Erwerbs ihrer landwirtschaftlichen Ausbildung unter und sogar mit »arischen« Familien leben.⁶⁸ Nur in einigen Ortschaften lebten jüdische Lehrlinge in ihren eigenen Einrichtungen und waren so von der nichtjüdischen Bevölkerung getrennt. In anderen wiederum wohnten sie bei »arischen« Bauern und ihren Familien, denen sie 30 bis 60 RM pro Monat bezahlten. Eichler kam zu dem Schluss, dass es »ungesund« sei, Juden über das Land zu verstreuen, selbst wenn es sich nur um ein einjähriges Ausbildungsprogramm handelte, da es so zu jüdisch-»arischen« Freundschaften und zu einer Art »Mitleid für Juden« unter der örtlichen Bevölkerung kommen könnte. Der Bericht zog daher folgenden Schluss:

»Vom polizeilichen Standpunkt aus sind ebenfalls nicht unerhebliche Bedenken geltend zu machen. Die Tatsache, daß in einem kleinen Ort wie Dragebruch, Kreis Friedeberg Nm., nicht weniger als 15 Juden

66 BLHA: Pr.Br. Rep. 2A I Pol 1171, Gau Mark Brandenburg im Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen e.V. an den Herrn Regierungspräsidenten, Abteilung Schulen, Potsdam, 21. Juli 1933.

67 Ebd.

68 USHMM: 11.001M.01, 2-173, Der Regierungspräsident Frankfurt a.O. an den Herrn Preussischen Ministerpräsidenten, Geheime Staatspolizei, 3 L. 9/34, 31. Januar 1934.

untergebracht sind, ist geeignet, Unruhe in die zu 95% nationalsozialistisch eingestellte Bevölkerung zu tragen.«⁶⁹

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wollten jüdischen Jugendlichen auch nicht gestatten, auf dem Land zu leben, um einen landwirtschaftlichen Beruf zu erlernen. Sie stellten sich besonders gegen jüdische Organisationen wie die Reichsvertretung und den Hechaluz als Vermittler bei der Immobilienfindung für jüdische Umschulungslager. 1934 keimte daher eine Debatte zwischen umschulungsfeindlichen und umschulungsfreundlichen Behörden auf. Zur ersten Gruppe zählte vor allem das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, zur zweiten hauptsächlich die Gestapo und das Reichsministerium des Innern.

Im Februar 1934 sandte Staatssekretär Herbert Backe vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein Memorandum an die Gestapo, in dem er erklärte, weshalb sein Ministerium gegen die Art und Weise war, wie die jüdische berufliche Umschulung durchgeführt wurde.⁷⁰ Er behauptete, dass junge jüdische Landarbeiter viele »Arier« um ihre Arbeit brächten und ein Zusammentreffen zwischen Juden und »Ariern« wahrscheinlich zu sexuellen Kontakten und »Rassenschande« führen würde. Dadurch würden sich Krankheiten wie z.B. Syphilis ausbreiten. Die NS-Propaganda zur »Rassenschande« war bereits vor den Nürnberger Gesetzen von 1935 besonders aktiv. Ihr zufolge sollten Eheschließungen und sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden strafbar werden. Außerdem strich Backe heraus, dass sich Juden »rassisch« nicht für eine landwirtschaftliche Tätigkeit eigneten. Wenn sie einmal Palästina erreicht hätten, würden sie diesen Beruf nicht ausüben und stattdessen die neu erworbenen Fähigkeiten dazu nutzen, ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage in Deutschland beizubehalten. Weiter warnte das Memorandum davor, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine Monatsmiete von 30 bis 60 RM pro jüdischen Lehrling für viele »arische« Bauern einen Anreiz darstelle. Da sich Lehrlinge und Dorfbewohner sehr nahekämen, bestünde die Gefahr der »Rassenschande« trotz der »natürlichen« Antipathie der Landbewohner gegen Juden. Gleichzeitig behauptete Backe, dass selbst getrennte Umschulungszentren eine ernsthafte Gefahr darstellen würden:

69 Ebd.

70 Vgl. USHMM: 11.001M.01, 3-178, Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft an das Geheime Staatspolizeiamt, Berlin, IV/5-656, 26. Februar 1934.

»Auch die Umschulung jüdischer Arbeitskräfte in geschlossenen Lagern vermag diese Gefahr nicht auszuräumen. Es ist auf die Dauer nicht zu verhindern, daß die Insassen der Lager die benachbarten Dörfer besuchen, Beziehungen anknüpfen, Handelsgeschäfte betreiben, in den Wirtshäusern verkehren, Tanzvergnügen besuchen usw.«⁷¹

Das Memorandum schloss mit der Empfehlung, berufliche Umschulungsprogramme für Juden zu beenden, um die Reinheit des deutschen Blutes trotz jüdischer Schändungsversuche zu gewähren.

Einige Monate später versuchte das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wiederum, seinen Einfluss bei den Umschulungsprogrammen und -lagern durch zusätzliche Forderungen geltend zu machen. Am 11. Juni 1934 wiederholte ein internes Memorandum an das Arbeitsministerium, das Landwirtschaftsministerium sei dagegen, dass jüdische Organisationen wie die Reichsvertretung jüdische Lehrlinge in landwirtschaftlichen Berufen bei Verhandlungen mit möglichen Geldgebern vertreten, um die Errichtung weiterer Umschulungszentren zu bewirken. Es betonte ebenfalls, dass das Landwirtschaftsministerium die landwirtschaftliche Umschulung von möglichen jüdischen Emigranten nicht befürwortete. Die Gründe waren dieselben wie jene, die in Herbert Backes Memorandum an die Gestapo vom 26. Februar festgehalten wurden. Das Landwirtschaftsministerium behauptete, dass nur die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Landhelfer bei möglichen Arbeitgebern vertreten könne und es deutschen Bauern nicht erlaubt werden sollte, Arbeiter anzustellen, die nicht von offizieller Seite vermittelt wurden. Der Bericht schloss mit den folgenden Worten: »Ich halte die planmäßige Unterbringung von Juden auf dem Lande in jeder Form für unerwünscht.«⁷²

In einer weiteren, von Herbert Backe unterzeichneten Nachricht an das Reichsarbeitsministerium vom 29. Juli 1935 zog das Landwirtschaftsministerium alle ideologischen Register, um andere von der Gefahr einer Umschulung von jüdischen Jugendlichen in der Landwirtschaft zu überzeugen.⁷³ Die Mitteilung wiederholte die Anschuldigung, dass Juden aufgrund ihrer Rasse und Geschichte zur Landarbeit nicht »tauglich« würden und jeder Versuch, sie zu unterrichten, scheitern müsse.

71 Ebd.

72 USHMM: 11:001M.01, 3-178, Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft an den Herrn Reichsarbeitsminister, IV/5-1861, 11. Juni 1934.

73 USHMM: 11.001M.01, 3-178, Der Reichs- und Preussische Minister für Ernährung und Landwirtschaft an den Herrn Reichs- und Preussischen Arbeitsminister, IV/6.-2517, 29. Juli 1935.

Es wurde des Weiteren behauptet, dass der Sinn einer solchen Ausbildung fraglich sei, da sich Klima und Böden in Deutschland vollkommen von Palästina unterschieden. Dadurch hätte ein landwirtschaftliches Umschulungsprogramm in Deutschland für die Emigration und Ansiedlung in Palästina keinen Nutzen. Außerdem behauptete Backe, jüdische Emigranten würden nach ihrer Ankunft in Palästina nur in der Minderzahl in der Landwirtschaft beschäftigt oder übten ein Handwerk aus. Der Großteil würde in den Städten bleiben und den Arabern die Landarbeit überlassen. Er behauptete auch, dass der wirkliche Grund für die Umschulung der war, dass sich die Juden der nationalsozialistischen Ideologie widersetzen und dadurch mit »Ariern« Kontakt halten könnten. Ob sie sich nun in eigenen jüdischen Lagern oder in gemischten Umgebungen mit »Ariern« befanden, Juden würden »immer Mittel und Wege [finden], um mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die gewünschte Verbindung zu kommen.«⁷⁴ Er forderte, Grundstücke angesichts der Landknappheit in Deutschland aufgrund des steigenden Bedarfs des Militärs nicht als »Experimentierfeld« für Juden zu verschwenden. Backe betonte zudem, dass die Juden die landwirtschaftlichen Umschulungslager als eine Möglichkeit betrachten würden, um mit jungen Deutschen und vor allem mit Bauernmädchen in Kontakt zu kommen, und schloss mit der Bemerkung, dass jeglicher Kompromiss bei diesem Thema vom internationalen Judentum als Schwäche gewertet werden und zu einer noch stärkeren antideutschen Propaganda im Ausland führen würde. In dieser Mitteilung unternahm Backe keinen Versuch, Beweise für seine Behauptungen und Anschuldigungen vorzubringen und verwies freiwillig darauf, dass dies nur seine eigene persönliche Überzeugung sowie wahrscheinlich die von Landwirtschaftsminister Walther Darré sei.

Das Reichsministerium des Innern und die Gestapo standen einer Beschränkung der beruflichen Umschulung ablehnend gegenüber. Sie glaubten, dass dadurch die jüdische Emigration aus Deutschland ins Stocken geraten würde. Mit der Unterstützung der Gestapo lehnte das Reichsministerium des Innern die Argumente des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ab. Am 13. Juni 1934 schrieb Hans Pfundtner, Staatssekretär im Innenministerium, an das Landwirtschaftsministerium ein umfassendes Memorandum zu diesem Thema: »Wenn die Judenfrage bereinigt werden soll, sollte kein Weg von vornherein versperrt werden, der geeignet ist, die Auswanderung der in Deutschland

lebenden Juden zu fördern.«⁷⁵ Mit Zustimmung der Gestapo nannte Pfundtner die Behauptung einen Widerspruch, den jüdischen Einfluss und die Kontrolle über die deutsche Gesellschaft und Kultur gebrochen zu haben, wenn die Juden weiterhin in ihren traditionellen Berufen tätig waren und ihrer Lebensweise verhaftet blieben. Dabei verwendete er antisemitische Floskeln über Juden im Allgemeinen und ihre angebliche Abneigung gegenüber körperlicher Arbeit, um die berufliche Umschulung der Juden in der NS-Judenpolitik zu verankern:

»Die bekannte geringe Neigung der Juden zu körperlichen, insbesondere landwirtschaftlichen Arbeiten ist ihnen mit Recht immer wieder vorgeworfen worden. Diese auch von einsichtigen Juden selbst zugegebene Tatsache ist aber gleichzeitig ein Hindernis für die angestrebte Auswanderung, da die akademischen und sonstigen durch geistige Arbeit zu erfüllenden Berufe in allen Zielländern der Auswanderung schon jetzt hoffnungslos überfüllt sind. Es ist daher nicht nur begreiflich, sondern vom Standpunkt der deutschen Regierung aus auch zu begrüßen, wenn jetzt die Juden in Deutschland ernstlich daran gehen wollen, ihre vorwiegend intellektuell eingestellten Volksgenossen auf die einzig noch Erfolg versprechende landwirtschaftliche Arbeit umzuschulen. Je eher und tatkräftiger dieser Plan verwirklicht wird, umso besser ist es für beide Teile.«⁷⁶

Das Innenministerium behauptete deshalb, es läge im nationalen Interesse Deutschlands, wenn einige Juden, die wirklich ihren Beruf aufgeben wollten, sich in landwirtschaftliche Umschulungsprogramme einschrieben und dadurch ihre eigene Ausreise aus Deutschland vorantrieben.

Diese Art von Logik schien auch einen wichtigen Teil der damaligen NS-Propaganda widerzuspiegeln, die von dem im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda angesiedelten »Institut zum Studium der Judenfrage« im Jahre 1935 mit der Veröffentlichung *Die Juden in Deutschland* bekräftigt wurde. Obwohl in diesem Band nicht auf die berufliche Umschulung unter Juden Bezug genommen wurde, stellte man die Berufsstruktur unter den Juden in Deutschland als eine »Abnormalität« hin, da Juden angeblich nur im Handel und bis zu einem bestimmten Grad in der Industrie sowie im Rechtswesen und der Me-

75 USHMM: 11.001M.01, 3-178, Der Reichsminister des Innern an den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, IV 5012/11.5, 13. Juni 1934.

76 Ebd.

dizin tätig waren. Sie hätten es dagegen seit Jahrhunderten versäumt, in der Landwirtschaft und im Handwerk Fuß zu fassen.⁷⁷

Pfundtner und das Reichsministerium des Innern wiesen auch Befürchtungen zurück, umgeschulte jüdische Jugendliche könnten ihre neuen Fähigkeiten dazu einsetzen, sich eine neue wirtschaftliche Existenz in Deutschland aufzubauen: »Daß die Juden nach der Umschulung nicht auswandern, sondern als Landwirte innerhalb des Deutschen Reiches zu verbleiben beabsichtigen sollten, ist nach der im neuen Staat geschaffenen Lage nicht zu befürchten.«⁷⁸ Außerdem bestünde kaum die Gefahr einer »Rassenschande«. Schließlich kontrolliere, so der Bericht, der Staat die Umschulungsaktivitäten, und die Öffentlichkeit hätte sich seit dem »erfolgten Sieg der Nationalsozialisten« über Rassenangelegenheiten und die »Judenfrage aufklären lassen«. Aus Propagandagründen meinte er, dass Deutschland es sich nicht leisten könne, die jüdische Umschulung besonders auf dem Gebiet der Landwirtschaft nicht zu unterstützen:

»Eine grundsätzliche Ablehnung des Planes würde überdies mit aller Bestimmtheit der Weltpropaganda gegen Deutschland neue und im diesem Falle berechtigte Nahrung geben, da es nicht verstanden würde, wenn den Juden zwar der Vorwurf eines einseitigen Intellektualismus gemacht, aber ihnen dennoch der erste ernste Versuch, aus eigenen Mitteln und in Erkenntnis der Richtigkeit des Vorwurfs sich umzustellen, verboten würde.«⁷⁹

Nachdem Pfundtner dem Widerstand des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft insofern Rechnung getragen hatte, als er bekräftigte, jüdische Einzelpersonen sollten nicht mit »arischen« Familien zusammenleben und von ihnen ausgebildet werden, brachte er die Überzeugung des Innenministeriums und der Gestapo zum Ausdruck, dass die jüdischen Umschulungszentren, wenn sie von den Behörden genauestens überwacht würden, keine Gefahr darstellten. Er bestätigte seine Ansicht, dass aufgrund eines neuen öffentlichen Bewusstseins für Rassenhygiene und »Judenfrage« keine Gefährdung der »rassischen«

77 Vgl. Institut zum Studium der Judenfrage, *Die Juden in Deutschland*, München 1935, S. 16 f. Dieses im Propagandaministerium angesiedelte Institut sollte nicht mit Alfred Rosenbergs Institut zur Erforschung der Judenfrage oder mit Walter Franks Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands verwechselt werden. Die beiden letztgenannten behaupteten von sich, akademische Institute zu sein.

78 USHMM: 11.001M.01, 3-178, Der Reichsminister des Innern an den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, IV 5012/11.5, 13. Juni 1934.

79 Ebd.

Reinheit des deutschen Volkes möglich sei. Als vielleicht originellste und eigennützigste Begründung für die Unterstützung der Umschulungsprogramme aus »rassischer« Sicht brachte Pfundtner vor, dass Nichtstun für junge Juden die größte Gefahr darstelle, denn es würde sie zu kriminellen Aktivitäten verleiten. Dieser Logik folgend war es nicht verwunderlich, dass nichtbeschäftigte jüdische Jugendliche sowie Umschulungsprogramme und -zentren in den ersten Kriegsjahren, als die jüdische Emigration aus Großdeutschland ein zunehmendes Problem darstellte, in ein stetig wachsendes Zwangsarbeitssystem eingebunden wurden.

Zur Beseitigung dieser Meinungsverschiedenheiten wurde ein Treffen zwischen allen beteiligten Regierungsstellen (Innen-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerium, Gestapo und Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) für den 27. November 1934 anberaumt. Die Behörden hatten alle in der Vergangenheit mit der Frage der beruflichen Umschulung unter Juden zu tun gehabt.⁸⁰ Sie stimmten darin überein, dass es jüdischen Organisationen nicht erlaubt sein solle, eigenständig nach geeigneten Plätzen für die Umschulung zu suchen. Außerdem sollte der gesamte Umschulungsprozess den Juden nicht ermöglichen, in Deutschland zu verbleiben. Die Frage des Kontakts zwischen jüdischen Lehrlingen und »Ariern« und die daraus erwachsenden Folgen, die, wie das Landwirtschaftsministerium befürchtete, zur »Rassenschande« führen würden, wurden kaum besprochen. In der gemeinsamen Stellungnahme stimmten die Regierungsstellen überein, dass die Umschulungsprogramme nicht dazu benutzt werden dürften, Juden den weiteren Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. Aus dieser Stellungnahme kann geschlossen werden, dass nicht alle Programme in Absonderung stattfinden würden. So stellten die Verfasser klar, »dass die Umschulung berufsfremder Juden in der freien Landwirtschaft oder auch in geschlossenen Lagern zum Verbleib in Deutschland unterbunden werden müsse.«⁸¹ Das Innenministerium und die Gestapo und in der Folge das Arbeitsministerium und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung wiesen die Befürchtungen des Landwirtschaftsministeriums von sich, dass jüdische Landarbeiter selbst in abgesonderten und geschlossenen Umschulungszentren Krankheiten einschleppen und die Gefahr der »Rassenschande« verstärken könnten. Sie behaupteten, »dass die Umschulenden kaserniert würden und die Partei in Verbindung mit den staatlichen Stellen ein freies Bewegen der Juden zu verhindern wüsste

80 USHMM: 11.001M.01, 3-178, Geheimes Staatspolizeiamt, II 1 B.2 68783, 3. Dezember 1934.

81 Ebd.

und dass endlich Voraussetzung für die Unterbringung in einem Umschulungslager der Nachweis einer Auswanderung nach Palästina sei.«⁸² Anders gesagt, schien die unmittelbar nach Abschluss des Umschulungsprogramms gegebene Auswanderungsgarantie jegliche ideologischen Bedenken zu Nähe und »Rassenschande« zu beschwichtigen.

Im Laufe der Diskussionen hielt die Gestapo beständig daran fest, allen Maßnahmen, die die jüdische Emigration aus Deutschland beschleunigten, die volle Unterstützung aller Regierungs- und Parteistellen zuteilwerden zu lassen. Als sich diese Debatte zuzuspitzen begann, betonte die Gestapo in einer Nachricht an das Reichsarbeitsministerium vom 11. Juni 1935, dass die Umschulung der jüdischen Jugendlichen in der Landwirtschaft und im Handwerk eine notwendige Vorbedingung für die jüdische Auswanderung nach Palästina darstelle und daher die Lösung für die »Judenfrage« in Deutschland sei:

»Die Mitwirkung an der Lösung der Judenfrage gehört als politische Angelegenheit zu den vordringlichsten Aufgaben der Geheimen Staatspolizei [...]. Im besonderen wird der Umschulung der Juden zu Landwirten und Handwerkern, als eine für die Abwanderung nach Palästina notwendige Vorbedingung, erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet.«⁸³

Die Gestapo meinte auch, die britische Mandatsregierung in Palästina würde den deutschen Juden aufgrund ihrer beruflichen Umschulung mehr Immigrationszertifikate zukommen lassen. Da sie sich für mehr Immigrationszertifikate in der Kategorie »Arbeiter« qualifizierten, könnte dies laut Palästinaamt in Berlin dazu führen, dass jedes Jahr 2.000 zusätzliche Personen die Einreise nach Palästina erlaubt würde.⁸⁴ Die Gestapo schloss sich dieser Argumentation inhaltlich an.

Gemäß dem Quotensystem der britischen und zionistischen Behörden, die die jüdische Immigration nach Palästina überwachten, wurden Immigranten, die zwischen 500 und 1.000 britische Pfund mit sich einführten, in die Kategorie der »Kapitalisten« aufgenommen. Sie

82 Ebd.

83 USHMM: 11.001M.01, 3-178, Geheimes Staatspolizeiamt Berlin an den Herrn Reichsarbeitsminister, II 1 B 2 – 64944/7625/35, 11. Juni 1935.

84 Vgl. USHMM: 11.001M.01, 3-178, Preussische Geheime Staatspolizei an den Herrn Reichs- und Preussischen Minister für Ernährung und Landwirtschaft, II 1 B 2-64944, 27. Juli 1935. Dieselbe Nachricht wurde am gleichen Tag an das Reichsarbeitsministerium gesandt. Vgl. auch: USHMM: 11.001M.01, 3-178, Der Reichs- und Preussische Minister für Ernährung und Landwirtschaft an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin, IV/6-2517, 29. Juli 1935.

unterlagen demnach keiner Quote. Aufgrund deutscher Beschränkungen auf die Ausfuhr des jüdischen Vermögens aus Deutschland, der Reichsfluchtsteuer und der Abneigung älterer, wohlhabenderer deutsch-jüdischer Emigranten, nach Palästina auszuwandern, qualifizierten sich relativ wenige deutsch-jüdische Immigranten für diese Gruppe, außer denen, die aufgrund des Ha'avara-Transfer-Abkommens nach Palästina gelangt waren. Andererseits brauchte die Wirtschaft in Palästina Menschen mit handwerklichen Fähigkeiten, besonders im Bausektor und in der Landwirtschaft. Die zionistischen Behörden verschwiegen außerdem nicht, dass sie junge, unverheiratete Männer bevorzugt behandelten, die bereit und fähig waren, in landwirtschaftlichen Siedlungen zu arbeiten.⁸⁵ Die britische Botschaft in Berlin informierte die deutsche Regierung im April 1936, zionistische Umschulungsprogramme könnten einen positiven Einfluss auf die Immigration von deutschen Juden nach Palästina haben:

»Die Regierung von Palästina erachtet es für wichtig, dass junge, von der Jewish Agency ausgewählte Menschen [...] sich an die wirtschaftlichen Erfordernisse des Landes anpassen, indem sie vor ihrer Auswanderung an vorbereitenden Schulungen teilnehmen. Es besteht daher die Hoffnung, dass im Einklang mit den deutschen Gesetzen die legitimen Aktivitäten der Hechalutz nicht unnötigerweise eingeschränkt werden sollen.«⁸⁶

Die Absolventen der zionistischen Umschulungsprogramme gehörten daher zu den meistgewünschten Kandidaten für eine Immigration.

Im August 1935 gestatteten die Polizeibehörden einer Delegation von deutschen Zionisten, den internationalen zionistischen Kongress in Luzern zu besuchen. Man erhoffte sich, dass die Anzahl der Immigrationszertifikate für deutsche Juden nach Palästina dadurch steigen würde. In einer Mitteilung vom 27. Juli an das Reichsarbeits- bzw. Landwirtschaftsministerium stellte die Gestapo in Berlin fest, dass aufgrund der gegenwärtigen Währungsbeschränkungen in Deutschland weniger vermögende deutsche Juden nach Palästina emigrieren und junge, ausgebildete Landarbeiter am ehesten ein Immigrationszertifikat erhalten würden. Die Gestapo forderte daher: »Um die entsprechende Forderung der zionistischen Vertreter nach erhöhter Zuteilung von Zertifikaten zu

85 Vgl. z.B. Tom Segev, *One Palestine Complete: Jews and Arabs under the British Mandate*, New York 2000, S. 225 f.

86 PA: R99351, Inland II A/B, 83-21, Bd. 5, Memorandum of the British Embassy in Berlin, 3. April 1936.

unterstützen, darf ich erg. anregen, noch vor dem Zionisten-Kongreß in Luzern eine entsprechende Entscheidung über die Umschulung von Juden zu Landwirten in geschlossenen Lagern zu treffen.«⁸⁷ Außerdem wurde in den oben beschriebenen Polizeibestimmungen vom 25. Juni 1935 angenommen, dass Umschulungsaktivitäten nur in Einrichtungen erfolgen würden, die sich im Besitz von Juden befanden oder von ihnen betrieben wurden. Eine Vorschrift sah im Besonderen vor, dass festgehalten werden musste, ob der Besitzer oder die Organisation »zionistisch oder assimilatorisch eingestellt« war. Andererseits deutet in diesen Vorschriften oder in anderen Bestimmungen nichts darauf hin, dass die jüdische Berufsbildung nicht auf dem Grundbesitz von »Ariern« stattfinden durfte. Ganz im Gegenteil war es letzten Endes nicht ungewöhnlich, dass Umschulungsaktivitäten auf »arischen« Bauernhöfen und Einrichtungen stattfanden und Kurse zum Teil von »arischen« Lehrern unterrichtet wurden.

Im Laufe des Jahres 1935 begannen jedoch andere Regierungsstellen, den Widerstand des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gegen die jüdische Umschulung zu unterstützen. Das galt besonders für einige Gruppen der NSDAP auf Gauebene. Amtsleiter Baumgart vom Büro des Kreisleiters in Kreuzburg in Oberschlesien beschwerte sich z.B. in einem Brief vom August 1935 an Gauleiter Bracht in Breslau, dass jüdische Lehrlinge in einigen Ortschaften und Dörfern des Bezirks Kreuzburg auf »arischen« Bauernhöfen leben und arbeiten würden: »Nicht bloss Volksgenossen sondern auch Parteigenossen, die im Jahre 1933 Eingang zur N.S.D.A.P. fanden, haben Juden in Arbeit aufgenommen.«⁸⁸ Die Gauleitung berichtete, diese Umstände bewirkten, dass jüdische Jugendliche und »Arier« ein Maß an freien und offenen sozialen Kontakten unterhielten, die möglicherweise zu sexuellen Beziehungen führen könnten. Dadurch würde die »Reinhaltung des deutschen Blutes« erschwert. Als Lösung für das Problem der jüdischen Umschulung empfahl die Gauleitung in Schlesien, ein einziges großes Lager zu errichten und alle jüdischen Lehrlinge während der Dauer ihrer Programme darin in »Quarantäne zu halten«.

87 USHMM: 11.001M.01, 3-178, Preussische Geheime Staatspolizei Berlin an den Herrn Reichs- und Preuss. Arbeitsminister, mit Abschrift des Schreibens an den Herrn Reichs- und Preuss. Minister für Ernährung und Landwirtschaft, II 1 B 2-64944/Z625/35, 27. Juli 1935.

88 USHMM: 11.001M.01, 3-178, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gauleitung Schlesien, an den Stellv. Gauleiter Bracht, Breslau, 1. August 1935.

Die NS-Parteizentrale in München unterstützte über ihr Hauptamt für Volksgesundheit im Allgemeinen die Stellung des Landwirtschaftsministeriums zu Rassenfragen, besonders was den Widerstand gegen den Verbleib von jüdischen Lehrlingen auf »arischen« Bauernhöfen betraf. Im Dezember informierte das Hauptamt für Volksgesundheit in Berlin die Berliner Gestapo, es kenne keine offizielle Bestimmung, die es jüdischen Jugendlichen erlaube, auf »arischen« Bauernhöfen zu leben und zu arbeiten, und dass es »aus erb- und rassebiologischen Gründen an einer solchen Unterbringung natürlich nicht uninteressiert« sei.⁸⁹ Das Hauptamt ersuchte die Gestapo um eine Erklärung, wie ein amtlich erlaubter Umgang zwischen Juden und »arischen« Bauernfamilien den Interessen des Staates dienen könnte. Es war der Ansicht, dass dies nie der Fall sein könnte. Die Parteizentrale gab sich dennoch versöhnlich und stellte klar, dass einige Staatsinteressen vor anderen Vorrang hätten und dass, wie im Fall der jüdischen Umschulung, negative Folgen für begrenzte Zeit gerechtfertigt sein könnten.

Die Deutsche Arbeitsfront unter Robert Ley kritisierte dagegen das gesamte Umschulungsprogramm. Sie befürchtete, neu ausgebildete jüdische Landarbeiter würden nach Abschluss ihres Programms in Deutschland verbleiben und mit »Ariern« in Konkurrenz um Arbeit treten.⁹⁰ Zudem gab sie zu verstehen, dass nicht genug Kontrolle über die jüdischen Jugendlichen ausgeübt werden könne, um sicherzustellen, dass diese nach Abschluss des Umschulungsprogramms auswanderten. Das Büro des Stellvertreters des Führers unterstützte wiederum die Vorgehensweise des Reichsministeriums des Innern sowie der Gestapo vom Frühjahr 1935. Es begegnete den Befürchtungen bezüglich des Verbleibs umgeschulter Juden in Deutschland sowie der Kontakte zwischen Juden und »Ariern« mit folgenden Empfehlungen:

»Unter der Voraussetzung, dass eine Handhabe dafür gegeben ist, Juden aus Deutschland auszuweisen, die innerhalb einer gewissen Zeitspanne nach Beendigung der Umschulung nicht ausgewandert sind, und dass der Abschluss der Juden vom Verkehr mit Deutschen während der Umschulung in den Lagern gewährleistet ist, bin ich

89 Vgl. USHMM: 11.001M.01, 2-173, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Hauptamt für Volksgesundheit, an die Geheime Staatspolizei, Berlin, 19. Dezember 1935.

90 USHMM: 11.001M.01, 4-305, Die Deutsche Arbeitsfront, Zentralbüro, an das SS-Hauptamt, RFSS Berlin, B.Nr. 3687/35, 18. Mai 1935.

mit der Errichtung von Umschulungslagern der vorgesehenen Art einverstanden.«⁹¹

Letzten Endes hatten jedoch die Gestapo und die SS die endgültige Entscheidungshoheit über diese Angelegenheiten. Das Büro von Reinhard Heydrich, dem Chef des Sicherheitsdienstes (SD) in Himmlers SS, riet der Gestapo in einem kurzen Memorandum vom 1. August 1935, dass »eine Revision der Meinung des Ernährungsministeriums sehr wichtig [wäre]«,⁹² da laut der Behauptungen der ZVfD und des Palästinaamts der Jewish Agency in Berlin durch die Umschulungsprogramme möglicherweise jedes Jahr 2.000 zusätzliche Immigrationszertifikate ausgestellt werden könnten.

Während 1934 und 1935 all diese Debatten zwischen den Regierungsstellen stattfanden, erreichten Berichte über die Aktivitäten der jüdischen Umschulungszentren von den einzelnen Bezirksleitungen der Gestapo in ganz Deutschland Berlin. Es liegen zahlreiche Meldungen vor, die örtliche Polizeibeamte aus verschiedenen Teilen Deutschlands in den Jahren 1934 und 1935 erstatteten. Keine davon enthält einen Kommentar darüber, ob jüdische Umschulungsprogramme als richtig anzusehen seien. Auch deutet keine auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Regierungs- und Parteistellen zu diesem Thema hin. Es handelt sich hier vielmehr um Berichte, die ohne weitere Wertung einfach Informationen über die Anzahl und das Geschlecht der Lehrlinge in den einzelnen Programmen enthielten. Weiter wurde verzeichnet, wem das Grundstück gehörte, auf dem die Einrichtung stand (teils jüdische, teils nichtjüdische Besitzer). Außerdem wurde darüber Buch geführt, welche finanziellen Arrangements getroffen worden waren, um die Programme zu unterstützen; welcher Art und von welcher Dauer das Programm war; welche jüdische Organisation als Geldgeber auftrat und welche Genehmigungen die einzelnen Programme von den Behörden vor Ort erhalten hatten. Aus diesen Meldungen geht deutlich hervor, dass die politischen Entscheidungen des Reichsministeriums des Innern und der Gestapo in Bezug auf die jüdische Umschulung vor dem Reichsministerium für

91 USHMM: 11.001M.01, 3-178. Der Stellvertreter des Führers an den Herrn Reichs- und Preussischen Minister des Innern, Betr. Beschäftigung nichtarischer Arbeitnehmer in der Landwirtschaft (undatiert). Diese Mitteilung wurde in Kopie auch an das Reichsarbeits- und Landwirtschaftsministerium sowie an die Gestapo geschickt.

92 USHMM: 11.001M.01, 3-178, Der Reichsführer-SS, Der Chef des Sicherheitshauptamtes, Nr. 27828/35, 1. August 1935.

Ernährung und Landwirtschaft und anderen Kritikern in ganz Deutschland Vorrang hatten.

Stichprobenartig erhobene Berichte von Polizeibeamten in Halle, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hannover und München gehen auf die Umschulungsprogramme im Detail ein und verzeichnen keine Beschwerden oder Andeutungen auf politische Unstimmigkeiten in Berlin.⁹³ Viele enthalten Kopien von offiziellen Abkommen zwischen Grundbesitzern und jüdischen Organisationen (vor allem dem Hechaluz), die als Träger der Umschulungslager auftraten. In Bayern unterstützte die Politische Polizei eine vormals erfolgreiche Bemühung, ein Umschulungslager für »nichtarische Christen« oder jüdische Konvertiten zum Christentum in einem Benediktinerkloster in Plankstetten einzurichten.⁹⁴ Am deutlichsten kommt die Gestapo-Politik in einem kurzen Brief von der Zweigstelle in Potsdam über einen Antrag auf Errichtung eines Umschulungslagers im Wald der Stadt Havelberg zum Ausdruck: »Gegen die Umschulung von berufsfremden Juden zu Landwirten und Handwerkern in geschlossenen Lagern bestehen keine Bedenken, sofern sie mit dem Ziel erfolgt, den Umgeschulten die Auswanderung aus Deutschland, insbesondere nach Palästina zu erleichtern.«⁹⁵

Bis zum Sommer 1936 war es z.B. nicht ungewöhnlich, dass junge jüdische Lehrlinge ihren neuen Beruf in einer nichtjüdischen Arbeitsumgebung auf Bauernhöfen und in anderen landwirtschaftlichen Betrieben bei »arischen« Lehrern erlernten. Wie aus einem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aus dem Jahre 1934 hervorgeht, existierten integrierte jüdische Umschulungszentren fast

93 Vgl. z.B. LHSa: C 48 I e, Nr. 1171, 71-72, Staatspolizeistelle in Halle an das Geheime Staatspolizeiamt, Berlin, II 1 8040/1318.35, »Bericht über das jüdische Umschulungslager im Gut Bomsdorf«, Kr. Bitterfeld, 9. August 1935; USHMM: 11.001M.01, 1-173, Der Präsident des Geheimen Staatspolizeiamtes Sachsen an den Politischen Polizeikommandeur des Landes Sachsen, Betr. Jüdische Umschulungslager, II 3 A, 15. August 1935; USHMM: 11.001M.01, 2-137, Staatspolizeistelle Hannover an das Geheime Staatspolizeiamt, Berlin, I 2 2650/35, 22. August 1935 und Bayerische Politische Polizei München an den Politischen Polizeikommandeur der Länder, Berlin, II 1 B 2 J 709/35, 8. Oktober 1935.

94 USHMM: 11.001M.01, 2-146, Bayerische Politische Polizei an den Politischen Polizeikommandeur der Länder, Berlin, 38287/36 II 1 B k, 2. Oktober 1936.

95 BLHA: Pr. Br. Rep. 2 A I Pol. 1170, Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Potsdam an den Herrn Regierungspräsidenten Potsdam, 26. September 1934.

von Anfang an.⁹⁶ Die Polizei erkannte bald, dass die Zahl qualifizierter jüdischer Lehrer in der Landwirtschaft und im Handwerk in Deutschland begrenzt war und zudem aufgrund der Emigration rapide abnahm. Außerdem konnte man nur eine limitierte Anzahl jüdischer Lehrer aus Palästina und anderen Gebieten nach Deutschland kommen lassen, wodurch die Anstellung von »arischen« Lehrern unerlässlich wurde.⁹⁷ Das Palästinaamt in Berlin überzeugte die Gestapo wohl, dass nicht genug Umschulungsmöglichkeiten in jüdischen Betrieben gefunden werden konnten, um der Nachfrage nachzukommen. Am 19. Juni 1936 informierten Franz Meyer von der ZVfD und das Palästinaamt die Gestapo, dass die Anzahl passender jüdischer Umschulungseinrichtungen nicht ausreichte und die bestehenden Einrichtung nicht ausgeweitet werden konnten.⁹⁸

Ein Ende 1936 offiziell geschlossenes Abkommen zwischen der Reichsvertretung auf jüdischer Seite und dem Reichsnährstand auf Regierungsseite bestätigte, dass Juden landwirtschaftlich auf »arischen« Bauernhöfen ausgebildet werden dürften.⁹⁹ Gemäß Abteilung I sollten landwirtschaftliche Umschulungsprogramme für Juden wie zuvor in Betrieben von jüdischen Besitzern und in begrenzter Zahl in nichtjüdischen Betrieben erfolgen. Anders gesagt sollten Bauernhöfe, die sich im Besitz von Juden befanden, für landwirtschaftliche Umschulungsprogramme genutzt werden. Nur wenn ihre Zahl erschöpft war, sollte es den jüdischen Landarbeitern erlaubt werden, auf »arischen« Bauernhöfen zu arbeiten.¹⁰⁰

96 Vgl. USHMM: 11.001M.01, 3-178, Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Gesch.Z. II 5590/621, »Beschäftigung nichtarischer Arbeitnehmer in der Landwirtschaft« (undatiert).

97 USHMM: 11.001M.01, 2-173, Staatspolizeistelle für den Landespolizeibezirk Berlin an die Preussische Geheime Staatspolizei, Berlin, Stapo. 8 A 1777/36, 15. Mai 1936.

98 USHMM: 11.001M.01, 3-178, Palästinaamt der Jewish Agency for Palestine an das Geheime Staatspolizeiamt, Berlin, 19. Juni 1936.

99 USHMM: 11.001M.01, 3-178, »Vereinbarung zwischen Reichsnährstand und Reichsvertretung der Juden in Deutschland betreffend landwirtschaftliche und gärtnerische Ausbildung von Juden zur Vorbereitung der künftigen Auswanderung« (undatiert). Der Reichsnährstand wurde am 13. September 1933 von der NSDAP gegründet. Er war für die Überwachung der Produktion und Verteilung von landwirtschaftlichen Produkten sowie für Vermarktungsbestimmungen verantwortlich und vertrat all jene Deutsche, die auf dem landwirtschaftlichen Sektor tätig waren, d.h. sowohl Landbesitzer wie auch Landarbeiter. Er unterstand dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Vgl. Angress, *Between Fear and Hope*, S. 25.

100 Vgl. Angress, *Between Fear and Hope*, S. 25.

Außerdem bezog sich die Abmachung auf die meisten zuvor geäußerten Bedenken des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, indem sie folgende Bestimmungen enthielt: Die Reichsvertretung sollte der Regierung kontinuierlich Listen von jüdischen Teilnehmern in allen Umschulungszentren und -programmen zukommen lassen, wobei der Staat die Anzahl der Umschulungseinrichtungen festlegen sollte. Wenn möglich, sollte der Kontakt zwischen Juden und »Ariern« eingeschränkt werden. Die Anzahl der jedes Jahr zugelassenen Lehrlinge sollte von der Anzahl der im Jahr zuvor emigrierten abhängen. Kein deutscher Arbeiter sollte seine Erwerbstätigkeit aufgrund der Umschulung von Juden in »arischen« Betrieben verlieren, und die jüdischen Umschulungsprogramme sollten einzig und allein auf die Auswanderung der Juden aus Deutschland abzielen. Demzufolge sollte eine Fortsetzung des Abkommens davon abhängen, ob die Lehrlinge erfolgreich aus Deutschland ausgesiedelt werden konnten.

Paragraph XIV des Abkommens legte die Gültigkeit bis zum 30. Juni 1938 fest. Eine Fortsetzung sollte von der unmittelbaren Emigration von zumindest 80 Prozent all jener abhängen, die ein Ausbildungsprogramm abgeschlossen hatten. Einigen »Ariern« war es gestattet, in jüdischen Umschulungszentren wie der nichtzionistischen Einrichtung in Groß-Breesen zu arbeiten. Nichtjüdische Lehrer sollten aufgenommen werden, um jüdische Jugendliche in der Holz- und Metallarbeit in einem in jüdischem Besitz befindlichen Umschulungslager in Berlin-Niederschönhausen zu unterrichten.¹⁰¹ In einem weiteren Memorandum an den Reichsnährstand stellte die Gestapo die bis dahin deutlichste Verbindung zwischen dem Ziel einer totalen jüdischen Auswanderung und den Umschulungsprogrammen in ganz Deutschland her:

»Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine grössere Auswanderung von Juden – über deren dringende Notwendigkeit kein Zweifel besteht – nur möglich ist, wenn die Auswandernden landwirtschaftlich oder handwerklich geschult sind. Es ist deshalb erforderlich, so gross und berechtigt die Bedenken dagegen auch sein mögen, eine Form zu finden, die den Juden die Umschulung in Deutschland ermöglicht.«¹⁰²

101 Vgl. z.B. USHMM: 11.001M.01, 2-173, Preussische Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle für den Landespolizeibezirk Berlin, an das Geheime Staatspolizeiamt, Berlin, Stapo.8 A. 1777/36, »Arische Lehrkräfte in jüdischen Lehrwerkstätten«, 15. Mai 1936; USHMM: 11.001M.01, 7-514, »Jüdisches Auswanderer-Lehrgut Groß-Breesen«, 19. Januar 1938.

102 USHMM: 11.001M.01, 3-178, Preuss. Geheime Staatspolizei, Geheimes Staatspolizeiamt Berlin an den Reichsnährstand, II I B 2 – 795/36, 16. Juli 1936.

Die Gestapo versicherte, ihre strikte Überwachung werde jüdische Lehrlinge davon abhalten, nach Abschluss ihres Programms in Deutschland zu verbleiben.

Die jüdischen Umschulungsprogramme waren bis 1938 und für einen Großteil des Jahres 1939 ein zentrales Element der NS-Emigrationspolitik. Dies kommt zum Teil darin zum Ausdruck, dass viele junge jüdische Teilnehmer vor ihrer Auswanderung an den Programmen teilnahmen. Mehr als 18.000 Lehrlinge konnten zwischen April 1933 und April 1938 emigrieren. Davon ging ein Großteil nach Palästina.¹⁰³ Dieser Anteil stellte fast ein Viertel der ca. 75.000 Juden zwischen sechs und fünfundzwanzig Jahren dar, die Deutschland bis Ende 1938 verließen. Außerdem gelangten bis 1939 ca. 5.000 Jugendliche aus Großdeutschland mit der Jugend-Aliyah nach Palästina.¹⁰⁴ Die Radikalisierung der NS-Judenpolitik nach 1938 hatte weitreichende Auswirkungen auf die Emigrationspolitik des Regimes. Besonders die Entscheidungen, die 1938 gefasst wurden, um Juden gänzlich aus der deutschen Wirtschaft auszuschließen, liefen Bemühungen des Regimes zur Beschleunigung der jüdischen Emigration zuwider. Dieser Umstand machte die Arbeit von all jenen, die in beruflichen Umschulungsprogrammen involviert waren, deutlich komplizierter.

Die Behörden waren sich bewusst, dass in ihrer Judenpolitik Widersprüche bestanden. Dies geht aus einem langen Memorandum von Innenminister Wilhelm Frick an wichtige Regierungs- und Parteistellen vom 14. Juni 1938 hervor, das bereits an früherer Stelle erwähnt wurde. Der Innenminister bezog sich darin auf die Eliminierung der jüdischen Teilnahme an der deutschen Wirtschaft. Er warnte davor, die Taktik, Juden noch weiter in die Armut zu treiben, werde deren Auswanderung behindern. Diese Folge wäre aus staatspolitischer Sicht unerwünscht.¹⁰⁵ Ende des Jahres 1938 beschwerte sich der Sicherheitsdienst, dass in der deutschen Arbeiterschaft ein akuter Mangel an Facharbeitern, vor allem

103 Vgl. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe*, S. 97-102, 216-219; Angress, *Between Fear and Hope*, S. 36.

104 Amkraut, *Between Home and Homeland*, S. 165. Mit der 1933 gegründeten Jugendaliyah (Judenauswanderung) emigrierten Kinder und Jugendliche ohne ihre Eltern nach Palästina.

105 PA: R106295, HaPol Abt.- Handakten Wiehl/Judenfrage, Der Reichs- und Preussische Minister des Innern an den Herrn Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring, den Herrn Reichswirtschaftsminister, den Stellvertreter des Führers, und den Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei, betr. Juden in der Wirtschaft, I 1586/38 g, 14. Juni 1938.

in der Nahrungsmittelerzeugung herrsche.¹⁰⁶ Dieser Umstand nährte bestehende Befürchtungen, neu ausgebildete jüdische Landarbeiter und Handwerker, denen die Auswanderung immer schwerer gemacht wurde, würden sich wieder in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren, indem sie diese Lücken ausnutzten.

In den Monaten vor dem Kriegsausbruch im September 1939 kam es zu einer grundlegenden Änderung im innenpolitischen Prozess in der NS-Judenpolitik. Verantwortlich dafür waren die wachsende Verarmung der Juden in den Jahren 1938 und 1939, die Auflösung aller unabhängigen jüdischen Organisationen, die Auswirkungen der NS-Emigrationspolitik auf Österreich nach dem »Anschluss« sowie die Auswirkungen der »Kristallnacht« vom November. Die Umschulungsprogramme änderten sich in der Folge von Grund auf, und die jüdischen Jugendlichen, die daran beteiligt waren, wurden neu klassifiziert. Die Emigrationsmöglichkeiten gingen nach Kriegsausbruch dramatisch zurück. Das Regime begegnete seinem Arbeitsmangel deshalb durch den Einsatz von jüdischen Lehrlingen und der Umwandlung der Umschulungs- in kriegsbedingte Zwangsarbeiterprogramme. Diese Entwicklung wird im letzten Kapitel dieses Buches beschrieben.

Die deutsch-zionistische Bewegung setzte während der dreißiger Jahre größtenteils die Aktivitäten fort, die sie wie die meisten zionistischen Bewegungen in anderen Diasporaländern vor der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten betrieben hatte. Umschulungsprogramme bereiteten hauptsächlich junge Juden auf ein neues Leben in Palästina vor. Sie verkörperten eine traditionelle zionistische Reaktion auf antisemitische Bewegungen in Deutschland und anderen Ländern. Mit dieser Reaktion brachten die Zionisten ihre Ablehnung der jüdischen Abwehr zum Ausdruck. Stattdessen traten sie für einen Rückzug aus dem politischen Leben in der Diaspora und eine intensive Konzentration auf die Palästinaarbeit ein. Hachschara-Programme gehörten zu den traditionellen zionistischen Aktivitäten und wurden aufgrund der dringlichen Lage in ihrem Ausmaß nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler im Januar 1933 intensiviert. Vor 1933 bestehende Umschulungszentren wurden in Deutschland weiter ausgebaut. Viele weitere Einrichtungen größeren und kleineren Umfangs kamen im ganzen Reich dazu. Eine wachsende Zahl von deutsch-jüdischen Jugendlichen belegte solche Programme

106 Vgl. Heinz Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich, 1938-1945: Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Bd. 2, »Jahreslagebericht 1938 des Sicherheitshauptamtes«, Herrsching 1984, S. 173-176.

außerhalb Deutschlands nach 1933. Als sich das Klima für Juden in Deutschland ständig verschlechterte, stieg die Bedeutung der Umschulungsprogramme in der zionistischen Arbeit. Zionisten reagierten damit auf den Auswanderungsdruck der Nationalsozialisten und einen Polizeiapparat, der die jüdische berufliche Umschulung als einen kritischen Bestandteil bei der Verwirklichung dieses Ziels betrachtete. Dass so viele junge Juden, zum Teil auch von nichtzionistischen Familien, mit unterschiedlichen Hintergründen, an diesen Programmen teilnahmen und sich vor der bevorstehenden Katastrophe retten konnten, bezeugt den Erfolg dieser Programme.

Die Befürwortung jüdischer Umschulungsprogramme durch Nationalsozialisten zeigt, wie die Behörden ihre antisemitischen Ansichten pragmatisch umsetzten. Dies bedeutete aber auch, dass sie in ihrer eigenen Politik manchmal improvisieren mussten. Einige Regierungs- und Parteistellen forderten zionistische Organisationen mit solch einem Nachdruck dazu auf, deutsche Juden für die Emigration nach Palästina zu mobilisieren, dass sie in Konflikt mit ihrer eigenen Ideologie gerieten, der zufolge Juden keiner »anständigen Arbeit« nachgehen konnten, wie z.B. in der Landwirtschaft, und dass Juden, die mit oder in der Nähe von »Ariern« lebten, eine Gefahr für die nationalsozialistische Vorstellung der »rassischen Reinheit« darstellten. Die Beziehung zwischen den Nationalsozialisten und den Zionisten war auch noch auf andere Weise von solchen ideologischen Widersprüchen geprägt, die in den ersten Kriegsjahren deutlicher zutage treten sollten. Als die Emigration immer schwieriger wurde und sich die NS-Behörden immer stärker der Vernichtungspolitik zuwandten, wurden abertausende jüdische Arbeiter, auch jene aus den zionistischen Hachschara-Programmen, zum Kriegsdienst verpflichtet, bevor sie massenhaft brutal ermordet wurden. Wie in so vielen anderen Gebieten hatten pragmatische Entscheidungen vor ideologischen Bedenken Vorrang.

VIII. Von der Auflösung zur »Endlösung«, 1938-1941

Radikalisierung und Kontinuität im Jahre 1938

Bis zum Ende des Jahres 1938 hatten Hitlers außenpolitische Ziele bedeutende Veränderungen in der NS-Judenpolitik bewirkt. Einige dieser Veränderungen hatten bereits 1938 begonnen, noch Monate vor der vom 9. auf den 10. November erfolgten »Kristallnacht«.¹ Die politischen Maßnahmen, die das Regime bereits seit 1933 verfolgt hatte, verschärfte sich damit deutlich. Unter anderem erreichten die »Arisierung« jüdischer Unternehmen und die Enteignung der jüdischen Gemeinde ihren Höhepunkt. Dies geschah aufgrund von Gesetzen, die auf den endgültigen Ausschluss der Juden aus der deutschen Wirtschaft abzielten. Zudem intensivierte das Regime den Druck auf die deutschen Juden, um eine Beschleunigung der jüdischen Auswanderung zu erreichen. Der Prozess der Isolierung der jüdischen Gemeinschaft wurde während dieser Zeit ebenfalls abgeschlossen. Alle autonomen jüdischen politischen Organisationen wurden offiziell aufgelöst und die NS-Judenpolitik der Oberhoheit der SS unterstellt. Der letztgenannte Schritt wurde dabei durch die Errichtung eines jüdischen Auswanderungssystems in Österreich (1938) unter der ausschließlichen Kontrolle des SD in die Wege geleitet. Danach wurde der Emigrationsprozess für das gesamte Großdeutsche Reich offiziell der SS überantwortet.

Außerdem vervollständigten sichtbare und weniger sichtbare Maßnahmen den Prozess der Absonderung und Isolierung der Juden, der bereits seit Hitlers »Machtergreifung« in Gang gesetzt worden war. Dazu gehörten eine Verordnung vom 25. Juli, die jüdischen Ärzten in Deutschland ihre Berufserlaubnis entzog, sowie ein Erlass vom 17. August, der jüdischen Männern den Beinamen Israel und jüdischen Frauen den Namen Sarah zwangsweise verordnete. Des Weiteren verbot eine Verordnung vom 27. September jüdischen Rechtsanwälten die Berufsausübung. Zudem mussten sich ab dem 5. Oktober alle Juden den Buchstaben »J« in ihren Pass stempeln lassen. Ab dem 15. November wurde allen noch auf deutschen Schulen verbliebenen jüdischen Kindern und Jugendlichen der Schulbesuch untersagt. Ab dem 18. November erhielten Juden in

1 Vgl. z.B. Avraham Barkai, *The Fateful Year 1938: The Continuation and Acceleration of Plunder*, in: Walter Pehle (Hg.), *November 1938: From »Reichskristallnacht« to Genocide*, Oxford 1991, S. 95-122.

Deutschland keine weiteren Sozialleistungen.² Bis zum Kriegsausbruch am 1. September 1939 waren, wie Richard Evans festgestellt hat, alle Juden in Großdeutschland an den Rand der Gesellschaft gedrängt und weitgehend isoliert und verarmt.³

Die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen von Hitlers Vierjahresplan aus dem Jahre 1936 sowie die geopolitischen Ziele, die er in dem berüchtigten Reichskanzleitreffen am 5. November 1937 vorgab, deuteten alle auf einen bevorstehenden Krieg hin, um deutschen »Lebensraum« in Europa zu erobern. Diese Politik wurde mit dem »Anschluss« Österreichs und mit der Zerstörung des tschechoslowakischen Staates bzw. mit der Annexion von Böhmen und Mähren in die Tat umgesetzt. Die Art der Kriegsplanung und Eroberungstaktik wirkte sich auch auf Deutschlands »Judenfrage« und in der Folge auf die NS-Judenpolitik aus. 1938 rückte die bereits wichtige Rolle der Zwangsauswanderung bzw. Vertreibung in den Vordergrund. Diese erfolgte zuerst aus Österreich und danach aus dem gesamten Reich. Wolf Gruner hat für diesen gesamten Prozess den Begriff »Kollektivausweisungen« geprägt. Dazu gehörten auch Maßnahmen, die die Deportation von genau definierten jüdischen Gruppen umfassten, wie z.B. die Deportation von ca. 17.000 polnischen Juden aus Deutschland im Oktober 1938. Des Weiteren fasste man nach der Eroberung von weiten Teilen Polens und Frankreichs im Herbst 1939 bzw. im Sommer 1940 eine Massenumsiedlung nach Ostpolen und Madagaskar ins Auge. 1941 endete diese Taktik und wurde durch die Politik der Deportationen der Juden in die polnischen Vernichtungslager abgelöst.⁴

Obwohl sich frühere politische Maßnahmen nach 1938 noch verschärften, spielten der Zionismus und Palästina weiterhin eine Rolle in der NS-Judenpolitik. Bis zum Kriegsausbruch im September 1939 wurden der Zionismus und Palästina vermehrt in die politischen Pläne einbezogen. Danach nahm ihre Bedeutung ab. Diese Änderung der Prioritäten trat besonders deutlich zutage, da es keine klare und eindeutige Definition vom Ausmaß des deutschen »Judenproblems« sowie keinen einheitlichen Lösungsvorschlag in einem größeren europäischen Umfeld gab. Christopher Browning vertritt in seinem Buch die Überzeugung, dass die konzeptionellen Anwendungen der Rassenideologie, wie z.B.

2 Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich, S. 27-29.

3 Evans, *The Third Reich in Power*, S. 603.

4 Vgl. Wolf Gruner, *Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938-1945): Neue Perspektiven und Dokumente*, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland: Pläne – Praxis – Reaktionen 1938-1945*, Göttingen 2004, S. 22f..

bei Fragen zum deutschen »Lebensraum« oder selbst zur »Endlösung«, »nach keinem starr programmatischen Schema abliefen, demzufolge es nur eine Interpretation gegeben hätte.«⁵

Obwohl sich Hitlers Pläne für die Eroberung Europas nach 1938 immer weiter entwickelten, konzentrierte er sich in seiner Judenpolitik darauf, die jüdische Emigration aus dem späteren »Großdeutschland« beizubehalten, wenn auch in abgeänderter Form. In gewisser Weise verweist dieser Ansatz auf ein Vakuum in der NS-Ideologie in Bezug auf eine »Endlösung« – in welcher Form auch immer – für die sogenannte Judenfrage außerhalb der Grenzen des Großdeutschen Reichs. Die antisemitische Ideologie hatte die »Judenfrage« bereits seit langer Zeit in Art und Umfang als internationales und nicht nur nationales Problem definiert. In der NS-Propaganda wurde es ebenfalls sowohl als internationales als auch spezifisch deutsches Problem beschrieben. Selbst als in Österreich Maßnahmen zur Zwangsauswanderung ergriffen wurden und in Zukunft die Integration von Millionen weiterer Juden in Deutschlands »Lebensraum« organisiert werden musste, schien sich die nationalsozialistische Führungsspitze kaum Gedanken darüber gemacht zu haben, ob die Emigration als Lösung für die »Judenfrage« weiterhin sinnvoll war.

Diese gedankliche Kluft tritt erneut am 25. Januar 1939 in einem Rundschreiben des Auswärtigen Amts an alle deutschen Botschaften und Konsulate zutage. Es trägt den Titel *Die Judenfrage als Faktor der Aussenpolitik im Jahre 1938* und wurde von Emil Schumburg vom Referat Deutschland im Auswärtigen Amt verfasst. Es setzte sich zum Ziel, »die Judenpolitik [...] sowohl [als] Voraussetzung wie Konsequenz der Ereignisse des Jahres 1938« zu betrachten.⁶ Ohne das Ausmaß der sogenannten Judenfrage für den Nationalsozialismus definieren zu wollen, besteht das Rundschreiben durch Betonung des Konzepts »Großdeutschland« dennoch darauf, dass die innen- und außenpolitischen Ereignisse des Jahres 1938 die »Judenfrage« einer Lösung nähergebracht hätten. Anders gesagt, stützten sich Schumburgs Argumente auf die Auffassung, dass die angewandte Taktik der Judenpolitik des Jahres 1938 den Emigrationsprozess aus Großdeutschland wirksam beschleunigen würde, wie immer dieser Prozess in seiner endgültigen Form auch aussehen würde. Das Rundschreiben weist jedoch auch auf eine gedankliche Kluft zwischen Deutschlands geopolitischen Ambitionen und dem Grundgedanken seiner Judenpolitik, d.h. der Zwangsemigration hin. Nachdem Schum-

5 Vgl. Christopher Browning, *The Path to Genocide: Essays on Launching the Final Solution*, New York 1992, S. 7.

6 ADAP: D, V, Nr. 664.

burg hervorgehoben hatte, dass »das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik [...] die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden« sei, gab er indirekt zu, dass in Bezug auf die »Judenfrage« in einem weiteren, europäischen Kontext noch nichts entschieden worden sei. Er verwendete dabei dasselbe Argument wie sein Vorgänger im Referat-D, Vicco von Bülow-Schwante, eineinhalb Jahre zuvor: »[D]ie Judenfrage wird für Deutschland nicht gelöst sein, wenn kein Angehöriger der jüdischen Rasse mehr auf deutschem Boden sesshaft ist.«⁷

Nach dem Abgang von relativ »gemäßigten« Politikern wie Hjalmar Schacht am Ende des Jahres 1937 gewann Hermann Göring in den wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen (ab 1938) an Einfluss, wobei er den ökonomischen Aspekten der »Judenfrage« größeren Raum zugestand und auch eine radikalere Umsetzung für möglich hielt. Göring eilte sein Ruf als Hitlers wichtigster »Arisierer« voraus. Er betrachtete die anhaltende, wenn auch immer beschränktere jüdische Rolle in der deutschen Wirtschaft als größtes Hindernis für Bemühungen, die Emigration der Juden aus Deutschland voranzutreiben, selbst wenn sich das Regime um die Ausweitung des deutschen »Lebensraums« bemühte. Göring glaubte auch, dass das verbliebene jüdische Vermögen in Deutschland wirksamer für die Beschleunigung der jüdischen Emigration eingesetzt werden könnte. Nachdem alle politischen Hebel in Bewegung gesetzt worden waren, um einen Krieg in Europa in der unmittelbaren Zukunft zu entfachen, wurde Göring als Bevollmächtigter des Vierjahresplans (1938) und als Hitlers wichtigster Entscheidungsträger für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Reiches zur zentralen Figur in der NS-Judenpolitik.

Karl Schleunes verwies auf die verspätete Zentralisierung der NS-Judenpolitik im Jahre 1938. Die Stränge liefen zu diesem Zeitpunkt zum Großteil in der Hand von Hermann Göring und der SS zusammen. Das war ein entscheidender Wendepunkt auf der »gewundenen Straße nach Auschwitz«.⁸ Obwohl Schleunes mit seinem Argument sicher richtigliegt, führte diese Zentralisierung der Befehlsgewalt keineswegs zu einer grundlegenden Änderung der allgemeinen Richtung der NS-Judenpolitik, besonders was die Auswanderung aus Deutschland betrifft. All jene Änderungen, die 1938 erfolgten, deuteten außerdem nicht darauf hin, dass die Nationalsozialisten bereits eine Taktik für die größere europäische »Judenfrage« entwickelt hatten. Zu jenem Zeitpunkt konzentrierten sich die Nationalsozialisten auf die Juden, die innerhalb des Großdeutschen Reiches lebten. Dementsprechend folgten Boykotte, die

7 Vgl. ADAP: D, V, Nr. 564.

8 Schleunes, *The Twisted Road*, S. 216 f.

»Arisierung« jüdischer Unternehmen sowie Maßnahmen und Gesetze, um die jüdische Gemeinschaft weiter in die Verarmung und Isolation zu treiben. Die Emigration wurde so intensiviert, dass sie einer Deportation gleichkam. Methoden, um Deutschland »judenrein« zu machen, waren seit 1933 im Grunde unverändert. Juden wurden gezwungen, deutschen »Lebensraum« ohne ihr Vermögen zu verlassen. Die Grenzen dieses »Lebensraums« waren fließend. Palästina stellte in diesem Zusammenhang eine wünschenswerte, wenn auch immer problematischere Komponente der NS-Judenpolitik dar.

Obwohl das Regime ab 1937 versuchte, jüdische Betriebe im ganzen Reich in fortschreitendem Maße zu »arisieren« und zu liquidieren,⁹ spielten Juden in der deutschen Wirtschaft bis weit in das Jahr 1938 eine Rolle. Dies wurde für sie angesichts der Repressalien gegen jüdische Unternehmen seit 1933 und des feindlichen wirtschaftlichen und politischen Klimas immer schwieriger. Anfang des Jahres 1938, fünf Jahre nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten, war nur etwas mehr als ein Viertel der jüdischen Gemeinschaft aus Deutschland ausgewandert. Die Zahl der Juden, die zwischen Januar 1933 und Januar 1938 aus Deutschland ausgewandert waren, belief sich gemäß den von der Reichsvereinigung an die Gestapo im Oktober 1939 abgegebenen Daten auf 130.000 Menschen.¹⁰ Zu Beginn des Jahres 1938 waren weniger als 25 Prozent aller jüdischen Betriebe »arisiert« worden. Bis zum 1. April 1938 gab es in den Grenzen des Reichs noch immer ca. 40.000 verschieden große jüdische Unternehmen, wobei Österreich in dieser Zahl nicht mit eingeschlossen ist. Infolge der antijüdischen Gesetze, die 1938 erlassen wurden, wurden mehr als 30.000 von jenen 40.000 Betrieben »arisiert« bzw. standen kurz davor oder wurden innerhalb eines Jahres aufgelöst. Was die Juden und die deutsche Wirtschaft betrifft, so beschrieb Helmut Genschel die Zeitspanne von 1933 bis 1937 als eine Periode der »schleichenden Judenverfolgung«, 1938 bis zum Kriegsausbruch dagegen als eine Zeit der »offenen Ausschaltung aus der Wirtschaft«.¹¹

Kurz nach Schachts Rücktritt aus dem Reichswirtschaftsministerium versuchte Göring, seine Befehlsgewalt über wirtschaftliche Angelegenheiten zu festigen. Dies kommt besonders in den ökonomischen As-

9 Vgl. Frank Bajohr, *Aryanization in Hamburg: The Economic Exclusion of Jews and the Confiscation of their Property in Nazi Germany*, New York 2002, S. 185.

10 BArch: R8150, 47, Weissenberg an Eppstein, 20. Oktober 1939. Einige Schätzungen liegen höher. Schleunes verwendet die etwas höhere Zahl von ca. 150.000. Vgl. Schleunes, *The Twisted Road*, S. 199.

11 Vgl. Genschel, *Die Verdrängung der Juden*, S. 139 f.



Abb. 16: Arthur Ruppins letzter Besuch in Deutschland im Jahr 1938. In einer Berliner Synagoge trifft er mit Heinrich Stahl, Leo Baeck, Alfred Klee und Josef Schneidel zusammen.

pekten der NS-Judenpolitik zum Ausdruck, da die territoriale Ausweitung und der bevorstehende Krieg der jüdischen Zwangsemigration aus Deutschland eine neue Dringlichkeit verliehen.¹² Im Januar 1938 griff Göring das umstrittene Thema, was einen jüdischen Betrieb ausmachen würde, auf. Er schloss dabei angebliche Gesetzeslücken, denen zufolge jüdische Firmen eine »Arisierung« umgangen hätten. Anfang März wurden neue Richtlinien für die Vergabe von Regierungsaufträgen an jüdische Firmen ausgegeben, die nun, von einigen Ausnahmen abgesehen, illegal war. Zwei weitere Verordnungen vom April 1938 verstärkten den Druck auf jüdische Betriebe. Laut der ersten Verordnung vom 22. April machten sich Bürger strafbar, wenn sie bei der Verheimlichung von jüdischem Besitz Beihilfe leisteten. Die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April zwang alle Juden dazu, ihre Besitztümer in Deutschland und im Ausland amtlich zu melden, falls sich ihr Wert auf über 5.000 RM belief. Die Bestimmungen ebneten den Weg für die Enteignung der restlichen jüdischen Vermögenswerte im Reich, die in der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deut-

12 Vgl. Barkai, *Wehr Dich!*, S. 356 f.; Schleunes, *The Twisted Road*, S. 219 f.; Bajohr, *Aryanization in Hamburg*, Kap. 5.

schen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 gipfelte. Diese schrieb vor, dass Juden ab dem 1. Januar 1939 der Betrieb von Groß- und Einzelhandelsunternehmen nicht mehr gestattet sei. Außerdem dürften sie keine weiteren Arbeitnehmer anstellen und keine Waren zum Verkauf anbieten. Zwar wurden einige jüdische Unternehmen zeitweise von dieser Verordnung ausgenommen, doch trat deutlich zutage, dass das Gesetz vom 12. November die letzten Verbindungen des deutschen Judentums mit der deutschen Wirtschaft und in der Folge mit der deutschen Gesellschaft beendete, in der Juden seit Jahrhunderten gelebt hatten. Die jüdische Arbeitslosigkeit und Verarmung stieg in der Folge im ganzen Reich an und hob die diesem Prozess innewohnenden Widersprüche noch mehr hervor, denen zufolge Juden aus Deutschland während der dreißiger Jahre quasi besitzlos auswandern sollten.

Die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft im Jahre 1938 wurde von einer offiziellen, rechtlichen Statusänderung der jüdischen Gemeinden begleitet. In der Folge wurden alle autonomen jüdischen politischen Organisationen aufgelöst. Göring glaubte, dass alle verbliebenen Traditionen und Institutionen in der jüdischen Gemeinschaft, die das jüdische Leben in Deutschland auf irgendeine Weise geprägt hatten, radikal ausgelöscht werden müssten. Nur so könnte Großdeutschland nach den Vorstellungen Görings »judenrein« werden. Am 28. März 1938 erließ das Regime das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kulturvereinigungen, demzufolge den jüdischen Gemeinden in Deutschland ihr offizieller Status entzogen wurde.¹³ Diese Maßnahmen versetzten der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland einen psychologischen wie auch finanziellen Schlag. Durch den Verlust des seit 90 Jahren bestehenden offiziellen Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts war es ihnen nicht weiter erlaubt, von ihren Mitgliedern Steuern einzufordern. Öffentliche Gelder in Form von Gehältern für Rabbiner, Lehrer, Büroangestellte usw. wurden ebenfalls gestrichen. Diese Berufsgruppen verloren überdies ihren Beamtenstatus.

Im Zuge der Auslöschung der autonomen Institutionen der deutschen Juden (1938) wurden der Centralverein der Juden in Deutschland, die Zionistische Vereinigung für Deutschland, die Staatszionistische Organisation sowie der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten aufgelöst und ihre Zeitungen und andere offizielle Publikationen zwangseingestellt. Die erste Organisation, die im August aufgelöst wurde, war die Staatszionistische Organisation, ihr Jugendverband und andere zu ihr gehö-

13 Vgl. Esriel Hildesheimer, Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime, Tübingen 1994, S. 49 f. Vgl. auch Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich, S. 27.

rende Gruppen. Die Polizei hatte schon immer einen Verdacht gegen die Staatszionisten gehegt, da sie angeblich mit den größeren revisionistisch-zionistischen Bewegungen im Ausland in Verbindung standen. Diese Bewegungen hätten den antideutschen Wirtschaftsboykott sowie die damit verbundenen Propagandakampagnen aktiv unterstützt. Der Verdacht verstärkte sich 1938, als sich die jüdische Flüchtlingskrise intensivierte und eine noch härtere Kritik an der nationalsozialistischen Regierung und ihrer Judenpolitik laut wurde.¹⁴ Gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 erklärte die Gestapo die Staatszionistische Organisation zum »Feind von Volk und Staat«.¹⁵

Seit Juli hatten einige SS- und Gestapo-Mitglieder die Auflösung des Centralvereins gefordert. Sie bezogen sich wie schon in früheren Jahren auf die »assimilatorischen Neigungen« der Organisation.¹⁶ Die Gestapo gab an, dass der Centralverein seine Mitglieder trotz immer schlechterer Bedingungen dahingehend beeinflusst habe, in Deutschland zu verbleiben. Außerdem weigere sich die Organisation, ihre Zeit und Geldmittel dafür aufzuwenden, um die Emigration zu propagieren. Einige Mitglieder des SD waren anscheinend gegen die Auflösung von jüdischen Organisationen, selbst wenn sie wie der Centralverein und der RjF assimilatorisch eingestellt waren. Sie befürchteten, dass dadurch die Emigration ins Stocken geraten würde. Im Juni hielt Herbert Hagen fest, dass selbst der Centralverein und der RjF 1938 die Auswanderung aktiv propagiert hätten.¹⁷ Die Auflösung des Centralvereins und der ZVfD erfolgte nichtsdestotrotz kurz nach der »Kristallnacht« im November. Offensichtlich ging es nicht darum, ob sie für die Emigration unter Juden geworben hatten oder nicht. Vielmehr wollte man den Druck auf die Juden erhöhen und sie zur Emigration zwingen. Mithilfe der Auflösung von autonomen jüdischen Organisationen erreichte man dieses Ziel.¹⁸ Obwohl das Kapital dieser Organisationen vom Staat konfisziert wurde und dies das deutsche Judentum weiter wirtschaftlich schwächte, sprechen einige historische Fakten dafür, dass eine Überweisung des Vermögens der ZVfD entweder an die Zweigstellen des Palästinaamts der

14 Vgl. z.B. Lageberichte des SD aus dem Jahre 1937 und aus der Zeit zwischen Januar und März 1938, in Wildt, *Die Judenpolitik des SD*, S. 171, 190.

15 BArch: R58, 2513, Geheime Staatspolizei, II B 4 – A.198, »Auflösung der Staatszionistischen Organisation«, 25. August 1938.

16 USHMM: II.001M.01, 13, Aufzeichnung (Autor unbekannt), II-112/111, A-5, Br/Pi, 26. Oktober 1938.

17 Wildt, *Judenpolitik*, S. 190.

18 Vgl. Barkai, *Wehr Dich!*, S. 359.

Jewish Agency erfolgte, denen der weitere Betrieb bis zum Frühjahr 1941 erlaubt wurde, oder an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die die Reichsvertretung im Juli des Jahres 1939 offiziell ablöste und ihre Aufgaben übernahm, erging, um alle verbliebenen jüdischen Ressourcen für die deutsche Emigration zu mobilisieren.¹⁹

Görings Aufstieg zum wichtigsten Entscheidungsträger in der NS-Judenpolitik im Jahre 1938 wurde erst nach der vom 9. auf den 10. November erfolgten »Kristallnacht« bekannt gegeben. Die Tatsache, dass die Ausschreitungen überhaupt stattfanden, zeigt wohl auch, dass zu diesem Zeitpunkt noch nicht feststand, wer in der Judenpolitik federführend sein würde. Die tragische Ironie des Schicksals lag vielleicht sogar darin, dass Görings politische Schachzüge gegen den verbleibenden Einfluss der Juden auf die deutsche Wirtschaft und gegen die autonomen jüdischen Organisationen im Jahre 1938 wohl auch spontane antijüdische Aktivitäten auslösten. Dazu zählten erneute Boykotte und eine allgemeine Einschüchterung und Schikane auf kommunaler Ebene sowie Verhaftungen von jüdischen Führungspersonlichkeiten im Sommer 1938. Gerade in diesem Klima keimte jene Art von antijüdischer Gewalt und Zerstörung auf, die im ganzen Reich in der Nacht vom 9. auf den 10. November ausbrach und die Göring sowie andere hochrangige Mitglieder der NS-Hierarchie wie auch der SS im Allgemeinen als kontraproduktiv betrachteten.²⁰ Letzten Endes befähigte die »Kristallnacht« die Feinde von spontan auftretenden antijüdischen Gewaltaktionen, wie z.B. die SS und Hermann Göring dazu, Hitlers Erlaubnis einzuholen, die Kontrolle über die Auslegung und Durchführung der Judenpolitik zu zentralisieren.

Es ist nur schwer festzustellen, welchem eigentlichen Zweck die Sitzung im Reichsluftfahrtministerium am 12. November 1938 diene. Göring hatte die Besprechung zwei Tage nach der »Kristallnacht« einberufen, nachdem er anscheinend Hitlers Unterstützung für Maßnahmen eingeholt hatte, die ein erneutes Aufflammen von antijüdischer Gewalt und Zerstörung wie in der »Kristallnacht« am 9. und 10. November verhindern sollten. Göring führte den Vorsitz über diese Besprechung. Reinhard Heydrich (Abb. 17) setzte erfolgreich das Anliegen des SD durch, der die ausschließliche Kontrolle über den jüdischen Emigra-

19 Vgl. z.B. den Fall der ZVfD-Ortsgruppen in Leipzig und in Hamburg: SSStA: PP-V, 3937/9, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Leipzig, Sachbetr. Abwehraktion gegen Juden, 14. November 1938; StAH: 231-10, Amtsgericht Hamburg, Protokoll über die Sitzung des Hamburger Zionistischen Ortsverbandes e.V. vom 31. Januar 1939.

20 Schleunes, *The Twisted Road*, S. 224 f.

tionsprozess im ganzen Reich erhielt, wie es bereits in Österreich der Fall war. Bei dieser Sitzung gab Göring nicht offen zu, dass Hitler ihm die Befehlsgewalt über die Judenpolitik übertragen hatte. Sein Hauptaugenmerk richtete sich auf die wirtschaftlichen Aspekte der Judenpolitik des Regimes. Er bestand darauf, dass das »Judenproblem« hauptsächlich ein wirtschaftliches sei und erhielt damit die Unterstützung aller Anwesenden für die oben beschriebene Gesetzgebung, die die Juden ab dem 1. Januar 1939 vollständig aus dem wirtschaftlichen Leben des Reichs ausschalten sollte. Weiter versuchte Heydrich, nach seinem Plan die Prozeduren für die Zwangsemigration, die bereits von Adolf Eichmann (Abb. 18 und 19) sowie dem SD in Österreich angewandt wurden, auf das gesamte Reich auszudehnen.



Abb. 17: Reinhard Heydrich, SS-Obergruppenführer, Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) 1938 – Mai 1942.

Wenn Göring wirtschaftliche Fragen als Hauptfaktor bei der Lösung der »Judenfrage« betrachtete, so betonten Heydrich und der SD all jene Probleme, die sich aus der beschleunigten Vertreibung der Juden aus Deutschland ergaben. Sie forderten auch eine zentrale Stelle, die den Emigrationsprozess überwachen sollte. Heydrichs Vorschlag, Eichmanns Wiener Vorgehensweise auch in ganz Deutschland einzuführen, wurde angenommen. In Görings Ansichten über die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft war dieser Vorschlag bereits eingeflossen. Es wurden weitere Pläne erarbeitet, eine Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin zu etablieren, die zum Großteil Eichmanns Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung nachempfunden wurde. Die neue Reichszentrale sollte in Berlin am 24. Januar 1939 ihren Betrieb aufnehmen.

Als weiteres Thema bei dieser Sitzung wurde die Verhängung einer Strafe von einer Milliarde Reichsmark über die jüdische Gemeinschaft als »Kompensation« für die während der »Kristallnacht« verursachten Schäden besprochen. Des Weiteren wurden Vorschläge unterbreitet, deutsche Juden in Ghettos zusammenzufassen und Juden massenweise von Europa nach Madagaskar umzusiedeln. Letztere Maßnahmen schienen jedoch weniger dringlich als die endgültige wirtschaftliche Zerstörung der



Abb. 18: Adolf Eichmann, SS-Obersturmbannführer, Chef der 1938 in Wien eröffneten Zentralstelle für jüdische Auswanderung, im Jahr 1943.

jüdischen Gemeinschaft im Jahre 1938 und ihre schnelle Entfernung durch die SS aus Großdeutschland. Für Göring und Heydrich schien in dieser Hinsicht ein enger Zusammenhang zu bestehen, da sie davon ausgingen, dass Juden niemals zur Gänze aus Deutschland vertrieben werden könnten, wenn sie nicht zuerst ihrer wirtschaftlichen Grundlage beraubt würden.

Fast einen Monat später, am 6. Dezember 1938, berief Göring im Reichsluftfahrtministerium eine weitere Sitzung ein, bei der er vor allen anwesenden Gauleitern sowie staatlichen und kommunalen Parteimitgliedern seine Befehlsgewalt in der Judenpolitik demonstrierte. Damit wollte er Funktionäre aus regionalen Parteizentralen auf ein zentralisiertes Kommando in der Judenpolitik einschwören. Viele von ihnen waren in der Vergangenheit

für spontan stattfindende Boykotte, öffentliche Schikanen, Einschüchterungsmaßnahmen sowie Gewaltausschreitungen eingetreten. Susanne Heim und Götz Aly stellten fest, dass sich der Inhalt von Görings Sitzung vom 6. Dezember aus einem »Entscheidungsprozess, der weniger als vier Wochen gedauert hatte«, entwickelt hatte.²¹ Anders gesagt, ergab er sich wahrscheinlich aus Diskussionen zwischen Göring und Hitler nach der »Kristallnacht«, die darauf abzielten, ein weiteres Pogrom zu verhindern und die Judenpolitik einer zentralen Behörde zu unterstellen. Göring ließ alle Anwesenden wissen, dass er mit Hitlers vollster Unterstützung rechnen könne. Aufgrund von Hitlers jüngst gegebener Bevollmächtigung sagte er ihnen, dass »alle Verordnungen, die in der Judenfrage zu erlassen seien, von mir geprüft werden und dann von den zuständigen Stellen, Ministerien oder Parteistellen, zu erlassen sind.«²²

21 Vgl. Susanne Heim/Götz Aly, Staatliche Ordnung und »organische Lösung«: Die Rede Hermann Görings »über die Judenfrage« vom 6. Dezember 1938, in: Wolfgang Benz (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt a. M. 1992, S. 378-404.

22 Ebd., S. 383.



Abb. 19: Im Wiener Innenministerium bereiten SS-Männer unter der Führung von Adolf Eichmann am 18. März 1938 eine Aktion gegen das Büro der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde vor.

Er strich klar und deutlich heraus, dass die Reichsregierung und nicht die kommunalen Parteibüros die Verantwortung dafür trage, Maßnahmen in Bezug auf die Judenpolitik zu ergreifen. Obwohl Göring einen umfassenden, einheitlichen Plan für die Mittel und Ziele der Judenpolitik vorlegen wollte, kommt in seiner Stellungnahme auch eine gewisse Dringlichkeit zum Ausdruck. Im Hintergrund stand wahrscheinlich ein außenpolitischer Plan, der bereits zum »Anschluss« Österreichs und des Sudetenlandes geführt hatte und der auf einen Krieg abzielte. Es bestand jedoch kein Zweifel daran, dass jede an der Judenpolitik beteiligte Stelle theoretisch nur einer Zentralbehörde verantwortlich war, die Göring aufgrund von Hitlers Ermächtigung unterstand.

Der erste Aspekt dieser Judenpolitik, den Göring in seiner Rede vom 6. Dezember ansprach, betraf die Emigration. Er hielt dabei Folgendes fest:

»An der Spitze aller unserer Überlegungen und Maßnahmen steht der Sinn, die Juden so rasch und so effektiv wie möglich ins Ausland abzuschieben, die Auswanderung mit allem Nachdruck zu forcieren, und hierbei all das wegzunehmen, was die Auswanderung hindert.«²³

²³ Ebd., S. 384.

Göring betonte, die Ereignisse des Jahres 1938 hätten die jüdische Emigration noch dringlicher gemacht und es müsse jedem, besonders den Juden, klar geworden sein, dass das jüdische Leben in Deutschland nicht fortbestehen könne. Er zog den Schluss, die Emigration stelle die einzige unmittelbare Lösung für die »Judenfrage« in Deutschland dar und betonte, Deutschland müsse dazu in äußerst schwierige Verhandlungen mit anderen Ländern und jüdischen Organisationen treten. Damit diese Politik erfolgreich umgesetzt werden könne, sollten »diese Verhandlungen [...] aber nur in einer Hand liegen, sonst schwächen wir sie ab.«²⁴ Außer der Errichtung einer einzigen Befehlsgewalt für die jüdische Emigration, d.h. die vom SD vorgeschlagene Reichszentralstelle für jüdische Auswanderung, die in Berlin im folgenden Monat ihren Betrieb aufnahm, befahl Göring, dass die jüdische Auswanderung wirtschaftlich vermehrt vom Ausland unterstützt werden sollte, vor allem von jüdischen Geldgebern. Außerdem sollte im Inland größerer Druck auf die Juden ausgeübt werden, das Land zu verlassen. Er wiederholte und intensivierte damit politische Maßnahmen aus der Vergangenheit und ließ sie noch dringlicher erscheinen. All diese Ziele sollten von einer zentralen Behörde anstatt einer Vielzahl von Staats- und Parteiorganen durchgesetzt werden.

Fortsetzung der Auswanderung

Die endgültige Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft sowie die durch den SD in Wien veranlasste anhaltende jüdische Zwangsemigration standen in enger Verbindung miteinander. Obwohl einige Seiten Skepsis vermeldeten, glaubten Hermann Göring sowie die Führungsspitze der SS, dass die Juden die Emigration erst dann als Option wahrnehmen würden, wenn sie vollständig aus dem deutschen Wirtschaftsleben eliminiert worden wären. Görings Ziele spiegelten eindeutig eine NS-Ideologie wider, die in jedem Fall eine vollständige Enteignung der Juden in Deutschland forderte. Jüdisches Vermögen sollte dafür genutzt werden, die NS-Judenpolitik zu finanzieren. Im Endeffekt stellten damit die Juden die finanziellen Mittel für ihre eigene Zerstörung bereit. Die jüdische Emigration aus Deutschland war ab 1933 hauptsächlich von deutsch-jüdischen Organisationen sowie jüdischen Verbänden im Ausland bezahlt worden. Auch kamen die Emigranten selbst für ihre Auswanderung auf, da sie gezwungen wurden, fast ihr gesamtes Kapital

²⁴ Ebd., S. 385.

beim Verlassen des Landes dem Staat zu überlassen. Dies war auch bei der jüdischen Emigration aus Deutschland nach Palästina der Fall. Schon vor 1938 war es ziemlich offensichtlich, dass Diskrepanzen zwischen dem wirtschaftspolitischen Herangehen an die »Judenfrage« und dem zentralen Ziel der totalen Zwangsemigration bestanden. Diese Spannungen führten jedoch zu keiner grundlegenden politischen Änderung. Die wirtschaftlichen Auflagen und die daraus folgende Verarmung der in Deutschland verbleibenden Juden verschärften die bei der beschleunigten Zwangsauswanderung auftretenden Probleme. Zudem wurde der Emigrationsprozess für das Regime immer komplizierter und problematischer als bisher gedacht.

Der SD bestätigte im März 1938 diese Tatsache in einem internen Bericht. Er verwies auf einen jüngst erfolgten Informationsaustausch zwischen der Reichsvertretung und der deutschen Regierung, der die negativen Folgen der NS-Judenpolitik auf die jüdische Emigration beschrieb, und stellte klar, dass ein »Erfolg« an der wirtschaftlichen »Front« Bemühungen bei der Emigration zuwiderlaufen würde: »[A]uf der anderen Seite ist dadurch allerdings in starkem Maße die Auswanderungsmöglichkeit für die Juden aus Deutschland beschränkt worden.«²⁵ Im Juni verwies das Reichsministerium des Innern ebenfalls darauf, dass sich eine wirtschaftliche Ausschaltung der Juden negativ auf die Emigration auswirken würde. Innenminister Wilhelm Frick stellte in einem Memorandum an Hermann Göring, das Reichswirtschaftsministerium und Heinrich Himmler fest, dass Juden aufgrund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 noch weiter verarmen würden. Frick war damals noch ein wichtiger Entscheidungsträger in der Emigrationspolitik im Altreich. Er erkannte, dass die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft offensichtlich ihre Armut vergrößern würde und bemerkte folgendes: »[Dies] ist vom allgemeinen staatspolitischen Standpunkt aus unerwünscht.«²⁶ Er warnte davor, dass Juden auf der ganzen Welt noch unerwünschter seien und sich die neuen Wirtschaftsgesetze problematisch, vielleicht sogar schädlich auf das Regime bzw. den Emigrationsprozess auswirken würden. Er forderte zusätzliche Maßnahmen, die die negativen Auswirkungen der antijüdischen Wirtschaftsgesetze ausgleichen und die jüdische Emigration weiter

25 Wildt, Die Judenpolitik des SD, S. 180.

26 BArch: R1501, 5519, Der Reichs- und Preussische Minister des Innern an Generalfeldmarschall Göring, den Herrn Reichswirtschaftsminister, den Stellvertreter des Führers und den Reichsführer SS, I 1586/38 g, Betr. Juden in der Wirtschaft, 14. Juni 1938.

vorantreiben würden. Gleichzeitig brachte er seine Frustration zum Ausdruck: »[S]o konnte bisher – abgesehen von Palästina, das ein besonderes Problem darstellt – noch kein Land gefunden werden, das für eine Masseneinwanderung der Juden ernstlich in Frage käme.«²⁷ Das »besondere Problem«, auf das sich Frick in seinem Memorandum bezieht, war wahrscheinlich die immer stärker werdende Bewegung, einen jüdischen Staat zu errichten. Diesem leistete eine arabische Revolte Widerstand. Die britische Mandatsregierung war deshalb gezwungen, die Anzahl der Juden, die legal nach Palästina einreisen durften, zu limitieren. Einem jüdischen Staat widersetzten sich aber auch die Nationalsozialisten mit aller Kraft. Der Innenminister stellte zudem fest, dass Palästina hauptsächlich weniger vermögende deutsche Juden mithilfe des Ha'avara-Transfer-Abkommens aufgenommen hatte. Dieser Umstand wurde in den Augen des Regimes von Anfang an günstig gewertet. Die neuen wirtschaftlichen Maßnahmen könnten vielleicht die Anzahl verarmter Juden so erhöhen, dass selbst das Ha'avara-System keine Hilfe mehr schaffen könnte.

Bis Ende 1938 hatten sich Göring und der SD darauf geeinigt, dass das von der SD-Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien entwickelte Emigrationsverfahren jegliche Diskrepanz zwischen der Wirtschaftspolitik und den mit der jüdischen Emigration aus Deutschland verbundenen Problemen lösen sollte. Ein interner SD-Bericht von Anfang November über das Wiener Verfahren wurde Reinhard Heydrich vorgelegt, kurz bevor er Görings Sitzung im Reichsluftfahrtministerium am 12. November beiwohnte.²⁸ Es ist möglich, dass dieser Bericht Heydrich mit jenen Informationen versorgte, die nötig waren, um Göring und andere am 12. November davon zu überzeugen, dass der Emigrationsprozess im ganzen Reich der Kontrolle der SS unterstellt werden sollte. Schließlich hatte dieser Prozess laut Heydrich in Österreich »positive« Ergebnisse gebracht und löste die mit der Emigration verbundenen Probleme, vor allem jene, die aufgrund der für Juden miserablen wirtschaftlichen Bedingungen aufgetreten waren. Der Bericht berief sich auf einen Befehl von Himmler, die komplette »Entfernung von Juden« aus Österreich bis zum 31. Dezember desselben Jahres in die Wege zu leiten und gab an, dass ca. 50.000 Juden seit dem »Anschluss« im März 1938 zur Emigration gezwungen worden waren.²⁹ Außerdem listet der Report den Einsatz

27 Ebd.

28 Wildt, Die Judenpolitik des SD, S. 193 f.

29 Obwohl die Maßnahmen des SD in Österreich dramatische Folgen zeigten, weist 1938 ein SD-Lagebericht darauf hin, dass 106.000 Juden in Österreich bis Ende Dezember verblieben waren. Vgl. ebd., S. 200.

von Geldmitteln auf, die von jüdischen Hilfsorganisationen im Ausland und in Österreich sowie von österreichischen Juden selbst bereitgestellt worden waren, um die Emigration zu finanzieren. Der Bericht bestätigte Heydrich, dass der Betrieb der SD-Zentralstelle in Wien durch spezielle Abgaben von jüdischen Emigranten gedeckt worden war. Anders gesagt, würden die dramatischen, durch die Zwangsemigration bewirkten negativen Folgen der NS-Judenpolitik aufgrund der Mobilisierung inländischer und ausländischer jüdischer Ressourcen wettgemacht. Der Bericht empfahl auch, dass die Behörden ernsthaft die Schaffung einer Zentralstelle für Auswanderung für das gesamte Reich nach dem Wiener Vorbild ins Auge fassen sollten.

In ihrem Lagebericht für das Jahr 1938 versuchte die Abteilung II-112 des SD, die Logik des neuen umfassenden Emigrationssystems des Regimes zu beschreiben, wie es sich aus den Aktionen des Jahres 1938 entwickelt hatte.³⁰ Der Bericht fasste die Ereignisse des Jahres sowie die Elemente einer erfolgreichen Emigrationspolitik zusammen und behauptete selbstsicher im ersten Satz: »Im Berichtsjahre 1938 fand die Judenfrage in Deutschland, soweit sie auf dem Gesetzes- und Verordnungswege zu regeln ist, ihren Abschluß.«³¹ Der Schlüssel zu diesem Erfolg sei die Lösung der mit der Emigration verbundenen Probleme. Die »völlige Ausschaltung der Juden aus allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens«³² sei eine Grundvoraussetzung dafür. Der Bericht bezog sich auch auf die entsprechenden Gesetze zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, die Verordnungen, die zur Auflösung der jüdischen Gemeinden und autonomen jüdischen Organisationen geführt hatten, und diejenigen, nach denen jüdischen Ärzten und Rechtsanwälten die Berufserlaubnis entzogen worden war, sowie auf andere Maßnahmen. Er hob die zu erwartenden Vorteile hervor, die durch die Errichtung einer Zentralstelle für Emigrationsangelegenheiten nach dem Vorbild des SD in Österreich erwachsen würden. In dem Bericht wurde argumentiert, dass jeder der seit 1938 gegangenen Schritte die Judenpolitik verändert habe, indem jeder Aspekt des jüdischen Lebens in Deutschland auf ein Ziel, nämlich die Auswanderung, ausgerichtet worden sei. Dadurch sei die Zahl der jüdischen Emigranten drastisch angestiegen, obwohl nach dem »Anschluss« Österreichs und des Sudetenlandes weitere 200.000 Juden unter nationalsozialistische Kontrolle gekommen waren.

30 Vgl. ebd., S. 194-205.

31 Ebd., S. 194.

32 Ebd.

Der Bericht bezog sich dabei eindeutig auf hypothetische Verbesserungen, die diese Maßnahmen nach sich ziehen würden, und nicht auf wirkliche Errungenschaften. Er strich erneut die schädlichen Auswirkungen der antijüdischen Wirtschaftsmaßnahmen auf die jüdische Emigration heraus und gab zu, dass die jüdische Emigration aus dem Altreich von 1937 bis 1938 zwar von 25.000 auf 46.000 angestiegen sei, dies Zahl jedoch im Vergleich zu den 80.000 aus Österreich seit dem »Anschluss« vertriebenen Juden sehr gering sei.³³ Er erwähnte auch Schwierigkeiten, die aus der Politik möglicher Zielländer entstanden waren, keine größere Anzahl jüdischer Emigranten aus Deutschland aufzunehmen.

Das Dokument stellte aber auch fest, dass bis zum 31. Dezember noch 320.000 Juden im Altreich und 106.000 im ehemaligen Österreich verblieben waren. Es verglich den fast 50-prozentigen Rückgang der jüdischen Bevölkerung Österreichs in weniger als einem Jahr mit dem ca. 35-prozentigen Rückgang der jüdischen Bevölkerung im Altreich in einer Zeitspanne von sechs Jahren. Die Verfasser des Berichts kritisierten weiter die Bedingungen und Prozesse, die in Deutschland vor 1938 im Vergleich zu Österreich nach dem »Anschluss« vorgeherrscht hatten, vor allem, dass die Zentralstelle des SD in Wien unter der Kontrolle von Adolf Eichmann sowie eine einzige zentralisierte jüdische Organisation, die Israelitische Kultusgemeinde in Wien, gemeinsam die jüdische Emigration aus Österreich abwickelten. Die Kultusgemeinde war der Zentralstelle dabei natürlich vollkommen ausgeliefert.³⁴ Eichmann erkannte, dass die Auswanderung die Juden finanziell sehr belastete, da sie nach Zahlung aller Schulden und Steuern vor ihrer Ausreise praktisch mittellos waren. Nachdem er das rationalisierte Auswanderungsverfahren aus Österreich beschrieben hatte, das mit dem Vermögen reicher Juden, jüdischer Institutionen und ausländischer jüdischer Hilfsorganisationen finanziert wurde und die Emigration dadurch einer Deportation gleichsetzte, kam der Bericht zu dem Schluss: »Die nachstehend gegenübergestellten Auswanderungszahlen für das alte Reichsgebiet und die Ostmark erbringen den eindeutigen Beweis für den Vorteil des in der

33 Diese Zahlen wurden dem SD von der Reichsvertretung der Juden in Deutschland zur Verfügung gestellt, kurz bevor diese Organisation aufgelöst und 1939 in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland umgewandelt wurde.

34 Saul Friedländer hebt hervor, dass das Oberhaupt der österreichischen Kultusgemeinde, Josef Löwenherz, die Idee zur Errichtung einer Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien hatte und er und andere Führungspersonlichkeiten aus der österreichischen jüdischen Gemeinde eine große, wenn auch untergeordnete Rolle im Emigrationsprozess spielten. Vgl. Friedländer, *Nazi Germany and the Jews*, S. 244 f. Vgl. auch Cesarani, *Becoming Eichmann*, S. 8, 67 f.

Ostmark angewendeten Verfahrens, dessen Einführung auf veränderter Grundlage nunmehr auch für das Altreich vorgesehen ist.«³⁵

Mit der Gründung der Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin am 24. Januar 1939³⁶ und der Auflösung autonomer jüdischer Organisationen und Gemeinden nach der »Kristallnacht« musste nur noch eine zentrale jüdische Organisation gegründet werden, die sich einzig und allein damit beschäftigen sollte, Deutschlands verbliebene jüdische Bevölkerung zur Auswanderung zu bewegen und die Geldmittel für die Emigration zur Verfügung zu stellen. So sollte das Altreich dem in Österreich festgelegten Verfahren folgen. Die Auflösung aller autonomen jüdischen Organisationen hatte die Reichsvertretung im Altreich in die Belanglosigkeit getrieben. Sie musste daher durch ein einziges jüdisches Organ ähnlich der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien ersetzt werden, das alle Juden vertrat. In ihrem letzten offiziellen Bericht an die Gestapo vom 6. Februar 1939 beschrieb die Reichsvertretung die Gründe für ihren Niedergang und ihre Ersetzung durch die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.³⁷ Nach der Auflösung verschiedener jüdischer politischer Organisationen nach der »Reichskristallnacht« wurde am 27. November 1938 die Entscheidung getroffen, die Reichsvertretung durch eine neue Organisation zu ersetzen, der jüdische Einzelpersonen anstatt autonome jüdische Organisationen als Mitglieder in Deutschland angehören sollten. Sie war hauptsächlich damit beschäftigt, die jüdische Emigration so stark wie möglich zu forcieren. Dabei würde sie die jüdische Wohlfahrt, das Schulsystem und die beruflichen Umschulungsprogramme organisieren, um bei diesem Unterfangen Hilfe zu leisten. Schließlich sollte die neue Organisation auch mit der neuen Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin zusammenarbeiten, damit »eine technische Vereinfachung der mit der Auswanderung zusammenhängenden Formalitäten erreicht werden kann.«³⁸

35 Vgl. Wildt, Die Judenpolitik des SD, S. 202.

36 Die Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin war einem Komitee aus Vertretern des SD, des Auswärtigen Amtes, des Wirtschafts-, Finanz- und Innenministeriums sowie zwei von Hermann Göring ernannten Mitarbeitern unterstellt. Dies scheint darauf hinzudeuten, dass der SD nicht die alleinige Kontrolle über dieses Amt innehatte, obwohl Heydrich das Gegenteil behauptete. Vgl. BArch: R187, Sammlung Schumacher, 240/II, Der Chef der Sicherheitspolizei an das Reichsministerium des Innern, das Reichsaußenministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsfinanzministerium, S-pp-II, 11. Februar 1939.

37 BArch: R8150, 47, Reichsvertretung der Juden in Deutschland (Dr. Arthur Lilienthal) an die Geheime Staatspolizei, Berlin, D 1 a-1/Mo, 6. Februar 1939.

38 Ebd.

Bis Ende 1938 erachtete das Regime die »Zentralisierung« seines eigenen Betriebs und der Kontrollmechanismen über die verbliebene jüdische Bevölkerung als das wichtigste Element, um die jüdische Emigration aus Großdeutschland weiter vorantreiben zu können. Am 5. Februar 1939 gab Reinhard Heydrichs Büro die offizielle Auflösung der Reichsvertretung bekannt sowie Pläne, sie durch die Reichsvereinigung zu ersetzen.³⁹ Er forderte unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Realitäten des Emigrationsprozesses: »Zu diesem Zweck ist es erforderlich, alle bei den derzeit bestehenden verschiedenartigen jüdischen Organisationen verstreut liegenden Mittel in einer einzigen Organisation für das ganze Reich zusammenzufassen.«⁴⁰ Man wollte hier jüdische Finanzressourcen inner- und außerhalb von Deutschland bündeln, jüdische Schulungs- und Umschulungsprogramme mobilisieren sowie den Emigrationsprozess unterstützen. Die Polizeibehörden glaubten, dass dies möglich sei, wenn man eine einheitliche und regimekonforme jüdische Organisation mit der jüdischen Emigration, den jüdischen Wohlfahrtsangelegenheiten sowie dem jüdischen Schulwesen betraue. Das schon erwähnte Gestapo-Memorandum vom 5. Februar ließ wenig Zweifel daran, wer für die Leitung der Organisation in Frage käme: »Die notwendige Kontrolle wird von hier aus unmittelbar vorgenommen.«⁴¹

Wie in Wien sollte auch die neue Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin die Migration von Juden aus Kleinstädten und ländlichen Gebieten in größere Städte veranlassen. Wie vorher festgestellt, hatten die deutschen Polizeibehörden auf kommunaler Ebene die Juden bereits vor dem »Anschluss« zur internen Migration gezwungen. Sie wollten ihren Verantwortungsbereich so schnell wie möglich für

39 USHMM: II.001M.01, 7, Der Chef der Sicherheitspolizei an alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen im Reich, 5. Februar 1939. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland nahm im Juli dieses Jahres offiziell ihren Betrieb auf. Siehe zur Auflösung der Reichsvertretung und Errichtung der Reichsvereinigung Kulka, *Deutsches Judentum*, S. 410-414, 441 f. Vgl. auch Beate Meyer, *Handlungsspielräume regionaler jüdischer Repräsentanten (1941-1945): Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Deportationen*, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland: Pläne – Praxis – Reaktionen 1938-1945*, Göttingen 2004, S. 63-85, S. 65 f. Siehe neuerdings auch dies., *Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939-1945)*, Göttingen 2011, Kapitel I.

40 Vgl. USHMM: II.001M.01, 7, Der Chef der Sicherheitspolizei an alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen im Reich, 5. Februar 1939.

41 Ebd.

»judenrein« erklären, was von den NS-Behörden in Berlin wenn nicht gefördert, so doch geduldet wurde. Die Änderungen in den Jahren 1938 und 1939 zeigten auf, dass sich der SD auf die Errichtung einer zentralisierten Behörde zur Steigerung der jüdischen Emigration konzentrierte. Dies überzeugte die Behörden in Berlin, dass die interne Migration in größere Städte für den Erfolg der neuen jüdischen Emigrationsverfahren maßgebend war und gefördert werden sollte. In einem Memorandum der SD-Abteilung II-112 an die Gestapo in Berlin vom 25. Januar 1939 wurde hervorgehoben, wie wichtig die Konzentration der im Reich verbliebenen jüdischen Bevölkerung in Großstädten sei, besonders vor dem Hintergrund der neuen, zentralisierten deutschen und jüdischen Institutionen, die sich mit der jüdischen Emigration beschäftigten.⁴² Das Memorandum führte auch das Beispiel der Zentralstelle in Wien an, die den Großteil der wenigen in Österreich verbliebenen Juden, auch z.B. diejenigen, die zuvor nicht in Wien gelebt hatten und zum Umzug in die Hauptstadt gezwungen worden waren, repräsentierte und versorgte.⁴³ Eine Woche später wurde in einem internen Bericht der Abteilung II-112 über die Konzentration der Juden in Großstädten festgestellt, dass ca. 75 Prozent oder fast 242.000 der 320.000 im Altreich verbliebenen Juden bereits in Deutschlands Großstädten lebten. 54 Prozent oder 175.000 von ihnen hielten sich in Städten wie Berlin (140.000), Frankfurt (19.000) und Breslau (16.000) auf.⁴⁴ Der Bericht hob unter dem Verweis auf die Pläne, dass die Reichszentrale für jüdische Auswanderung Zweigstellen in Frankfurt a. M., Breslau und Hamburg eröffnen wolle, hervor: »Es erscheint deshalb aus auswanderungstechnischen und staatspolizeilichen Gründen notwendig, eine laufende Zusammenziehung der Judenschaft in die Großstädte, insbesondere in die Orte, in denen Zentralstellen für die jüdische Auswanderung errichtet werden, vorzunehmen.«⁴⁵ Der Bericht stellte fest, dass Juden in Städten besser überwacht werden könnten und eine geringere Gefahr bestehe, dass es zwischen »Ariern« und Juden zu Kontakten käme. Letzteres könnte Juden dazu veranlassen, in

42 USHMM: II.001M.01, I, II-112 o C 4221, An die Geheime Staatspolizei, Geheimes Staatspolizeiamt II B 4, Betr. Zuzug von Juden nach Großstädten, 25. Januar 1939.

43 Vgl. z.B. Herbert Hagens Memorandum vom 2. November 1938 in der SD-Abteilung II-112 zu Himmlers Befehl, alle österreichischen Juden in Wien zu konzentrieren. 10.000 Juden wurden in der Folge gezwungen, in die Hauptstadt zu ziehen. BArch: R58, 954, Vermerk II 112 4, C 4222, 2. November 1938.

44 USHMM: II.001M.01, I, II-112 o C 4221, Geheim, Betr. Zuzug von Juden nach Großstädten, 22. Februar 1939.

45 Ebd.

Deutschland zu verbleiben, oder, was aus der NS-Rassenideologie als noch »gefährlicher« angesehen wurde, »rassenschänderische Verhältnisse« einzugehen.

Anscheinend erwies sich die Zentralisierung der Befehlsgewalt des Staates über die jüdischen Institutionen und die jüdische Bevölkerung nicht als das Heilmittel, auf das die SS und die Gestapo gehofft hatten. In einem Bericht der SD-Abteilung II-112 von Mitte Juni 1939 werden die Ergebnisse bzw. der »Emigrationserfolg« aus dem Altreich im Vergleich zum vermeintlichen Erfolg in Österreich als Enttäuschung angesehen.⁴⁶ Der Report stellte fest, dass die SD-Zentralstelle in Wien zwar ca. 110.000 Juden seit August 1938, also in weniger als einem Jahr, gezwungen hatte, die Ostmark zu verlassen, dass die Reichszentrale in Berlin jedoch im April und Mai 1939 gerade 6.187 Emigrationsanträge behandelt hatte. Als Grund für diese »enttäuschenden Ergebnisse« nannte man die anhaltenden organisatorischen Probleme bei der Gründung der Reichszentrale für jüdische Auswanderung und der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Der Bericht führte auch den ständig wachsenden Widerstand möglicher Auswanderungsländer gegen neue jüdische Emigranten sowie die sich verschärfende Wirtschaftskrise der deutschen Juden im Altreich als Grund an. Ein weiterer Faktor, der den relativen »Erfolg« der österreichischen Vorgehensweise bedingte und auf den in der Folge eingegangen wird, war vielleicht, dass die Zionisten gemeinsam mit den Nationalsozialisten illegale Emigrationsaktivitäten vornahmen. Diese erfolgten hauptsächlich aus Österreich und zu einem geringeren Grad auch aus dem Reichsprotektorat Böhmen und Mähren. Kurz gesagt, wies der Bericht auf die widersprüchlichen Auswirkungen der NS-Politik auf die jüdische Auswanderung im Verlauf des Jahres 1938 hin. Einerseits bestand für Juden nach den Umwälzungen des Jahres 1938 eine größere Dringlichkeit, Deutschland zu verlassen. Andererseits stellten sich der Emigration auch immer mehr Hindernisse in den Weg, wie z.B. die wachsende Verarmung oder der bevorstehende Krieg 1939. Des Weiteren war der Rest der Welt kaum gewillt, den Juden aus Großdeutschland durch Erhöhung der Immigrationsquoten zu helfen.

Trotz ihrer absoluten Befehlsgewalt über die jüdische Emigrationspolitik nach 1938 verließ sich die SS auf eine Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen. Zum Auswärtigen Amt stand sie aufgrund der Dringlichkeit von Visaangelegenheiten und der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den potentiellen Ziel- und Durchreiseländern

46 BArchD-H: Dok/K/99 (Anlage IV), Zusammenarbeit zwischen NS-Dienststellen und zionistischen Organisationen, II-112, 15. Juni 1939.

in einem besonderen Verhältnis. Aus dem Schriftverkehr zwischen dem Auswärtigen Amt und anderen staatlichen Stellen in den Jahren 1939 und 1940 geht hervor, dass die SS weiterhin glaubte, dass die Emigration die Lösung für die sogenannte Judenfrage in den Grenzen Großdeutschlands darstellen werde. Aus dem Memorandum von Heydrichs Büro an das Auswärtige Amt vom November 1939 geht hervor, dass selbst der zwei Monate zuvor erfolgte Kriegsausbruch nichts verändert hatte und die SS und das Auswärtige Amt sich darüber einig waren, dass die Emigration die Lösung für die »Judenfrage« innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches war:

»Im übrigen teile ich zur grundsätzlichen Frage mit, daß in wiederholten Besprechungen, an denen von Seiten des Auswärtigen Amtes Herr Gesandter Eisenlohr und Herr Legationsrat Schumburg teilgenommen haben, einmütig die Auffassung vertreten worden ist, daß die Auswanderung der Juden nach wie vor auch während des Krieges weitergehen soll und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern ist.«⁴⁷

In diesen und anderen Schriftstücken, die zwischen der SS und den Ministerien ausgetauscht wurden, bestand ein vollständiger Konsens, dass man sich weiterhin bemühen wolle, Juden zur Emigration nach Übersee zu zwingen, wobei das endgültige Ziel letzten Endes gleichgültig war.⁴⁸ Selbst im August 1941 propagierte die SS, zwar vergebens, aber doch weiterhin offiziell, die jüdische Emigration zu Zielländern in Übersee. Dies geht aus dem Schriftverkehr zwischen Heinrich Müller im Reichssicherheitshauptamt und dem Auswärtigen Amt zu Fragen einer möglichen jüdischen Emigration zu Zielorten in Lateinamerika hervor. Müllers Augenmerk lag dabei vorwiegend darauf, dass die jüdischen Emigranten ihre finanziellen Angelegenheiten klären, gültige Visa besitzen und sie Europa letztendlich verlassen sollten.⁴⁹

47 PA: R99385, Inland II A/B, 83-24 Sdh.IV, Bd. 1, Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD an das Auswärtige Amt, S-IV (II Rz) 583/39, 14. November 1939.

48 Vgl. z.B. PA: R99385, Inland II A/B, 83-24 Sdh.IV, Bd. 1, Reichministerium des Innern, II SB 4295/39-II/6550, 9. Oktober 1939; Der Chef der Sicherheitspolizei, S-PP (II Rz) 507/39, 28. September 1939. Vgl. auch PA: R99359, Inland II A/B, 83-21a, Bd. 4, Deutsche Botschaft Paris, Konsularabt. K 3326/DR5 Nr. 1/40, 4. November 1940.

49 Vgl. PA: R99359, Inland II A/B, 83-21a, Bd. 4, Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD an das Auswärtige Amt, IV A 2c – B. Nr. 1466/41, 21. August 1941.

Zionismus und Palästina

Die NS-Judenpolitik verfolgte nach den Tumulten des Jahres 1938 weiterhin dasselbe Ziel wie seit 1933: die Emigration der Juden aus Deutschland zu forcieren und sie ihres gesamten Vermögens zu berauben. Obwohl das Regime Zielorte bevorzugte, die außerhalb Europas lagen, schien die letztendliche Niederlassung keine Rolle zu spielen. Die Nationalsozialisten waren auch zu der Überzeugung gelangt, dass die jüdische Emigration nach Palästina aufgrund der arabischen Revolte seit 1936 problematischer geworden war, da die britische Mandatsregierung Einwanderungsbeschränkungen für jüdische Immigranten erlassen hatte. Dennoch spielten der Zionismus und Palästina bei der nach 1938 erfolgten Zwangsemigration weiterhin eine Rolle. Nach der Auflösung der zwei zionistischen Organisationen in Deutschland im Jahre 1938 arbeitete das Palästinaamt der Jewish Agency weiterhin in der ZVfD-Zentrale in der Meineckestraße 10 (Berlin). Außerdem unterhielt es mehrere Zweigstellen in anderen Großstädten Deutschlands. Das Palästinaamt wurde in der Folge der Aufsicht der Reichsvereinigung unterstellt. Gemeinsam mit seinen Finanzinstituten half es Juden weiterhin dabei, alle notwendigen Dokumente in Deutschland und Palästina zu erlangen. Außerdem leistete es Beistand bei der Transportmittelsuche, damit Juden auf legalem Weg nach Palästina einreisen konnten.⁵⁰

Der Sicherheitsdienst war sich bewusst, dass jene Juden, die noch in den Jahren 1938 und 1939 nach Palästina gelangten, weitgehend mittellos waren.⁵¹ Das war bis zu einem bestimmten Grad darauf zurückzuführen, dass das Ha'avara-Transfer-Abkommen mit Erlaubnis der nationalsozialistischen Behörden fast bis Ende 1939 in Kraft blieb. Als sich, wie an früherer Stelle beschrieben, die Judenpolitik des Regimes zu ändern begann, übten die zionistischen Behörden inner- und außerhalb des deutschen Reichs im Jahre 1938 einen beträchtlichen Druck auf die deutsche Regierung aus, das Ha'avara-System beizubehalten, da es die jüdische Auswanderung aus Deutschland nach Palästina erfolgreich forciert hatte. In einem langen Brief an das Reichswirtschaftsministerium Ende Mai 1938 trat die Jewish Agency for Palestine in Jerusalem mit Nachdruck dafür ein, das Ha'avara-System fortzusetzen und zu verstärken.⁵² In diesem

50 USHMM: 11.001M.01, 7, Der Chef der Sicherheitspolizei an alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen im Reich, 5. Februar 1939.

51 Vgl. Wildt, Die Judenpolitik des SD, S. 195.

52 ISA: 67/1254, Jewish Agency for Palestine an Reichswirtschaftsministerium Berlin, 23. Mai 1938.

Schreiben bezog sie sich auf »[eine] sehr bedrohliche Entwicklung, welche die Durchführung des Palästina-Transferabkommens auf das ernstlichste gefährdet.«⁵³ Damit war eine kurz zuvor erfolgte Reduzierung der Produkte gemeint, die nach Palästina mithilfe des Transferprozesses ausgeführt werden durften. Der Brief bringt diese Reduzierung nicht direkt mit der gleichzeitig im Jahre 1938 erfolgten antijüdischen Wirtschaftsgesetzgebung in Verbindung, obwohl diese zur erhöhten Krisenstimmung beigetragen haben dürfte. Inhalt und Ton des Briefes lassen darauf schließen, wie dringlich die Sache den zionistischen Beamten in Palästina erschien. Nachdem die Jewish Agency das Reichswirtschaftsministerium daran erinnerte, dass das Ha'avara-Abkommen bis März 1938 erfolgreich zur Auswanderung von ca. 43.000 Juden und zum Export von deutschen Waren im Wert von 85 Millionen RM nach Palästina beigetragen hatte, warnten sie davor, dass trotz der Bemühungen der Jewish Agency »das Palästina-Transferverfahren in wenigen Monaten in sich zusammen[sinken] könnte und damit die organisierte jüdische Auswanderung nach Palästina, das heisst der wesentlichste Teil der jüdischen Auswanderung aus Deutschland überhaupt, zum Erliegen [kommen würde]«,⁵⁴ falls sich die gegenwärtigen Bedingungen nicht änderten. Die Jewish Agency erinnerte die deutsche Regierung auch daran, dass der Großteil der Juden, die mithilfe des Ha'avara-Abkommens aus Deutschland nach Palästina emigrieren konnten, mittellos waren und nur ein kleiner Prozentsatz dem Mittelstand angehört hatte. Die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die deutschen Juden im Jahre 1938 gaben der Jewish Agency Anlass, sich über die Zukunft des Ha'avara-Abkommens und die weitere Durchführbarkeit der jüdischen Emigration aus Deutschland nach Palästina zu sorgen. Dieser Umstand kommt am besten durch den im Brief enthaltenen letzten Mahnruf zum Ausdruck, dass die im Februar 1938 erfolgte Reduzierung der für den Transfer nach Palästina in Frage kommenden Waren im März und April zu einem Rückgang der Emigranten und Güter geführt habe.

Die berufliche Umschulung war eine weitere zionistische Initiative, die wie das Ha'avara-Abkommen speziell darauf abgestimmt war, Juden die Ausreise aus Deutschland nach Palästina zu ermöglichen. Entsprechende Programme durften nach den Ereignissen des Jahres 1938 weitergeführt werden. Aus einer Reihe von Gründen, die teilweise nichts mit der Emigration zu tun hatten, wurden zionistische Umschulungsprogramme noch weiter gefördert. Bis zum Ende des Jahres 1938 waren

53 Ebd.

54 Ebd.

im Altreich noch 55 Umschulungszentren in Betrieb, von denen fast alle von Zionisten geführt wurden. 20 waren der Landwirtschaft gewidmet, 22 handwerklichen Berufen und 13 anderen Sparten, wie z.B. der Hauswirtschaftslehre.⁵⁵ Außerdem unterhielten einige der größeren Gemeinden weiterhin ihre eigenen Umschulungsprogramme. Die Behörden unterstützten diese Umschulungsprogramme, obwohl weniger Absolventen nach Kriegsausbruch (1939) nach Palästina auswandern konnten.⁵⁶ Sie gestatteten auch die Errichtung einiger neuer Lager nach 1938, wie die Land- und Forstwirtschaftsprogramme für Juden in Wannsee (Berlin) im Juli 1940.⁵⁷ Obwohl die zionistische Jugendbewegung Hechaluz, die viele Hachschara-Lager im ganzen Reich betrieb, wie alle anderen jüdischen Organisationen 1938 aufgelöst wurde, konnte sie als Teil des Palästinaamts der Jewish Agency weiter existieren. Letzteres wurde in eine Abteilung der Reichsvereinigung umfunktioniert. Da die Hauptfunktion der Reichsvereinigung die Mobilisierung der verbleibenden jüdischen Bevölkerung zur Emigration war, musste sie sich mit Bildung und Umschulung befassen, was sie mit Nachdruck und Unterstützung der Behörden tat.

1939 kam es bei den zionistischen Aktivitäten kurz zu einer Überschneidung zwischen der zionistischen Umschulung und der illegalen Immigration der Juden aus Mitteleuropa nach Palästina. Im Dezember 1938 sandte die Hagana Pino Ginzburg aus Palästina nach Deutschland, um Kontakte zu den nationalsozialistischen Behörden in Bezug auf die Organisation der illegalen Immigration von Juden aus Großdeutschland nach Palästina herzustellen. Ginzburg war weiter damit betraut, die Durchführbarkeit von Umschulungsprogrammen in Deutschland nach der »Kristallnacht« zu untersuchen und die Entschlossenheit des Yishuv zu bestätigen, die Hachschara-Programme in Großdeutschland sowie den gesamten Emigrationsprozess zu unterstützen. Hakibbutz Hameukad in Palästina bat Pino Ginzburg mit Genehmigung der Hagana darum, den Status der zionistischen Umschulungsprogramme in Deutschland seit der »Kristallnacht« zu untersuchen. Das Hagana-Archiv in Tel Aviv ist im Besitz einiger der Berichte, in denen Ginzburg die zionistischen Umschulungsprogramme in Deutschland beschrieb und die er an verschiedene Einzelpersonen und Ämter in Palästina während des

55 Hildesheimer, Jüdische Selbstverwaltung, S. 165.

56 Vgl. die Aktenbestände in BLHA: Pr.Br. Rep. 36 A, Oberfinanzpräsident Brandenburg in Berlin, 2713, 2714, 2730.

57 Hildesheimer, Jüdische Selbstverwaltung, S. 165.

Winters und Frühjahrs 1939 versandte.⁵⁸ Dass die meisten dieser Berichte auf Deutsch und nicht auf Hebräisch verfasst wurden, könnte darauf hindeuten, dass die deutschen Behörden ihren Inhalt überprüften, bevor sie nach Palästina geschickt werden durften. Sie zeigen, welch große Bedeutung Ginzburg den Hachschara-Lagern in Deutschland zumaß, und belegen zudem, dass 1939 die Programme für die nationalsozialistischen Behörden noch immer ein wesentlicher Bestandteil ihrer Bemühungen waren, um Juden aus Deutschland zu vertreiben. Ginzburg bemerkte im Januar 1939 zum Beispiel, dass die »Kristallnacht« dazu geführt habe, dass weniger jüdische Jugendliche an der beruflichen Umschulung teilnahmen und gleichzeitig in ganz Deutschland nur siebenundachtzig Schulungsplätze frei seien. Er berichtete mehrmals Anfang des Jahres 1939, dass die Behörden die Auslands-Hachschara, die junge deutsche Juden in zionistischen Umschulungslagern in Nachbarländern ausbildete, weiterhin unterstützen würden.

Im Juni 1939 schienen alle Anzeichen für einen Krieg gegeben. Emigrationsmöglichkeiten wurden in der Folge drastisch reduziert. Ginzburg hatte zu diesem Zeitpunkt eine sehr pessimistische Ansicht, ob die Umschulungsprogramme in Deutschland überleben und Juden in der Folge aus Großdeutschland flüchten könnten. Aus Wien schrieb er am 5. Juni an eine Kollegin den folgenden Brief: »Unsere Arbeit wird jeden Tag schwieriger. Der Druck steigt [...] Emigrationsmöglichkeiten sind drastisch reduziert. Wir stehen hilflos da. Ursprünglich hatten wir angenommen, dass landwirtschaftliche Siedlungen eine größere Rolle spielen würden. Dieser Plan geht jedoch nur sehr schleppend weiter.«⁵⁹ Am 24. Juni schrieb er an dieselbe Kollegin, dass »wir unter einem unbeschreiblichen Druck arbeiten. Wir haben in unseren Versuchen kaum weitere Fortschritte gemacht. Wir haben 110 Mitglieder unter den schwierigsten Bedingungen in ein Nachbarland gebracht.«⁶⁰ Sowohl das nationalsozialistische Regime wie auch die zionistischen Behörden in Deutschland und Palästina erachteten seit 1933 die beruflichen Umschulungen als rationales System, die Emigration der Juden aus dem Deutschen Reich zu fördern. Die Aussichten darauf wurden durch die

58 HA: 1/23/private/12: Private Documents of Pino Ginzburg (Ha'apala Project, Tel Aviv University). Vgl. z.B. Pino Ginzburg an die Maskrut Hakibbuz Ajn Charod, 13. Januar 1939 und 7. Februar 1939; Pino Ginzburg an Idelsohn/Ramat Gan, 15. März 1939, 22. März 1939, 29. März 1939, 21. April 1939 und 10. Mai 1939.

59 HA: 1/23/private/12: Private Documents of Pino Ginzburg (Ha'apala Project, Tel Aviv University), Pino Ginzburg (Wien) an Beryl, 5. Juni 1939.

60 HA: 1/23/private/12: Private Documents of Pino Ginzburg (Ha'apala Project, Tel Aviv University), Pino Ginzburg (Wien) an Beryl, 24. Juni 1939.

sich verschlechternde internationale Situation sowie den bevorstehenden Krieg stark beeinträchtigt.

Da der Krieg unmittelbar bevorzustehen schien, befahl die Hagana Ginzburg im August 1939, Deutschland zu verlassen. Seine zionistischen Kollegen in Deutschland sowie die Gestapo rieten ihm ebenfalls zur Ausreise. In einem Brief von Amsterdam nach Palästina vom 4. September 1939⁶¹ bemerkte er, dass ca. 1.000 Juden in verschiedenen Umschulungslagern in Deutschland bis zum Kriegsausbruch verblieben waren. Diese hätten sich jedoch mit der Tatsache abgefunden, dass es für sie keine Fluchtmöglichkeit mehr aus Deutschland gebe. Außerdem hätten viele Organisatoren und Betreiber der Umschulungslager sich ganz selbstlos dafür entschieden, mit ihren Lehrlingen in Deutschland zu verbleiben, obwohl sie selbst Ausreisepapiere besessen hätten. Ginzburg erachtete es für sehr wahrscheinlich, dass sich der Krieg negativ auf die Umschulungsprogramme auswirken und möglicherweise zur Schließung der Zentren führen würde. Er führte in dem Schreiben aus, dass die NS-Behörden ihm versichert hatten, den in Deutschland verbleibenden Juden werde im Kriegsfall kein körperlicher Schaden zugefügt. Stattdessen sei ihm gesagt worden, sie würden produktiv eingesetzt und die Gestapo habe die Reichsvereinigung bereits um Empfehlungen gebeten, wie man Juden im Kriegsdienst verwenden könne. Die Reichsvereinigung entwickelte einen Plan, Brigaden von 100 bis 300 jüdischen Arbeitern einzusetzen, die in der Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnten. Dieses Szenario ist nicht ganz unwahrscheinlich, wurden doch letzten Endes viele Hachschara-Lehrlinge und Personal sowie ihre Ausbildungsstätten zwischen 1939 und dem Beginn der »Endlösung« in das Zwangsarbeitssystem des Reichs eingegliedert. Frühere Befürchtungen, dass die berufliche Umschulung zum Verbleib von jüdischen Lehrlingen in Deutschland führen würde, waren der Notwendigkeit gewichen, sie dort einzusetzen.

Die Bemühungen des SD, alle Juden aus Großdeutschland unter dem Einsatz aller Mittel und so schnell wie möglich zu vertreiben, zeigten sich auch darin, dass zionistische Entscheidungsträger zwischen Großdeutschland und Palästina zumindest während des Jahres 1939 hin- und herreisen durften. Jakob Edelstein, der Direktor des Palästinaamts in Prag, wurde zum Beispiel dazu aufgefordert, im Mai und Juni 1939 nach Palästina zu reisen, um mehr Immigrationszertifikate für Juden des Protektorats Böhmen und Mähren auszuhandeln (Abb. 20). Er traf dabei

61 HA: 1/23/private/12: Private Documents of Pino Ginzburg (Ha'apala Project, Tel Aviv University), Pino Ginzburg (Amsterdam) an Machlakah Germanit (Tel Aviv), 4. September 1939.



Abb. 20: Jüdische Bürger am Palästinaamt der Jewish Agency for Palestine in Prag 1939 hoffen auf eine Ausreise.

nicht nur jüdische und britische Beamte in Palästina, um die Angelegenheit zu behandeln, sondern wurde auch vom deutschen Konsul in Haifa empfangen, um über das Thema im Allgemeinen zu sprechen.⁶²

Berichte, die die Reichsvereinigung der Gestapo in den Jahren 1939 und 1940 zwingend vorlegen musste, deuten darauf hin, dass man sich ab 1939 erneut auf die jüdische Emigration konzentrierte.⁶³ Sie zeugen von Entschlossenheit, die jüdische Emigration zu beschleunigen und vor allem jüdische Kinder an jeden beliebigen Zielort, auch nach Palästina, zu »verschicken«. Nach diesen Berichten verdoppelte sich die Gesamtzahl der jüdischen Auswanderer aus dem Altreich von 23.000 1937 auf 46.000 1938. In der ersten Hälfte des Jahres 1939 konnten sogar weitere 42.000 Emigranten auswandern. Die Anzahl der deutschen Juden aus dem Altreich, die nach Palästina emigrierten, stieg – je nach Quelle – von ca. 3.700 1937 auf etwa 4.800 1938 und auf 6.200 bis 8.500 1939.⁶⁴ Als

62 BArch: R58, 978, Jakob Edelstein, »Bericht über meine Reise nach Palästina Mai-Juni 1939«.

63 BArch: R8150, 47, Weissenberg an Eppstein, 20. Oktober 1939.

64 Vgl. Feilchenfeld u.a., Haavara-Transfer, S. 90. Die Autoren verwenden die höheren Zahlen, die zum Großteil von der Statistischen Abteilung der Jewish

Teil der gesamten jüdischen Einwanderung nach Palästina in jenen Jahren stieg die Zahl von 35 Prozent 1937 auf 37 Prozent 1938 und 52 Prozent 1939. Obwohl die Anzahl der österreichischen Juden, die nach Palästina einwanderten, von einigen Hundert 1937 auf etwa 2.200 1938 stieg, ging sie 1939 auf 1.700 zurück. In der Tschechoslowakei stieg die Zahl von ca. 400 1938 auf etwa 1.700 1939. 1939 emigrierten damit insgesamt ca. 12.000 Juden aus Großdeutschland (dem Altreich, Österreich, Böhmen und Mähren) nach Palästina und stellten in jenem Jahr mehr als 70 Prozent der gesamten Einwanderungszahl in das Mandatsgebiet dar. Selbst 1940 und 1941 emigrierten Juden aus Großdeutschland nach Palästina, wenn auch in einer sich schnell verringernden Anzahl. Dieselbe Quelle gibt auch an, dass 1940 900 bis 1.000 Juden aus dem Altreich und ca. 600 aus Österreich, Böhmen und Mähren nach Palästina gelangten. 1941 schafften es nur 600 Juden, Palästina von Großdeutschland aus zu erreichen.

Aus den Quellen geht nicht eindeutig hervor, bis zu welchem Grad diese Zahlen nur die »legale« jüdische Immigration nach Palästina belegen, d.h. ob sie all jene Juden umfassen, die nach Palästina aus Großdeutschland mit gültigen Immigrationszertifikaten einreisten oder mit einem Touristenvisum ins Mandatsgebiet gelangten und dann eine Aufenthaltsgenehmigung erhielten.⁶⁵ Während der SD und die Gestapo im Allgemeinen den legalen Immigrationsvorschriften für andere Länder folgten, nahmen sie regen Anteil daran, die illegale Immigration (Aliyah Bet)⁶⁶ von hauptsächlich österreichischen Juden zwischen 1938 und 1940 nach Palästina zu organisieren.⁶⁷ Trotz des Erfolges, den sie angeblich

Agency for Palestine zusammengestellt wurden. In den Akten der Reichsvereinigung finden sich niedrigere Zahlen: 6.200 für das Jahr 1939 und 1.009 für das Jahr 1940. Sie belegen jedoch ebenfalls dieselben Entwicklungen. Möglicherweise schloss die von der statistischen Abteilung abgegebene Zahl auch illegale Einwanderer mit ein, jene aus Deutschland jedoch nicht. Vgl. BArch: R8150, 31, »Die Auswanderung aus Deutschland seit dem 1.1.39 nach Erdteilen und Ländergruppen (Monatszahlen)«, Übersicht II.

65 Feilchenfeld u.a., Haavara-Transfer, S. 90.

66 Da laut der zionistischen Ideologie jeder Jude ein unveräußerliches Recht darauf besitzt, sich in Palästina anzusiedeln, wird hier die Bezeichnung »illegal« im Sinne der Definition der britischen Mandatsregierung in Palästina verwendet. Den zionistischen Behörden zufolge wurde die Immigration, die sich britischen Gesetzen widersetzte, als »unabhängig« oder »Typ B« (Alyiah Bet) bezeichnet. Vgl. Dalia Ofer, *Escaping the Holocaust: Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939-1944*, New York 1990, S. 3 f.

67 Vgl. Kurt Jacob Ball-Kaduri, *Die illegale Einwanderung der deutschen Juden in Palästina 1939-1940*, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte* 4 (1975), S. 388 f.

bei der großflächigen Zwangsaussiedlung von österreichischen Juden im Jahre 1938 errungen hatte, zeigte sich die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien über die Hindernisse besorgt, die der legalen Emigration der Juden aus Österreich nach Palästina über Italien und Jugoslawien in den Weg gelegt wurden. Im März 1939 beschwerte sich Adolf Eichmann in Berlin, die Regierungen Italiens und Jugoslawiens hätten die Anzahl der Transitvisa für Juden beschränkt, die nach Palästina einwandern wollten.⁶⁸ Er stellte dabei fest, dass Polen, Ungarn und andere Länder sich ebenfalls verstärkt um Transitvisa durch Italien und Jugoslawien bewarben, und warnte davor, dass man die Emigration von Juden aus dem Reich nach Palästina ohne eine Erhöhung der Transitvisa nicht steigern könne.

Eichmann sprach auch ein weiteres Problem beim legalen Emigrationsprozess an: Selbst wenn jüdische Immigranten ein gültiges Einreisevisum vorweisen konnten, wurden ihnen des Öfteren bei der legalen Immigration der Eintritt nach Palästina von den britischen Behörden verwehrt, so dass sie zu den italienischen und jugoslawischen Häfen, von denen sie losgefahren waren, zurückkehren mussten. Die italienischen und jugoslawischen Behörden begannen daher, darauf zu bestehen, dass jene Flüchtlinge nur dann ein Transitvisum bekämen, wenn sie bei Verweigerung der Einreise nach Palästina die Erlaubnis hätten, über Italien und Jugoslawien nach Deutschland zurückzukehren. Das Palästinaamt und die jüdische Gemeinde in Wien beschwerten sich 1940 und Anfang 1941 ebenfalls des Öfteren über Schwierigkeiten, Transitvisa von neutralen Ländern für jüdische Emigranten nach Palästina zu erhalten.⁶⁹ Da Eichmann den Emigrationsstrom von Juden nach Palästina über italienische und jugoslawische Häfen erhöhen wollte und die Einrichtung von regelmäßigen Transporten von Hamburg nach Palästina vorgeschlagen hatte, empfahl er, dass deutsche Juden, die durch Italien und Jugoslawien reisen wollten, eine schriftliche Bestätigung in ihrem Pass mit sich führen mussten, die ihnen die Rückreise nach Deutschland in Notfällen gestattete. Dieses Problem wurde zumindest zum Teil durch die deutsche Zusammenarbeit mit den zionistischen Organisationen vermindert, weil diese die jüdischen Einwanderer entgegen den britischen Einreisebeschränkungen nach Palästina »schmuggelten«. Dadurch waren die

68 USHMM: 11.001M.01, 9, Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien, an das SD-Hauptamt II-112, Berlin, B 1-628/39, 15. März 1939.

69 BArch: R58, 2490-I, II, Israelitische Kultusgemeinde, Wien, an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien, wöchentliche Berichte von April-August 1940 und August 1940-Februar 1941.

Einwanderer nicht gezwungen, zu ihrem europäischen Zielhafen oder nach Deutschland zurückzukehren.

Seit Gründung der ersten zionistischen Siedlungen in Palästina Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich Juden im osmanischen Palästina sowohl legal wie auch illegal niedergelassen. Während der gesamten Mandatszeit nach dem Ersten Weltkrieg war die Immigration ein Streitpunkt zwischen der zionistischen Bewegung und den britischen Behörden in Palästina gewesen. Die Zionisten bestanden auf dem Recht des jüdischen Volkes, uneingeschränkt nach Palästina einzuwandern. In ihrem Bemühen, sowohl auf die arabische Meinung Rücksicht zu nehmen als auch die Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstätte zu gewähren, sahen sich die Briten veranlasst, Einwanderungsbeschränkungen zu erlassen. Seit Ausbruch der arabischen Revolte in Palästina im Jahre 1936 hatten die britischen Behörden strengere Restriktionen für die jüdische Einwanderung nach Palästina erlassen. Dies erwies sich für die Versuche des SD, Juden 1938 und 1939 aus Mitteleuropa nach Palästina zu vertreiben, als Problem. 1937 schufen eine Gruppe von Führungspersönlichkeiten der Arbeiterbewegung sowie Hagana-Beamte in Palästina den Mossad le Aliyah Bet, das Komitee für illegale Einwanderung. Zu einem späteren Zeitpunkt in demselben Jahr errichtete der Mossad eine Zentrale in Paris, von wo aus er die illegale Einwanderung von Juden nach Palästina organisieren konnte.⁷⁰ Zwar arbeitete er relativ autonom mit zionistischen Gruppen in Osteuropa zusammen,⁷¹ musste aber dennoch mit den NS-Behörden in Großdeutschland kooperieren.

Agenten des Mossad wurden 1938 nach Berlin und Wien geschickt und hatten den Auftrag, mit dem SD und der Gestapo in Verbindung zu treten, um Juden heimlich aus Mitteleuropa nach Palästina auswandern zu lassen (Abb. 21).⁷² Zu ihren Aufgaben zählten die Transportkoordination aus Großdeutschland (hauptsächlich vom Stützpunkt Österreich); die Auswahl der Juden, die bereit waren, illegal auszuwandern sowie eine allgemeine Zusammenarbeit mit den NS-Behörden, ohne die die Juden weder auf legalem noch auf illegalem Weg aus Deutschland nach Paläs-

70 Vgl. Jon Kimche/David Kimche, *The Secret Roads: The Illegal Migration of a People, 1938-1948*, London 1955, S. 23 f.

71 Ofer, *Escaping the Holocaust*, S. 9-17.

72 Vgl. Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf: Die Geschichte der SS*, Gütersloh 1967, S. 318 f.; Kimche, *Secret Roads*, S. 23 f. Der wichtigste Mossad-Agent in Berlin war Pino Ginzburg. In Wien schienen mehrere Personen von Zeit zu Zeit aufgetreten zu sein, darunter Moshe Auerbach, Giora Yospetel und Ehud Avriel. Vgl. auch HA: 080/P299/105, Shaul Avigur an David Yisraeli, 20. Oktober 1963.



Abb. 21: Das Dampfschiff »Tiger Hill« landet 1939 mit illegalen Flüchtlingen an der Küste vor Tel Aviv.

tina gelangen konnten. Ehud Avriel, ein ehemaliger Mossad-Agent in Wien, beschrieb die Einstellung der deutschen Polizei in Wien zu einem späteren Zeitpunkt auf folgende Weise:

»In Deutschland waren diese Aktivitäten vor dem Krieg weder illegal noch erfolgten sie heimlich. Das Gestapo-Büro lag genau gegenüber von unserem. Seine Mitarbeiter wussten genau, wo wir waren und was wir taten. Illegal wurde die ganze Sache erst, als wir an der Küste von Palästina angelangten und die britische Blockade umgehen mussten.«⁷³

Gemeinsam mit Moshe Auerbach (Agami) stellte Avriel Kontakte zu NS-Beamten in Wien und Berlin her und arrangierte Transitvisa für »illegale« Einwanderer durch Jugoslawien und den Hafen Fiume an der italienisch-jugoslawischen Grenze. Avriel zufolge war die jugoslawische Route nach der Besetzung von Böhmen und Mähren geschlossen. Avriel, Auerbach und andere mussten Transporte entlang der Donau zum Schwarzen Meer organisieren.⁷⁴ Die deutschen Behörden genehmigten diesen Plan.

Zwischen Dezember 1938 und August 1939 erkannte Pino Ginzburg im Zuge seiner Erkundigungen über berufliche Umschulungsprogramme in Deutschland, dass deutsch-jüdische Organisationen, besonders die Reichsvereinigung, einem illegalen Immigrationsprozess ängstlich gegenüberstanden. Die österreichisch-jüdische Gemeinde war im Gegensatz dazu sehr an einer Mitwirkung interessiert. In Interviews in den achtziger Jahren gab Ginzburg zu, dass er unabhängig von der deutschzionistischen Bewegung agierte, als er Kontakte zur Gestapo aufnahm. Er gab an, dass diese Kontakte mit der Gestapo »strikt formell und offiziell« waren und dass »wir ohne diese Verbindungen Juden nicht retten hätten können. Wir mussten erst Lücken im nationalsozialistischen System finden, damit wir erfolgreich unsere Aktivitäten durchführen konnten.«⁷⁵ Er gab ebenfalls bekannt, dass die Nationalsozialisten so sehr darauf ausgerichtet waren, Juden aus Deutschland zu vertreiben, dass sie auch die Entlassung von Häftlingen aus Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen genehmigt hätten, wenn er hätte garantieren können, dass diese nach Palästina gelangen würden. Obwohl Ginzburg und seine Kollegen von der Hagana es »widerlich fanden«, mit den NS-Behörden bei der Aliyah Bet

73 Ehud Avriel, *Open the Gates*, New York 1975, S. 28.

74 Vgl. HA: 149.00025, Interview mit Ehud Avriel (undatiert).

75 Vgl. HA: 1/23/kibu/12.4, Interviews mit Pino Ginzburg, Ha'apala Project, Tel Aviv University. Interviews mit Pino Ginzburg, Hebrew University of Jerusalem, 1985; 80/119/2, *The Jewish Chronicle*, 6. Juni 1967.

zusammenzuarbeiten, betonte er auch, dass solch eine Zusammenarbeit unter den gegebenen Umständen unvermeidbar und notwendig war und die Nationalsozialisten bereitwillig am Prozess mitarbeiteten.

Der SD und die Gestapo hatten Mossad-Pläne und Initiativen von Anfang an gutgeheißen.⁷⁶ Bei der nach der »Kristallnacht« stattfindenden Konferenz zur »Judenfrage« am 12. November 1938, die Göring organisiert hatte, spielte Heydrich darauf an, dass der SD an illegalen Immigrationsplänen interessiert sei, die von Österreich aus organisiert werden sollten. Er gab jedoch keine Details bekannt.⁷⁷ In Wien war der hochrangige NS-Funktionär Wolfgang Karthaus der Verbindungsmann zu den Mossad-Agenten. Über ihn versuchten sie die Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Gauleiter Josef Bürckel zu erwirken.⁷⁸ Über den Gauleiter und die Polizei erhielten die Agenten wiederum Zugang zu jugoslawischen Transitvisa, die es österreichischen Juden erlaubten, illegal auf Mossad-Schiffen von einem jugoslawischen Hafen nach Palästina zu gelangen. Eichmann drängte 1938 die Mossad-Agenten immer wieder dazu, eine noch größere Anzahl von Juden aus Österreich als 1938 außer Landes zu bringen.⁷⁹ Jüdische Flüchtlinge wurden auch über die Donau und Schwarzmeerbahnen in Rumänien und Bulgarien sowie durch Griechenland »geschmuggelt«.⁸⁰ 1939 übte der SD weiterhin Druck auf den Mossad aus, immer mehr Juden aus dem Reich zu bringen. So forderte Heydrich, dass allein aus Berlin 400 Juden pro Woche vorbereitet und wegbefördert werden sollten.⁸¹ Dem SD war bewusst, dass die illegale Immigration auch aus Prag erfolgte. Dort hatten jüdische Gruppen diese im Frühjahr und Sommer 1939 organisiert.⁸²

Im Sommer 1939 schloss Pino Ginzburg ein Abkommen mit der Gestapo in Berlin, um 10.000 Juden per Schiff von den Häfen Emden und

76 Vgl. Friedländer, *The Years of Extermination*, S. 87f.

77 Vgl. International Military Tribunal, *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Nuremberg*, 14 November 1945 to 1 October 1946, Bd. 28, *Documents in Evidence, Nürnberg, 1947-1949*, S. 532.

78 Vgl. Avriel, *Open the Gates*, S. 42f.

79 Vgl. Ebd., S. 71f., 89, 91.

80 Vgl. Leni Yahil (Hg.), *Selected British Documents on the Illegal Immigration to Palestine, 1939-1940*, in: *Yad Vashem Studies* 10 (1974), S. 241-276.

81 Vgl. CU: »Transcript of the Trial in the Case of the Attorney-General of the Government of Israel v. Adolf, the Son of Karl Adolf Eichmann, in the District Court of Jerusalem.« Criminal Case No. 40/61, card 20, Session 19, 27th April, 1961, Washington, D.C. 1962.

82 Vgl. BArch: R58, 978, SD Führer des SS-Oberabschnittes Donau, »Illegale Auswanderung aus der Tschechei nach Palästina« (undatiert).

Hamburg nach Palästina zu befördern. Der Kriegsbeginn im September zwang alle Beteiligten, dieses Unternehmen abzubrechen. Außerdem zeigen die Aufzeichnungen des British Foreign Office und des United States Department of State, dass sich die britische und amerikanische Regierung über die Zusammenarbeit zwischen der deutschen Polizei und dem Mossad im Klaren waren und wussten, dass Juden auf illegalem Weg aus Mitteleuropa nach Palästina gebracht wurden.⁸³ Es muss an dieser Stelle hervorgehoben werden, dass sich die Aliyah Bet von Anfang des Jahres 1938 bis zum Kriegsausbruch 1939 in einem beträchtlichen Maße aus dem jüdischen Exodus aus Mitteleuropa speiste. Von den 257.878 Juden, die Deutschland, Österreich und die Tschechoslowakei in jenen Jahren verließen, erreichten 40.000 Palästina, 17.000 davon »illegal«.⁸⁴

Die deutschen Behörden im Auswärtigen Amt waren darüber informiert, dass die »illegale« jüdische Auswanderung aus Großdeutschland nach Palästina über die Donau und über Häfen in Rumänien und Bulgarien erfolgte.⁸⁵ Im Frühjahr und Sommer 1939 beschwerte sich die britische Botschaft in Bukarest bei der rumänischen Regierung, dass Juden aus Mitteleuropa in Rumänien über die Donau kämen und in Rumänien auf Ozeanfrachter umstiegen. Von dort aus würden sie nach Palästina fahren und »illegal« ins Land einwandern. Die deutsche Botschaft in Bukarest unterstützte die politischen Maßnahmen der rumänischen Regierung, sich britischen Beschwerden zu widersetzen und die Emigrationswege offen zu halten, bereitwillig. Rumänische Juden gehörten auch zu den Personen, die in Palästina auf legalem oder illegalem Weg einen sicheren Zufluchtsort suchten.⁸⁶

Die Zunahme der jüdischen Emigranten aus Deutschland in Palästina war vor Kriegsausbruch im September 1939 wahrscheinlich nicht so hoch, wie sie hätte sein können, wenn der Reichsvereinigung mehr

83 Vgl. z.B. NARA: State Department Decimal Files, 840.48 Refugees/489, U.S. Consulate/Vienna to State Department/Washington, No.296, 21. Juni 1938; 840.48 Refugees/671, U.S. Consulate/Vienna to State Department/Washington, No.351, 30. Juli 1938. Vgl. auch NAL: FO371/21888-E4405, British Consul-General/Vienna to Foreign Office/London, No.25, 23. Juli 1938; FO371/21888-E5244, British Legation/Athens to Foreign Office/London, No.308, 6. September 1938; FO371/24239, MacDonald to Halifax, 14. Februar 1940.

84 Ofer, *Escaping the Holocaust*, S. 14.

85 Vgl. PA: R99368, Inland II A/B, 83-24, Bd. 3, gesamter Aktenbestand.

86 PA: Gesandtschaft Bukarest, IA3 (Fach 37), Bd. 1, Deutsche Gesandtschaft Bukarest (Fabricius) an Auswärtiges Amt Berlin, Nr. 2136/39-XE 13, 23. Mai 1939; Deutsche Gesandtschaft Bukarest (Fabricius) an Auswärtiges Amt Berlin, Nr. 2237/39 XE 13, 30. Juni 1939.

Immigrationszertifikate zur Verfügung gestellt worden wären. Der in den ersten Monaten des Jahres 1939 erfolgte Schriftverkehr zwischen dem Palästinaamt in Berlin und einigen verbleibenden jüdischen Gemeinden zeigt, dass der Nachfrage nach Visa für Palästina nicht nachgekommen werden konnte.⁸⁷ Die Anzahl der Personen, die das Palästinaamt in Berlin sowie seine Zweigstellen in anderen Städten aufsuchten, blieb auch nach 1938 sehr hoch. 1939 stellten monatlich 2.000 Personen, 1940 1.000 einen Visumantrag.⁸⁸ Die Ansuchen beim Palästinaamt waren in den Jahren 1939 und 1940 so zahlreich, dass es ganz unrealistisch voraussagte, dass 2.000 Juden in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 von Deutschland nach Palästina auswandern könnten.⁸⁹ Diese Situation deutet auf die Verzweiflung der Juden hin, die aus dem Land auswandern wollten. Das Palästinaamt zog von 1939 bis zu seiner Auflösung im Mai 1941 weiterhin eine große Anzahl von informationssuchenden Juden an. Nur ein sehr kleiner Teil von ihnen gelangte aber vor der offiziellen Abschaffung der jüdischen Emigration im Herbst 1941 erfolgreich nach Palästina.

Weniger Juden konnten im Allgemeinen aus Großdeutschland nach Kriegsausbruch im September 1939 auswandern. Weniger als 13.000 Juden schafften zwischen September 1939 und Herbst 1941 die Flucht aus Großdeutschland.⁹⁰ Bis zum Beginn der »Endlösung« waren noch ca. 150.000 Juden im Altreich verblieben. In Österreich waren es ungefähr 50.000. Sowohl das Ha'avara-Abkommen wie auch die beruflichen Umschulungsprogramme verloren an Bedeutung für die NS-Judenpolitik, die sich bislang auf die Zwangsemigration konzentriert hatte. Das Ha'avara-Abkommen endete, als der Handel zwischen Deutschland und dem britischen Mandatsgebiet in Palästina und dem Rest des Nahen Ostens bei Kriegsausbruch eingestellt wurde. Die beruflichen Umschulungsprogramme und Einrichtungen schlossen jedoch nicht, obwohl die jüdische Emigration drastisch zurückgegangen war, wodurch sie eigentlich ihre Daseinsberechtigung verloren hatten. Stattdessen wurden

87 CJA: 1 (Gesamtarchiv der deutschen Juden), 75A Mu 1 (Jüdische Gemeinde Mühlhausen), Nr. 4, Bl. Palästinaamt Berlin an die Jüdische Gemeinde Mühlhausen/Thüringen, 13. Februar 1939.

88 Vgl. die Monatsberichte des Palästinaamts in Berlin an die Gestapo-Zentrale für diese Jahre in BArch: R8150, 47.

89 BArch: R8150, 31, Voranschlag für das zweite Halbjahr 1940, Auswanderung (undatiert).

90 Vgl. Friedländer, *The Years of Extermination*, S. 88f. Vgl. auch Dieter Pohl, *Holocaust: Die Ursachen, das Geschehen, die Folgen*, Freiburg im Breisgau 2000, S. 42; BArch: R8150, 31, »Bericht über die Auswanderung von Juden aus dem Altreich seit 1933«, 6. November 1941.

sie schrittweise in das wachsende Zwangsarbeitssystem eingegliedert, von dem die deutsche Kriegswirtschaft nach Kriegsausbruch immer mehr abhing.

Juden, die nicht auswandern konnten, wurden zur Zwangsarbeit in der Kriegswirtschaft genötigt. Für die Kriegsmaschinerie war eine ständig wachsende Arbeiterschaft erforderlich, wobei gleichzeitig ein Mangel an »arischen« deutschen Arbeitern herrschte.⁹¹ Bereits im Dezember 1938 befahl die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, dass allen arbeitslosen und -fähigen Juden eine Tätigkeit zugewiesen werden sollte.⁹² Dazu gehörten Arbeiten im Bausektor, bei der Müllabfuhr und bei öffentlichen Bauvorhaben wie Straßenbau und Sanitäreinrichtungen, Kohle- und Kiesgruben. Manchmal wurde die Frage des Kontakts zwischen jüdischen und »arischen« Arbeitern angesprochen, wie das schon bei den landwirtschaftlichen Umschulungsprogrammen der Fall gewesen war, die im vorherigen Kapitel beschrieben wurden. Die Frage der Absonderung der Juden von Nichtjuden wurde detailliert diskutiert, erregte letzten Endes jedoch nicht so viele Bedenken. Tausende von verarmten, arbeitslosen Juden verrichteten in der deutschen Kriegswirtschaft praktisch Gratisarbeit. Das Regime gewährte ihnen einen sehr geringen Lohn, und die jüdischen Gemeinden bzw. die Reichsvereinigung versorgten Lehrlinge in den Hachschara-Lagern mit Unterkunft und Verpflegung und unterstützten all jene, die noch immer zu Hause lebten. Bis 1941 wurden insgesamt 30.000 deutsch-jüdische Arbeiter, also ca. 20 Prozent der im Reich vor dem »Anschluss« verbliebenen jüdischen Bevölkerung, in die Zwangsarbeit mit einbezogen.

Nach 1938 erwiesen sich nichtzionistische und zionistische Umschulungsprogramme und Einrichtungen für das Regime als sehr nützlich, da immer mehr deutsche Juden für die Kriegswirtschaft eingesetzt werden konnten. In den Hachschara-Lagern fand das Regime Facharbeiter sowie Einrichtungen, in denen jüdische Zwangsarbeiter einquartiert und von »arischen« Arbeitskräften abgesondert werden konnten. Göring und seine SS-Anhänger zielten darauf ab, einige der Umschulungslager und ihre Lehrlinge für ihre Zwangsarbeitsprojekte zu benutzen.⁹³ Die SS drängte

91 Vgl. Wolf Gruner, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden: Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943*, Berlin 1997, besonders Kapitel 2 und 3. Vgl. auch Maurer, *From Everyday Life to a State of Emergency*, S. 360f.

92 Vgl. Konrad Kwiet, *Forced Labour of German Jews in Nazi Germany*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 36 (1991), S. 390-393, 398.

93 Gruner, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz*, S. 233f.

in den Jahren 1940 und 1941 darauf, mehr Arbeitskräfte in verschiedenen Branchen sowie im Autobahnbau einzusetzen.⁹⁴ Diese konnten auch aus Umschulungslagern rekrutiert werden. In den Lagern wurden während des Jahres 1941 die zionistischen Umschulungen sowie Aktivitäten gestattet wie z.B. das Erlernen von Hebräisch und der Geographie und Gesellschaft Palästinas. Dies war bis Ende 1941 erlaubt, solange die jüdische Auswanderung noch offiziell als NS-Politik galt. Dennoch ging die Emigration nach Palästina rapide zurück. Bis Anfang 1941 konnte die Reichsvereinigung noch Lehrtage für die Vorarbeiter in den einzelnen Umschulungslagern abhalten sowie Ausstellungen von Produkten organisieren, die in den Lagern hergestellt wurden. Außerdem durften Ausbilder in einigen der Landwirtschaftslager an Lehrkursen teilnehmen.⁹⁵ Das offizielle Verbot der jüdischen Auswanderung im Herbst 1941 veranlasste das Regime, alle Umschulungsaktivitäten im ganzen Reich einzustellen und die Hachschara-Ressourcen zu konsolidieren.⁹⁶ Da die »Endlösung« offiziell die Emigration und Umsiedlung in der NS-Politik im Herbst 1941 ersetzt hatte und alle in Großdeutschland verbliebenen Juden umfasste, und da Deutschlands Eroberungszug durch Europa enorme neue Quellen an Zwangsarbeitern für die deutsche Wirtschaft erschlossen hatte, wurden die in Umschulungslagern verbliebenen Juden nach Osten deportiert und ermordet. Das Regime beendete den Einsatz von jüdischen Zwangsarbeitern jedoch nicht ganz. Einige von ihnen lebten bis Anfang des Jahres 1943 in Hachschara-Lagern.⁹⁷

Schätzungen zufolge hatten bis 1941 62.000 Juden im Altreich Umschulungslager in der Land- und Forstwirtschaft, handwerklichen Berufen, der Hauswirtschaft, Kinderbetreuung und anderen Sparten durchlaufen. Die meisten von ihnen waren Jugendliche. Die Programme wurden hauptsächlich von der zionistischen Bewegung betrieben. Zwischen Mai 1938 und Ende 1941 konnten sich noch 45.000 Juden in Österreich und ab März 1939 ca. 18.000 in Böhmen und Mähren diesen Programmen anschließen.⁹⁸

Bis zum Frühjahr 1939 war der SD zu dem Schluss gekommen, dass die jüdische Gemeinschaft nicht mehr in Zionisten und »Assimilanten«

94 Vgl. Kwiet, *Forced Labour*, S. 393-396; Hildesheimer, *Jüdische Selbstverwaltung*, S. 172.

95 Hildesheimer, *Jüdische Selbstverwaltung*, S. 166.

96 Angress, *Between Fear and Hope*, S. 38f. Vgl. auch Gruner, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz*, S. 244; Hildesheimer, *Jüdische Selbstverwaltung*, S. 166.

97 Kwiet, *Forced Labor*, S. 403f. Kwiet zufolge waren selbst Anfang 1943 noch immer 21.659 jüdische Zwangsarbeiter im Reich beschäftigt.

98 BArch: R8150, 31, »Berufsumschichtung der Juden 1933-1941«.

aufgeteilt werden konnte. Die Behörden brauchten diese Konflikte nicht mehr für ihre Zwecke zu nutzen oder gegen die »assimilatorischen Tendenzen« der meisten Juden und ihrer Organisationen anzukämpfen. Da es diese Kluft nicht mehr gab, war für die Behörden »jede Art von Auswanderung zweckmäßig und unumgänglich [...], gleichgültig nach welchen Ländern.«⁹⁹ Der Einsatz des Zionismus hatte sich also für die SS, die Gestapo und alle anderen Antisemiten bewährt. Für die Wiedergeburt des jüdischen Volks in seiner eigenen nationalen Heimstätte und seinem eigenen Staat in Palästina sollte er nach Ansicht der Nationalsozialisten jedoch nicht zweckdienlich sein. Stattdessen hatte er sich dafür geeignet, die jüdische Assimilation in Deutschland rückgängig zu machen und Juden aus dem deutschen »Lebensraum« zu entfernen.

Umsiedlung, Auswanderung, Massenmord

Zwischen dem Kriegsausbruch im September 1939 und dem Beginn der »Endlösung« zwei Jahre später veränderte sich die NS-Judenpolitik, bis am Ende der Genozid stand. Neben der Zwangsaussiedlung der Juden aus Großdeutschland begann das Regime auch verschiedene Strategien in Betracht zu ziehen, um mit Millionen Juden in Gebieten umzugehen, die nach Kriegsausbruch besetzt worden waren. Zu diesen Strategien gehörten die Vertreibung und Umsiedlung der Juden in Ostpolen, der Madagaskar-Plan sowie die Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung. Schließlich hatte sich die NS-»Judenfrage« in ein viel größeres, gesamteuropäisches Problem verwandelt.¹⁰⁰ Obwohl die Umsiedlungsprogramme nur von geringer Dauer waren, zeigten sie auf, welche Bemühungen das Regime anfangs unternahm, um mit Millionen von Juden umzugehen, die außerhalb der vor dem Krieg bestehenden Grenzen Großdeutschlands gelebt hatten. Sowohl die Umsiedlung als auch die Unterbringung in Ghettos werden in diesem Buch nicht untersucht. Ein paar Bemerkungen über Umsiedlungspläne sollten hier dennoch gemacht werden, da diese die Juden aus allen Gebieten des expandierenden Großdeutschen Reiches entfernen sollten. Diese Strategien wurden entwickelt, weil dem Regime immer klarer wurde, dass die bestehende

99 BAArch: R58, 717, 1. Vierteljahreslagebericht 1939 des Reichssicherheitshauptamtes, Bd. 1 (undatiert).

100 Browning, *The Path to Genocide*, S. X. Siehe für einen umfassenden Bericht über diesen Aspekt der NS-Judenpolitik zwischen Kriegsausbruch und Beginn der »Endlösung«: Browning, *The Origins of the Final Solution*, Kap. 3.

Zwangsemigration aus Großdeutschland nicht mehr wirksam war. Dies stellte den letzten Versuch dar, die physische Vertreibung der Juden in andere Teile Europas bzw. der Welt als Teil der Judenpolitik zu definieren, um Deutschlands unmittelbare »Judenfrage« zu lösen.

Das Regime hatte vor dem Krieg erkannt, dass der Emigrationsprozess der Juden aus Großdeutschland nicht mehr genügen würde, wenn Millionen weiterer Juden zur Auswanderung aus Polen, Rumänien und anderen osteuropäischen Ländern gezwungen werden müssten. Seit Anfang 1939 sahen einige Mitglieder der NS-Hierarchie, wie sich demographische Veränderungen auf die Judenpolitik auswirken würden, wenn Deutschland den Krieg beginnen und weite Teile Europas erobern würde. Das Regime begann sich daher für eine Idee zu interessieren, die nicht neu war: eine Massenausiedlung von Millionen von Juden aus den Gebieten, die im Falle eines Krieges Großdeutschland eingegliedert werden sollten. Das bereits erwähnte Rundschreiben des im Auswärtigen Amt ansässigen Referats-Deutschland vom 25. Januar 1939 machte Vorschläge in diese Richtung, da es voraussah, dass die auf Emigration und Palästina abzielende Judenpolitik des Regimes nicht ausreichen würde.

Die Idee der Massenumsiedlung ergab sich aus der Erkenntnis, dass frühere politische Maßnahmen zur jüdischen Auswanderung, vor allem die Rolle Palästinas, in der Zukunft nicht von Nutzen sein würden, wenn Millionen Juden unter nationalsozialistischer Kontrolle kommen würden. Im Rundschreiben des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1939 wurde festgestellt: »Palästina, das der Volksmund bereits schlagwortartig zum Auswanderungsland bestimmt hat, kommt als Ziel der jüdischen Auswanderung schon deswegen nicht in Frage, weil seine Aufnahmefähigkeit für einen Massenzustrom von Juden nicht ausreicht.«¹⁰¹ Nachdem sich das Rundschreiben auf die Probleme in Palästina bezogen hatte, darunter den arabischen Widerstand und die britischen Beschränkungen auf eine jüdische Massimmigration, schürte es erneut die Furcht vor einem unabhängigen jüdischen Staat und wies darauf hin, dieser müsse unbedingt verhindert werden. Deshalb kam das Rundschreiben auf einen Vorschlag zurück, den Alfred Rosenberg in einer Rede in Detmold zehn Tage zuvor gemacht hatte: »Es ist zu wünschen, daß die Judenfreunde in der Welt, vor allem die westlichen Demokratien, die über soviel Raum in allen Erdteilen verfügen, den Juden ein Gebiet außerhalb Palästinas zuweisen, allerdings nicht um einen jüdischen Staat, sondern um ein jüdisches Reservat einzurichten.«¹⁰² Im Grunde hatte das NS-Regime

101 ADAP: D, V, Nr. 664.

102 Ebd.

Palästina als eine Art »Reservat« unter britischer Oberhoheit betrachtet und hätte es lieber als ein solches belassen, anstatt einen unabhängigen jüdischen Staat einzurichten. Palästina erwies sich für die Lösung der immer wichtigeren und sich auf Europa ausweitenden »Judenfrage« der Nationalsozialisten als problematisch. Gegen Palästina sprachen sein geringes Flächenmaß und der steigende zionistische Druck, einen unabhängigen jüdischen Staat zu errichten. Außerdem nahm der arabische Widerstand gegen die jüdische Immigration immer mehr zu, obwohl Großbritannien auf die arabische Meinung Rücksicht nahm. Außerdem standen alle Anzeichen auf Krieg.

1938 und 1939 begannen sich Rosenberg sowie andere NS-Funktionäre für Vorschläge zu interessieren, europäische Juden auf die im Besitz von Frankreich befindliche Insel Madagaskar zu vertreiben. Diesen Plan hatte die polnische Regierung Frankreich 1937 zum ersten Mal unterbreitet. Bis Ende 1938 unterstützten verschiedene deutsche Funktionäre und Regierungsstellen wie z.B. das Auswärtige Amt unter Konstantin von Neurath, Julius Streichers Wochenzeitung *Der Stürmer*, *Das Schwarze Korps*, das Wochenblatt der SS, sowie der SD in unterschiedlichem Maße diesen Plan.¹⁰³ Reichsbehörden erwogen ernsthaft die Möglichkeit, mehrere Millionen europäische Juden – nach Frankreichs Niederlage im Sommer 1940 – nach Madagaskar zu »evakuieren«. Das Reichssicherheitshauptamt unterstützte die Errichtung eines Reservats für Juden auf der Insel, das seiner direkten Kontrolle unterstellt sein würde und wohin vier Millionen Juden aus Großdeutschland und dem jüngst eroberten Polen deportiert werden könnten.¹⁰⁴ Dieser Plan wurde jedoch bald irrelevant, da große Teile Europas erobert wurden und viele Millionen Juden unter die NS-Herrschaft kamen. Außerdem lag letzten Endes Madagaskar weit außerhalb der strategischen Ressourcen des Dritten Reichs. Zudem hätte man zuerst Großbritannien besiegen müssen, um so einen Plan in Angriff nehmen zu können.

Der zweite Umsiedlungsplan, der mit der Zwangsemigration von deutschen Juden zwischen 1938 und 1941 Hand in Hand ging, war die Massendeportation von polnischen Juden und nichtjüdischen Polen aus den westlichen Gebieten von Polen, die ans Deutsche Reich angeschlos-

103 Vgl. Nicosia, *The Third Reich*, S. 164-167. Vgl. auch Browning, *The Path to Genocide*, S. 16-20; Leni Yahil, *Madagascar: Phantom of a Solution for the Jewish Question*, in: Bela Vago/George Mosse (Hg.), *Jews and Non-Jews in Eastern Europe, 1918-1945*, New York 1974, S. 315-334.

104 Michael Wildt, *Generation des Unbedingten: Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003, S. 505.

sen werden sollten, um Volksdeutsche dort anzusiedeln. Dieser Plan wurde Anfang Oktober 1939 ergriffen. Ihm zufolge sollten die jüdischen Deportierten, deren Zahl sich bis auf eineinhalb Millionen belief, in einem riesigen Reservat in der Region um Lublin in Ostpolen angesiedelt werden.¹⁰⁵ Der Gestapo zufolge sollte dieser Plan die im Altreich verbliebenen Juden nicht mit einschließen. Diese sollten auf ihren normalen Emigrationsrouten über Italien und andere Nachbarstaaten ihre Zielländer erreichen.¹⁰⁶ Dieser Plan wurde ebenfalls nicht umgesetzt und ad acta gelegt.

Zwischen 1938 und Herbst 1941 wurde die Zwangsemigration zu allen Zielorten, darunter Palästina, angestrebt, obwohl sie sich in der Kriegssituation als eine immer unzulänglichere Lösung für die »Judenfrage« in Großdeutschland erwies. Von Kriegsbeginn bis zur Entscheidung, die jüdische Emigration durch die »Endlösung« im Herbst 1941 zu ersetzen, zogen die NS-Behörden offiziell die jüdische Emigration aus Großdeutschland, wobei die Ziele keine übergeordnete Rolle spielten, der jüdischen Emigration aus den Gebieten vor, die die deutsche Armee besetzt hatte. Beweise dafür gibt es genug. Im März 1940 informierte z.B. die SS das Auswärtige Amt, einer Gruppe von litauischen Juden solle auf ihrem Weg nach Palästina kein Transitvisum durch Deutschland gewährt werden, »da eine solche Maßnahme automatisch eine Minderung der Auswanderungsmöglichkeiten für die im Reichsgebiet ansässigen Juden zur Folge hätte.«¹⁰⁷ Sechs Monate später ließ die SS das Auswärtige Amt wissen, dass es gegen eine Emigration von Juden aus dem besetzten Generalgouvernement in Polen sei, da sie »die Möglichkeiten der Auswanderung von Juden aus dem Altreich, der Ostmark und dem Protektorat Böhmen und Mähren nachteilig beeinflussen [würde].«¹⁰⁸ Selbst als die SS über eine bevorstehende »Endlösung« für die »jüdische Frage« in den von Deutschland besetzten Gebieten im März und April 1941 zu sprechen begann, verordnete sie, dass Juden in Jugoslawien, die deutsche Staatsbürger waren,

105 Vgl. Browning, *The Path to Genocide*, S. 7-16.

106 Vgl. z.B. PA: R99390, Inland II A/B, 83-24c, Aufzeichnung des Referat-D (Schumburg), 17. Oktober 1939.

107 PA: R99367, Inland II A/B, 83-24b, Bd. 2. Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei an AA/Berlin, S I-A (b) 6-949/40-469, 26. März 1940.

108 PA: R99367, Inland II A/B, 83-24b, Bd. 2. Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei an AA/Berlin, S I-A (b) 6 Nr. 10766/40-485-K, 25. September 1940. In diesen Aktenbeständen, darunter auch in Band 3 und 4, wurden weitere Fälle aus den Jahren 1940 und 1941 beschrieben, in denen Juden aus dem Generalgouvernement Polen die Auswanderung nach Palästina nicht gestattet wurde, damit Juden aus Großdeutschland diese Gelegenheit wahrnehmen konnten.

an der Auswanderung gehindert werden sollten, da diese die Chancen zur Emigration der Juden Großdeutschlands drastisch verringern würden.¹⁰⁹ Der Schriftverkehr zwischen der deutschen Botschaft in Paris und dem deutschen Auswärtigen Amt in Berlin zu Beginn des Jahres 1942 bezieht sich ebenfalls auf diesen Zwiespalt in der NS-Politik zwischen 1939 und 1941. Am 25. Februar 1942 ließ z.B. die Botschaft Berlin wissen, dass es vom Büro des Reichsführer-SS (Himmler) über das Pariser Büro des Sicherheitsdienstes Anweisung erhalten hatte, die jüdische Emigration aus Deutschland und den von Deutschland besetzten Gebieten in Europa zu beenden. Die Botschaft bezog sich auf ein Verbot vom Herbst des Vorjahres und sandte dabei folgendes Telegramm:

»Bisher war die Auswanderung von Juden aus den besetzten Gebieten deshalb unerwünscht, weil im Interesse der Durchführung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland jeder Schiffsplatz ausgenutzt werden sollte. Die für die Passagierscheinerteilung zuständigen Dienststellen verfahren sinngemäß. Nunmehr hat der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei angeordnet, daß generell jede Juden- auswanderung aus Deutschland und den besetzten Gebieten unterbleiben soll.«¹¹⁰

Ende August 1941 betonte die SS erneut, dass die jüdische Emigration aus den deutschen Besatzungsgebieten inakzeptabel sei, weil die »Endlösung« der europäischen »Judenfrage« bevorstehe: »[I]m Hinblick auf

109 Vgl. PA: R99368, Inland II A/B, 83-24b, Bd. 3, Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD an AA/Berlin, IV D 4-2 (Rz)-442/41, 12. März 1941. In diesem Memorandum von Heydrichs Büro an das Auswärtige Amt wurde Folgendes festgestellt: »[I]m Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage [besteht] derzeit an einer Weiterwanderung von Juden reichsdeutscher Staatsangehörigkeit, die sich in Jugoslawien befinden, kein Interesse.« Nachdem das Memorandum davor warnte, dass solch eine Migration nur die Bemühungen zur Vertreibung der Juden aus dem Altreich erschweren würde, unterstrich es erneut, wie wichtig die jüdische Emigration aus dem Reich in der NS-Judenpolitik war: »Der Reichsmarschall [Göring] des Grossdeutschen Reiches wünscht jedoch auch während des Krieges im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten eine verstärkte Judenabwanderung.« Vgl. auch PA: R99369, Inland II A/B, 83-24b, Bd. 4, Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD an AA/Berlin, IV A 3c-Nr. 164/41 allg., 2. April 1941.

110 PA: R99370, Inland II A/B, 83-24b, Bd. 5-I. Telegramm (Schleier), DB/Paris an AA/Berlin, Nr. 797, 25. Februar 1942. Das Auswärtige Amt bestätigte eine Woche später, dass es sich dieser politischen Verordnung von Kriegsbeginn bis November 1941 voll bewusst war. Vgl. PA: R99370, Inland II A/B, 83-24b, Bd. 5-I, AA/Berlin an DB/Paris, betr. Juden- auswanderung, zu D III 1142, 5. März 1942.

die kommende und in Vorbereitung befindliche Endlösung der europäischen Judenfrage [ist] eine Auswanderung von Juden aus den von uns besetzten Gebieten zu verhindern.«¹¹¹

Die Vorstellungen einer Massenumsiedlung der Juden in »Reservate« in Ostpolen oder Madagaskar stellten den letzten, nutzlosen Versuch des NS-Regimes dar, eine Art »territoriale Endlösung« der sogenannten Judenfrage in ganz Europa, d.h. außerhalb der Grenzen des Großdeutschen Reichs, ins Auge zu fassen. Wären solche Pläne durchgeführt worden, hätte das höchstwahrscheinlich ebenfalls die Ermordung von Millionen von Juden in Osteuropa und weit entfernten Gebieten, wie z.B. in Afrika, mit sich gebracht. Die Zwangsemigration jener Juden, die noch in Großdeutschland verblieben waren, sowie ihre Umsiedlung in Gebiete jenseits der Grenzen des Reiches erwiesen sich ebenfalls als eine »unpraktische Lösung«, ein »judenreines« Großdeutschland in einem von Deutschland »rassisch« umorganisierten Europa zu erreichen. Ende Oktober 1941 unterschied das Regime nicht mehr zwischen Juden, die innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reichs lebten. Zu diesem Zeitpunkt informierte die SS das Auswärtige Amt über folgenden Umstand: »Im Hinblick auf die kommende Endlösung der europäischen Judenfrage muss sowohl die Auswanderung von Juden aus Frankreich, als auch die Ausreise von Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren nach Frankreich verhindert werden.«¹¹²

111 PA: R99372, Inland II A/B, 83-24b, Bd. 6. Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD an AA/Berlin, IV B 46b (Rz) 849/41, 28. August 1941.

112 PA: R99370, Inland II A/B, 83-24b, Bd. 5-I. Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD an AA/Berlin, IV C 1-ZS-Abschn. L/M, 27. Oktober 1941.

Schlussbemerkungen

In der Zeit zwischen Hitlers Ernennung zum Reichskanzler 1933 und dem Beginn der »Endlösung« im Herbst 1941 konnten mehr als 53.000 Juden auf legalem Weg aus dem Altreich nach Palästina auswandern. Diese Ziffer stellt ca. 10 Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung Deutschlands vor der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten im Jahre 1933 dar. Damit kam ein Viertel der Palästinaeinwanderer jener Jahre aus Deutschland. Der Großteil von ihnen war jung, d.h. 58 Prozent unter dreißig und 75 Prozent unter vierzig Jahre alt. Zusätzlich konnten während jener Zeit etwa 8.000 Juden aus Österreich nach Palästina emigrieren. Ca. 2.000 gelang nach Mitte März 1939 die Auswanderung aus Böhmen und Mähren nach Palästina. Laut Reichsvereinigung emigrierte eine Gesamtzahl von 65.000 Juden auf legalem Weg bis November 1941 aus Großdeutschland nach Palästina. Diese Zahl stellt fast ein Drittel der gesamten jüdischen Einwandererzahl nach Palästina in den Jahren 1933 bis 1941 dar und ca. 13 Prozent der mehr als 500.000 Juden, die aus Großdeutschland in Zielländer in Europa und auf anderen Kontinenten vor der »Endlösung« auswandern konnten. Wenn man ca. 17.000 mitteleuropäische Juden, die bis 1941 auf illegalem Weg nach Palästina gelangten, hinzurechnet, dann wanderten zwischen 1933 und 1941 mehr als 80.000 deutsche, österreichische und tschechische Juden oder ca. 16 Prozent aller Emigranten aus dem Reich nach Palästina aus.¹

Innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches zielten die politischen Maßnahmen allein darauf ab, die jüdische Bevölkerung in den Jahren vor der »Endlösung« von der Assimilation abzubringen, sie zu entrechten, zu enteignen und aus dem Land zu vertreiben. Der Zionismus sowie die deutsche und internationale zionistische Bewegung wurden gezwungen, bei der Durchführung dieser politischen Maßnahmen mitzuwirken. Aufgrund dieser Beteiligung konnte eine beträchtliche Anzahl von Juden aus Mitteleuropa trotz der einheitlich vorherrschenden Brutalität der NS-Politik der Katastrophe entkommen, die wenige vor 1941 voraussahen. Die Förderung der zionistischen Bewegung durch das NS-Regime ist dabei immer im Kontext der politischen Absichten der Nationalsozialisten zu sehen und als ein vorübergehendes, ungleiches und oberflächliches

1 BArch: R8150, 31, Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Organisation Auswanderung 1933 bis 1941, 8. November 1941. Vgl. auch Feilchenfeld u.a., Haarvara-Transfer, S. 89 f.

Phänomen der Zusammenarbeit zu betrachten, geboren aus der Krise, in der sich die deutschen Juden in jenen Jahren befanden. Da das Regime der zionistischen Bewegung innerhalb und außerhalb Deutschlands gestattete, das Beste aus einer fast unmöglichen Situation zu machen, gestand es den Zionisten vielleicht unabsichtlich eine wichtige Rolle bei der Formulierung von entscheidenden Komponenten seiner Politik vor dem Genozid zu. Diese Elemente hatten bereits vor der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten im Jahre 1933 in der zionistischen Politik eine wichtige Rolle gespielt. Dazu gehörten das Ha'avara-Transfer-Abkommen, die zionistischen Umschulungsprogramme, weitreichende berufliche Schulungsprogramme innerhalb der jüdischen Gemeinschaft sowie der Prozess der illegalen Immigration nach Palästina. Sie alle waren zionistische Initiativen, die vor der »Endlösung« in die NS-Judenpolitik integriert wurden. Wenn man die oberflächliche und zeitlich begrenzte »Vorzugsbehandlung« des Regimes gegenüber der zionistischen Bewegung und der jüdischen Emigration nach Palästina als Teil der Politik betrachtet, Deutschland für »judenrein« zu erklären, so trugen diese Aktivitäten dazu bei, tausende von Juden zu retten, die sonst in der Shoah umgekommen wären.

Die nationalsozialistische Unterstützung des Zionismus in Deutschland reichte von der enthusiastischen Befürwortung einiger weniger Funktionäre, die glaubten, dass die Bewegung zum Gemeinwohl der Juden und der Welt beitragen könnte, bis zur Gleichgültigkeit bzw. zum Hass der meisten Vertreter, die ihn vor 1941 als nützliches Werkzeug betrachteten, um das Hauptziel in der NS-Judenpolitik in Großdeutschland zu erreichen. Diese Politik war inhaltlich und zeitlich begrenzt. Sie basierte auf einer Variante des deutschen Antisemitismus, der den Juden gegenüber weniger entgegenkommend war als die vor der Jahrhundertwende vorherrschenden Theorien vieler deutscher »Judengegner«. Diese Art von Antisemitismus betrachtete – wie der Nationalsozialismus nach ihm – den Zionismus als wirksames Mittel, Juden zur Auswanderung aus Deutschland zu bewegen, egal ob man dem jüdischen Leben etwas Positives abgewinnen konnte oder nicht. Im Unterschied zu den Nationalsozialisten hatten die meisten Antisemiten vor dem Ersten Weltkrieg nicht über die Grenzen Deutschlands geblickt, um ihre sogenannte Judenfrage mit der geopolitischen Situation des deutschen »Lebensraums« in Europa und einer gesamteuropäischen »Judenfrage« in Verbindung zu bringen. Für die meisten deutschen Nationalisten und Antisemiten vor 1914 und vielleicht für einige danach hätte die Lösung von Deutschlands »Judenfrage« auch die totale Emigration aus Deutschland oder die totale Assimilation an das deutsche Volk bedeuten können.

In den weiteren geopolitischen Überlegungen des Regimes, die auf eine Vergrößerung des deutschen »Lebensraums« und auf die Lösung der gesamteuropäischen sowie einer weltweiten »Judenfrage« abzielten, spielte der Zionismus keine Rolle mehr. Hitlers Entschlossenheit, einen Krieg zur Eroberung eines deutschen »Lebensraums« zu führen, war sicherlich seit den frühen Jahren der nationalsozialistischen Bewegung spürbar. Dennoch bestand zumindest bis 1939 keine offensichtliche Verbindung zwischen diesem Gedanken und den Millionen von Juden außerhalb der Grenzen des Reichs, die Teil einer neuen, wenn auch schlecht definierten deutschen Ordnung in Europa werden sollten. Da alle Juden als historische Feinde des deutschen Volkes definiert wurden, spielte der Zionismus in einer durch Krieg und Eroberung dramatisch veränderten Judenpolitik keine Rolle mehr. Für Hitler und seine nationalsozialistische Bewegung stellte der Zionismus wie alles Jüdische letztendlich eine Bedrohung für den Nationalsozialismus und das deutsche Volk dar. Selbst als der Zionismus für die NS-Judenpolitik und vor allem für die SS und die Gestapo wichtig wurde, ließ ein SD-Bericht vom 20. Oktober 1936 wenig Zweifel daran, welchen Rang der Zionismus in den nationalsozialistischen Überlegungen vor der »Endlösung« einnahm:

»Selbst die naturgemäß in Deutschland sehr zurückhaltende Einstellung der ZVfD gegenüber den Behörden ändert nichts an der scharfen Gegnerstellung der Zionistischen Weltorganisation zum nationalsozialistischen Staat [...]. Wenn sich die ZVfD – als innerhalb der Reichsgrenzen bestehende jüdische Organisation – eine Zurückhaltung auferlegt hat, so ist der Grund nicht etwa in der freundlichen Haltung dem Staat gegenüber zu suchen, sondern in der Erkenntnis, daß jede jüdische Organisation, gleich welcher Art, ein 100%iger Gegner des Nationalsozialismus sein muß.«²

Von Beginn der modernen zionistischen Bewegung im späten neunzehnten Jahrhundert an hatten namhafte Führungspersonlichkeiten auf eine konstruktive und für beide Seiten nützliche Beziehung zu den antisemitischen Staaten gehofft, um die »Judenfrage« nach zionistischen Vorgaben zu lösen. In Deutschland stützte sich diese Hoffnung zum Teil auf gleichlaufende Definitionen von Volk und Staat und ein gemeinsames Interesse, die jüdische Assimilation rückgängig zu machen und die jüdische Emigration zu propagieren. Nach dem Ersten Weltkrieg wich diese Hoffnung langsam der ernüchternden Erkenntnis, dass der nationalsozialistische Antisemitismus und seine immer weiter um sich

2 BArch: R58, 955, II-112, »Die zionistische Weltorganisation«, 20. Oktober 1936.

greifende öffentliche Akzeptanz während der Weimarer Zeit besonders bössartig und kompromisslos waren. Die Aussagen, die Hitler und andere zur »Judenfrage« besonders vor ihrem Putschversuch 1923 abgegeben hatten, bestärkten viele ältere Antisemiten in dem Glauben, dass es für Juden in Deutschland keinen Platz mehr gebe. In diesen frühen Jahren sagte Hitler jedoch wenig über konkrete politische Maßnahmen aus. Er beschränkte sich stattdessen auf allgemeine Forderungen, wie z.B. eine Trennung von Juden und »Ariern« und die notwendige jüdische Auswanderung.

Das 25-Punkte-Parteiprogramm vom Februar 1920 bezog sich auf den alten Mythos einer jüdischen Weltverschwörung. Die Reden und Zeitungskommentare von Hitler und anderen zu jener Zeit beschränkten sich auf bekannte, schon vor dem Ersten Weltkrieg gestellte Forderungen vieler Nationalisten und Antisemiten, die jüdische Emanzipation und Assimilation in Deutschland zu revidieren und die jüdische Emigration zu forcieren. In diesem Zusammenhang bezogen sich Hitler, Rosenberg und andere NS-Funktionäre manchmal auf den Zionismus und die zionistische Bewegung als wirksame politische Werkzeuge zur Erreichung dieses Ziels. Sie wandten sich jedoch vehement dagegen, dass – so Theodor Herzls Untertitel zu seinem Buch *Der Judenstaat* – der Zionismus »eine moderne Lösung für die Judenfrage« darstellen könnte. Für die Nationalsozialisten konnte der Zionismus niemals das jüdische Volk erneuern und »normalisieren«, und somit im Interesse von Nichtjuden wie auch Juden liegen. Ganz im Gegenteil sahen sie im Zionismus ein Instrument einer angeblichen internationalen jüdischen Verschwörung, das am besten auf pragmatische Weise von einem zukünftigen nationalsozialistischen Staat genutzt werden sollte, um Juden aus Deutschland zu »entfernen«. Als konstruktives Mittel zur Kooperation, auf das Herzl und andere Zionisten nur ein paar Jahrzehnte zuvor gehofft hatten, kam der Zionismus für die Nationalsozialisten nicht in Frage.

In der Weimarer Zeit war eine solche Zusammenarbeit aus der Sicht der meisten deutschen Zionisten nicht notwendig. Die politische Kultur der Republik verlangte nicht danach. Das politische Klima war vor 1930 ein liberales und demokratisches und die diversen Regierungen der Weimarer Republik waren dem zionistischen Werk freundlich gesonnen. Sie betrachteten die zionistischen Bemühungen in Deutschland und Palästina aus einer nationalen Perspektive. Die deutschen Zionisten glaubten deshalb, dass sie sich nur darauf konzentrieren müssten, die Beziehungen zum Staat zu kultivieren und die deutschen Juden für ihre Sache zu begeistern. Außerdem wollten sie zur Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina beitragen. Die Zionisten lehnten die

Bemühungen der assimilatorischen jüdischen Organisationen zur jüdischen Abwehr einer wachsenden antisemitischen Bedrohung im Allgemeinen ab. Als die zionistische Bewegung der Tatsache ins Auge blicken musste, dass die Nationalsozialisten in Deutschland in den frühen dreißiger Jahren an die Macht kommen könnten, zog sie sich, von einigen Ausnahmen abgesehen, auf ihren ideologischen Standpunkt zurück, nach dem die assimilatorische Idee einer jüdischen Abwehr gegen den Antisemitismus sinnlos und größtenteils belanglos sei und zum Misserfolg führen würde.

Selbst als die Situation in der Weimarer Republik immer unsicherer und die Stimmung immer pessimistischer wurde und die Nationalsozialisten angesichts der Wirtschaftskrise Wahlerfolge verzeichneten, warben die Zionisten weiterhin für ihre Botschaft, dass eine Assimilation sinnlos sei. Der Antisemitismus sei unheilbar, solange das jüdische Volk als Minderheit verstreut über den Erdball leben würde. Die zionistische Botschaft und das zionistische Werk in Palästina seien auf dem richtigen Weg. Es bestünden Möglichkeiten, ein traditionell nach Assimilation strebendes deutsches Judentum zum Zionismus zu bekehren. In den unsicheren Zeiten vor dem 30. Januar 1933 nahmen die Zionisten dennoch an, dass die Bedingungen ihrer rechtlichen Gleichstellung, die so notwendig für das wirksame Funktionieren ihres Werkes in Deutschland war, weiterhin bestehen würden. Selbst wenn es zu einer nationalsozialistischen Koalitionsregierung kommen würde, hofften die Zionisten, dass ihre eigenen Bemühungen zur Revidierung der jüdischen Assimilation und der Entfernung der Juden aus Deutschland sich letzten Endes mit den Zielen des Nationalsozialismus vereinen ließen und die Regierung ihnen gestattete, ihre Arbeit mehr oder weniger wie bisher fortzusetzen.

Die NS-Judenpolitik während der dreißiger Jahre versuchte, die jüdische Emanzipation und Assimilation in jedem Aspekt des deutschen Lebens zu revidieren und die jüdische Emigration aus Deutschland zu allen beliebigen Zielorten zu fördern. Vorzugsweise sollten diese außerhalb Europas liegen. Auf natürliche Weise und auch aus Notwendigkeit rückten der Zionismus und die deutsche zionistische Bewegung ins Zentrum dieser Politik. Die nationalsozialistischen Ziele überschritten sich mit den Bestrebungen der zionistischen Bewegung, obwohl letztere von sehr unterschiedlichen politischen Überlegungen und ihrer eigenen Philosophie ausgingen. Die Zionisten wollten ihre Ziele in einem Klima erreichen, in dem Juden zumindest einen Teil ihrer Rechte als Staatsbürger und Wirtschaftstreibende in Deutschland beibehielten, bis die Emigration abgeschlossen war. Die tatsächliche Beziehung zwischen den Zionisten und dem Regime nach 1933 war inoffizieller Natur und

wurde nur widerwillig eingegangen. Selbstverständlich entwickelte sie sich nicht in einem Klima gegenseitiger Achtung und Zusammenarbeit zwischen Gleichgestellten. Diese Beziehung konnte nur funktionieren, weil sie vonseiten des NS-Staates geduldet wurde und sich die Interessen zeitweise deckten. Das Regime machte für die Zionisten bei seiner brutalen antijüdischen Gesetzgebung, die alle Juden aus der deutschen Gesellschaft ausschloss, keine Ausnahme. Es verankerte seine Maßnahmen zur Emigrationspolitik jedoch in sehr nützlichen Initiativen, die auf die zionistische Bewegung zurückgingen.

Zum einen schuf das Ha'avara-Transfer-Abkommen Erleichterungen bei der jüdischen Auswanderung aus Deutschland nach Palästina, indem es jüdischen Emigranten nach Palästina erlaubte, einen kleinen Teil ihres Vermögens mit sich zu führen und dadurch den durch die britische Mandatsregierung in Palästina vorgegebenen Einreisebestimmungen zu entsprechen. Zum anderen ermöglichten die zionistischen Hachschara-Programme und -lager in ganz Deutschland hauptsächlich jüdischen Jugendlichen, sich Fähigkeiten anzueignen, die für ein neues Leben in Palästina als notwendig erachtet wurden. Drittens bemühten die Hagana und andere jüdische Organisationen in Palästina sich, die illegale Einwanderung der Juden aus Mitteleuropa nach Palästina nach 1937 auszuweiten. All diese Initiativen zielten darauf ab, entweder den britischen Einwanderungsbestimmungen oder den Bedürfnissen der aufkeimenden Wirtschaft in Palästina zu entsprechen, oder, wie im dritten Fall deutlich zutage tritt, diese zu umgehen. Sie belegen konkret, wie die Nationalsozialisten zwar inoffiziell, aber doch pragmatisch mit den Zionisten zusammenarbeiteten, selbst wenn sie dabei einige ihrer antisemitischen Grundsätze verletzen.

In den dreißiger Jahren buhlten zwar verschiedene Staats- und Parteien um die Macht bei der Formulierung und Durchführung der NS-Judenpolitik, doch bestand unter ihnen ein weitreichender Konsens, dass sich der Zionismus in dieser Politik als nützlich erweisen würde. Obwohl die Meinungen zu Themen wie dem Ha'avara-Abkommen, der beruflichen Umschulung und den am besten geeigneten Zielländern für die jüdische Emigration aus Deutschland unterschiedlich waren, stimmten das Reichsministerium des Innern, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie das Auswärtige Amt mit der Gestapo und der SS überein, dass sich die zionistische Bewegung und ihre Institutionen für die Bestrebung nützlich erweisen würden, Großdeutschland für »judenrein« erklären zu können. Einige der Kapitel in diesem Buch stützen sich auf die reichhaltige Dokumentation, die zahlreiche Sitzungen belegen und in Schriftstücken

und Memoranden über Kontakte Auskunft geben. Letzten Endes entschieden sich die Nationalsozialisten dafür, ihre grundlegende Politik weiterzuführen, selbst wenn sie dabei kurzfristig einige ihrer Grundsätze suspendieren mussten.

Dass dieser Konsens trotz der üblichen bürokratischen Rivalitäten zwischen den einzelnen Regierungsstellen weiter bestand, ist zum Teil auf Hitlers zentrale, richtungsweisende Rolle bei der Vorgabe der NS-Judenpolitik seit seiner »Machtergreifung« zurückzuführen.³ Er hatte das Ziel einer totalen jüdischen Emigration propagiert, lang bevor er im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde. Er schaltete sich z.B. persönlich ein, um die Emigration aus Deutschland nach Palästina Ende 1937 und Anfang 1938 voranzutreiben. Dies geschah, nachdem die Peel-Kommission im Juli 1937 die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staats in Palästina empfohlen hatte und bevor Hitler Österreich und die Tschechoslowakei dem Reich einverleibte und einen Krieg begann. Trotz der potentiellen Auswirkungen dieser Ereignisse auf die NS-Politik bestätigte Hitler, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssten, um Juden zur Auswanderung aus Deutschland zu bewegen, und sich diese Anstrengungen auf die beträchtliche Mithilfe der zionistischen Bewegung und Palästina stützen müssten. In all diesen Maßnahmen lässt sich feststellen, dass sich die Regierung weiterhin mit einem »Problem« konfrontiert sah und bereits früher ergriffene Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems noch härter und brutaler durchgesetzt werden sollten. Die 1938 gefassten Entscheidungen, die Maßnahmen zu intensivieren, zeugen ebenfalls von dieser Entschlossenheit. An jenen Maßnahmen lässt sich keine Kursänderung ablesen, wie man einer ganz anders gelagerten Herausforderung begegnen wollte, die sich aus dem Eroberungsfeldzug durch Europa und einem »Zuwachs« von neun Millionen Juden ergab.

Die Folgen der NS-Judenpolitik während der dreißiger Jahre – die Verarmung der jüdischen Bevölkerung, die Spannungen innerhalb ihrer Gemeinden, der innere Zerfall und die internationale Isolierung – beeinflussten das Leben aller Juden, d.h. zionistisch und nichtzionistisch orientierter, im Dritten Reich. Letzten Endes hatte die NS-Politik nicht zu einer erfolgreichen Weiterführung des zionistischen Werks in Deutschland beigetragen. Die ca. 80.000 deutschen, österreichischen und tschechischen Juden, die zwischen 1933 und 1941 auf legalem und illegalem Weg nach Palästina gelangten, stellen 80.000 potentielle Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie dar. Sie konnten alle gerettet werden. So positiv das auch zu bewerten ist, so ist es doch nicht

3 Vgl. z.B. Evans, *The Third Reich in Power*, S. 711 f.

das Resultat, das die Zionisten als natürliches Ergebnis ihrer Begegnung mit dem Antisemitismus in Mitteleuropa erwartet hatten. Die Wunschvorstellung, die Herzl und andere Zionisten vor dem Ersten Weltkrieg gehegt hatten, hätte nur in einem Klima realisiert werden können, das den Juden die friedliche und geordnete Emigration aus Deutschland und dem restlichen Europas unter Beibehaltung ihrer finanziellen Mittel gestattet hätte. Diese Vorstellung lief dem Nationalsozialismus natürlich zuwider.

Was heute im Nachhinein naiv oder illusorisch erscheint, kam den meisten Zionisten zur damaligen Zeit realistisch und relativ erfolgversprechend vor. Deutsche Zionisten verstanden vor und nach dem Ersten Weltkrieg weder das Wesen noch die Komplexität des deutschen Antisemitismus, noch konnten sie voraussehen, wie er unter einer nationalsozialistischen Regierung zur praktischen Anwendung kommen würde. Mit dieser Ansicht waren sie offensichtlich nicht allein, denn nur sehr wenige Juden und Nichtjuden sahen den Tatsachen klar ins Auge.

Dass die jüdische Emigration aus Großdeutschland zu allen Zielorten, darunter auch Palästina, zwischen dem Kriegsausbruch und dem Sommer des Jahres 1941 rückläufig war, scheint nicht mit spezifischen Plänen für einen systematischen Genozid in Zusammenhang zu stehen. Laut einer im Herbst 1941 geäußerten Stellungnahme der Reichsvereinigung war es seit Kriegsbeginn zu einem dramatischen Rückgang bei der jüdischen Emigration gekommen, weil England nicht weiter als Ziel- und Durchreiseland zur Verfügung stand. Außerdem waren die deutschen Schiffsrouten durch den Krieg unbrauchbar und die Kosten für eine Überfahrt auf einem ausländischen Schiff fast unbezahlbar geworden. Die meisten in Deutschland verbliebenen Juden wussten nicht, dass anderweitige Pläne für diesen Rückgang verantwortlich waren. Ganz im Gegenteil malte die Reichsvereinigung seit Kriegsausbruch ein relativ positives Bild der jüdischen Emigration: »Trotz dieser drei Faktoren gelang es in der Folgezeit, die Auswanderung, wenn auch in geringerem Umfang als vor Kriegsausbruch, wieder in Gang zu bringen. Dies gilt zunächst für die Zeit [...] bis Mai 1940.«⁴ Aus der Perspektive der Reichsvereinigung schien die Emigration die einzig durchführbare, wenn auch immer unrealistischere Option für die deutschen Juden zumindest bis zur ersten Hälfte des Jahres 1940 gewesen zu sein.

4 BArch: R8150, 31, »Die Schwierigkeiten der Auswanderung und ihre Überwindung seit Gründung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung bis Ende Oktober 1941« (undatiert).

Obwohl ihre Bewegung und Institutionen nach 1938 offiziell nicht mehr bestanden, konnten die deutschen Zionisten bis 1941 Juden aus Großdeutschland die Emigration nach Palästina sowie in andere Gebiete ermöglichen, wobei der Umfang im Vergleich zu den Jahren vor 1938 geringer war. Zwischen 1933 und 1941 gingen deutsche und nichtdeutsche Zionisten ihren üblichen Aktivitäten nach, die zwar immer dringlicher wurden, doch immer schwieriger zu bewerkstelligen waren. Angesichts der Logik ihrer eigenen Philosophie und der wachsenden Krise für alle Juden in Deutschland blieben ihnen fast keine anderen Wahlmöglichkeiten. Sie waren gezwungen, in einem Rahmen zu arbeiten, der vom Staat vorgegeben wurde, so wie sie das schon unter früheren, »freundlicher« gesinnten Regierungen im Wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik getan hatten. Sie motivierte dabei hauptsächlich der Glaube an die Richtigkeit des zionistischen Arguments. Als Juden in Mitteleuropa in den späten dreißiger Jahren in die Krise gerieten, motivierte die Zionisten der Wille, sie vor einer wachsenden, wenn auch unbestimmten Bedrohung zu retten.

Wenn, wie die Zionisten immer behauptet hatten, die »Assimilanten« einem Traum nachgingen, so konnten sie sich selbst ihrer eigenen Illusion nicht erwehren. Diese begründete sich auf der falschen Annahme, dass der Antisemitismus, falls dieser, wie Herzl und andere behaupteten, natürlich und verständlich war, die Prinzipien und Ziele des Zionismus verstehen könne. Herzl und andere waren der Meinung, dass Antisemiten den Zionismus akzeptieren würden. Selbst wenn sie Juden nicht akzeptierten oder sogar hassten, würden sie vielleicht alles in ihrer Macht Stehende tun, um die zionistischen Bemühungen zu unterstützen, bis Juden und Nichtjuden ihr gemeinsames Ziel der Entfernung der Juden aus Deutschland erreicht hätten. Was sie nicht verstanden hatten und was die deutschen Zionisten erst nach 1933 einsahen, war, dass die meisten Antisemiten, selbst die Nationalsozialisten nach dem Ersten Weltkrieg, nur eine pragmatische Beziehung zum Zionismus eingingen und dies ein Problem darstellte. Die gesamte zionistische Bewegung sowie der Yishuv verstanden den Nationalsozialismus bis weit in den Zweiten Weltkrieg nicht.⁵ Auch hatten sie keinen einheitlichen Plan erarbeitet, wie Zionisten auf den Nationalsozialismus reagieren sollten.

5 Vgl. z.B. Yoav Gelber, *Zionist Policy and the Fate of European Jewry, 1939-1942*, in: *Yad Vashem Studies* 13 (1979), S. 169-210. Vgl. auch Dina Porat, *The Blue and the Yellow Stars of David: The Zionist Leadership in Palestine and the Holocaust, 1939-1945*, Cambridge 1990.

Der Zionismus konnte sich über einen Grundgedanken des deutschen Antisemitismus nicht hinwegsetzen, der bereits im späten neunzehnten Jahrhundert auftrat und Juden als einen monolithischen Feind der deutschen Volksgemeinschaft darstellte. Zu dieser Regel konnte es keine Ausnahme geben. Der Gedanke war ein wichtiger Baustein in der nationalsozialistischen Ideologie nach dem Ersten Weltkrieg, wie sehr ihm auch die praktischen Erfordernisse der NS-Judenpolitik in manchen Fällen zwischen 1933 und 1941 widersprachen. Letzten Endes verachteten die Nationalsozialisten den Zionismus wie alles Jüdische. Er verkörperte für sie einige der gefährlichsten und abscheulichsten Charakterzüge des jüdischen Volkes. Die zionistische Entschlossenheit, jüdisch zu bleiben und eigenständig zu leben sowie ein jüdisches Nationalbewusstsein zu pflegen, wurde von den Nationalsozialisten allein aus praktischen Gründen begrüßt, weil die jüdische Assimilation dadurch revidiert und die Emigration propagiert würde. Diese Entschlossenheit schärfte jedoch auch den nationalsozialistischen Blick auf das Objekt ihres Hasses, also auf die Juden selbst. Letzten Endes waren Zionisten, Nichtzionisten und Antizionisten immer noch Juden und konnten als solche dem nationalsozialistischen Hass nicht entgehen.

Was lehrt uns die Beziehung zwischen dem Zionismus und dem Antisemitismus in der modernen deutschen Geschichte, besonders im Dritten Reich, über das Wesen des Antisemitismus? Was lehrt sie uns über den Zionismus als nationalistische Ideologie und seine Rolle in der deutsch-jüdischen Geschichte? Und können wir aufgrund dieser Beziehung zwischen den beiden Ideologien in Deutschland zwischen 1933 und 1941 etwas über den nationalsozialistischen Entscheidungsprozess erfahren, der zum Massenmord an den Juden in Europa während des Zweiten Weltkrieges führte?

Studien über den deutschen Antisemitismus haben auf eine komplexe und manchmal widersprüchliche Ideologie schließen lassen, die sich in Deutschland zwischen 1871 und 1945 nicht kontinuierlich entwickelte. Die Antisemiten des neunzehnten Jahrhunderts forderten entweder eine totale Assimilation oder eine totale Trennung durch Emigration. Sie konnten den Zionismus als etwas Positives und »zur Verbesserung Führendes« im jüdischen Leben bewerten oder ihn einfach als ein weiteres Beispiel für das allem Jüdischen innewohnende Übel betrachten. Die Nationalsozialisten folgten natürlich der letztgenannten Logik, wiesen jedoch die praktischen Vorteile des Zionismus als Instrument bei der Durchführung ihrer antisemitischen Thesen nicht zurück. Ab 1933 spielte der Zionismus eine solch bedeutende Rolle in der Judenpolitik des Regimes, dass die antisemitischen Prinzipien der Regierung zeitweise

zurückgestellt werden mussten: So konnte ein Teil des jüdischen Besitzes Deutschland mit den nach Palästina auswandernden Emigranten in Form von deutschen Exportwaren über das Ha'avara-Abkommen verlassen. Zudem lebten und arbeiteten jüdische Jugendliche mit »Ariern« in einigen Hachschara-Lagern. Zionistischen Führungspersönlichkeiten aus Deutschland und dem Ausland wurden vor allem vor 1936 relativ problemlose Ein- und Ausreisen nach NS-Deutschland ermöglicht. Außerdem wurde die jüdische Emigration nach Palästina trotz der stärker werdenden Forderung nach einem unabhängigen jüdischen Staat unterstützt. Die Zusammenarbeit mit jüdischen Untergrundorganisationen aus Palästina zur illegalen Einwanderung von Juden war zudem unter kompletter Missachtung der britischen Politik und möglicher strategischer Vorteile der arabischen Freundschaft in einem späteren Krieg möglich. Anders gesagt, wurden antisemitische Prinzipien, in Deutschland angewandt, aber von Zeit zu Zeit nach Maßgabe der politischen Strategie missachtet. Gleichzeitig gab es Prinzipien von denen man immer überzeugt war, so z.B. dass das jüdische Vermögen dem deutschen Volk gestohlen worden war und Juden von »Ariern« getrennt leben sollten. Außerdem sollte Juden nach ihrer Ausreise die Rückkehr nach Deutschland nicht mehr gestattet werden, und ein unabhängiger jüdischer Staat war für die Nationalsozialisten absolut inakzeptabel. Aus ideologischen und praktischen Gründen glaubten sie anfangs auch, dass sie einen Konflikt mit Großbritannien im Nahen Osten vermeiden sollten.

Jedem Versuch, die zionistische Reaktion auf den Antisemitismus in Deutschland vom späten neunzehnten Jahrhundert bis zum Dritten Reich zu beschreiben, stellen sich gewisse Hindernisse in den Weg. Man neigt dazu, vergangene Ereignisse aus der heutigen Sicht der Dinge zu beurteilen, in diesem Fall vom politischen Standpunkt einer Zeit nach dem Holocaust. Das kann uns davon abhalten, die Dinge so zu sehen, wie sie sich den Menschen vor dem Genozid präsentierten. Es kann auch zu der Befürchtung bzw. Anschuldigung führen, dass der Zionismus mit dem Nationalsozialismus, d.h. Opfer mit den Tätern gleichzustellen seien. Weiter könnten Behauptungen aufkommen, dass die Zionisten mit den Nationalsozialisten kollaborierten und eine Art jüdischen Rassismus pflegten. Da der Holocaust in der Vergangenheit liegt, ist es sehr leicht, frühe zionistische Hoffnungen sowie die Anpassung an den Antisemitismus als unglaublich naiv und illusorisch zu deklarieren. In der Zeit vor der nationalsozialistischen »Machtergreifung«, d.h. im Wilhelminischen Reich und der Weimarer Republik, waren solche Wunschgedanken jedoch nicht unbedingt unvernünftig. Schließlich lag vielen Ideologien ein mitteleuropäisches, nationalistisches Denken zugrunde. Der notwendige

Kontakt und der Grad der Zusammenarbeit der deutschen Zionisten mit dem NS-Regime von 1933 bis 1941 lässt in keiner Weise auf eine geheime Absprache oder Kollaboration zwischen Zionisten und Nationalsozialisten schließen. Auf keinen Fall waren sie moralisch gleichgestellte Partner. Keine jüdische Organisation, zionistisch oder nichtzionistisch, hatte im Dritten Reich die Wahl, den Kontakt zu verweigern oder nicht bis zu einem gewissen Grad mit den Regierungsstellen zu kooperieren.

Moses Hess, Theodor Herzl, Max Nordau und die meisten anderen Zionisten der ersten Stunde waren säkular eingestellt und assimiliert. Sie hingen in gewisser Weise einem völkischen Nationalismus an, der im Mitteleuropa des neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts vorherrschte. Es überrascht daher wenig, dass ihr Konzept einer jüdischen Nation und eines jüdischen Staates dem ihrer nichtjüdischen Zeitgenossen glich. In dem politischen Umfeld Deutschlands vor und nach dem Ersten Weltkrieg erschien ein solches Herangehen an den Antisemitismus aufgrund einer gemeinsamen Definition von Volk und Staat sowie ähnlichen Lösungsvorstellungen der »Judenfrage« als realistisch. Dass ein solches Herangehen letzten Endes naiv und unrealistisch war und auf ein fehlendes Verständnis der modernen, herannahenden antisemitischen Gefahr schließen lässt, mag stimmen. Dieses Herangehen sollte jedoch niemanden schockieren oder überraschen. Es sollte im Nachhinein auch nicht abgelehnt oder verurteilt werden. Die Unfähigkeit, diese Bedrohung zu verstehen, war typisch für fast jeden Deutschen vor und nach 1933, ob es sich nun um Juden oder Nichtjuden handelte.

Dass die deutschen Antisemiten, darunter auch die Nationalsozialisten, den Wert der zionistischen Ideen und Organisationen erkannten, selbst wenn sie diese nur für eine bestimmte Zeit nutzten, spiegelt die Verwirrung bei der Anwendung ihrer eigenen Ideologie in der deutschen Gesellschaft vor der »Endlösung« wider. Einige hätten das jüdische Leben am liebsten durch eine totale Assimilation beendet. Für die meisten bot sich die Emigration als Mittel an. Und für einige stellte der Genozid die beste Lösung dar. Vor 1941 präferierte die Mehrheit die beiden ersten Wege. Diese ließen sich miteinander vereinbaren und konnten möglicherweise zur gleichen Zeit ausgeführt werden. Die Nationalsozialisten wendeten die zweite und dritte »Lösung« – aber nicht zur gleichen Zeit – für ihre politischen Zwecke an. Im Dritten Reich schloss eine Lösung die andere aus, da jede einen Ansatz für ein anderes »Problem« darstellte. In ihren verschiedenen Formen war die Emigration die Methode, die die Nationalsozialisten für die Lösung der »Judenfrage« vor 1941 als beste erachteten, besonders innerhalb der Grenzen des Reichs und ohne die deutsche Eroberung des restlichen Europas gedanklich einzubeziehen.

Sie erwies sich jedoch als vollständig unzulässig, als die Nationalsozialisten sich in eine militärische und geopolitische Position manövierten, in der die »Judenfrage« in einem vollkommen anderen, gesamteuropäischen Kontext erschien. Alle drei »Lösungen« stellen sehr verschiedene Ansätze zur Beendigung des jüdischen Lebens in Deutschland dar. Die erste Lösung kam für die Nationalsozialisten nie in Frage, die zweite erwies sich nach dem rasanten deutschen Eroberungsfeldzug durch Europa zwischen 1939 und 1941 und für ihre Pläne für eine damit einhergehende »rassische« Neuordnung in ganz Europa als irrelevant.

Beide »Lösungen« lassen jedoch nicht darauf schließen, dass vor 1941 Pläne zum Massenmord an den Juden Europas vorbereitet wurden. Zu einer Zeit, als die Nationalsozialisten davon schier besessen waren, Juden aus dem deutschen Leben in Großdeutschland zu entfernen, passten die jüdische Emigration und die dem Zionismus und Palästina zugewiesene wichtige Rolle ins Bild. Dieses politische Vorgehen sagt nichts darüber aus, ob der Genozid in der Zukunft auf dem Programm stehen sollte oder nicht. 1961 sagte Adolf Eichmann bei seinem Prozess in Jerusalem aus, dass es 1939 zwar keine konkreten Pläne für den Massenmord an Juden in Europa gegeben habe, er aber bis zu seinem Prozess zu der Überzeugung gelangt sei, dass Hitler und andere die Auslöschung aller Juden in Europa nach Kriegsausbruch ins Auge gefasst hätten.⁶ Hitlers berüchtigte Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 ist für diese Denkart ein bekanntes Beispiel.

Saul Friedländer kam zu dem Schluss, dass »die vom NS-Regime begangenen Verbrechen [...] weder ein bloßes Ergebnis eines zusammenhanglosen, unwillkürlichen und chaotischen Ansturms beziehungsloser Ereignisse noch eine vorherbestimmte Inszenierung eines dämonischen Drehbuchs [waren] [...]. Allgemeine ideologische Zielsetzungen und taktische politische Entscheidungen verstärkten sich gegenseitig und blieben, wenn sich die Umstände änderten, immer für radikalere Schritte offen.«⁷ Als sich Hitler eines totalen Sieges über die Sowjetunion sicher war und gleichzeitig auf einen Sieg der Achsenmächte über die britischen Streitkräfte in Nordafrika und im Nahen Osten im Herbst 1941 hoffte, dachte er sicher daran, die »Endlösung« der »Judenfrage« auch außerhalb der Grenzen Europas, d.h. in Palästina und im Nahen Osten umzuset-

6 Vgl. z.B. seine Zeugenaussage vom 11. und 21. Juli 1961 (Verhandlung 91 und 106) in CU: »Transcript of the Trial in the Case of the Attorney-General of the Government of Israel v. Adolf, the Son of Karl Adolf Eichmann, in the District Court of Jerusalem.« Criminal Case No. 40/61, Washington, D.C. 1962.

7 Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, S. 15.

zen. Am 25. Oktober bemerkte er vor Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich zur Kriegskampagne in Nordafrika: »Es ist gut, wenn uns der Schrecken vorangeht, daß wir das Judentum ausrotten. Der Versuch, einen Judenstaat zu gründen, wird ein Fehlschlag sein.«⁸

8 Klaus-Michael Mallmann/Martin Cüppers, *Halbmond und Hakenkreuz: Das Dritte Reich, die Araber und Palästina*, Darmstadt 2006, S. 89. Vgl. auch Werner Jochmann (Hg.), *Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944: Adolf Hitler: Die Aufzeichnungen Heinrich Heims*, Hamburg 1980, S. 106.

Anhang

Abkürzungen

ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, 1918-1945
AJC	American Jewish Committee
BArch	Bundesarchiv, Berlin
BArch/D-H	Bundesarchiv, Dahlwitz-Hoppegarten
BHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam
CAHJP	Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem
CJA	Centrum Judaicum Archiv – Stiftung Neue Synagoge, Berlin
CU	Concordia University, Montreal
CV	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens/ Centralverein der Juden in Deutschland
CZA	Central Zionist Archives, Jerusalem
HA	Haganah Archives, Tel Aviv
HdJ	Hilfsverein der deutschen Juden
HOG	Hitachduth Olej Germania
ICA	Jewish Colonization Association
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
ISA	Israel State Archives, Jerusalem
JI	Jabotinsky Institute, Tel Aviv
JVP	Jüdische Volkspartei
LAB	Landesarchiv, Berlin
LBI	Leo Baeck Institute, New York
LHSA	Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg
LZRD	Landesverband der Zionisten-Revisionisten in Deutschland
NAL	National Archives, London
NARA	National Archives and Records Administration, Washington, D.C.
NHStA	Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv, Hannover
NStA	Niedersächsisches Staatsarchiv, Wolfenbüttel
NZO	New Zionist Organization
Osb	Osobyi Spezialarchiv, Moskau
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin
RjF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RVe	Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
RVt	Reichsvertretung der deutschen Juden/Reichsvertretung der Juden in Deutschland
SD	Sicherheitsdienst

QUELLEN UND LITERATUR

SStA	Sächsisches Staatsarchiv, Leipzig
StAH	Staatsarchiv, Hamburg
USHMM	United States Holocaust Memorial Museum, Washington, D.C.
VdZR	Verband deutscher Zionisten-Revisionisten
VnJ	Verband nationaldeutscher Juden
VrJ	Vereinigung für das religiös-liberale Judentum
WZO	World Zionist Organization
ZJHA	Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau
ZjW	Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe
ZVfD	Zionistische Vereinigung für Deutschland

Quellen und Literatur

Unveröffentlichte Quellen

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (BHStA)

Slg. Varia 233

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (BLHA)

Pr.Br. Rep. 2A I pol: Regierungspräsident des Reg. Bezirks Potsdam

Pr.Br. Rep. 41: Amtsbezirke Birkenwerder, Caputh, Liepe, Altdöbern-Reddern, Bötzow, Brieske

Pr.Br. Rep. 36A: Oberfinanzpräsident Brandenburg

Bundesarchiv, Berlin (BArch)

R43: Reichskanzlei

R57: Deutsches Auslands-Institut

R58: Reichssicherheitshauptamt

R187: Sammlung Schumacher

R1501: Reichsministerium des Innern

R3101: Reichswirtschaftsministerium

R8150: Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

NS26: NSDAP-Hauptarchiv

Bundesarchiv, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten (BArch/D-H)

Z/B 1: Sicherheitsdienst des RFSS/SD-Hauptamt

Dok/K99: Zusammenarbeit zwischen NS-Dienststellen und zionistischen Organisationen

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)

P-82: The Papers of Georg Kareski

Central Zionist Archives, Jerusalem (CZA)

- A56: The Papers of Richard Lichtheim
 A142: The Private Archives of Alfred Klee
 A222: The Private Archives of Kurt Blumenfeld
 F4: The Zionist Federation for Germany
 L13: The Central Bureau for the Settlement of German Jews
 in Palestine, London
 S5: The Organization Department of the Executive of the
 World Zionist Organization/The Jewish Agency for
 Palestine, Jerusalem
 S7: The Central Bureau for the Settlement of German Jews
 in Palestine, Jerusalem
 S9: Department of Labour
 S25: The Political Department of the Executive of the Jewish
 Agency for Palestine, Jerusalem
 Z4: The World Zionist Organization/The Jewish Agency for
 Palestine, Central Office, London

Centrum Judaicum Archiv-Stiftung Neue Synagoge, Berlin (CJA)

- 1: Gesamtarchiv der deutschen Juden, 75 A Mu 1: Jüdische
 Gemeinde Mühlhausen

Concordia University, Montreal (CU)

»Transcript of the Trial in the Case of the Attorney-General of the Government of
 Israel v. Adolf, the Son of Karl Adolf Eichmann, in the District Court of Jerusalem.«
 Criminal Case No. 40/61. Washington, D.C.: Microcard Editions, 1962.

Haganah Archives, Tel Aviv (HA)

- 1/23/private/12: Private Documents of Pino Ginzburg (Ha'apala Project,
 Tel Aviv University)
 1/23/kibu/124: Interviews with Pino Ginzburg (Ha'apala Project, Tel
 Aviv University)
 080/P299/105: Private File of Shaul Avigur
 149.00025: Interview with Ehud Avriel
 2.00018: Interview with Moshe Auerbach
 19.00042: Interview with Feivel Polkes (20 October 1963)

Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ)

Lösener Handakten
 Akten des Eichmannprozesses: Beweisdokumente

Israel State Archives, Jerusalem (ISA)

- 67: Files of the German Consulate-General Jerusalem, 1926-1939

Jabotinsky Institute, Tel Aviv (JI)

G2-5/21/1, 5/21/2: World Union of Zionists-Revisionists, Executive, London

QUELLEN UND LITERATUR

Landesarchiv, Berlin (LAB)

Pr. Br. Rep. 57: Stadtpräsident der Reichshauptstadt

Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg (LHSA)

Rep. C 201 B: Oberpräsidium der Provinz Sachsen

Rep. C 48 Ie: Regierung Merseburg, Polizeiregistratur

Leo Baeck Institute, New York (LBI)

AR-C 6007: The Papers of Robert Weltsch

National Archives, London (NAL)

FO-371: General Correspondence of the Foreign Office

National Archives and Records Administration, Washington, D.C. (NARA)

T-175: 280, 408, 410, 411, R588

State Department Decimal Files 840.48 Refugees

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv, Hannover (NHStA)

Hann. 87a: Gestapoakten aus dem Archivsprengel

Niedersächsisches Staatsarchiv, Wolfenbüttel (NStA)

12 A Neu 13 Staatsministerium: Juden

Osobyi Spezialarchiv, Moskau (Os)

Fond 713: Berliner Zionistische Vereinigung

Fond 1325: Jüdische Organisationen und Vereinigungen (Sammlung)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA)

Referat Deutschland

Inland II A/B

Handelspolitische Abteilung

Sonderreferat-Wirtschaft

Politische Abteilung III

Politische Abteilung III-Wirtschaft

Politische Abteilung VII

Büro des Reichsaussenministers

Büro des Unterstaatssekretärs

Büro des Chefs der Auslandsorganisation

Botschaft beim Heiligen Stuhl

Nachlass Sobernheim

Gesandtschaft Bukarest

Sächsisches Staatsarchiv, Leipzig (SStA)

PP-V: Polizeipräsidium Leipzig: Abteilung IV

Staatsarchiv Hamburg (StAH)

231-10: Amtsgericht Hamburg

United States Holocaust Memorial Museum, Washington, D.C. (USHMM)

11.001M.01: Reichssicherheitshauptamt (RSHA) / SD (Osobyi Fond 500)
 11.001M.02: Geheime Staatspolizei Berlin (Osobyi Fond 501)
 11.001M.04: Geheime Staatspolizei Stettin (Osobyi Fond 503)
 11.001M.31: Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
 (Osobyi Fond 721)
 11.001M.40: Jüdische Gemeinde Berlin (Osobyi Fond 1326)
 14.001M: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden

Zeitungen

Der Angriff
 CV-Zeitung
 Jüdische Rundschau
 Der Schild
 Das Schwarze Korps
 Der Staatszionist
 Völkischer Beobachter

Gedruckte Quellen

Arad, Yitzhak/Gutman, Israel/Margaliot, Abraham (Hg.), Documents on the Holocaust, Lincoln 1999.
 Avriel, Ehud, Open the Gates, New York 1975.
 Bernstorff, Johann-Heinrich, Graf von, Memoirs of Count Bernstorff, New York 1936.
 Blumenfeld, Kurt, Im Kampf um den Zionismus: Briefe aus fünf Jahrzehnten, Stuttgart 1976.
 –, Erlebte Judenfrage: Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus, Stuttgart 1962.
 Boberach, Heinz (Hg.), Meldungen aus dem Reich 1938-1945: Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Herrsching 1984.
 Buber, Martin, Kampf um Israel: Reden und Schriften, Berlin 1933.
 Bundesrepublik Deutschland, Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie C, Bd. 1/2, Göttingen 1971.
 –, Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D, Bd. 5, Baden-Baden 1953.
 Chamberlain, Houston Stewart, Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts, 2 Bde., München 1941.
 Cohn, Emil, Memorandum: An die Vorsteher und Vertreter der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Berlin 1907.

- Darré, Richard Walther, *Um Blut und Boden: Reden und Aufsätze*, München 1938.
- Deuerlein, Ernst, Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 7 (1959), S. 190-225.
- Dühning, Eugen, *Die Judenfrage als Frage der Rassenschädlichkeit für Existenz, Sitte und Kultur der Völker*, Berlin 1882.
- Frey, Thomas [Theodor Fritsch], *Handbuch der Judenfrage: Die wichtigsten Tatsachen zur Beurteilung des jüdischen Volkes*, Leipzig 1944.
- , *Die Zionistischen Protokolle: Das Programm der internationalen Geheimregierung*, Leipzig 1924.
- , *Antisemiten-Katechismus: Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zum Verständnis der Judenfrage*, Leipzig 1893.
- Frymann, Daniel [Heinrich Class], *Wenn ich der Kaiser wär'... Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten*, Leipzig 1913.
- Goren, Arthur (Hg.), *Dissenter in Zion: From the Writings of Judah L. Magnes*, Cambridge 1982.
- Great Britain, *Reports by His Majesty's Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the Council of the League of Nations on the Administration of Palestine and Transjordan (1930-1939)*, Nr. 112, 129, 146, London 1936-1938.
- Hanfstaengl, Ernst, *Hitler: The Missing Years*, London 1957.
- Heim, Susanne/Aly, Götz, *Sämtliche Ordnung und ›organische Lösung‹: Die Rede Hermann Görings ›über die Judenfrage‹ vom 6. Dezember 1938*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1992), S. 378-404.
- Herder, Johann Gottfried, *Sämtliche Werke*, hg. v. Bernhard Suppahn, Bd. 13, Berlin 1887.
- Herzl, Theodor, *Der Judenstaat*, Berlin 1934.
- , *Theodor Herzls Tagebücher*, 3 Bde., Berlin 1922.
- , *Das neue Ghetto: Schauspiel in Vier Acten*, Wien 1897.
- , *The Zionist Congress*, in: *Contemporary Review* 72 (1897), S. 587-600.
- Hess, Moses, *Rom und Jerusalem: Die letzte Nationalitätsfrage*, Leipzig 1899.
- , *Ausgewählte Schriften*, hg. v. Horst Lademacher, Köln 1962.
- Hitler, Adolf, *Mein Kampf*, München 1939.
- Ingrams, Doreen (Hg.), *Palestine Papers 1917-1922: Seeds of Conflict*, London 1972.
- Institut zum Studium der Judenfrage, *Die Juden in Deutschland*, München 1935.
- International Military Tribunal, *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Nuremberg*, 14 November 1945 to 1 October 1946, Bd. 28, *Documents in Evidence*, Nürnberg 1947-1949.
- Jochmann, Werner (Hg.), *Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944: Adolf Hitler: Die Aufzeichnungen Heinrich Heims*, Hamburg 1980.
- Klemperer, Victor, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten: Tagebücher 1933-1941*, Berlin 1995.
- Kraus, Karl, *Frühe Schriften: 1892-1900*, hg. v. Johannes Braakenburg, München 1979.
- Krieger, Karsten (Hg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit 1879-1881: Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation*, 2 Bde., München 2003.

- Kulka, Otto Dov (Hg.), Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933-1939, Tübingen 1997.
- Lagarde, Paul de, Juden und Indogermanen: Eine Studie nach dem Leben, Göttingen 1887.
- Landauer, Georg, Der Zionismus im Wandel dreier Jahrzehnte, Tel Aviv 1957.
- Leuss, Hans, Das richtige Wanzenmittel: ein jüdischer Staat. Ein Vorschlag zur Güte, Leipzig 1893.
- Lichtheim, Richard, Rückkehr: Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus, Stuttgart 1970.
- , Revision der zionistischen Politik, Berlin 1939.
- Lösener, Bernhard, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9 (1961), S. 261-313.
- Luedecke, Kurt, I Knew Hitler, New York 1937.
- Marcus, Ernst, The German Foreign Office and the Palestine Question in the Period 1938-1939, in: Yad Vashem Studies 2 (1958), S. 179-204.
- Marr, Wilhelm, Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum: Vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet, Bern 1879.
- , Wähler keinen Juden! Der Weg zum Siege des Germanenthums über das Judenthum: Ein Mahnwort an die Wähler nichtjüdischen Stammes aller Confessionen. Mit einem Schlusswort »An die Juden in Preussen«, Berlin 1879.
- Naudh, H. [Johannes Nordmann], Die Juden und der Deutsche Staat, Leipzig 1920.
- Nolte, Ernst, Eine frühe Quelle zu Hitlers Antisemitismus, in: Historische Zeitschrift 192 (1961), S. 584-606.
- Phelps, Reginald, Hitlers grundlegende Rede über den Antisemitismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), S. 400-420.
- , Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 11 (1963), S. 274-331.
- Pinsker, Leon, Autoemanzipation: Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden, Berlin 1932.
- Prinz, Joachim, Wir Juden, Berlin 1934.
- Pudor, Heinrich, Wie kriegen wir sie hinaus? Deutsche Nutzenwendungen, Leipzig 1913.
- Rahn, Rudolf, Ruheloses Leben: Aufzeichnungen und Erinnerungen, Düsseldorf 1949.
- Reinharz, Jehuda (Hg.), Dokumente zur Geschichte des Deutschen Zionismus 1882-1933, Tübingen 1981.
- Rosenberg, Alfred, Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik, München 1933.
- , Der Mythos des 20. Jahrhunderts: Eine Wertung der seelischgeistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1930.
- , Houston Stewart Chamberlain als Verkünder und Begründer einer deutschen Zukunft, München 1927.
- , Der Weltverschwörerkongress zu Basel, München 1927.
- , Der staatsfeindliche Zionismus, Hamburg 1922.
- , Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten, München 1920.

- Rosenblüth, Martin, *Go Forth and Serve: Early Years and Public Life*, New York 1961.
- Ruppin, Arthur, *Tagebücher, Briefe, Erinnerungen*, Königstein/Ts. 1985.
- Schacht, Hjalmar, *My First Seventy-Six Years*, London 1955.
- Scholem, Gershom, *Tagebücher nebst Aufsätzen und Entwürfen bis 1923*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1995.
- , *From Berlin to Jerusalem: Memories of My Youth*, New York 1988.
- , *Von Berlin nach Jerusalem: Jugenderinnerungen*, Frankfurt a. M. 1977.
- Sombart, Werner, *Die Zukunft der Juden*, Leipzig 1912.
- Strasser, Otto, *Hitler and I*, London 1940.
- Treitschke, Heinrich von, *Eine Erwiderung an Herrn Th. Mommsen*, in: Karsten Krieger (Hg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit 1879-1881: Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation*, Bd. 2, München 2003, S. 744-749.
- , *Herr Graetz und sein Judenthum*, in: Karsten Krieger (Hg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit 1879-1881: Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation*, Bd. 1, München 2003, S. 114-126.
- , *Ein Wort über unser Judenthum*, Berlin 1880.
- Wahrmund, Adolf, *Das Gesetz des Nomadenthums und die heutige Judenherrschaft*, München 1919.
- Weinberg, Gerhard (Hg.), *Hitler's Second Book*, New York 2003.
- Weizmann, Chaim, *The Letters and Papers of Chaim Weizmann, Series A*, 23 Bde., London 1968-1983.
- Weltsch, Robert, *Looking Back Over Sixty Years*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 27 (1982), S. 379-390.
- , *Entscheidungsjahr 1932*, in: Werner Mosse (Hg.), *Entscheidungsjahr 1932: Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Ein Sammelband*, Tübingen 1966.
- Wildt, Michael (Hg.), *Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938: Eine Dokumentation*, München 1995.
- Woltmann, Ludwig, *Politische Anthropologie: Eine Untersuchung über den Einfluss der Decendenztheorie auf die Lehre von der politischen Entwicklung der Völker*, Eisenach 1903.
- Yahil, Leni (Hg.), *Selected British Documents on the Illegal Immigration to Palestine, 1939-1940*, in: *Yad Vashem Studies* 10 (1974), S. 241-276.
- Zionistisches Aktionskomitee (Hg.), *Max Nordaus Zionistische Schriften*, Köln 1909.

Literatur

- Adam, Uwe Dietrich, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972.
- Adler, H.G., *Die Juden in Deutschland von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus*, München 1960.
- Adler-Rudel, Salomon, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939*, Tübingen 1974.
- Allen, William Sheridan, *The Nazi Seizure of Power: The Experience of a Single German Town, 1930-1935*, Chicago 1965.

- Amkraut, Brian, *Between Home and Homeland: Youth Aliyah from Nazi Germany*, Tuscaloosa 2006.
- Angröss, Werner T., *Between Fear and Hope: Jewish Youth in the Third Reich*, New York 1988.
- , *Juden im politischen Leben der Revolutionszeit*, in: Werner E. Mosse (Hg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923*, Tübingen 1971, S. 137-315.
- , *Auswandererlehrgut Groß-Breesen*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 10 (1965), S. 168-187.
- Arendt, Hannah, *Zionism Reconsidered (1945)*, in: Michael Selzer (Hg.), *Zionism Reconsidered: The Rejection of Jewish Normalcy*, New York 1979, S. 213-249.
- , *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Bd. 1, *Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 1975.
- , *Antisemitism: The Origins of Totalitarianism*, New York 1968.
- Aronson, Shlomo, *Hitler, the Allies, and the Jews*, New York 2004.
- Aschheim, Steven, *Beyond the Border: The German-Jewish Legacy Abroad*, Princeton 2007.
- , *Scholem, Arendt, Klemperer: Intimate Chronicles in Turbulent Times*, Bloomington 2001.
- , *Brothers and Strangers: The East European Jew in German and German Jewish Consciousness, 1800-1923*, Madison 1982.
- Bajohr, Frank, *Aryanization in Hamburg: The Economic Exclusion of Jews and the Confiscation of their Property in Nazi Germany*, New York 2002.
- Ball-Kaduri, Kurt Jacob, *Die illegale Einwanderung der deutschen Juden in Palästina 1939-1940*, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte* 4 (1975), S. 387-421.
- , *Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933*, Frankfurt a. M. 1963.
- Banach, Jens, *Heydrichs Elite: Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936-1945*, Paderborn 1998.
- Bankier, David (Hg.), *Probing the Depths of Antisemitism: German Society and the Persecution of the Jews, 1933-1941*, Oxford 2000.
- Barkai, Avraham, *Wehr Dich! Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1893-1938*, München 2002.
- , *Between Deutschtum und Judentum: Ideological Controversies within the Centralverein*, in: Michael Brenner/Derek J. Penslar (Hg.), *In Search of Jewish Community: Jewish Identities in Germany and Austria, 1918-1933*, Bloomington 1998, S. 74-91.
- , *The Fateful Year 1938: The Continuation and Acceleration of Plunder*, in: Walter Pehle (Hg.), *November 1938: From »Reichskristallnacht« to Genocide*, Oxford 1991, S. 95-122.
- , *From Boycott to Annihilation: The Economic Struggle of German Jews, 1933-1943*, Hanover 1989.
- Bartov, Omer, *Germany's War and the Holocaust: Disputed Histories*, Ithaca 2003.
- Bauer, Jehuda, *Jews for Sale? Nazi-Jewish Negotiations, 1933-1945*, New Haven 1994.
- Benz, Wolfgang (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945: Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1989.
- Black, Edwin, *The Transfer Agreement: The Dramatic Story of the Pact between the Third Reich and Jewish Palestine*, Cambridge 1999.

- Boas, Jacob, German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933-1938, in: Leo Baeck Institute Yearbook 29 (1984), S. 3-25.
- Böhm, Adolf, Die Zionistische Bewegung, 2 Bde., Berlin 1935-1937.
- Borut, Jacob, »Verjudung des Judentums«: Was There a Zionist Subculture in Weimar Germany?, in: Michael Brenner/Derek J. Penslar (Hg.), In Search of Jewish Community: Jewish Identities in Germany and Austria, 1918-1933, Bloomington 1998, S. 92-114.
- Bracher, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur: Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969.
- /Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die Nationalsozialistische Machtergreifung: Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933-1934, Köln 1960.
- Breitman, Richard/Goda, Norman/Naftali, Timothy/Wolfe, Robert, U.S. Intelligence and the Nazis: New York 2005.
- Brenner, Lenni, The Iron Wall: Zionist Revisionism from Jabotinsky to Shamir, London 1984.
- , Zionism in the Age of the Dictators: A Reappraisal, London 1983.
- Brenner, Michael, Zionism: A Brief History, Princeton 2003.
- Brodnitz, Friedrich, Die Reichsvertretung der deutschen Juden, in: Hans Tramer (Hg.), In zwei Welten: Siegfried Moses zum 75. Geburtstag, Tel Aviv 1962, S. 106-113.
- Broszat, Martin, Hitler und die Genesis der »Endlösung«: Aus Anlass der Thesen von David Irving, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 739-775.
- Browder, George, Hitler's Enforcers: The Gestapo and the SS Security Service in the Nazi Revolution, New York 1996.
- , Foundations of the Nazi Police State: The Formation of SIPO and the SD, Lexington 1990.
- Browning, Christopher, The Origins of the Final Solution: The Evolution of Nazi Jewish Policy, September 1939-March 1942, Lincoln 2004.
- , Nazi Policy, Jewish Workers, German Killers, New York 2000.
- , Ordinary Men: Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland, New York 1992.
- , The Path to Genocide: Essays on Launching the Final Solution, New York 1992.
- , Fateful Months: Essays on the Emergence of the Final Solution, New York 1985.
- Brustein, William I., Roots of Hate: Anti-Semitism in Europe before the Holocaust, New York 2003.
- Burleigh, Michael, The Third Reich: A New History, New York 2000.
- Burrin, Philippe, Nazi Anti-Semitism: From Prejudice to the Holocaust, New York 2005.
- Cecil, Robert, The Myth of the Master Race: Alfred Rosenberg and Nazi Ideology, London 1972.
- Cesarani, David, Becoming Eichmann: Rethinking the Life, Crimes, and Trial of a »Desk Murderer«, Cambridge 2006.
- Chickering, Roger, We Men Who Feel Most German: A Cultural Study of the Pan-German League, 1886-1914, London 1984.
- Cochavi, Yehoyakim, Georg Kareski's Nomination as Head of the Kulturbund: The

- Gestapo's First Attempt – and Last Failure – to Impose a Jewish Leadership, in: Leo Baeck Institute Yearbook 34 (1989), S. 227-246.
- Cohn, Norman, Warrant for Genocide: The Myth of the Jewish World Conspiracy and the »Protocols of the Elders of Zion«, New York 1966.
- , Die Protokolle der Weisen von Zion: Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln 1969.
- Dahn, Hugo, Die Gründung der Reichsvertretung, in: Hans Tramer (Hg.), In zwei Welten: Siegfried Moses zum 75. Geburtstag, Tel Aviv 1962, S. 97-105.
- Dawodowicz, Lucy, The War Against the Jews, 1933-1945, New York 1975.
- Doron, Joachim, Classic Zionism and Modern Anti-Semitism: Parallels and Influences (1883-1914), in: Studies in Zionism 3 (1983), S. 169-204.
- , Rassenbewusstsein und naturwissenschaftliches Denken im deutschen Zionismus während der wilhelminischen Ära, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 7 (1980), S. 389-427.
- Dunker, Ulrich, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938: Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Düsseldorf 1977.
- Ergang, Robert, Herder and the Foundations of German Nationalism, New York 1966.
- Esco Foundation for Palestine, Inc., Palestine: A Study of Jewish, Arab and British Policies, 2 Bde., New Haven 1947.
- Evans, Richard, The Third Reich in Power, 1933-1939, New York 2005.
- Feilchenfeld, Werner/Michaelis, Dolf/Pinner, Ludwig, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939, Tübingen 1972.
- Field, Geoffrey, Evangelist of Race: The Germanic Vision of Houston Stewart Chamberlain, New York 1981.
- Fischer, Albert, Hjalmar Schacht und Deutschlands »Judenfrage«: Der »Wirtschaftsdiktator« und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, Köln 1995.
- Fischer, Wolfram, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945, Opladen 1968.
- Fleming, Gerald, Hitler and the Final Solution, Berkeley 1984.
- Freeden, Herbert, Die jüdische Presse im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1987.
- Friedländer, Saul, The Years of Extermination: Nazi Germany and the Jews, 1939-1945, New York 2007.
- , Das Dritte Reich und die Juden: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, München 2007.
- , Die Jahre der Vernichtung: Das Dritte Reich und die Juden 1939-1945, München 2006.
- , Nazi Germany and the Jews: The Years of Persecution, 1933-1939, New York 1997.
- Friedman, Isaiah, Germany, Turkey, and Zionism 1897-1918, Oxford 1977.
- Gay, Ruth, The Jews of Germany: A Historical Portrait, New Haven 1992.
- Geschichte der Juden in Deutschland: Von der Römerzeit bis zum Zweiten Weltkrieg, München 1993.
- Gelber, Yoav, The Reaction of the Zionist Movement and the Yishuv to the Nazis' Rise to Power, in: Yad Vashem Studies 18 (1987), S. 41-69.
- , Zionist Policy and the Fate of European Jewry, 1939-1942, in: Yad Vashem Studies 13 (1979), S. 169-210.
- Gellately, Robert, The Gestapo and German Society: Enforcing Racial Policy, 1933-1945, New York 1990.

- Genschel, Helmut, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.
- Goldhagen, Daniel, Hitler's Willing Executioners: Ordinary Germans and the Holocaust, New York 1996.
- Golomb, Jacob, Nietzsche and Zion, Ithaca 2004.
- Graetz, Heinrich, Volkstümliche Geschichte der Juden, 3 Bde., Berlin/Wien 1888.
- Grubel, Fred/Mecklenburg, Frank, Leipzig: Profile of a Jewish Community during the First Years of Nazi Germany, in: Leo Baeck Institute Yearbook 42 (1997), S. 157-188.
- Gruenewald, Max, The Beginning of the ›Reichsvertretung‹, in: Leo Baeck Institute Yearbook 1 (1956), S. 57-67.
- Gruner, Wolf, Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938-1945): Neue Perspektiven und Dokumente, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland: Pläne – Praxis – Reaktionen 1938-1945, Göttingen 2004, S. 21-62.
- , Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden: Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943, Berlin 1997.
- Halpern, Ben, Reactions to Antisemitism in Modern Jewish History, in: Jehuda Reinharz (Hg.), Living with Antisemitism: Modern Jewish Responses, Hanover 1987, S. 3-18.
- Hamann, Brigitte, Hitler's Vienna: A Dictator's Apprenticeship, New York 1999.
- , Hitlers Wien: Lehrjahre eines Diktators, München 1996.
- Handler, Andrew, An Early Blueprint for Zionism: Gyöző Istóczy's Political Antisemitism, Boulder 1989.
- Heim, Susanne/Aly, Götz, Staatliche Ordnung und ›organische Lösung‹: Die Rede Hermann Görings ›über die Judenfrage‹ vom 6. Dezember 1938, in: Wolfgang Benz (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1992), S. 378-404.
- Hersh, Jeffrey, The Jewish Enemy: Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust, Cambridge 2006.
- , Convergence: The Classic Case. Nazi Germany, Anti-Semitism and Anti-Zionism during World War II, in: The Journal of Israeli History 25 (2006), S. 63-83.
- Herrmann, Klaus, Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933-1934, Köln 1969.
- Heschel, Susannah, Abraham Geiger and the Jewish Jesus, Chicago 1998.
- , Der jüdische Jesus und das Christentum: Abraham Geigers Herausforderung an die christliche Theologie, Berlin 2001.
- Hilberg, Raul, The Destruction of the European Jews, 3 Bde., New Haven 2003.
- , Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1997.
- Hildesheimer, Esiel, Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime, Tübingen 1994.
- Hillgruber, Andreas, Die ›Endlösung‹ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20 (1972), S. 133-153.
- Höhne, Heinz, Der Orden unter dem Totenkopf: Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967.
- Jäckel, Eberhard, Hitler's Weltanschauung: A Blueprint for Power, Middletown 1972.

- Jochmann, Werner, Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: Werner E. Mosse (Hg.), Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923, Tübingen 1971, S. 409-510.
- Johnson, Eric, Nazi Terror: The Gestapo, Jews, and Ordinary Germans, New York 1999.
- Kaplan, Marion, Between Dignity and Despair: Jewish Life in Nazi Germany, New York 1998.
- Katz, Jacob, The Darker Side of Genius: Richard Wagner's Anti-Semitism, Hanover 1986.
- , Richard Wagner: Vorbote des Antisemitismus, Königstein/Ts. 1985.
- , From Prejudice to Destruction: Anti-Semitism, 1700-1933, Cambridge 1980.
- , Vom Vorurteil bis zur Vernichtung: Der Antisemitismus 1700-1933, München 1989.
- , Out of the Ghetto, Cambridge 1973.
- , Aus dem Ghetto in die bürgerliche Gesellschaft: Jüdische Emanzipation 1770-1870, Frankfurt a. M. 1986.
- Kershaw, Ian, Hitler 1936-1945: Nemesis, New York 2000.
- , Hitler, 1889-1936: Hubris, New York 1998.
- , Hitler, 1889-1936, Stuttgart 1998.
- Kimche, Jon/Kimche, David, The Secret Roads: The Illegal Migration of a People, 1938-1948, London 1955.
- Kolsky, Thomas, Jews Against Zionism: The American Council for Judaism, 1942-1948, Philadelphia 1990.
- Koltun-Fromm, Ken, Moses Hess and Modern Jewish Identity, Bloomington 2001.
- Kornberg, Jacques, Theodor Herzl: From Assimilation to Zionism, Bloomington 1993.
- Kraus, Karl, »Eine Krone für Zion«: Frühe Schriften, 1892-1900, München 1979.
- Kuhn, Axel, Hitlers außenpolitisches Programm, Stuttgart 1970.
- Kwiet, Konrad, Forced Labour of German Jews in Nazi Germany, in: Leo Baeck Institute Yearbook 36 (1991), S. 389-407.
- Laqueur, Walter, A History of Zionism, New York 1972.
- , Der Weg zum Staat Israel: Die Geschichte des Zionismus, Wien 1972.
- Lässig, Simone, Jüdische Wege ins Bürgertum: Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert, Göttingen 2004.
- Levenson, Alan, Between Philosemitism and Antisemitism: Defenses of Jews and Judaism in Germany, 1871-1932, Lincoln 2004.
- Levine, Herbert S., A Jewish Collaborator in Nazi Germany: The Strange Career of Georg Kareski, 1933-1937, in: Central European History 8 (1975), S. 251-281.
- Levy, Richard S., The Downfall of the Anti-Semitic Political Parties in Imperial Germany, New Haven 1975.
- Lichtheim, Richard, Geschichte des deutschen Zionismus, Jerusalem 1954.
- Loewenstein, Kurt, Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie, in: Werner Mosse (Hg.), Entscheidungsjahr 1932: Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Tübingen 1966, S. 349-403.
- Longerich, Peter, The Unwritten Order: Hitler's Role in the Final Solution, Stroud/ Gloucestershire 2003.

- Low, Alfred D., *Jews in the Eyes of Germans: From the Enlightenment to Imperial Germany*, Philadelphia 1979.
- Mallmann, Klaus-Michael/Cüppers, Martin, *Halbmond und Hakenkreuz: Das Dritte Reich, die Araber und Palästina*, Darmstadt 2006.
- Margaliot, Abraham, *The Dispute over the Leadership of German Jewry (1933-1938)*, in: *Yad Vashem Studies* 10 (1974), S. 129-148.
- Maser, Werner, *Die Frühgeschichte der NSDAP: Hitlers Weg bis 1924*, Frankfurt a. M. 1965.
- Mathäus, Jürgen, *Deutschtum and Judentum under Fire: The Impact of the First World War on the Strategies of the Centralverein and the Zionistische Vereinigung*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 33 (1988), S. 129-147.
- Maurer, Trude, *From Everyday Life to a State of Emergency: Jews in Weimar and Nazi Germany*, in: Marion Kaplan (Hg.), *Jewish Daily Life in Germany, 1618-1945*, New York 2005, S. 271-373.
- Mendes-Flohr, Paul (Hg.), *A Land of Two Peoples: Martin Buber on Jews and Arabs*, New York 1983.
- Meyer, Beate, *Handlungsspielräume regionaler jüdischer Repräsentanten (1941-1945): Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Deportationen*, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland: Pläne – Praxis – Reaktionen 1938-1945*, Göttingen 2004, S. 63-85.
- , *Tödliche Gratwanderung: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939-1945)*, Göttingen 2011.
- Mommsen, Hans, *Dokumentation: Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 10 (1962), S. 68-87.
- Morris, Benny, *Righteous Victims: A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881-2001*, New York 2001.
- Mosse, George L., *Toward the Final Solution: A History of European Racism*, New York 1978.
- , *Germans and Jews: The Right, the Left, and the Search for a »Third Force« in Pre-Nazi Germany*, New York 1970.
- Nicosia, Francis R., *Jewish Farmers in Hitler's Germany: Zionist Occupational Retraining and Nazi »Jewish Policy«*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 19 (2005), S. 365-389.
- , *The Third Reich and the Palestine Question*, New Brunswick 2000.
- , *Der Zionismus in Leipzig im Dritten Reich*, in: Manfred Unger (Hg.), *Judaica Lipsiensia: Zur Geschichte der Juden in Leipzig*, Leipzig 1994, S. 167-178.
- , *The End of Emancipation and the Illusion of Preferential Treatment: German Zionism, 1933-1938*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 36 (1991), S. 243-265.
- , *Jewish Affairs and German Foreign Policy during the Weimar Republic: Moritz Sobernheim and the Referat für Jüdische Angelegenheiten*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 33 (1988), S. 261-283.
- , *Revisionist Zionism in Germany II: Georg Kareski and the Staatszionistische Organisation, 1933-1938*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 32 (1987), S. 231-267.
- , *Revisionist Zionism in Germany I: Richard Lichtheim and the Landesverband*

- der Zionisten-Revisionisten in Deutschland, 1926-1933, in: Leo Baeck Institute Yearbook 31 (1986), S. 209-240.
- Niewyk, Donald, *The Jews in Weimar Germany*, New Brunswick 2001.
- , *Solving the 'Jewish Problem': Continuity and Change in German Antisemitism 1871-1945*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 35 (1990), S. 335-370.
- Oberman, Heiko, *The Roots of Antisemitism in the Age of Renaissance and Reformation*, Philadelphia 1984.
- , *Wurzeln des Antisemitismus. Christenangst und Judenplage im Zeitalter von Humanismus und Reformation*, Berlin 1981.
- Ofer, Dalia, *Escaping the Holocaust: Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939-1944*, New York 1990.
- Paucker, Arnold (Hg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland/The Jews in Nazi Germany 1933-1943*, Tübingen 1986.
- , *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1969.
- Penslar, Derek, *Anti-Semites on Zionism: From Indifference to Obsession*, in: *Journal of Israeli History* 25 (2006), S. 13-31.
- Phelps, Reginald, *Before Hitler Came: The Thule Society and the Germanen Orden*, in: *Journal of Modern History* 35 (1963), S. 245-261.
- Pohl, Dieter, *Holocaust: Die Ursachen, das Geschehen, die Folgen*, Freiburg im Breisgau 2000.
- Poppel, Stephen M., *Zionism in Germany 1897-1933: The Shaping of a Jewish Identity*, Philadelphia 1977.
- Porat, Dina, *The Blue and the Yellow Stars of David: The Zionist Leadership in Palestine and the Holocaust, 1939-1945*, Cambridge 1990.
- Rabkin, Yakov, *A Threat from Within: A Century of Jewish Opposition to Zionism*, New York 2006.
- Reinharz, Jehuda, *Hashomer Hazair in Germany II: Under the Shadow of the Swastika, 1933-1938*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 32 (1987), S. 183-229.
- , *Hashomer Hazair in Germany I, 1928-1933*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 31 (1986), S. 173-208.
- , *The Zionist Response to Antisemitism in the Weimar Republic*, in: Jehuda Reinharz/Walter Schatzberg (Hg.), *The Jewish Response to German Culture*, Hanover 1985, S. 266-293.
- , *The Zionist Response to Antisemitism in Germany*, in: Leo Baeck Institute Yearbook 30 (1985), S. 105-140.
- , *Fatherland or Promised Land: The Dilemma of the German Jew, 1893-1914*, Ann Arbor 1975.
- Rose, Norman, *The Gentile Zionists: A Study in Anglo-Zionist Diplomacy, 1929-1939*, London 1973.
- Rose, Paul Lawrence, *Revolutionary Antisemitism in Germany: From Kant to Wagner*, Princeton 1990.
- Rürup, Reinhard, *Das Ende der Emanzipation: Die anti-jüdische Politik in Deutschland von der ‚Machtergreifung‘ bis zum Zweiten Weltkrieg*, in: Arnold Pauker (Hg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland/The Jews in Nazi Germany, 1933-1943*, Tübingen 1986, S. 97-114.

- , Emanzipation und Antisemitismus: Studien zur »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975.
- Safrian, Hans, Die Eichmann-Männer, Wien 1993.
- Schatzker, Chaim, The Jewish Youth Movement in Germany in the Holocaust Period II: The Relations Between the Youth Movement and Hechalutz, in: Leo Baeck Institute Yearbook 33 (1988), S. 301-325.
- , The Jewish Youth Movement in Germany in the Holocaust Period I: Youth in Confrontation with a New Reality, in: Leo Baeck Institute Yearbook 32 (1987), S. 157-181.
- Schechtman, Joseph, Fighter and Prophet: The Vladimir Jabotinsky Story. The Last Years, New York 1961.
- , Rebel and Statesman: The Vladimir Jabotinsky Story. The Early Years, New York 1956.
- /Benari, Yehuda, History of the Revisionist Movement, Bd. 1, Tel Aviv 1970.
- Scheffler, Wolfgang, Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1964.
- Schlaim, Avi, The Iron Wall: Israel and the Arab World, New York 2001.
- Schleunes, Karl, The Twisted Road to Auschwitz: Nazi Policy Toward German Jews 1933-1939, Urbana 1970.
- Schoeps, Julius (Hg.), Ein Volk von Mördern: Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hamburg 1996.
- Schorsch, Ismar, Jewish Reactions to German Anti-Semitism, 1870-1914, New York 1972.
- Schorske, Carl, Fin-de-Siècle Vienna: Politics and Culture, New York 1980.
- Schröder, Hans-Jürgen, Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933-1939: Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des Deutsch-Amerikanischen Gegensatzes, Wiesbaden 1970.
- Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963.
- Segev, Tom, One Palestine Complete: Jews and Arabs under the British Mandate, New York 2000.
- Shandley, Robert (Hg.), Unwilling Germans? The Goldhagen Controversy, Minneapolis 1998.
- Shapiro, Leon, The History of ORT: A Jewish Movement for Social Change, New York 1980.
- Shavit, Jacob, Jabotinsky and the Revisionist Movement, 1925-1948, London 1988.
- Shimoni, Gideon, The Zionist Ideology, Hanover 1995.
- Sokolow, Nahum, A History of Zionism, 1600-1918, 2 Bde., New York 1969.
- , Geschichte des Zionismus 1600-1918, 2 Bde., Wien 1918.
- Stanislawski, Michael, Zionism and the Fin de Siècle: Cosmopolitanism and Nationalism from Nordau to Jabotinsky, Berkeley 2001.
- Sterling, Eleonore, Judenhass: Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland 1815-1850, Frankfurt a. M. 1969.
- Strauss, Herbert, Jewish Emigration from Germany: Nazi Policies and Jewish Responses (II), in: Leo Baeck Institute Yearbook 26 (1981), S. 343-409.
- , Jewish Emigration from Germany: Nazi Policies and Jewish Responses (I), in: Leo Baeck Institute Yearbook 25 (1980), S. 313-361.
- Tal, Uriel, Christians and Jews in Germany: Religion, Politics, and Ideology in the Second Reich, 1870-1914, Ithaca 1975.

- Vital, David, *Zionism: The Crucial Phase*, Oxford 1987.
- , *The Origins of Zionism*, Oxford 1980.
- Volkov, Shulamit, *Germans, Jews, and Antisemites: Trials in Emancipation*, New York 2006.
- , *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990.
- , *Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus 1878–1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 33 (1985), S. 221–243.
- Walk, Joseph, *Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 1991.
- , *Das Deutsche Komitee Pro-Palästina, 1926–1933*, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 15 (1976), S. 162–193.
- Wildt, Michael, *Generation des Unbedingten: Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003.
- , *Violence against Jews in Germany, 1933–1939*, in: David Bankier (Hg.), *Probing the Depths of Antisemitism: German Society and the Persecution of the Jews, 1933–1941*, Oxford 2000, S. 181–209.
- , *Before the ›Final Solution‹: The Judenpolitik of the SD, 1935–1938*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 43 (1998), S. 241–269.
- Wistrich, Robert, *Socialism and the Jews: The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria Hungary*, East Brunswick 1982.
- , *Marxism and Jewish Nationalism: The Theoretical Roots of Confrontation*, in: *The Jewish Journal of Sociology* 17 (1975), S. 34–54.
- Wolffsohn, Michael, »Ohne Hitler kein Israel?« *Juden und Deutsche*, in: *Spiegel Spezial* 2 (1992), S. 126–136.
- , *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdische Beziehungen*, München 1988.
- Yahil, Leni, *Madagascar: Phantom of a Solution for the Jewish Question*, in: Bela Vago/George Mosse (Hg.), *Jews and Non-Jews in Eastern Europe, 1918–1945*, New York 1974, S. 315–334.
- Yisraeli, David, *The Third Reich and the Transfer Agreement*, in: *Journal of Contemporary History* 6 (1972), S. 129–148.
- Zimmermann, Moshe, *Die deutschen Juden 1914–1945*, München 1997.
- , *Wilhelm Marr: The Patriarch of Antisemitism*, New York 1986.
- , *Two Generations of German Antisemitism: The Letters of Theodor Fritsch to Wilhelm Marr*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 23 (1978), S. 89–99.
- Zipperstein, Steven, *Elusive Prophet: Ahad Ha'am and the Origins of Zionism*, Berkeley 1993.

Bildnachweis

Abbildung 1: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, Berlin.

Abbildungen 2, 6, 7, 16, 20, 21: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Central Zionist Archives, Jerusalem.

Abbildung 3: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Marburger Amts für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, über das United States Holocaust Memorial Museum.

Abbildung 4: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Staatsarchivs Singen am Hohentwiel, über das United States Holocaust Memorial Museum.

Abbildung 5: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Ullsteinbild Berlin.

Abbildung 8: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Leo Baeck Instituts, New York.

Abbildung 9: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Jabotinsky Instituts in Israel, Tel Aviv.

Abbildung 10: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Central Zionist Archives, Jerusalem über das United States Holocaust Memorial Museum.

Abbildung 11: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Beth Hatefusoht, Nahum Goldmann Museum of the Jewish Diaspora, Tel Aviv.

Abbildungen 12 und 13: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, Deutschland.

Abbildungen 14, 15, 19: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Bildarchivs Preußischer Kulturbesitz, Berlin.

Abbildung 17: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Bundesarchivs, Berlin.

Abbildung 18: Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Sammlung Megele/SV-Bilderdienst, München.

Danksagung

Ich möchte den Wissenschaftler/innen, Archivaren/innen, Bibliothekar/innen und den Mitarbeiter/innen der jeweiligen Institute meinen Dank für die Unterstützung ausdrücken, die sie mir in ihren Forschungsinstitutionen in Deutschland, den USA, Israel, Großbritannien und Kanada angedeihen ließen. Für die langjährige Arbeit an diesem Buch war ihre Hilfe unerlässlich. Zu besonderem Dank bin ich den Bibliothekar/innen und Mitarbeiter/innen des Center for Advanced Holocaust Studies des United States Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C., dem Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, der McGill University in Montreal und der University of Vermont sowie des Saint Michael's College und Middlebury College in Vermont für ihre freundliche Unterstützung verpflichtet. Für die Übersetzung von hebräischen Dokumenten aus dem Hagana Archiv in Tel Aviv stehe ich in der besonderen Schuld von Shallom und Carol Lewin aus Burlington, Vermont.

Die eingangs erwähnten Personen und Institutionen hätte ich nicht aufsuchen können, wenn ich nicht großzügige finanzielle Unterstützung von Institutionen in den USA und Deutschland erhalten hätte. An dieser Stelle möchte ich dem Council for the International Exchange of Scholars in Washington, D.C. und der früher in Bonn und jetzt in Berlin ansässigen Fulbright-Kommission danken. Letztere ermöglichte mir ein Forschungsjahr in Berlin sowie den Besuch mehrerer Staatsarchive in der Bundesrepublik. Die American Philosophical Society in Philadelphia unterstützte einen kurzen Forschungsaufenthalt in Moskau, wo ich die von den russischen Besatzungsmächten beschlagnahmten deutschen Akten im Osobyi Spezialarchiv einsehen konnte. Die Charles Revson Foundation und das Center for Advanced Holocaust Studies des United States Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C. unterstützten mich während eines Forschungssemesters, in dem ich die Mikrofilmsammlung der deutschen Originalakten aus dem Moskauer Osobyi Spezialarchiv untersuchte. Der Faculty Development Fund am Saint Michael's College in Vermont trug ebenfalls großzügig zu mehreren Forschungsreisen nach Israel bei, wo ich Archive aufsuchen konnte. Außerdem förderte mich dieser Fonds bei den technischen Vorbereitungen des Buches.

Ich bin allen Freunden und Kollegen bei den eingangs erwähnten Institutionen zu großem Dank verpflichtet. Ich möchte auch all jenen danken, die das Manuskript gelesen haben und mir viele hilfreiche Kommentare lieferten. Ich stehe in der großen Schuld meiner Frau, Ellen

Oxford, einer Anthropologin, die in die Überarbeitung des Manuskripts ihre eigene akademische Perspektive einbrachte und mir mit konstruktiver Kritik zur Seite stand. Schließlich danke ich der Übersetzerin sowie den Kollegen/innen am Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hamburg) für die freundliche Mitarbeit bei der Vorbereitung der deutschen Ausgabe dieses Buches.

Die eingangs erwähnten Personen verdienen das Lob für alle positiven Aspekte dieses Buches. Für etwaige Mängel trage ich die alleinige Verantwortung.

Francis R. Nicosia
Middlebury, Vermont

Personenregister

Kursive Seitenzahlen verweisen auf Erwähnungen in den Fußnoten.

- Adam, Uwe Dietrich 14, 106, 110, 182,
Adler-Rudel, Salomon 212-214
Ahlwardt, Hermann 45
Alexander II., Zar 52
Allen, William Sheridan 105
Aly, Götz 330
Arendt, Hannah 47, 49
Aronson, Shlomo 108
Auerbach (Agami), Moshe 350, 352
Avigur, Shaul 171
Avriel, Ehud 352
- Backe, Herbert 303-305
Baden, Erzherzog von 17
Baeck, Leo 325 (Abb.)
Barkai, Avraham 103
Bauer, Yehuda 124
Ben Gurion, David 240
Berger, Alfred 252, 255
Bergman, Shmuel Hugo 61
Berk, Schwarz van 125
Bernstorff, Johann-Heinrich Graf von 74
Blüher, Hans 46
Blumenfeld, Kurt 25, 79-87, 89 f., 126, 134
(Abb.), 135-137 139, 140 f., 150, 195 f.,
204, 208 f., 233 f., 245, 252-256, 257
Bolschwing, Otto Albrecht von, 154 f.
Bracher, Karl Dietrich 14
Brodnitz, Julius 219
Browning, Christopher 14, 321
Brustein, William I. 29
Buber, Martin 50, 57, 60-64, 61
Bülow, Bernhard von 73
Bülow-Schwante, Vicco von, 113, 153, 173,
209, 323,
Bürckel, Josef 353
Burrin, Philippe 29
- Cegla, Willi 248
Chamberlain, Houston Stewart 42-44,
94,
Class, Heinrich 45
Clodius, Carl 181
- Cohen, Sam 115 f., 119-121
Cohn, Benno 196, 215, 233, 235 f., 266,
Cohn, Rabbi Emil 66
- Dannecker, Theodor 154
Darré, Richard Walther 125, 305,
Dawidowicz, Lucy 14
Disraeli, Benjamin 27
Döhle, Walter 150, 152, 177
Dreyfus, Alfred 53, 129
Drumont, Edouard 54
Dühring, Eugen 31, 39-41
- Eckart, Dietrich 95
Edelstein, Jakob 346 f.
Eichmann, Adolf 154 f., 168-171, 183,
186-188, 191, 266, 269, 289, 329, 330
(Abb.), 331 (Abb.), 336, 349, 353, 376,
Eulenburg, Philipp Graf zu 27
Evans, Richard 321
- Fichte, Johann Gottlieb 38
Field, Geoffrey 44
Fleming, Gerald 14
Frank, Hans 125
Frantz, Constantin 45
Frey, Thomas, *siehe* Theodor Fritsch
Frick, Wilhelm 160, 317, 333 f.
Friedemann, Adolf 70
Friedenthal, Hans 187
Friedländer, Saul 15, 127, 336, 376,
Fritsch, Theodor 42 f., 80, 94
Frymann, Daniel, *siehe* Heinrich Class
Fuchs, Eugen 223
- Gay, Ruth 9
Geiger, Abraham 64
Gemlich, Adolf 91, 108
Genschel, Helmut 324
Ginsberg, Asher, *siehe* Achad Ha'am
Ginzburg, Pino 344-346, 350, 352 f.,
Goebbels, Joseph 106, 114, 146, 266,
Goldhagen, Daniel 13, 29, 33

PERSONENREGISTER

- Goldwasser, Ludwig 250
 Golomb, Jacob 55
 Göring, Hermann 117, 188, 220, 323,
 324-326, 328-331, 332-334, 337, 353,
 356, 362
 Graetz, Heinrich 34
 Grau, Wilhelm 108
 Grossmann, Meier 246
 Gustloff, Wilhelm 170
- Ha'am, Achad 49, 57-66, 206
 Hagen, Herbert 169 f., 327,
 Hamburger, Ernst 243, 247 f., 250
 Hantke, Arthur 70
 Heim, Susanne 330,
 Heman, Carl Friedrich 28 f.
 Hentig, Werner Otto von 152
 Herder, Johann Gottfried 36 f., 44
 Herzl, Theodor 7, 10, 12, 16 f., 26, 28,
 49, 52-59, 62-66, 90, 98, 129, 144,
 207, 217, 238, 275, 367 371 f., 375,
 Hess, Moses 50-54, 375
 Heydrich, Reinhard 154 f., 158-162, 167,
 188 f., 203, 230, 276, 297, 313, 328, 329
 (Abb.), 330, 334, 335, 337, 338, 341, 353,
 362, 377
 Hilberg, Raul 14, 29
 Hillgruber, Andreas 14
 Himmler, Heinrich 153 f., 298, 313, 333 f.,
 339, 362, 377
 Hindenburg, Paul von 84
 Hinkel, Hans 266
 Hinrichs, Walther 172 f.
 Hirsch, Otto 284
 Hirschberg, Alfred 222, 291 f.,
 Hirschfeldt, Adolf 248, 250
 Hitler, Adolf 14, 18, 19, 21, 42, 64, 84-89,
 90-98, 100, 102-112, 115, 117, 126, 128 f.,
 131, 133, 135, 137, 140, 142, 144, 146, 153,
 160, 170, 173, 179, 181-183, 193, 195,
 207 f., 211, 218 f., 222, 232, 240, 243,
 247, 279, 286, 290, 299, 318, 320-322,
 328-331, 364, 366 f., 370, 376,
 Hoofien, Siegfried 121
- Imendörfler, Benno 100 f.
 Istóczy, Gyözö 30 f.
- Jabotinsky, Vladimir 63, 137, 240, 240-
 247, 249, 259 f., 268, 269
- Jäckel, Eberhard 14
- Kalischer, Rabbi Zvi Hirsch, 50
 Kant, Immanuel 37
 Kareski, Georg 90, 133, 146 f., 252 f., 247-
 251, 248 (Abb.), 254-258, 260-273,
 Karthaus, Wolfgang 353
 Katznelson, Berl 127
 Kershaw, Ian 90 f.
 Klee, Alfred 325 (Abb.),
 Klemperer, Victor 18, 25 f.
 Kohn, Hans 61
 Köster, Adolf 73
 Kraus, Karl 55
 Kreutzberger, Max 257
 Krojanker, Gustav 90
- Lagarde, Paul de 41 f.
 Lammers, Hans Heinrich 211
 Landauer, Georg 143, 187, 195 f., 215, 233,
 234, 235, 238 f.
 Landsberg, Alfred 78 f.
 Lehrfreund, Ludwig 204
 Lessing, Gotthold Ephraim 7, 12
 Leuss, Hans 45 f.
 Levine, Herbert 251
 Levy, Ernst 257
 Levy, Siegmund 282
 Ley, Robert 312
 Lichtheim, Richard 63, 241-247, 254,
 270
 Liebenstein, Eliezer 141 f.
 Liskowsky, Oskar 146 f., 266
 Loebenstein, Friedrich 200
 Loewe, Heinrich 67 f.
 Loewenstein, Fritz 257
 Lösener, Bernhard 148, 188
 Löwenherz, Josef 187, 336
 Löwenstein, Leo 227-230,
 Lueger, Karl 53, 55, 90
 Luther, Martin 36
- Magnes, Judah 57, 62
 Marcus, Ernst 151, 299
 Marr, Wilhelm 31, 34, 35, 38-40, 43
 Massing, Paul 12
 Mecklenburg, Georg 74
 Melchett, Lord 133
 Meyer, Franz 195, 236 f., 284, 315
 Mildenstein, Leopold von 154, 168

PERSONENREGISTER

- Moltke, Helmuth von 27
 Mommsen, Theodor 29, 34
 Moses, Siegfried 195, 255, 257, 271
 Mosse, George 16f.
 Müller, Heinrich 341
- Napoleon I. 27
 Napoleon III. 27
 Naudh, H., *siehe* Johannes Nordmann
 Neurath, Constantin von III, 116, 149f.,
 175
 Nietzsche, Friedrich 55, 56
 Niewyk, Donald 32, 35
 Nordau, Max 56-60, 63, 375
 Nordmann, Johannes 38
 Nussbaum, Meinhold 257
- Oppenheimer, Franz 70
- Palmerston, Lord 27
 Paulus, Heinrich Eberhard 38
 Pernersdorfer, Engelbert 28
 Pfundtner, Hans 305-308
 Pilger, Hans 152
 Pinsker, Leon 49, 51-54, 57, 59f., 63, 65
 Plaut, Leo 89, 253
 Polkes, Feivel 168-171, 269,
 Pollack, Hubert 247
 Prinz, Rabbi Joachim 129, 204, 205
 Pudor, Heinrich 45
- Rathenau, Walther 77
 Reichert, Franz 168-171
 Reinharz, Jehuda 79
 Rosenberg, Alfred 42, 77, 94-104, 106,
 131, 179, 181, 193 307, 359f., 367
 Rosenblüth, Felix 78
 Rosenblüth, Martin 130f., 156, 196, 208,
 211f., 233, 235, 236
 Rosenfeld, Julius 257
 Ruppel, Julius 151
 Ruppin, Arthur 61, 238, 325 (Abb.)
 Ruppin, Kurt 257
- Schacht, Hjalmar III, 112f., 114, 160,
 323f.
 Schiller, Friedrich 37
 Schleunes, Karl 14, 106, 110, 323, 324
 Schloss, Justus 243, 247f.
- Schmidt-Rolke, Hans 152
 Schneidel, Josef 325 (Abb.)
 Schnitzler, Arthur 55
 Scholem, Gershom 61, 64
 Schönerer, Georg von 28, 55, 90
 Schorske, Carl 54
 Schulmann, Max 263, 264, 269
 Schumburg, Emil 322, 341
 Shaftsbury, Lord 27
 Shimoni, Gideon 53
 Silber, Boris 247
 Simon, Ernst 61
 Sobernheim, Moritz 70
 Sombart, Werner 47
 Stahl, Heinrich 325 (Abb.)
 Stern, Heinrich 254
 Stern, Siegfried 258
 Stöcker, Adolf 129
 Strasser, Gregor 90, 253f.
 Strasser, Otto 59
 Streicher, Julius 102, 360
 Stuckart, Wilhelm 172
- Talaat Pasha 70
 Tempel, Walter 235
 Traub, Michael 195, 211f.
 Treitschke, Heinrich von 29, 34f., 46
- Vital, David 16
- Wagner, Richard 33, 35
 Wahrmond, Adolf 40f., 94
 Warburg, Otto 121, 122
 Weizmann, Chaim 60, 89, 135, 138, 141,
 187, 205, 240, 260
 Weizsäcker, Ernst von 174, 181
 Weltsch, Robert 61, 81, 90, 127, 140, 234,
 235 (Abb.), 252f.
 Wildt, Michael 108
 Wilhelm II., Kaiser 27
 Wise, Rabbi Stephen 62
 Wisliceny, Dieter 154
 Wolff, Heinrich 113 (Abb.), 115, 117-120,
 149f., 152
 Woltmann, Ludwig 46
 Wundt, Wilhelm Max 46
- Yospetel, Giora 350